





Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871–1914



Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes



Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

1 9 2 4

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

15. Band:

Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz

1 9 2 4

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

1. Auflage

 / Gesetzt und gedruckt in der Buchdruckerei F. E. Haag in Melle i. H.

Inhaltsübersicht des fünfzehnten Bandes

Ein Namenverzeichnis für die Bände XIII—XVIII erscheint am Schlusse des XVIII. Bandes; ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis zum Schlusse des gesamten Werkes



Kapitel XCVII

Der Amerikanisch-Spanische Krieg
Die Schiedsspruch- und Interventionsfrage
1898



Nr. 4118

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Botschafter Grafen zu Eulenburg, z. Z. in Rominten

Telegramm. Entzifferung

Nr. 17 Berlin, den 29. September 1897

Herr von Bülow telegraphiert:

„Nr. 13. Für Botschafter Graf zu Eulenburg. Ganz geheim.

Ich hoffe, den allerhöchsten Intentionen* zu entsprechen, wenn ich bei Ausführung derselben bestrebt sein werde, zu verhindern,

* Auf der spanischen Insel Kuba waren seit Anfang 1895 aufständische Bewegungen im Gange, die, da sie fortdauernd mit Geld und Waffen, vor allem von Nordamerika her, unterstützt wurden, weder von dem im April 1895 nach Kuba geschickten Marschall Martinez de Campos noch von dem im Januar 1896 an seine Stelle tretenden General Weyler gedämpft werden konnten. Ende Februar 1896 nahm der Senat der Vereinigten Staaten, dem sich im April das Repräsentantenhaus anschloß, einen Beschluß an, wodurch die Aufständischen als kriegführende Macht anerkannt und der Präsident Cleveland ersucht wurde, sich bei Spanien für die Anerkennung der Unabhängigkeit Kubas zu verwenden. Geraume Zeit hindurch weigerten sich Präsident Cleveland und sein Nachfolger Mac Kinley, den auf Intervention in Kuba drängenden Tendenzen und Beschlüssen des Kongresses zu entsprechen; schließlich aber erhitzte sich die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten derart gegen Spanien, daß der amerikanische Gesandte in Madrid General Woodford im September 1897 den Auftrag erhielt, gegen die spanische Kriegführung auf Kuba zu protestieren und auf schleunige Beendigung des Krieges zu dringen. Dies gab Kaiser Wilhelm II. Veranlassung, am 28. September in einer Aufwallung seines monarchischen Solidaritätsgefühls telegraphisch beim Auswärtigen Amt ein Eingreifen der europäischen Staaten, eventuell auch nur der europäischen Kontinentalstaaten zugunsten Spaniens, dessen monarchische Regierungsform bei einem Verluste Kubas bedroht schien, anzuregen. Im Auswärtigen Amt aber überwogen, wie das obige Telegramm des Stellvertretenden Staatssekretärs von Bülow an den zurzeit im Kaiserlichen Gefolge in Rominten weilenden Botschafter Grafen zu Eulenburg beweist, die Bedenken gegen ein Vorangehen Deutschlands: Bedenken, denen dann auch der Kaiser nachgab.

daß England und Frankreich eine deutsche Aktion für Spanien benutzen, um uns mit Amerika in Händel zu verwickeln, denen sie selbst fernbleiben würden, oder sich auf unsere Kosten von Amerika wirtschaftliche Vorteile zu sichern. Schon deshalb muß die fragliche Aktion behutsam vorbereitet und jedenfalls von Rußland eine bindende Zusicherung für das eventuelle aufrichtige und volle Mitgehen von Frankreich erlangt werden. Wenn England und Frankreich sich ausschließen, würde nicht nur der Erfolg der Aktion zweifelhaft werden, sondern dieselbe könnte uns in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht erhebliche Nachteile bringen. In erster Beziehung weise ich darauf hin, daß (wie ich vor Empfang des kaiserlichen Telegramms gestern morgen in der „Neuen Freien Presse" las) der Brüsseler „Soir" auf Grund einer Meldung seines Madrider Korrespondenten der Erwartung Ausdruck gibt, der Deutsche Kaiser werde im Interesse von Spanien eine Note an die Vereinigten Staaten von Amerika richten, die in demselben Ton gehalten sein werde wie seinerzeit das Telegramm betreffend den Transvaalkonflikt. In wirtschaftlicher Hinsicht erinnere ich daran, daß die englische Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von Amerika nach den mir vorliegenden Tabellen rund 170, die deutsche 94, die französische 66 Millionen Dollars beträgt; der amerikanische Export nach England beziffert sich auf 406, nach Deutschland auf 97, nach Frankreich auf 47 Millionen Dollars, während der neue amerikanische Tarif den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika ermächtigt, fremden Ländern infolge gegenseitiger Übereinkunft besondere Zollvergünstigungen zu gewähren. Die russischen, österreichisch-ungarischen und italienischen Handels- und Schiffahrtsinteressen in Nordamerika bleiben hinter denjenigen von England, Deutschland und Frankreich weit zurück. von Bülow"

Rotenhan

Nr. 4119

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Botschafter Graf zu Eulenburg, z. Z. in Rominten, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 54 Rominten, den 30. September 1897

Antwort auf Telegramm Nr. 17*. Geheim.

Von kurzer Abwesenheit zurückgekehrt, teilte mir Seine Majestät den Wortlaut des allerhöchsten Telegramms, Spanien betreffend**,

* Siehe Nr. 4118.
** Vgl. Nr. 4118, Fußnote.

mit, meine Ansicht verlangend. Ich stimmte in Hinblick auf monarchische Prinzipien zu, äußerte Zweifel bezüglich Englands und Frankreichs und meinte, daß eine geheime Anregung unsererseits bei Österreich vielleicht das Richtige sein werde. Österreich sei derjenige Staat, von dem die eigentliche, weil natürlichste Anregung ausgehen solle. Graf Goluchowski habe stets das Bestreben gezeigt, uns für Spanien zu interessieren, daher werde es wohl, unserer Zustimmung sicher, die Anregung im Interesse der Königin übernehmen.

Seine Majestät sagten, daß ihm dieser Weg auch genehm sei. Es käme auf die Sache an. Man müsse die zweckmäßigste Form wählen. Was meine Bedenken bezüglich Frankreichs beträfe, d. h. die Schwierigkeit, eine Republik für eine Aktion mit dynastischen Zwecken zu gewinnen, so könne man schließlich auch die Kontinentalmächte auf der Basis einigen, daß der Kolonialbesitz europäischer Mächte gemeinsam gegen überseeische Begehrlichkeiten geschützt werden solle.

Eulenburg

Nr. 4120

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Semmering, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 17 Semmering, den 30. September 1897

Für Botschafter Graf zu Eulenburg.

[abgegangen am 1. Oktober]

Beide dortseitigen Telegramme von heute mit Dank erhalten. Um der spanischen Monarchie zu helfen, ohne daß für uns hieraus ernste politische oder wirtschaftliche Nachteile erwachsen, kommt es meines Erachtens vor allem darauf an, daß einerseits womöglich Frankreich und England, aber jedenfalls Frankreich [1] gegen Amerika mittut, andererseits wir [2] in dieser Frage selbst die Führung nicht übernehmen. Die Franzosen sind in Spanien finanziell viel stärker als wir engagiert, dagegen besitzt Deutschland in Amerika weit erheblichere wirtschaftliche Interessen als Frankreich. Frankreich hat also ein größeres ökonomisches Interesse an Spanien als wir, während eine Verschlechterung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika uns mehr treffen würde als Frankreich. Rußland und Österreich-Ungarn, welche, wie schon erwähnt, in den Vereinigten Staaten nur ganz minimale wirtschaftliche Interessen besitzen, riskieren im Gegensatz zu uns, Frankreich und England beim Vorgehen gegen Amerika quoad Handel und Schiffahrt so gut wie nichts, während

auch ihre Seestreitkräfte hinter denjenigen der letztgenannten beiden Länder weit zurückstehen. Bei dieser Sachlage würde es sich an und für sich am meisten empfehlen, wenn Rußland-Frankreich [3], oder Frankreich allein oder England allein [4] die Initiative ergriffen. Vielleicht ließe sich dies aber dadurch am ehesten erreichen, daß wir ganz vertraulich dem Wiener Kabinett als dem natürlichen und nächsten Anwalt Ihrer spanischen Majestät nahelegen [5], sich der französischen, russischen und englischen Zustimmung zu gemeinsamen europäischen Schritten für Spanien gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika nach Maßgabe der allerhöchsten Befehle zu versichern.

Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.*:
[1] Das will es anscheinend
[2] Oesterreich
[3] wäre das beste
[4] das wird kaum geschehen.
[5] ja
Schlußbemerkung des Kaisers:
Einverstanden W.

Nr. 4121

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Geschäftsträger in Wien Prinzen von Lichnowsky

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 1000 — Berlin, den 7. Oktober 1897
[abgegangen am 8. Oktober]

Ew. wollen, falls dortseits der Gedanke einer Intervention wegen Kuba wieder auftaucht, hervorheben, daß nur dann ein Erfolg erwartet und die Gefahr einer größeren Verwickelung vermieden werden kann, wenn das Vorgehen Europas den Charakter der Allgemeinheit trägt, wenn insbesondere die Seemächte England und Frankreich in unzweideutiger Weise Stellung für die Intervention genommen haben. Ein frühzeitiges Hervortreten Deutschlands würde geeignet sein, in London wie in Paris Eifersucht zu erregen, würde also voraussichtlich einer Beteiligung der Seemächte entgegenwirken. Unser allergnädigster Herr hat daher, wesentlich auch im Interesse Spaniens, seiner Willensmeinung dahin Ausdruck gegeben, daß Deutschland aus prak-

---

* Auf der Entzifferung des nach Rominten übersandten Telegramms (Nr. 20 vom 1. Oktober).

tischen Gründen einer Stellungnahme der Westmächte in der kubanischen Frage nicht vorgreifen, jedoch bereit sein wird, alle bezüglichen Vorschläge, welche von London oder Paris — vielleicht infolge österreichischer Anregung — an uns gelangen, in ernste Erwägung zu ziehen.

Bülow

Nr. 4122

Der Geschäftsträger in Wien Prinz von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 280 Wien, den 15. Oktober 1897

Unter Bezugnahme auf Erlaß Nr. 1000*.

Bei zufälliger Berührung der kubanischen Frage konnte ich feststellen, daß Graf Goluchowski nicht daran denkt, sich zugunsten Spaniens irgendwie zu verwenden, falls letzteres nicht die Kabinette darum ausdrücklich angeht.

Lichnowsky

Nr. 4123

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Madrid von Radowitz

Konzept

Nr. 25 Berlin, den 15. Februar 1898
[abgegangen am 16. Februar]

Herr Mendez Vigo** hat in Vervollständigung der in den letzten beiden Absätzen von Ew. Bericht Nr. 28*** enthaltenen Andeutungen hier mitgeteilt, daß die Bewegungen der nordamerikanischen Seestreitkräfte in den kubanischen Gewässern und anderwärts geeignet seien, die spanische Regierung wegen der Absichten des Kabinetts von Washington ernstlich besorgt zu machen. Der Botschafter fragte,

---

* Siehe Nr. 4121.

** F. Mendez de Vigo, spanischer Botschafter in Berlin.

*** In seinem Bericht Nr. 28 vom 10. Februar hatte Botschafter von Radowitz zum Schlusse bemerkt, daß von der spanischen Regierung neuerdings mit steigender Beunruhigung die fortgesetzte Verstärkung der Flottenstation der Vereinigten Staaten im Golf von Mexiko verfolgt werde.

ob angesichts dessen die deutsche Regierung nicht geneigt sein würde, zum Schutze des monarchischen Prinzips sich an die Spitze einer europäischen Aktion gegen die republikanischen Übergriffe Amerikas zu stellen.

Ich habe diese spanische Anfrage Seiner Majestät dem Kaiser vorgetragen und allerhöchstdemselben gleichzeitig Ew. Bericht Nr. 28 unterbreitet. Unser allergnädigster Herr hat dahin entschieden, daß wir zwar stets darauf bedacht sein müssen, das monarchische Prinzip überall da, wo es mit Erfolg geschehen kann, zu unterstützen, daß aber eine in diesem Sinne gegebene deutsche Anregung kein zweckentsprechendes Mittel sein würde. Denn die französische Regierung, ohne deren Mitwirkung eine europäische Aktion als solche schwer denkbar ist, würde kaum gewillt sein, mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung ihres Landes sich sogar kaum in der Möglichkeit befinden, im Gefolge des monarchischen Deutschlands eine große Aktion gegen eine Schwesterrepublik mitzumachen. Wir würden durch unsere Initiative lediglich den Vereinigten Staaten den Vorteil verschafft haben, daß die Frage der materiellen Interessen, welche bei Streitigkeiten zwischen Europa und Amerika die ausschlaggebende ist, durch allerlei Empfindungs- und Empfindlichkeitsfragen zurückgedrängt würde, zum Nachteil Spaniens. Wenn aber umgekehrt die französische Regierung, durch materielle Rücksichten bewogen, den Entschluß faßte, den zwischen ihr und den Vereinigten Staaten schon jetzt offenkundig bestehenden Interessenkonflikt auf dem Boden der kubanischen Frage auszutragen, und wenn von Paris aus Vorschläge für eine europäische, zunächst diplomatische Aktion an die übrigen Kabinette ergingen, so würde Seine Majestät der Kaiser zur Mitwirkung bereit sein. Eine derartige französische Anregung wird — dies brauche ich kaum hervorzuheben — unterbleiben, sobald in Frankreich der Verdacht entsteht, daß dieselbe deutschen Wünschen entsprechen und deutschen Zwecken dienen würde. Es wird deshalb Sache der spanischen Regierung sein, [im Hinblick auf] die ihr von Ew. über den Inhalt des Vorstehenden gemachten Eröffnungen hinsichtlich der eventuellen deutschen Bereitwilligkeit, die den eigenen spanischen Interessen entsprechende Diskretion zu beobachten. Sowohl das Entgegenkommen, welches die spanische Regierung seit mehr als dreizehn Jahren der französischen gezeigt hat, wie auch die schwerwiegenden Geldinteressen Frankreichs in Spanien berechtigten die Annahme, daß das Pariser Kabinett einen spanischen Unterstützungsanspruch nur dann zurückweisen würde, wenn besonders schwierige Zeitverhältnisse oder — wie im Falle einer deutschen Führerschaft — volkstümliche Gefühlsströmungen sich dem entgegensetzten.

Ew. stelle ich anheim, hiernach Ihre Sprache zu regeln.

Bülow

Nr. 4124

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 41 Wien, den 23. Februar 1898
Vertraulich

Ich habe in Budapest Gelegenheit gehabt, den Inhalt des hohen Erlasses vom 15. d. Mts. Nr. 135* mit dem Grafen Goluchowski zu besprechen. Der Minister teilt vollkommen den Standpunkt der deutschen Regierung und wird — was in nächster Zeit wohl eintreten dürfte — auf die erfolgte spanische Anregung sich in dem Sinne der Berliner Äußerung aussprechen. Graf Goluchowski vermutet, daß der neue für Wien ernannte Botschafter Herr Agüera, welcher demnächst hier einzutreffen gedenkt, einen Auftrag seiner Regierung in der fraglichen Angelegenheit wird auszurichten haben.

Graf Goluchowski sagte mir, daß er die österreichische Regierung trotz des warmen Interesses für die Königin-Erzherzogin nicht für stark genug halte, um in Amerika irgendwie führend hervortreten zu können. Aber Österreich werde sich stets in der ersten Reihe halten und eine allgemeine europäische Aktion in jeder Weise zu fördern suchen. Die Nationen, welche materiell von amerikanischen Gewaltakten am meisten bedroht schienen, seien Frankreich und England wegen ihres amerikanischen Kolonialbesitzes. Ersteres sei daher auch aus diesem Grunde besonders geeignet, eine führende Rolle zu übernehmen. Im übrigen hatte der Minister wenig Zutrauen in eine diplomatische Aktion. Er war der Ansicht, daß in Amerika nur durch eine gemeinschaftliche und energische Flottendemonstration ein Resultat erreicht werden würde.

Mein neuer französischer Kollege**, der die spanisch-amerikanische Frage von seinem letzten Posten her genau kennt, redete mich während der gemeinschaftlichen Fahrt nach Budapest darauf an. Er ist davon durchdrungen, daß eine gemeinschaftliche europäische Demonstration notwendig werden wird, begriff aber die abwartende Haltung der deutschen Regierung, welche ich angesichts solcher Eventualitäten vermuten müßte. Meinen Ausführungen, daß vor allen Dingen diejenigen Staaten bei einer Aktion in Frage kämen, welche Kolonialbesitz in Amerika hätten, stimmte er durchaus zu. Es schien mir sogar aus seinen Worten hervorzugehen, daß Frankreich eine Aktion bereits in ernsthafte Erwägung gezogen habe, denn er sprach sehr bestimmt und

---

* Durch Erlaß Nr. 135 vom 15. Februar war dem Grafen zu Eulenburg der Erlaß nach Madrid Nr. 25 (siehe Nr. 4123) mitgeteilt worden.
** Marquis de Reverseaux, bis 1897 Botschafter in Madrid.

stellte das Verhältnis zu Spanien dar, als ob Frankreich eine Art Verpflichtung fühle, die kubanische Frage in einer für Spanien möglichst vorteilhaften Weise zu Ende zu führen. Die Beteiligung Rußlands hielt er für unsicher, aber v i e l l e i c h t erreichbar. Bezüglich Englands äußerte er sich völlig pessimistisch und legte ein ungewöhnliches Maß von Abneigung gegen das Inselreich an den Tag, welches der notwendigen kolonialen Entwicklung Frankreichs an allen Enden des Erdkreises Hindernisse in den Weg stelle.

Ich habe bei der sich völlig zufällig ergebenden Unterhaltung sorgfältig vermieden, durchblicken zu lassen, daß ich von der Lage der Dinge bezüglich Spaniens und Amerikas dienstlich genauere Kenntnis hatte. Daß bei einer e u r o p ä i s c h e n Aktion zugunsten der bedrohten Integrität Spaniens Deutschland nicht zurückbleiben werde, habe ich als Ausdruck meiner p e r s ö n l i c h e n Ansicht zu erkennen gegeben.

P. E u l e n b u r g

Nr. 4125

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg

Konzept

Nr. 207 Berlin, den 15. März 1898

Herr von Szögyény hat gestern die abschriftlich beigefügte Verbalnote * übergeben, durch welche von neuem der Gedanke angeregt wird, daß Deutschland die entscheidende Rolle zu einer europäischen Aktion in der kubanischen Frage nehmen soll. Als Novum wird mitgeteilt, daß der spanische Botschafter in Paris ** seiner Regierung die Versicherung überbracht habe, daß Frankreich sich ganz gern bei eventuellen Vorstellungen in Washington beteiligen würde, wenn die Anregung dazu von einer anderen Macht käme. Die Initiative könne die französische Regierung im Hinblick auf die z w i s c h e n R u ß l a n d u n d A m e r i k a b e s t e h e n d e I n t i m i t ä t allerdings nicht ergreifen.

Diese französische Äußerung ist wohl bestimmt, von vornherein anzudeuten, daß die französischen Vorstellungen in Washington unter den Umständen lediglich einen akademischen Charakter tragen würden; denn daß eine französische Regierung, die heutige oder eine andere, Seite an Seite mit Deutschland zu einer wirklich energischen Aktion gegen eine Macht vorgehen sollte, die mit Rußland intim ist, muß man als ausgeschlossen betrachten. Die französische Regierung hat hiermit

* Hier nicht abgedruckt, weil inhaltlich genügend charakterisiert.
** Leon y Castillo.

schon das Maß dessen gegeben, was man von ihr erwarten, bezw. nicht erwarten darf, sie hat gleichzeitig aber auch die Stellung Rußlands in der Sache angedeutet.

Die Sprache der politischen Organe Englands läßt ebenfalls deutlich erkennen, daß auch dieses die Erhaltung guter Beziehungen zu Amerika für bedeutend wichtiger erachtet als die Beziehungen zu Spanien. Man kann daher ohne weiteres sagen, daß der Gedanke einer wirksamen europäischen Aktion unausführbar ist, und daß eine darauf abzielende Anregung des Berliner oder Wiener Kabinetts fruchtlos sein und nur noch zur Vermehrung der zwischen Amerika und Spanien bestehenden Spannung beitragen würde.

Daß Spanien, dessen Kolonialverwaltung notorisch hinter den Anforderungen der Zeit weit zurückgeblieben war, schließlich an seinen Kolonien Kummer erleben werde, konnte man voraussehen. Aufrichtig aber beklagt Seine Majestät der Kaiser, unser allergnädigster Herr, daß eine allerhöchstihm in jeder Beziehung so sympathische und in jeder Hinsicht so hervorragende Persönlichkeit wie die Königin-Regentin die Folgen einer jahrhundertelangen Mißwirtschaft zu tragen hat. Die Verantwortung, welche ein unwissendes und fanatisiertes Volk der Regentin etwa zuzuschieben geneigt wäre, würde aber vielleicht bis zu einem gewissen Grade von ihr genommen werden, wenn der neuerdings in der Öffentlichkeit aufgetauchte Gedanke der Beendigung des kubanischen Konfliktes durch päpstlichen Schiedsspruch sich verwirklichte.

Die Autorität des Schiedsrichters, welche nirgends in der Welt widerspruchsloser anerkannt wird als in Spanien, würde dann die Verantwortung der Regentin decken und die der Monarchie drohenden Gefahren auf ein Minimum reduzieren. Die spanische Regierung kann jedoch in dieser Frage keine irgendwie erkennbare Initiative nehmen, weil schon diese allein ihr als Kleinmut ausgelegt und gegen die Krone ausgebeutet werden würde. Die Initiative müßte also von einer unbeteiligten dritten Macht kommen. Ob die Kurie eine derartige Entscheidung auf sich nehmen, und in welchem Sinne die letztere ausfallen würde, vermögen wir nicht mit irgendwelchem Grade von Genauigkeit von hier aus heute zu beurteilen; so viel hier bekannt, ist jedoch sowohl der Heilige Vater wie der Kardinalstaatssekretär* Ihrer Majestät der Königin-Regentin wohlgewogen. Man darf daher annehmen, daß die päpstliche Entscheidung zwar nicht ohne Berücksichtigung der gegenwärtigen tatsächlichen Lage, immerhin jedoch in einem für Spanien möglichst günstigen Sinne erfolgen würde. Der wesentliche Vorteil eines päpstlichen Schiedsspruchs würde weniger in dem Inhalte der Entscheidung als in dem Umstande zu sehen sein, daß jene Entscheidung, wie schon bemerkt, im Hinblick auf die Autorität

---

* Rampolla.

des Richters für das monarchische System Spaniens nicht die bedenklichen Folgen haben dürfte, welche sonst von einer weitgehenden spanischen Konzession kaum zu trennen wären.

Das Wiener Kabinett ist jedenfalls bei seinen intimen Beziehungen zur spanischen Regierung wie zur Kurie besser als wir in der Lage, den Wert und Nutzen des Schiedsspruchgedankens zu beurteilen. Ein anderes Mittel, Spanien zu Hülfe zu kommen, sehen wir aber nicht, insbesondere halten wir mit Rücksicht auf die Politik von Frankreich, Rußland und England eine außerordentliche Sonderaktion des Dreibundes für undurchführbar.

Bülow

Nr. 4126

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Madrid von Radowitz

Konzept

Nr. 49 Berlin, den 17. März 1898

Gleichzeitig mit dem Eintreffen von Ew. Bericht Nr. 50 übergab der österreich-ungarische Botschafter das abschriftlich hier beigefügte Schriftstück, welches ebenfalls die Frage einer europäischen Intervention zugunsten Spaniens behandelt*. Meine nach Wien gerichtete Antwort**, welche Ew. gleicherweise hier angeschlossen finden, erschöpft das Thema keineswegs; zur Rechtfertigung meiner wenig hoffnungsvollen Auffassung der Lage Spaniens hätte ich noch manches anführen können, was jedoch bereits längst in den Akten der Kaiserlichen Botschaften zu Wien und Madrid verzeichnet ist. Am 23. Februar 1891 richtete das Auswärtige Amt einen ersten Erlaß an den Prinzen Reuß, welcher denselben darauf hinwies, daß Frankreich schwerlich ein Interesse an der Erhaltung der Monarchie in Spanien haben könne, denn Frankreich würde als Vormacht eines lateinisch-republikanischen Bundes stärker und nach allen Seiten hin — auch Rußland gegenüber — unabhängiger dastehen als jetzt, wo sich die französische Republik im monarchischen Europa doch mehr isoliert fühlen müsse; daß andererseits aber Rußland aus dem gleichen Grunde keinen Anlaß haben könne, eine

---

* Nach Radowitz' Bericht Nr. 50 vom 11. März 1898 hätte die spanische Königin-Regentin durch den spanischen Botschafter in Paris Leon y Castillo einen Schritt bei dem französischen Außenminister Hanotaux zwecks Herbeiführung einer europäischen Intervention in der Kubafrage getan, wäre aber von diesem bei grundsätzlicher Bereitschaft zum Mitgehen auf die Zweckmäßigkeit österreichischer Initiative verwiesen worden.

** Siehe Nr. 4125.

Ausbreitung des republikanischen Systems in Europa zu begünstigen; daß daher die Königin von Spanien, welche gerade damals infolge portugiesischer Wirren eine republikanische Schilderhebung auf der iberischen Halbinsel befürchtete, am besten tun werde, wenn sie direkt, ohne die Vermittlung von Wien oder Berlin, den Kaiser von Rußland um eventuelle Unterstützung, falls solche notwendig würde, angehen wollte.

Seit dieser ersten Anregung ist die Regierung Seiner Majestät des Kaisers wiederholt bei verschiedenen Anlässen in Wien sowohl wie in Madrid auf den Gedanken zurückgekommen, daß Spanien, falls dasselbe auf eine europäische Aktion zu seinen Gunsten reflektiere, vor allen Dingen nähere Fühlung mit Rußland gewinnen und dort Anlehnung suchen müsse. Auf die diesseitige Anregung ist dann nach einiger Zeit die Erwiderung gekommen, die spanische Regierung habe den von uns angeratenen Schritt in Petersburg getan, derselbe habe dort freundliches Entgegenkommen gefunden, und das Kabinett von Madrid sei in Erwartung eines günstigen Endergebnisses. Von einem solchen Endergebnis haben wir nie etwas erfahren, dagegen erwähnt die neueste österreichische Mitteilung in ihrem ersten Absatze, die französische Regierung habe erklärt, eine Initiative für eine europäische Aktion zugunsten Spaniens nicht ergreifen zu können im Hinblick auf die bestehende russisch-amerikanische Intimität. Wenn das Schweigen des Kabinetts von Madrid über den Verlauf der in Petersburg gemachten Annäherungsversuche geeignet war, Zweifel über den Erfolg dieser letzteren zu erwecken, so werden diese Zweifel zur Gewißheit durch die ebenerwähnte Erklärung des Herrn Hanotaux, welche zu verstehen gibt und wohl auch geben soll, daß Rußland sich eher auf die amerikanische als auf die spanische Seite stellen würde. Niemand wird heute erwarten, daß Frankreich sich, bei gleichviel welcher Frage, auf eine andere als die russische Seite stellt. Hiernach ist also jede Ungewißheit darüber, ob Spanien gegen Amerika auf franko-russische Unterstützung werde rechnen können, bis auf weiteres im negativen Sinne erledigt. Dadurch ist auch gleichzeitg die Haltung angezeigt, welche unter den gegebenen Umständen für Deutschland die allein mögliche ist, nämlich die Enthaltung. Es bedarf keiner Ausführung, um zu rechtfertigen, daß Deutschland davon absehen muß, in einer Frage, welche die Leidenschaften des amerikanischen Volkes in steigendem Maße erregt, sich weiter und früher als Frankreich zu engagieren. Das mexikanische Abenteuer des zweiten Napoleonischen Kaiserreichs genügt uns als Warnung.

Ew. wollen demgemäß die in Ihrem Bericht Nr. 50 übermittelte spanische Anregung dahin beantworten, daß Seine Majestät der Kaiser nach ernster Prüfung dieser Angelegenheit zu seinem tiefen Bedauern sich außerstande sieht, zur Beilegung des spanisch-amerikanischen Konfliktes mitzuwirken, solange nicht Frankreich fest und unzweideutig

zu dieser Frage Stellung genommen und seine Mitwirkung, ohne den erwähnten Vorbehalt nach Rußland hin, in bestimmte Aussicht gestellt hat. Bülow

Nr. 4127

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den preußischen Gesandten beim Päpstlichen Stuhl Otto von Bülow

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 8 Berlin, den 26. März 1898

Ew. wollen dem Kardinal Kopp* zu beliebiger vertraulicher Verwertung mitteilen, daß vor etwa 14 Tagen, als die Beziehungen zwischen Spanien und Amerika sich zuspitzten, von hier aus nach verschiedenen Richtungen hin der Gedanke des päpstlichen Schiedsspruchs angeregt und als diejenige Lösung empfohlen worden ist, welche die Verantwortung der Krone Spanien am meisten decken würde. Der Vorteil dieses Schiedsspruchs würde nach diesseitiger Ansicht nicht in dem Inhalte desselben, sondern in der Person des Schiedsrichters liegen, gegen dessen Entscheidung niemand in Spanien, abgesehen vielleicht von den Sozialisten, sich auflehnen würde. Ob Amerika den Schiedsrichter annehmen würde, ist freilich zweifelhaft; die amerikanischen Bischöfe würden dabei mitzuwirken haben, das katholische Element ist im amerikanischen Kongreß sehr mächtig. Vielleicht wäre es auch möglich, durch die amerikanischen Bischöfe vor formeller Annahme des päpstlichen Schiedsrichters eine Fühlung zwischen Rom und Washington herzustellen, hinsichtlich des Inhalts des Schiedsspruchs. Bülow

Nr. 4128

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den preußischen Gesandten beim Päpstlichen Stuhl Otto von Bülow

Telegramm. Konzept

Nr. 9 Berlin, den 27. März 1898
Geheim

In Ergänzung des soeben an Ew. pp. abgegangenen Telegramms** teile ich Ihnen nachfolgend eine Stelle aus einem heute eingegangenen Bericht des Kaiserlichen Botschafters in Madrid*** mit:

---

* Der Fürstbischof von Breslau, Kardinal Kopp, weilte damals in Rom.
** Siehe Nr. 4127.
*** Bericht Radowitz Nr. 57 vom 22. März 1898.

„Die Königin hat die Empfindung, daß nun die Frage des Konflikts mit Nordamerika wegen Kuba in ein akutes Stadium eingetreten ist, und daß sich Entscheidungen darin nicht mehr aufhalten lassen. Sie hatte bisher daran festgehalten, auf Grund der Berichte des von ihr besonders geschätzten Marschalls Blanco, daß es noch einmal gelingen könnte, den Aufstand zu überwältigen, wenn nur die Amerikaner mit der materiellen Unterstützung der Insurrektion einhielten. Aber auch wenn dies möglich gewesen wäre, hat Ihre Majestät innerlich wohl nicht mehr daran geglaubt, daß die auf völlige Unabhängigkeit der Kolonie gerichteten Strömungen dauernd würden zurückzuhalten sein. Ihr persönlich — ebenso steht es jetzt mit einer immer größer gewordenen Zahl von verständigen Spaniern — liegt nicht sowohl daran, daß Spanien den ihm zur beständigen Gefahr und größten Last gewordenen Besitz von Kuba behauptet, als vielmehr daran, daß die Ablösung dieser Kolonie von dem Mutterlande sich in einer Form vollziehen könne, die nicht die Weiterexistenz der gegenwärtigen Monarchie bedrohe und das Land entweder den Karlisten oder der Republik — oder beiden gleichzeitig wie im Anfang der siebziger Jahre — in die Arme werfe. Unverkennbar hat die öffentliche Meinung in Spanien seit etwa zwei Jahren sich schon mehr, wie es früher denkbar gewesen wäre, mit der Eventualität eines Verlustes von Kuba vertraut gemacht, der, natürlich unter der Voraussetzung, daß man dabei auch die kubanische Schuld mit los werden könne, mehr eine Stärkung wie eine Schwächung des spanischen Staatswesens bedeuten würde."

Diese bei der Königin und einer Anzahl maßgebender Politiker bestehende, wenn auch nicht öffentlich eingestandene Auffassung bietet eine rationelle Unterlage für das Schiedsamt des Papstes. Ich könnte mir die Möglichkeit denken, daß der Papst zunächst in Madrid sondieren läßt, ob er nach Ansicht der Königin und ihrer Berater Spanien eine Wohltat erweisen würde durch einen Schiedsspruch, welcher gleichzeitig Kuba und die für Kuba kontrahierten Schulden vom Mutterlande ablöste. Nach einer bejahenden Antwort könnte durch irgendeinen kirchlichen Würdenträger, dessen Gewandtheit und Ansehen ihn dazu besonders geeignet macht, in Washington sondiert werden, ob der dortigen Regierung mit einem Schiedsspruch gedient sein würde, welcher für die Befreiung Kubas von Spanien und für die Befreiung Spaniens von der kubanischen Schuld entschiede; wenn ja, so möge die amerikanische Regierung an den Schiedsspruch des Papstes appellieren; Amerika werde auf diese Art die Befreiung Kubas ohne Blutvergießen und — selbst wenn es für einen Teil der kubanischen Schuld in irgendeiner Form mit eintrete — billiger als durch einen Krieg erreicht haben.

Ew. pp. wollen mit Kardinal Kopp beraten, in welcher Weise die vorstehende Kombination mit der meisten Aussicht auf Erfolg an den Papst herangebracht werden kann, und das Entsprechende ohne Zeit-

verlust veranlassen. Der Wahlspruch der Mainekommission* ist bereits von Washington nach Madrid telegraphiert worden, die Zeit drängt also. Bülow

Nr. 4129

Der Botschafter in Madrid von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 33 Madrid, den 26. März 1898

Der Staatsminister** hat heute nachmittag den Botschaftern von Österreich, Frankreich, Rußland, Italien und mir sowie dem englischen Geschäftsträger die gleichlautende mündliche Mitteilung gemacht, daß angesichts der drohenden Verwickelung mit den Vereinigten Staaten von Amerika die spanische Regierung folgende vertrauliche Bitte durch Vermittelung der hiesigen Vertreter an unsere Regierungen gelangen zu lassen wünsche (aus dem Spanischen übersetzt): „Die Mächte möchten sowohl an Spanien wie an die Vereinigten Staaten von Amerika den Rat erteilen, die Konflikte, zu denen die in der Note des Herrn Woodford vom 23. März aufgeworfenen Fragen Anlaß geben können, durch Annahme eines Schiedsrichters so beizulegen, daß der Friede nicht gestört werde.“ pp.

Nach den weiteren Bemerkungen des Staatsministers würde es sich zunächst darum handeln, festzustellen, ob die Mächte diesen Rat beiderseitig geben wollen. Über eventuellen Schiedsrichter und über Formulierung der Streitfrage müsse dann weitere Verständigung folgen. Möglichste Beschleunigung der Antworten der Mächte würde hier mit besonderem Dank anerkannt werden. Alle meine Kollegen haben gleiche Meldungen erstattet. Radowitz

Nr. 4130

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Madrid von Radowitz

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 17 Berlin, den 28. März 1898

Antwort auf Telegramm Nr. 33***.

Durch die Ew. bekannten Erwägungen ist die Regierung Seiner

* Am 15. Februar 1898 war das vor Kuba liegende amerikanische Panzerschiff „Maine“ explodiert. Eine zur Untersuchung niedergesetzte Kommission fällte den Wahrspruch, daß die Explosion einer Einwirkung von außen, d. h. einem Torpedo oder einer Mine zuzuschreiben sei. Diese Feststellung brachte die antispanische Stimmung in den Vereinigten Staaten zur Siedehitze; man forderte stürmisch den Krieg mit Spanien und die Eroberung Kubas.

** Gullon.

*** Siehe Nr. 4129.

Majestät des Kaisers verhindert, sich in der spanisch-amerikanischen Angelegenheit voranzustellen. Ew. wollen daher zunächst dasjenige melden, was Ihnen über die Rückäußerungen der anderen Kabinette bekannt wird.

Bülow

Nr. 4131

Der preußische Gesandte beim Päpstlichen Stuhl Otto von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 11 Rom, den 29. März 1898

Nach Anleitung der Telegramme Nr. 8 und 9* habe ich mit Kardinalstaatssekretär soeben gesprochen. Derselbe hat mir für morgen Antwort des Papstes in Aussicht gestellt. Vorerst sagte er mir, daß angesichts der Zuspitzung der Lage Seine Heiligkeit bereits vor zwei Tagen den Erzbischof Ireland telegraphisch angewiesen habe, nach Washington zu gehen, um bei dem ihm befreundeten Präsidenten auf eine friedliche Lösung des Konflikts dringend hinzuwirken.

Demnächst erkundigte sich der Kardinalstaatssekretär darnach, ob und welche Aufnahme die von Euerer Durchlaucht laut Telegramm Nr. 8** gemachten Anregungen wegen Schiedsspruchs an den betreffenden Stellen gefunden, und beschränkte sich im übrigen auf die Bemerkung: er sei auf Grund seiner Kenntnis des Landes sowie der derzeitigen Sprache der spanischen Presse persönlich überzeugt, daß eine Ablösung von Kuba, wenn selbst durch einen Schiedsspruch herbeigeführt, der Monarchie ein Ende machen würde.

Bülow

Nr. 4132

Der preußische Gesandte beim Päpstlichen Stuhl Otto von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 12 Rom, den 30. März 1898

Im Anschluß an Telegramm Nr. 11***.

Kardinalstaatssekretär gab mir soeben namens des Papstes folgende Antwort:

---

* Siehe Nr. 4127 und Nr. 4128.

** Siehe Nr. 4128.

*** Siehe Nr. 4131.

Seine Heiligkeit nimmt auch seinerseits lebhaftes Interesse an der Erhaltung des Friedens und der spanischen Monarchie.

Anlangend den Vorschlag eines Schiedsspruches, so hält der Papst es nach den ihm vorliegenden Nachrichten sowie nach Äußerungen des spanischen Botschafters * nicht für möglich, daß die spanische Regierung in die Abtretung von Kuba willige.

Nichtsdestoweniger wird Seine Heiligkeit, um dem, wie er glaubt, von anderen Mächten geteilten diesseitigen Wunsch zu entsprechen, nicht unterlassen, in Madrid sondieren zu lassen, wie man dort zu dieser Frage steht **, und wird der Nuntius *** noch heute telegraphisch hierzu angewiesen werden. Kardinal Rampolla bat um strenge Geheimhaltung.

Bülow

Nr. 4133

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Madrid von Radowitz

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 24 Berlin, den 31. März 1898
Ganz vertraulich

Der Kardinalstaatssekretär hat dem Königlichen Gesandten von Bülow mitgeteilt, daß der Nuntius in Madrid † am gestrigen Tage telegraphisch angewiesen worden sei, in Madrid wegen Annehmbarkeit eines päpstlichen Schiedsspruchs zu sondieren. Diese auf diesseitige Anregung zurückzuführende Initiative der Kurie ist eine Erleichterung für die spanische Regierung, da eine spanische Anregung in diesem Sinne leicht seitens der öffentlichen Meinung des Landes als Kleinmut hätte aufgefaßt werden können. Alles Weitere betrachtet die Kaiserliche Regierung nunmehr als Sache der Interessenten, d. h. der Parteien und des eventuellen Schiedsrichters. Wir möchten umso weniger uns noch fernerhin einmischen, da wir einerseits die moralische Verantwortung für die Rückwirkung der Abtrennung Kubas nicht auf uns zu nehmen Lust haben, während andrerseits die Annahme des päpstlichen Schiedsgerichts von amerikanischer Seite ohne vorherige Zusicherung der im letzten Teile von Ew. Bericht Nr. 57 vom 20. d. Mts. erwogenen Konzessionen †† ziemlich aussichtslos erscheint. Die bisherige, von der Regierung Seiner Majestät des Kaisers übrigens vor-

---

* Merg de Val.

** Vgl. über die von dem Papst getanen Schritte das folgende Schriftstück sowie auch Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1898, S. 303.

*** Msgr. Jos. Francica Nava.

† Vgl. Nr. 4132.

†† Vgl. Nr. 4128, Fußnote **.

hergesehene Haltung der europäischen Mächte — unter denen Rußland und Frankreich, vielleicht durch Englands Schweigen beeindruckt, sich mit Ablehnung jeder Initiative lediglich in platonischen Sympathieäußerungen ergehen — ist ebenfalls nicht geeignet, den Amerikanern zu imponieren.

Bülow

Nr. 4134

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Homburg v. d. H.

Telegramm. Entzifferung

Berlin, den 1. April 1898

Euerer Majestät Gesandter beim Päpstlichen Stuhl telegraphiert:

„Kardinalstaatssekretär sagt mir, daß nach Meldung des Nuntius in Madrid die von ihm sondierte spanische Regierung es für unmöglich erklärt habe, ein Schiedsgericht auf der Basis der Abtretung von Kuba anzunehmen."

Bülow

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Dann ist ihr aber nicht zu helfen! verlieren wird sie es doch! W.

Nr. 4135

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Washington von Holleben

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 17 Berlin, den 4. April 1898

Der österreichisch-ungarische Vertreter in Washington ist angewiesen, gemeinsam mit den Vertretern der übrigen fünf Großmächte bei der amerikanischen Regierung einen Schritt zugunsten des Friedens zu tun. Wenn und soweit alle fünf Vertreter mittun, sind Ew. ermächtigt, sich an dem Schritt zu beteiligen, da das Wiener Kabinett es wünscht.

Andrerseits steht, wie aus Madrid telegraphiert wird, eine päpstliche Vermittelung zur Herbeiführung von Waffenstillstand oder Waffenruhe unmittelbar bevor und dürfte, da bei ihr der Nebengedanke eines auf Amerika auszuübenden Druckes ausgeschlossen ist, für die amerikanische Empfindlichkeit willkommener sein, als ein gleicher Schritt der Mächte, selbst wenn dieser, wie nach der bisherigen Haltung von

England, Rußland und Frankreich nicht bezweifelt werden kann, einen rein akademischen Charakter hat. Mit Rücksicht hierauf dürfte es sich empfehlen, daß vielleicht der österreichische mit dem nächstinteressierten spanischen Vertreter zuvor die Frage bespricht, ob etwa der — vermutlich doch nur ganz platonische — Schritt der Mächte eine aussichtsvollere Friedensaktion von andrer Seite stören könnte.

Bülow

Nr. 4136

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow

Eigenhändig

Berlin, den 5. April 1898

Ich habe dem spanischen Botschafter gesagt, daß ich ihm amtlich keine Ratschläge zu geben hätte. Meine persönliche Ansicht sei, daß ich, wenn ich die Ehre hätte, spanischer Minister der Auswärtigen Angelegenheiten zu sein, dem Papst carte blanche geben würde, um zwischen Spanien und Amerika den Krieg zu vermeiden. Ich fügte hinzu, ich würde illoyal handeln, wenn ich den Botschafter glauben ließe, daß begründete Aussicht für eine aktive Intervention der gerade jetzt hauptsächlich mit Ostasien beschäftigten Weltmächte zugunsten Spaniens vorhanden sei.

Der Botschafter erwiderte, weiteres Nachgeben Spaniens würde den Sturz des Ministeriums und der Dynastie herbeiführen, was schlimmer wäre als der Krieg. Spanien brauche den Krieg nicht zu fürchten, wohl aber Europa den Sturz der spanischen Monarchie und weitere Machterweiterung von Amerika.

Bülow

Nr. 4137

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Homburg v. d. H.

Telegramm. Konzept

Berlin, den 7. April 1898

Euerer Majestät gnädiger Schlußvermerk zu meinem alleruntertänigsten Briefe vom 2. d. Mts.* ist mir vom allergrößten Interesse. Ich

* Nicht bei den Akten.

teile durchaus die Ansicht, daß wir gegenüber dem spanisch-amerikanischen Konflikt alles vermeiden müssen, was wie unnötige Parteinahme, namentlich gegen Amerika, aussehen könnte, und daß wir uns an der Mediation der Mächte nur dann beteiligen dürfen, wenn alle übrigen vorangehen, und nur so weit, als unerläßlich ist, um bei den anderen Mächten und auch in Amerika selbst nicht Mißtrauen zu erwecken. pp.

Bülow

Nr. 4138

Der Botschafter in Washington von Holleben an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 25 Washington, den 7. April 1898

Von den Vertretern der sechs Großmächte ist heute mittag dem Präsidenten eine Kollektivvorstellung* übergeben, in welcher dieselben ihn vom Standpunkt der Menschlichkeit zum Frieden ermahnen und die Hoffnung aussprechen, daß auch unter Aufrechterhaltung des Friedens die Ordnung in Kuba sich wird herstellen lassen. Nach längerer Überlegung haben wir auf jedes weitere Eingehen in die schwebenden Fragen verzichtet. Der Präsident nahm die Vorstellung mit augenscheinlicher Genugtuung auf und beantwortete sie mit einer längeren Erklärung, in welcher er seinen Dank sowie die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens ausdrückte, ohne sich jedoch irgendwie zu verpflichten. Wortlaut der beiden Erklärungen sende ich per Post, wenn ich nicht Befehl erhalte, sie zu telegraphieren.

Der ganze Schritt wird ein gewisses Aufsehen machen und von guter, wenn auch vermutlich nur moralischer Wirkung sein, worüber näheres berichtlich. pp.

Auf Mediation des Papstes wird hier nicht viel gegeben, eine direkte Vorstellung desselben bei der hiesigen Regierung hat auch nicht stattgefunden und würde vermutlich eine üble Wirkung ausgeübt haben, dagegen wird man dem Papst dankbar sein, wenn er die spanische Regierung zur Nachgiebigkeit und die Insurgenten zur Annahme eines Waffenstillstands veranlassen wollte.

Holleben

---

* Den Wortlaut der Kollektivnote und der Erwiderung des amerikanischen Präsidenten siehe Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1898, S. 348 f.

Nr. 4139

Der Botschafter in Madrid von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 56 Madrid, den 9. April 1898

Die Vertreter der sechs Mächte, auch der russische, haben heute früh mit dem Staatsminister, der uns zusammen empfing, im gemeldeten Sinne* gesprochen. Der österreichische und französische Botschafter hatten vorher noch Auftrag ihrer Regierungen erhalten, eine solche Demarche mit den Kollegen zu vereinbaren.

Staatsminister Gullon nahm von unseren Äußerungen Akt und erklärte, sie der Königin und dem Ministerrat melden zu wollen. Um 3 Uhr nachmittag teilte er dem Nuntius und uns mit, daß infolge der wiederholten Vorstellungen des Heiligen Vaters, unterstützt durch die übereinstimmenden freundschaftlichen Ratschläge der hiesigen Vertreter der sechs Mächte, die Regierung beschlossen habe, dem Heiligen Vater anzuzeigen, daß soeben der kommandierende General in Kuba Weisung erhalten habe zur Gewährung einer sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten auf die Zeitdauer, die er für geeignet erachten werde, um den dauernden Frieden vorzubereiten und ins Werk zu setzen. Von Bedingung des Zurückziehens der amerikanischen Schiffe ist nichts mehr gesagt. Die Nachricht wird heute abend durch die hiesige Presse bekantgegeben werden**. Eine förmliche Proklamation der Königin, wie früher beabsichtigt, scheint nicht erfolgen zu sollen. Die Königin hat durch den Nuntius den Vertretern ihren wärmsten persönlichen Dank ausdrücken lassen.

Radowitz

Nr. 4140

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wiesbaden

Telegramm. Entzifferung

Berlin, den 15. April 1898

Euerer Majestät Botschafter in Washington telegraphiert: „Die Haltung des Kongresses*** läßt jede Hoffnung auf Erhaltung des Friedens

---

* D. h. im Sinne einer spontanen und bedingungslosen spanischen Einstellung der Feindseligkeiten auf Kuba.

** Sie wurde am 10. mittels offizieller Note des spanischen Gesandten in Washington der amerikanischen Regierung übermittelt.

*** Am 11. April hatte Präsident Mac Kinley eine Botschaft an den Kongreß gerichtet, die die Ermächtigung zu einem unmittelbaren Eingreifen in die

schwinden. Sehr auffälligerweise ergriff heute der englische Botschafter* die Initiative zu einem neuen Kollektivschritt der hiesigen Vertreter der Großmächte. Wir vermuten, daß die Königin [-Regentin]** in diesem Sinne bei der Königin von England vorstellig geworden ist. Auf Wunsch des englischen Botschafters telegraphieren die sechs Vertreter an ihre Regierungen in folgendem Sinne:

‚Angesichts der Haltung des Kongresses kann man keine Hoffnung auf Frieden mehr hegen, und die allgemeine Meinung geht dahin, als hätten auch die Mächte gegen den Krieg nichts einzuwenden. Die Note des spanischen Gesandten vom 10. d. Mts.*** schien eine gute Basis für neue Verhandlungen zu bieten. Wenn die Regierungen diese Ansicht teilen, so erscheint es angezeigt, den Irrtum hier zu zerstreuen, als finde die bewaffnete Intervention in Kuba die Unterstützung der zivilisierten Welt (nur in diesem Fall wolle er Intervention, hatte der Präsident in seiner Dezemberbotschaft gesagt). Unter diesen Umständen glauben die hiesigen Vertreter, Großmächte könnten die Aufmerksamkeit der hiesigen Regierung auf die spanische Note vom 10. lenken und erklären, die bewaffnete Intervention erscheine ihnen nicht gerechtfertigt. Diese Erklärung könnte die Form einer Kollektivnote der Mächte an die Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika annehmen. Letztere würde größeren Eindruck machen und die hiesigen Vertreter nicht dem Anschein aussetzen, als wollten sie nur ihren ersten Schritt †, den der Präsident in seiner neuesten Botschaft nicht einmal der Erwähnung würdigte, lediglich wiederholen. Im Falle eine identische Note beschlossen werden sollte, würde ihre sofortige Veröffentlichung sich empfehlen, um die zivilisierte Welt von dem Vorwurf zu entlasten, als billigte sie diesen Angriff, für welchen man ihre Autorität anruft.' — Ich persönlich stehe einer solchen Kundgebung[1] ziemlich kühl gegenüber, obwohl auch ich eine öffentliche Brandmarkung dieses frivolen Angriffs für sehr angebracht halten würde. Ein Schritt hier könnte dem Ansehen der Mächte nur schaden[2], wenn man den Vertretern nichts in die Hand gibt, um eine unfreundliche Antwort gebührend zurückzuweisen. Identische Note würde nur bei sofortiger Veröffentlichung wirken. Sollte der Konflikt sich, wie wahrscheinlich, verschärfen, so würde meines Erachtens Entsendung eines Kriegsschiffes zur Wahrung

---

spanisch-kubanischen Feindseligkeiten und zu der Verwendung der See- und Landstreitkräfte der Vereinigten Staaten für diesen Zweck erbat. Das Repräsentantenhaus hatte darauf am 13. den Präsidenten ermächtigt, mit Waffengewalt einzuschreiten. Am 22. April brach Spanien die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ab, am 24. erfolgte ein Dekret über den Ausbruch des Krieges.

* Sir J. Pauncefote.

** Laut Konzept für fehlende Zifferngruppe eingefügt.

*** Vgl. Nr. 4139, Fußnote **.

† Vgl. Nr. 4138.

der deutschen Interessen in Kuba zu erwägen sein. Von anderen Mächten wird ähnliches geplant*."

Wegen der von den europäischen Vertretern in Washington angeregten Kollektivdemarche[3] habe ich zunächst in Petersburg sondiert**, weil sich Rußland in dieser Beziehung bisher am zurückhaltendsten zeigte.

Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Ich halte sie für gänzlich verfehlt, zwecklos und daher schädlich! Wir blamiren uns vor den Amerikanern ebenso wie vor den Griechen und Türken, die auch auf unsere Collektivnoten pfiffen!

[2] richtig

[3] ich bin gegen diesen Schritt!***

---

* Nach diesem Hollebenschen Berichte (vom 14. April) kann ein Zweifel darüber nicht bestehen, daß die Initiative zu dem neuen Kollektivschritt der Mächte in Washington wirklich von dem englischen Botschafter Sir J. Pauncefote ausgegangen ist. Bekanntlich hat der Botschafter das später, Anfang 1902, durch die amerikanische „Associated Preß" in Abrede stellen und das Odium der versuchten Einmischung auf Deutschland abwälzen wollen. Die Frage führte damals zu einer lebhaften Preßfehde in den englischen, amerikanischen und deutschen Blättern, in die durch eine Interpellation im englischen Unterhaus auch die englische und die deutsche Regierung hineingezogen wurden. Als der englische Unterstaatssekretär Lord Cranborne am 21. Januar 1902 die Sache im Unterhause so darstellte, als seien im Jahre 1898 die Vorschläge zu einem neuen Kollektivschritt der Mächte in Washington gerade am Widerstand der englischen Regierung gescheitert, sah sich die deutsche Regierung veranlaßt, im „Reichs- und Staatsanzeiger" vom 12. Februar das obige Telegramm Bülows vom 15. April 1898 zu veröffentlichen. Es folgte darauf ein Austausch gereizter Noten zwischen der englischen und der deutschen Regierung, der dem englisch-deutschen Verhältnis nicht eben förderlich war. Wenn die englische Regierung bis zuletzt bei der Behauptung blieb, daß der deutsche Botschafter von Holleben in jener Konferenz vom 14. April 1898 das Vorgehen Sir J. Pauncefotes mißverstanden haben müsse, so ergibt das Zeugnis des französischen Botschafters Cambon, auf das sich Holleben stützen konnte (siehe Nr. 4144) endgültig, daß Pauncefote mit seinen Behauptungen im Unrecht war. Auch das offizielle „Journal de St. Pétersbourg" hat unter dem 23. Februar 1902 ausdrücklich die englische Initiative bestätigt. „C'est alors que l'ambassadeur d'Angleterre suggéra l'idée d'une nouvelle tentative des grandes puissances. Dans une réunion qui eut lieu chez Lord Pauncefote le 2 (14) avril 1898 il proposa à ses collègues d'adresser à leurs gouvernements un télégramme dont il avait redigé d'avance le texte en anglais. Ce télégramme, traduit ensuite en français, fut expédié, selon la proposition du représentant britannique, aux gouvernements respectifs."

** Siehe das folgende Schriftstück.

*** Diese Randbemerkungen des Kaisers sind vom Auswärtigen Amt noch am selben 15. Februar 1898 den Botschaftern in London und Petersburg mitgeteilt worden. Die spätere Insinuation des Newyorker Korrespondenten der „Times" George W. Smalley („The Callies Weekly" vom 29. August 1903), daß die Randbemerkungen erst 1902 nachträglich hinzugefügt worden seien („I do not believe, said an American official in high place, that the ink was dry when it was cabled"), entbehrt nach Ausweis der Akten jedweder Begründung.

Nr. 4141

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wiesbaden

Telegramm. Entzifferung

Berlin, den 16. April 1898

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Botschafter in Petersburg telegraphiert soeben nachstehendes über eine Unterredung, welche er mit Graf Murawiew wegen der Opportunität eines neuen Schrittes der Mächte bei der amerikanischen Regierung gehabt hat: „Graf Murawiew wird die Befehle des Kaisers morgen einholen, ob es für Rußland angezeigt erscheint, sich an einer identischen oder an einer Kollektivnote zu beteiligen. Seiner rein persönlichen Ansicht nach (er hob besonders hervor, daß er nicht als Minister der Auswärtigen Angelegenheiten spricht und gegebenenfalls das Gesagte ableugnen würde[1]), würden beide Schritte zwecklos sein, da sie sicherlich von Amerika nicht angenommen und nur den Kredit der Mächte Amerika gegenüber schädigen würden[2], zumal ihm der Krieg unvermeidlich scheine. Diese Noten würden ein Schlag ins Wasser sein, der Amerika verstimmen müßte. Graf Murawiew fürchtet sogar, daß der ganze Vorschlag, der von England ausgeht, darauf hinzielt, uns monarchische Mächte mit Amerika zu veruneinigen[3]. Wenn einmal eine Verstimmung Platz gegriffen, würde es für uns schwer sein, uns Amerika wieder zu nähern, was unter Umständen notwendig werden könnte. Für rein parlamentarische Mächte sei eine Wiederannäherung nicht so schwierig wie für die monarchischen, Rußland und Deutschland. Daß dies das englische Kalkül ist, glaubt Graf Murawiew um so mehr, als das Spiel Englands von Anfang an nicht klar war, wo es in Amerika die Mediation vorschlug und sich dann, als es damit nicht durchdrang, hinter die Mächte steckte, um einen gemeinschaftlichen Schritt zu tun. Daß die erste Botschafternote vom Präsidenten mit keinem Worte Erwähnung fand*, beweise, daß Amerika die Einmütigkeit der Mächte nicht will. Graf Murawiew würde es für gefährlich halten, Amerika die Einmischung der Mächte aufzudrängen, denn es könnte auf den Gedanken kommen, sich künftighin in europäische Dinge zu mischen[4], was nicht zugelassen werden dürfe.

Was nun Spanien anlangt, so meint Graf Murawiew, daß vor allem im Interesse der Dynastie gehandelt werden müsse; dieselbe kann seiner Ansicht nach nur dadurch gerettet werden, daß die Königin sich selbst an die Spitze der Bewegung setzt und, es mag kosten, was es wolle, einen Krieg, auch wenn keine Chancen für einen glücklichen

---

* Nämlich in der Botschaft an den Kongreß vom 11. April. Vgl. Nr. 4140, Fußnote ***.

Ausgang vorhanden, führt[5]. Nur dann kann die Dynastie sich halten und sogar befestigen; im entgegengesetzten Falle würde die Königin ohne Zweifel der Revolution unterliegen. Graf Murawiew brauchte die Worte: ‚Si la reine est sage, modérée et vraiment patriotique, elle succombera et sera renvoyée[6]; si par-contre elle se met à la tête du mouvement et n'est ni sage ni patriotique, elle peut sauver sa couronne, c'est cynique mais c'est ainsi.'[7]

Graf Murawiew resümierte seine Auseinandersetzung dahin, daß er nach seiner persönlichen Ansicht sich weder von einer identischen noch einer Kollektivnote einen Erfolg zu versprechen vermöge[8]; die Nichteinmischung erscheint dem Minister mithin als die beste Politik[9]. Zum Schluß wiederholte Graf Murawiew nochmals, daß er mir dies alles als Freund vertraulich sagt, nicht als Minister, denn als solcher würde er mir seine Ansicht nicht haben anvertrauen können."

Die Anregung zu diesem gemeinsamen Schritt war von England ausgegangen, die eine russische Ablehnung von vornherein als wahrscheinlich erscheinen ließ. Ich glaubte deshalb Euerer Majestät allerhöchsten Intentionen zu entsprechen, wenn ich wegen Aufnahme des englischen Vorschlags nur in Petersburg sondieren ließ, um die Ablehnung desselben nicht ausschließlich auf unsere Schultern zu nehmen. Die Antwort des Grafen Murawiew ist so ausgefallen, wie Euere Majestät dies vorausgesehen hatten. Graf Murawiew hat zwar zunächst nur „seine persönliche Ansicht" geäußert, diese läuft aber mit voller Entschiedenheit darauf hinaus, daß er den von England vorgeschlagenen Schritt als erfolglos und als schädlich für die Beziehungen der europäischen Monarchien zu Amerika betrachtet. Es fehlt auch nicht die freundliche Andeutung, daß letzteres Ergebnis wahrscheinlich von englischer Seite beabsichtigt sei.

Euerer Majestät huldvollen Direktiven entsprechend werde ich dem Grafen Murawiew sofort antworten lassen, Euere Majestät seien der Ansicht, daß leere Proteste das Ansehen der Mächte nur schädigen würden*, nach Wien und London werde ich telegraphieren, von englischer Seite sei eine neue Anregung gemacht worden für einen nochmaligen Kollektivschritt in Washington zugunsten des Friedens. Nach dem, was hier über die Ansichten der russischen Regierung bekannt sei, erscheine die Beteiligung Rußlands mehr als zweifelhaft. Aber auch Euerer Majestät Regierung sei der Ansicht, daß bei einem neuen platonischen Schritte — und zu etwas weiterem würde sich die Gesamtheit der Mächte nicht verstehen — kein Nutzen für Spanien, sondern lediglich eine Schädigung des Ansehens der Mächte herauskommen werde, endlich werde ich Herrn von Radowitz zu seiner vertraulichen Information das Telegramm des Fürsten Radolin mitteilen.

Bülow

* Vgl. das folgende Schriftstück.

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden! W.
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Das thut er ja so wie so schon immer
[2] ganz richtig!
wie ich es dachte
[3] ?
[4] nicht unwahrscheinlich
[5] ja
[6] sehr leicht möglich
[7] dann darf sie aber keine Minute mehr zaudern
[8] gut
[9] ja

Nr. 4142

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 78 Berlin, den 16. April 1898

Bitte, dem Grafen Murawiew mitzuteilen, daß auch nach Ansicht unseres allergnädigsten Herrn platonische Schritte mit leeren Protesten keinen Nutzen für Spanien, sondern nur Nachteil für das Ansehen der Mächte haben können*.

Bülow

---

* Angesichts der negativen Stellungnahme Deutschlands und Rußlands, der sich auch Frankreich anschloß, unterblieb eine weitere Einmischung der europäischen Mächte in Washington. Auch während des Krieges ist Deutschland, allen entgegenlaufenden, namentlich von englischer Seite lanzierten Nachrichten zum Trotz, der Politik der Nichteinmischung treu geblieben. Zu einem Telegramm des Botschafters von Holleben vom 5. Juni 1898, das auf die Möglichkeit einer kontinentalen Friedensanregung anspielte, bemerkte Kaiser Wilhelm II.: Er falle auf solchen Leim nicht wieder herein; ehe nicht der eine oder der andere der kriegführenden Teile völlig besiegt sei, sei Mediation Unsinn. Durch ein Telegramm des Unterstaatssekretärs Freiherrn von Richthofen an den Botschafter von Radowitz vom 16. Juli wurde dann ausdrücklich eine Vermittlung kontinentaler Mächte für untunlich erklärt, es sei denn, daß Spanien sämtliche Kontinentalmächte auffordern sollte, sich gemeinsam mit England an einer Vermittlung zu beteiligen. Bekanntlich hat sich Spanien statt dessen der guten Dienste des französischen Botschafters in Washington Cambon bedient, um die Friedensverhandlungen mit Amerika in Gang zu bringen; doch hat der französische Minister des Äußern damals Wert darauf gelegt, zu betonen, daß Frankreich damit nicht die spanischen Friedensanträge vermitteln, sondern nur übermitteln wolle.

Nr. 4143

Der Botschafter in Washington von Holleben an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

A 81 Washington, den 22. April 1898

Wenn, wie ich an anderer Stelle gesagt habe, jetzt die Zeit gekommen sein dürfte, in welcher die europäischen Mächte darüber zu wachen haben, daß ihre Interessen durch den spanisch-amerikanischen Krieg nicht geschädigt werden, so muß natürlich ein dauerndes festes Zusammengehen der europäischen Großmächte in hohem Maße erwünscht erscheinen[1]. Mit Bezug auf Österreich, Italien, Frankreich und durch letzteres auch auf Rußland dürften einstweilen ernstere Bedenken nicht bestehen, dagegen erscheint die Haltung Englands hier als eine geradezu rätselhafte[2], sodaß ein Wort der Aufklärung sehr wohltuend sein würde[3].

Im Anfang des kubanischen Konflikts zeigte England den Vereinigten Staaten wohl mit besonderer Rücksicht auf Ostasien eine, wie ich freilich immer noch glaube, platonische Geneigtheit, dann schloß es sich aber ohne jede Schwierigkeit dem Kollektivschritt der Mächte vom 7. d. Mts. hier an. Kurz darauf war Sir Julian Pauncefote sogar der Urheber der weiteren Schritte, welche hinsichtlich eines Zusammengehens der Mächte hier geplant wurden und welche in der identischen Anregung der hiesigen sechs Vertreter an ihre Regierungen vom 14. d. Mts. ihren Ausdruck fanden. Hieraus ist dann aber, wie mir wenigstens mein französischer Kollege sagt, wegen der lauen Haltung[4] Englands weiter nichts geworden, was ich im übrigen, wie Euerer Durchlaucht bekannt, nicht besonders beklage. Nun kommen wieder neuerdings die Verbrüderungsartikel der beiden Pressen, besonders der hiesigen, die Bankettreden des amerikanischen Botschafters in London *, es erscheint hier, angeblich in geheimer Mission, der Sekretär der amerikanischen Botschaft in London, White, dies alles wird aber nun wieder von Sir Julian Pauncefote bespöttelt, und, soweit hiesige Freundschaftsbezeugungen in Frage kommen, direkt als heuchlerisch bezeichnet. Das ist in Sir Julians Munde Amerika gegenüber sehr viel[5]. pp.

Holleben

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Sehr richtig aber der Deibel kriege diese widerhaarigen Kerls zusammen

[2] uns auch

[3] im Trüben fischen! ist die Absicht

[4] ja

[5] er lügt vielleicht

Schlußbemerkung des Kaisers:

England will eben dasselbe Spiel spielen, wie im vorigen Jahre als es den Ausbruch des Griech[isch]-Türk[ischen] Krieges eingestandenermaßen provozirte.

* John Hay.

Es regt Schritte aller Mächte an, nimmt scheinbar daran Theil, bis dieselben den Kriegführenden gegenüber sich kompromittirt haben sollen; dann tritt es zurück, schlägt pharisäisch an seine Brust, erklärt sowas habe es nie mitgemacht, verbindet sich heimlich mit einem der Streitenden — natürlich immer mit dem stärksten — und hetzt diesen auf die Kontinentalmächte! Während es sich von ihm auf deren Kosten Handelsvortheile erbettelt.
England will eben nicht zu Europa gehören, it wont throw in its lot with the Continental Powers, sondern will einen selbständigen Weltheil für sich zwischen dem Continent und Amerika oder Asien darstellen.

Nr. 4144

Der Botschafter in Washington von Holleben an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung *

Nr. 67 Washington, den 13. Februar 1902

Der französische Botschafter schilderte mir einen Besuch, den der englische Botschafter ihm heute gemacht, folgendermaßen:

„Sir J. Pauncefote war vollkommen gebrochen und sorgenvoll, er fragte mich, wie es denn eigentlich vor vier Jahren gewesen wäre, er könne sich der Einzelheiten nicht erinnern. Es sei doch wohl eigentlich der österreichische Gesandte ** gewesen, der ihn zu der Sitzung vom 14. April bewogen, und er könne sich auch nicht erinnern, ob er wirklich einen Notenentwurf vorgelegt habe. Ich habe ihm darauf erwidert, die Versammlung sei von ihm einberufen, und er habe im Anfang derselben, ohne sich auf den österreichischen Gesandten zu beziehen, den Entwurf vorgelegt, welcher durch das Berliner Auswärtige Amt veröffentlicht worden sei ***; es habe dann eine Diskussion stattgefunden, bei welcher der Entwurf in manchen Einzelheiten eine andere Form erhalten hätte, und schließlich sei er, da man sich in der Konferenz der französischen Sprache bedient hätte, von mir ins Französische übersetzt worden."

Dies stimmt vollkommen mit meinen Erinnerungen.

Es ist äußerst wahrscheinlich, daß Sir J. Pauncefote seinerzeit ohne jede Instruktion gehandelt; was er später seiner Regierung berichtet hat, ist unbekannt †. Daß der Notenentwurf von ihm stammt, ist dadurch erwiesen, daß er in englischer Sprache abgefaßt ist, deren sich

---

* Hier angeschlossen des Zusammenhangs halber.
** Baron von Hengelmüller.
*** Vgl. Nr. 4140, S. 24, Fußnote *.
† Die englische Regierung hat die Anregung der deutschen nach Veröffentlichung des Pauncefoteschen Berichts über die Konferenz vom 14. Februar 1898 abgelehnt.

kein anderer von uns bedient hätte. Herr Cambon fügte noch hinzu, er habe an jenem Tage als letzter die englische Botschaft verlassen, und Sir J. Pauncefote habe ihm beim Händedruck einige für die Amerikaner sehr wenig schmeichelhafte Worte gesagt, in welchen das Wort „brigands“ vorgekommen sei.

„Evening Star“ von heute rät, den ganzen Streit fallen zu lassen, es herrsche ja allgemeine Freundschaft.

Holleben

Kapitel XCVIII

Die Philippinen- und die Karolinenfrage
Die Englisch-Amerikanische Annäherung
1898—1899



Nr. 4145

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Urville

Ausfertigung

Geheim Berlin, den 14. Mai 1898

Euerer Majestät Konsul in Manila * meldet über Hongkong: „Spanische Herrschaft auf Philippinen ** nach menschlichem Ermessen unhaltbar. Blutige Abrechnung der Eingeborenen stündlich bevorstehend. Insurgenten wollen indessen keinenfalls nur Herren wechseln und etwa Amerikaner gegen Spanier eintauschen, sondern selbständig werden. Zur Republikgründung halten sie sich selbst nicht recht für fähig, bevorzugen vielmehr Königreich als ihnen sympathischere Staatsform. Große Zuneigung für Deutschland. Anzeichen vorhanden, daß Angelegenheit möglicherweise mit Angebot des Thrones an einen deutschen Prinzen endigt. Darf der Sache freier Lauf gelassen werden, oder ist ihr abzuwinken?"

---

* Krüger.

** Der Ausbruch des spanisch-amerikanischen Krieges in der zweiten Hälfte April 1898, dem die Fahrt der amerikanischen Flotte unter Admiral Dewey nach den Philippinen und die Seeschlacht von Cavite auf dem Fuße folgte, ließ die seit Jahren im Gang befindliche aufständische Bewegung der eingeborenen Tagalenbevölkerung gegen die spanische Herrschaft von neuem aufflackern. Mitte Mai standen an die 35000 Tagalen unter den Waffen, denen der spanische Kommandant von Luzon, General Augustin, nur 13000 Mann entgegenstellen konnte. Daß die Tagalen, die trotz ihrer numerischen Übermacht nicht daran denken konnten, mit den Spaniern allein fertig zu werden, ihre Hoffnung auf Unterstützung fremder Mächte auch Deutschland zuwandten, erklärt sich vor allem daraus, daß Anfang Mai zum Schutz der deutschen Interessen zwei deutsche Kriegsschiffe vom ostasiatischen Kreuzergeschwader, „Irene" und „Cormoran", erschienen waren, denen im Laufe des Juni der Geschwaderchef Vizeadmiral von Diederichs auf der „Kaiserin Augusta" und demnächst noch zwei weitere Kreuzer folgten.

Diese Meldung deckt sich nach Inhalt und Tendenz im wesentlichen mit dem Telegramm, welches Seine Königliche Hoheit der Prinz Heinrich unter dem 11. v. Mts. an mich richtete*, und das Euerer Majestät zu unterbreiten ich mir in tiefster Ehrfurcht gestattete. Daß die spanische Herrschaft auf den Philippinen in der bisherigen Form unhaltbar ist, dürfte durchaus zutreffend sein. Es frägt sich nur, ob die Inselgruppe in den Besitz einer anderen Macht übergeben, beziehungsweise zwischen mehreren Mächten geteilt oder ein selbständiges Staatswesen unter fremdem Protektorat werden wird. Die Meldung Konsuls Krüger bestätigt jedenfalls aufs neue, daß die Eingeborenen der Philippinen wenig Lust haben, das spanische Joch mit einer anderen, direkten und reellen Fremdherrschaft zu vertauschen. Einer solchen fremden Herrschaft die Tagalen gegen ihren Willen und tatsächlich zu unterwerfen, würde voraussichtlich keine leichte Aufgabe sein. Wenn die Amerikaner oder Engländer dies versuchen sollten, könnten sie sich unliebsamen Überraschungen aussetzen, in der Art, wie solche die Franzosen in Mexiko und die Italiener in Erythräa erlebt haben.

Im übrigen erinnert die Neigung der Eingeborenen der Philippinen zur Bildung eines selbständigen Staatswesens in etwas an die Vorgänge, die sich im Frühjahr 1895 in Formosa abspielten, als der Führer der Unabhängigkeitspartei auf jener Insel an Euere Majestät telegraphierte, um Allerhöchstdero Wohlwollen für „ses concitoyens abandonnés, malheureux, mais résolus à lutter" zu erbitten. Damals wiesen verschiedene Anzeichen darauf hin, daß die Anregung zu der Unabhängigkeitserklärung der Formosaner von französischer Seite suppeditiert war. Die Emanzipationsideen der Formosaner realisierten sich nicht, da sie keine Unterstützung von außen fanden.

Jedenfalls wird meines alleruntertänigsten Erachtens die Beherrschung des Meeres am letzten Ende maßgebend sein für die Frage, wer die Philippinen direkt oder indirekt beherrscht[1]. Auch hier bewahrheitet sich Euerer Majestät Wort, daß Seemacht Reichsmacht ist. Wenn England und Amerika jetzt in gemeinsame politische Bahnen einlenken sollten, so würden dieselben auch bei Entscheidung der Philippinenfrage die Richtung angeben. Die russische wie die französische Presse beschäftigen sich bereits voller Besorgnis mit dieser Eventualität und besprechen die verschiedenen Koalitionen, Teilungen usw., durch welche man würde verhindern können, daß die Philippinen mit Zustimmung Englands in amerikanischen oder infolge eines Tauschgeschäfts durch Zustimmung Amerikas in englischen Besitz gelangen. Es

---

* Das aus Hongkong datierte Telegramm des Prinzen Heinrich an Bülow besagte: „Deutscher Kaufmann aus Manila hat mir in glaubwürdigster Weise auseinandergesetzt, daß Rebellion auf Philippinen berechtigt ist und siegen werde, und daß Eingeborene sich gern unter Schutz anderer europäischer Macht, besonders Deutschlands, stellen würden."

läßt sich nicht leugnen, daß die Wünsche der Tagalen hierbei weniger Gewicht haben würden als die Unterstützung der einen oder anderen großen Seemacht, selbst in dem Falle, wo die Annahme berechtigt wäre, daß die Eingeborenen uns nicht lediglich gegen Spanier und Amerikaner ausspielen wollen, wie dies vor drei Jahren gegenüber England die Boers mehr oder weniger versucht haben, sondern daß es ihnen wirklich ernst mit dem Anschluß an Deutschland ist. In verschiedenen Blättern taucht bereits die Nachricht auf, daß die Führer der Aufständischen auf den Philippinen direkte Verbindungen auch mit Japan herzustellen suchen, um die japanische Regierung zu veranlassen, die Begründung eines unabhängigen Philippinenstaates zu unterstützen und denselben gemeinsam mit Nordamerika unter ihren Schutz zu nehmen. Auch mit England sollen die Insurgenten angebandelt haben.

Um die Verhältnisse übersehen zu können, dürfte es sich vielleicht empfehlen, daß der Admiral von Diederichs möglichst bald die Sachlage an Ort und Stelle prüft[1], damit wir nicht nur über die wirklichen Gesinnungen der Eingeborenen, sondern auch über die Aussichten des Bürgerkrieges uns ein klares und richtiges Bild machen können. Bevor nicht auf den Philippinen die Insurgenten die Oberhand gewonnen oder wenigstens namhafte Erfolge erzielt haben werden, wird Euerer Majestät Regierung sich schwer öffentlich für sie oder überhaupt für eine Besitzveränderung erklären können, da ein solches Vorgehen einerseits in zu großem Widerspruch mit dem Legitimitätsprinzip stände, welches die Basis unserer Beziehungen zu Rußland und Österreich-Ungarn bildet, während wir andererseits dadurch in Konflikt nicht nur mit Amerika, sondern auch mit England geraten könnten. Ein unvorsichtiges deutsches Vorgehen könnte eine mit der Spitze gegen uns gerichtete allgemeine Koalition hervorrufen. Das große Interesse an der Zukunft der Philippinen, welches in der russischen und französischen Presse — von der englischen gar nicht zu reden — zutage tritt, zeigt, wie nahe unter Umständen eine solche Eventualität liegen würde. Die „Moskowskija Wjedomosti" äußern schon jetzt lebhafte Besorgnisse wegen der Folgen, die eine dauernde fremde Besitzergreifung der Philippinen für die Interessen Rußlands nach sich ziehen würde. Der „Swet" erklärt, Rußland müsse einen Teil der Philippinen für sich erwerben, und diese Auslassung beeilt sich das Pariser „Journal des Débats" weiter zu verbreiten. Die „Nowoje Wremja" meint, Rußland könne „eine gute Zwischenstation" auf den Philippinen sehr wohl brauchen. Über den Standpunkt Frankreichs hat der offiziöse „Temps" keinen Zweifel gelassen, der schon am 6. d. Mts. schrieb, daß Frankreich in Tonkin unmittelbarer Nachbar der Philippinen sei und seine „intérêts légitimes" nötigenfalls geltend machen werde.

Unter diesen Umständen würde die Voraussetzung für die glückliche Durchführung eines erfolgreichen deutschen Unternehmens auf den Philippinen vor allem die zuvorige Verständigung mit einer oder

mehreren erstklassigen Seemächten sein. Für diesen speziellen Fall möchte eine Verständigung mit England und Amerika oder mit England allein, falls dieselbe erreichbar wäre, größere Sicherheit bieten, als eine Verständigung mit Rußland und Frankreich[1], da letztere beiden Mächte, selbst im Bunde mit Deutschland, gegenwärtig einer englisch-amerikanischen Gruppierung zur See, soweit mir bekannt, kaum gewachsen sein würden.

Als erste Einleitung möchte ich ehrfurchtsvollst vorschlagen, daß Konsul Krüger, in Erwartung der Ankunft des Admirals von Diederichs, angewiesen werde, die weitere Entwickelung der Dinge auf das sorgsamste zu beobachten und eingehend über dieselbe zu berichten[1], sich jedoch nicht in einer Weise in den Vordergrund zu stellen, welche uns dekuvriert.

Maßgebend werden sodann die Eindrücke des Admirals von Diederichs sein in Verbindung mit dem, was wir inzwischen auf diplomatischem und publizistischem Wege über die Stellung und Stimmung von England, Amerika und Frankreich erfahren haben werden. Vielleicht wird eine Verständigung mit anderen Mächten bezüglich der Philippinenfrage zu erreichen sein, in der Art, daß keiner der Paziszenten das Ganze für sich in Anspruch nimmt. Auf der anderen Seite darf ich nicht unterlassen, auf die Möglichkeit hinzuweisen, daß, falls Deutschland allein, ohne andere Unterstützung als die Sympathien der Tagalen dort vorgehen sollte, sich daraus die Gefahr ergeben würde, daß Mächte, welche bisher im Widerspruch zueinander standen, wie z. B. England und Frankreich, in dem gemeinsamen Widerstande gegen das isolierte deutsche Vorgehen ein Bindemittel zur Überbrückung ihrer bisherigen Differenzen finden würden[1].

Die Lage Deutschlands, wenn es jetzt als Schutzmacht der Philippinen auftreten und dieser Inselgruppe einen deutschen Prinzen als König geben wollte[2], würde in der Tat gefährdeter sein als die Lage Frankreichs gewesen wäre, wenn dieses vor drei Jahren die Unabhängigkeit Formosas hätte erzwingen wollen. Der Zusammenhang der Autonomiebestrebungen auf Formosa mit Frankreich wäre nicht so sichtbar gewesen, da kein Franzose als Oberhaupt in Frage kam. Auch konnte Frankreich eventuell auf die Unterstützung Rußlands mit mehr Bestimmtheit zählen, als Deutschland heute auf die Unterstützung irgendeiner Seemacht würde rechnen können; die russische Regierung würde sich aller Wahrscheinlichkeit nach gesagt haben, daß, wenn sie teilnahmloser Zuschauer eines zunächst diplomatischen und später vielleicht kriegerischen Konflikts zwischen Frankreich einerseits und England und Japan andererseits blieb und der Konflikt dann zum Nachteile Frankreichs endigte, hinterher auch Rußlands Aussichten auf ostasiatischen Gebietserwerb sich sehr ungünstig gestalten würden. Wenn wir dagegen heute ohne vorherige Verständigung mit anderen Mächten er-

klärten, wir nähmen die Philippinen unter deutschen Schutz[3], so liegt die Wahrscheinlichkeit vor, daß die übrigen Mächte, so verschiedenartig auch sonst ihre Interessen sein mögen, sich unserem Vorgehen gegenüber in dem dringenden Wunsche zusammenfinden würden, zu verhindern, daß jenes Inselreich von fast 350000 qkm Flächeninhalt unter deutsche Gewalt komme. Selbst angenommen, daß das ganze Tagalenvolk mit den Waffen in der Hand für Deutschland einträte, so wäre damit die Sache noch nicht entschieden, denn die Philippinen könnte nur derjenige dauernd behaupten, welcher die See beherrscht. Die deutsche Flotte würde jedoch in dem Falle gegen eine erdrückende Übermacht zu kämpfen haben. Auch hier zeigt sich wieder, wie sehr die wahren deutschen Nationalinteressen dadurch geschädigt worden sind, daß Unverstand und Trägheit solange die Verwirklichung der hochherzigen und großen Absichten Euerer Majestät für die Verstärkung der deutschen Seemacht verhindert haben[4]. Der Plan, die Philippinengruppe auf Grund einer Art von Plebiszit der Eingeborenen in die deutsche Interessen- und Machtsphäre hineinzuziehen, würde voraussichtlich alle Seemächte gegen sich haben und könnte zum Bindemittel unter denselben werden und sie veranlassen, sonstige Streit- und Rivalitätsfragen zeitweilig ruhen zu lassen.

Eine auf Kolonialerwerb gerichtete Aktion Deutschlands in Ostasien oder anderswo kann also, soweit ich es zu übersehen vermag, nur unter der Voraussetzung von Erfolg sein, daß Deutschland dabei nicht dem geeinten Widerstande aller übrigen Seemächte begegnet, sondern daß wenigstens einige derselben ihren Vorteil im Zusammengehen mit Deutschland finden[1]. Deshalb würde der Gedanke einer Teilung der Philippinen meines alleruntertänigsten Erachtens aussichtsvoller als die Protektoratsidee sein, wenn auch eine annähernd sichere Einschätzung der Chancen so lange ausgeschlossen ist, wie wir nicht Kenntnis von der Natur und dem Umfange der Erwartungen der übrigen Seemächte haben. Die heutige Sprache der Presse Nordamerikas läßt vermuten, daß die Amerikaner zunächst nichts von den Philippinen abgeben, sondern dieselben für sich behalten, beziehungsweise ein dem amerikanischen Charakter besonders sympathisches Tauschgeschäft mit England, etwa gegen die Abtretung britischer Besitzungen in Westindien, machen möchten. Wenn gleichzeitig die englische Presse erklärt, daß England keinenfalls einen von den Kontinentalmächten gegen Amerika zugunsten des Friedens gerichteten Druck mitmachen, sondern denselben vielmehr vereiteln werde, so wird der Gedanke nahe gerückt, daß es doch nicht leicht sein wird, Beweggründe ausfindig zu machen, welche England in die Versuchung führen könnten, eine gegen die Vereinigten Staaten unfreundliche Haltung anzunehmen, daß vielmehr die englische Politik und namentlich der englische Volksinstinkt heute den Vorteil Englands im Hervorkehren der Stammverwandtschaft zu finden glaubt. Immerhin wird jedoch unsere Aussicht, Kameraden für ein

Erwerbsgeschäft zu finden, größer sein, wenn wir einen Teil des Erwerbs anderen zu überlassen bereit sind[1], als wenn wir, wie das bei der Protektoratsidee der Fall sein würde, den ganzen Vorteil für uns in Anspruch nehmen.

Außer der Protektoratsidee und der Teilungsidee ist noch ein dritter modus procedendi möglich, nämlich die Sicherung der Unabhängigkeit der Philippinengruppe durch Neutralisierung und Unterstellung unter den gemeinsamen Schutz eines Areopags von Seemächten. Es würde dadurch eine ähnliche Lage geschaffen, wie hinsichtlich des Königreichs Belgien und des Großherzogtums Luxemburg. Der Vorteil dieses Zustandes würde darin zu suchen sein, daß derselbe die Zukunft offen und jedem der Beschützer die stille Hoffnung läßt, daß ein zum Zugreifen geeigneter Moment sich im Laufe der Zeit doch finden werde. Letzteres gälte namentlich für Deutschland, das unter Euerer Majestät starker und weiser Führung in einiger Zeit zur See weit stärker sein wird wie gegenwärtig. Diejenigen unter den Mächten freilich, welche den gegenwärtigen Zeitpunkt als besonders günstig für die Erreichung ihrer Sonderzwecke ansehen — was vielleicht beim Kabinett von Washington der Fall sein dürfte — werden nicht ohne Schwierigkeit für die Rolle des uneigennützigen Wächters zu gewinnen sein. Dagegen ist es wahrscheinlich, daß einige andere Kabinette jenen Neutralisierungsgedanken mit Eifer aufnehmen werden, welcher außerdem für uns noch den nicht unwesentlichen Vorteil haben würde, daß man durch diplomatische Besprechung desselben über die An- und Absichten der anderen in Frage kommenden Mächte näheres erführe. Die „Neutralisierung der Philippinen" wäre die unverfänglichste Form[1], wie man die Philippinenfrage aufs Tapet bringen könnte. Aber auch dieser erste Anfang der Erörterung würde wohl so lange verschoben werden müssen, bis das Schicksal des Krieges tatsächlich entschieden[1], also z. B. bis Spaniens atlantische Flotte vernichtet ist. Nur Graf Hatzfeldt könnte vielleicht schon jetzt bei Lord Salisbury die Opportunität einer Neutralisierung der Philippinen anregen, um aus der Haltung des Ministers Rückschlüsse darauf zu ziehen, ob die britische Regierung unverzüglich an den Spolia opima Spaniens beteiligt zu werden wünscht, oder ob es zurzeit den Plänen der britischen Politik genügt, wenn niemand, England eingeschlossen, etwas bekommt.

B. von Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden W.
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Ja
[2] ich denke nicht daran
[3] ausgeschlossen!
[4] sehr richtig

Nr. 4146

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 430 Berlin, den 18. Mai 1898

Der Kaiserliche Konsul in Manila hatte vor einigen Tagen telegraphiert, daß die Eingeborenen Neigung zeigten, sich unabhängig zu erklären, unter deutschem Schutz und mit einem deutschen Prinzen als König.

Seine Majestät der Kaiser, allerhöchstwelchem ich in dem abschriftlich hier beigefügten Immediatbericht* dies Telegramm unterbreitet hatte, spricht sich, wie Ew. aus den Randvermerken entnehmen werden, mit Entschiedenheit gegen den Gedanken eines deutschen Protektorats über die ganze Inselgruppe aus. Dagegen ist Seine Majestät, wie ich auch heute früh bei mündlicher Besprechung der Angelegenheit in zweifelloser Weise konstatieren konnte, unbedingt der Ansicht, daß die Philippinengruppe nicht ganz oder teilweise in den Besitz einer fremden Macht würde übergehen können, ohne daß Deutschland eine angemessene Kompensation erhielte. Wenn die Zeitverhältnisse für eine genügende Berücksichtigung deutscher Ansprüche zu ungünstig erscheinen sollten, so würde sich die deutsch-diplomatische Tätigkeit danach zu richten haben, für jetzt eine Neutralisierung der Philippinen unter dem Schutze aller Seemächte zu erreichen. Die endgültige Lösung, d. h. die Teilung wäre damit hinausgeschoben.

„Die Neutralisierung der Philippinengruppe" ist eine unverfängliche Formel, mit welcher man die Philippinenfrage am leichtesten zur Sprache bringen kann, von dem Augenblicke an wenigstens, wo die spanische Herrschaft dort unhaltbar und ein Besitzwechsel unvermeidlich erscheint. Ew. stelle ich anheim, selber den Zeitpunkt zu wählen, den Sie als geeignet für eine weitere Besprechung der Seine Majestät den Kaiser, unsern allergnädigsten Herrn, in hohem Grade interessierenden Philippinenfrage ansehen**.

Bülow

---

* Siehe Nr. 4145.

** Eine solche weitere Besprechung über die Philippinenfrage scheint von Graf Hatzfeldt, nach seinem Schweigen auf den Erlaß vom 18. Mai zu schließen, nicht für opportun gehalten worden zu sein, wohl im Hinblick auf eine frühere Besprechung vom 11. Mai, die ein negatives Ergebnis gehabt hatte. Die erste Besprechung war veranlaßt worden durch Meldungen über geheime Konferenzen des englischen Botschafters in Washington Sir J. Pauncefote mit dem Präsidenten Mac Kinley, die auf geheime Absichten Englands in der Philippinenfrage schließen ließen. Lord Salisbury hatte indessen dem Grafen Hatzfeldt gegenüber solche Absichten durchaus in Abrede gestellt und die —

Nr. 4147

Der Botschafter in Washington von Holleben an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 56 Washington, den 13. Juni 1898

Die durch die Zeitungen gemeldete Entsendung des Vizeadmirals Diederichs * nach den Philippinen hat hier eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen. Auch mein französischer Kollege **, der seinen Äußerungen nach auf das Zusammengehen mit Deutschland großen Wert legt, meint, die Maßregel[1] sei auch in Europa — also wohl in Paris — aufgefallen. Ich tue alles, um grundlose Unterstellungen als solche zu kennzeichnen. Holleben

---

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Die „Maßregel" ist keine, sondern einfach die Folge dessen, daß die Division seines Geschwaders mit seinem Flaggschiff dort liegt, ergo, gehört der Admiral auch dahin! ***

Sonst hat kein Mensch sich darum gekümmert! Ist mir auch völlig egal!

Nr. 4148

Der Botschafter in Washington von Holleben an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. A 126 Washington ,den 17. Juni 1898
[eingegangen am 6. Juli]

Die Londoner Hetzereien gegen Deutschland wegen seiner angeblichen direkten Absichten auf die Philippinen oder wenigstens seiner

---

auch von dem deutschen Botschafter geteilte — Überzeugung ausgesprochen, daß die Amerikaner gar nicht daran dächten, die Philippinen, die sie einfach für sich behalten würden, an England oder eine andere Macht etwa gegen das Versprechen der Hilfeleistung im amerikanisch-spanischen Kriege abzutreten.

* Sie war Anfang Juni in Verfolg des Bülowschen Immediatberichts vom 14. Mai (siehe Nr. 4145) erfolgt. Über seine Mission nach Manila und die dortigen Vorgänge hat Admiral Diederichs später in der Marine-Rundschau Jg. 1914 I, 253 ff. unter dem Titel „Darstellung der Vorgänge vor Manila von Mai bis August 1898" einen eingehenden Bericht veröffentlicht, welcher die Angaben des amerikanischen Admirals George Dewey in dessen „Autobiography" vielfach berichtigt.

** J. Cambon.

*** Diese Bemerkung des Kaisers, die mit dem Bülowschen Immediatbericht vom 14. Mai nicht ganz in Einklang steht, ist auch insofern unrichtig, als Admiral Diederichs, der Anfang Juni auf der „Kaiserin Augusta" nach Manila fuhr, sein Flaggschiff „Kaiser" dort nicht vorfand, sondern es erst mehrere Tage später dorthin nachzog.

der Lage in den Philippinen entspringenden Nebenabsichten häuften sich in den hiesigen Blättern in den letzten Tagen in unerfreulicher Weise. Als Beleg füge ich in Anlage 1 drei hintereinanderstehende Telegramme bei*, welche in der „New York Tribune“ vom 14. d. Mts. sich befanden. Alle drei sind aus London, alle drei vom 14. d. Mts., das eine stammt angeblich aus Singapore, das zweite aus Madrid, das dritte aus Schanghai, und alle drei enthalten Unterstellungen im obengedachten Sinne. Daran schließe ich in Anlage 2 eine Londoner Korrespondenz, ebenfalls vom 14. d. Mts., welche die hiesige „Post“ am 15. d. Mts. brachte: „Kaiser nurses a plot.“ Die „Post“ schließt daran die Bemerkung, daß das Staatsdepartement jedenfalls in Berlin um Aufklärung bitten werde[1].

Ganz besonders suchte man, wie Euerer Durchlaucht bereits bekannt ist, die durch Zeitungstelegramme gemeldete Entsendung des Vizeadmirals von Diederichs nach Manila gegen uns auszubeuten. Auch bei meinem französischen Kollegen, der sich, wie ich schon öfter betont habe, in sehr geflissentlicher Weise um mich bemüht und auf die Gemeinsamkeit der deutschen und der französischen Interessen in der hiesigen Lage mit Vorliebe hinweist, kam einen Augenblick der Pferdefuß zum Vorschein, indem er mir andeutete, er habe aus Paris Nachrichten, daß dort die Mission des Herrn von Diederichs auffalle. Entweder war das wahr, dann mußte er es mir nicht sagen, oder es war nicht wahr, dann ließ er mich unnötigerweise einen Blick in seine Empfindungen tun.

Von verschiedenen Seiten wurde mir nahegelegt, gegen solche Treibereien beim Staatsdepartement vorstellig zu werden und ein Dementi zu verlangen. Ich weigerte mich dessen[2], weil seitens der Kaiserlichen Regierung und sogar von allerhöchster Stelle so bündige Erklärungen über unsere Haltung vorlägen, daß ich es unter meiner Würde hielte, von Hetzereien dieser Art amtlich Notiz zu nehmen.

Am Abend des 15. d. Mts. brachte dann der hiesige „Evening Star“ wiederum ein Londoner Telegramm ähnlichen Inhalts, welchem aber ein vom Staatsdepartement inspiriertes Dementi unmittelbar folgte, wie es nur irgend erwünscht sein konnte. Beide Schriftstücke füge ich in Anlage 3 bei.

Gestern beim gewöhnlichen Diplomatenempfang sah ich den Staatssekretär** und sagte ihm wegen seines präzisen Eingreifens einige verbindliche Worte, indem ich auf die dankenswerte Spontanität desselben besonders hinwies. Herr Day sagte, er habe dies bei den freundschaftlichen Beziehungen unserer Regierungen für seine Pflicht gehalten. Auf meine Frage, ob er, wie das Dementi sage, wirklich bezügliche beruhigende Mitteilungen — die ich für überflüssig gehalten haben

---

* Die Anlagen sind hier fortgelassen.
** Day.

würde — seitens der amerikanischen Botschaft in Berlin erhalten habe, erwiderte er: „oh no, that's only ornamental."

Die „Newyorker Staatszeitung" von gestern kam dann auch noch in dem in Anlage 4 angeschlossenen längeren Artikel der guten Sache zu Hülfe.

Holleben

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
London mitth[eilen] und dort mal deutlich reden
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Umgekehrt werde ich London um Aufklärung erbitten!
[2] richtig

Nr. 4149

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Helgoland

Telegramm. Konzept

Nr. 7 Berlin, den 21. Juni 1898

Vorgestern suchte mich der spanische Botschafter* auf, um mir nachstehende Mitteilung zu machen: „Les nouvelles arrivées de Cuba ne sont pas mauvaises, mais celles parvenues de Manila sont très graves tout en n'étant pas désespérées. Pour éviter les massacres qui seraient à craindre dans le cas où les indigènes s'empareraient de Manila pendant que l'escadre américaine bombarderait la ville, le Gouvernement Espagnol ne désirant rendre Manila ni aux rebelles ni à l'ennemi, propose aux Puissances amies d'occuper Manila et de le garder en dépôt. Dans ce cas le Gouverneur-Général Espagnol avec les troupes Espagnoles pourrait se rendre dans une autre province restée fidèle pour y continuer la lutte jusqu' à l'arrivée des renforts." Der spanische Botschafter fügte hinzu, daß Rußland und Frankreich bereit sein würden, Manila zu besetzen.

Gleichzeitig meldete Ew. pp. Botschafter in Madrid**: „Der Staatsminister*** sagte mir gestern (den 18.) abends, seine auch in Berlin mitgeteilte vertrauliche Anregung, daß Manila an die Mächte übergeben werden solle, sei überall, ausgenommen in England, beifällig aufgenommen worden."

Ich frug sofort telegraphisch bei Ew. pp. Vertretern in Petersburg und Paris an, ob dort in der Tat eine solche Mitteilung erfolgt sei, und wie die dortige Regierung dieselbe ansehe.

---

* F. Mendez de Vigo.
** von Radowitz.
*** Herzog von Almodóvar.

Der Geschäftsträger in Petersburg antwortete: „Graf Murawiew sagte mir neulich, er habe „die spanische Anregung wegen Manila“ als unpraktisch und unausführbar abgelehnt. In gleicher Weise hat er sich auch anderen hiesigen Vertretern gegenüber geäußert. Nach dem, was ich von letzterer Seite übereinstimmend erfahre, ist die betreffende Anregung des hiesigen spanischen Botschafters * beim Grafen Murawiew mehr in Privatform und in der Weise erfolgt, daß der Botschafter an den Grafen die Frage richtete, ob nicht ‚die eine oder andere Macht‘ durch Verhandlungen mit den Insurgenten und durch Hissung der Flagge in Manila die Einnahme der Stadt und den Sieg der Revolution würde hindern können. Graf Murawiew hat in seiner Antwort des näheren ausgeführt, daß Rußland keine Schiffe zur Verfügung habe, um in Manila aufzutreten, sich auch nicht der Möglichkeit würde aussetzen können, durch Hissung der Flagge in Manila mit den halbwilden Insurgenten in Kriegszustand zu geraten.“

Graf Münster telegraphiert: „Die Anregung wegen der Übergabe von Manila ist, wie mir Herr Hanotaux sagte, auch hier erfolgt, aber mit Hinweis auf Neutralität sofort und entschieden abgelehnt worden.“

Aus vorstehendem geht wieder hervor, daß die bisherigen Erfahrungen noch immer nicht genügt haben, um der spanischen Diplomatie ein klares Bild von den Interessen und der dadurch bedingten Haltung der europäischen Mächte zu geben.

Bülow

Nr. 4150

Der Konsul in Hongkong Rieloff an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Hongkong (Manila) **, den 23. Juni 1898

Lage gleichmäßig kritisch. Rebellen scheinen Ordre zu haben, nicht vor Amerikanern in Manila einzurücken. „Kaiser“, „Prinzeß Wilhelm“ *** eingetroffen. Generalgouverneur wurde angewiesen, den Kommandanten der fremden Kriegsschiffe anzubieten, Manila zum Schutz gegen Rebellen zu besetzen und als Depot in Verwahrung zu halten, bei Weigerung aber Manila den Amerikanern und möglichst nicht den Rebellen zu übergeben.

---

* Graf de Villagonzalo.

** Das Telegramm stellt sich dar als die Übermittelung eines Telegramms des Konsuls in Manila Krüger.

*** S. M. S. „Kaiser“ war am 18., „Prinzeß Wilhelm“ am 20. vor Manila eingetroffen.

Admiral Diederichs hat gestern in Konferenz mit Generalgouverneur Besetzung Manilas ohne Spezialbefehl abgelehnt*; an andere Kommandanten hat sich Generalgouverneur nicht gewandt.

Engländer setzten bei Regierung und Rebellen Genehmigung zur Reparatur der Eisenbahn durch. Hierin scheint englisch-amerikanisches Einvernehmen vorzuliegen, da Landung amerikanischer Truppen im Norden und Durchfuhr per Eisenbahn ziemlich gewiß.

Rieloff

Nr. 4151

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Washington von Holleben

Telegramm. Konzept

Nr. 42 Berlin, den 1. Juli 1898

Seine Majestät der Kaiser erachtet es für eine Hauptaufgabe der deutschen Politik, keine infolge des spanisch-amerikanischen Konflikts sich etwa bietende Gelegenheit zur Erwerbung maritimer Stützpunkte in Ostasien unbenutzt zu lassen. Allerhöchstderselbe verfolgt aufmerksam alle Erscheinungen, welche geeignet sind, die Erreichung dieses Zieles günstig oder ungünstig zu beeinflussen.

Ew. pp. ersuche ich daher um fortgesetzte, eventuell telegraphische Meldung aller einschlagenden Wahrnehmungen, insbesondere über die Führer und das Stärkeverhältnis der Anhänger und der Gegner einer Annexion spanischer Kolonien durch die Vereinigten Staaten; über die Punkte (Porto Rico, Philippinen, Karolinen?), auf welche das amerikanische Streben sich richtet, sowie darüber, ob ganze Gebietskomplexe oder nur Kohlenstationen erstrebt werden; ferner darüber, auf welcher Basis man in Washington eine Verständigung mit England herbeizuführen gedenkt, d. h. ob die Natur der an England dabei zu machenden Konzessionen zur öffentlichen Erörterung gelangt ist; endlich darüber, ob Ew. pp. unter den einflußreichen amerikanischen Politikern auch solchen begegnet sind, welche Verständnis für die Vorteile einer Annäherung der Vereinigten Staaten an Deutschland auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zeigen, sowie insbesondere dafür, daß diese Annäherung sich nur auf dem Boden gegenseitiger

---

* Beim Oberkommando der Marine lief am 27. Juni darüber eine telegraphische Meldung ein: „Hatte gestern mit Generalgouverneur auf dessen Wunsch eine Zusammenkunft. Die spanische Regierung hat ihm telegraphiert, er solle den neutralen Kommandanten Manila in deposito anbieten, falls sie es ablehnen, eher den Amerikanern als den Rebellen übergeben. Habe Einmischung mit Rücksicht auf die amerikanische Blokade und mangels Autorisation abgelehnt.“

Rücksichtnahme in Fragen wie Kohlenstationen, maritime Stützpunkte und dergleichen würde vollziehen können.

Es läßt sich wohl annehmen, daß Ew. pp. bei der Gewohnheit der Amerikaner, über alle Dinge akademisch offen zu reden, diesen letzteren Gedanken werden unauffällig in Umlauf setzen können, zugleich mit dem Hinweise darauf, daß nach Auslassungen der russischen wie der französischen Presse sowohl Rußland wie Frankreich der Festsetzung noch einer Großmacht in Ostasien ungünstig gesinnt seien; daß England zwar für Amerika günstig gestimmt sei, daß es jedoch den Gewohnheiten der englischen Politik nicht entsprechen würde, wenn England sich um Amerikas willen in Ungelegenheiten mit den übrigen Großmächten bringen wollte; daß es daher für Amerika, falls dieses eine Gebietserweiterung für sich selber in Betracht zieht, von praktischem Nutzen sein würde, sich die freundliche Haltung Deutschlands durch praktische Anwendung des Grundsatzes „leben und leben lassen" zu sichern.

Indessen sind Ew. pp. als Botschafter an Ort und Stelle am besten in der Lage zu beurteilen, in welcher Weise die Amerikaner unter Berücksichtigung der Stimmung des Augenblicks unsererseits diplomatisch am besten zu behandeln sein würden behufs tunlichster Erreichung des von unserm allergnädigsten Herrn ins Auge gefaßten Endziels. Ich sehe daher der diesbezüglichen Berichterstattung Ew. mit lebhaftem Interesse entgegen.

Bülow

Nr. 4152

Der Botschafter in Washington von Holleben an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 63 Washington, den 4. Juli 1898

Antwort auf Telegramm Nr. 42*.

Indem ich mir eingehende schriftliche Erörterung vorbehalte, bemerke ich für jetzt nur folgendes:

1. Die hiesige Regierung ist sich über ihr Programm und über ihre Stellung zu den Mächten, auch zu England, zu sehr im unklaren, als daß sie in nächster Zeit fähig sein dürfte, auf bindende Verständigungen mit uns einzugehen.

2. Die vernünftige Minderheit hier wird von der unvernünftigen Mehrheit derartig terrorisiert, daß auch Persönlichkeiten der ersten Kategorie sich schwer entschließen werden, uns tatkräftiges Entgegen-

---

* Siehe Nr. 4151.

kommen zu zeigen. Das Mißtrauen gegen uns ist leider ein großes und verbreitetes. Hierüber näheres schriftlich.

3. Da der Schluß des Kongresses nahe bevorsteht, und die ganze offizielle Welt Washington wegen der ausnahmsweise starken Hitze zu fliehen und sich zu zerstreuen beginnt, so wird es schwer, wenn nicht unmöglich sein, an Persönlichkeiten, wie sie für eine vertrauliche Einwirkung in Frage kommen, in nächster Zeit heranzukommen.

4. Bei der praktischen Richtung der Amerikaner ist es viel leichter, konkrete Fragen zu behandeln als durch akademische Erörterungen Stimmung zu machen. Es würde mir daher sehr viel leichter werden, den allerhöchsten Intentionen zu entsprechen sowie auch über die Möglichkeit des Gelingens mich zu äußern, wenn mir ein Wink über die betreffenden konkreten Ziele unserer Politik zuteil würde.

Holleben

Nr. 4153

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Washington von Holleben

Telegramm. Konzept

Nr. 44 Berlin, den 5. Juli 1898

Antwort auf Telegramm Nr. 63*.

Ew. waren in dem Telegramm Nr. 42** nicht beauftragt worden, das Programm der amerikanischen Regierung, welches natürlich möglichst lange geheim gehalten wird, zu ermitteln, sondern nur, über die seit Wochen in- und außerhalb des Kongresses öffentlich diskutierten Parteiprogramme für und wider Annexion näheres zu berichten, insbesondere über die Führer und das Stärkeverhältnis der sich in dieser Frage gegenüberstehenden Gruppen sowie über die territorialen Ziele der Annexionisten.

Ihre Mitteilungen und die durch sie ermöglichten Rückschlüsse auf den ungefähren Inhalt des von der amerikanischen Regierung demnächst zu gewärtigenden Programms würden Seiner Majestät dem Kaiser, allerhöchstwelcher einen Konflikt mit den Vereinigten Staaten tunlichst vermieden sehen möchte, als Unterlage für die Erteilung der von Ihnen gewünschten konkreten Direktiven gedient haben. Wenn z. B. bekannt wäre, daß seitens einer übermächtigen politischen Parteigruppe in Amerika die Punkte A. B. C. als Annexionsobjekte beansprucht werden, würde man deutscherseits erwägen können, ob man

---

* Siehe Nr. 4152.
** Siehe Nr. 4151.

nicht wegen Besitznahme der Punkte D. E. oder F. durch Deutschland mit der amerikanischen Regierung in Besprechung treten will. Dagegen würden solche Besprechungen gerade wegen konkreter Fragen und bestimmter Punkte mißlich sein, wenn Ew. nicht vorher einen gewissen Überblick über den Umfang und die Bedeutung der amerikanischen Annexionsbestrebungen gewonnen haben. Falls Ew. z. B. beauftragt würden, einen Punkt zum Gegenstand der Besprechung zu machen, welcher bereits als Kardinalpunkt im Parteiprogramm einer einflußreichen Annexionistengruppe figuriert und weiten Kreisen des amerikanischen Volkes durch die Presse als notwendiges Erwerbsobjekt angepriesen wird, so würde unsere Erwähnung gerade dieses Punktes alsbald auf amerikanischer Seite die Neigung wachrufen, uns, womöglich mit diplomatischer Zuhülfenahme Englands, Opposition zu machen; während diese Neigung gar nicht oder in geringerem Maße vorhanden sein würde, wenn wir über die wahrscheinlichen Kardinalpunkte des amerikanischen Annexionsprogramms bereits einigermaßen orientiert und daher in der Lage wären, dieselben von vornherein unberührt zu lassen.

Richthofen

Nr. 4154

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 606 Berlin, den 6. Juli 1898
Geheim

Nachdem der französische Botschafter bereits vor acht Tagen die Bemerkung hatte fallen lassen, daß bei der geplanten englisch-portugiesischen Abmachung* die finanzielle gegenüber der politisch-militärischen Seite zurücktrete, teilte derselbe, wie Ew. aus der Anlage** ersehen wollen, gestern mit, daß die französische Regierung in Erfahrung gebracht habe, diese Verhandlungen erstreckten sich auch auf eventuelle Besetzung von Lissabon durch englische Truppen und Unterstellung des portugiesischen Heeres unter englische Führung.

Falls diese, vermutlich aus finanzieller Quelle stammende und durch Aufwendung finanzieller Mittel in Portugal erlangte Nachricht sich bewahrheitet, so würde daraus zu schließen sein:

---

* Vgl. darüber Bd. XIV, Kap. XCII.
** Es handelt sich um eine Aufzeichnung Freiherrn von Richthofens vom 5. Juli über eine Unterredung mit Botschafter Marquis de Noailles. Hier nicht abgedruckt, weil inhaltlich bereits genügend charakterisiert.

1. Daß England an die Möglichkeit eines neuen Peninsular War denkt, welcher ebenso wie jener erste Krieg zu Anfang des Jahrhunderts Teil eines Weltkrieges sein, und bei welchem Spanien nicht auf derselben Seite mit Portugal und England stehen würde.

2. Daß England, da es an einen Landungskrieg denkt, mit Sicherheit auf die Beherrschung des Meeres rechnet. Diese Sicherheit aber würden die englischen Staatsmänner schwerlich haben — ich erinnere daran, daß selbst der unternehmende Herr Chamberlain Ew. gegenüber schon die Gegnerschaft des mit Frankreich verbündeten Rußlands als eine höchst bedenkliche Kraftprobe für England bezeichnete — wenn sie nicht auch ihrerseits seekräftige Verbündete mit in Betracht zögen. Nachdem Deutschland, Rußland und um Rußlands willen wahrscheinlich auch Frankreich einen vertragsmäßigen Anschluß an England abgelehnt haben*, würde es sich für letzteres nur um Bündnisse mit Japan und mit den Vereinigten Staaten handeln können. Die Japaner werden ihrer kriegerischen Natur nach ohne Schwierigkeit für ein Bündnis, welches ihnen Gebietserweiterung verspricht, zu haben sein, sobald England sich zu ihrer Unterstützung vertragsmäßig verpflichtet. Nicht so die nordamerikanische Republik. Diese wird an einem Weltkrieg sich nur dann beteiligen wollen, wenn sie sich selber in unmittelbarer Bedrängnis zu befinden und für Erreichung ihre eigenen Zwecke oder Behauptung einer errungenen Stellung die Unterstützung einer anderen Macht nötig zu haben glaubt. Diese Vorbedingung scheint eben jetzt vorhanden zu sein. Amerika wird zwar mit Spanien leicht fertig; in den Vereinigten Staaten herrscht jedoch allgemein die Befürchtung, daß man die Spanien abgerungenen Vorteile gegen eine andere Macht werde verteidigen müssen. Diese Befürchtung wird Tag für Tag genährt durch perfide Ausnutzung und Entstellung der chauvinistischen Artikel einzelner deutscher Blätter seitens der englischen Presse, namentlich durch die Tendenztelegramme der „Associated-Press". Welchen Zweck die Engländer hierbei verfolgen, liegt auf der Hand; daß sie diesem Zwecke stetig näherkommen, ergibt sich aus der wachsenden Deutschfeindlichkeit der amerikanischen Blätter.

Daß das Londoner Kabinett den Zeitpunkt nahe bevorstehend erachtet, wo die Vereinigten Staaten aus Besorgnis vor Verwickelungen mit europäischen Mächten zu einem englischen Bündnis gedrängt werden, würde durch die militär-politischen Verhandlungen mit Portugal — falls diese wirklich stattfinden — bewiesen werden, denn Ew. wissen besser als ich, daß feste Abmachungen für den Kriegsfall o h n e Krieg in Sicht sowohl der Tradition der englischen Politik wie insbesondere auch den Anschauungen der jetzt am Ruder befindlichen Staatsmänner zuwiderlaufen.

---

* Vgl. Bd. XIV, Kap. XCI.

Hiernach befinden wir uns also vor der — innerlich wahrscheinlichen — Perspektive, daß England die seltene Gelegenheit, die transatlantischen Vettern als Verbündete in einen englischen Eroberungskrieg hineinzuziehen und sich dieselben überdies noch zu Dank zu verpflichten, nicht unbenutzt vorübergehen lassen will, und daß es darum sich bestrebt, den Besitzwechsel der spanischen und der portugiesischen Kolonien gleichzeitig zum Austrag zu bringen.

Für England würde ein Bündnis mit den Vereinigten Staaten und mit Japan einen geradezu idealen Zustand darstellen, weil dadurch einerseits die Beherrschung der Meere auf Jahre hinaus für diese Gruppe gesichert und andererseits den Engländern von den beiden anderen Teilhabern freie Hand in Afrika gelassen werden würde. Es ist deshalb auch wohl ziemlich aussichtslos, die englischen Staatsmänner zum freiwilligen Verzicht auf dieses großartige Ziel überreden zu wollen. Darauf deutet auch der Ton der letzten Äußerungen von Lord Salisbury gegen Ew.* England wird für andere politische Kombinationen erst dann wieder zugänglich werden, wenn die jetzige Hoffnung eines englisch-amerikanischen Bündnisses sich zerschlägt. Wir aber werden, um diese Hoffnung zu vereiteln, nicht bei England, sondern bei Amerika einzusetzen haben**.

---

* Es handelt sich um die wenig entgegenkommende Haltung Lord Salisburys in der Frage der portugiesischen Kolonien.

** Diese zweifellos auf Holstein zurückgehenden Ausführungen des Erlasses an Hatzfeldt vom 6. Juli beweisen, daß der Vorwurf, den Kaiser Wilhelm II. in seinen „Ereignissen und Gestalten“ gegen das Auswärtige Amt erhebt (S. 63 f.), als habe es von dem seit 1897 erfolgten Zusammenschluß der angelsächsischen Welt gegen Deutschland nichts gemerkt, nicht begründet ist. Das Auswärtige Amt ist im Gegenteil allen Anzeichen für ein Zusammengehen Englands und Amerikas, sei es in der Philippinen-, sei es in anderen Fragen, auf das sorgfältigste nachgegangen, hat auch den Kaiser über die einschlägigen Meldungen Hollebens und Hatzfeldts stets auf dem laufenden gehalten. Von dem nach der Meinung des Kaisers im Frühjahr 1897 bzw. zur Zeit des spanisch-amerikanischen Krieges zwischen England, Amerika und Frankreich abgeschlossenen sogen. Gentleman's Agreement, nach dem sich die Vereinigten Staaten im Fall eines von Deutschland allein oder im Verein mit Österreich zu imperialistischen Zwecken vom Zaun gebrochenen Krieges sofort für England und Frankreich erklären und alle Kräfte aufbieten sollten, diesen beiden Mächten beizustehen („Ereignisse und Gestalten“ S. 60 ff, 264), ist allerdings weder in den Meldungen Hollebens noch sonst in den Akten je die Rede. Holleben hat im Gegenteil auf eine an ihn seitens des Auswärtigen Amts gerichtete Anfrage vom 30. März 1898 wegen des von spanischer Seite behaupteten Bestehens eines festen englisch-amerikanischen Abkommens bezüglich Ostasiens am 22. März geantwortet: „Andeutungen solcher Art sind mir bisher von keiner Seite gemacht worden; ich glaube auch nicht, daß bestimmt formulierte Abmachungen vorliegen, weil die kommerziellen Interessen der Vereinigten Staaten von Amerika in Ostasien nicht gefährdet erscheinen.“ Daß um 1897/1898 ein Abkommen zwischen England, Amerika (und Frankreich) nach Art des von Kaiser Wilhelm II. behaupteten Gentleman's Agree-

Wir würden die Aufgabe haben, der politischen Leitung Nordamerikas zunächst klarzumachen, daß die Pläne, welche uns von englischer Seite untergelegt werden, auf freier englischer Erfindung beruhen; daß wir allerdings, so wie auch alle anderen Mächte mit maritimen Interessen, durch die Notwendigkeit der Kohlenbeschaffung auf die Erlangung maritimer Stützpunkte hingewiesen sind, daß wir aber schon aus finanziellen Rücksichten nicht daran denken können, diesen Erwerbungen auch nur annähernd den von englischer Seite behaupteten Umfang zu geben. So würde z. B. eine Erwerbung der ganzen Philippinengruppe mit ihren 350 000 qkm, ihrem gebirgigen Gelände und ihren kriegerischen Eingeborenen uns vor Aufgaben stellen, die mit unserer europäischen Lage unvereinbar sind. Die sicherste Gewähr dafür, daß Deutschlands außereuropäische Ansprüche immer maßvoll und verhältnismäßig bescheiden bleiben werden, bietet den Vereinigten Staaten die für Deutschland stets vorhandene Notwendigkeit, alle seine Kräfte in Europa für den Kampf ums Dasein stets gesammelt und bereithalten zu müssen. Aus diesem Grunde würde die Verständigung mit Deutschland über Stützpunkte im Stillen Ozean für die Vereinigten Staaten unendlich viel vorteilhafter sein, als die Verständigung mit England. Denn erstens ist Deutschland von den beiden der weniger Anspruchsvolle, zweitens aber, und dies ist der Hauptpunkt, würde Amerika nach Herstellung eines gesicherten freundschaftlichen modus vivendi mit Deutschland ruhig wieder abrüsten können, während das Zusammengehen mit England die Vereinigten Staaten in ganz neue Existenzbedingungen hineindrängen und sie zu dauernder Kriegsbereitschaft nötigen würde. Diese Ansicht ist mit wenigen Worten klarzumachen. In der heutigen Weltlage stehen sich die Bestrebungen von Rußland und Frankreich einerseits, von England andererseits feindlich gegenüber. Diese Feindschaft wird schwerlich zu einem tätlichen Ausdruck kommen, solange Deutschland parteilos in der Mitte steht. Solange diese Verteilung der Kräfte unverändert bleibt, werden auch die Vereinigten Staaten von Europa her nicht bedroht und zu keinen militärischen Rüstungen genötigt sein, denn die Kräfte Europas sind durch die Art ihrer gegenwärtigen Verteilung gebunden.

Wenn dagegen Amerika mit England zusammen durch zeitweilige Überlegenheit ihrer vereinigten Seestreitkräfte sich die Vorherrschaft über die Meere und über die kolonialen Gebiete des Erdballs aneignen, so würde dadurch naturgemäß eine Verschiebung der Kräfte eintreten, denn alsdann würden Deutschland, Rußland und Frankreich durch den

---

ment bestanden haben sollte, ist wenig wahrscheinlich angesichts der englischen Bündnisangebote an Deutschland von 1898, 1899 und 1901, des Faschodakonfliktes Englands mit Frankreich und des englisch-japanischen Bündnisses von 1902, das erst bei seiner Erneuerung im Jahre 1911 eine Klausel zugunsten derjenigen Staaten, mit denen England einen Schiedsgerichtsvertrag abgeschlossen hatte, und damit auch zugunsten Amerikas erhielt.

Trieb der Selbsterhaltung zusammengedrängt und zur größtmöglichen Entwickelung ihrer Flotten gezwungen werden. Diesen Maßnahmen gegenüber würden auch die Vereinigten Staaten genötigt sein, ein Gleiches zu tun, und würden sich allmählich zu einer Militärmacht ersten Ranges entwickeln, würden dann also auch das ihrige beitragen zu der Lösung des Problems, ob und wie lange militärische und freiheitlich-republikanische Institutionen nebeneinander bestehen können.

Diese Opfer und Gefahren einer unsicheren Zukunft wird Amerika, so sollte man meinen, nicht ohne zwingende Notwendigkeit sich aufladen wollen. Diese Notwendigkeit liegt aber absolut nicht vor, sie ist wesenlos wie die Fata Morgana in der Steppe und wird nur dem amerikanischen Auge mit englischem Pinsel ausgemalt. Denn Deutschland hat nicht die entfernteste Absicht, den Amerikanern ihre Weltstellung oder die Früchte des Krieges streitig zu machen, sofern es auf amerikanischer Seite einer billigen Anerkennung des Grundsatzes „leben und leben lassen" begegnet. Solange aber Deutschland für Amerika freundlich und in Europa parteilos bleibt, verharren notgedrungen England, Rußland und Frankreich in ihrem gegenwärtigen Zustande der Bindung, welcher zugleich für die Vereinigten Staaten die Sicherheit des Friedens ohne Opfer und Rüstungen gewährt.

Ich möchte glauben, daß die Leiter der amerikanischen Politik sich der logischen Folgerichtigkeit dieser Gesichtspunkte nicht verschließen werden, namentlich kann es nicht schwer sein, vernünftigen Leuten begreiflich zu machen, daß Deutschland bei seiner stets bedrohten europäischen Lage seine Kräfte nicht verzetteln darf und deshalb nur einen infinitesimalen Teil derselben auf Erwerbungen in fernen Meeren verwenden kann. Damit wäre aber schon der englischen Aktions- und Agitationspolitik wohl der Haupthebel entzogen.

Wie immer in bedeutsamen Zeitpunkten wird es für die Regierung Seiner Majestät des Kaisers von Wert sein, Ew. Ansicht zu kennen. Insbesondere möchte ich wissen, ob Ew. die weitere Verfolgung der portugiesischen Kolonialangelegenheit bei der englischen Regierung zurzeit noch für irgendwie aussichtsvoll erachten, was ich übrigens nach einem Ausdruck in Ihrem letzten Telegramm kaum annehmen möchte*; ferner, ob Ew. glauben, daß die Persönlichkeit Ihres amerikanischen Kollegen** denselben für eine ruhige Besprechung der deutschen und der amerikanischen Politik und ihrer Berührungspunkte geeignet erscheinen läßt, obschon derselbe nach Lage der Sache bisher ausschließlich im englischen Sinne mit Eifer und Sorgfalt bearbeitet worden sein dürfte.

Da die spanisch-amerikanischen Ereignisse zum Friedensschluß, damit also auch zur Stellungnahme Amerikas gegenüber den anderen

---

* Vgl. darüber Bd. XIV, Kap. XCII.
** John Hay.

Seemächten drängen, so würde ich Ew. für eine telegraphische Mitteilung Ihrer Auffassung dankbar sein, um die etwa erforderlichen Befehle von Seiner Majestät möglichst bald einholen zu können.

Richthofen

Nr. 4155

*Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 177 London, den 8. Juli 1898

pp. In zweiter Linie bin ich der Ansicht, daß es jetzt, wo das Schicksal der Philippinen sich sehr schnell entscheiden kann, an der Zeit sein würde, die Wege für eine Verständigung mit Amerika zu ebenen und uns dadurch, wenn nicht erhebliche territoriale Vorteile, so doch wenigstens einige Stützpunkte und Kohlenstationen zu sichern; zu diesem Zweck ist es offenbar vor allem notwendig, die mit der europäischen Politik wenig bekannten Amerikaner darüber aufzuklären, daß die englischen Nachrichten über unfreundliche Absichten Deutschlands auf Erfindung beruhen, daß unsere Ansprüche bescheidener sind als diejenigen anderer Mächte, und daß Amerika von den letzteren nichts zu fürchten hat, sobald wir abgefunden sind. Der richtige Weg hierzu scheint mir vor allem der amerikanische Botschafter in Berlin** zu sein, auf dessen Persönlichkeit und Einfluß zu Haus es vorläufig nicht so sehr ankommt, wenn er über die ihm gemachten Mitteilungen nur korrekt berichtet. Der hiesige amerikanische Vertreter, welcher mit dem Präsidenten Mac Kinley in vertrauten Beziehungen stehen soll, hat offenbar englische Sympathien und ist außerdem ein sehr schweigsamer Mann, der meines Wissens mit keinem seiner Kollegen politische Unterhaltungen gesucht hat. Selbst Lord Salisbury klagt über seine Zurückhaltung. Da ich ihn von früher kenne, werde ich

---

* Hier wird nur der zweite Teil des Hatzfeldtschen Telegramms vom 8. Juli, das sich als eine Antwort auf Erlaß Nr. 606 vom 6. Juli (siehe Nr. 4154) darstellt, zum Abdruck gebracht; der voraufgehende Teil, der die Frage der Aufteilung des portugiesischen Kolonialbesitzes und die angeblich von England mit Bezug auf Portugal verfolgten militärpolitischen Absichten behandelt, findet sich in Bd. XIV, Kap. XCII, Nr. 3825. Hatzfeldt legte den in Erlaß Nr. 606 so ausführlich kommentierten Mitteilungen des Botschafters de Noailles, die sich in Holsteins allzeit mißtrauischem Geiste zu dem Schreckbild eines englisch-amerikanisch-japanischen Dreibundes auswuchsen, nur geringes Gewicht bei; auch konnte er schon am 9. Juli melden (vgl. Bd. XIV, Kap. XCII, Nr. 3827), daß nach Lord Salisburys präziser Behauptung an jenen Mitteilungen kein wahres Wort sei.

** Andrew D. White.

dennoch versuchen, unauffällig eine Unterhaltung mit ihm herbeizuführen, mich aber vorläufig beschränken, persönliche Ansichten auszusprechen, da ich nicht sicher bin, daß meine Äußerungen nicht alsbald zur Kenntnis der Engländer gelangen.

Aus allen Äußerungen Lord Salisburys über die Amerikaner habe ich bis jetzt den Eindruck, daß er nur sehr geringes Vertrauen in ihre Freundschaft für England setzt, und es scheint mir daher nicht wahrscheinlich, daß er weittragende politische Pläne verfolgen wird, deren Verwirklichung zum größten Teil von dieser Freundschaft abhängen würde.

Hatzfeldt

Nr. 4156

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 203 Berlin, den 10. Juli 1898

Ich habe gestern in langer Unterredung dem amerikanischen Botschafter die bereits in Erlaß Nr. 606* bezeichneten Gesichtspunkte ausführlich dargelegt. Ich sagte ihm, daß für Deutschland die Erwerbung von Samoa (als Kompensation für Hawaii)**, ferner die der Karolinen (als Satisfaktion für das nationale Empfinden nach den Vorgängen von 1885) erwünscht sein würde; außerdem die Erwerbung von ein oder zwei Stützpunkten in der Philippinengruppe und im Suluarchipel. Große Gebietskomplexe, welche entsprechenden Aufwand an Geld und Menschenkräften erforderten, würden dagegen unverträglich sein mit Deutschlands europäischen Aufgaben.

Ich wies ferner auf die große Bedeutung hin, welche die Art des Austrags dieser jetzt schwebenden kolonialen Fragen und die durch sie bedingte Gestaltung der deutsch-amerikanischen Beziehungen für die ganze Zukunft Amerikas haben würde. Mr. White erklärte, daß er persönlich diesen Standpunkt durchweg billige und bereit sein würde, denselben nach Kräften in Washington zu vertreten. Er selber teile in der auswärtigen Politik die Ansicht von Cleveland, d. h. er sei außer bezüglich Hawaiis, dessen Annexion er für nützlich halte, ein Gegner kolonialer Erwerbungen durch die Vereinigten Staaten, erstens, weil dadurch zu heterogene Elemente in den amerikanischen Kongreß

---

* Siehe Nr. 4154.

** Am 16. Juni 1897 hatten die Vereinigten Staaten mit Hawaii einen Vertrag abgeschlossen, wonach die Hawaii Inseln von den Vereinigten Staaten annektiert werden sollten. Vgl. darüber Bd. XIII, Kap. LXXXIV, Nr. 3409 ff.

kommen würden, zweitens, weil die periodischen Wechsel der amerikanischen Politik ganz besonders ungeeignet für Kolonialverwaltung seien. Seinen Wünschen würde es deshalb entsprechen, wenn die Vereinigten Staaten sich weder auf Annexion noch auf Protektion größerer Gebiete einließen, sondern mit der Erwerbung von ein paar Kohlenstationen in Ostasien bezw. auf den Antillen zufrieden wären.

Der Eindruck der Auslassungen des Botschafters war ein durchaus günstiger. Wir werden uns nach seiner Persönlichkeit jedenfalls darauf verlassen können, daß der diesseitige Standpunkt dem Kabinett von Washington korrekt und sogar mit Sympathie mitgeteilt wird.

Meine ausführliche Aufzeichnung* geht morgen, Montag abend, mit Feldjäger an Ew. ab, und möchte ich bitten, daß Ew. bis nach Kenntnis derselben die Unterredung mit Herrn Hay verschieben.

Richthofen

Nr. 4157

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Richthofen

Reinschrift

Berlin, den 10. Juli 1898

Anknüpfend an die Leipziger Rede des Botschafters** sprach ich ihm Dank aus für die gerechte Würdigung unserer korrekten Haltung

---

* Siehe das folgende Schriftstück.

** Bei der Feier der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung durch die in Leipzig lebenden Amerikaner hatte der amerikanische Botschafter White über die Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika folgendes gesagt:
„Hier, in der alten und geehrten Universitätsstadt, mag ich eines anderen Bandes gedenken, das die wirklichen Führer Deutschlands anzuerkennen nicht verfehlen können. Während wir in Großbritannien das Mutterland der großen Mehrheit unseres Volkes anerkennen, und während im Laufe des gegenwärtigen Kampfes, wie nie zuvor in unserer Geschichte, Großbritannien und die Vereinigten Staaten sich genähert haben, können wir wohl in Deutschland ein zweites „Mutterland" erkennen, ein solches, mit dem unser eigenes Land stets in der wärmsten Allianz bleiben sollte, denn von den Universitäten und den hohen Lehrinstituten Deutschlands sind zu uns viel mehr als von irgendeinem anderen Lande gekommen und kommen noch Einflüsse, nach denen der höhere Unterricht in den Vereinigten Staaten gebildet worden ist und gebildet wird. In fast jedem College oder Universität von einiger Bedeutung in den Vereinigten Staaten sind die leitenden Personen Studenten in Deutschland gewesen, und sie haben feste und dauerhafte Bande mit den Lehrkörpern dieser großen deutschen Lehrinstitute geknüpft. Jedem deutschen Professor, der nach den Vereinigten Staaten geht, wird überall ein herzlicher Willkomm seitens seiner alten Studenten zuteil. Deutsche Literatur, in der Tat deutsche Gedankenarbeit auf allen Gebieten, ist ein starkes, intellektuelles, moralisches und geistiges Band zwischen beiden Ländern geworden. Ich

Amerika gegenüber während des gegenwärtigen Krieges und bemerkte, nachdem der Botschafter hervorgehoben hatte, daß seine Rede wesentlich auf Amerika berechnet sei, es scheine der Moment gekommen, wo wohl ein Gedankenaustausch zwischen Washington und Berlin im Interesse beider Teile liegen möchte. Ich glaube nach seiner Rede annehmen zu dürfen, daß er eine Vermittlerrolle für einen solchen Gedankenaustausch übernehmen werde, für die er bei dem besonderen Vertrauen, das auch wir auf Grund seines langjährigen Verweilens in Deutschland in ihn setzten, besonders berufen sei. Der Botschafter erwiderte mir, daß er solches Vertrauen als Auszeichnung betrachte und sehr gern bereit sei, seiner ganzen bisherigen Laufbahn entsprechend, alles zu tun, was irgendwie einem Einvernehmen zwischen Amerika und Deutschland förderlich sei; nur werde er sich zur Sache wenig äußern können, da er ohne jede Instruktion über die Pläne seiner Regierung offen gestanden sogar überzeugt sei, daß dieselbe überhaupt noch gar keine bestimmten Pläne habe. Ich erklärte hierauf, daß ich für eine offene Aussprache mich in einer schwierigen Lage befände, da ich mir, falls in Washington auf die hiesigen Ideen in keiner Weise eingegangen werde, das Recht vorbehalten müsse, das von mir Gesagte als ungesagt bezeichnen zu dürfen. Ich würde also darauf Wert legen, daß meine Äußerungen von ihm nach Washington nicht als amtliche, sondern als private, jedoch als die einer Persönlichkeit hingestellt würden, welche für die durch die Direktiven Seiner Majestät des Kaisers der hiesigen Politik gegebene Richtung gewisse Anhaltspunkte besitze. Mr. White gab mir sofort diese Zusage, die er am Schluß der Konversation wiederholte, und ich sagte ihm hierauf etwa folgendes:

Wenn er unsere Haltung Amerika gegenüber als korrekt bezeichnet habe, so könnten wir in dieser Richtung wohl das besondere Verdienst in Anspruch nehmen, daß wir die einzige Macht seien, an welche die Versuchung einer gegenteiligen Handlungsweise tatsächlich herangetreten sei. Der Generalgouverneur von Manila habe dem deutschen

---

glaube nicht, daß diese verschiedenen Kräfte, welche Deutschland und die Vereinigten Staaten verbinden, leicht zerrissen werden können. Die Versicherungen, welche seitens der deutschen Regierung unserem eigenen Lande gegeben worden sind, verbieten uns, auch nur einen Augenblick daran zu denken, daß es von seiten Deutschlands etwas anderes als eine gerechte, loyale und offene Behandlung unserer Nation geben wird, und in dieser deutschen Politik der Billigkeit (fairness) und Gerechtigkeit gegenüber unserem Lande erkenne ich die beste Garantie für jene legitime, territoriale und kommerzielle Ausdehnung, die Deutschland so eifrig und mit Recht wünscht, und für die Fortdauer und Vermehrung der guten Gesinnung, die so wichtig für beide Länder ist." Vgl. dazu auch: Autobiography of A. D. White, vol. II, p. 169. White erkennt auch in seiner Selbstbiographie mit großer Wärme (vgl. ebenda p. 168) an, daß die Haltung der deutschen Politik, und namentlich die des Auswärtigen Amts unter Bülow und Freiherrn von Richthofen, während des spanisch-amerikanischen Konflikts so fair und entgegenkommend wie nur möglich gewesen sei.

Admiral, und zwar diesem allein, nicht auch den Kommandanten anderer fremder Kriegsschiffe, Manila zur Übernahme en dépôt angeboten *. Der Admiral habe dieses Anerbieten den allerhöchst erteilten Instruktionen gemäß abgelehnt. Mr. White werde im übrigen nicht verkennen, daß gerade für uns die Innehaltung der wohlwollenden Neutralität gegenüber Nordamerika mit besonderen Schwierigkeiten verknüpft gewesen sei. Einmal sei die Entscheidung, ob in den Kriegsfragen europäischerseits zu intervenieren sei, stets von der Entschließung Seiner Majestät des Kaisers abhängig gewesen, da alle Mächte, welche einer solchen Intervention etwa geneigt gewesen wären, auf das Signal zu derselben von hier aus warteten und Spanien infolgedessen stets hoffend seine Augen hierher gerichtet habe **. Würde hier Terrain für eine Intervention gefunden worden sein, so hätten sich Österreich und Frankreich ohne weiteres und Rußland, Frankreich folgend, Italien uns folgend, mithin sämtliche Kontinentalmächte zu einer solchen entschlossen. Seine Majestät habe aber geglaubt, auch in dieser Richtung jeder an ihn herangetretenen Fühlung gegenüber sich ablehnend verhalten zu sollen. Sodann sei zweifellos die Stimmung im deutschen Volke bei Beginn des Krieges eine zwar nicht hispanophile, aber allerdings auch nicht amerikafreundliche gewesen. Dieses sei einerseits hervorgerufen worden durch die monarchische Gesinnung des Volkes, welche eine gewisse Sympathie für die Königin-Regentin und ihren jungen Sohn zur Folge habe, und andererseits durch das sentimentale Gefühl einer nicht vollen Berechtigung der Kriegserklärung. Es habe diese Stimmung aber schon in etwas vor dem Kriege bestanden, und sie sei meines Erachtens ebenso wie die Stimmung in Deutschland England gegenüber weniger durch kommerzielle Konkurrenzverhältnisse als durch auf kolonialem Gebiete liegende Ursachen hervorgerufen. Wie man hier England sein Verhalten uns gegenüber auf diesem Gebiete in weiten Kreisen verüble, so ähnlich wirke jetzt die Angliederung Hawaiis an Nordamerika. Nicht daß etwa der Besitz Hawaiis Amerika mißgönnt oder gar von deutscher Seite in Anspruch genommen werde; vielmehr habe man hier nur die Erwartung gehegt, daß zugleich mit einer Annexion Hawaiis Amerika sein Anrecht an Samoa zugunsten Deutschlands aufgeben werde.

In letzter Zeit sei die Verstimmung auch in Amerika zum Ausbruch gelangt, und zwar wesentlich infolge der Agitation englischer Preßorgane, welche uns großartige und abenteuerliche Pläne untergeschoben hätten. Wir seien gezwungen, unsere militärischen Kräfte nahezu alle in Europa gesammelt bereitzuhalten und aus diesem Grunde sowohl wie auch aus finanziellen Rücksichten nicht imstande, für koloniale Zwecke mehr als einen sehr geringen Teil unserer Kraft zu verwenden. Schon diese unsere europäische und finanzielle Stellung lege es uns als Notwendigkeit auf, maßvoll und bescheiden zu sein. Es läge uns

* Vgl. Nr. 4150.
** Vgl. Kap. XCVII.

mithin nichts ferner, als Amerika seine Weltstellung oder die Früchte seines Sieges streitig machen zu wollen. Im Gegenteil seien wir auf Grund der mehr als hundertjährigen Tradition unserer Freundschaft mit den Vereinigten Staaten durchaus bereit, zu einer Sicherung dieser Stellung unsererseits beizutragen und dies, insbesondere bei den Verhandlungen über den Friedensvertrag, vielleicht auch durch eine beschleunigte Herbeiführung des Friedens zu betätigen. Wir setzten dabei allerdings voraus, daß Amerika den mäßigen Aspirationen, welche wir zu erheben hätten, seinerseits freundliche Beihülfe leisten werde. Geschehe dies, so werde die Freundschaft zwischen Deutschland und Amerika aufs neue befestigt sein und voll ihre Wirkung ausüben. Meines Erachtens hänge von der Gestaltung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Nordamerika am Schluß des spanisch-amerikanischen Krieges zu einem großen Teile die Entwickelung der Geschichte der Welt im Laufe des nächsten Jahrhunderts ab. Stelle Nordamerika sich unfreundlich zu Deutschland, so werde allmählich einerseits Nordamerika in eine Allianz mit England getrieben werden, andererseits ein Zusammenschluß aller kontinentalen Mächte dem englisch-amerikanischen Bündnis gegenüber erfolgen. Als Konsequenz hiervon werde Amerika eine stete Kriegsbereitschaft und damit alle Lasten auf sich zu nehmen haben, welche einer Militär- und Marinemacht ersten Ranges nach europäischen Begriffen auferlegt seien. Schließe der jetzige Krieg dagegen in voller Einigung zwischen Amerika und Deutschland, so werde Deutschland in dem unüberbrückbaren Gegensatze zwischen Rußland und Frankreich einerseits und England andererseits nach wie vor parteilos bleiben und dadurch einen Krieg zwischen diesen Staaten zu verhindern wissen; es würden aber dadurch gleichzeitig alle militärischen Gewalten Europas nach wie vor in Europa selbst gebunden bleiben, und Amerika würde, ohne einen Cent mehr als bisher für Armee- und Marinezwecke ausgeben zu müssen und ohne die Eigenart seiner Institutionen irgendwie in Gefahr zu bringen, seine außereuropäischen Interessen voll und ganz zur Geltung bringen können.

Mr. White drückte mir hierauf die Hand und sagte mir, daß er diese Auseinandersetzung um so lieber nach Washington berichten werde, als sie in allen Punkten ausnahmslos seinen eigenen Ansichten entspreche. Was zunächst die Stimmung der beiden Völker gegeneinander betreffe, so sei auch die amerikanische Presse zu einem großen Teile daran mitschuldig. Die korrekte Haltung der Regierung des Kaisers werde aber in Amerika die Stimmung bald ändern. Er selbst sei, abgesehen von Hawaii, dessen Annektierung er zustimme, absoluter Feind jeder amerikanischen Kolonialpolitik und würde, wenn er nicht im Staatsdienste wäre, sich Cleveland anschließen und in den Vereinigten Staaten selbst jeglichen kolonialen Gelüsten schärfste Opposition machen. Zu dieser seiner Anschauung bewögen ihn fast lediglich innerpolitische Gründe.

Zunächst sei Nordamerika bei dem verfassungsmäßigen vielfachen Wechsel in den höheren Beamtenstellen, dessen Ausdehnung auf Kolonialgouverneure sich gar nicht werde vermeiden lassen, ganz außerstande, eine geordnete Verwaltung in den Kolonien zu führen. Noch gewichtiger sei aber die Unmöglichkeit, Kolonien die Entsendung von Deputierten und Senatoren nach Washington zu versagen oder zu gestatten. Dieser letztere Umstand habe schon bewirkt, daß die Aufnahme von Territorien wie Louisiana, Texas und Alaska nur nach langem Widerspruch Anklang gefunden habe, und daß die von ihm selbst vor 30 Jahren geführten Verhandlungen wegen Annexion San Domingos, obgleich General Grant den größten Wert auf die Samanábai gelegt habe, resultatlos verlaufen seien. Was solle man nun gar mit kubanischen oder philippinischen Kongreßmitgliedern anfangen? Er glaube auch, daß zurzeit die große Majorität in den Vereinigten Staaten gegen jede Annexion sei, wenn er auch nicht verkennen wolle, daß der Appetit beim Essen komme. Er selbst hoffe aber, daß man sich nicht einmal Protektorate aufladen, sondern lediglich Flottenstationen sichern werde.

Was die deutschen Wünsche betreffe, so komme es für ihn zunächst darauf an, genauer zu wissen, worauf sich tatsächlich diese Wünsche erstreckten.

Ich erwiderte ihm, daß solche genau zu bezeichnen mir ohne vorherige Einholung allerhöchster Instruktionen unmöglich sei. Was ich darüber sage, sei daher lediglich persönliche Eingebung, gestützt auf die Erfahrungen in meiner früheren Stellung als Kolonialdirektor. Ich glaube, daß wir aus Rücksichten nationaler Empfindlichkeit den Verzicht Amerikas auf die Mitregierung auf Samoa an uns*, sowie infolge des eigentümlichen Ganges der früheren deutsch-spanischen Verhandlungen über die Karolineninseln die Überlassung dieser Inseln zu erwarten haben würden. Dies sei jedoch, da die Einwohnerzahl der Samoainseln nur halb Potsdam entspreche und die Karolinen zu winzig seien, nur dekorativer Natur. Von wirklichem Gewicht würde für uns der Erwerb gesicherter maritimer Stützpunkte auf den Philippinen und vielleicht auch auf den Suluinseln sein.

Mr. White antwortete hierauf, er sei persönlich von vornherein einer Erweiterung der deutschen Kolonialmacht günstig gestimmt, da er solche als eine Erweiterung der Zivilisation und damit als einen Segen für die Welt ansehe. Rußlands Annexionen hätten einen nur relativen Wert, da sie eine nicht volle Zivilisation den annektierten Gebieten zuführten; Deutschland dagegen habe in den wenigen Jahren seines kolonialen Wirkens schon gezeigt, was es könne; z. B. Spanien gegenüber, das in 400 Jahren nicht einmal einen für Truppen geeigneten Weg zwischen Habana und Santiago de Cuba habe zustande bringen können. Er habe infolgedessen auch in allen seinen Berichten nach Washington

* Vgl. dazu Bd. XIV, Kap. XCVI.

die Besetzung Kiautschous durch Deutschland als ein freudig zu begrüßendes Ereignis bezeichnet. Die dargelegten Wünsche halte er seinerseits für durchaus „legitimate“, wie er ja auch in seiner Leipziger Rede bereits die Berechtigung von territorialen Wünschen Deutschlands hervorgehoben habe. Die Ingerenz Amerikas in samoanischen Angelegenheiten habe er stets für einen politischen Fehler gehalten, und er erachte den Tag als einen für Amerika glücklichen, an dem es sich von der derart auferlegten Last wieder befreie. Von den Karolineninseln wisse er wenig. Was endlich die Marinestützpunkte anbetreffe, so erachte er sie für Deutschland ebenso notwendig wie dies für Amerika der Fall sei, um so mehr, als die Kohlenfrage eine besondere Bedeutung genommen habe. Er glaube sich daher berechtigt, von seinem Standpunkt aus unsere Wünsche durchweg zu unterstützen.

Mr. White schloß mit den Worten, daß er als sicher annehme, es werde aus der heutigen offenen Besprechung, für die auch er Dank sage, Gutes für beide Nationen erwachsen. Richthofen

Nr. 4158

Der Botschafter in Washington von Holleben an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 67 Washington, den . . . Juli 1898
[eingetroffen am 13. Juli]

Antwort auf Telegramm Nr. 44*.

Nach mehrfachen vorsichtigen Sondierungen kann ich nur das Folgende sagen, was ich schriftlich auszuführen im Begriff stand.

Die hiesige Regierung würde sich wahrscheinlich den Wünschen Seiner Majestät geneigter zeigen, als die größere Menge der hiesigen Politiker. Feststehende Parteiprogramme gibt es in der betreffenden Richtung zunächst nicht, trotz aller öffentlichen Diskussionen innerhalb und außerhalb des Kongresses, doch ist es wahrscheinlich, daß die Annexionisten (Republikaner und Demokraten gemischt), die sich augenblicklich wohl in der Überzahl befinden, und als deren intransigenteste Führer ich die Senatoren Lodge (Republikaner) und Morgan (Demokrat) nenne, die Antiannexionisten, welche außer Cleveland und Bryan, die augenblicklich nicht viel gelten, bedeutende Führer nicht aufweisen, mehr und mehr fortreißen werden. Die Annexion Hawaiis ist in dieser Beziehung von Vorbedeutung. Indessen würden auch die Annexionisten Erwerbungen unsererseits wohl kaum prinzipiell widersprechen, wenn dieselben nicht in die amerikanische Interessensphäre eingreifen. Als wie weitgehend letztere am Schluß des Krieges angesehen werden wird,

* Siehe Nr. 4153.

läßt sich jetzt nicht beurteilen, vorläufig betrachtet man die sämtlichen spanischen Besitzungen als in dieselbe fallend, besonders, außer Kuba Porto Rico, auch die Ladronen. Die Absichten auf die Philippinen sind noch ganz unklar. Sollte sich Amerika mit Manila als Kohlenstation begnügen, so würde es gegen Besetzung anderer Inseln der Gruppe durch uns oder andere europäische Mächte vielleicht nicht viel einzuwenden haben. Anders wäre es natürlich, wenn dort ein amerikanisches Protektorat begründet werden sollte. Von Karolinen, Sulu-Inseln etc. ist jetzt nicht die Rede, doch würden Versuche, jetzt dort Fuß zu fassen, ebenso als unfreundlicher Akt angesehen werden, wie auch etwa eine Erwerbung von St. Thomas. Auch auf den Kanarischen Inseln hofft man eine Kohlenstation zu erwerben.

Bei der derzeitigen Stellung Englands zu Amerika würde sich vielleicht das Samoa-Tonga-Projekt leichter verwirklichen lassen, als es bisher schien.

Die Hauptsache ist zunächst, daß weder Regierung noch öffentliche Meinung durch Nadelstiche auf wirtschaftlichem Gebiet — Einfuhrverbote und Einfuhrerschwerungen — die so viel dazu beigetragen haben, Mißtrauen gegen uns zu säen, gegen uns weiter gereizt werden, dagegen würde es einen guten Eindruck machen, wenn wir wenigstens auf Verhandlungen über wirtschaftliche Fragen eingehen wollten, welche, wie ich glaube, jetzt aussichtsvoller sein würden als früher.

Im ganzen muß ich aber darauf aufmerksam machen, daß die Amerikaner für „Gegenseitigkeit" wenig Sinn haben. Natürlich werden sie ersichtlichen Vorteilen gegenüber, wie die freundliche Haltung Deutschlands sie ja immer bieten würde, zu Gegenleistungen bereit sein, doch werden sie dieselben auf das denkbar geringste Maß zu beschränken suchen. Die Selbstsucht der Amerikaner findet ihre Schranken nur in ihrer Eitelkeit.

Vorstehende Bemerkungen werde ich nach Möglichkeit telegraphisch und schriftlich ergänzen. Holleben

Nr. 4159

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 185 London, den 13. Juli 1898

Erlaß Nr. 621 erhalten*.

Ich habe mich heute in ausführlicher Unterhaltung mit dem amerikanischen Botschafter ungefähr in demselben Sinne ausgesprochen, in-

* Durch Erlaß Nr. 621 vom 11. Juli war Graf Hatzfeldt die Aufzeichnung Freiherrn von Richthofens über seine Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter White vom 9. Juli (Siehe Nr. 4157). mitgeteilt worden.

dem ich meine Äußerungen als ganz vertraulich bezeichnete und dieselben dadurch motivierte, daß mir die Beseitigung der durch die Presse, namentlich auch die englische, zwischen den beiden Ländern etwa hervorgerufenen Mißverständnisse in beiderseitigem Interesse dringend erwünscht erscheine. Mr. Hay ging auf diesen Gedankengang bereitwillig ein und bemerkte dazu, daß die unüberlegten Äußerungen einiger chauvinistischen Blätter bei uns auf die Auffassung seiner Regierung keinen Einfluß ausüben könnten. Der amerikanische Botschafter in Berlin habe, wie er bestimmt wisse, stets berichtet, daß das Verhalten der Kaiserlichen Regierung den Vereinigten Staaten gegenüber ein durchaus korrektes sei. Er, Mr. Hay, habe selbst große Sympathien mit Spanien und bedauere lebhaft, daß man es dort zum Krieg und zu der jetzigen Situation habe kommen lassen. Noch vor nicht langer Zeit habe man in Amerika an keine Eroberungen und keine Kolonien gedacht, wozu es den Amerikanern an dem nötigen Material an Verwaltungsbeamten fehle. Noch vor einem Monat hätte Spanien relativ günstige Bedingungen erhalten und die Philippinen behalten können, wo Amerika sich gern mit einigen Kohlenstationen begnügt hätte. Ob dies heute noch möglich sein würde, wisse er nicht, obwohl er wohl derjenige amerikanische Vertreter im Auslande sei, der die Ansichten des Präsidenten am besten kenne.

Als ich dem Botschafter die politische Situation in Europa auseinandersetzte, welche uns auf die Verfolgung bescheidener kolonialer Wünsche hinweise, und gleichzeitig die Vorteile hervorhob, die Amerika aus freundschaftlichen Beziehungen zu uns ziehen würde, schon deshalb, weil es dann auf große Rüstungen für die Zukunft verzichten könne, meinte er, daß die amerikanische Armee nach dem Kriege auf die frühere Stärke reduziert werden müsse, daß die Vereinigten Staaten aber voraussichtlich in der Zukunft jedenfalls eine größere Flotte halten müßten, als sie früher getan hätten.

Mr. Hay widersprach nicht, als ich die Meinung aussprach, daß wir einige Kohlenstationen in den Philippinen wünschen müßten, ebensowenig, als ich die Karolinen-Inseln erwähnte, ohne jedoch die Befürwortung solcher Wünsche in Washington ausdrücklich zuzusagen. Als ich aber Samoa erwähnte und dazu bemerkte, ich hätte niemals verstanden, welches Interesse Amerika an diesen Inseln nähme, wendete Mr. Hay sofort und mit einem gewissen Nachdruck ein, daß Amerika in Samoa große Interessen habe.

Im ganzen habe ich den Eindruck, daß Mr. Hay, welcher mir übrigens streng vertrauliche Behandlung meiner Äußerungen wiederholt zugesagt hat, gute Beziehungen mit uns wünscht und uns in Washington nicht entgegen sein wird, falls man dort die Philippinen nicht selbst behalten und sich ebenfalls mit Kohlenstationen begnügen will. Ob er aber unsere Interessen warm empfehlen wird, scheint mir fraglich.

Hatzfeldt

Nr. 4160

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Richthofen

Eigenhändig

Berlin, den 25. Juli 1898

Der amerikanische Botschafter suchte mich auf und sagte mir, daß er auf seine Mitteilung unserer neulichen Unterhaltung nach Washington *, welche, wie von ihm zugesagt, ohne Nennung meines Namens oder meiner Stellung erfolgt sei, von dort „telegrams" erhalten habe, welche ein „friendly feeling" auch von amerikanischer Seite konstatierten. Insbesondere habe der Präsident Mac Kinley aus seiner letzten Konversation mit Herrn von Holleben beste Eindrücke erhalten. Die hier aufgeworfenen Fragen erachte man für noch etwas „premature", da ja vorerst noch nichts in Amerikas Händen sei. Ganz als persönliche Auffassung füge er, Mr. White, hinzu, daß in Amerika sich jetzt zwei Parteien gegenüber zu stehen begännen, die Annexionisten und die Nichtannexionisten; Mac Kinley und die Administration verträten die Ansicht der letzteren und würden seines Erachtens froh sein, baldigst aus den Philippinen wieder herauszukommen, unter Beibehalt lediglich einer Kohlenstation. Mr. White bemerkte ferner, wieder rein persönlich, daß das ständige Verweilen unserer Flotte vor Manila — da viele Amerikaner sich nicht ausreden ließen, sie stehe da, um einzugreifen, wenn mal etwas „wrong" gehe, und jeden Gedanken an eine fremde „interference" perhorreszierten —, eine gewisse „uneasiness" in Amerika geschaffen habe und es jedenfalls die Situation „easier" gestalten werde, wenn unsere Schiffe, anstatt dort stationär zu bleiben, sich, wenn auch in der Nähe, so doch hin und her bewegten **.

---

* Vgl. Nr. 4157.

** Bekanntlich ist es zwischen dem Kommandanten der amerikanischen Seestreitkräfte vor Manila, Admiral Dewey, und dem Chef des deutschen Kreuzergeschwaders, von Diederichs, mehrfach zu Mißhelligkeiten gekommen, die wesentlich die Ausübung der Blockade von Manila betrafen. Nähere Mitteilungen darüber finden sich in Admiral von Diederichs' „Darstellung der Vorgänge vor Manila von Mai bis August 1898" — Marine-Rundschau März 1914; vgl. namentlich S. 270 f., wo über die Szene zwischen dem Admiral Dewey und dem Flaggoffizier des Admiral Diederichs Kapitänleutnant Hintze vom 10. Juli berichtet wird, bei der der amerikanische Admiral sich zu einer Kriegsdrohung gegen Deutschland hinreißen ließ. In einem Berichte Diederichs vom 14. Juli werden die in der späteren Erzählung etwas verkürzt wiedergegebenen Äußerungen des amerikanischen Admirals in vollerer Fassung zitiert: „Why, I shall stop each vessel whatever may be her colours! And if she does not stop, I shall fire at her! And that means war, do you know, Sir? And I tell you, if Germany wants war, all right, we are ready. With the English I have not the slightest difficulty, they always communicate with me." Admiral Diederichs hatte Selbstbeherrschung genug,

Ich erwiderte hierauf nur, daß unsere Schiffe lediglich zum Schutze unserer Handelsinteressen und der Reichsangehörigen entsandt seien,

---

diese ihm von seinem Flaggleutnant einberichteten Äußerungen zu ignorieren, so daß sie keinen ernsteren deutsch-amerikanischen Zwischenfall zur Folge hatten. In seinem Bericht bemerkt er dazu: „Den polternden Ausbrüchen in einem Zustand hochgradiger Erregung und unter dem Zusammenbruch jeder Selbstbeherrschung einem zu ihm entsandten Offizier gegenüber legte ich geringe Bedeutung bei, noch weniger seinen Drohungen." Im weiteren Verlauf des Berichts spricht Admiral von Diederichs die Absicht aus, angesichts des seit langem bei Admiral Dewey aus Argwohn, Gerüchten und Zeitungsnachrichten zusammengehäuften Zündstoffs um so sorgfältiger jeden Zusammenstoß nach Möglichkeit vermeiden zu wollen. Im Anschluß daran heißt es: „Ich möchte glauben, daß die vorliegende Sache damit erledigt ist. Doch verhehle ich mir nicht, daß in Zukunft das Verhältnis zwischen dem amerikanischen Geschwader und uns einigermaßen gespannt sein wird und die größte Vorsicht beobachtet werden muß, um Zwischenfälle zu vermeiden. Die Amerikaner haben nun einmal kein Vertrauen zu unserer Loyalität, im besonderen seit meinem Eintreffen vor Manila, und ihr Argwohn wird durch die Manila beherrschenden Gerüchte von einer Verproviantierung Manilas durch Seiner Majestät Schiffe sowie demnächstigen energischeren Eingreifens in den Krieg von unserer Seite noch bestärkt. Wie wir der Begünstigung der Spanier, so werden die Engländer der Unterstützung der Amerikaner angeklagt. Da die Spanier hier zurzeit machtlos sind, kommt die Beschuldigung der Engländer nicht über Worte hinaus. Wir Deutsche müssen schon auf andere Folgen der uns angedichteten Sympathie vorbereitet sein. Die Engländer haben ein erklärliches Interesse daran, unsere Beziehungen zu den Amerikanern unfreundlich zu gestalten."
Ausführlicher heißt es über den gleichen Gegenstand in einem späteren sehr eingehenden Bericht Diederichs vom 2. August 1898:
„Aus verschiedenen Beobachtungen von Vorkommnissen und aus Bemerkungen der Zeitungen muß ich schließen, daß mein Erscheinen vor Manila ein weiteres Moment gewesen ist, die Hinneigung der Insurgenten zu uns ins Wanken zu bringen. Sie fragten, was Deutschland mit einem Vizeadmiral und so vielen Schiffen hier wollte, wenn es bei früheren Aufständen sich mit Entsendung eines Schiffes und der Vertretung durch einen Kommandanten begnügt hätte. Sie folgerten aus dem Mehraufwande eine beabsichtigte Aktion zugunsten Spaniens gegen sie und ihre Helfer. Mein Rang ließ sie vermuten, daß die Zahl der deutschen Schiffe hier noch verstärkt werden würde. Alle diese törichten Annahmen wurden durch das Geklatsch und das Zeitungsgeschwätz aus beiden Feldlagern nur bekräftigt und verdichteten sich so weit, daß z. B. ganz einfache Leute in einem abgelegenen Platz wie Mariveles die Offiziere fragten, wann die Deutschen gegen die Amerikaner vorgehen würden.
Ich muß danach annehmen, daß mein Herkommen der deutschen Sache, soweit ich zu urteilen vermag, nicht vorteilhaft gewesen ist. Jedermann verfehlte nicht, uns merken zu lassen, daß er unser vermeintliches Spiel durchschaut hätte. Der Engländer schürte im Hintergrund; und so geriet der Amerikaner in eine Reizbarkeit, welche ihm die ruhige Überlegung nahm und jede Bewegung deutscher Schiffe verdächtig machte. Man war auf amerikanischer wie englischer Seite unwillig über die Störung, welche das bisherige Stilleben vor Manila erfuhr, wohl auch ein wenig besorgt, die einseitige Begünstigung der Amerikaner durch englische Schiffe könne zu scharf beobachtet werden. Im ganzen aber war man voller Zuversicht, daß es bei einiger Aufmerksamkeit nicht fehlen würde, unsere vermeintliche Kühnheit zu bestrafen.

wie dies die ganze Art ihrer Aktion dartue; der Admiral müsse beurteilen, wie viel Schiffe er dazu für erforderlich halte, und daß er nicht mehr als nötig zurückbehalte, beweise die eben erst seinerseits erfolgte Entlassung eines seiner Schiffe, der „Irene", aus dem vor Manila befindlichen Verbande.

Richthofen

Nr. 4161

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Semmering, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 14 Semmering, den 27. Juli 1898

Für den Herrn Unterstaatssekretär

Einverstanden damit, daß Euer Hochwohlgeboren bei nächster Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter diesem im eigenen Namen sagen, Sie hielten es im Interesse guter deutsch-amerikanischer Beziehungen für besser, seine Andeutung wegen Zurückziehung des deutschen Geschwaders von Manila Seiner Majestät dem Kaiser nicht zu melden. Sie betrachteten persönlich die in Rede stehende Äußerung als eine gesprächsweise zufällig und harmlos hingeworfene Bemerkung. Es sei jedoch zu befürchten, daß Seine Majestät à distance Tendenz und Tragweite derselben verkennen und ein solches Ansinnen anders beurteilen könnte, welches, wenn es bekannt würde, auch der deutschen öffentlichen Meinung als unmotivierter Eingriff in unsere völkerrechtliche Bewegungsfreiheit erscheinen dürfte. —

Wir sind aufrichtigst bestrebt, die zwischen Deutschland und Amerika entstandenen, ebenso grund- wie zwecklosen Mißverständnisse im Interesse beider Länder zu beseitigen. Ein freundschaftliches Verhältnis zu Amerika ist für uns von hohem Werte. Aber wir dürfen weder bei den Amerikanern noch sonst wo der Meinung Vorschub leisten, als ob wir uns von Amerika einschüchtern ließen.

Es ist sehr schwer, solcher Voreingenommenheit mit Worten erfolgreich zu begegnen. Ich fürchte, daß uns die öffentliche Verdächtigung nicht erspart werden wird, mit größeren Plänen anspruchsvoll hierher gekommen und notgedrungen zurückgewichen zu sein, weil sich die Durchführung unserer Pläne wegen der Wachsamkeit der Gegner als zu schwierig erwies."
Auf deutscher Seite ist jedenfalls nicht einen Augenblick daran gedacht worden, aus den Mißhelligkeiten zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Admiral unfreundliche Konsequenzen in bezug auf das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten zu ziehen. Den Ausbruch eines deutsch-amerikanischen Krieges, der nach Freiherrn von Eckardstein (Lebenserinnerungen und Politische Denkwürdigkeiten I, 312) nahe bevorgestanden hätte, hat das Auswärtige Amt nicht entfernt in Betracht gezogen; die Berichte Hollebens enthalten nicht einmal eine Hindeutung auf eine solche Möglichkeit.

Wann wir die — an und für sich wünschenswerten und nützlichen — Besprechungen wegen der Territorialfragen wieder aufnehmen, dürfte von der Haltung des amerikanischen Botschafters, der Stimmung in Amerika und dem allgemeinen Gange der Ereignisse abhängig zu machen sein.

Bülow

Nr. 4162

Der Botschafter in Washington von Holleben an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 76 Washington, den . . Juli 1898
[eingetroffen am 28. Juli]

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 42*.

Nach eingehenden Beobachtungen und Erkundigungen:

1. Konzessionen an England sind in keiner Weise, auch nicht in der Presse, erörtert, würden auch sofort verstimmen, glaube kaum, daß Regierung solche beabsichtigt. Dieselbe weiß übrigens sehr genau, daß Englands Freundschaft durch sein eigenes Interesse, besonders in Ostasien, begrenzt ist, und daß England seine Freunde im entscheidenden Moment im Stich läßt, wogegen Deutschland bei der Regierung für zuverlässig gilt. In der öffentlichen Meinung macht sich eine gewisse Reaktion gegen England fühlbar.

2. So unklar die Annexionsziele der Regierung sind, so scheint man außer Porto Rico nur Kohlenstationen im Auge zu haben. Präsident und Kabinett sind gegen Expansion, doch muß sich die Regierung der öffentlichen Meinung fügen, und diese wird von der Presse beeinflußt und gefälscht.

3. An einflußreichen Politikern, welche für eine Gegenseitigkeitspolitik uns gegenüber, vermag ich nach reiflichem Nachdenken nur den früheren Staatssekretär Foster zu nennen, doch halte ich auch ihn für unzuverlässig.

4. Irgendwelche Gegenseitigkeitsgedanken, selbst mit den urteilsfähigsten und vorurteilslosesten Persönlichkeiten auch nur akademisch zu erörtern, ist ausgeschlossen, solange die Preßhetze gegen Deutschland fortgesetzt wird. Jede Einwirkung meinerseits, außer auf die Regierung, ist solange nicht allein nutzlos, sondern schädlich. Seit einigen Tagen geht es nun besser, hoffentlich kommt nicht wieder ein neuer Zwischenfall.

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 46**.

---

* Siehe Nr. 4151.

** Durch Telegramm Nr. 46 vom 13. Juli war Botschafter von Holleben an die von diesem durch Telegramm Nr. 67 (siehe Nr. 4158) versprochenen ergän-

Wo ich auch herumhorche, wird mir die Antwort, daß über das numerische Verhältnis der Annexionisten und ihrer Gegner sowie auch über das Programm der Regierung im einzelnen, falls nicht früher Frieden eintritt, vor den im November stattfindenden Kongreßwahlen und den damit zusammenhängenden Agitationen, durch welche manche Indifferente sich bestimmen lassen, sich annähernd Sicheres nicht sagen lassen wird. Die Republikaner sind im allgemeinen Annexionisten, die Demokraten das Gegenteil, doch finden besonders bei den Parteiführern zahlreiche Ausnahmen statt, so Morgan und Reed. Die Kriegserfolge dürften den Republikanern eine große Majorität sichern, und um dieses Resultat zu erzielen, wird der Krieg geschürt.

Als Gegner der Annexion haben in letzter Zeit zahlreiche Männer von Bedeutung, besonders höhere Beamte und Männer der Wissenschaft, in öffentlichen Versammlungen sich bekannt. Die Presse, auch die bessere, bleibt mit wenigen Ausnahmen chauvinistisch.

Bin bereit, alles mir zur Verfügung stehende Material in eine umfassendere Denkschrift zu verarbeiten, was jedoch bei der sonstigen starken Arbeitsüberlastung längere Zeit in Anspruch nehmen würde; weiß nicht, ob Seine Majestät nicht schnell Beschlüsse fassen will. Falls Denkschrift unnötig erscheint, bitte möglichst umgehend telegraphische Weisung. Holleben

Nr. 4163

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Richthofen

Unsigniertes Konzept

Berlin, den 30. Juli 1898

Mr. White besuchte mich heute und sagte mir u. a., er halte die Zeitungsnachrichten über die von Amerika gestellten Friedensforderungen* für zutreffend; insbesondere die Mitteilung, daß das Kabinett einstimmig gegen eine Annexion der Philippinen und lediglich für den Erwerb von Kohlenstationen auf einer der Philippinen und der Ladronen-

zenden Mitteilungen über Stärke, Ziele und Vorgehen der amerikanischen Annexionistenpartei, sowie über etwa zutage tretende Äußerungen der Stimmung gegen Deutschland erinnert worden.

* Seitdem am 26. Juli Frankreich die Vermittelung zwischen dem kriegsmüden Spanien und den Vereinigten Staaten übernommen hatte, hallten die Zeitungen von den amerikanischen Friedensforderungen wider. Am 30. Juli wurde in einer Besprechung zwischen dem Präsidenten Mac Kinley und dem französischen Botschafter Cambon bereits eine Verständigung über die Grundlagen des Friedens erzielt, wonach Spanien die bisherige Oberhoheit auf Kuba aufgeben, alle übrigen spanischen Inseln Westindiens an Amerika abtreten sollte, ebenso eine Ladroneninsel. Die Philippinenfrage sollte offen bleiben und durch einen spanisch-amerikanischen Ausschuß geregelt werden; inzwischen ging die Verwaltung über Manila an die Vereinigten Staaten über.

inseln sei. Die Rede des Mr. Davis in St. Paul sei lediglich bestimmt für „home consumption“ und „to make the eagle scream“; der Redner habe dabei allerdings außer acht gelassen, daß er zurzeit Präsident des Senatsausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten sei. Er, Mr. White, hoffe, daß die Zeitungsmeldung, wonach eine oder alle europäischen Mächte beabsichtigten, gegen eine Annexion der Philippinen durch Nordamerika zu protestieren, sich nicht bewahrheiten werde; die amerikanische Nation sei noch jung und daher in mancher Beziehung einem Kinde gleich; wie ein solches würde es nach einem Apfel dann unbedingt greifen, wenn ihm das Zugreifen verboten würde.

Auf die von Mr. White vor einigen Tagen mir gemachten Bemerkungen zurückkommend, sagte ich ihm, daß ich über sie eingehend nachgedacht habe und zu einem Gefühl des Bedauerns über dieselben gekommen sei. Ich hätte gehofft, seine Antwort auf unsre erste Besprechung und zugleich damit diese selbst zur Kenntnis Seiner Majestät des Kaisers bringen zu können. Seine Andeutung von der „uneasiness“, welche das Verweilen unseres Geschwaders vor Manila in Amerika hervorrufe, und der ausgesprochene Wunsch, unsere Schiffe von dort entfernter zu stellen, mache mir dies indessen unmöglich. Es sei ein striking point in dem Charakter meines allergnädigsten Herrn, daß er jede Art von Eingriff in seine Kommandogewalt zu Lande und zu Wasser unbedingt abweise, möge derselbe aus dem Innern kommen oder gar von einer fremden Macht ausgehen. Ich wüßte wohl, daß seine (Mr. Whites) bezügliche Andeutung zu mir lediglich persönlich zwischen uns gefallen und wohlgemeint sei; sie könnte aber, weitergegeben, von der allerhöchsten Stelle, die ebenso wie Sie jede „interference“ unterlassen habe, auch solche nicht dulden werde, sowie von der öffentlichen Meinung anders aufgefaßt werden und so das Gegenteil von der freundschaftlichen Verständigung herbeiführen, welche wir beide zwischen unsern beiden Staaten wünschten.

Mr. White antwortete mir hierauf, ihm habe nichts ferner liegen können, als irgendwie verstimmend oder froissierend zu wirken. Er bitte mich daher, seine bezüglich Manilas gesprochenen Worte als gänzlich ungesprochen zu betrachten und insbesondere dieselben in keiner Weise Seiner Majestät zuzutragen. Er habe übrigens an eine Zurückziehung der Flotte gar nicht gedacht, sondern nur an ein Hin- und Herbewegen der Schiffe. Er habe damit lediglich den guten Zweck verfolgt, denjenigen Elementen, welche sichtlich, insbesondere von England, aber auch von Rußland aus, am Werke seien, die öffentliche Meinung in Amerika gegen Deutschland aufzuregen, einen ihrer beliebtesten Vorwände zu entziehen. Von den gleichen Quellen aus gingen allerhand falsche Nachrichten auch über seine eigene Stellung hier, so die Berichte, daß er und Mr. Jackson* im Reichstage insultiert, daß auf Kaiserliche Ordre Besuche bei ihm untersagt seien, und daß Seine Maje-

* Erster Sekretär bei der amerikanischen Botschaft in Berlin.

stät der Kaiser sich ihm gegenüber bei einem über die Kinder der Mrs. Wiborg abgegebenen lobenden Urteile sein Erstaunen darüber kundgegeben habe, daß es in Amerika so gut erzogene Kinder gäbe. Die beiden ersteren Lügen habe er als solche in einem Telegramm gekennzeichnet, das er seinem Sekretär für den Korrespondenten der „New Yorker Staatszeitung" gestern diktiert habe, und das wohl heute in der „Staatszeitung" erscheinen werde. In diesem Telegramm habe er auch seiner Ansicht festen Ausdruck gegeben, daß jede territoriale Expansion einer zivilisierten Macht, insbesondere Deutschlands, auf Kosten Spaniens und anderer zur Kolonisierung nicht geeigneter Staaten in Amerika nur mit Freuden zu begrüßen sei. Aus diesen seinen ganzen Anschauungen heraus bitte er nochmals, seine Worte über Manila als ungesprochen anzusehen.

Ich sagte Mr. White, er sowohl als ich hätten den Moment für einen Gedankenaustausch zwischen Deutschland und Amerika für gekommen erachtet, und er (Mr. White) habe sogar der Zuversicht Ausdruck gegeben, daß aus unserer ersten Besprechung Gutes für beide Staaten hervorgehen werde. Da man aber in Washington anscheinend anderer Meinung sei und einen Gedankenaustausch für „premature" erachte, so bleibe für uns nur übrig, einen solchen bis zu einer Anregung seinerseits auf sich beruhen zu lassen, wenngleich ich mir nicht verhehlen könnte, daß damit unser Wunsch, am Ende des Krieges die Beziehungen zwischen Deutschland und Nordamerika auch nach außen hin als besonders freundliche erscheinen zu lassen, nicht in Erfüllung gehen werde. Mr. White sagte hierauf, daß er selbst diesen Wunsch aufs lebhafteste teile und ganz von sich aus erneut einen Gedankenaustausch über territoriale Fragen in Washington anregen werde. Er warf schließlich die Frage hin, ob ein solcher Gedankenaustausch wohl zweckmäßiger hier oder in Washington erfolge. Ich erwiderte ihm, dies würde für uns einerlei sein; nur würde die Diskretion hier besser zu wahren sein, wo niemand erfahre, wenn er zu mir oder ich zu ihm komme, während in Washington jeder Besuch Herrn von Hollebens im Staatsdepartement gleich überallhin telegraphisch bekannt werde.

Nr. 4164

*Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

London, den 3. August 1898

Privat für Baron von Holstein

pp. Mein Eindruck ist und bleibt, daß die Amerikaner die Philippinen n i c h t behalten, wohl aber Manila als Kohlenstation mit ent-

* Der hier nicht wiedergegebene Anfang des Telegramms betrifft die deutsch-englischen Verhandlungen über die portugiesischen Kolonien.

sprechendem Territorium. Für uns sehe ich kein Mittel der Erwerbung dort als die Zustimmung der Amerikaner, die ich nicht für unerreichbar halte. Aber auch dann haben wir, wie mir scheint, zu berücksichtigen, daß es einen eigenen Eindruck hervorbringen würde, wenn wir als monarchischer Staat die traurige Lage der Spanier benutzen, um ihnen noch etwas abzunehmen. Frägt sich also, ob sie zur Zustimmung zu bewegen sind, und das kann nur Herr von Radowitz sagen. Hier glaube ich kaum an eine ernstliche Schwierigkeit gegen Kohlenstation, namentlich im Fall der Zustimmung Amerikas. Lord Salisbury bezeichnete heute wieder in vertraulichem Gespräch mit mir alle Gerüchte über englisch-amerikanische Abmachungen als unbegründet und lächerlich. Als ich gesprächsweise erwähnte, daß die Amerikaner angeblich von Gibraltar aus Kohlen und Vorräte nach Marokko schickten, meinte er, das könne nicht sein, da es einfach ein Bruch der Neutralität sein würde. Gleichzeitig stellte er jede Absicht, irgendetwas in den Philippinen zu erwerben, in Abrede.

Wenn wir Montag hier abschließen, könnte ich in scherzhafter Form die Bemerkung fallen lassen, daß Lord Salisbury uns jetzt aus Dankbarkeit eine Kohlenstation in den Philippinen verschaffen oder uns wenigstens dabei unterstützen müsse. Wir werden dann sehen, was er sagt. Bitte eventuell Telegramm. pp.

Hatzfeldt

Nr. 4165

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 229 Berlin, den 5. August 1898

Den von Ew. angeregten Gedanken, Lord Salisbury bei Ihrer nächsten Unterredung wegen der Philippinen zu sondieren, halte ich für durchaus nützlich. Vielleicht dürfte es sich empfehlen, im Sinne des letzten Absatzes der Anlage des diesseitigen Erlasses Nr. 430 vom 18. Mai * zunächst die Eventualität der Neutralisation der Inselgruppe unter der Obhut mehrerer oder aller Seemächte zu besprechen. Die Amerikaner scheinen die Philippinen auf die eine oder andere Art in die amerikanische Interessensphäre hineinziehen zu wollen; die Drohung, daß man den Philippinern die Wahl lassen würde zwischen amerikanischem Protektorat und einer isolierten Auseinandersetzung mit dem

* Siehe Nr. 4146.

durch die Truppen von Kuba und Porto Rico verstärkten spanischen Heere, läßt keinen Zweifel über die Tendenz der täglich stärker werdenden amerikanischen Eroberungspartei.

Diese Richtung des amerikanischen Geistes wird ferner betätigt durch die heute eingehende, dem „New York Herald" entnommene telegraphische Meldung, daß die Amerikaner beabsichtigen, den zur Samoagruppe gehörigen Hafen Pago-Pago zu besetzen und zu befestigen*.

Ein heute eingegangener Bericht des Admirals von Diederichs, datiert Manila, den 25. Juni, besagt im Gegensatz zu den früheren Meldungen des Kaiserlichen Konsuls, daß von deutschen Sympathien bei den Insurgenten keine Spur bemerkbar ist, daß einzelne Führer allmählich zur amerikanischen Seite hinüberneigen, daß das Hauptstreben der Insurgenten aber doch auf Unabhängigkeit unter irgendwelchem europäischen Schutz gerichtet ist. Für England als Kolonialmacht ist die offenbar beabsichtigte Ausdehnung der amerikanischen Herrschaft über den Stillen Ozean viel unbequemer als für Deutschland, welches dort lediglich einzelne Stützpunkte braucht. Über die Aufrichtigkeit der amerikanischen Schlagwörter, wie Blutsverwandtschaft, Handels- und Verkehrsfreiheit, wird Lord Salisbury sich wohl ganz klar sein. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß er die Frage einer Neutralisierung der Philippinengruppe in Erwägung zieht. Über die Art, wie dieser Gedanke zu verwirklichen wäre, sowie über die Frage, welche Mächte in die Verhandlungen hineinzuziehen sein würden, wird es am besten sein, dem Premierminister die Initiative zu überlassen. Ich nehme an, daß er außer England, Deutschland und den Vereinigten Staaten jedenfalls Japan wird hineinziehen wollen. Für England würde ein offenes Zusammengehen mit Deutschland und Japan in irgendeiner ostasiatischen Frage von großem Nutzen sein; für Deutschland wäre ein Zusammengehen in der Philippinenfrage unbedenklich, da Rußland sich von derselben desinteressiert hat. Letzterer Umstand dürfte allerdings nicht hindern, daß Rußland auch in die Schutzgruppe mit hineinkommt, denn Frankreich wird jedenfalls stark hineindrängen, und Rußland wird mit ihm zusammenbleiben wollen.

Eine Neutralisierung der Philippinengruppe zu dem Zweck, um dem Gemetzel vorzubeugen, was entstehen müßte, wenn die spanischen Truppen ihre Revanche für Kuba und Porto Rico nehmen wollen, wird vor der öffentlichen Meinung jedenfalls leichter zu rechtfertigen sein als die nackte Forderung einer Kohlenstation. Die Notwendigkeit einer solchen für jede der Schutzmächte würde sich implicite aus dem Schutzverhältnis ergeben, da ohne eine solche der Aufenthalt von Kriegsschiffen nicht gesichert ist.

Lord Salisbury wird sich der Tatsache nicht verschließen können, daß eine Verständigung mit Deutschland über die afrikanischen Fragen

---

** Vgl. darüber Bd. XIV, Kap. XCVI, Nr. 4028.

und eine darauf folgende Verständigung über eine wichtige ostasiatische Frage die Weltstellung Englands stärken und erleichtern würde.

Richthofen

Nr. 4166

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 199 London, den 9. August 1898

Antwort auf Telegramme Nr. 229* und 233**.

Im Eingang meiner gestrigen Unterhaltung mit dem Premierminister wurden zuerst die Zeitungsnachrichten über die amerikanischen Friedensbedingungen, namentlich auch hinsichtlich der Philippinen, besprochen und dies gab mir einen geeigneten Anknüpfungspunkt, mich in dem mir aufgetragenen Sinne über den letzteren Punkt zu äußern. Ich stellte mich dabei auf den Standpunkt, daß die Amerikaner anscheinend keine Lust hätten, die zur Unterwerfung der Inseln erforderlichen sehr erheblichen Streitkräfte zu verwenden, daß der Rückfall derselben an Spanien, welches seine Truppen aus Kuba dorthin schicken würde, zu furchtbarem Blutvergießen führen müßte, und daß es daher nicht nur im Interesse der Menschlichkeit, sondern auch in dem der Vereinigten Staaten selbst liegen würde, wenn die Mächte ein Mittel zur Lösung dieser Schwierigkeiten finden könnten. Ich ließ dabei durchblicken, daß Frankreich, welches schon im eigenen Interesse den Übergang der Philippinen an Amerika nicht wünschen könne, sich voraussichtlich gern beteiligen und wahrscheinlich auch Mittel finden würde, Rußland zur Teilnahme zu bestimmen, wenn es sich dabei, wie im vorliegenden Fall, nicht um ein Unternehmen handele, dem eine unfreundliche Absicht gegen Amerika zugrunde liegen würde. Eine etwaige Neutralisierung der Philippinen durch die Seemächte, zu welchen sich Japan unzweifelhaft gern gesellen würde, wäre, wie mir schiene, das geeignete Mittel, den Zweck zu erreichen, ohne die Empfindlichkeit Amerikas zu verletzen.

Lord Salisbury zeigte sich wenig geneigt, auf diesen Gedanken näher einzugehen. Er hielt mir entgegen, daß England an dem künftigen Schicksal der Philippinen kein besonderes Interesse habe. Außerdem habe er bei der gemeinschaftlichen Aktion mit anderen Mächten in Kreta*** so unerfreuliche Erfahrungen gemacht, daß die Versuchung,

---

* Siehe Nr. 4165.

** Telegramm Nr. 233 vom 7. August war bestimmt, dem Grafen Hatzfeldt noch weitere Argumente an die Hand zu geben, die Lord Salisbury für die Idee einer Neutralisation der Philippinen gewinnen könnten.

*** Vgl. darüber Bd. XII, Kap. LXXVII und Kap. LXXXI.

jetzt in den Philippinen mit anderen Mächten gemeinschaftlich zu operieren, keine große für England sein könne. Er hob ferner hervor, daß meine Annahme bezüglich bereitwilliger Beteiligung Japans wenig begründet sei. Die japanische Regierung habe vielmehr erklärt, daß sie vor dem Jahre 1902 sich an keiner Aktion irgendwelcher Art beteiligen könne, weil ihre Flotte vor diesem Zeitpunkt nicht fertig und ausgerüstet sein werde. Schließlich entwickelte Lord Salisbury die Auffassung, daß ein Eingreifen in der Philippinenfrage jedenfalls verfrüht sein würde, und daß die weitere Entwickelung der Dinge vorher abgewartet werden müßte.

Da ich aus der Sprache des Premierministers den Eindruck hatte, daß er sich vorläufig unter keinen Umständen an irgendeiner Aktion der Mächte in bezug auf die Philippinen beteiligen würde, habe ich die Frage fallen lassen, ohne mich dabei auf einen amtlichen Auftrag zur Besprechung derselben zu berufen.

Hatzfeldt

Nr. 4167

Der Botschafter in Madrid von Radowitz an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 195 — Madrid, den 8. August 1898

Nach langem Zaudern und mit schwerem Herzen haben nun die spanischen Minister der Königin einstimmig geraten, die amerikanischen Friedensbedingungen anzunehmen und damit dem Kriegszustande ein Ende zu machen. Der letzte Versuch, in Washington noch eine günstigere Formulierung zu erreichen, ist, wie zu erwarten stand, fehlgeschlagen. Er hat nur dazu geführt, daß die Amerikaner mit noch größerer Bestimmtheit ihre ersten Forderungen aufrechterhalten und namentlich darüber keinen Zweifel haben bestehen lassen wollen, daß es ihre Absicht sei, Manila mit dem angrenzenden Gebiete als Pfand zurückzubehalten. Wie sich dann „permanent" die territoriale Frage auf den Philippinen gestalten solle, werde erst die hispano-amerikanische Kommission zu entscheiden haben. Eine ander Präzisierung für die Philippinen ist jetzt nicht in Washington zu erreichen, und die Spanier müssen daher, bon gré mal gré, dem zustimmen, was sie abzulehnen nicht mehr in der Lage sind. Übrigens ergibt sich aus allem, wie sehr man in Washington noch unsicher ist über den wirklichen Stand der Dinge auf den Philippinen, und daß man nicht weiß, wie weit die früheren Abmachungen zwischen dem Admiral Dewey und dem Insurgentenchef Aguinaldo zur Ausführung kommen können. Davon hängt jezt die weitere Gestaltung der Philippinenfrage ab. Spanien will, wie

mir der Staatsminister* wiederholt vertraulich gesagt hat, in den Philippinen vor allem deswegen festen Fuß und die Wahrung seiner Souveränität, soweit es noch möglich ist, behalten[1], weil das künftig das einzige Terrain bleibe, auf dem Spanien politische Geschäfte machen und sich nützliche Beziehungen mit dem Auslande schaffen könne[2]. Der Herzog von Almodóvar deutete damit an, daß man hier durch die bitteren Erfahrungen der letzten Jahre von der Wertschätzung des fernen Kolonialbesitzes für Spanien gründlich zurückgekommen sei und nur wünschen könne, den Rest davon vorteilhaft zu verwerten[3].

Nach Eingang der spanischen Antwort in Washington setzt man hier voraus, daß gleich der allgemeine Waffenstillstand verfügt werden könne. pp.

Radowitz

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Wird ihm nicht glücken
[2] !
[3] d. h. loszuschlagen

Nr. 4168

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Madrid von Radowitz

Telegramm. Konzept

Nr. 95 — Berlin, den 12. August 1898

Die in Ew. Bericht Nr. 195** zum erstenmal auftretende spanische Ansicht, daß Spanien nur wünschen könne, den Rest seiner Kolonien vorteilhaft zu verwerten, ist natürlich für die Regierung Seiner Majestät des Kaisers von Bedeutung. Ew. wollen daher die Frage fortgesetzt im Auge behalten und alles berichten, was geeignet ist, Klarheit über etwa vorhandene Projekte hinsichtlich Verkaufs spanischer Kolonien, sei es Philippinen- oder Sulu-Inseln, sei es Karolinen- oder sonstige Südsee-Inseln, sei es Fernando Po oder Kanarische Inseln zu geben. Insbesondere wollen Ew. beobachten, ob etwa Frankreich Neigung zeigt, als Käufer in derartige Verhandlungen einzutreten. Die Möglichkeit läge vor, daß wir dabei ohne Schwierigkeit uns mit Frankreich würden verständigen können, da für Frankreich die Rolle des alleinigen Käufers wegen der sich daraus anderen Seemächten gegenüber möglicherweise ergebenden Schwierigkeiten nicht ohne Bedenken und deshalb der französischen Regierung vielleicht nicht ganz geheuer sein würde.

* Herzog von Almodóvar.
** Siehe Nr. 4167.

Dem Ermessen Ew. stelle ich anheim, ob und wieweit Sie bei geeignetem Anlasse Ihrem französischen Kollegen * vorsichtige Andeutungen in diesem Sinne machen wollen. Richthofen

Nr. 4169

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Madrid von Radowitz

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 96 Berlin, den 13. August 1898

Antwort auf Telegramm 163 ** und im Anschluß an mein gestriges Telegramm ***.

Bei Friedensschluß berührt uns politisch weder westindische Frage, noch Philippinenfrage, deren definitive Regelung noch vorbehalten ist †. Dagegen ist die spanischerseits erfolgte Zession einer Ladroneninsel geeignet, unsere politische Stellung in jenen Gebieten zu verschieben. Wir haben daher Wert darauf zu legen, einen Ausgleich herbeizuführen. Bitte, ohne Auftrag erkennbar zu machen, lediglich als Ergebnis persönlicher Prüfung der Friedensbedingungen Staatsminister sondieren, ob und für welchen Preis die Karolinen Kusaie, Ponape, Jap uns würden abgetreten werden können.

---

* J. Patenôtre.

** Telegramm 163 vom 12. August präzisierte den Inhalt des am gleichen Tage zwischen Präsident Mac Kinley und dem französischen Botschafter Cambon unterzeichneten Friedensprotokolls. Im wesentlichen entsprach das Friedensprotokoll den am 30. Juli zwischen Mac Kinley und Cambon vereinbarten Grundlagen (vgl. Nr. 4163, Fußnote *). In bezug auf die Philippinen bestimmte das Protokoll, daß die Vereinigten Staaten Stadt, Bai und Hafen von Manila bis zum Abschluß eines Friedensvertrags, der definitive Bestimmungen über das Schicksal der Philippinen bringe, besetzen sollten. Für Vorbereitung und Abschluß des definitiven Friedensvertrags sollten beiderseitige Kommissare bis zum 1. Oktober in Paris zusammentreten.

*** Siehe Nr. 4168.

† Nachdem durch das spanisch-amerikanische Friedensprotokoll vom 12. August das Schicksal der Philippinen in die Hände der spanisch-amerikanischen Friedenskommission gelegt und der deutsche Versuch zu einer Neutralisation der Philippinen ohnehin an der englischen Weigerung (vgl. Nr. 4166) gescheitert war, blieb der deutschen Politik in der Tat nichts anderes übrig, als sich in der Philippinenfrage allmählich zu desinteressieren. Dementsprechend erklärte sich das Auswärtige Amt in einem Schreiben an das Oberkommando der Marine vom 23. August damit einverstanden, daß die Zahl der deutschen Kriegsschiffe vor Manila auf 1 oder 2 herabgesetzt werde, und daß Admiral von Diederichs, der um die Mitte August nach Batavia zur Feier der Regierungsübernahme der niederländischen Königin Wilhelmina beordert war, nicht wieder nach Manila zurückkehre.

Euer pp. werden darauf hinweisen können, daß General Weyler in seinem Vorwort zu Pereiro „Estudios sobre Carolinos" 1895 es als eine Pflicht des wahren spanischen Patriotismus erklärt, die Karolinen so schnell als möglich aufzugeben. Richthofen

Nr. 4170

Der Botschafter in Madrid von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 165 Madrid, den 15. August 1898

Antwort auf Telegramm Nr. 96 vom 13. August*.

Ich habe heute vertraulich mit Staatsminister im vorgeschriebenen Sinne gesprochen. Er ist für seine Person dem Gedanken der Abtretung von Inseln der Karolinengruppe an uns gegen Geldentschädigung durchaus günstig, glaubt aber, daß es keinenfalls vor Abschluß des definitiven Friedens mit Amerika ausführbar wäre und inzwischen strikt geheimgehalten werden müsse. Er will zunächst hier nur mit Herrn Sagasta** davon sprechen und mir dann weiteres sagen.

Radowitz

Nr. 4171

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Madrid von Radowitz

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 106 Berlin, den 3. September 1898

Wegen Karolinen bitte Bemühungen bei Königin und Staatsminister darauf zu richten, daß wir Zusage erlangen, im Falle beabsichtigter Aufgabe verbliebenen spanischen Kolonialbesitzes zuvor uns Gelegenheit zu einem Angebot zu geben. Wir bitten aber dringend um absolute Geheimhaltung, um Dazwischenkunft dritter Mächte zu verhindern, weil sonst Spanien seine Kolonien, wie die Dinge liegen, leicht ohne Entgelt an diese oder jene Seemacht verlieren könnte. Wegen des Preises wollen wir large sein. Über Höhe desselben fehlen uns bis jetzt genügende Daten, um bestimmte Ziffer zu nennen. Mitsprechen wird dabei der Zeitpunkt der Übergabe und der Zustand des Kaufobjektes zu diesem Zeitpunkt. Bülow

---

* Siehe Nr. 4169.

** Spanischer Ministerpräsident.

Nr. 4172

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandter von Derenthall an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 12. September 1898

Mit Allerhöchster Genehmigung Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät hatte Euerer Majestät Staatssekretär des Auswärtigen Amts den Botschafter von Radowitz bereits vor mehreren Wochen darauf hingewiesen, daß die bei Abschluß des Präliminarfriedens zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten von Amerika spanischerseits erfolgte Zession einer Ladroneninsel geeignet sei, unsere Stellung in jenen Gebieten zu verschieben, und daß wir deshalb Wert darauf legen müßten, einen Ausgleich herbeizuführen *. Hieran war die Weisung geknüpft worden, ohne zunächst einen diesseitigen Auftrag erkennen zu lassen, den Staatsminister Herzog von Almodóvar vorsichtig zu sondieren, ob und für welchen Preis die Karolineninseln Kusaie, Ponape und Jap uns würden abgetreten werden können.

Der Staatsminister, dessen persönliche Geneigtheit für eine solche Transaktion nach früheren Äußerungen desselben über die Zweckmäßigkeit der günstigen Verwertung des übrig gebliebenen spanischen Kolonialbesitzes im fernen Osten anzunehmen war, griff sogleich den Gedanken, mit den Karolinen darin einen Anfang machen zu können, auf und trug nach Befragung des Ministerpräsidenten Sagasta die Angelegenheit Ihrer Majestät der Königin-Regentin vor. Auch Ihre Majestät stimmte im Prinzip dem Gedanken zu, doch betonte sowohl der Ministerpräsident wie der Herzog von Almodóvar gegenüber Euerer Majestät Botschafter, daß die weiteren Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten, die ohnehin schon fast unlösbare Schwierigkeiten böten, durch ein solches Seperatabkommen mit uns in nachteiliger Weise durchkreuzt und geschädigt werden könnten, weshalb die endgültige Abmachung bis nach dem Friedensschlusse ausgesetzt und bis dahin das strengste Geheimnis bewahrt werden müsse. Das schlösse aber nicht aus, daß man sich inzwischen unter den Regierungen über die Angelegenheit einigen und den Schlußakt vorbereiten könne. Außerdem spreche auch die notgedrungene Rücksichtnahme auf die englische Begehrlichkeit dagegen, daß die Überlassung der Karolinen an Deutschland vor dem Frieden mit Amerika bekanntgegeben werde. Über die von Spanien aufzustellende Gegenforderung erklärte der Staatsminister vorläufig noch keine bestimmte Angabe machen zu können, da diese Frage eine eingehende Prüfung erfordere.

---

* Vgl. Nr. 4169.

Unter Berücksichtigung dieser spanischen Bedenken hat nunmehr Euerer Majestät Botschafter das nachstehende Abkommen mit dem Herzog von Almodóvar unterzeichnet:

„Les Gouvernements d'Allemagne et d'Espagne sont tombés d'accord sur ce que les îles de Kousaie, de Ponapé et de Yap de l'archipel des Carolines seront cédées à l'Allemagne moyennant une indemnité pécuniaire dont le montant reste à déterminer. Toutefois, pour l'accord définitif sur la cession des îles susdites, il faudrait attendre la situation qui serait décidée à la conférence de Paris relativement à la souveraineté de l'Espagne sur l'archipel des Philippines.

Jusqu'à ce que cet arrangement puisse être soumis à la sanction constitutionelle prescrite par les lois des deux pays, les gouvernements intéressés s'engagent à en garder le plus stricte secret.

Madrid, 10 septembre 1898

Radowitz. Almodóvar del Rio."

Außerdem wird, wie Euerer Majestät Botschafter meldet, der Staatsminister in einem vertraulichen, an den Botschafter gerichteten Schreiben ferner erklären, daß Spanien auch in Zukunft, wenn es noch anderen Kolonialbesitz aufgeben wolle, jedesmal unser Angebot mit besonderem Wohlwollen behandeln werde.

Indem vorstehendes Euerer Majestät in Ehrfurcht zu melden ich nicht verfehle, unterbreite ich mittels besonderer alleruntertänigster Vorlage Euerer Majestät gleichzeitig die Bitte des Botschafters von Radowitz um einen vierwöchigen Urlaub, gegen dessen huldvolle Gewährung mit Rücksicht darauf, daß weitere Verhandlungen bezüglich der Karolinen vor Abschluß der Pariser Friedenskonferenz in Madrid nicht mehr stattfinden können, meinerseits politische Bedenken nicht geltend zu machen sein würden.

Derenthall

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
14/IX 98 Einverstanden W.

Nr. 4173

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Pourtalès

Nr. 546 Berlin, den 22. Oktober 1898

Ew. pp. beehre ich mich ergebenst zu ersuchen, falls Sie über die Verhandlungen der Spanisch-Amerikanischen Friedenskonferenz*, über

---

* Sie war am 1. Oktober in Paris zusammengetreten.

die bisher nur spärliche Nachrichten hier bekannt geworden sind, Authentisches in Erfahrung bringen können, mir gefälligst hierüber unverzüglich zu berichten. Zu Ew. pp. vertraulichen Information bemerke ich dabei noch, daß diese Verhandlungen, besonders insoweit sie sich auf die künftige Gestaltung der Verhältnisse auf den Philippinen beziehen, hier mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt werden. Es würde mir daher erwünscht sein, wenn Ew. pp. in der Lage wären, in unauffälliger Weise bei Mitgliedern der Konferenz über den Gang der Verhandlungen, besonders mit Bezug auf die Philippinenfrage *, Informationen einzuziehen. Dabei bemerke ich jedoch, daß wir alles zu vermeiden wünschen, was auf spanischer oder amerikanischer Seite den Anschein erwecken könnte, als nähmen wir an dieser Frage ein besonderes Interesse.

Von diesem Gesichtspunkte wollen Ew. pp. sich gefälligst bei Ihren Gesprächen und Erkundigungen in der gedachten Angelegenheit leiten lassen. Dabei wollen Ew. pp. nach beiden Seiten hin eine freundliche Haltung beobachten und ein Interesse nur insoweit bekunden, als wir aus wohlwollenden Rücksichten für beide Teile den aufrichtigen Wunsch hegen, daß etwa noch bestehende Schwierigkeiten beseitigt werden und das Friedenswerk bald zum Abschluß gelangen möchte.

Richthofen

Nr. 4174

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 208 Paris, den 29. Oktober 1898

Über die Philippinen ** wird die Kommission am Montag beraten, obgleich wegen der Kubaschulden noch keine Einigung erfolgt ist. Präsident Mac Kinley soll, der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten folgend, weitergehen, als er anfangs wollte, und wird die Übergabe dieser Inselgruppe verlangt werden. Die spanischen Vertreter halten diese Forderung für vollständig unberechtigt und berufen sich auf das Friedensprotokoll Punkt 3.

In Madrid herrscht Besorgnis und Aufregung darüber, und scheint man dort die Unterstützung der Mächte zu erhoffen.

---

* Vgl. die folgende Nummer.

** Vgl. Nr. 4169, Fußnote *** und Nr. 4173.

Mein spanischer Kollege* suchte mich deshalb auf und fragte, wie Deutschland sich dazu stellen werde. Ich erwiderte, daß mir keine Instruktionen darüber zugegangen seien. Bei allem Wohlwollen meiner Regierung für Spanien würde eine Einwirkung auf die Beschlüsse der hiesigen Kommission kaum möglich [sein][1], und eine solche in Washington selbst könne bei der Überhebung der Amerikaner mehr schaden als nützen.

Leon de Castillo ist sehr deprimiert, erkannte das an und meinte, er hoffe [doch] noch immer, daß vielleicht die im fernen Osten beteiligten Mächte gemeinschaftlich einen Einfluß auf die Vereinigten Staaten von Amerika würden ausüben können.

Münster

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Bestimmt nicht!

Nr. 4175

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Pourtalès

Nr. 584 Berlin, den 2. November 1898

Vor einigen Tagen hatten Ew. pp. telegraphisch hierher gemeldet**, daß Sie dem spanischen Botschafter in Paris auf seine Frage, wie sich Deutschland zu der von den Vereinigten Staaten verlangten Übergabe der Philippinen stellen würde, geantwortet hätten, es seien Ihnen in dieser Beziehung keine Instruktionen zugegangen. In offenbarem Zusammenhang damit kam der spanische Botschafter im Auftrage seiner Regierung mir gegenüber gestern auf die Frage zurück, ob Ew. pp. nicht angewiesen werden könnten, die spanischen Delegierten auf der Pariser Konferenz den immer mehr wachsenden Begehrlichkeiten der Amerikaner gegenüber zu unterstützen.

Ich erwiderte Herrn Mendez de Vigo, daß Ew. pp. bereits Weisung erhalten hätten, soweit es unsere Stellung als neutrale Macht gestatte, an dem Zustandekommen des Friedenswerkes mitzuwirken. Die spanische Regierung werde aber gewiß einsehen, daß diese Instruktionen nur einen allgemeinen Charakter tragen könnten, und daß Ew. pp. den Interessen Spaniens mit mehr Aussicht auf Erfolg dienen würden, wenn Sie es vermieden, in bestimmten Fragen zu sehr hervorzutreten und

---

* Leon y Castillo.
** Vgl. Nr. 4174.

eine Einwirkung zu versuchen. Sobald wir in einzelnen Fragen ein besonderes Interesse zeigten, liefen wir Gefahr, auf amerikanischer Seite Mißtrauen zu erregen und dadurch den Erfolg unserer Bemühungen zugunsten Spaniens in Frage zu stellen.

Ew. pp. darf ich ergebenst ersuchen, sich in gleichem Sinne Ihrem spanischen Kollegen gegenüber zu äußern. Ich würde Wert darauf legen, daß Ew. dies in besonders verbindlicher Form und in einer Weise tun, welche bei Herrn Leon de Castillo keinen Zweifel an unserem wohlwollenden Interesse für Spanien aufkommen läßt. Denn, so wenig es nach Lage der Verhältnisse in unserer Macht steht und auch zurzeit unseren Absichten entspricht, in der Philippinenfrage oder anderen Hauptpunkten der Konferenzverhandlungen wirksam für Spanien einzutreten, so sehr kann es uns erwünscht sein, wenn die Spanier dasjenige, was sie etwa noch auf der Konferenz durchsetzen, mit auf unsere wohlwollende Haltung zurückführen.

Richthofen

Nr. 4176

Der Geschäftsträger in Madrid Freiherr von Seefried an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 276 Madrid, den 5. November 1898

Nach Mitteilung des Staatsministers fordert Amerika in der Tat den ganzen Philippinenarchipel und will nur eine geringe Entschädigung, etwa 200 Millionen Pesetas oder weniger, dafür leisten. Dieses Verlangen stehe in krassem Widerspruch mit dem Friedensprotokoll. Überhaupt spreche das Gebahren Amerikas allen Grundsätzen des Völkerrechts Hohn. Noch immer sei bei Abtretung von Territorien ein entsprechender Teil der Staatsschulden übernommen worden. Spanien könne den Kampf nicht erneuern und muß der rohen Gewalt weichen. Die einzige Hoffnung sei eine Intervention der Mächte unter Führung Deutschlands[1] und Rußlands. Jetzt sei der Moment, diese Entscheidung einem Schiedsgericht vorzulegen. Seine Majestät der Kaiser würde nicht dulden, daß die Vereinigten Staaten von Amerika Spanien einfach mißhandelten. Aber leider sei höchstderselbe von der Residenz abwesend*, und auch der Kaiser von Rußland fern von St. Petersburg. Griffen die Mächte nicht ein, so könnten die Vereinigten Staaten von Amerika Spanien zwar vergewaltigen, aber es könne sich nicht selbst entehren und den Friedensvertrag mit solch ungeheuerlichen Bedingungen unterzeichnen. Er wünsche die Philippinen Spanien zu erhalten,

* Er weilte eben damals auf seiner zweiten Orientreise in Beirut.

um sie an Gesellschaften nach Art der Chartered Company zu verpachten. Es lägen ihm bereits mehrere zum Teil detaillierte Angebote vor.

Seefried

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] !! Das fehlte noch!

Nr. 4177

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 228 — Paris, den 16. November 1898

Ganz vertraulich

Gestern speiste ich mit den maßgebenden amerikanischen Mitgliedern der Friedenskommission. Sie erwarten, daß heute, nachdem die Spanier dreimal die Sitzung verschoben haben, diese ein langes Memorandum übergeben werden, um nachzuweisen, daß die Forderungen der Amerikaner dem Friedensprotokoll widersprächen. Auf meine Frage, was die Amerikaner demgegenüber zu tun beabsichtigten, erwiderte der Präsident der Kommission Mr. Day, sie würden auf rechtliche Deduktionen sich nicht weiter einlassen, aber ihre Antwort erst in der nächsten Sitzung abgeben, welche wahrscheinlich die letzte sein würde. Die Amerikaner basieren ihre Forderung auf die Kriegsentschädigung, welche die Spanier in natura leisten müßten, da sie kein Geld hätten. Porto Rico repräsentiere nur einen kleinen Teil der Entschädigungssumme, außerdem verlangt die öffentliche Meinung und die überwiegende Majorität unbedingt die Zession der Philippinen. Ein Vertrag, der diese Bedingungen nicht enthalte, würde im Kongreß niemals gebilligt werden. Die Spanier würden dem nicht zustimmen und die Kommission auseinandergehen. Der Vorsitzende der Spanier * habe daher erklärt, daß er nicht unterschreiben werde. Ob dann noch in Madrid verhandelt werden wird oder die Amerikaner noch weitere Ansprüche erheben oder Zwangsmaßregeln ergreifen werden, scheint noch ungewiß zu sein.

Interessant für uns war, daß im Laufe des Gesprächs geäußert wurde, daß die Absicht bestanden habe, auch die Karolineninseln zu fordern, da wegen der Länge des von Amerika zu legenden Kabels es notwendig sei, dort eine Telegraphenstation anzulegen. Es sei jetzt aus Rücksicht auf uns beschlossen, zu dem Zweck nur eine Insel zu beanspruchen, und was die übrigen Inseln betreffe, die Abmachungen zwischen Spanien und Deutschland zu respektieren. Da ich allein unter den Amerikanern war, wurden sie nach Tisch sehr offenherzig.

Münster

* Montero Rio, Präsident des spanischen Senats.

Nr. 4178

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Irmer

Nr. 170 Berlin, den 21. November 1898
Geheim

Auf Telegramme Nr. 231 und 232*.

Nach Vortrag des Herrn Staatssekretärs bei Seiner Majestät.

Euere Exzellenz wollen den amerikanischen Friedenskommissaren etwa folgendes in geeigneter Form sagen:

„Den bis auf Friedrich den Großen hinaufgehenden Traditionen seines Hauses entsprechend sei unser allergnädigster Herr von dem aufrichtigen Bestreben erfüllt, in Frieden und Freundschaft mit Amerika zu leben. Wir dächten nicht daran, den Amerikanern die Früchte ihrer Siege irgendwie zu schmälern, schon deshalb nicht, weil die Welt für beide Reiche Raum genug biete. Es sei kein Grund vorhanden, warum Deutschland mit den Amerikanern nicht in handelspolitischer Beziehung auch fernerhin, entsprechend der Gemeinsamkeit ihrer Abstammung, der überwiegenden Übereinstimmung ihrer Interessen und den zahlreichen Berührungspunkten zwischen beiden Ländern, in Eintracht leben solle. Wir gäben uns darum der Erwartung hin, daß die Vereinigten Staaten von Amerika unsere langjährigen und wohlbegründeten Ansprüche auf die Karolinengruppe, wo so erhebliches deutsches Kapital investiert sei, berücksichtigen würden. Falls diese Inseln früher oder später aufhörten, spanisch zu sein, müßten sie oder wenigstens doch die drei Inseln Kusaie, Jap und Ponape an Deutschland zurückfallen. Wir würden gern bereit sein, den Vereinigten Staaten von Amerika wegen Legung eines Kabels und Errichtung einer Telegraphenstation auf einer der Karolineninseln im weitesten Umfange entgegenzukommen, falls ihrem Bedürfnisse nicht auf einer der Marianeninseln genügend entsprochen werden könne.“

Zugleich lasse ich Euerer Exzellenz folgendes Telegramm, das gestern noch an Seine Exzellenz den Herrn Staatssekretär abgesandt ist, zur gefälligen Information und eventuellen Benutzung ergebenst zugehen:

„Eine Aufzeichnung des Grafen Bismarck vom 22. September 1885 besagt folgendes: Der amerikanische Gesandte las mir heute

* Nach den Münsterschen Telegrammen Nr. 231 und 232 vom 18. November beharrten die amerikanischen Friedensdelegierten auf Grund der ihnen von dem Präsidenten Mac Kinley erteilten Instruktionen unbedingt auf Abtretung der gesamten Philippinen und einer Karolineninsel, waren aber im übrigen angewiesen, die Abmachungen Spaniens mit Deutschland zu respektieren.

Teile eines Erlasses seiner Regierung vor, aus welchem hervorging, daß er ermächtigt sei, zu sagen, daß Amerika niemals Kolonisationsprojekte gehabt, und daß es zu keiner Zeit daran gedacht hätte, seine Machtbefugnisse oder Jurisdiktion auf Inseln des Stillen Ozeans auszudehnen. Es würde dies in schlagendem Widerspruch zu der seit hundert Jahren von den Vereinigten Staaten befolgten Politik der gänzlichen Kolonialenthaltung stehen. ‚Sie sehen hieraus,' fügte er am Schluß an, ‚daß Ihre mir vor etwa 10 Tagen in so loyaler Weise gestellte Anfrage, ob meine Regierung irgendwelche Ansprüche auf die Karolinen erhöbe, bereits im voraus beantwortet ist'."

Schließlich bitte ich Euere Exzellenz, möglichst genaue Erkundigungen darüber einzuziehen, ob die amerikanischen Friedenskommissare auch die Suluinseln und alle Marianeninseln in ihre Forderungen eingeschlossen haben.

Richthofen

Nr. 4179

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Messina

Telegramm. Entzifferung

Nr. 259 Berlin, den 22. November 1898

Der Kaiserliche Botschafter in Paris telegraphiert von gestern:

„Habe soeben mit Whitelaw Reid, der mein alter Freund und das wichtigste Mitglied der Friedenskommission, in dem Sinne der hohen Weisung* gesprochen; er war darüber sehr erfreut und versicherte, daß in den Vereinigten Staaten von Amerika Regierung und Volk die besten Beziehungen mit Deutschland zu pflegen wünschten.

Unsere Ansprüche auf die Karolineninseln würden, wie er mir schon früher gesagt habe, vollständig respektiert werden.

Die Insel der Karolinen, über die mit Spanien verhandelt werden solle, nachdem die heute in der Kommission als Ultimatum gestellten Forderungen angenommen worden, sei die westlichste Insel der Karolinen, er glaube, es könne die Insel Kusaie sein, die aber auf amerikanischen Karten zwei andere Namen habe Youulla und Strong; jedenfalls würden wir uns darüber verständigen.

Die Amerikaner wollen ihr Kabel von San Francisco nach Honolulu auf den Sandwichinseln, von da nach Guara auf den Marianeninseln, dann nach Manila und von dort nach Hongkong legen.

---

* Vgl. Nr. 4178.

Das Ultimatum, welches die Amerikaner heute mit achttägiger Frist stellten, wiederholt die bekannten Forderungen Kuba, Porto Rico sowie den ganzen Philippinenarchipel.

An Geldentschädigung sollen 20 Millionen Dollars von Amerika gezahlt werden.

Die Suluinseln betrachten die Amerikaner als zu den Philippinen gehörend.

Von den Marianen nehmen sie nur die eine Insel.

Ganz vertraulich wurde mir mitgeteilt, daß in kommerzieller Beziehung die open-door-Theorie auch vom schutzzöllnerischen Präsidenten Mac Kinley für die Philippinen endlich angenommen worden sei, und dort nur ganz niedrige Zölle eingeführt werden sollten.

Die Spanier werden wahrscheinlich die amerikanischen Forderungen am Mittwoch annehmen, wenn auch der Präsident Montero Rio sie nicht unterzeichnen will."

Im Verhoffen Euerer Exzellenz Einverständnisses habe ich hierauf nachstehende Instruktion an den Grafen Münster telegraphiert:

„Wir haben mit Befriedigung von der Erklärung des Mr. Whitelaw Reid Kenntnis genommen, wonach unsere Ansprüche auf die Karolineninseln von den Amerikanern vollständig respektiert werden würden. Die Insel Kusaie, auch Strong-Island genannt (nicht die westlichste, sondern die östlichste der Karolineninseln), gehört geographisch zu unserem Schutzgebiet der Marschallinseln und kann nach ihrer Lage für ein Telegraphenkabel San Francisco—Honolulu—Guam (Guara)—Manila gar nicht in Frage kommen. Der Besitz gerade dieser Insel mit ihren ausgezeichneten Häfen würde für uns nach jeder Richtung von höchster Bedeutung sein. Wir können daher diese Insel im Hinblick auf ihre Lage mitten zwischen unseren Schutzgebieten der Marschallinseln und Neu-Guinea einerseits und den Karolineninseln andererseits nicht gut in die Hände einer anderen Macht kommen lassen.

Mit Rücksicht darauf jedoch, daß Kusaie Zentralsitz der Bostonmission ist, von wo aus die sämtlichen Südseeinseln missioniert werden, ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß amerikanischerseits nur aus diesem Grunde ihr Besitz angestrebt wird. Wir würden nun bereit sein, den Amerikanern in bezug auf ihre Mission die weitgehendsten Zugeständnisse zu machen. Von diesem Gesichtspunkt aus wollen Euere Exzellenz die Frage der Karolinen nochmals mit Mr. Whitelaw Reid besprechen und zu [erreichen]* suchen, daß die Amerikaner von der Forderung einer Insel dieser Gruppe überhaupt Abstand nehmen.

Was die Suluinseln betrifft, so hat sich der damalige dortige Sultan bereits im Jahre 1866 unter das Protektorat des Königs von Preußen

---

* Für fehlende Zifferngruppe nach dem Konzept eingefügt.

gestellt und im darauffolgenden Jahre eine Gesandtschaft nach Berlin geschickt. Wir hatten deshalb seinerzeit mit der Anerkennung der spanischen Oberhoheit über den Suluarchipel längere Zeit gezögert. Nach Spanien hat daher Deutschland zweifellos das größte Anrecht auf diese Inselgruppe; wir würden aber, falls die Amerikaner unsere Wünsche bezüglich der Karolineninseln, mit denen die Palauinseln, wie bekannt, einen geographischen Begriff bilden, in ihrem vollen Umfange berücksichtigen, bereit sein, auch unsererseits Entgegenkommen zu zeigen und uns mit einer zu einer guten Kohlenstation geeigneten Insel des Suluarchipels begnügen.

In bezug auf alle die von uns beanspruchten Inseln wird es gut sein, daran zu erinnern, daß dieselben sämtlich in der von seiten Englands laut dem den Amerikanern ja genügend bekannten Vertrag zwischen Deutschland und England vom 10. April 1886 Deutschland zugesprochenen Machtsphäre liegen."

Richthofen

Nr. 4180

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Geschäftsträger in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Irmer

Nr. 77 Berlin, den 26. November 1898
Geheim

Ew. pp. wollen unter Verwertung aller in den diesseitigen Telegrammen Nr. 73 und 74 * hervorgehobenen Gesichtspunkte in der Ihnen zweckdienlichst erscheinenden Weise bei der dortigen Regierung vorstellig werden, daß sie die Forderung Kusaies fallen läßt. Kusaie liegt mitten zwischen den deutschen Besitzungen in der Südsee und den übrigen Karolineninseln, auf die ebenso wie auf Kusaie für den Fall ihrer Preisgebung durch Spanien die nächsten historisch begründeten Anrechte, wie die amerikanischen Friedenskommissare auch bereits anerkannt hätten, uns zuständen. Eine amerikanische Besitzergreifung irgendeiner der Karolineninseln, ganz insbesondere aber einer solchen von der Lage Kusaies, würde als ein Ausfluß gesuchter Unfreundlichkeit die öffentliche Meinung in Deutschland zweifellos hochgradig ver-

* Durch Telegramm Nr. 73 vom 21. November war dem Geschäftsträger in Washington der Erlaß nach Paris Nr. 170 vom 21. November (siehe Nr. 4178), durch Telegramm Nr. 74 vom 22. November der Bericht des Grafen Münster vom 21. November (vgl. Nr. 4179) mitgeteilt worden.

stimmen, was unseres Erachtens der amerikanischen Regierung ebensowenig wie uns erwünscht sein kann. Es liegt im Interesse der Erhaltung der hundertjährigen und namentlich im Sezessionskriege unserseits betätigten Freundschaft zwischen Amerika und Deutschland und der befriedigenden Gestaltung der bevorstehenden Nachbarschaft beider Nationen in der Südsee, daß Amerika von der Besetzung Kusaies, welche für Amerika ohne Bedeutung, für Deutschland aber ein Pfahl im Fleische sein würde, Abstand nehme.

Ew. pp. wollen alle Fürsorge treffen und auch bei der amerikanischen Regierung dahin wirken, daß Ihre bezüglichen Verhandlungen mit derselben durchaus diskret gehalten werden.

Sollte Amerika uns eine zur Kohlenstation geeignete Insel des Suluarchipels überweisen wollen, so würden wir darin einen Akt ganz besonderen Entgegenkommens erblicken, welcher unserer ganzen Politik Amerika gegenüber die Signatur der Intimität geben würde.

Bülow

Nr. 4181

Der Geschäftsträger in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 110 Washington, den 30. November 1898

Antwort auf Telegramm Nr. 81*.

Nach Besprechung am 28. d. Mts., die Staatssekretär** sehr unerwartet zu sein schien, begab er sich sofort zum Präsidenten. Heutige Unterredung hatte einen viel vertraulicheren Charakter. Staatssekretär versicherte mir, daß bei der Auswahl Kusaies als Kabelstation lediglich technische Gründe sowie seine Lage zu Australien und seinen großen nördlichen Inseln den Ausschlag gegeben hätten. In keiner Weise wolle man dort Deutschlands Interessen entgegentreten. Von Erwerbung einer Kabelstation in jenen Gebieten könne man nicht absehen, sei aber bereit, wie Staatssekretär ohne meine Anregung bemerkte, auf einen

* Durch Telegramm Nr. 81 vom 29. November war Freiherr Speck von Sternburg angewiesen worden, daran festzuhalten, daß die öffentliche Meinung in Deutschland in der Besitzergreifung Kusaies durch Amerika einen besonders unfreundlichen Akt sehen würde, zumal diese Insel nach ihrer geographischen Lage für das von Amerika gewünschte Kabel der denkbar entlegenste Stützpunkt sei. Falls Amerika durchaus an Erwerbung einer Karolineninsel festhalte, würde man am ehesten noch — aber nur im äußersten Notfall — in die Besetzung einer der westlichsten Inseln des Archipels, lieber aber in die Abtretung einer der nördlichsten Marschallinseln willigen.

** Seit 30. September John Hay.

Tausch mit einer anderen, z. B. einer Marschallinsel, einzugehen. Die Erwerbung Kusaies sei nur ein Geschäft. Er wisse überhaupt nicht, ob Spanien die Insel verkaufen wolle. Der Meistbietende dürfte sie bekommen. Staatssekretär versicherte mir, daß alle Versicherungen, welche Friedenskommission dem Grafen zu Münster gegeben hätte, jedenfalls seitens Präsidenten volle Bestätigung finden dürften; da Regierung hierüber nicht genügend informiert sei, so möchte Staatssekretär noch kein bindendes Versprechen geben. Alle Karolineninseln zu fordern, sei niemals Absicht der Regierung gewesen. Bezüglich Kohlenstation auf Suluinseln ist Präsident gern bereit, Vorschläge deutscher Regierung entgegenzunehmen. Abtretung einer Kohlenstation dort würde lediglich als Zeichen guten Willens und der Freundschaft zu betrachten sein. Daß Deutschland rechtliche Ansprüche auf diese Inseln habe, sei soweit hier nicht bekannt, da Vertrag mit England vom 10. April 86* nur für beide Mächte bindend gewesen sei. Staatssekretär versicherte, daß Regierung in keiner Weise beabsichtigt habe, die freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland, auf deren Förderung man hier soviel Wert lege, zu trüben.

Sternburg

Nr. 4182

Der Botschafter in Madrid von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 233 — Madrid, den 2. Dezember 1898
Geheim

Antwort auf Telegramm Nr. 142 vom 1. Dezember**.

Vertrauliche Mitteilung an Staatsminister gemacht. Er erklärt, daß Kommission in Paris wiederholt und ausdrücklich angewiesen werden wird, Verkauf von Kusaie sowie eventuell von Jap oder Ponape abzulehnen. Man werde dabei bleiben, solange nicht Amerika es erzwingen wolle. — Beiläufig fragte er mich, ob wir nicht vielleicht vorziehen würden, den ganzen Karolinenarchipel zu erwerben und dann unsererseits mit Amerika wegen Kabelstation uns zu verständigen.

Radowitz

---

* Vgl. Nr. 4179.

** Durch Telegramm Nr. 142 vom 1. Dezember 1898 war Radowitz das Telegramm des Geschäftsträgers in Washington Nr. 110 vom 30. November (siehe Nr. 4181) mitgeteilt worden.

Nr. 4183

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Madrid von Radowitz

Telegramm. Konzept

Nr. 144 Berlin, den 3. Dezember 1898

Auf Telegramm Nr. 233*.

Ew. pp. wollen unter Sicherung strengster Geheimhaltung so schleunig als möglich zu einem Abschluß mit Spanien dahingehend zu gelangen suchen, daß uns von Spanien die ganze Karolinen- und Palaugruppe mit Ausschluß von Kusaie abgetreten wird. Was Kusaie betrifft, behalte ich mir besondere Verhandlungen mit Spanien bezw. mit Amerika vor. Unseren Wünschen würde es in hohem Maße entsprechen, wenn in diesen Kaufvertrag auch die Marianen, ausschließlich Guam, und ferner die Insel Fernando Po einbezogen würden.

Ew. pp. Ermessen gebe ich anheim, ob es möglich ist, im Interesse unserer Marine in den Vertrag auch den Erwerb einer der Kanarien als Kohlenstation bezw. die Einräumung einer Kohlenstation auf einer der Kanarieninseln mit aufzunehmen.

Bülow

Nr. 4184

Der Botschafter in Madrid von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 234 Madrid, den 5. Dezember 1898
Geheim

Auf Telegramm Nr. 144**.

Ich habe vertraulich mit Staatsminister gesprochen, der persönlich für weitgehendere Abmachung mit uns ist, speziell für Überlassung der ganzen Karolinen, Palauinseln und Marianen. Fernando Po dagegen könne man vorläufig hier nicht verkaufen, ebensowenig eine der Kanarischen Inseln. Der Herzog von Almodóvar hat gestern gleich der Königin mündlich über unsere neuen Vorschläge berichtet, Ihre Majestät aber, wie er mir ganz vertraulich sagt, sehr bedenklich gefunden. Sie scheue den Eindruck im Lande, den nach den Verlusten durch den Frieden noch so große weitere Gebietsentäußerungen machen würden, auch etwaige Komplikationen mit anderen Mächten, besonders England. Der Minister habe erwidert, er teile diese Besorgnisse nicht

---

* Siehe Nr. 4182.
** Siehe Nr. 4183.

und finde es für Spanien notwendig und vorteilhaft, sobald als möglich sich wenigstens der am weitesten abgelegenen Besitzungen zu entledigen. Er sagt, er müsse jetzt erst der Königin Zeit zur Überlegung lassen und inzwischen seinen Ministerkollegen gegenüber noch Stillschweigen beobachten.

Ich gestatte mir darauf aufmerksam zu machen, daß wir für Fernando Po laut Notenaustausch vom 18. März 1888 schon ein bisher nicht ausgeübtes Recht auf Kohlenstation besitzen.

Radowitz

Nr. 4185

Der Botschafter in Madrid von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 237 Madrid, den 8. Dezember 1898

Ich habe wiederholt und eindringlichst mit Staatsminister weiter verhandelt. Er erklärt — einstweilen als seine persönliche Ansicht — Abkommen vom 10. September auch mit Ausdehnung auf ganzen Karolinenarchipel ausführbar, ebenfalls Hinzuziehung der Palaugruppe. Die Marianen wünsche er gleichfalls einzuschließen, finde dazu aber noch nicht Zustimmung der Königin und des Ministerpräsidenten. Die Königin sei nach wie vor für Verhandlung mit uns durchaus günstig gestimmt, halte aber Abmachungen, die über Karolineninseln hinausgingen, gegenwärtig dem Interesse des spanischen Throns für gefährlich; sie wolle jetzt soviel Besitz bewahren, als man irgend halten könne. Veräußerung von Kolonien an afrikanischer Küste sei deshalb fürs erste ganz ausgeschlossen, dem stimme auch er und Herr Sagasta bei.

Ich habe Audienz morgen nachmittag und werde suchen, Ihre Majestät zu überzeugen, daß Zession der für Spanien doch unhaltbaren drei Archipele der Südsee hauptsächlich im Interesse der Monarchie liege, und man unser Entgegenkommen dafür so schleunig als möglich annehmen solle. Auf baldigster Entschließung werde ich auch bei dem Minister mit Nachdruck bestehen.

Wegen Erwerbung von Fernando Po und einer der Kanarischen Inseln ist gegenwärtig noch nichts zu machen. Die Besorgnis wegen England richtet sich nicht auf Ostasien, sondern darauf, daß nach Abmachung mit uns England seinerseits eine Position auf Kanarischen Inseln verlangen resp. erzwingen werde. Seit dem englischen Drängen in Gibraltar ist das Mißtrauen groß.

Daß wir wegen Karolinen verhandeln, ist nun durch Telegramme aus London und Washington in allen hiesigen Blättern, bisher ohne kritische Äußerung darüber.

Radowitz

Nr. 4186

Der Botschafter in Madrid von Radowitz an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 302 Madrid, den 16. Dezember 1898
Geheim

Euere Durchlaucht haben aus meinen telegraphischen Meldungen über den Verlauf der Verhandlung wegen des Erwerbs der Südseeinseln ersehen, daß es erst der Überwindung von Hindernissen in der Stimmung der hiesigen leitenden Stellen bedurft hat, um zu einem prinzipiellen Einverständnis, das weiter ging als wie die vorläufige Abmachung vom 10. September cr., zu gelangen. Zu der starken Verbitterung über den Verlust der ganzen Philippinen durch die Pariser Konferenz kam das in der Stille betriebene belgische Anerbieten, die noch für Spanien verbleibenden Besitzungen in der Südsee für eine chartered company mit Wahrung der spanischen Souveränität zu übernehmen. Der Vorschlag hatte für die Empfindungen der Königin etwas Verlockendes, da die hohe Frau vermeinte, damit dem Erbe ihres Sohnes wenigstens dem äußeren Scheine nach noch einen Teil des alten Kolonialbesitzes in der Südsee erhalten zu können, ohne sich gleich genügend klarzumachen, welche Verlegenheiten in Zukunft daraus für Spanien hätten erwachsen können. Ich bemerke dabei, daß ein Versuch, auch von der vorläufigen Verabredung mit uns wegen der drei Karolinen zurückzutreten, n i c h t gemacht worden ist, obschon die Reserve in dem Abkommen vom 10. September („ . . . . pour l'accord définitif il faudrait attendre la situation qui serait décidée à la Conférence de Paris relativement à la souveraineté de l'Espagne sur l'archipel des Philippines . . . . .") dazu allenfalls die Handhabe hätte bieten können. Nur die seitdem gewünschte Erweiterung der Abtretungen stieß hier noch auf Bedenken und verlangte zunächst eine schonende Behandlung, um nicht, wie es bei Spaniern, auch den wohlgesinnten, leicht geschehen kann, einen zähen, passiven Widerstand hervorzurufen, gegen den schwer mehr etwas auszurichten ist. Ich betrachte es als eine günstige Fügung, daß ich noch rechtzeitig vor der Unterredung mit der Königin von der die unsrige durchkreuzenden belgischen Verhandlung Kenntnis erlangen konnte, und daß dann durch die schnelle Einwirkung in Brüssel der Sache, die sonst hier für uns s e h r schädlich sich entwickelt haben würde, ein Ende gemacht worden ist.

Nunmehr bleiben hier noch weitere erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden, bevor das Geschäft ganz ins Reine gebracht sein kann. Die erste liegt in dem jedenfalls hoch geschraubten Anspruch der Spanier für den Kaufpreis der drei Inselgruppen. Ich habe bisher trotz aller Nachfragen darüber etwas Bestimmtes nicht erfahren können, weil man

es selbst hier nicht weiß. Inzwischen habe ich bei dem Gespräche mit dem Staatsminister darauf hingewiesen, wie gering für uns noch der materielle Wert der Karolinen sein werde im Vergleich zu dem, was wir hineinstecken müßten, und daß man danach die hiesige Schätzung richten müsse. Für Spanien sei es mehr ein damnum cessans, als wie für uns ein lucrum emergens. Die Palau- und die Marianeninseln will man hier als besonders kultur- und ertragsfähig bezeichnen, wozu die belgischen Propositionen neuerdings beigetragen haben.

Die andere große Schwierigkeit, wenn eine Einigung über den Preis erzielt sein wird, besteht in dem dann noch in den Cortes durchzufechtenden Kampfe. Denn, wie auch immer die Vorlage beschaffen sein mag, die jeweilige Opposition wird daraus eine Waffe gegen die Regierung zu machen bestrebt sein, und selbst innerhalb der eigenen ministeriellen Partei wird sie auf Widersacher stoßen, die das Geschäft für unvorteilhaft erklären. Das ist bis jetzt noch bei jeder spanischen Verhandlung mit dem Auslande so der Fall gewesen, und unser lange und mühevoll vorbereiteter Handelsvertrag von 1893 ist daran gescheitert. Darüber ist es gegenwärtig unmöglich, irgendeine Wahrscheinlichkeitsberechnung anzustellen. Welches Ministerium überhaupt den nächsten Cortes gegenüberstehen wird, ist heute nicht zu ermessen. Für uns erwünscht wäre es, wenn die jetzige Situation noch bis zur Erledigung der Friedensratifikation* unverändert andauerte und gleichzeitig damit der Vertrag mit uns zur Vorlage käme.

Radowitz

Nr. 4187

Der Botschafter in Madrid von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 246 Madrid, den 19. Dezember 1898
Geheim

Unter Bezug auf Telegramm Nr. 154**.

Bei Unsicherheit der Lage des Ministeriums kommt es (auch nach Meinung der Königin) jetzt vor allem darauf an, schleunig durch provi-

* Inzwischen war der spanisch-amerikanische Friedensvertrag am 10. Dezember in Paris unterzeichnet worden.

** Durch Telegramm Nr. 154 vom 17. Dezember war Radowitz mit Rücksicht auf die prekäre Lage des Ministeriums Sagasta, das durch den Abschluß des für Spanien so ungünstigen Friedensvertrages (10. Dezember) nicht befestigt, sondern erschüttert war, ermächtigt worden, unter Offenhaltung des Kaufpreises „in einem provisorischen Abkommen den gegenwärtigen Stand der Sache so festzulegen, daß auch der eventuelle Nachfolger des Herzogs von Almodóvar dadurch unbedingt gebunden würde."

sorische Abmachung die Sache festzulegen. Es wird folgende Fassung vorgeschlagen: „Pour donner plus de développement à l'entente préliminaire signée le dix septembre 1898 les gouvernements de l'Espagne et de l'Allemagne sont tombés d'accord sur ce que les îles Carolines (excepté Kusaie au besoin) avec les Palaos ainsi que les Marianes (excepté Guam) seront cédées à l'Allemagne moyennant indemnité pécuniaire dont le montant reste à déterminer.

L'Allemagne s'engage d'avance à accorder au commerce et aux entrepreneurs agricoles espagnols aux Carolines le même traitement et les mêmes facilités qu'elle y accorderait au commerce allemand et de reconnaître la liberté la plus complète aux missions des ordres religieux espagnols dans les îles susdites.

L'Espagne pourra établir et conserver même en temps de guerre, un dépot de charbons pour la marine royale et marchande dans l'archipel des Carolines et un autre dans l'archipel des Marianes.

Jusqu'à-ce-que cet arrangement puisse être soumis à l'approbation constitutionelle prescrite par les lois des deux pays, les gouvernements intéressés en garderont le plus stricte secret."

Zusatz betreffend katholische Missionen (die bis jetzt noch wenig dort vorhanden sind) hält Königin für erforderlich gegenüber der konservativen Opposition. Eventuell kann eingeschaltet werden: en tout que les lois allemandes le permettent"? Der Vorbehalt wegen Kohlendepot sei dringend erwünscht für Eindruck in der Armee, obschon illusorisch, da Spanien doch nicht mehr in die Lage kommen werde, davon Gebrauch zu machen. Mit diesen Zusätzen wäre jedenfalls Widerstand in Kortes viel leichter zu überwinden.

Kann ich nun in dieser Fassung unterzeichnen oder mit welchen Änderungen?

Über Geldpunkt setze ich vertrauliche Unterhaltung mit Staatsminister auf Grund des Telegramms 154 fort.

Radowitz

Nr. 4188

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Madrid von Radowitz

Konzept

Nr. 155 Berlin, den 20. Dezember 1898
Geheim

Auf Telegramm Nr. 246 und Bericht Nr. 302*.

Ew. pp. ermächtige ich hiermit, die vorgeschlagene neue provisorische Abmachung mit der spanischen Regierung in der folgenden,

* Siehe Nr. 4187 und 4186.

an einzelnen Stellen etwas veränderten Fassung sofort abzuschließen und zu unterzeichnen:

Pour donner plus de développement à l'entente préliminaire, signée le 10 Septembre 1898, le gouvernement de l'Espagne s'engage à céder à l'Allemagne les îles Carolines avec les Palaos ainsi que les Marianes (excepté Guam). Le montant de l'indemnité pécuniaire à payer par l'Allemagne reste à déterminer.

L'Allemagne s'engage d'avance à accorder au commerce et aux entrepreneurs agricoles Espagnols aux Carolines le même traitement et les mêmes facilités, qu'elle y accorderait au commerce Allemand et de reconnaître dans les îles susdites aux missions des ordres réligieux Espagnols les mêmes droits qu'aux missions des ordres réligieux Allemands. Der Schlußsatz der Abmachung, beginnend mit den Worten: „L'Espagne pourra établir" und endigend mit: „le plus stricte secret", kann die von Ew. pp. empfohlene Fassung behalten.

Zu Ew. pp. Information, was die diesseits vollzogenen Abänderungen betrifft, möge folgendes dienen:

Was Kusaie angeht, so liegt für uns und ebensowenig für Spanien heute, nachdem über diese Insel im spanisch-amerikanischen Friedensvertrage keinerlei Bestimmungen getroffen worden sind, irgendeine Veranlassung noch vor, von dem früheren Abkommen vom 10. September, in dem Kusaie ausdrücklich einbegriffen ist, abzuweichen und diese Insel bei der neuen Abmachung auszunehmen.

Die schärfere Fassung des ganzen ersten Absatzes ist gewählt, um der spanischen Regierung die Möglichkeit zu nehmen, bei etwaiger Differenz über den Verkaufspreis der Inseln über deren Abtretung mit einer anderen Macht zu verhandeln.

Die anderweitige Fassung betreffend die Garantie der freien Religionstätigkeit der spanischen Orden in den Inseln ist diesseits nur aus dem Grunde gewählt worden, um etwaigen reichsgesetzlichen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen.

Indem ich Ew. pp. ersuche, die neuen Abmachungen in der obigen Form so schnell als möglich abzuschließen, bemerke ich indessen zur Information, daß an den diesseits vollzogenen Änderungen der Abschluß auf keinen Fall scheitern darf. Im äußersten Notfall sind Ew. pp. auch ermächtigt, die Abmachungen auch in der Ihrerseits vorgeschlagenen Form abzuschließen.

Endlich wollen Ew. pp. bei der spanischen Regierung, dem Schlußsatze des Berichtes vom 16. Dezember d. Js. Nr. 302* entsprechend, es zu erreichen suchen, daß unser Abkommen mit Spanien gleichzeitig mit dem spanisch-amerikanischen Friedensvertrage den Cortes vorgelegt wird. Auf jeden Fall aber setzen wir voraus, daß unser Abkommen seitens der spanischen Regierung weder den Cortes noch sonst irgend-

---

* Siehe Nr. 4186.

wie eher bekanntgegeben wird, bevor dieselbe sich mit uns darüber ins Einvernehmen gesetzt hat.

Bülow

Nr. 4189

Der Botschafter in Madrid von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 247 Madrid, den 21. Dezember 1898
Geheim

Antwort auf Telegramm Nr. 155*.

Provisorisches Abkommen heute abend genau nach der im Telegramm Nr. 155 vorgeschriebenen Redaktion vollzogen. Es ist nur im Absatz 2 hinter „aux Carolines" noch „aux Palaos et aux Marianes" zugefügt. Alle sonstigen hiesigen Bedenken wegen der Redaktionsänderungen habe ich beseitigen können.

Ministerkrisis durch Erkrankung von Sagasta aufgeschoben, dreht sich hauptsächlich um Frage der Cortes-Einberufung, die Herr Sagasta bis zur amerikanischen Ratifikation hinziehen will.

Staatsminister sagt mir, es seien Nachrichten da von Unruhen, die Japaner auf den Marianen anstiften, möglicherweise mit Hintergedanken einer Intervention.

Weitere Nachrichten wird er mir mitteilen.

Radowitz

Nr. 4190

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Washington von Holleben

Telegramm. Konzept

Nr. 89 Berlin, den 28. Dezember 1898
Geheim

Ew. Exzellenz wollen baldtunlichst dem amerikanischen Staatssekretär in der am geeignetsten scheinenden Weise und unter Garantie strengster Diskretion, wie sie in dieser Angelegenheit bereits früher von demselben zugesichert ist, unsere Genugtuung darüber ausdrücken, daß die amerikanische Regierung ihrer uns durch die Friedenskommissare in Paris seinerzeit gegebenen Zusage gemäß bei dem

---

* Siehe Nr. 4188.

Abschluß des Friedens mit Spanien in Paris unser geheimes Abkommen mit dieser Macht vom 10. September d. Js., betreffend den spanisch verbleibenden Inselbesitz im Stillen Ozean, respektiert und dementsprechend auch die Insel Kusaie in die Friedensbedingungen nicht mit aufgenommen hat.

Im Hinblick auf unser Verhalten während des spanisch-amerikanischen Krieges konnten wir allerdings ein solches Entgegenkommen von seiten Amerikas um so mehr erwarten, als wir keinerlei Einwendungen gegen die Besitzergreifung der Philippinen durch Amerika erhoben haben, obgleich dadurch bedeutende wirtschaftliche und politische Interessen Deutschlands berührt worden sind. Um der amerikanischen Regierung in ihren Wünschen auch fernerhin möglichst entgegenzukommen und derselben einen Beweis unseres aufrichtigen Bestrebens, zwischen uns als demnächstigen Nachbarn in jenen Gegenden engere freundschaftliche Beziehungen zu schaffen, auf deren Befestigung beide Reiche aus natürlichen Gründen in Zukunft gleichermaßen angewiesen sind, zu geben, sind wir geneigt, über die Abtretung der nördlichsten und für die amerikanische Kabellegung am günstigsten gelegenen Insel der deutschen Marschallgruppe Gaspar Rico (Taongi) mit der amerikanischen Regierung in Verhandlungen einzutreten.

Wir setzen dabei voraus, daß auch die amerikanische Regierung uns ein weiteres Entgegenkommen zu beweisen geneigt ist, indem sie die uns in Aussicht gestellte Überlassung einer guten Suluinsel zum Zwecke der Errichtung einer Kohlenstation daselbst nunmehr verwirklicht.

Zu Ihrer Information teile ich Ew. pp. noch folgendes mit:

Die amerikanischen Friedenskommissare in Paris haben seinerzeit unserem dortigen Botschafter gegenüber erklärt, daß, einer eigenen Weisung des Präsidenten Mac Kinley zufolge, die amerikanische Regierung beschlossen habe, die im September zwischen Deutschland und Spanien getroffenen geheimen Abmachungen zu respektieren. Der amerikanische Staatssekretär hat ferner dem Kaiserlichen Geschäftsträger gegenüber offiziell erklärt, daß die von den amerikanischen Friedenskommissaren in Paris in dieser Beziehung gegebene Zusage auf volle Anerkennung des Präsidenten rechnen könne. Endlich sind dementsprechend die Spanien nach Abtretung der Philippinen und Guams noch verbleibenden Südseeinseln in den Friedensbedingungen nicht erwähnt worden. Wir nehmen nochmals von der seinerzeit abgegebenen Erklärung der amerikanischen Regierung Akt und erwarten demnach keinerlei Einmischung Amerikas in die nur Spanien und uns angehende Abmachung betreffend die Abtretung des spanisch verbliebenen Inselbesitzes im Stillen Ozean.

Falls Baron Sternburg nähere Beziehungen zu dem offenbar einflußreichsten der amerikanischen Friedenskommissare Mr. Whitelaw Reid besitzt und sich von vertraulichen Besprechungen mit diesem Nutzen

verspricht, so würde es sich empfehlen, auf Whitelaw Reid zu dem Zwecke einwirken zu lassen, daß derselbe die Respektierung seiner dem Botschafter in Paris gegebenen Zusage im vollen Umfange bei der amerikanischen Regierung durch seinen Einfluß durchsetzt.

Die vorstehenden Argumente wollen Ew. pp. nach und nach, je nachdem sich das Bedürfnis in der Diskussion herausstellt, zur Anwendung bringen. Wir gehen, kurz gefaßt, davon aus, daß die Verhandlungen wegen des nach dem Friedensvertrage spanisch verbleibenden Inselbesitzes im Stillen Ozean lediglich uns und Spanien angehen, und daß wir in dieser Beziehung der Zustimmung Amerikas nicht bedürfen. Freiwillig jedoch und im Einklange mit unserer bisherigen für Amerika wohlwollenden Haltung sind wir bereit, wegen Abtretung einer Marschallinsel als Kabelstation zu verhandeln, wofür wir von Amerika ein verhältnismäßiges Entgegenkommen im Suluarchipel erwarten.

Die topographische Annäherung zwischen deutschen und amerikanischen Gebieten, welche durch den spanisch-amerikanischen Krieg herbeigeführt ist, macht es wünschenswert für beide Länder, die fortan unvermeidlichen Berührungen möglichst freundlich zu gestalten, und wir hoffen, auf amerikanischer Seite der gleichen Auffassung zu begegnen.

Bülow

Nr. 4191

Der Botschafter in Washington von Holleben an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 118 Washington, den 31. Dezember 1898
Geheim

Zu meiner freudigen Überraschung sagte mir der Staatssekretär mit Bezug auf die Karolineninseln, nachdem er mir vollste Diskretion zugesichert hatte, daß seitens der Vereinigten Staaten von Amerika keinerlei Einwendungen gegen etwaige Abmachungen zwischen Deutschland und Spanien erhoben werden würden; der Friedensvertrag, dessen Wortlaut bisher nicht bekanntgegeben ist, enthalte über die Karolineninseln nichts, auch nichts über die Insel Kusaie, auf welche letztere die hiesige Regierung nur ungern auf unsern Wunsch verzichtet habe. Der Staatssekretär ließ durchblicken, daß unser Protest gegen die diesseitige Erwerbung dieser Insel hier etwas verstimmt habe. Man habe daran gedacht, an Stelle von Kusaie das herrenlose Wake-Island zum Stützpunkt des Kabels zu machen. Dasselbe würde sich jedoch wahrscheinlich als nicht geeignet erweisen; sollte dies der Fall sein, so würde man gern

mit uns wegen Abtretung einer nördlichen Marschallinsel (Gaspar Rico) verhandeln[1]. Einen Stützpunkt auf den Suluinseln wolle Amerika uns gern einräumen[2]. Ich schloß die befriedigende Unterredung mit dem Ausdruck des Wunsches, daß unsere hoffentlich bevorstehenden nachbarlichen Beziehungen im Stillen Ozean zu dauernd freundschaftlichen sich gestalten möchten, in welchen Wunsch der Staatssekretär voll einstimmte.

Holleben

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja
[2] ja

Nr. 4192

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Washington von Holleben

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Irmer

Nr. 2 Berlin, den 4. Januar 1899
Ganz geheim

Von der Erklärung des amerikanischen Staatssekretärs, wonach die amerikanische Regierung gegen die Erwerbung des nach dem spanisch-amerikanischen Friedensschluß Spanien noch verbleibenden Inselbesitzes im Stillen Ozean durch uns keinerlei Einwendungen erhebt, auf unsern Wunsch auf den Ankauf der Insel Kusaie verzichtet hat und bereit ist, uns einen Stützpunkt auf den Suluinseln einzuräumen*, habe ich Akt genommen.

Ew. pp. wollen den amerikanischen Staatssekretär davon in geeignet erscheinender Weise benachrichtigen und dabei in freundlichster Form zur Kenntnis bringen, daß die Wakeinsel (19° 11' n. Br. 166° 31' ö. L.) bisher stets zu den deutschen Marschallinseln gerechnet worden ist. Indessen sind wir gern bereit, Amerika diese oder eine für seine Zwecke geeigneter erscheinende Insel im Norden der Marschallgruppe, etwa Gaspar Rio (Taongi), eventuell zu überlassen. Dabei würde ich es dankbar anerkennen, wenn der amerikanische Staatssekretär baldmöglichst auf unseren Antrag betreffend die Überlassung einer der seinerzeit näher bezeichneten Inseln des Suluarchipels als Kohlenstation eine Entscheidung treffen wollte.

Was endlich die Stellung der spanischen Untertanen in Ilo-Ilo und Manila unter deutschen Schutz betrifft, so ist unser Konsul in Manila bereits dahin angewiesen worden, bezügliche spanische Anträge mit der

---

* Vgl. Nr. 4191.

Begründung abzulehnen, daß „bei den auf den Philippinen jetzt herrschenden Zuständen wirksamen Schutz nur diejenige Macht ausüben kann, welche die Absicht und die Mittel hat, sich dort zur Herrin der Lage zu machen. Das trifft für Deutschland nicht zu."

Zu ihrer Information wird bemerkt, daß ich Gelegenheit gehabt habe, den amerikanischen Botschafter von dieser Entscheidung zu unterrichten.

Bülow

Nr. 4193

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Washington von Holleben

Telegramm. Konzept

Nr. 6 Berlin, den 12. Januar 1899
Ganz geheim

Ew. pp. wollen den amerikanischen Staatssekretär versichern, daß Wakeinsel für uns keinerlei Bedeutung hat und jede Rechtsdiskussion deswegen überflüssig ist. Falls auch Gaspar Rico für amerikanische Kabelzwecke ungeeignet, ist jedenfalls Eniwetok (Browninseln), mit gutem Hafen, mäßiger Bevölkerung und fast unter derselben Breite wie Guam gelegen, geeignet.

Wir unsererseits legen besondern Wert auf baldige Entscheidung der amerikanischen Regierung wegen der uns als Kohlenstation zu überlassenden Suluinseln Palawan oder Joló oder Taui-Taui. Es liegt im beiderseitigen Interesse, daß diese Angelegenheit schnell und direkt zwischen den beiden Regierungen erledigt wird.

Bülow

Nr. 4194

Der Botschafter in Washington von Holleben an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 7 Washington, den . . . Januar 1899
Ganz geheim [eingetroffen am 15. Januar]

Antwort auf Telegramm Nr. 6*.

Ich fand den Staatssekretär über unsere Wünsche durch den Botschafter in Berlin unterrichtet. Bezüglich der für Landung des Kabels

* Siehe Nr. 4193.

etwa in Betracht kommenden Marschallinseln, sagt der Staatssekretär, könne er Bestimmtes nicht erklären, da ihm einerseits die erforderlichen technischen Informationen fehlten, andererseits vor dem Kongreß Verhandlungen schwebten, ob das betreffende Kabel von Regierungs wegen oder durch die Pacific Cable Company gelegt werden solle, und man eventuell die Wünsche der letzteren berücksichtigen müsse. Er kam wieder auf Strong-Island zurück, das er als den geeignetsten Stützpunkt bezeichnete. Was die Suluinseln betreffe, so frage es sich in erster Linie, ob wir Souveränität über eine der Inseln oder nur ein Pachtverhältnis wollten. Ich würde von dem Versuch, Souveränität zu erwerben, dringend abraten müssen, denn dazu wäre Genehmigung des Senats erforderlich, und diese zu erlangen wäre hoffnungslos. Es erscheint mir sogar zweifelhaft, ob ein Pachtverhältnis durch die Exekutivgewalt allein abgeschlossen werden könnte. Vielleicht ließe sich die Sache so regeln, daß wir eine Kohlenstation auf einer Suluinsel pachten und den Vereinigten Staaten von Amerika eine Kabelstation auf Strong-Island pachtweise einräumen.

Im übrigen erklärte aber der Staatssekretär, daß der Präsident sich nicht entschließen werde, über die Suluinseln hinter dem Rücken des Kongresses, solange diesem der Friedensvertrag zur Ratifikation vorliege, in irgendwelche formell verbindliche Verhandlungen mit einer dritten Macht einzutreten. Andererseits könne Deutschland des festen Willens des Präsidenten und seiner, des Staatssekretärs, selbst sicher sein, unseren Wünschen bezüglich der Suluinseln zu entsprechen; mehr könne er nicht sagen, denn er wisse, daß, wenn von diesen Verhandlungen auch nur im Kabinett, vom Senat ganz zu schweigen, etwas bekannt würde, sie auf starken Widerspruch stoßen würden. Ich möchte raten, den Präsidenten und den Staatssekretär nicht zu sehr zur Eile zu drängen; es könnte dadurch das noch nicht ganz gewichene Mißtrauen gegen unsere ostasiatische Politik wieder angefacht werden. Über die Chancen der Ratifikation des Vertrags folgt Bericht.

Holleben

Nr. 4195

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Ganz geheim — Berlin, den 15. Januar 1899

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät melde ich in tiefster Ehrfurcht, daß von Euerer Majestät Botschafter in Washington heute das alleruntertänigst beigefügte Telegramm* eingetroffen ist.

---

* Siehe Nr. 4194.

In der frostigen und sehr reservierten Stellungnahme des amerikanischen Staatssekretärs gegenüber den deutschen Forderungen ist die Rückwirkung unverkennbar, welche die durch künstliche Machenschaften aller Art, die nicht zum wenigsten auf die Agitation der amerikanischen Fleischexporteure gegen die Maßnahmen der deutschen Regierung im Interesse der Fleischschau zurückzuführen sind, und durch die systematischen Hetzereien der englischen Presse im hohen Grade gegen Deutschland aufgeregte öffentliche Meinung Amerikas auf die dortige Regierung ausübt, und die sich in zahlreichen sehr scharfen amerikanischen Preßäußerungen wiedergibt.

Nichtsdestoweniger wird es in Euerer Majestät Absicht nicht liegen können, dieser ungünstigen und ohne Zweifel sehr unbequemen Stimmung in Amerika so weit Rechnung zu tragen, daß von der einmal offiziell abgegebenen Erklärung der amerikanischen Regierung, wonach für sie die Erledigung der Frage des Besitzes der nach dem Pariser Frieden noch spanisch verbliebenen Inseln im Stillen Ozean einschließlich der Insel Kusaie (Strong-Island) eine lediglich zwischen Deutschland und Spanien zu ordnende Angelegenheit ist, deutscherseits abgegangen werden müßte.

Ebensowenig dürfte ein Anlaß in dem Drucke der derzeitigen amerikanischen Mißstimmung gegen Deutschland vorliegen, auf das Ansinnen der amerikanischen Regierung näher einzugehen und sich in Erörterungen über eine eventuelle Pachtung einer Kohlenstation im Suluarchipel gegen eine pachtweise Überlassung der Insel Kusaie (Strong-Island) an Amerika einzulassen, nachdem die amerikanische Regierung die Abtretung einer Suluinsel zum Zweck der Errichtung einer deutschen Kohlenstation im Prinzip Deutschland bereits zuerkannt und auf unsern Wunsch auf alle weiteren Ansprüche auf Kusaie verzichtet hat.

Zu dieser wenig erfreulichen Lage in Amerika, die sich bei der systematischen Verhetzung der amerikanischen und englischen Presse in absehbarer Zeit kaum günstiger für die deutschen Interessen gestalten wird, kommen alarmierende Nachrichten aus den Karolinen selbst. Es wird von verschiedenen Seiten übereinstimmend gemeldet, daß die spanische Garnison auf der Hauptinsel Ponape, die bei der hülflosen Lage Spaniens ohne jede Unterstützung gelassen werden mußte, von den durch amerikanische Missionare aufgehetzten Eingeborenen wiederum vernichtet worden ist. Es soll zurzeit infolgedessen auf der Insel völlige Anarchie herrschen. Es läßt sich von hier bei dem Mangel jeder telegraphischen Verbindung schwer feststellen, wie weit diese Nachrichten den Tatsachen entsprechen. Wäre dies aber der Fall, so würde der deutsche Handel, der die Karolinengruppe völlig beherrscht, sehr schwer geschädigt werden, ganz abgesehen davon, daß eine Stärkung der amerikanischen Interessen gerade an dieser Stelle den deutschen Absichten sehr hinderlich sein würde. Auch dürfte es meines alleruntertänigsten Dafürhaltens bei der gegenwärtigen fast kriegerischen Stim-

mung in Amerika nicht als ausgeschlossen angesehen werden, daß die amerikanische Regierung, gedrängt von der Bostonmission, die in den Karolinen (Kusaie) ihren Hauptarbeitssitz hat, sich anläßlich dieser Unruhen in Ponape auch in die Angelegenheit der Karolinen mischt und ein Kriegsschiff nach Ponape entsendet.

Euere Kaiserliche und Königliche Majestät wage ich in tiefster Ehrfurcht aus diesem Grunde zu bitten, die Entsendung und vorläufig bis zur Entscheidung der Karolinenangelegenheit dauernde Stationierung eines Euerer Majestät Schiffe von Gefechtswert in den Karolinen Allergnädigst in huldvolle Erwägung ziehen zu wollen.

B. von Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelm II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden. Mit Marine Cab[inett] und Ob[e]rkomm[an]do in Verbindung setzen für Vorschläge *

Nr. 4196

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Madrid von Radowitz

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Irmer

Nr. 11 — Berlin, den 4. Februar 1899
Geheim

Auf Telegramm Nr. 15 und im Anschluß an Telegramm Nr. 10 **.

Ew. pp. sind hiermit autorisiert, den vom Staatsminister genannten Betrag von 25 Millionen Pesetas zu bewilligen und daraufhin den Vertrag baldigst abzuschließen. Was dabei die außerdem noch in Aussicht gestellte Gewährung der wechselseitigen Meistbegünstigung betrifft, so ist bei uns zu einer solchen die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags erforderlich. Neben dem Kaufvertrage selbst würde deshalb durch Notenwechsel noch festzusetzen sein, daß wir uns verpflichten,

---

* Laut einer Aufzeichnung des Staatssekretärs von Bülow vom 19. Januar hat der Kaiser die Genehmigung zur Entsendung eines Kriegsschiffs nach den Karolinen wieder zurückgezogen. Maßgebend dafür war einmal die Möglichkeit des Ausbruchs von kriegerischen Verwicklungen zwischen England und Frankreich infolge des Faschodakonflikts, dann aber der Wunsch, unter allen Umständen einen Zusammenstoß mit Amerika zu vermeiden. „Der Diplomatie“, so sagte der Kaiser zu Bülow laut dessen Aufzeichnung „falle jetzt die Aufgabe zu, Schwierigkeiten und Differenzen mit der Union, solange dies mit der Würde des Reiches zu vereinen wäre, aus dem Wege zu gehen.“

** Beide Telegramme handelten von der spanischerseits gewünschten Erhöhung des Kaufpreises für die Karolinen auf möglichst 25 Millionen Pesetas.

unseren gesetzgebenden Körperschaften ohne Verzug eine entsprechende Vorlage zu machen. Auf etwaigen Wunsch Spaniens könnte in der Note noch erklärt werden, daß die Ratifikation des Kaufvertrages von der Annahme dieser Handelsvorlage durch den Bundesrat und Reichstag abhängig sein soll. Den Wortlaut der Entwürfe zu dem erforderlichen Notenwechsel würden Ew. pp. mir telegraphisch zur Prüfung mitzuteilen haben.

Mit Rücksicht auf die im Vergleiche zum faktischen Wert des spanischen Inselbesitzes im Stillen Ozean außerordentlich hohe Kaufsumme, für deren Bewilligung durch den Reichstag die Einsetzung des vollen Gewichts der persönlichen Autorität Seiner Majestät des Kaisers notwendig sein wird, würde es nicht mehr als billig sein, wenn gleichzeitig von der spanischen Regierung uns in einer geheimen Klausel das Vorkaufsrecht auf Fernando Po — natürlich nur bei Gleichheit der Angebote — zugesichert würde. Seine Majestät legt auf die Erlangung einer solchen geheimen Klausel, deren Ablehnung kaum zu motivieren sein würde, da die Klausel für Spanien weder eine Beschränkung seines jetzigen Eigentumsrechts an dieser Insel noch irgendwelchen materiellen Nachteil jetzt oder später bedingt, hohen Wert.

Gleichwohl wollen Ew., sofern Sie sehen, daß die Hineinziehung von Fernando Po selbst in dieser Form ein Motiv für Verzögerung abgibt, diese Angelegenheit fallen lassen mit dem Vorbehalt, darauf zurückzukommen, und wollen Sie sich dann für jetzt auf die Finalisierung des Karolinen- pp. Abkommens beschränken.

Bülow

Nr. 4197

Der Botschafter in Madrid von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 19 Madrid, den 8. Februar 1899
Geheim

Die Königin hat trotz ihres noch leidenden Zustandes gestern Vortrag über das Abkommen mit uns verlangt und Vorschläge des Staatsministers für Abschluß genehmigt.

Danach würde Text des Abkommens lauten:

„Le Gouvernement d'Allemagne et le Gouvernement d'Espagne sont tombés d'accord sur les points suivants." Folgen die Bestimmungen gemäß dem Text vom 21. Dezember mit Einfügung des Kaufpreises von 25 (fünfundzwanzig) Millionen Pesetas. Am Schluß: „Cet

arrangement sera le plus tôt possible soumis à l'approbation constitutionelle prescrite par les lois des deux pays et ratifié aussitôt que cette approbation sera acquise."

Die Note betreffend Gewährung der Meistbegünstigung würde nach hiesigem Wunsche lauten: „Comme complément de l'arrangement signé aujourd' hui relativement à la cession des îles dans le Pacifique je suis autorisé à déclarer à Votre Excellence au nom de mon Gouvernement qu'il s'engage à demander au conseil fédéral et au parlement allemand l'autorisation de concéder à l'Espagne, pour son importation en Allemagne et en échange de son tarif conventionnel, les droits de la nation la plus favorisée; qu'il est entendu que cette autorisation doit précéder la ratification de l'arrangement en question et que ces concessions mutuelles devront rester en vigueur jusqu'à nouvelle entente sur les relations commerciales entre les deux pays."

Diese Note würde der hiesige Staatsminister in demselben Sinne beantworten. Cortes sind für Gewährung des Konventionaltarifs nicht mehr notwendig.

Auf den Schlußsatz wird hier besonderer Wert gelegt. Ich halte ihn auch für nützlich, um beliebige Kündigung des Konventionaltarifs durch ein nachfolgendes Ministerium zu verhüten.

Die geheim zu haltende Klausel wegen Fernando Po soll folgendermaßen lauten: „Le Gouvernement Espagnol promet que, si dans l'avenir il jugeait conforme à ses intérêts de consentir à la cession de l'île de Fernando Po contre une indemnité pécuniaire, il donnera la préférence à l'offre de l'Allemagne, tant que cet offre serait à la même hauteur avec le plus élevé fait de n'importe quelle autre part."

Der Staatsminister hält damit unser eventuelles Vorkaufsrecht bei gleichem Angebot für durchaus gesichert. Er hatte aber sichtlich Bedenken wegen dieser Erklärung, auf der ich als Gegenleistung für unser Entgegenkommen durchaus bestanden habe. Er meint, irgendeine Kenntnis davon würde großen Lärm machen. Ich schließe daraus, daß schon von anderer Seite hier wegen Fernando Po angeklopft worden sein muß: um so notwendiger, daß wir jetzt es so weit als möglich uns sichern.

Bitte danach um Ermächtigung* zum Abschluß.

Die Cortes werden zum 20. d. Mts. einberufen, das Abkommen mit uns wird gleich nach dem Friedensvertrag vorgelegt.

Radowitz

---

* Am 9. Februar sprach Bülow durch Telegramm Nr. 13 sein Einverständnis mit dem Text des Abkommens, der Klausel und der Note wegen der Gewährung der gegenseitigen Meistbegünstigung aus; nur wollte er diese Meistbegünstigung zunächst nur auf 5 Jahre bewilligt sehen, im Hinblick auf die schutzzöllnerische Richtung im Deutschen Reichstage.

Nr. 4198

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Madrid von Radowitz

Telegramm. Konzept

Nr. 16 — Berlin, den 15. Februar 1899
Geheim

Wie stehen nach Ew. Ansicht die Chancen der Annahme des Südseeabkommens? Ich nehme an, daß die spanische Regierung nicht im Zweifel geblieben ist über die ungeheure Tragweite, welche sowohl die Ablehnung wie auch andererseits die Annahme für die fernere Gestaltung der deutsch-spanischen Beziehungen haben müßte. Die Annahme, welche allein ich hier in Betracht ziehen möchte, würde das Ende der Entfremdung bezeichnen, welche bisher — nicht deutschen, sondern spanischen Stimmungen entsprechend — zwischen beiden Ländern bestand. Die natürliche Folge der Annahme des Abkommens würde in wirtschaftlicher Beziehung das Aufhören der spanisch-deutschen Zollfehde, auf politischem Gebiete ein wesentlich erhöhtes Interesse Deutschlands an der Erhaltung von Spaniens Mittelmeerstellung sein. Ich zweifle nicht daran, daß Ew. diese Gesichtspunkte den spanischen Ministern zugänglich gemacht haben werden. pp.

Bülow

Nr. 4199

Der Botschafter in Madrid von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 24 — Madrid, den 16. Februar 1899
Geheim

Auf Telegramm Nr. 16*.

Im Ministerrat unter Vorsitz der Königin heute vormittag ist Südseeabkommen vorgelegt worden. Ihre Majestät hat mit einer warmen Ansprache die Minister aufgefordert, für beschleunigte Annahme in den Cortes zu wirken. Es wurde beschlossen, daß Vorlage unmittelbar nach der Sanktionierung des amerikanischen Friedensvertrags eingebracht und daß bis dahin hier noch absolutes Stillschweigen darüber bewahrt werde. Kurz vor der Einbringung sollen die Führer der Opposition davon verständigt und im Namen der Königin dringend aufgefordert werden, daraus nicht eine Frage der Parteitaktik, sondern des allge-

---

* Siehe Nr. 4198.

meinen patriotischen Interesses zu machen. Nach jetziger Voraussetzung könnte die Vorlage noch vor Ende Februar erfolgen.

Die Regierung hat den besten Willen und sieht alle Vorteile der baldigen günstigen Erledigung ein. Dies bestätigte mir nachdrücklich der Staatsminister, mit dem ich eben nach Maßgabe des Telegramms Nr. 16 wieder gesprochen habe. Nur eine Beratung in geheimen Cortessitzungen hält er jetzt für unausführbar und nicht notwendig.

Wie sich nun die konservative Opposition stellen wird, kann erst nach dem Bekanntgeben der Sache genauer übersehen werden. Inzwischen darf ich mich auf meinen Bericht Nr. 20 vom 12. beziehen und werde weiter alles sorgfältigst im Auge halten, was hier zur Erreichung des Ziels dienlich erscheint.

Radowitz

Nr. 4200

Der Botschafter in Madrid von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 35 Madrid, den 4. März 1899
Geheim

Herr Silvela* hat mir heute früh erklärt: Die neue Regierung übernimmt ohne jede Reserve das Südseeabkommen mit uns und verpflichtet sich, es sofort den neu einzuberufenden Cortes vorzulegen. Die Annahme erscheine schon jetzt unbedingt sicher. Termin für Vereinigung des neuen Parlaments möglichst bald, vielleicht noch im April. Inzwischen gebe er anheim, von unserer Seite die Angelegenheit ganz so weiter zu behandeln, wie es der Kaiserlichen Regierung am genehmsten sei.

Ich werde diese Zusicherungen, wenn Euere Durchlaucht einverstanden sind, noch in Form amtlicher Note verlangen. An der späteren Genehmigung des Abkommens durch Cortes, in denen die neue Regierung jedenfalls erhebliche Majorität haben wird, ist kein Zweifel**.

Radowitz

* Am 1. März hatte das Kabinett Sagasta seine Demission genommen, an seine Stelle trat am 4. März das konservative Kabinett Silvela. Am 6. März erfolgte die Auflösung der Cortes; am 17. März unterzeichnete die Königin-Regentin den Friedensvertrag mit den Vereinigten Staaten.

** Sie erfolgte tatsächlich am 15. bzw. 19. Juni, während der Deutsche Reichstag, in dem Staatssekretär Bülow den Vertrag am 6. Juni vorlegte, seine Zustimmung am 22. Juni, nach einer neuen Rede Bülows, erteilte.



Anhang

Ein deutscher Stützpunkt auf San Domingo?



Nr. 4201

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Washington von Holleben

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 61 Berlin, den 30. August 1898

Der Kaiserliche Ministerresident in Haiti* telegraphiert:

„Geheim. Aus Furcht vor Amerikanern wünscht Präsident von Dominikanischer Republik**, daß eine europäische Macht, vornehmlich Deutschland, hier größere Interessen erwirbt. Er macht Vorschlag, einen Handelsvertrag abzuschließen und darin uns einen Landstrich oder eine Insel auf längere Dauer zu eigener Verwaltung unter Vorbehalt der Souveränität der Republik zu überlassen, um eine Marinestation oder andere Anlagen zu errichten. Soll ich dies als Grundlage für Verhandlung akzeptieren?"

Welchen Eindruck würde nach Ihrer Kenntnis der dortigen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten ein militärisches Einnisten Deutschlands auf San Domingo machen? Von jeder Anfrage oder Andeutung dort wollen Ew. vorläufig absehen.

Bülow

Nr. 4202

Der Botschafter in Washington von Holleben an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 95 Washington, den . . . August 1898
Geheim [eingetroffen am 31. August]

Antwort auf Telegramm Nr. 61***.

Der Eindruck würde allerdings der denkbar ungünstigste sein, und ich wage nicht eine Vermutung darüber aufzustellen, bis zu welchem

* Michahelles.
** General Ulisses Heureaux.
*** Siehe Nr. 4201.

Grade der Feindseligkeiten die hiesige öffentliche Meinung und auch die Regierung sich uns gegenüber fortreißen lassen würden. Ich würde deshalb raten, dem Anerbieten nicht eher näherzutreten, als bis sich die Unmöglichkeit gezeigt haben sollte, mit den Vereinigten Staaten von Amerika zu einem freundschaftlichen, gleichzeitig für uns vorteilhaften modus vivendi zu kommen, vorausgesetzt, daß man darauf wirklichen Wert legt.

Immerhin erscheint mir das Projekt im allerhöchsten Maße wertvoll, wenn sich die Notwendigkeit ergeben sollte, hier aus einer etwas anderen Tonart zu sprechen; ich würde deshalb für dilatorische Behandlung sein, wollen wir aber das Projekt zur Ausführung bringen, so würden wir auf alle Konsequenzen gefaßt sein müssen.

Vielleicht erscheint mündliche Rücksprache über diesen Punkt erwünscht.

Holleben

Nr. 4203

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Hannover

Ausfertigung

Berlin, den 2. September 1898

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät unterbreite ich ehrfurchtsvollst ein Telegramm von Allerhöchstdero Ministerresidenten in Haiti* sowie ein Telegramm des Herrn von Holleben**. Der Ministerresident sagt, daß der Präsident der Dominikanischen Republik den Wunsch zu erkennen gegeben hat, auf seinem Gebiete als Schutz gegen nordamerikanische Übergriffe eine deutsche Marinestation einzurichten[1]. Euerer Majestät Botschafter in Washington, welchem der ganze Wortlaut dieses Telegramms aus San Domingo zur Äußerung telegraphiert worden war, erklärt in seiner Antwort, daß der Eindruck einer deutschen Festsetzung in Domingo auf die öffentliche Meinung und auch die Regierung in den Vereinigten Staaten allerdings der denkbar ungünstigste und in seinen Folgen unberechenbar sein würde. Herrn von Holleben erscheint mündliche Rücksprache über die fragliche Angelegenheit erwünscht. Ich möchte mich dieser Auffassung des Botschafters alleruntertänigst anschließen. Derselbe wird bis etwa zum 15. d. Mts. durch die Samoaangelegenheit an seinem Posten festgehalten sein, würde dann jedoch den ihm von Euerer Majestät huldvollst bewilligten Urlaub antreten können.

B. von Bülow

---

* Vgl. Nr. 4201.
** Siehe Nr. 4202.

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstückes:
Einverstanden 4/IX 98 W.
Randbemerkung des Kaisers:
[1] O die liebe Unschuld! Auf solchen Leim krieche ich nicht!

Nr. 4204

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Graf von Metternich, z. Z. in Hannover, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 2 Hannover, den 3. September 1898

Zu Immediatbericht vom 2. d. Mts. betreffend Vorschlag des Präsidenten von Haiti* bemerkte Seine Majestät: Darauf fiele er nicht herein, er wolle sich nicht mit den Vereinigten Staaten entzweien.

Metternich

---

* Siehe Nr. 4203.



Kapitel IC

Spanien und der Zusammenschluß der Kontinentalmächte gegen England 1899



Nr. 4205

Der Botschafter in Madrid von Radowitz an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 62 Madrid, den 15. April 1899
Ganz vertraulich

Der Ministerpräsident* hat mir gestern Mitteilungen über seine Auffassung der spanischen auswärtigen Politik gemacht, die er bat, als streng vertraulich betrachten und behandeln zu wollen.

Herr Silvela sagte, er habe die Regierungsgeschäfte nach langer Überlegung mit dem doppelten Programm übernommen, zunächst in den innern Zuständen des Landes durch energische Besserung der administrativen und finanziellen Verhältnisse Ordnung zu schaffen und dann für Spanien nach außen hin die möglichste Sicherung seines nach dem Verluste der Kolonien verbliebenen Besitzstandes zu suchen. Er werde im Einverständnisse mit der Königin und mit dem ganzen Ministerium vor allem deswegen die Neubildung einer den Bedürfnissen entsprechenden Kriegsflotte und die erforderliche Umgestaltung der Landarmee anstreben, um Spanien in genügenden Verteidigungszustand zu setzen. Dazu würden Opfer gebracht werden müssen, die er in Verbindung mit der ganzen Finanzreform von dem Lande verlangen werde. Aber schon jetzt, bei dem Beginne der „Regenerationsarbeit", die er übernommen habe, erscheine es ihm (und damit stimme die Königin vollständig überein) von entscheidender Wichtigkeit für die Zukunft, seiner auswärtigen Politik eine bestimmte Richtung zu geben, die Spanien vor der gänzlichen Isolierung bewahre. Er habe darin schon früher, als er den Geschäften noch ferner gestanden, eine große Gefahr gesehen, sei aber jetzt, seitdem er mit der Lage der Dinge genauer vertraut geworden, noch viel mehr überzeugt, daß Spanien nicht mehr ohne eine feste europäische Anlehnung bleiben dürfe.

Er müsse mir in dieser Beziehung ganz vertraulich die schweren Besorgnisse mitteilen, die hier über die Haltung Englands beständen.

---

* Silvela (seit 4. März 1899). Vgl. Kap. XCVIII, Nr. 4200, Fußnote *.

Es handle sich dabei jetzt nicht mehr um Mutmaßungen und Rückschlüsse, sondern um positive Nachweise, die an den Plänen der englischen Politik in bezug auf Spanien keinen Zweifel ließen. Die spanische Regierung wisse nun genau, daß England auf die Erwerbung von Ceuta ausgehe, die es für seine Mittelmeerstellung als unentbehrlich betrachte. Es stehe ferner fest, daß, wenn im vorigen Jahre der Konflikt mit Frankreich wegen Faschoda* ausgebrochen wäre (und er glaube zu wissen, daß man mit dieser Eventualität in England stark gerechnet hätte), sofort die Engländer den Hafen von Vigo zu besetzen gesucht haben würden. Sie gingen auf eine Gebietserwerbung in Galicien aus. Gleiche Befürchtungen beständen wegen der Kanarischen Inseln. Wenn Spanien keinen anderen Schutz fände, bliebe es bei jeder eintretenden Gelegenheit solchen Angriffen von englischer Seite ausgesetzt. Er glaube auch bestimmt, daß in englischen Abmachungen mit Portugal der Fall der weiteren Festsetzung der englischen Macht auf spanischem Gebiete vorgesehen sei.

Herr Silvela sprach von seinen früher von mir berichteten Sondierungen in der Presse über die englischen Intentionen, sowie über die Stimmung im Lande bezüglich einer intimen Annäherung zwischen Spanien und England. Er sagte, alle solche Fühlungen hätten nur dazu geführt, die Tatsache, daß England unehrliche Absichten gegen Spanien verfolge, und ebenso, daß der spanische Volksinstinkt das vollständig erkenne, noch mehr ins Licht zu stellen. So sei bei den Anerbietungen, die Sir Henry Drummond-Wolff** unter anderen hier für eventuelle Verteidigung der Bucht von Algeciras durch englische Kräfte gemacht habe, wegen Ceuta von einer ähnlichen Garantie nicht die Rede gewesen, und als er danach ausdrücklich gefragt habe, sei man ihm die Antwort schuldig geblieben. England habe sich offenbar, selbst im Falle einer Abmachung mit Spanien, für Ceuta völlig freie Hand lassen wollen. Auf ernste Verhandlungen mit England könne er sich nun nicht mehr einlassen: weder er noch irgend jemand in Spanien hege das Vertrauen, daß solche auf der andern Seite aufrichtig gemeint sein könnten. Es werde sich immer darum handeln, Spanien zum Vorteil und zur Vergrößerung der englischen Machtstellung auszunutzen. Freilich werde er zunächst nur weiter suchen, jeden Anlaß zu Mißhelligkeiten mit England zu vermeiden, namentlich auch in der Gibraltarfrage, die momentan zu ruhen scheine.

Für die Zukunft aber bleibe hier das peinliche Gefühl der Unsicherheit bestehen. Darüber sei kein Zweifel, daß die spanische Monarchie nicht eine neue Schmälerung ihres Territorialbestandes überdauern könne. Der Verlust der überseeischen Kolonien habe bisher die monarchischen Institutionen nicht ernstlich gefährdet, weil er im Volksbe-

---

* Vgl. Bd. XIV, Kap. XCIII.

** Englischer Botschafter in Madrid.

wußtsein doch nicht als ein so entscheidendes Moment für die politische und nationale Selbständigkeit Spaniens empfunden werde. Wenn aber von dem jetzigen kontinentalen Gebiete des Mutterlandes noch mehr verloren gehen müßte, weil Spanien der Vergewaltigung durch eine andere Macht nicht gewachsen sei, so werde gleichzeitig die Monarchie hinweggefegt werden. Er glaube, daß eine solche Eventualität den Engländern ganz indifferent wäre: sie hätten nirgends an der Erhaltung monarchischer Staatsformen Interesse. Vielleicht aber fänden es andere europäische Staaten weniger gleichgültig, ob die alte spanische Monarchie durch Revolution über den Haufen geworfen und auf der Iberischen Halbinsel damit ein Herd für Unruhen und anarchistische Zustände geschaffen werden würde, deren Ansteckungskraft auch außerhalb zu fürchten bliebe. Er könne sich ebensowenig denken, daß die an der Freiheit der Bewegungen auf dem Mittelmeer interessierten Mächte es nicht als ein Gebot ihrer eigenen Sicherheit und ihres materiellen Gedeihens betrachten müßten, einen lebenskräftigen und unabhängigen spanischen Staat erhalten, anstatt dort ein englisches Übergewicht dauernd festgesetzt zu sehen.

Spanien — fuhr Herr Silvela fort — könne, das brauche er nicht weiter zu versichern, an Eroberungen und Erwerbungen für sich nicht denken. Es wolle und müsse nur, wenn es überhaupt als Monarchie und selbständiger Staat weiter existieren solle, das bleiben können, was es jetzt noch sei. Und daß das geschehe, wäre wohl nicht minder ein kontinentales, europäisches Interesse. Wenn er sich danach frage, welche internationale Verständigung die meiste Garantie biete, um für Spanien den Status quo zu sichern und Angriffen dagegen vorzubeugen, so finde er als die einzige starke und wünschenswerte ein darauf bezügliches Einvernehmen zwischen Frankreich, Deutschland und Rußland. Ob und in welcher Weise etwas Derartiges möglich sei, erscheine ihm die wichtigste Frage für Spaniens Zukunft, und deshalb läge ihm daran, natürlich jetzt nur in ganz persönlicher und akademischer Form mir darüber seine Ansicht auszusprechen. Er erörterte den Gedanken, daß es für Spanien angesichts der Besorgnisse vor England am einfachsten wäre, sich ganz und gar in die Arme von Frankreich zu werfen und allein von dorther alle Hülfe zu erwarten. Diese Politik müsse er abweisen. Er wolle durchaus möglichst gute Beziehungen mit dem großen Nachbarlande, auf die Spanien auch in materiellen Fragen so dringlich angewiesen sei, aber sich politisch auf Gnade und Ungnade an Frankreich ergeben wolle er nicht. Außerdem sei er gewiß, daß dies ebensowenig der jetzigen französischen Politik entspräche. Man zeige für Spanien große Sympathien, sei in allen Punkten, die den Grenzverkehr beträfen, gefällig, benehme sich speziell in bezug auf die Karlisten, die von der französischen Grenze aus am meisten gefährlich werden könnten, so korrekt und freundschaftlich wie möglich, — aber von einer Tendenz, die französische Politik zugunsten Spaniens zu binden und

von eventuellen Gegenleistungen dafür sei keine Rede. Allein würden die Franzosen nichts tun wollen, um Spanien gegen England zu schützen. Dagegen wäre er überzeugt, daß Frankreich sich an einer allgemeineren Verständigung darüber beteiligen könnte. Diese könne nur mit Rußland und Deutschland wirksam sein. Dabei denke er nicht an eine offene Koalition, sondern an eventuell geheim zu haltendes und lediglich auf defensive Zwecke gerichtetes Einvernehmen, das aber ausreiche, um Spanien den Rücken zu stärken und nicht jeder englischen Zumutung preiszugeben.

Auf meine Frage, ob er denn schon über diese Dinge mit den Franzosen einen vertraulichen Gedankenaustausch herbeigeführt habe, erwiderte Herr Silvela mit bestimmter Verneinung. Er sagte, er hätte das nicht vor, ehe er nicht im allgemeinen wenigstens wissen könnte, ob und wie weit bei uns Geneigtheit dazu bestände, solchen Anregungen zu entsprechen. Ohne Deutschlands günstige Haltung wäre seiner Überzeugung nach etwas für Spanien Nützliches dabei nicht zu erhoffen. „Selbstverständlich“ — sagte er — „würde Deutschland, wenn es sich in dieser Weise für uns interessieren will, von unserer Seite auf volles Entgegenkommen für Wünsche zu rechnen haben, in denen wir uns ihm nützlich zeigen können. Eine solche Politik würde bei uns nur populär sein. Und die Punkte, über die wir uns dann weiter verständigen könnten, würden nicht fehlen.“

Ich habe mich zunächst darauf beschränkt, Herrn Silvela seine Gedanken entwickeln zu lassen und ihm meinerseits nur gesagt, solche Abmachungen, wie sie ihm vorschwebten, würden doch zu leicht als eine bedrohliche Koalition ausgelegt werden können und damit erst die Gefahr des Konflikts herbeiführen, die sie verhüten sollten. Der Minister meinte dazu, daß er diese Gefahr nicht verkenne, aber auch glaube, es könnte sich für eine rein defensive Verständigung immer die Form finden lassen, die jede Verletzung Dritter ausschließe. Er erinnere an die so lange bestandene und doch geheim gebliebene Abmachung mit Italien über die gemeinsamen Mittelmeerinteressen *. Übrigens habe er selbst noch keine bestimmtere Vorstellung über das formal Mögliche, er möchte nur erst klarer sehen, ob überhaupt, und zwar unter Hülfe von Deutschland, etwas geschehen könne. Ich habe ihm zu erwägen gegeben, daß gerade Deutschland bei aller Freundschaft für Spanien und seine alte Monarchie doch an den Mittelmeerfragen durch eigenes Interesse am wenigsten beteiligt sei und auch die Abwehr von Übergriffen irgendeiner einzelnen Macht gegen die dort bestehenden Verhältnisse in erster Linie solchen Staaten werde überlassen müssen, die direkt davon betroffen würden. Herr Silvela erklärte, er rechne nicht auf eine Initiative von unserer Seite, aber er wiederhole, ohne Beihülfe

---

* Vgl. Bd. VII, Kap. XLV, Nr. 1394, S. 53, Fußnote ** und Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914, Bd. I., S. 48 f.

von Deutschland ließe sich bei den jetzigen politischen Zuständen von Europa keine Garantie für die Zukunft Spaniens in dem von ihm erstrebten Sinne gewinnen. Er hoffe, wir würden noch über diese Fragen weiter uns unterhalten können.

Daß sich der Ministerpräsident in solchen Gedanken bewege, war mir schon vor kurzem von einem ihm persönlich nahestehenden spanischen Diplomaten gesagt worden. Von meinen hiesigen Kollegen dürfte bisher nur der österreichische, der Herrn Silvela am längsten und intimsten von uns kennt, mit ihm darüber vertraulich geredet haben. Graf Dubsky persönlich hegt über die Spanien von England her drohende Gefahr dieselbe Ansicht. Er zweifelt nicht daran, daß es zu den festliegenden Plänen der englischen Politik gehört, auf Spanien noch mehr festen Fuß zu fassen, und ist ebenso überzeugt davon, daß damit das Ende der spanischen Monarchie besiegelt sein würde.

Herr Silvela ist kein Phantast, sondern ein ziemlich nüchtern und advokatisch denkender Kopf, der sich lange die Dinge überlegt, die er ins Werk setzen will. Er sucht jetzt noch seinen Weg, auf dem aller Voraussicht nach die Geschicke Spaniens für längere Zeit als die gewöhnliche Durchschnittsdauer der früheren Ministerien geleitet werden sollen. Zu seinen Wünschen für die auswärtige Stellung Spaniens gehört jedenfalls, wie die oben wiedergegebenen Äußerungen beweisen, der des möglichst engen Einvernehmens mit Deutschland. Wie weit dem in unserem Interesse entgegengekommen werden kann, darf ich höherer Beurteilung anheimstellen.

Radowitz

Nr. 4206

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Madrid von Radowitz

Konzept

Nr. 34 Berlin, den 27. April 1899
Geheim

Antwort auf Bericht Nr. 62* und Telegramm Nr. 61**.

Der von Herrn Silvela zunächst akademisch besprochene Gedanke einer Annäherung zwischen Deutschland und Spanien behufs Wahrnehmung gemeinsamer Interessen ist für Deutschland weniger neu als für Spanien. Die Kaiserliche Regierung hat im Laufe der letzten 30 Jahre wiederholt und bei Anlässen der verschiedensten Art die Eventualität

* Siehe Nr. 4205.
** Nach Telegramm 61 vom 26. April hätte Silvela inzwischen auch mit dem französischen Botschafter Patenôtre und dem russischen Botschafter Schewitsch in gleichem Sinne wie mit Radowitz (vgl. Nr. 4205) gesprochen.

eines solchen Zusammengehens auf politischem oder wirtschaftlichem Gebiete erwogen oder auch angeregt, jedoch ohne praktisches Ergebnis. Die bekannte und vertrauenerweckende Persönlichkeit des Herrn Silvela bürgt mir dafür, daß der diesmalige von ihm ausgehende Gedankenaustausch ernst gemeint ist. Gleichwohl sehe ich zwei Hindernisse, die meiner Ansicht nach sich der sofortigen Verwirklichung des Vereinigungsgedankens entgegenstellen.

Erstens ist hier durch französische Äußerungen von autorisierter Seite bekannt, daß die französische Regierung mit Rücksicht auf die gegenwärtig in Frankreich noch herrschende Stimmung nicht riskieren würde, mit Deutschland eine feste, vertragsmäßige Abmachung mit der Spitze gegen einen Dritten zu schließen. Zu einem gelegentlichen, zufälligen Zusammengehen, wie solches im Jahre 1895 in Ostasien stattfand, würde Frankreich wohl allenfalls bereit sein. Deutschland würde sich aber heute für ein solches Zusammengehen, bei welchem jeder Beteiligte in jedem beliebigen Augenblicke abschwenken und seinen Separatfrieden schließen kann, schwerlich begeistern. Im Frühjahr 1895 waren England sowohl wie Amerika nicht kriegsbereit oder kriegslustig. Gegenwärtig liegen die Dinge anders. Heute würde deshalb Deutschland eine politische Richtung, die zum Kriege führen kann, nur dann in Erwägung ziehen können, wenn eine in jeder Hinsicht vollständige vertragsmäßige Sicherung gegen Überraschungen seitens der Aktionsgenossen vorläge. Daß eine derartige Sicherung durch die französische Regierung uns heute noch nicht gewährt werden würde, vielleicht mit Rücksicht auf die Volksstimmung auch nicht gewährt werden kann, davon wird Herr Silvela sich bald überzeugen, falls er die Frage in Paris angeregt hat. Die Nützlichkeit einer vollendeten Tatsache nachträglich zu erörtern, hat keinen praktischen Zweck, sonst würde ich dem Zweifel Ausdruck geben, ob Spanien durch die Anregung einer spanisch-französisch-deutsch-russischen Gruppierung, welche, wie gesagt, ohne sorgfältig erwogene vertragsmäßige Grundlage nicht denkbar ist, einen günstigen Eindruck bei der französischen Regierung macht. Daß der Zeitpunkt für eine Gruppierung, wo Deutschland und Frankreich zusammengehen, über kurz oder lang kommen wird, kann ich glauben, nicht aber, daß er schon gekommen ist.

Neben diesem politischen Hindernis sehe ich noch ein finanzielles Bedenken. Herr Silvela hat die großartige und schwere Arbeit der wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufrichtung Spaniens eben erst in die Hand genommen. Diese Arbeit kann wesentlich erschwert werden, wenn einer der großen Geldmärkte sich grade jetzt die Aufgabe stellt, die Entwickelung Spaniens zu stören. Ich erinnere daran, daß im Winter 1893/94 die italienische Rente durch die Anstrengungen der Pariser Börse vom Kurse von einigen 90 auf einige 70 zurückgedrängt wurde, weil Frankreich auf diese Art den Italienern die wirtschaftlichen Nachteile des Dreibundes veranschaulichen wollte. Der englische Geldmarkt,

welcher gelegentlich ähnliche Exekutionen an russischen Fonds vorgenommen hat, könnte, sobald irgend etwas von der geplanten Allianz Spaniens mit kontinentalen Mächten gegen England durchsickert, leicht auf den Gedanken kommen, einen gleichen finanziellen Druck Spanien gegenüber ins Werk zu setzen, in erster Linie, um allen spanischen Rüstungen zu Wasser und zu Lande einen Riegel vorzuschieben. Ich möchte kaum annehmen, daß die spanischen Finanzen heute schon einen solchen englischen Anprall ohne ernste Schädigung würden aushalten können.

Diese Erwägungen führen mich zu dem Ergebnis, daß der gegenwärtige Zeitpunkt sich für die Verwirklichung der von Herrn Silvela geplanten kontinentalen Vereinigung noch nicht eignet, vor allen Dingen auch deshalb nicht, weil ein allgemeines Bedürfnis dafür zurzeit nicht fühlbar ist, namentlich nicht in Frankreich. Die französische Erregung hatte zur Zeit der Faschodafrage den Höhepunkt erreicht; heute, nach dem Abschluß der französisch-englischen innerafrikanischen Abmachung*, ist eine Beruhigungspause eingetreten. Daß die französische Regierung selbst zur Zeit der höchsten Faschodaspannung bei uns keinerlei Sondierung wegen etwaigen Zusammengehens gemacht hat, ist ein Symptom, welches ich nicht unerwähnt lassen will, da seine Bedeutung einem Staatsmanne wie Herrn Silvela nicht entgehen wird.

Wenn einerseits der Augenblick für eine neue Gruppierung nicht geeignet scheint, so ist andererseits, wie gesagt, auch das momentane Bedürfnis dafür kein dringendes. Die Politik befindet sich dermalen im Zustande der Ruhe, und es ist nicht anzunehmen, daß grade jetzt im tiefen Frieden irgendeine Macht Besitzveränderungen im Mittelmeer, namentlich solche auf Kosten einer anderen europäischen Macht planen sollte.

Ew. bitte ich, Herrn Silvela bei Erörterung des Vorstehenden vor allem meinen Dank für das Vertrauen und die Sympathie, welche er der Regierung Seiner Majestät des Kaisers entgegenbringt, aussprechen zu wollen und ihm dabei zu sagen, daß er sich nicht entmutigen lassen soll, wenn seine ersten Sondierungen bei den anderen Kabinetten, insbesondere in Paris, einer Beurteilung begegnen, welche die unverzügliche Verwirklichung seines Gruppierungsgedankens ausschließt. Die Zeit läuft für den Gedanken und für Spanien, namentlich dann, wenn, wie ich hoffe und erwarte, Herr Silvela den Zwischenraum zwischen heute und der nächsten europäischen oder Weltkrisis dazu benutzt, um sein Vaterland wirtschaftlich auf die Erfüllung derjenigen Aufgaben vorzubereiten, ohne welche die Wahrung einer europäischen Machtstellung nicht denkbar ist.

Schließlich wollen Ew. Herrn Silvela erklären, daß Seine Majestät der Kaiser, welcher der neuen Entwickelung Spaniens und dessen

* Vgl. Bd. XIV, Kap. XCIII, Nr. 3943 nebst Fußnote*.

Rückkehr zu den traditionellen Gebieten der europäischen Politik mit aufrichtiger Sympathie und mit lebhaftem Interesse folgt, keinerlei Verbindlichkeit hat, noch einzugehen beabsichtigt, durch die für die Zukunft ein Keil zwischen Deutschland und Spanien eingetrieben werden könnte.

Bülow

Nr. 4207

Der Botschafter in Madrid von Radowitz an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 71
Geheim

Madrid, den 5. Mai 1899

Mit Herrn Silvela habe ich gemäß den mir erteilten hohen Weisungen eine lange Unterredung gehabt, in der alle im Erlasse Nr. 34 vom 27. v. Mts.* zur Sprache gebrachten Punkte eingehende Erörterung gefunden haben. Der spanische Ministerpräsident folgte der Darlegung unserer Auffassung über die von ihm ausgegangenen Anregungen mit dem größten Interesse und legte volles Verständnis dafür an den Tag. Er drückte mir dann seinen lebhaften Dank für diese Mitteilungen aus und erklärte, daß sie alles enthielten, was er für jetzt zugunsten der von ihm der Königin angeratenen Politik von unserer Seite hätte erwarten können, und daß er sich nun um so mehr dazu ermutigt fühle, in dieser Richtung zu verharren und der Zukunft entgegenzusehen. Von großem Werte sei ihm der von der Kaiserlichen Regierung ausgesprochene Eindruck, daß zurzeit in der ganzen europäischen Lage eine Beruhigungspause eingetreten und nicht anzunehmen sei, daß jetzt in tiefem Frieden irgendeine Macht Besitzveränderungen im Mittelmeer auf Kosten einer anderen europäischen Macht planen könne. Er verlange und hoffe für Spanien nichts anderes, als daß man es mit seinem dermaligen Besitzstande in Ruhe und Frieden und ihm die Zeit lasse, seine Kräfte nach innen und außen wieder zu sammeln. Wenn eine Bedrohung durch England gegenwärtig nicht zu fürchten sei, tant mieux. Er werde vor allem danach streben, Spanien in der Friedenszeit wirtschaftlich und in seiner Verteidigungsfähigkeit zu stärken. Für die Eventualitäten der Zukunft aber suche er nach wie vor das Heil und die Sicherheit des Landes in der Anlehnung an die Kontinentalmächte, und es erfülle ihn mit bester Hoffnung, diesen Gedanken von unserer Seite gebilligt zu sehen. Er verstehe vollkommen, daß die Möglichkeit des engeren Einverständnisses zwischen uns und Frankreich als Basis einer

---

* Siehe Nr. 4206.

kontinentalen Gruppierung nur langsam und allmählich reifen könne, und er sei auch ganz darauf vorbereitet, aus Paris vorläufig keinerlei positive Zusagen zu erhalten. Was er erfahre, werde er mir stets im Vertrauen mitteilen, auch alles, was etwa von englischer Seite demnächst wieder an ihn herantreten könne. Er bitte um weitere Erhaltung und Betätigung des von uns ihm durch die bisher gemachten Mitteilungen gezeigten Vertrauens, in dem er die wertvollste Unterstützung für seine eigenen politischen Bestrebungen finde.

Herr Silvela hat dann der Königin von unserem Gespräche Meldung erstattet und heute im Auftrage Ihrer Majestät mich besonders darum ersucht, den persönlichen Dank der hohen Frau für die wohlwollenden Erklärungen Seiner Majestät des Kaisers und Königs, welche im Schlußsatze des Erlasses vom 27. v. Mts. zum Ausdruck gelangt sind, zu übermitteln. Die Königin sei davon außerordentlich wohltuend berührt worden und schaue nun auch mit viel größerer Zuversicht in die Zukunft.

Der französische Botschafter wird in den nächsten Tagen aus Paris zurückerwartet, während sich die Rückkehr des englischen auf seinen hiesigen Posten noch immer verzögert.

Radowitz

Nr. 4208

Der Botschafter in Madrid von Radowitz an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 75 Madrid, den 10. Mai 1899
Geheim

Der französische Botschafter, der soeben vom Urlaub hierher zurückgekehrt ist, hat Herrn Silvela als vorläufige Antwort auf seine Anregung eines Einverständnisses unter den Kontinentalmächten folgendes gesagt: Er habe sich in Paris selbst nur ganz kurz aufgehalten und mit Herrn Delcassé deshalb nicht eingehend genug über die Sache sprechen können. Der Minister habe ihn aber beauftragt, die freundschaftlichsten Gesinnungen der französischen Regierung für Spanien zum Ausdruck zu bringen und zu versichern, daß man von französischer Seite in der durchaus günstigen Haltung gegenüber Spanien verharren werde. Was die Einleitung eines förmlichen Einvernehmens zwischen den Kontinentalmächten im Interesse der Erhaltung der spanischen Integrität betreffe, so sei das unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine „sehr delikate" Frage, und die französische Regierung müsse sich

vor allem vorbehalten, darüber erst mit der russischen in Gedankenaustausch zu treten. Herr Delcassé wünsche das aber nicht jetzt auf schriftlichem Wege, sondern womöglich durch persönliche Besprechung mit dem Grafen Murawiew zu tun. Er hoffe, mit dem russischen Minister des Äußern in einiger Zeit eine Zusammenkunft zu haben, und werde dann sehen, was in der Sache weiter geschehen könne.

Herr Silvela, der mir dies heute ganz vertraulich mitteilte, faßt es als eine „dilatorische" Antwort auf, die er fürs erste kaum anders erwartet hätte.

Er hatte Herrn Patenôtre davon in Kenntnis gesetzt, daß er auch mir, dem russischen und dem österreichischen Botschafter die gleichen Eröffnungen über die von ihm gewünschte Anlehnung an die Kontinentalmächte gemacht habe. Die ihm inzwischen durch mich erteilte Antwort hat er dann, wie er mir sagt, den genannten Vertretern als eine sehr freundschaftliche und befriedigende bezeichnet, wobei jedoch von unserer Seite bindende Abmachungen, zu denen noch kein drängender Anlaß vorliege, jetzt nicht als angezeigt erachtet würden. Nur habe er den Eindruck, daß Deutschland gegebenen Falles von einem Einvernehmen unter den Mächten sich nicht ausschließen würde.

Diese Auffassung habe ich meinen Kollegen von Österreich und Rußland, die mich darüber befragt haben, als richtig zugegeben. Der französische Botschafter hat mit mir noch nicht davon gesprochen, was ich zunächst abwarten würde.

Ich bemerke noch, daß Herr Silvela absichtlich nichts von diesen vertraulichen Sondierungen nach Italien hin verlauten lassen will, weil er dort der Diskretion gegenüber England nicht sicher genug zu sein glaubt.

Radowitz

Nr. 4209

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Madrid von Radowitz

Konzept

Nr. 39 Berlin, den 16. Mai 1899

Ganz vertraulich

Daß Ew. Exzellenz die von Herrn Silvela angeregte Idee der Bildung eines Defensivbundes durch eine Gruppe von Kontinentalstaaten nicht mit dem französischen Botschafter berührt haben, entspricht durchaus meiner Ansicht von der Behandlung dieser Angelegenheit. Ich halte nicht für ausgeschlossen, daß der französische Botschafter seinerseits eine Gelegenheit ergreift, um zu sondieren, wie Ew. sich die Modalitäten des Zusammenschlusses dieser Staatengruppen denken. Dagegen

erwarte ich kaum, daß Frankreich in absehbarer Zeit wirklich auf eine Kombination eingehen sollte, deren Existenzzweck die gegenseitige Garantie des dermaligen Besitzstandes der vertragschließenden Staaten sein würde. Die Zustimmung Frankreichs zu einer solchen Abmachung würde eine Umwälzung in der Politik des Erdballs bedeuten, auf die wir uns wohl noch nicht vorzubereiten brauchen.

Leichter erreichbar würde vielleicht eine Kontinentalgruppe sein, von welcher Deutschland ausgenommen, bei welcher daher Frankreich die Notwendigkeit der Garantie des deutschen Besitzstandes erspart bliebe. Fraglich ist jedoch, ob Rußland, Frankreich und Spanien sich stark genug fühlen würden, um ohne Deutschland den Kampf mit England auf der See zu wagen, namentlich solange dieses noch in den gegenwärtigen nahen Beziehungen zu Amerika bleibt.

Unter diesen Umständen möchte ich annehmen, daß der Gedanke des Herrn Silvela, eine Gruppe von Kontinentalmächten für einen gemeinsamen Verteidigungszweck zu bilden, noch weit hin hat bis zur Verwirklichung. Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers aber, stets geneigt, bei Verteidigungszwecken mitzuwirken, hat auch in diesem Falle ihren guten Willen gezeigt.

Bülow

Nr. 4210

Der Botschafter in Madrid von Radowitz an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 86 — Madrid, den 28. Mai 1899

Ganz vertraulich

Der spanische Botschafter in Paris Herr Leon y Castillo hat sich einige Tage hier aufgehalten, um mit dem Ministerpräsidenten sich über sein definitives Verbleiben auf dem dortigen Posten zu verständigen. Herr Leon y Castillo hatte als früherer liberaler Minister und Anhänger von Sagasta, wie es bisher immer gebräuchlich gewesen, seine Entlassung eingereicht, war aber auf ausdrückliches Verlangen der Königin und des Herrn Silvela noch einstweilen im Amte geblieben. Nunmehr ist es entschieden, daß er unbeschadet seiner weiteren Zugehörigkeit zur liberalen Gruppe im Senate die Botschafterstellung in Paris beibehält.

Herr Leon y Castillo war von den Anregungen des Herrn Silvela über Bildung einer defensiven Kontinentalallianz unterrichtet gewesen und hat hier nun über diese Frage der Königin und dem Ministerpräsidenten mündlich Bericht erstattet, worüber ich folgende ganz vertrau-

liche Mitteilungen erhalten habe, die mir auch durch seine eigenen Äußerungen bei einer Unterredung hier bestätigt worden sind.

Der spanische Botschafter findet, daß zurzeit auf irgendwelche Entschließungen des französischen Kabinetts in Fragen der großen auswärtigen Politik überhaupt nicht zu zählen sei. Die jetzigen Minister* seien verständige Leute, aber noch so wenig sicher ihrer selbst und der ganzen inneren Situation, daß sie keine gewagten Verantwortungen auf sich nehmen würden. Sie wollten jetzt nur Ruhe nach allen Seiten hin und freie Hand für das Ausstellungsjahr.

Trotzdem, hat Herr Leon y Castillo erklärt, sei es seine Überzeugung, daß Frankreich sich auf einem Wege befinde, der, wenn auch erst in Etappen, zur engeren Verständigung mit Deutschland führen müsse. Immer größer werde die Zahl der einsichtigen französischen Politiker, zu denen er auch Herrn Delcassé rechne, die das für nötig hielten. Man sei nun so ziemlich in allen Kreisen davon überzeugt, daß Rußland zum Revanchekriege gegen Deutschland nicht zu haben sei: die feste Kombination mit Rußland und Deutschland erscheine daher für Frankreich die sicherste Bürgschaft der Zukunft. Dagegen existiere allerdings in Paris eine starke Strömung — Herr Leon y Castillo meint, daß diese gerade jetzt von England aus gefördert werde — um eine englische Allianz oder wenigstens ein Einverständnis mit England, das die Annäherung an Deutschland überflüssig machen werde, zu betreiben. Auf alle Art suche man von englischer Seite das Mißtrauen zwischen Frankreich und Deutschland aufrechtzuerhalten, beginnendes Einverständnis zu stören. Dafür werde in vielen politischen Kreisen, in der hohen Gesellschaft und in der literarischen Welt gearbeitet. Ein einflußreicher Wortführer dieser Richtung, Graf Chaudordy, sei eben gestorben, es blieben aber noch genug übrig, um den Fortschritt der anderen Tendenzen, die er trotzdem für die stärkeren halte, zu erschweren.

In der Anwendung auf Spanien hat Herr Leon y Castillo, der bisher immer ein unbedingter und ausschließlicher Franzosenfreund gewesen ist, jetzt hier sich ebenfalls wie Herr Silvela dahin erklärt, daß an der Intimität mit Frankreich festgehalten, aber vor allem dafür auch die Unterstützung von Deutschland gesucht werden müsse. Nur in dieser Sicherheit würden die Franzosen ernstlich für Spanien ins Zeug gehen, ohne dem täten sie nichts. Die französisch-englische Allianz könne unmöglich im Interesse Spaniens liegen: es werde unvermeidlich dabei der leidende Teil sein und die Kosten der Verständigung zu tragen haben. Solche Gefahren fielen für Spanien bei einer Kombination mit Frankreich, Rußland und Deutschland weg: dabei allein käme auch Spanien in die natürliche Lage, seine Bedeutung für Erhaltung des Weltfriedens zu verwerten.

---

* Es handelt sich um das Kabinett Dupuy (seit 1. November 1898), das aber schon am 22. Juni 1899 dem Kabinett Waldeck-Rousseau Platz machte. In beiden Kabinetten bekleidete Delcassé das Äußere.

In diesem Ideengange stimmen hier jetzt die Königin, der Ministerpräsident und außerdem der Chef der liberalen Partei, Herr Sagasta, mit dem Leon y Castillo darüber sich ausgesprochen hat, überein. Herr Silvela hat demnach den nach Paris zurückkehrenden Botschafter dahin instruiert, er solle an dieser Linie festhalten und bei jeder Gelegenheit dort sagen, daß Spanien nach wie vor den möglichst engen Anschluß an Frankreich wünsche, aber als das Erstrebenswerte den Zusammenhang mit einem festgelegten kontinentalen Defensivbündnis betrachte, in dem Deutschland das Mittelglied sein müsse. An eine etwaige Allianz zwischen England und Frankreich könne Spanien sich nicht angliedern. Herr Leon y Castillo möge seinerseits, wo und wie er es vermöge, dazu beizutragen suchen, daß die Keime einer französisch-deutschen Verständigung sich weiter entwickelten, und alle seine Beobachtungen darüber berichten.

Vorderhand, sagte mir Herr Silvela, hoffe er nur, von England in Ruhe gelassen zu werden und sich mit dem Aufbau der hiesigen inneren Politik beschäftigen zu können, immer in dem Wunsche und dem Bestreben, der äußeren die Richtung zu geben, die in den erwähnten Weisungen an Leon y Castillo bezeichnet sei. Für die freundschaftliche und ermutigende Aufnahme seiner bisherigen Anregungen durch die Kaiserliche Regierung könne er nur den wärmsten Dank wiederholen.

Ich bemerke dazu, daß mein hiesiger französischer Kollege, der im übrigen sichtlich bestrebt ist, mit mir persönlich und geschäftlich die besten Beziehungen zu unterhalten, und über alle hiesigen Dinge mit mir spricht, bisher nicht das Thema einer gemeinsamen Haltung unserer Regierungen in Fragen der großen Politik berührt hat. Ich werde weiter abwarten, ob und wie das von seiner Seite geschehen wird. Herr Patenôtre hat auch mit Herrn Leon y Castillo bei dessen kurzer hiesiger Anwesenheit keine Aussprache gehabt, ihn überhaupt nicht gesehen.

Von Herrn Silvela werde ich wohl auch in Zukunft über die Eindrücke vertraulich unterrichtet werden, die ihm über die Pariser Stimmung zugehen.

Radowitz

Nr. 4211

Der Botschafter in Madrid von Radowitz, z. Z. in San Sebastian, an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 149 San Sebastian, den 12. August 1899
Ganz vertraulich

Die Königin-Regentin ist ebenso wie der junge König von dem Aufenthalte am Meere, den sie so lange hat entbehren müssen, sehr ge-

kräftigt und erfreut sich jetzt der besten Gesundheit. Ihre Majestät äußerte mir gegenüber die Zuversicht, daß der Sommer für Spanien ruhig verlaufen und man dann im Spätherbst mit weniger Aufgeregtheit an die definitive Ordnung der großen Finanzfragen, die jetzt die Hauptsache seien, herantreten werde. Sie hege das Vertrauen zu Herrn Silvela, daß er die schwere von ihm übernommene Aufgabe durchführen könne, nachdem er jetzt noch einige Erfahrungen über die Stimmung im Lande gemacht habe und vielleicht sein Ministerium danach etwas umgestalten werde. Von Karlisten und Republikanern fürchte sie keine ernsteren Störungen.

In bezug auf die auswärtigen Verhältnisse hob Ihre Majestät vor allem hervor, wie erfreut sie über die gegenwärtigen guten und aufrichtigen Beziehungen mit Deutschland sei, die sie sich immer so gewünscht gehabt habe. Die Karolinenabmachung* werde jetzt vom ganzen Lande gebilligt und ebenso die Wiederherstellung normaler Handelsbeziehungen. Von den übrigen Mächten erhalte sie auch Beweise wirklichen Wohlwollens, namentlich sei die französische Regierung andauernd bemüht, durch Überwachung des Grenzverkehrs die karlistischen Umtriebe, die sonst immer von den benachbarten französischen Distrikten ausgegangen seien, zu vereiteln. Nur gegenüber England sei ihr Mißtrauen nicht verringert. Sie habe zu viele und zu sichere Nachweise über die Rolle, die England während des unglücklichen Krieges mit Amerika gespielt habe, und über die Ziele, die bezüglich Spaniens noch weiter von der englischen Politik verfolgt würden. Man werde auf englischer Seite immer suchen, Streitpunkte mit Spanien offenzuhalten, um bei der ersten möglichen Gelegenheit sich etwas von spanischem Besitz nehmen zu können. Sie empfehle ihren Ministern die größte Vorsicht in Behandlung von Fragen, die England betreffen, aber einen wirklichen Schutz gegen Überraschungen der Zukunft könne Spanien nur in dem Maße des Interesses finden[1], das die Kontinentalmächte in die Erhaltung seiner Integrität setzten.

Dabei kam die Königin auf die von ihr und Herrn Silvela wiederholentlich erörterten Wünsche und Gedanken über die Möglichkeit einer kontinentalen Defensivabmachung zurück und sagte, sie sei immer damit beschäftigt, beobachte jedes Symptom, das ihr ein Fortschritt auf diesem Wege zu sein scheine, und bleibe in der Überzeugung, daß die ganze Entwickelung der europäischen Politik dahin führe. Sie verstehe vollständig, daß das entscheidende Wort über eine ausreichende Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich als Basis jeder wirksamen Kontinentalverständigung bei den Franzosen liege, und daß Deutschland in dieser Hinsicht noch erheblich größere Sicherheit verlangen müsse, als wie die gegenwärtige Lage einschlösse. Aber sie habe allen Grund zu der Annahme, und das bäte sie mich, Seiner Majestät

* Vgl. Kap. XCVIII.

dem Kaiser in ihrem Namen zu melden —, daß in der ernsthaftesten Weise in leitenden Kreisen von Frankreich der Gedanke der Verständigung mit Deutschland erwogen werde und man nach der möglichen „Formel“ dafür suche. Diese würde durch alles außerordentlich erleichtert werden, was von Deutschland zugunsten von Elsaß-Lothringen geschehen könne: an die Wiedererlangung der abgetretenen Provinzen denke kein halbwegs verständiger französischer Politiker mehr, aber es schwebe diesen nach ihren Eindrücken eine Form größerer Selbständigkeit für das Reichsland vor, die dessen Ehrgefühl — oder der Eitelkeit — mehr Rechnung trüge [2]. „Wenn z. B.,“ sagte die Königin, „der Schwager des Deutschen Kaisers an die Spitze von Elsaß-Lothringen gestellt und dabei mehr den übrigen deutschen Bundesfürsten assimiliert werden könnte [3], so wäre das nach meiner bestimmten und begründeten Überzeugung allein eine Tatsache, die auch auf die französische Stimmung sehr großen Eindruck machen würde [4]. Nicht nur die Elsaß-Lothringer [5], sondern auch die Franzosen wären damit geschmeichelt: man kann bei dieser Nation das gewaltige Imponderabile der nationalen Eitelkeit nicht hoch genug anschlagen.“

Ich habe mich diesen Äußerungen der Königin gegenüber reserviert und skeptisch verhalten und Ihrer Majestät nicht verhehlt, daß nach meiner persönlichen Ansicht die Entfernung von einer aufrichtigen, als sicherer politischer Faktor in Berechnung zu ziehenden Verständigung mit Frankreich für uns doch wohl bis jetzt noch größer sei, als wie sie anzunehmen scheine, und daß jedenfalls für uns in der Behandlung dieser schweren Frage viele Vorsicht und Kritik geboten bleibe. Da die hohe Frau aber darauf bestand, daß ich ihre Meinung darüber zu allerhöchster Kenntnis bringen solle, so habe ich die ehrerbietige Berichterstattung darüber nicht unterlassen wollen. Die Königin-Regentin hat persönlich eine klare und kluge Auffassung der Dinge und läßt nicht leicht einen einmal fest gefaßten Gedanken los. Sie hat auch offenbar jetzt seit dem Kriege neue vertrauliche Anknüpfungen nach Frankreich hin, die sie früher weniger gesucht hatte, weil sie von dort kommende republikanische Strömungen zu sehr fürchtete. Jetzt glaubt sie aufrichtig, daß der französischen Politik an der Erhaltung, nicht an Beseitigung der Monarchie in Spanien gelegen sei, und daß Frankreich im Gegensatz zu England die Integrität des nach Verlust der Kolonien verbliebenen spanischen Besitzes im eigenen Interesse wünschen müsse. Aber ihr erscheint die französische Freundschaft nur dann als eine Garantie für die Zukunft, wenn Deutschland dahintersteht.

Immerhin könnten Mitteilungen und Beobachtungen, die von der Königin-Regentin auf Grund ihrer französischen Nachrichten kommen, einen Informationswert für uns haben [6] und es wünschenswert machen, das Vertrauen Ihrer Majestät für solche Äußerungen uns zu erhalten.

Radowitz

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

1 ?!

2 Dummes Zeug! Die Eitelkeit, dieser Haupt Teufel der Gallier, muß eben von ihnen selbst besiegt werden! Das Reichsland ist deutsch und wir werden bei uns zu Hause thun was uns beliebt und geht das Frankreich nichts mehr an

3 Das ist ja jetzt mit dem Statthalter schon thatsächlich der Fall

4 Unsinn!

5 Die Hohe Frau hat anscheinend keine Ahnung von den Verhältnissen des Statthalters und der Reichslande!

6 ja

Nr. 4212

Der Botschafter in Madrid von Radowitz, z. Z. in San Sebastian, an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 179 San Sebastian, den 5. Oktober 1899

Vertraulich

Graf Murawiew ist gestern aus Biarritz hier eingetroffen, von der Königin-Regentin empfangen worden und dann nach einer längeren Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Silvela, der zu diesem Zwecke seinen hiesigen Aufenthalt verlängert hatte, gleich wieder zurückgereist. Der Minister gedenkt noch längere Zeit in Biarritz zu verbleiben.

Dieser Besuch war erst vor einigen Tagen durch den russischen Botschafter, der seinerseits aus Madrid hierherkam, eingeleitet worden und entsprang, wie mir Graf Murawiew selbst sagte, nur der Absicht, der Königin-Regentin eine Höflichkeit zu erweisen und ihr die persönlichen Sympathien des Kaisers auszudrücken. Er habe nicht erst vorher deswegen bei dem Kaiser angefragt, sei aber sicher, den allerhöchsten Intentionen entsprochen zu haben, denn der Kaiser hege eine aufrichtige Bewunderung für die Königin-Regentin.

Über die Besprechungen mit dem Grafen Murawiew hat mir dann Herr Silvela gleich nach dessen Abreise folgendes vertraulich mitgeteilt:

Er bestätigte, daß der Besuch ohne alle Vorbereitung und lediglich als ein Akt der Courtoisie seitens des russischen Ministers erfolgt sei, und daß die Königin sich sehr darüber gefreut habe. Graf Murawiew habe der Sympathie des Kaisers für Ihre Majestät lebhaften Ausdruck gegeben und die Hoffnung geäußert, daß Spanien nach den schmerzlichen Erfahrungen des letzten Jahres nun einer ruhigen und gedeihlichen Entwicklung entgegengehen werde[1]. Dazu wäre die intakte Erhaltung der gegenwärtigen Monarchie in Spanien, für die der Kaiser sich besonders interessiere[2], Vorbedingung. Die russische Regierung lasse es sich angelegen sein, in demselben Sinne auch auf die französische einzuwirken, und er glaube versichern zu können, daß man in

Paris die besten Absichten für Unterstützung des monarchischen Systems auf der Pyrenäenhalbinsel hege. Der Minister habe dann eingehend über die russischen Beziehungen mit Frankreich sich geäußert, diese als andauernd intime bezeichnet und besonders bemerkt, daß Gerüchte über eine eingetretene Abkühlung unrichtig gewesen seien. Dafür hätte auch der Besuch des Herrn Delcassé in Petersburg Zeugnis ablegen sollen *. Er halte die russische Intimität mit Frankreich für notwendig zur Wahrung des europäischen Friedens [3]. Rußlands Freundschaft sei nur um diesen Preis zu haben, es würde keine französische Kriegspolitik unterstützen, das wisse man auch in Paris, und alle verständigen Franzosen seien damit einverstanden. Spanien könne er nur raten, sich auf den besten Fuß mit Frankreich zu stellen, wobei alle seine Interessen gewinnen würden. Graf Murawiew habe dann von den russischen Beziehungen mit Deutschland gesprochen und diese durchaus befriedigende und freundschaftliche genannt. Speziell habe er seine gute persönliche Bekanntschaft mit dem Staatssekretär Grafen von Bülow erwähnt, die auch in den politischen Verkehr volles gegenseitiges Vertrauen übertrage [4]. Als Herr Silvela seine Meinung über die Chancen einer größeren Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland wissen wollte, habe Graf Murawiew dies als ein „sehr schwieriges Problem“ bezeichnet, das nur mit der Zeit und langsam reifen könne. Auch wenn eine französische Regierung in dieser Richtung weitergehen wolle, würde sie noch eine Macht der öffentlichen Meinung gegen sich haben [5], der vorläufig keine dortige Staatsleitung gewachsen sei. Übrigens meine er, daß jetzt keine europäischen Fragen vorlägen oder so leicht entstehen könnten, die zu einem Gegensatze zwischen Frankreich und Deutschland führen müßten. Vor allem stände nun das große Ausstellungsjahr bevor, und das sei zunächst, was Frankreich anlange, die beste Friedensgarantie [6].

Entschiedene Zurückhaltung habe sich Graf Murawiew in den Äußerungen über England auferlegt. Es habe ihm den Eindruck gemacht, daß der russische Minister es habe vermeiden wollen, in feindlichem oder unfreundlichem Tone über das Verhältnis mit England zu sprechen, und daß er deshalb lieber gar nichts gesagt habe. Nur die im vorigen Jahre (bekanntlich durch Sir Henry Drummond-Wolff) in Umlauf gebrachte Erfindung, daß Rußland Absichten auf Ceuta hätte, habe er erwähnt, als ein Beispiel dafür, wie viel politischer Unsinn aus englischen Quellen in die Welt gesetzt werde. Rußland habe nicht die mindeste Lust dazu, irgendwo Kolonien oder Niederlassungen zu erwerben: ihm genügten seine großen asiatischen Aufgaben, für die es seine Kräfte und sein Geld spare [7]. Den Transvaalkrieg ** habe er als unvermeidlich erklärt, da England ihn bestimmt haben wolle, und be-

---

* Vgl. darüber Bd. XIII, Kap. LXXXIX, Nr. 3577 ff.
** Vgl. Kap. CI.

merkt, daß sich daran noch manche Folgen für die allgemeine Politik knüpfen könnten [8]. Auch von Marokko sei die Rede gewesen. Graf Murawiew habe hervorgehoben, daß Rußland, das absolut kein anderes eigenes Interesse in den nordafrikanischen Angelegenheiten wahrzunehmen habe, doch wünschen müsse, nichts dort an dem gegenwärtigen Stande der Dinge geändert zu sehen, ohne Einverständnis unter den europäischen Mächten darüber. Er glaube zwar nicht, daß eine Umwälzung in Marokko schon so nahe bevorstände. Man müsse aber die dortigen Zustände gut im Auge behalten.

Ich vermute, daß Graf Murawiew auch daran den Rat für Spanien geknüpft haben wird, sich über Marokko vor allem mit Frankreich zu verständigen.

Der Gesamteindruck, den Herr Silvela von seiner Begegnung mit dem russischen Minister hatte, ist jedenfalls ein befriedigender gewesen. Er habe ihn, sagt er, nur darin bestärken können, in der bisherigen Richtung seiner auswärtigen Politik zu verbleiben, d. h. in dem, was er die „Kontinentalanlehnung“ nennt, und was die Hoffnung zum Grunde hat, daß Spanien vor den Angriffen von England durch die gemeinsame Beschützung der Kontinentalmächte bewahrt bleiben werde. Freilich sei ihm darüber von keiner Seite — auch jetzt von Graf Murawiew nicht — etwas Konkretes gesagt oder versprochen worden, und er sehe vollständig ein, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Europa das auch nicht möglich sei. Immerhin habe er die Empfindung, daß die Kontinentalmächte ein wärmeres Interesse als wie früher an der Erhaltung des gegenwärtigen Spaniens nähmen und weiter nehmen würden.

Ich gestatte mir dazu zu bemerken, daß auch die Königin-Regentin mir, als ich sie nach der Rückkehr von Urlaub zuerst wiedersah, in demselben Sinne sich schon ausgesprochen hatte. Sie sei mit Herrn Silvela darin einverstanden, daß man vor allem die Beziehungen zu den Kontinentalmächten weiterpflegen, sich finanziell und wirtschaftlich erholen und die Eventualitäten der Zukunft ruhig abwarten solle. Die Königin hatte dabei hervorgehoben, wie dankbar sie dafür sei, daß die freundlichen Gesinnungen, die ihr und Spanien jetzt von Deutschland aus entgegengebracht würden, diese Politik ermöglichten.

In der hiesigen Presse ist natürlich der Besuch des Grafen Murawiew viel kommentiert worden. Die ministerielle „Epoca“ sagt in einem offiziösen Artikel darüber, daß er sich hinreichend aus dem Wunsche, der Königin-Regentin eine Höflichkeit zu erweisen, erkläre, daß auch die Teilnahme Spaniens an der Haager Konferenz* den Anlaß zur persönlichen Bekanntschaft zwischen den beiden leitenden Staatsmännern gegeben habe, daß es aber überflüssig sei, dabei nach anderen politischen Kombinationen zu suchen, wie es einzelne Blätter täten, die

---

* Vgl. Kap. C.

schon von den einleitenden Schritten zur Gestaltung einer Kontinentalallianz gegen England sprächen. Spanien habe jetzt keine aktive auswärtige Politik zu treiben, sondern müsse sich, wie Rußland 1856, „konzentrieren“ [9].

Das schließt jedoch nicht aus, daß der Gedanke der notwendigen „Anlehnung“ Spaniens an die Kontinentalmächte vielfach in der Presse jetzt weiter verarbeitet wird, und daß dabei von oben herab die Tendenz obwaltet, die Stimmung im Lande darüber zu sondieren.

Radowitz

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Donnerwetter ist das ein Optimist!

[2] hoffentlich wird seinerzeit einmal das „Intresse“ greifbarer sein als bei Faschoda!

[3] O!! glücklicher Weise sind wir auch zufällig noch da!

[4] ich gratulire von Herzen! Welch gute Meinung er doch von sich hat

[5] mit Hülfe Russischer Rubel?!

[6] nette Aussichten für wen sie vorbei ist! *

[7] ?

[8] Das ist richtig

[9] Centrum ist schon genug dort vorhanden

Schlußbemerkung des Kaisers:

Die Salbungsvollen Phrasen Mouraviews kenne ich Wort für Wort auswendig. Das ist alles blauer Dunst und unglaubliche Oberflächlichkeit, gepaart mit einer großen Portion von Leichtsinn! Und auf das Zeug fällt natürlich jeder Romane hinein, weil er es für baare Münze nimmt.

Nr. 4213

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 454 St. Petersburg, den 24. Oktober 1899

Ich hatte Gelegenheit, Einblick in einen Bericht zu nehmen, den der österreichisch-ungarische Geschäftsträger in Spanien Graf Koziebrodzki unter dem 5. d. Mts. aus San Sebastian an seine Regierung gesandt hat.

Er meldet darin auf Grund einer Unterredung mit Herrn Silvela, daß in den politischen Gesprächen zwischen dem spanischen Ministerpräsidenten und Graf Murawiew die Frage des Anschlusses Spaniens an die Zentralmächte berührt worden sei. Graf Murawiew habe großes Entgegenkommen gezeigt und versprochen, daß, falls der Plan einer Einigung der Kontinentalmächte gegen England greifbare Gestalt annehmen sollte, Spanien mit in die Kombination gezogen werden solle. Das Schwierige dabei sei vor allem, Frankreich und Deutschland

---

* Berliner Mundart. Soll heißen: Nette Aussichten für den Betreffenden, wenn sie (d. h. die Ausstellung) erst vorbei ist.

zusammenzuspannen. Die französische Regierung wünsche im Herzen ein Zusammengehen mit Deutschland, doch fürchte sie die öffentliche Meinung im Lande.

Der Kaiserliche Botschafter von Radowitz habe ihm, dem Grafen Koziebrodzki, vorstehende Angabe mit dem Hinzufügen bestätigt, Graf Murawiew habe dem spanischen Minister den Rat gegeben, sich politisch ganz an Frankreich anzuschließen. In der dynastischen Frage werde die Königin-Regentin, für welche Kaiser Nikolaus große Verehrung und Bewunderung hege, bei Rußland stets auf Unterstützung rechnen können.

Tschirschky

Nr. 4214

Der Botschafter in Madrid von Radowitz an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 13 Madrid, den 4. Februar 1900

Ganz vertraulich

In einer Unterredung, die ich vorgestern mit der Königin-Regentin hatte, berührte Ihre Majestät das mit Vorliebe von ihr behandelte Thema der Beziehungen unter den großen Kontinentalmächten und erkundigte sich namentlich, ob ich etwas Neues wüßte über unser jetziges Verhältnis zu Frankreich? Ich habe erwidert, darüber hätte ich keine besonderen Nachrichten und erwartete solche auch nicht, könnte also nur eine persönliche Anschauung äußern. Da ich aber wüßte, daß Ihre Majestät genau die französische Tagespresse verfolge und sich über die Stimmungen in Paris berichten lasse, so setzte ich voraus, sie werde selbst schon aus allem, was in letzter Zeit von dort her gekommen, den Eindruck davon haben, wie notwendig es für uns sei, mit Vorsicht und kühler Wahrung unserer eigenen Interessen die Beziehungen zu den Franzosen zu pflegen und bei allem guten Willen und dem unveränderten Wunsche nach freundschaftlichem Zusammengehen uns von Illusionen über das Maß der dortigen Aufrichtigkeit freizuhalten. Die Tendenz, Deutschland mit England unter Ausnutzung der gegenwärtigen südafrikanischen Verlegenheiten zu verhetzen*, sei doch auf französischer Seite deutlicher hervorgetreten als wie die, mit uns beiderseitig befriedigende politische Geschäfte machen zu wollen.

Die Königin bemerkte, sie habe allerdings in letzter Zeit auch wahrgenommen, daß man in Frankreich jetzt am meisten wünsche, es möchten andere Mächte, in erster Linie Deutschland, sich mit den Engländern verfeinden, während die Franzosen selbst sich nicht direkt einmischen und zunächst den Gewinn ihrer großen Ausstellung einheimsen könnten. Sie begreife vollständig unsere kluge und ruhige Politik und

* Vgl. Kap. CIII.

sei überzeugt, daß damit jetzt allen europäischen Friedensinteressen am meisten gedient werde.

Ganz vertraulich wolle sie mir aber noch einen Eindruck aussprechen, den sie aus verschiedenen Beobachtungen gewonnen habe, nämlich daß jede größere Intimität zwischen Frankreich und Deutschland von der russischen Politik, und ganz speziell vom Grafen Murawiew, ungern gesehen und zu hindern gesucht werde[1]. Schon bei ihrer Begegnung mit Graf Murawiew im Sommer in San Sebastian * habe sie bemerken können, daß der russische Minister gegen die Möglichkeit einer festen Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich ein gewisses Widerstreben empfunden habe. Er habe sie auffallend scharf darüber interpelliert, was sie davon dächte, ob sie Grund zu der Annahme habe, daß eine solche Verständigung schon weiter gediehen sei, und namentlich, was ihr darüber etwa die Franzosen gesagt hätten? Sie habe darauf mit allgemeinen Wendungen geantwortet und erklärt, daß sie selbst sich allerdings ein deutsch-französisches Einverständnis als Basis der kontinentalen Entente dächte[2], die auch für Spanien die erstrebenswerteste Garantie für die Zukunft sein würde. Graf Murawiew habe aber nur die Schwierigkeiten hervorgehoben, die dem entgegenstünden. Danach habe sie vertraulich gehört, er habe in Paris Herrn Delcassé, bei dem er damals eine größere Hinneigung zu Deutschland gefunden, als ihm lieb gewesen **, davon wieder abzubringen gesucht. „Graf Murawiew," sagte die Königin, „hat offenbar die Ansicht, daß aufrichtig freundliche Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich die Notwendigkeit für beide Länder, sich vor allem mit Rußland gutzustellen, und damit das russische politische Übergewicht vermindern würden."

Die Lage, in die England durch den Krieg mit den südafrikanischen Freistaaten geraten ***, hält die Königin für überaus schwierig und ernsthaft in ihren möglichen weiteren Rückwirkungen. Ihre Majestät sagte — aber auch nur im e n g s t e n Vertrauen — sie habe vor kurzem von der Königin Viktoria als Antwort auf ihre Neujahrsgratulation einen eigenhändigen langen Brief erhalten, der sie merkwürdig berührt habe. Die greise Königin zeige sich darin tief gebeugt durch den Verlauf des Krieges[3] und sage unter anderem, sie danke dafür, daß „man in Spanien ihrer gedenke, da s i e nun im Unglücke sei[4], wie Spanien 1898".

R a d o w i t z

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Natürlich
[2] gut
[3] das erste Mal
[4] sehr bezeichnend

* Vgl. Nr. 4212.
** Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXIX, Nr. 3558.
*** Vgl. Kap. CI.



Kapitel C

Die Erste Haager Friedenskonferenz



A. Das russische Friedensmanifest und die Vorbereitung der Konferenz 1898—99



Nr. 4215*

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 360 St. Petersburg, den 24. August 1898

Auf Spezialbefehl des Kaisers hat Graf Murawiew mir und meinen Kollegen beim heutigen Empfang anliegendes Memoire** überreicht, welches auf die eigene Initiative Seiner Majestät zurückzuführen ist. Der Zar hofft, daß Seine Majestät der Kaiser und König die in diesem Memoire ausgeführte Idee, die ungeheuren Kriegsrüstungen zu beschränken, um dadurch ein Friedenswerk zu schaffen, einer wohlwollenden Beachtung unterziehen werde. Wie Graf Murawiew meint, ist

---

* Es ist im Rahmen der Aktenpublikation des Auswärtigen Amts nicht möglich, alle auf der 1. Haager Friedenskonferenz erörterten Detailfragen einzubeziehen; zur Behandlung können vielmehr nur die zur großen Politik gehörigen Gegenstände gelangen. So sind die Aktenstücke über die Rüstungsfrage, genauer gesagt die Rüstungsstillstandsfrage, die Frage der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See und die Schiedsgerichtsfrage als die eigentlich politischen Fragen zu besonderen Abschnitten neben einem einleitenden Abschnitt über die Vorbereitung der Friedenskonferenz und einem abschließenden Abschnitt zusammengefaßt worden. Auf die Vollständigkeit und Durchsichtigkeit des in diesem Kapitel zusammengestellten Aktenmaterials ist im Hinblick auf die große Bedeutung, die der Haltung der verschiedenen Mächte zu den prinzipiellen Friedensfragen zukommt, besonderes Gewicht gelegt worden.

** Gemeint ist das allbekannte und vielfach abgedruckte Friedensmanifest des Zaren vom 24. August 1898; siehe die Anlage. Bereits abgedruckt u. a. in: Das Staatsarchiv, Bd. 64, S. 107 f. Über die Genesis des Manifests, durch das die deutsche Regierung aufs höchste überrascht wurde, und das mit der bisherigen russischen Haltung und namentlich mit der auch während der Regierungszeit Kaiser Nikolaus' II. fortgesetzten Massierung russischer Streitkräfte an der deutschen Ostgrenze stark kontrastierte, vgl. Nr. 4216, 4231, 4251 und Abschnitt E, Nr. 4350. Die öftere Behauptung, daß Kaiser Wilhelm II. selbst zu Beginn der neunziger Jahre die Einberufung einer europäischen Friedens- und Abrüstungskonferenz geplant habe (vgl. W. T. Stead, La Chronique de la Conférence de la Haye 1899, p. 3), ist an der Hand der Akten des Auswärtigen Amts nicht zu erweisen.

dieses Schriftstück auch als Waffe gegen die Sozialisten zu gebrauchen, die die großen Ausgaben für Kriegszwecke zum Vorwand nehmen, um die Bevölkerung gegen die Regierungen aufzuhetzen. —

An eine allgemeine Abrüstung zu denken, wäre ja nicht möglich, aber eine Einschränkung der Rüstungen hätte möglicherweise den Erfolg, die Kriegsgefahr in den Hintergrund zu drängen. „L'idée germera," meinte Graf Murawiew, und würde allmählich doch gute Früchte tragen können.

Radolin

Anlage

Russisches Memoire

Ausfertigung

St. Pétersbourg, le 12 août 1898

Le maintien de la paix générale et une réduction possible des armements excessifs qui pèsent sur toutes les nations se présentent, dans la situation actuelle du monde entier, comme l'idéal auquel devraient tendre les efforts de tous les Gouvernements.

Les vues humanitaires et magnanimes de Sa Majesté l'Empereur, mon Auguste Maître, y sont entièrement acquises.

Dans la conviction que ce but élevé répond aux intérêts les plus essentiels et aux voeux légitimes de toutes les Puissances, le Gouvernement Impérial croit que le moment actuel serait très favorable à la recherche, dans les voies d'une discussion internationale, des moyens les plus efficaces d'assurer à tous les peuples les bienfaits d'une paix réelle et durable, et de mettre avant tout un terme au développement progressif des armements actuels.

Au cours des vingt dernières années les aspirations à un apaisement général se sont particulièrement affirmées dans la conscience des nations civilisées. La conservation de la paix a été posée comme but de la politique internationale; c'est en son nom que les Grands Etats ont conclu entre eux de puissantes alliances; c'est pour mieux garantir la paix qu'ils ont développé dans des proportions inconnues jusqu'ici leurs forces militaires et qu'ils continuent encore à les accroître, sans reculer devant aucun sacrifice.

Tous ces efforts pourtant n'ont pu aboutir encore aux résultats bienfaisants de la pacification souhaitée.

Les charges financières, suivant une marche ascendante, atteignent la prospérité publique dans sa source; les forces intellectuelles et physiques des peuples, le travail et le capital sont en majeure partie détournés de leur application naturelle et consumés improductivement. Des centaines de millions sont employées à acquérir des engins de

destruction effroyables, qui, considérés aujourd'hui comme le dernier mot de la science, sont destinés demain à perdre toute valeur à la suite de quelque nouvelle découverte dans ce domaine. La culture nationale, le progrès économique, la production des richesses se trouvent paralysés ou faussés dans leur développement.

Aussi, à mesure que s'accroissent les armements de chaque Puissance, répondent-ils de moins en moins au but que les Gouvernements s'étaient posé. Les crises économiques, dues en grande partie au régime des armements à outrance, et le danger continuel qui gît dans cet amoncellement du matériel de guerre, transforment la paix armée de nos jours en un fardeau écrasant que les peuples ont de plus en plus de peine à porter. Il paraît évident dès lors, que, si cette situation se prolongeait, elle conduirait fatalement à ce cataclysme même, qu'on tient à écarter et dont les horreurs font frémir à l'avance toute pensée humaine.

Mettre un terme à ces armements incessants et rechercher les moyens de prévenir les calamités qui menacent le monde entier — tel est le devoir suprême qui s'impose aujourd'hui à tous les Etats.

Pénétré de ce sentiment, Sa Majesté l'Empereur a daigné m'ordonner de proposer à tous les Gouvernements, dont les Représentants sont accrédités près la Cour Impériale, la réunion d'une conférence qui aurait à s'occuper de ce grave problème.

Cette conférence serait, Dieu aidant, d'un heureux présage pour le siècle qui va s'ouvrir. Elle rassemblerait dans un puissant faisceau les efforts de tous les Etats qui cherchent sincèrement à faire triompher la grande conception de la paix universelle sur les éléments de trouble et de discorde. Elle cimenterait en même temps leur accord par une consécration solidaire des principes d'équité et de droit, sur lesquels reposent la sécurité des Etats et le bien-être des peuples.

Cte. Mouravieff

Nr. 4216

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe *

Entzifferung

Nr. 364 St. Petersburg, den 26. August 1898

pp. Ich benutzte die Gelegenheit, das mir tags zuvor von Graf Murawiew übergebene Friedensmemoire zu erwähnen, welches der eigenen Initiative des Kaisers entsprungen war.

---

* Der Bericht Radolins, der eine ausführliche Erzählung einer am 25. stattgefundenen Audienz bei Kaiser Nikolaus II. gibt, ist nahezu vollständig abgedruckt in Bd. XIII, Kap. LXXXVIII, Nr. 3525.

Seine Majestät griff diesen Gegenstand mit großer Wärme auf und sagte mir, er hoffe, die Welt werde aus diesem Exposé ersehen, wie friedlich gesinnt er sei[1], und wie unbegründet der leider vielfach verbreitete Argwohn wäre, Rußland führe kriegerische Absichten im Schilde.

Wenn er sich auch keinen Illusionen darüber hingebe, daß die Wirkung seiner Vorschläge keine unmittelbare sein könne, so habe er doch die Zuversicht, daß dieselben den Keim zu einer ruhigeren Auffassung und friedlichen Lösung etwaiger brennender Fragen und drohender Kriegsgefahr legen würden[2], wenn er nur auf die Mitwirkung der anderen Staaten rechnen könne. In erster Linie baue er auf die mächtige Unterstützung unseres allergnädigsten Kaisers und Herrn.

Es würden wohl immerhin Leute behaupten, meinte der Kaiser weiter, daß dieser ganze Vorschlag nur ersonnen sei, um die angebliche russische Geldnot zu verbergen, und ein Vorwand, darauf berechnet, die Vervollständigung der mangelhaften Ausrüstung, für die das Geld fehlte, zu umgehen; dies sei, wie jeder nicht voreingenommene Mensch wohl wissen würde, nicht zutreffend. Er sei von dem alleinigen Wunsche geleitet, Mittel und Wege zu finden, um die alle Länder erdrückenden übermäßigen Lasten für Kriegszwecke zu vermindern[3]. Sein Vorschlag scheine ihm übrigens auch den großen Nutzen zu haben, daß er eine mächtige Waffe und ein gewaltiges Agitationsmittel aus der Hand der Sozialdemokratie nimmt[4], die behauptet, die Regierungen opferten ihren uneigennützigen Rüstungsplänen den Wohlstand ihrer Völker.

Ich möchte hierbei nicht unerwähnt lassen, daß schon manche Stimmen, wie Seine Majestät andeuteten, laut werden, die erklären, die erste Anregung zu dem mémoire sei nicht vom Kaiser ausgegangen, sondern auf Witte * zurückzuführen, der die an sich schöne und dem Kaiser

---

* Vgl. dazu die Äußerungen des russischen Finanzministers zu Fürst Radolin aus dem Dezember 1898 und dem April 1899, Nr. 4232 und Nr. 4251. Sie bestätigen, daß Witte bei dem Friedensmanifest seine Hand im Spiele gehabt hat, und daß er sich dabei nach seinen eigenen Worten „mehr von praktischen, für seine Zwecke maßgebenden Gesichtspunkten" hat leiten lassen. Mit aller Offenheit äußert sich Witte darüber auch in seinen Memoiren, Mémoires du Comte Witte, Traduction de François Rousseau, p. 83 s. Rückhaltlos gibt Witte darin zu, daß es sich bei dem russischen Friedensmanifest nur um leere Worte gehandelt habe: „Cinq ans plus tard, nous montrâmes nous-mêmes que nos discours sur le désarmement et la paix n'étaient que du verbiage." Noch drastischer erscheint Wittes Erzählung in der Wiedergabe seines Freundes E. I. Dillon (The Eclipse of Russia p. 274, 277 f). Danach wäre die von Witte suggerierte Idee des Friedensmanifests und das ganze Schema des Manifests „a piece of hypocrisy and guile" gewesen, oder wie es an anderer Stelle mit Wittes eigenen Worten heißt, „some ruse by means of which we could get Austria to stay her hand and discuss disarmament in lieu of investing in the improved gun". Als Gesamtergebnis aus Wittes Erzählungen über die Entstehung des Friedensmanifests zieht Dillon den Schluß: „History will retain the decisive fact that the motive of its prime author was to hoodwink

gefällige Idee suggeriert hätte, um nicht gezwungen zu sein, Hunderte von Millionen für Neubeschaffung von Geschützen und Schiffen herzugeben. Auch wäre es nicht unwahrscheinlich, daß Graf Murawiew für die Sache durch seine persönliche Eitelkeit gewonnen wäre; einer großen Konferenz in Petersburg zu präsidieren, dürfte seiner Eigenliebe schmeicheln. Interessant wird es sein zu hören, wie in Frankreich die öffentliche Meinung diese Friedensbestrebungen aufnimmt[5] *. Graf Montebello, der nicht vorher avertiert war, soll bei der Mitteilung wenig angenehm überrascht gewesen sein.

Jedenfalls faßt der Kaiser diese von ihm erlassene Kundgebung in idealster Weise auf und hat dabei nur das Wohl der Menschheit im Auge. pp. Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Dazu hat er aber einen sonderbaren Weg ergriffen
[2] Er hat unsren Demokraten und Opposition eine brillante Waffe in die Hand gegeben zum agitiren.
[3] Utopie!
[4] Im Gegentheil!
Er giebt es ihnen in die Hand!
[5] na! die hat glatt abgesagt

Nr. 4217

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 272 Berlin, den 26. August 1898

Wie Ew. aus meinem heutigen Telegramm ** ersehen, schlägt Rußland eine Konferenz vor zur Einschränkung der militärischen

the Austrian government and to enable the Tsars war Minister to steal a march on his country's future enemies."

* Nach einem Bericht des Geschäftsträgers von Below-Schlatau vom 30. August 1898 (Nr. 223) sprach sich in der Pariser Presse „deutlich das Mißbehagen über den Vorschlag des Verbündeten und der Zweifel an irgendwelchem Erfolge" aus. Nach einem Telegramm Belows vom gleichen Tage hatte nach allgemeinem Eindruck der Vorschlag des Zaren an leitender Stelle in Paris peinlich berührt. Auch der Minister Delcassé betonte in einem Gespräch mit dem italienischen Botschafter Grafen Tornielli sorgenvoll die großen praktischen Schwierigkeiten der Frage.

** Das Friedensmanifest des Zaren war sofort nach Eingang am 26. August mittels Telegramm Nr. 271 Graf Hatzfeldt im Wortlaut mitgeteilt worden. Es verdient Hervorhebung, daß das Auswärtige Amt den Wortlaut gerade und allein nach London weitergab und sich auch allein nach London des näheren über den russischen Schritt ausließ.

Rüstungen. Diese teilweise Abrüstung soll vorbereitet werden durch Prüfung, Wegräumung oder Gesundung derjenigen Fragen, welche als friedensgefährlich bezw. friedensstörend anzusehen sind. Bei dieser Prüfung soll nach Grundsätzen der équité verfahren werden.

Ich habe während der letzten Jahrzehnte von équité in französischer Sprache und in der großen Politik hauptsächlich nur in Verbindung mit Elsaß-Lothringen reden hören, indessen kann im vorliegenden Falle auch China, Ägypten und ähnliches überseeisches Gebiet gemeint sein. Da heute die chinesische Frage akut und selbst die ägyptische Frage akuter als die elsaß-lothringische ist, wird es für uns nicht schwer sein, die wünschenswerte Unbefangenheit und Objektivität nach außen hin zu wahren und zunächst die aktuelle, d. h. die maritime Seite der Angelegenheit ins Auge zu fassen.

Rußland ist einem Angriff zu Lande weniger ausgesetzt als irgendeine andere europäische Festlandsmacht, dagegen leidet seine Leistungsfähigkeit zur See infolge geringerer Finanzkraft und geringer maritimer Anlagen der slawischen Rasse an dauernder und unheilbarer Inferiorität England gegenüber. Daß Rußland also eine Beschränkung der militärischen Expansion Englands auf dem Wasser ebenso erwünscht* wie für England unannehmbar ist, liegt auf der Hand. Der Gedanke, daß England seine Sicherheit künftig in einem Vertragsdokument und in Rußlands Vertragstreue sehen sollte anstatt in den englischen Schlachtschiffen, bedarf erst keiner Prüfung. Um so erwägenswerter ist aber die Frage, ob Rußland und Frankreich nicht das Scheitern der Konferenz an dieser Klippe bereits vorhersehen und die Konferenz lediglich als ein Mittel betrachten, um Europa — worunter keineswegs bloß die Großmächte zu verstehen sind — als Vorbereitung für den Krieg in eine für den Zweibund günstigere Gruppierung zu bringen.

Für Deutschland würde es von Wert sein, wenn dieser Friedens- und Entwaffnungsgedanke, der unter seiner idealen äußeren Form reale Kriegsgefahren birgt, an Englands Ablehnung scheiterte, ohne daß wir dabei in den Vordergrund träten. Ew. wollen deshalb morgen bei Herrn Balfour die Frage zur Sprache bringen und ihm dabei sagen, daß der Kaiser von Rußland unserm allergnädigsten Herrn in besonders dringender Weise den Wunsch ausgesprochen hat, daß dieser sich der Förderung des menschenfreundlichen Plans geneigt zeige**. Unser allergnädigster Herr beabsichtige jedoch nicht, der englischen Regierung in dem Augenblick, wo mit ihr eine wichtige Abmachung zu freund-

---

* Daß tatsächlich mindestens für den Minister Witte bei dem Friedensmanifest der Gedanke einer Beschränkung der militärischen Expansion Englands zu Wasser eine der treibenden Kräfte war, hat er in seinen Gesprächen mit Fürst Radolin sehr deutlich bekannt. Vgl. Nr. 4232 und Nr. 4251.
** Vgl. Nr. 4216.

schaftlichen Abschlusse gelangt*, an anderer Stelle vielleicht Schwierigkeiten zu machen. Er wünsche deshalb zunächst zu wissen, wie England sich zu den beiden Gedanken, die in dem Konferenzvorschlage verbunden sind, verhalte, zu der Einschränkung aller Rüstungen und zur Prüfung aller schwebenden Fragen im Hinblick auf die Beseitigung von Kriegsgefahr.

Ich darf mich mit vollem Vertrauen darauf verlassen, daß Ew. mit erprobtem Geschick den Gedankenaustausch in die für Deutschlands Interessen ersprießlichen Bahnen lenken werden.

Bülow

Nr. 4218

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Mumm von Schwarzenstein

Reinschrift

Berlin, den 27. August 1898

Heute nachmittag suchte mich Lord Gough** behufs Besprechung einer laufenden Sache auf. Beim Fortgehen frug ich ihn, ob er Kenntnis von dem neuesten russischen Abrüstungsvorschlag habe. Lord Gough erwiderte, von seiner Regierung habe er noch keinerlei Mitteilung darüber und kenne also deren Auffassung auch nicht, dagegen sei der russische Vorschlag dadurch zu seiner Kenntnis gelangt, daß derselbe der von Petersburg nach London gehenden Kuriersendung beiliege.

Aus der Unterredung, die sich hieran schloß, und in welcher ich mich mehr rezeptiv als mitteilend verhielt, sprach sich Lord Gough dahin aus, daß der Abrüstungsvorschlag zweifellos ein eigenster Gedanke des russischen Kaisers sei und zwar einigermaßen dilettantischen, aber sonst lediglich[1] humanitären Erwägungen seine Entstehung verdanke. Er glaube nicht, daß die politische Lage oder Kriegsrüstungen einer bestimmten Nation[2] das russische Zirkular veranlaßt hätten, sondern vielmehr, daß dasselbe lediglich einen Gedanken zum Ausdruck bringe, den Kaiser Nikolaus schon lange mit sich herumgetragen habe. Nach Ansicht Lord Goughs datiert die Entstehung des Zirkulars Monate zurück.

Lord Gough meinte, sämtliche Regierungen und ganz gewiß die englische würden im Prinzip der russischen Anregung begeistert zustimmen, da sicherlich niemand die Verantwortung für die tiefgehende

---

* Gemeint ist das deutsch-englische Abkommen über die portugiesischen Kolonien, das am 30. August 1898 perfekt wurde. Vgl. Bd. XIV, Kap. XCII.
** Englischer Geschäftsträger in Berlin.

persönliche Verstimmung des Russischen Kaisers werde übernehmen wollen, welche die Folge einer Ablehnung sein müßte. Der Gedanke sei an sich ein eminent friedlicher und als solcher im Interesse der Völker mit Freuden zu begrüßen. Lord Gough meinte mit einem Anfluge von Humor, es sei fast zu bedauern, daß die Parlamente jetzt nicht tagten, andernfalls würde das englische Unterhaus sicherlich Resolutionen zugunsten der Abrüstung angenommen haben [3].

Daß der russische Vorschlag zu einem praktischen Ergebnis führen werde, glaube er — Gough — übrigens nicht. Voraussichtlich würden sich schon bei den Vorfragen solche Schwierigkeiten ergeben, daß es zu einer Konferenz gar nicht erst kommen würde [4]. Er halte es auch, wenn doch nichts aus der Sache werden könne, für besser, daß der russische Vorschlag schon gelegentlich der Vorfragen und nicht erst in der Konferenz selbst scheitere, nachdem erst die Geister in einer solchen aufeinandergeplatzt seien. Zweifellos, meinte Lord Gough, würden sich die Mächte über alles Theoretische einigen, aber nicht über einen einzigen positiven Punkt. Ganz unmöglich würde es z. B. sein, die Reduktion der Flotten im Verhältnis zu der der Armeen [5] in eine praktisch brauchbare Form zu bringen. Eine Armee könne man bis zu einem gewissen Grade in verhältnismäßig kurzer Frist aus der Erde stampfen, eine Flotte aber nicht, weil schon allein die Beschaffung des Materials Jahre in Anspruch nehme. Man könne mithin einer Seemacht die Beschränkung ihrer Streitkräfte [6], wenn man sie nicht benachteiligen wolle, nicht in demselben Maße zumuten wie einer Landmacht *.

von Mumm

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift:
1 ?
2 ? England
3 unsere Opposition wird das schon noch machen
4 das ist auch das Beste
5 der kluge Engländer! der keine Armee hat!
6 sehr richtig!

---

* Der Inhalt der Äußerungen Lord Goughs wurde durch Telegramm Nr. 276 vom 27. August an Graf Hatzfeldt übermittelt. Im Anschluß daran hieß es in dem Telegramm: „Wenn man aus diesen Äußerungen schon einen allgemeinen Schluß ziehen kann, so ist es der, daß England, namentlich von seinem maritimen Standpunkt aus, die Sache für unausführbar hält, daß aber der englische Instinkt in diesem Falle darauf sinnt, das Herausholen der Kastanien, d. h. die Ablehnung, andern zu überlassen. Es liegt nahe, daß man englischerseits bei den ‚Vorfragen', die die Konferenz verhindern sollen, an Elsaß-Lothringen denkt. Indessen gibt es andere Vorfragen, die noch aktueller sind, z. B. Ägypten. Ein Hinweis auf die prinzipielle Unmöglichkeit, Landmacht gegen Seemacht zu kompensieren, würde jedenfalls weniger geeignet sein, Bitterkeit zu erregen und Feinde zu gruppieren, als nachher die Ablehnung, sich bei der Diskussion einer konkreten territorialen ‚Vorfrage' zu beteiligen."

Nr. 4219

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 28. August 1898

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät unterbreite ich in der Anlage ehrfurchtsvoll eine Aufzeichnung über Äußerungen, die der englische Geschäftsträger Lord Gough nach Kenntnis des russischen Entwaffnungsvorschlages und des von dem englischen Botschafter in St. Petersburg dazu gemachten Begleitberichtes gestern abend getan hat.

Es erhellt daraus, daß die Engländer[1] zwar sorgsam vermeiden wollen[2], den Kaiser Nikolaus durch direkte Ablehnung persönlich zu kränken, daß sie aber den England interessierenden Hauptpunkt, nämlich die Untunlichkeit der Kompensierung von Landrüstungen gegen Seerüstungen, schon herausgefühlt haben.

Fürst Radolin meldet des weiteren über die Entwaffnungsfrage:

„Der Zar hofft, daß Seine Majestät der Kaiser und König der in dem russischen Memoire ausgeführten Idee, die ungeheuren Kriegsrüstungen zu beschränken und dadurch ein Friedenswerk zu schaffen[3], einer wohlwollenden Beachtung[4] unterziehen werde."

B. von Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Die werden kolossal gelacht haben!

[2] wie naiv

[3] Das ist ja schon da! da wir 28 Jahre Frieden haben!

[4] ja! aber nicht Befolgung
Einer noch eingehenderen Beachtung werde ich die beabsichtigte Verwendung der 90 Mill[ionen] Rubel für den Neubau der 8 Schlachtschiffe I Cl[asse] 6 Panzerkreuzer I Classe etc. [unterziehen]. Die werden wohl nicht in die Abrüstungsvorschläge mit einbegriffen! W.

Schlußbemerkung des Kaisers:

Die ganze Elukubration scheint mir möglicher Weise der grimmen Noth entsprungen, daß Russland die „Puste" finanziell auszugehen anfängt. Es lernt jetzt verstehen, was das Sprichwort [besagt] „Qui trop embrasse, mal étreint"! Jahraus — jahrein sind Divisionen und Armeekorps, erster Linie und Reserve neuformirt und aufgestellt worden; strategische Eisenbahnen, ohne Werth für die Erschließung des Landes, nur für das Heranfahren von „Kanonenfutter" und Zubehör sind gebaut worden. Das muß alles unterhalten werden. Dazu kommt die plötzliche Expansion nach China, der Bau der Sibirischen Bahn — allein ein Objekt von 100ten von Millionen — mit Aussicht auf Steigerung der Ausgaben für die Flotten. Und das Alles während im Lande der Hungertyphus, durch kolossale Mißernten und Mißwirtschaft hervorgerufen, wüthet, die Steuern kaum noch zu erheben sind, und die Kultur auf der untersten Stufe steht! Witte hat keine Quellen mehr, seit Frankreich versiegte und Deutschland und England nicht wollen. Wodurch klar bewiesen, daß Europa bisher Russland seine Rüstungen bezahlte! Das alles mag mit zu dem „Humanitätsdusel" getreten sein, der den jungen Kaiser erfüllt und ihn

zu diesem unglaublichen Schritt gebracht haben. Daneben steckt eine Portion Teufelei; indem dem Ablehnenden sofort das Motiv des Friedensbruchs untergeschoben werden soll. Während jetzt Russland nicht weiter kann, während wir anderen — zumal Deutschland — jetzt wieder anfangen können, um versäumtes nachzuholen. W.

Nr. 4220

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 226 London, den 27. August 1898

Telegramme Nr. 271 und 272* erhalten.

Der Wortlaut der russischen Proposition ist hier noch nicht bekannt und wird erst Montag erwartet. Herr Balfour hatte offenbar über die Frage noch nicht nachgedacht und versicherte mir, daß auch Lord Salisbury noch nichts davon wisse. Zuerst meinte er, daß er persönlich keinen Grund sehe, weshalb England sich an einer Konferenz über die Abrüstungsfrage nicht beteiligen sollte, so schwierig die praktische Erledigung derselben auch erscheinen möge. Als ich ihm hierauf den Text der russischen Proposition vorlas, schien ihm noch immer zweifelhaft, ob Rußland dabei auch eine internationale Behandlung schwebender politischer Fragen, wie China oder Ägypten, im Auge gehabt habe. In bezug auf letztere sprach er dann ziemlich entschieden die Ansicht aus, daß England sich nicht darauf einlassen könne, diese Frage einer Konferenz vorzulegen. Dies würde mit der mir früher wiederholt durch . . .** ausgesprochenen Ansicht übereinstimmen, daß England niemals eine Einmischung anderer Mächte in die ägyptische Frage zugeben könne.

Nach meinem Gefühl wird sich Lord Salisbury mit einer Antwort auf den russischen Vorschlag nicht beeilen, auch den Gedanken der Abrüstung an sich schon mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung gewiß nicht unbedingt zurückweisen, sondern vor allem Aufklärungen über den Sinn und die Tragweite der russischen Proposition verlangen, namentlich darüber, in welchem Verhältnis die verschiedenen Mächte nach russischer Auffassung abzurüsten haben und, falls eine internationale Behandlung schwebender Fragen beabsichtigt wird, welche derselben der etwaigen Konferenz vorgelegt werden würden. Es können Monate darüber vergehen, bis diese Vorfragen befriedigend erfüllt worden sind.

Ich habe mich Herrn Balfour gegenüber, dessen Zeit heute sehr

---

* Vgl. Nr. 4217 nebst Fußnote **.

** Zifferngruppe fehlt.

gemessen war, in dem mir vorgeschriebenen Sinne ausgesprochen und werde auf die Frage zurückkommen, sobald ich annehmen kann, daß er von der Auffassung Lord Salisburys unterrichtet ist.

Hatzfeldt

Nr. 4221

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 284 — Berlin, den 29. August 1898

Seine Majestät hat, wie ich Ew. bereits gestern andeutete, prinzipiell genehmigt, daß einer Prüfung des russischen Vorschlags nähergetreten werde. Allerhöchstderselbe ist von dem Wunsche geleitet, nicht durch seine Haltung zur Vermehrung der Schwierigkeiten beizutragen, welche den Gegenstand des zwischen Ew. und mir in den letzten Tagen stattgehabten vertraulichen Depeschenwechsels bildeten. Nach dem, was Ew. über Ihre vorgestrige Unterredung mit Herrn Balfour berichten*, nehme ich an, daß dies auch ungefähr die Linie sein wird, auf welcher sich die englische Regierung bewegt. Dem Ermessen Ew. darf ich überlassen, in welcher Weise Sie, mündlich oder schriftlich, Herrn Balfour über die kaiserliche Entscheidung informieren wollen. Vielleicht wird die englische Regierung, welche durch verschiedene unerledigte Fragen (hierin liegt der Unterschied zwischen z. B. Ägypten und Elsaß-Lothringen) am meisten bei der Sache interessiert ist, die russische Regierung um ein technisches Ausführungsprogramm ersuchen.

Bülow

Nr. 4222

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland, z. Z. in Moskau

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Berlin, den 29. August 1898

Prince Radolin has communicated to me, by Your commands, the Memoire about the proposal for an International Conference to bring about a general disarmament. This suggestion once more places in a vivid light the pure and lofty motives by which your counsels are ruled,

---

* Vgl. Nr. 4220.

and will earn You the applause of all peoples. The question itself — theoretically as a principle seemingly simple — is in practice, I am afraid, eminently difficult, considering the great delicacy of the relations and dispositions of the different nations to each other, as well as with respect to the most varied development of their respective histories. Could we for instance figure to ourselves a Monarch holding personal command of his Army, dissolving his regiments sacred with a hundred years of history and relegating their glorious colours to the walls of the armouries and museums (and handing over his towns to Anarchiste and Democracy). Howewer that is only en passant. The main point is the love of mankind which fills your warm heart and which prompts you to this proposal, the most interesting and surprising of this century! Honour will henceforth be lavished upon you by the whole world; even should the practical part fail through the difficulties of the detail. My Government shall give the matter its most serious attention*.

Willy

Nr. 4223

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 190 St. Petersburg, den 1. September 1898

Graf Murawiew, der mit mir heute gleich nach seiner Rückkehr aus Moskau das Memoire vom 12. a. St. besprach und das Telegramm unseres allergnädigsten Herrn an Kaiser Nikolaus** erwähnte, sagte mir, wie erfreut der Zar über die wahrhaft freundschaftliche Unterstützung wäre, die seine Anregung bei Seiner Majestät dem Kaiser und König gefunden habe. Höchstderselbe hätte dem General von Werder in Moskau ausführlich darüber gesprochen und ihn beauftragt, seinen herzlichen Dank zum Ausdruck zu bringen. Über die dem Memoire zugrunde liegenden Ideen sagte mir der Minister, dieselben bezwecken keineswegs eine gänzliche Abrüstung, wie vielleicht bei uns geglaubt werden könnte, das wäre ja eine Utopie. Es handle sich nur um die Einschränkung der unaufhaltsam in stets steigendem Maße wachsenden

* Das Telegramm des Kaisers wurde durch Telegramm Nr. 134 vom 29. August auch dem Botschafter Fürsten Radolin „zu ausschließlich persönlicher Kenntnisnahme und Besprechung mit Graf Murawiew“ mitgeteilt. Es hieß in dem Telegramm an Radolin zum Schluß: „Mit der loyalen Offenheit, welche ein Teil seiner Natur ist, gibt unser allergnädigster Herr einerseits den Bedenken Ausdruck, welche das erste Lesen des weltgeschichtlichen Schriftstücks Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus erweckt, läßt aber andererseits keinen Zweifel darüber bestehen, daß er, soviel an ihm liegt, für Überwindung dieser Schwierigkeiten seinem erhabenen Freunde beistehen wird.“

** Siehe Nr. 4222.

Rüstungen, die schließlich das finanzielle Vermögen jeder Nation übersteigen müßten. Um diesem Zustand des „Nichtweiterkönnens“ vorzubeugen, bevor eine gänzliche Erschöpfung eintritt, wäre durch die Initiative des Kaisers die Möglichkeit gegeben, jetzt einzulenken. Was die vorgeschlagene Konferenz anlange, so bezwecke dieselbe nur eine échange d'idées, dürfte aber unter keinen Umständen einen politischen Charakter tragen. In derselben dürfte kein Punkt berührt werden, der die Susceptibilität irgend einer Macht tangieren könnte. Die Konferenz müßte, wie gesagt, keinen politischen, sondern einen rein technischen Charakter haben. Graf Murawiew denkt sich die Sache so, daß auf diplomatischem Wege ein Programm — das bisher diesseits nicht festgestellt ist und auch wohl nicht festgesetzt werden wird — in der Konferenz ausgearbeitet werde. Militärische Autoritäten und namentlich auch Mitglieder der Finanzministerien müßten mit Rücksicht darauf, daß die Konferenz als eine technisch-finanzielle gedacht ist, die einzelnen Fragen diskutieren. Der Wortlaut des Memoires sei absichtlich etwas vage gefaßt, um der Konferenz die Möglichkeit zu geben, nur diejenigen Punkte zur Diskussion zu bringen, die keine Macht verletzen könnten. Als besondere Wohltat würde es sicher auch von den kleinen Staaten empfunden werden, wenn ihnen die Möglichkeit gegeben würde, die bisherigen immensen für Rüstungszwecke gebrachten Geldopfer einzuschränken. Der Ort der Konferenz sei noch zu bestimmen. Am liebsten wäre es dem Grafen, wenn der Kongreß nicht in St. Petersburg stattfinde, sondern auf dem Territorium eines kleinen, wenig direkt interessierten Staates zusammentrete.

Das Memoire ist auch, wie Graf Murawiew hinzufügte, dem Papst geschickt worden mit Rücksicht auf dessen hohe „geistliche“ Autorität.

Bei der ganzen Unterhaltung vermied der Minister es augenscheinlich mit Absicht, irgendein Wort über Frankreich zu sagen und dessen Stellung zur Sache, sodaß ich keine Gelegenheit fand, mich im Sinne des hohen Erlasses Nr. 135 vom 30. v. Mts.* zu äußern.

Radolin

Nr. 4224

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 166 Wien, den 4. September 1898

Graf Goluchowski behandelt den russischen Abrüstungsvorschlag mit wohlwollender Heiterkeit[1]. Er erklärte mir, demselben im Prinzip

* Siehe Bd. XIII, Kap. LXXXVIII, Nr. 3526. Der Erlaß hatte bezweckt, der Gefahr vorzubeugen, daß Rußland sich verleiten lasse, im Hinblick auf die bevorstehende Friedenskonferenz einen Ausgleich der elsaß-lothringischen Frage anzuregen.

gar nicht abgeneigt zu sein und sich in diesem Sinne zum russischen Geschäftsträger* ausgesprochen zu haben, vorläufig aber keine näheren Vorschläge bezüglich des Verhandlungsortes und des Gegenstandes bekommen zu haben, namentlich über die sachlichen Vorschläge Rußlands erwartet der Minister näheres als bloße allgemeine Redensarten.

Graf Murawiew hat dem Grafen Széchényi** nur gesagt, es sollten keine politischen Fragen zur Verhandlung kommen, Neurüstungen verhindert werden[2], und es sei die Delegierung von Vertretern der Kriegs- und Marineämter der verschiedenen Staaten in Aussicht genommen.

Graf Goluchowski ist ganz überrascht worden, da er keine Ahnung von dem Plane hatte. Er meint, er sei der persönlichen Initiative des Zaren entsprungen, passe auch nicht schlecht für die russischen Interessen, sei aber schon wegen Frankreichs Haltung wohl aussichtslos[3]. Letzteres befinde sich in arger Bestürzung und Verlegenheit, die russische Freundschaft, welche schon in letzter Zeit stark erkaltet sei, habe einen argen Stoß erhalten. Entweder sei die französische Regierung überrascht worden, dann müsse man sich in Frankreich sagen, wozu denn dann überhaupt die „alliance" nütze, oder sie sei nicht überrascht worden, dann treffe sie der Vorwurf, es nicht haben verhindern zu können.

Jedenfalls, meint der Herr Minister des Äußern, werde die russische Anregung es den Kabinetten in Zukunft sehr erschweren, mit militärischen Neuforderungen vor die Parlamente zu treten[4]. Auch sei nicht ausgeschlossen, daß aus der Konferenz gerade das Gegenteil hervorgehe vom Gewünschten[3], indem der Vorschlag an der Weigerung einer der Mächte, etwa Frankreichs, scheitern werde, und dies dann den Anstoß bilden könne für andere, mit neuen Sicherheitsmaßregeln zu erwidern, und so weiter bei den übrigen[3].

Der Herr Minister wartet mit großer Ruhe die weiteren russischen Vorschläge ab, ist aber sichtlich nicht gerade unangenehm berührt worden, schon wegen des günstigen, beruhigenden Eindrucks, den die russischen Absichten im Orient haben hervorbringen müssen***.

P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Die Sache ist verdammt ernst, und kann leicht zu schweren Complikationen ja zum Krieg führen

[2] weil Russland kein Geld mehr hat

[3] ja

[4] ja! aber das hilft nichts

---

* Baron von Budberg.

** Österr.-ung. Geschäftsträger in Petersburg.

*** Vgl. darüber das folgende Schriftstück.

Nr. 4225

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 191 Therapia, den 4. September 1898
Vertraulich

Bei meiner vorgestrigen Audienz fand ich den Sultan sichtlich präokkupiert von dem jüngsten russischen Abrüstungsvorschlage. Seine Behauptung, daß er sich über denselben noch keine Ansicht gebildet habe, mag insofern richtig sein, als er sich wohl über die Form der zu gebenden Antwort noch nicht schlüssig gemacht hat, aber einen Gesamteindruck von der neuesten Tat des Grafen Murawiew und ihrer eventuellen Rückwirkung auf das Ottomanische Reich hatte Abdul Hamid offenbar schon erhalten, und der gipfelt in dem Mißtrauen, daß, wie bei so manchen früheren Konferenzen, wiederum Riemen aus türkischem Leder geschnitten werden sollen.

Rußland als Befürworter der Abrüstung ist für den Sultan keine neue Erscheinung. Seit vielen Jahren berät man ihn von der Newa aus in diesem Sinne. Nicht nur wird die Schutzlosigkeit der türkischen Grenze gegen Rußland, vor allem wird die Nichtbefestigung des Bosporus mit einer gewissen Brutalität als noli me tangere bezeichnet, auch der allgemeine Grundsatz, zu dem sich heute Graf Murawiew bekennt, daß militärische Ausgaben unproduktiv seien, wird hier von dort aus schon lange gepredigt, und bekanntlich pflegt Rußland die Schraube der restierenden Kriegsentschädigung „im Interesse der türkischen Finanzen“ unbarmherzig dann anzuziehen, wenn der Sultan es unternimmt, den Gewehr-, Geschütz- und Munitionsbestand seiner Armee zu ergänzen oder ähnliche „unproduktive“ Ausgaben zu machen. Aber an dem notwendigen Korrelat, nämlich der eigenen Beschränkung, hat es bisher russischerseits stets gemangelt. Rußland vermehrt seine Machtmittel im Schwarzen Meere; für die begehrlichen Elemente auf der Balkanhalbinsel hat es nur platonische Warnungen; der Zar schenkt dem Fürsten der schwarzen Berge 30 000 Gewehre, sendet seine Offiziere nach Sofia, pflegt mit den Fürsten von Montenegro und von Bulgarien, diesen beiden unruhigsten und begehrlichsten Faktoren der Balkanhalbinsel, intime Beziehungen, ohne daß bisher bekannt geworden wäre, daß nach dieser Seite hin die Lehre von der Unproduktivität der Militärausgaben mit irgend einem Nachdruck zur Geltung gebracht worden wäre[1].

Unter diesen Umständen ist die Frage, die der Sultan an mich stellte, „ob ich wohl glaube, daß die Türkei abrüsten könne, solange auf der Balkanhalbinsel Begehrlichkeiten sich geltend machten, welche Erfüllung auf Kosten des Ottomanischen Reiches suchten“, eine wohl be-

rechtigte, und ich fürchte, daß der Trost, den ich dem hohen Herrn gab, daß, soweit mir bekannt, die russische Anregung an *alle* Nationen ergangen sei und der allgemeine Friede die allgemeine Anerkennung der bestehenden Rechtsordnung zur Voraussetzung habe, auf keinen besonders fruchtbaren Boden gefallen ist. Abdul Hamid weiß wohl, daß das logisch so sein *müßte*, aber er ist ein zu erfahrener Politiker, um nicht vorherzusehen, daß im Orient sich die Dinge praktisch anders gestalten, daß das heilige Rußland seine traditionelle Orientpolitik temporum ratione habita zurückstellen kann, daß es aber niemals ehrlich einen Zustand anerkennen wird, der Millionen von orthodoxen Christen der türkischen Herrschaft unterstellt. Darum steht der Sultan der neuen Wendung der russischen Politik skeptisch gegenüber in der Furcht, daß eine türkische Abrüstung für ihn und sein Reich nicht das Signal zum Frieden, sondern zu gefahrvollen Konflikten und neuen Opfern bilden würde.

Ich kann es nicht als meine Aufgabe betrachten, bei dem Sultan Mißtrauen gegen die russische Politik zu erwecken oder bestehendes Mißtrauen zu nähren. Daher habe ich mich auf Mitteilung des Standpunktes der Regierung Seiner Majestät des Kaisers zu dem russischen Vorschlage beschränkt, ohne irgendeine Kritik an dem letzteren zu üben. Andererseits kommt es mir nicht zu, den hohen Herrn in ein Vertrauen zu wiegen, das in der Weltlage keine Begründung findet. Als im Laufe meiner Audienz die Patronen- und Gewehrlieferung besprochen wurde, habe ich darum dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß, solange die neue russische Weltordnung noch nicht durchgeführt ist, der Satz „si vis pacem, para bellum“ eine unwiderlegte menschliche Weisheit bildet.

Von meinen Kollegen haben mich Baron Calice und Herr Pansa, die mich heute nach ihrer Rückkehr besuchten, auf den russischen Vorschlag angesprochen. Ich habe ihnen instruktionsgemäß die Stellung der Regierung Seiner Majestät dargelegt und die mannigfachen Fragen, die sie über die praktische Ausführbarkeit des Vorschlages an mich stellten, dahin beantwortet, daß das von Rußland der Konferenz vorzulegende Programm zweifellos näheren Aufschluß darüber geben werde. Herr Sinowiew hat mich am ersten Tage des Erscheinens der Murawiewschen Note gefragt, was ich davon denke; ich gab ihm diese Frage zurück, worauf er entgegnete: „moi, je n'en comprends absolument rien[2]“, und zwar in einem Tone, der unverkennbar verriet, daß die an sich geringe Achtung des Botschafters vor der Staatskunst seines Chefs einen weiteren Stoß erlitten hat.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Sehr gut

[2] sehr bezeichnend

Nr. 4226

Der Botschafter in Washington von Holleben an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

A 204 Washington, den 3. September 1898
[eingetroffen am 17. September]

Das Abrüstungsprojekt Seiner Majestät des Kaisers von Rußland ist hier mit ebenso großem, mit skeptischen Empfindungen gemischtem Erstaunen aufgenommen worden wie in Europa*, nur daß man sich dem Projekt viel objektiver gegenüberstellen kann, als dies in den meisten europäischen Staaten möglich ist. Über die dem Projekt zugrunde liegenden Ursachen vermag man sich keine Vorstellung zu machen und sucht sie deshalb nach gut amerikanischer Weise auf Gebieten, auf denen sie sicher nicht zu finden sind. Ein Blatt meinte, der Kaiser von Rußland habe diese Friedensproklamation erlassen, weil er gefürchtet, daß Seine Majestät der Kaiser und König eine ähnliche Kundgebung habe von Jerusalem** ausgehen lassen wollen. Ein anderes Blatt meinte, der Kaiser von Rußland schrecke jetzt wahrscheinlich vor einem Konflikt mit England in Ostasien zurück, seit das Gleichgewicht sich in jenen Gegenden durch das Hinzutreten Amerikas so sehr zugunsten Englands verschoben habe. Manche sagen aber auch — mit mehr Ernst — daß solche überraschenden Friedensbotschaften schon oft

* Die weit verbreitete, auch von Zorn (Deutschland und die beiden Haager Friedenskonferenzen 1920, S. 13) reproduzierte Auffassung, als ob das russische Friedensmanifest gerade in Amerika die lebhafteste Zustimmung, im Gegensatz zu dem kritischen Skeptizismus der gesamten europäischen Welt, gefunden habe, bedarf nach Hollebens Bericht einer Einschränkung. Unter dem unmittelbaren Eindruck des spanisch-amerikanischen Krieges war weder die öffentliche amerikanische Meinung noch die Regierung der Vereinigten Staaten zu irgendeiner Rüstungsbeschränkung geneigt; noch in der Instruktion für die amerikanische Delegation vom 18. April 1899 wurde der russische Vorschlag eines Rüstungsstillstandes als völlig unannehmbar für Amerika bezeichnet. Ebensowenig dachte man daran, sich in der rücksichtslosen Ausnutzung des über Spanien davongetragenen Sieges noch irgendwie beschränken zu lassen. Wie wenig sich überhaupt bis dahin der Gedanke der Schiedsgerichtsbarkeit in Amerika durchgesetzt hatte, war auch durch die Nichtratifizierung des englisch-amerikanischen Schiedsvertrags offenbar geworden. Später, als die öffentliche amerikanische Meinung nicht mehr unter den frischen Eindrücken der eigenen gewaltsamen Lösung des Konflikts mit Spanien stand — über die absolute Unvereinbarkeit dieser Lösung mit der Friedens- und Schiedsgerichtsidee hat sich niemand einleuchtender geäußert als das amerikanische Mitglied der Friedenskonferenz Kapitän A. T. Mahan (Armaments and Arbitration 1912, p. 44 ff.) —, wurde die Friedenskonferenz und insonderheit die Schiedsgerichtsfrage in Amerika höchst populär.

** Vgl. Bd. XII, Kap. LXXXIII, Anhang: Die Orientreise Kaiser Wilhelms II. und die Protektoratsfrage.

in der Geschichte die Vorboten eines bald ausbrechenden Krieges gewesen[1] und nur zu dem Zweck in Szene gesetzt worden seien, um das Gewissen zu salvieren. Natürlich ist man sich aber darüber nicht im Zweifel, daß man dem Projekt äußerlich und offiziell jede mögliche Sympathie zu bezeugen habe.

Ob die Vereinigten Staaten an dem Friedenskongreß teilnehmen werden, steht noch dahin. Der Botschafter Hitchcock in St. Petersburg hat die identische Note erhalten und hertelegraphiert, also ist zu erwarten, daß die hiesige Regierung eine Einladung erhalten wird. Wie sie sich zu derselben stellen wird, läßt sich augenblicklich schwer sagen, da weder der Präsident noch der Staatssekretär hier ist. Manche Blätter raten, auf die alten amerikanischen Traditionen fußend, von der Beschickung ab, andere halten die Beschickung als Zeichen dafür, daß die Vereinigten Staaten in eine völkerrechtliche neue Ära getreten seien, für geboten. Jedenfalls würden die Amerikaner bei der Konferenz einigermaßen außer dem Spiel sich fühlen, da ihre Armee von 25 000 Mann, und wenn sie auf das vierfache verstärkt würde, den Charakter einer Bedrohung für andere Länder unter keinen Umständen tragen würde.

Sehr konsterniert war man über das russische Vorgehen in der hiesigen französischen Botschaft. Herr Cambon ist nicht hier; der erste Botschaftsrat Thiébaut sprach sich aber mit einer gewissen verschämten Offenheit zu mir darüber aus, daß den Franzosen durch einen solchen Schritt Rußlands ihr ganzes Konzept verdorben werde[2].

Holleben

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Sehr wahr! ja
[2] ja! erfreulicher Weise

Nr. 4227

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 200 St. Petersburg, den 12. September 1898

Graf Murawiew, der morgen auf längeren Urlaub geht, sagte mir heute, er hätte aus Frankreich die amtliche Zusage der Teilnahme an der Friedenskonferenz erhalten, nachdem er dem französischen Kabinett erklärt habe, daß keine politische Frage auf der in Aussicht genommenen Konferenz zur Sprache kommen dürfe. Graf Murawiew freute sich konstatieren zu können, daß Frankreich durch die Annahme der Einladung darauf verzichte, die Elsaß-Lothringen-Frage bei dieser Gelegenheit zur Diskussion zu bringen, oder, wie die Zeitungen vielfach meinen, seine Teilnahme an der Konferenz von der vorherigen Regelung dieser

Angelegenheit abhängig zu machen. Graf Murawiew fügte hinzu, was er mir bereits gesagt hatte, daß, da er Wert darauf lege, gut mit Frankreich und gut mit Deutschland zu sein, er auf das strengste darauf halten werde, ein so heikeles Thema nicht aufkommen zu lassen.

Auch würde er sich wohl hüten, den geringsten Versuch einer Annäherung zwischen beiden Reichen zu machen*.

Radolin

Nr. 4228

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 374 St. Petersburg, den 10. September 1898

Graf Murawiew sagte mir gestern, die meisten Staaten hätten bereits ihre Zusage zur Teilnahme an der Konferenz amtlich notifiziert, er setze voraus, daß auch wir eine amtliche Mitteilung machen würden, da das Telegramm Seiner Majestät des Kaisers und Königs an den Zaren** doch mehr einen privaten Charakter habe.

Aus den Äußerungen des Ministers entnehme ich, daß er wohl erwartet, die einzelnen Mächte würden ihm nahelegen, die Konferenz in St. Petersburg abzuhalten. „Si je propose un autre lieu, c'est plutôt par modestie" [1], fügte er hinzu. Wenn keine Bedenken bei uns obwalten, würde es ihn sicherlich schmeicheln, wenn wir die Initiative ergriffen und Petersburg als Ort für die Konferenz vorschlügen [2]. Im Laufe des Gesprächs wiederholte mir der Minister, daß er auf alle an ihn von Diplomaten gestellten Fragen, ob bei dem Kongresse politische Punkte berührt werden würden, die kategorische Antwort gegeben habe, daß jede politische Angelegenheit ausgeschlossen bleiben müsse, daß übrigens der ganze Kongreß nur Gelegenheit zur échange d'idée über militärisch-technische Dinge [3] bieten solle. Auch die zur Diskussion gestellten Anträge brauchten durchaus nicht bindende Kraft für die Teilnehmer zu haben. Jedes Mitglied würde berechtigt sein, ein Thema, das ihm nicht beliebe, von der Diskussion auszuschließen [4].

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] !

[2] Ich denke garnicht daran, das müssen die Gallier thun!

[3] die gehen ihn doch nichts an! Da brauchen doch nur die Kriegsminister oder ihre Vertreter zu erscheinen

[4] heller Blödsinn!

* Vgl. Nr. 4223, S. 153, Fußnote *.

** Siehe Nr. 4222.

Schlußbemerkung des Kaisers:
Der Kerl ist geradezu unglaublich!
Mouraview als Vorsitzender einer Friedenskonferenz über militärisch-technische Dinge, die von den betreffenden Sachverständigen i. e. den Kriegsministern aller Nationen gebildet wird!
Dalldorf!

Nr. 4229

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandter von Derenthall an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Pourtalès

Nr. 664 Berlin, den 19. September 1898

Ew. pp. gefälligen Bericht Nr. 374 vom 10. d. Mts.* hatte ich dem Herrn Staatssekretär übersandt und um Weisung gebeten, ob im Hinblick auf die von Ew. pp. gemeldeten Äußerungen des Grafen Murawiew noch eine Beantwortung des russischen Memoires betreffend die Frage einer Einschränkung der Rüstungen in amtlicher Form erfolgen solle.

Seine Exzellenz hat hierauf nachstehendes erwidert:

„Seine Majestät der Kaiser und König sehen kein Bedenken, daß auf die russische Anregung in der Abrüstungsfrage von unserer Seite eine amtliche mündliche oder auch schriftliche Antwort erteilt werde, sobald dieses den Wünschen des St. Petersburger Kabinetts entspreche. Unsere Antwort würde naturgemäß in mehr generellen Wendungen zu halten sein und für uns unerwünschte oder unbequeme bindende Erklärungen zu vermeiden, aber unsrer Genugtuung über den neuen Beweis der humanen Gesinnung, der edlen Ziele und der bei diesem Anlaß so feierlich an den Tag gelegten Friedensliebe des Zaren ebenso warmen akademischen Ausdruck zu geben haben wie den Empfindungen der aufrichtigen und herzlichen Freundschaft, welche unsern allergnädigsten Herrn für Seine Majestät den Kaiser von Rußland erfüllen. Seine Majestät der Kaiser haben auch nichts dagegen, daß die Konferenz seinerzeit und eventuell in St. Petersburg stattfinde, und würden dies an und für sich sogar lieber sehen, als wenn sich dieselbe in irgendeiner anderen Stadt versammeln sollte. Ich überlasse es dem Fürsten Radolin, hiernach seine Sprache zu regeln und hieraus die Argumente zu entnehmen, welche ihm geeignet erscheinen, um in St. Petersburg jeden wider Erwarten etwa vorhandenen Zweifel darüber zu zerstreuen, daß unsre Mitwirkung nie fehlen wird, wo es sich um die Aufrechterhaltung der traditionellen und dem Interesse beider Länder gleichmäßig entsprechenden ruhigen und guten Beziehungen zwischen den

---

* Siehe Nr. 4228.

Höfen von Berlin und St. Petersburg und den beiderseitigen Regierungen handelt. Wir haben gar keinen Anlaß, die Beziehungen zu Rußland nicht auch fernerhin ebenso sorgsam zu pflegen, wie dies im Vertrauen auf volles Entgegenkommen und gleiche Rücksichtnahme von russischer Seite im Rahmen deutscher Rechte und Interessen bisher immer der Fall gewesen ist."

Ew. pp. stelle ich ergebenst anheim, nach Maßgabe vorstehender Weisungen zu verfahren.

Da die russische Anregung seinerzeit in der Form eines Ew. pp. übergebenen Memoires ohne Adresse erfolgt ist, sind wir meines Erachtens nicht genötigt, unsere Antwort in die Form einer amtlichen Note an die russische Regierung, wie es anscheinend einige Kabinette getan haben, zu kleiden. Mit Rücksicht hierauf wird vielleicht den Intentionen des Herrn Staatssekretärs, welcher in unserer Antwort bindende Erklärungen, die für uns unerwünscht oder unbequem sein könnten, vermieden zu sehen wünscht, am besten entsprochen werden, wenn diese Antwort mündlich erfolgt. Ich möchte es jedoch Ew. pp. Ermessen vollständig überlassen, für die betreffende Mitteilung an den russischen Minister des Äußeren bezw. dessen Vertreter diejenige Form zu wählen, welche Ihnen nach Lage der Verhältnisse die geeignetste erscheint.

v. Derenthall

Nr. 4230

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 293 Wien, den 24. Oktober 1898

Graf Murawiew* sagte mir in langer Auseinandersetzung, daß der Zweck seiner Reise nach Paris gewesen sei, Frankreich für die Friedenskonferenz zu gewinnen. Dieses sei ihm gelungen. Die Bedenken seien dank der Vernunft Faures und Delcassés ecartiert. Jede politische Anregung sei nunmehr ausgeschlossen. Die Verhandlungen sollen öffentliche sein, um alle Unruhen, die durch geheime Sitzungen hervorgerufen werden können, zu vermeiden. Als Ort nennt er Kopenhagen oder den Haag; auf ersteren legte er einen Nachdruck. Er erwartet Anregung in dieser Hinsicht. Von St. Petersburg wünscht er abzusehen. Graf Goluchowski ist der Ort der Konferenz gleichgültig. Nach seiner Rückkehr nach St. Petersburg Ende November will Graf Murawiew eine formelle Einladung ergehen lassen.

Eulenburg

---

* Der russische Minister des Äußeren, der am 15. Oktober zu mehrtägigem Aufenthalt in Paris eingetroffen war, hielt sich auf der Rückfahrt kurze Zeit in Wien auf. Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXVIII, Nr. 3528.

Nr. 4231

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 185 Wien, den 23. Oktober 1898

Der Zweck der eingehenden Unterredung, die ich heute mit Graf Murawiew hatte, schien seinerseits hauptsächlich darin zu liegen, mir seinen — und Frankreichs — Standpunkt in der Frage der Friedenskonferenz darzulegen.

Zur Geschichte dieser Konferenz erwähnte Graf Murawiew, er habe ganz allein seit dem vergangenen März an jenem Schriftstück gearbeitet, das so großes Aufsehen erregte. Den Auftrag seines allerhöchsten Herrn erwähnte er nicht. Vielleicht nahm er diesen als selbstverständlich für mich an. „Die Anerkennung,“ sagte er, „welche mir von Kaiser Nikolaus — und eigentlich von aller Welt — für diese famose Arbeit gezollt wurde, hat mich erfreut. Ich leugne es nicht.“

Der Graf ging nun zu der Sache selbst über. „Ich habe,“ fuhr er fort, „das Schriftstück absichtlich so unbestimmt als möglich gehalten, weil die Ziele vorderhand keine greifbaren sind — auch keine greifbaren sein sollen. Geleitet wurde ich von dem Gedanken, daß die durch neue Erfindungen fortgesetzte Steigerung in den Rüstungen aller Staaten schließlich an einem Punkte anlangen muß, wo das non possumus eintritt. Und dieser Moment bedeutet unausweichbar den Krieg. Die Franzosen können, weil sie die reichsten sind, den Wettlauf am längsten aushalten. Sie[1] — und auch wir — gelangen viel eher zum non possumus!

Den Erfindungen Einhalt tun durch das Festhalten einer Grenze, hat aber auch eine gewisse Einwirkung auf die soziale Frage. Eine Seite, die vielleicht besonders Seine Majestät den Deutschen Kaiser interessieren dürfte: die Begrenzung bedeutet die Verringerung der ungeheuren Arbeiterzahl bei Krupp usw.[2], welche lediglich den unausgesetzten neuen Versuchen zu dienen hat.“

Ich habe auch an dieser Stelle — nicht ohne Schwierigkeit! — meine Erwiderungen zurückgehalten, da eine Diskussion der Frage viel weniger interessant sein mußte, als den Strom der Rede des Grafen rauschen zu lassen, der allerdings mehr an einen Theaterstrom, als an einen Strom lebendigen Wassers erinnerte.

„Ich habe,“ fuhr er fort, „den Gedanken gefaßt, daß die Konferenz im Beginn nur von Delegierten der Diplomatie beschickt werde. Diese stellen in ihren Arbeiten gewissermaßen den ersten Akt dar. Ein zweiter Akt — der durchaus nicht in unmittelbarem Zusammenhange mit dem ersten stattzufinden hat — folgt sodann, vielleicht lediglich aus Vertretern der Armeen[3] und Finanzwelt bestehend. In

weiteren Zwischenräumen können diese zwei Akte durch dritte, auch vierte ergänzt werden.

Es ist durchaus nicht nötig, daß etwas Besonderes dabei herauskommt[4]. (!)

Vielleicht aber gelangt man zu irgend überraschenden erfreulichen Resultaten.

Das Programm der Konferenz[5] wird beim Zusammentritt näher festgestellt werden. Als sichere Basis wird jedoch vorher bestimmt, daß keinerlei politische Fragen berührt werden dürfen, und daß die Verhandlungen öffentliche — nicht geheime — sind, was Beunruhigung erwecken könnte.

Der Ort der Konferenz wäre besser nicht St. Petersburg. Der friedliche Gedanke, dem die Konferenz Ausdruck geben soll, hat nichts mit mir zu tun. Meinem Charakter liegt es ganz fern, mich irgend in den Vordergrund stellen zu wollen[6]. Dieses gilt auch bezüglich des Präsidiums, falls die Konferenz in einem kleinen Staat stattfinden sollte; ein Gedanke, dem ich den Vorzug gebe. Es sollte dann aber ein Ort gewählt werden, der bezüglich einer Konferenz ganz jungfräulich ist. Z. B. Kopenhagen, auch der Haag. Kopenhagen wäre mir sehr sympathisch. Von Brüssel möchte ich lieber absehen. Ich hoffe in dieser Hinsicht irgendeine Anregung zu erhalten[7]. Ich mache keinen bezüglichen Vorschlag[8]."

Als ich hierauf die ablehnende Haltung Frankreichs erwähnte, erwiderte der Graf folgendes:

„Der Zweck meiner Reise nach Paris war, Frankreich zu einer vernünftigen Haltung in einer Frage zu bewegen, die für die weitere auswärtige Politik der Republik von großer Bedeutung sein kann.

Ich hatte absichtlich Frankreich von unserem Vorschlag nichts vorher mitgeteilt, d. h. um die Form ungefähr zu wahren, dem Grafen Montebello zwei Stunden vor Fürst Radolin meine Mitteilung gemacht. Man hat uns dieses sehr übelgenommen! Jetzt fand ich nun in M. Delcassé zu meiner besonderen Freude einen ganz hervorragend ruhigen, vernünftigen, friedlichen Mann — mit dem Sie besonders zufrieden sein können. Ich bitte Sie, dieses ausdrücklich Ihrer Regierung in meinem Namen mitzuteilen. M. Delcassé ist mir viel lieber als M. Hanotaux[9], der von Weibern, Parlament und Freunden abhängig war und dazu von Eitelkeit verzehrt wurde. Delcassé hat ein Jahreseinkommen von 300 000 Francs, ist ganz unabhängig und fürchtet sich durchaus nicht vor dem Parlamente.

Er erklärte mir (ebenso wie M. Faure), daß er die Konferenz beschicken werde, auch wenn die Bedingung gestellt würde, politische Fragen auszuscheiden.

Man wird absolut das tun, was ich wünsche. Meine Aufgabe, den Revanchegedanken allmählich zurückzudrängen, hoffe ich zu erreichen. Die Leiter der französischen Politik verhalten sich

nicht mehr ablehnend in dieser Hinsicht — wenn auch immer noch vorsichtig. Durch die Konferenz aber glaube ich meinem Ziele erheblich näher gerückt zu sein.

Noch möchte ich erwähnen, daß England die Frage an mich richtete, was es eventuell tun solle, da es eine Armee nicht besäße? Ich habe geantwortet, daß man bei der Flotte Entgegenkommen zeigen könne, indem man z. B. sich verpflichte, die Panzerplatten nicht über eine gewisse Stärke zu machen." (Was England darauf erwidert hat, verschwieg mir Graf Murawiew.)

Hierauf schloß der Minister seine Rede über die Konferenz.

Ich hatte den Eindruck, daß seine Bemühungen für dieselbe viel ernster gemeint sind als die Gedanken, die er über den Wert der Konferenz hegt.

Graf Goluchowski hat nach seinen mir gemachten Mitteilungen ungefähr dieselbe Rede gehört.

Bezüglich des Wunsches des Grafen Murawiew, Kopenhagen oder den Haag als Ort der Konferenz zu sehen, hat Graf Goluchowski geäußert, „daß er über diese ihm völlig gleichgültige Seite der Konferenz einer Mitteilung entgegensähe. Ebenso über das Programm." Graf Murawiew hat zugesagt, nach seiner Rückkehr nach St. Petersburg eine bezügliche Mitteilung zu machen. Das würde etwa Ende November sein. P. Eulenburg

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. (laut eigenhändiger Abschrift Bernhard von Bülows):

[1] Sie ist eine Lüge — die Russen sind schon dran.

[2] Woher soll denn Krupp seine Arbeiter bezahlen?!

[3] Wie ich sagte! Eine Friedenskonferenz aus Kriegsministern bestehend.

[4] Wie bei der Sitzung der 6 impuissances in Kon[stantino]pel!!

[5] Das Programm soll vorher festgelegt werden, sonst betheilige ich mich nicht.

[6] Siehe Seite 1—5 ! ! *.

[7] Nein!

[8] Ich auch nicht.

[9] Was sagten die Russen früher von Hanotaux!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Die ganze Sache erinnert an die Botschaft der Spartaner an die Athener, um von ihnen den Verzicht auf den Wiederaufbau der Mauern zu verlangen.

Nr. 4232

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 503 St. Petersburg, den 20. Dezember 1898

Nach meiner Rückkehr besuchte ich gestern Minister Witte. Ich fand ihn gereizt und wenig gesprächig[1]. Als er allmählich etwas auf-

---

* Siehe S. 162.

taute, fing er über die Lage an zu sprechen. Wiewohl er, meinte der Minister, nicht Minister der Auswärtigen Angelegenheiten sei und daher auch nicht wissen könne, was das Ergebnis der Friedenskonferenz sein würde, so hoffe er doch, daß aus derselben etwas Ersprießliches erwachsen würde. „Ist es denn nicht wahnsinnig," fuhr er fort, „daß die kontinentalen Mächte ihre ganze pekuniäre Kraft vergeuden, um sich gegeneinander zu rüsten[2]. Inzwischen sieht England (und eventuell auch Amerika und Japan) zu, wie der Kontinent sich verzehrt, reibt sich die Hände darüber und beschränkt sich darauf, die einzig wichtige Waffe für die künftige Weltherrschaft, seine Flotte, zu vermehren und sie zu einer Stärke zu entwickeln, die ohnegleichen und imstande sein wird, im gegebenen Moment ganz Europa in Schach zu halten und die Weltherrschaft zu begründen[3]. Die Kontinentalmächte sollten im Hinblick auf diese allgemeine Gefahr, die ihnen von England (und später von Amerika und Japan) droht, dadurch begegnen, daß sie ihre gegenseitige Feindseligkeit begleichen[4] und die enormen Ersparnisse, die durch eine dann mögliche Herabsetzung der Landarmeen[5] erzielt werden, dazu benutzen, um ihre Seemacht zu stärken und sie der britischen ebenbürtig zu machen[6]. Wenn das bisherige System der stets wachsenden Ausgaben für militärische Rüstungen auf dem Festlande fortdauert, dann sind alle Staaten, Rußland ebenso wie die anderen Mächte des Kontinents, nach 10 Jahren[7] so erschöpft, daß die Mittel nicht zu finden sein werden, dann noch Flotten zu schaffen, die der vorgedachten gewachsen wären. England mit oder ohne Amerika wird ein leichtes Spiel haben, die Weltherrschaft zu gewinnen. Der Kontinent Europas wird eine quantité négligeable werden[8]. Wenn die Konferenz in diesem Sinne etwas erreichen kann, dann begrüße ich sie mit Freuden." pp.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Begreiflich aber erfreulich

[2] warum hat er dann sein Geld in die kolossalen Rüstungen in Russland gesteckt und zu Truppenschiebungen bereitgehalten

[3] ist schon da!

[4] das habe ich vor 3 Jahren alles schon gepredigt aber Russland und Gallien von Freundestaumel trunken blieben taub.

[5] er ist doch total verrückt!
und hat noch nicht einmal unsere Wehrverfassung verstanden!

[6] too late now!

[7] Russland schon viel früher, wenn nicht sehr bald!

[8] alles richtig aber nicht mehr zu ändern

Nr. 4233

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 506 St. Petersburg, den 22. Dezember 1898

Beim heutigen Empfang sprach der Minister Graf Murawiew von der in Aussicht genommenen Friedenskonferenz und sagte mir, er erwarte die Rückkehr des Kaisers, um Seiner Majestät ein „Canevas de programme", wie er sich ausdrückte, zu unterbreiten. Nach erhaltener Genehmigung würde er dasselbe den fremden Regierungen zur Begutachtung vorlegen. Dieses Canevas solle, wie Graf Murawiew meint, eine Reihe von Punkten enthalten, die seiner Ansicht nach von jeder Regierung unbeanstandet angenommen werden könnten und die nichts enthalten, was in irgendeiner Weise Suszeptibilitäten der einzelnen Mächte tangieren könnte. Um mir ein Beispiel zu geben, worauf sich die einzelnen Punkte beziehen sollten, und wie sie gestaltet wären, führte der Minister folgendes an: Ein Staat erfindet oder besitzt einen Sprengstoff, den ein anderer nicht hat (Rußland habe z. B. einen solchen, den andere Armeen nicht haben); es käme darauf an, daß dieser Staat auf Anwendung dieses Materials verzichtet, wenn sich die anderen ebenfalls verpflichten, falls sie ihn erhalten sollten, denselben nicht anzuwenden. Ebenso müsse es mit Gewehren und Geschützen sein[1].

Wenn alle Armeen sich, sei es auch nur auf eine gewisse Zeit (etwa 4 Jahre), verpflichteten, keine neuen Erfindungen selbständig einzuführen, so wäre schon viel gewonnen. Mit Rücksicht auf die Seemächte wäre es z. B. geraten[2], die Stärke der Panzerplatten international festzusetzen[3]. „Warum sollte England sich nicht damit einverstanden erklären," fügte der Minister hinzu, „wenn alle anderen Mächte die Bewaffnung ihrer Streitkräfte zu Lande einschränken[4] und sich auch zu Wasser den vorgeschlagenen Einschränkungen fügen."

Ein weiterer Punkt, der der Konferenz zugrunde gelegt werden könnte, wäre: einen gewissen Prozentsatz festzusetzen, über den hinaus die einzelnen Bevölkerungen nicht zu den Waffen gerufen würden[5]. Wenn alle Mächte einen gleichen Satz annähmen, würden die Armeen reduziert, in ihrem Verhältnis zueinander aber die bisherigen gleichen Chancen bewahren[6].

Ich staunte etwas über diese ideale, um nicht zu sagen naive[7] Auffassung, behielt aber meinen vollen Ernst.

Dann verstieg sich Graf Murawiew in die Lüfte und meinte, alle Regierungen müßten dahin übereinkommen, keine Sprengstoffe von Ballons aus auf Städte oder Heere herunterzuwerfen; es scheine ihm

wahrscheinlich, daß solche Vernichtungsmittel in Zukunft wohl zur Anwendung kommen könnten.

Bei Streitfragen zwischen zwei Ländern müßten die bons offices der übrigen angerufen werden, um zu versuchen, den Streitpunkt zu schlichten. Es wäre ja keine arbitrage, sondern nur ein Vermittelungsversuch.

Nachdem der Minister mir diese und ähnliche Punkte als Beispiele vorgezählt hatte, fuhr er fort und sagte: wenn im Prinzip die vorzulegenden technischen Fragen die Zustimmung der einzelnen Regierungen erlangt hätten[8], und nachdem sie durch Militärs und Finanzbeamte geprüft wären, könnten die einzelnen Punkte der in Petersburg tagenden Konferenz, die vorläufig nur aus den ständigen Vertretern[9] in Petersburg zusammengesetzt wäre, zur weiteren Verhandlung überwiesen werden.

Bei jedem durch Spezialisten besprochenen und erledigten Punkte würde die Konferenz ad hoc zusammentreten.

Da der Minister anzunehmen schien, daß ich ihm auf seine Deduktion nicht recht folgte, und daß ich das Projekt als einen schönen Traum ansah, der schwer zu realisieren wäre, fügte er hinzu, in Wien wäre man auch skeptisch gewesen, erst nachdem er selbst dagewesen und die Durchführbarkeit des Projekts dargelegt, hätte man sich von der Richtigkeit des Planes überzeugen lassen[10]. Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] D. h. also wir sollen unsere neue Schnelladeartillerie nicht verwenden weil Russland keine hat!

[2] das sollte mal einer in England vorschlagen! Na die Antwort!

[3] die Platten dürfen nur so dick sein, daß Russische Granaten noch durchkommen!

[4] total verrückt! Was hat denn die Stärke Englischer Platten mit der Reduzirung von Armeekadres zu thun? Darum bauen sie doch 50 Schiffe mehr als alle andern!

[5] wenn er mir das anbietet, schlage ich ihn hinter die Ohren!

[6] also ein 1%, dann können wir vermehren und alle anderen müssen abmindern

[7] blödsinnige

[8] die obigen kann **ich** nicht annehmen

[9] also noch nicht die Kriegsminister

[10] da ist er total schief gewickelt gelacht haben sie dort

Nr. 4234

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 11 St. Petersburg, den 11. Januar 1899

Graf Murawiew stellt mir für morgen das bewußte Canevas de programme für die Friedenskonferenz in Aussicht. Mit Rücksicht auf

die veränderte Lage schlägt der Minister von neuem die Hauptstadt eines neutralen Staates, ohne einen bestimmten Namen zu nennen, statt St. Petersburg als Sitz der Konferenz vor. Möglicherweise hat er Kopenhagen im Sinn. Nach mir gemachten Andeutungen soll Innehaltung der einmal angenommenen Kriegsbudgets als ein zu erörternder Punkt in Aussicht genommen sein, ferner Verbot der Anwendung von bereits erwähnten Explosivstoffen und unterseeischen Torpedobooten, Spornschiffen usw.

Graf Murawiew betont, daß kein politischer Gegensatz in der Konferenz berührt werden dürfe.

Jedem der an derselben beteiligten Staaten soll es absolut freistehen, sich der Diskussion über einen oder den anderen Punkt des Programms zu enthalten.

Selbst Rußland könne sich nicht binden, die einzelnen Punkte zu vertreten, wenngleich es dieselben in dem Programm aufgeführt.

Radolin

Nr. 4235

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky

Telegramm. Konzept

Nr. 11 Berlin, den 16. Januar 1899

Den von dem Kaiserlichen Botschafter mit Bericht Nr. 22 eingereichten Programmentwurf* für die Abrüstungskonferenz habe ich erhalten. Euer pp. wollen dem Grafen Murawiew meinen verbindlichsten Dank für diese Mitteilung aussprechen und ihm dabei sagen, die Regierung Seiner Majestät des Kaisers nehme mit Befriedigung Akt von dem russischerseits erklärten Ausschluß aller politischen Fragen vom Konferenzprogramm. Sie werde sich an der allgemeinen Diskussion der angeregten Fragen gern beteiligen und verzichte aus diesem Grunde für jetzt auf die Formulierung eines Separatprogramms.

Bülow

---

* Der russische Programmentwurf vom 11. Januar, der allen Missionen in Petersburg zuging, ist abgedruckt u. a. in: Das Staatsarchiv, Bd. 64, S. 108 ff.

Nr. 4236

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 36 St. Petersburg, den 19. Januar 1899

Den Inhalt des hohen Telegramms Nr. 11* habe ich auftragsgemäß dem Grafen Murawiew mitgeteilt, der mit Befriedigung von unserer Bereitwilligkeit, an der allgemeinen Diskussion teilzunehmen, Kenntnis nahm. Der Minister meinte, er lege auf die Annahme der einzelnen Punkte seines Programmentwurfs keine entscheidende Bedeutung[1]. Wenn alle Regierungen, so wie wir es soeben getan, im allgemeinen ihr Einverständnis mit einer allgemeinen Diskussion ausgesprochen haben würden, werde er mit der Regierung desjenigen Staates, dessen Hauptstadt er[2] für die Abhaltung der Konferenz am geeignetsten halten werde, in Verbindung treten und nach Erlangung von deren Einverständnisse dann die Einladungen ergehen lassen. Meine ausdrückliche Frage, ob also demnach die Einladungen in eine andere Stadt als Petersburg doch von der russischen Regierung ausgehen würden, bejahte Graf Murawiew.

Das Urteil, dem ich bezüglich der jüngsten Abrüstungsnote der russischen Regierung durchgehends in hiesigen diplomatischen Kreisen begegne, ist keineswegs günstig. Auch vom stilistischen Standpunkte aus betrachtet ist mir das Schriftstück von allen Seiten als nicht der guten Tradition des Petersburger Kabinetts entsprechend bezeichnet worden. Der allgemeine Eindruck in sachlicher Hinsicht geht dahin, daß Graf Murawiew einen schlecht maskierten Rückzug angetreten hat[3]. Er mag sich in seinem Innersten schließlich doch der übernommenen Aufgabe nicht gewachsen gefühlt und eingesehen haben, daß Rußland überhaupt nicht über Kapazitäten verfügt, die imstande wären, das komplizierte Material, welches der Konferenz vorgelegt werden soll, zu beherrschen, wissenschaftlich zu ordnen und zugleich den praktischen Interessen anzupassen.

Befremden hat in hiesigen diplomatischen Kreisen besonders auch der Passus der Note hervorgerufen[4], in welchem Graf Murawiew von der seit vorigem August eingetretenen Verdüsterung des politischen Horizonts spricht, und daran den Zweifel knüpft, ob „en présence de cette situation incertaine" die Mächte eine Diskussion der Ideen des Manifestes vom 12./24. August noch für opportun hielten[5]. Man findet eine so alarmierende Sprache in einem offiziellen Schriftstücke, welches jederzeit veröffentlicht werden kann, unangebracht, und ich habe Grund zu der Annahme, daß dem Grafen Murawiew von ver-

---

* Siehe Nr. 4235.

schiedenen Seiten, unter anderem auch vom französischen Botschafter, Vorstellungen in diesem Sinne gemacht worden sind. Dies soll auch der Grund sein, weshalb die hiesige offizielle Presse bisher noch kein Wort über die Note des Ministers gebracht hat.

von Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] ! Wozu dann der Lärm?

[2] na da haben doch noch andere mitzureden

[3] richtig

[4] warum?

[5] ganz richtig

Nr. 4237

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 61 London, den 26. Januar 1899

In ganz vertraulicher Unterhaltung mit mir sprach sich Lord Salisbury sehr skeptisch in bezug auf das Programm des Grafen Murawiew über die Friedenskonferenz aus, bat mich aber ausdrücklich, von seinen Äußerungen darüber keinen amtlichen Gebrauch zu machen. Das ganze Programm bezeichnete er im allgemeinen als „pas sérieux". Vor allem würde es unmöglich sein, selbst wenn man sich über militärische und maritime Reduktionen usw. einigen könnte, die ehrliche Ausführung der darauf bezüglichen Bestimmungen durch die einzelnen Mächte zu kontrollieren. Auch die Einsetzung eines Schiedsgerichts für Differenzen zwischen den Mächten würde sich als unausführbar herausstellen, da kein Land prinzipiell darauf eingehen könne, Streitfragen, welche seine Ehre oder seine Lebensinteressen berührten, der Entscheidung eines Dritten zu unterwerfen. Möglich erscheine ihm, Lord Salisbury, in dieser Hinsicht nur, wie er dies schon früher selbst ausgesprochen habe, für die Zukunft eine Arbitrage für kleinere Differenzen, die keine politische Bedeutung hätten, unter den Mächten einzuführen.

Aus den Äußerungen Lord Salisburys, die ich als ganz vertraulich zu behandeln bitte, habe ich den bestimmten Eindruck gehabt, daß man hier zwar auf der Konferenz erscheinen, auch die friedlichen Absichten des Kaisers von Rußland bereitwillig anerkennen, daß man sich aber bei der Beratung auf nichts einlassen wird, was die weitere Entwickelung und Schlagfertigkeit der englischen Flotte einschränken oder England nötigen könnte, hervorragende englische Interessen der Entscheidung Dritter zu unterwerfen.

Hatzfeldt

Nr. 4238

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Pourtalès

Nr. 89 Berlin, den 8. Februar 1899
Vertraulich

Ew. pp. beehre ich mich anbei Abschrift eines Berichts des Königlichen Gesandten beim Vatikan vom 1. d. Mts. nebst Anlage betreffend die Beteiligung der Kurie an der Konferenz über die Abrüstungsfrage zur gefälligen Kenntnisnahme ergebenst zu übersenden.

Seine Majestät der Kaiser hat bei Vorlage dieses Berichts zu bemerken geruht, er könne sich des Verdachtes nicht erwehren, als ob russischerseits die Beteiligung des Vatikans an der Konferenz gewünscht würde, um womöglich einen Konflikt zwischen Quirinal und Vatikan herbeizuführen, der in Italien tiefgehende Verstimmung und Zwietracht erwecken könne. Auf diese Weise würde unser zweiter Verbündeter ebenso paralysiert, wie es Österreich-Ungarn gegenwärtig durch die Nationalitätenkämpfe in Zisleithanien und den noch immer nicht zustande gekommenen Ausgleich zwischen den beiden Reichshälften* sei. Mit einer solchen Politik der Schwächung des Dreibundes durch fortgesetzte Minierarbeit bei seinen einzelnen Mitgliedern würde auch die wiederholt hervorgetretene Tendenz des Grafen Murawiew in Einklang zu bringen sein, den russischen diplomatischen Vertretungen bei den deutschen Bundesstaaten wieder eine größere Bedeutung beizulegen und durch dieselben Intrigen anzuzetteln, die in ihrem Endziel eine Erschütterung der Macht des Reiches im Auge hätten.

Vorstehende Erwägungen Seiner Majestät des Kaisers habe ich nicht unterlassen wollen, Ew. pp. zu Ihrer ganz vertraulichen Orientierung ergebenst mitzuteilen. Bülow

Nr. 4239

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Rom Freiherrn von Saurma

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 27 Berlin, den 17. Februar 1899

Graf Lanza ließ heute den Wunsch durchblicken, daß das Berliner und Wiener Kabinett erklären möchten, daß auch sie an der Ab-

* Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXVII.

rüstungskonferenz nicht teilnehmen würden, falls das italienische Kabinett infolge der Einladung des Papstes sich von der Konferenz ausschlösse. Ich habe diese Frage, welche ja naheliegt, gleich anfangs, als die Bedenken der italienischen Regierung gegen die Einladung des Papstes mir bekannt wurden, reiflich erwogen und glaube, daß dieser Gedanke zur tatsächlichen Sprengung des Dreibundes führen müßte. Denn das Wiener Kabinett würde mit Rücksicht auf die ganze innere Lage Österreich-Ungarns unter keinen denkbaren Umständen gegen den Papst Front machen können. Der Unterschied zwischen Österreich und Italien besteht darin, daß in Italien der Papst sich seines politischen Haupthebels begeben hat, indem er seinen Anhängern die Beteiligung am politischen Leben dauernd verbietet, während in der österreichisch-ungarischen Monarchie die Regierung ohne Unterstützung der klerikalen Elemente nicht würde bestehen können. Ein direkter deutscher Antrag auf Fernhaltung des Papstes von der Konferenz müßte also vom Wiener Kabinett glatt abgelehnt werden.

Von diesem Gedanken geleitet habe ich mir daher angelegen sein lassen, die italienischen Wünsche in anderer Weise zu fördern, indem ich der holländischen Regierung zu verstehen gab, die Einladung des Papstes werde wahrscheinlich zu Schwierigkeiten mit Italien führen und Italien sei Deutschlands Freund. Infolgedessen hat die niederländische Regierung hier bereits wiederholt erklärt, eine Konferenz ohne Beteiligung aller Großmächte erscheine ihr ausgeschlossen, und sie werde daher, sobald die italienische Regierung zur Frage der Einladung des Papstes Stellung nehme, von der Einladung des Papstes absehen.

Ich habe die Empfindung, hierdurch den Erwartungen, zu denen die italienische Regierung durch unsere festen freundschaftlichen Beziehungen berechtigt ist, vollauf entsprochen zu haben.

Ew. wollen sich in diesem Sinne gegenüber dem Admiral Canevaro* oder dem General Pelloux**, oder womöglich beiden gegenüber unverzüglich aussprechen. Bülow

Nr. 4240

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen von Pourtalès

Reinschrift

Berlin, den 21. Februar 1899

Auftragsgemäß habe ich heute bei dem niederländischen Gesandten *** die Schwierigkeiten zur Sprache gebracht, welche nach Mel-

* Italienischer Minister des Äußern.
** Italienischer Ministerpräsident.
*** Jonkheer van Tets van Goudriaan.

dungen des Kaiserlichen Geschäftsträgers im Haag die Frage einer Einladung der Regierung des Transvaalstaates zur Abrüstungskonferenz zu bereiten scheine. Herr van Tets war über die Sache nicht informiert. Ich sagte ihm, der Herr Staatssekretär ließe ihm anheimstellen, dem Minister de Beaufort* den freundschaftlichen Rat der Kaiserlichen Regierung zu übermitteln, sich in der gedachten Frage mit dem Kabinett von St. James in Verbindung zu setzen, um etwaigen späteren diplomatischen Komplikationen vorzubeugen. Herr van Tets war für diesen Rat sehr dankbar und versicherte, er werde denselben sofort nach dem Haag übermitteln. Ich bemerkte im Laufe der Unterhaltung, wir hätten in der Angelegenheit weiter kein Interesse, als, getreu unseren traditionellen Beziehungen zu den Niederlanden, dem Haager Kabinett zu einem Schritte zu raten, welcher der holländischen Regierung vielleicht weitere Unbequemlichkeiten ersparen könnte.

Pourtalès

Nr. 4241

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Pourtalès

Nr. 36 Berlin, den 25. Februar 1899

Der Fürstbischof von Breslau hat ein ihm vom Kardinal Rampolla zugegangenes Schreiben hier vorgelegt, in welchem angeregt wird, Seine Majestät der Kaiser möge die Einladung des Papstes zur Abrüstungskonferenz fördern.

Ich beabsichtige, dem Kardinal Kopp zu antworten, daß, nachdem die italienische Regierung auf das bestimmteste erklärt habe, sie müsse auf jede Teilnahme an der Konferenz verzichten, sofern ein päpstlicher Delegierter zu derselben eingeladen würde, Seine Majestät der Kaiser eine Gefährdung des Dreibundes und folglich des europäischen Friedens darin sehen würde, wenn zwei Mächte des Dreibundes an der Konferenz teilnähmen, während die dritte sich fernhielte. Gegenüber dieser Sachlage wären wir außerstande, den in Rede stehenden Wunsch des Heiligen Stuhls zu unterstützen. Wir hätten auch bestimmten Grund zu der Annahme, daß die österreichische Regierung unsere Besorgnisse hinsichtlich des Dreibundes teile und daher wie wir in der Frage der Einladung des Papstes Zurückhaltung zu beobachten beabsichtige.

---

* Minister des Äußern.

Ew. pp. wollen vorstehendes dem Grafen Goluchowski streng vertraulich mitteilen und dabei hervorheben, wie ich selbstverständlich jede Andeutung darüber unterlassen würde, daß der österreichisch-ungarische Minister des Äußeren sich, wie Ew. pp. in dem Telegramm Nr. 48 vom 18. d. Mts. gemeldet haben, mißbilligend über den Antrag der Kurie ausgesprochen hat. Ich würde vielmehr nur darauf hinweisen, daß lediglich Rücksichten für den Dreibund für die Haltung des Wiener Kabinetts maßgebend seien*.

Bülow

Nr. 4242

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 42 St. Petersburg, den 25. Februar 1899

Graf Murawiew benachrichtigt mich mit Schreiben von gestern, daß, wie ich ihm mündlich mitgeteilt, das Berliner Kabinett dem Zusammentritt einer internationalen Konferenz im Haag und dem Vorschlage, die in der russischen Note vom 30. Dezember a. St. angegebenen Themata zur Diskussion anzunehmen, zugestimmt habe. Fast alle Regierungen, denen die gedachte Note zugestellt worden, hätten dem russischen Ministerium bereits schriftlich geantwortet, und seien diese Antworten der niederländischen Regierung übermittelt worden, welche das Datum zum Kongreßzusammentritt festzusetzen und die Einladungen an die teilnehmenden Regierungen zu erlassen habe.

Graf Murawiew fragt an, ob er die zustimmende Antwort des Ber-

* Später, Mitte Juni 1899, drohte der Kardinalstaatssekretär Rampolla dem bayerischen Gesandten beim Vatikan Freiherrn von Cetto mit einer Kundgebung des Papstes, worin dieser seine Betrübnis über die deutsche Unterstützung des italienischen Widerstandes gegen die Einladung des Papstes ausdrücken würde. Darauf erging ein Erlaß an den preußischen Gesandten beim Päpstlichen Stuhl vom 16. Juni, worin die Zumutung, daß Deutschland ohne Rücksicht auf Italien und den Dreibund die Zulassung des Papstes zur Konferenz hätte durchsetzen sollen, zurückgewiesen und deutscherseits mit einer rückhaltlosen öffentlichen Klarlegung der Beziehungen zwischen der deutschen Regierung und dem Heiligen Stuhl, welche durch die französisch gesinnte Politik des Kardinalstaatssekretärs Rampolla in der Protektoratsfrage (vgl. Bd. XII, Kap. LXXXIII, Anhang) usw. getrübt waren, gedroht wurde. Die deutsche Regierung hat dann auch weiter in der Frage der Zulassung des Papstes zur Friedenskonferenz, die während der Dauer der Konferenz nicht mehr zur Ruhe kam und der niederländischen Regierung ernste Schwierigkeiten, namentlich in den Generalstaaten, bereitete, die äußerste Zurückhaltung bewahrt.

liner Kabinetts der niederländischen Regierung mitteilen könne* oder noch eine diese Zustimmung bestätigende schriftliche Antwort meinerseits abwarten solle. Radolin

Nr. 4243

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 38 Berlin, den 1. März 1899

Unter Bezugnahme auf den gestrigen, morgen dort eintreffenden Privatbrief über die Konferenz**, mit dessen Ausführung ich durchaus einverstanden bin.

Offenbar hat kein Staat in höherem Grade als England das Interesse, sich bei der Konferenz gegen Überrumpelungsanträge zu decken. Dies geschieht ein für allemal in wirksamster Weise, wenn die englische Regierung an die übrigen großen Kabinette die Frage richtet,

„ob es nicht als selbstverständliche Voraussetzung der Beteiligung anzusehen sei, daß das unter den Mächten gegenwärtig bestehende Kräfteverhältnis auch für die Konferenz gewahrt bleibe, d. h. daß sämtliche Großmächte sich bei den Entschließungen der Konferenz beteiligen?"

Dieser Antrag, welcher die Zurückweisung des Majorisierungsprinzips in sich schließt und deshalb die in unzweideutiger Defensive befindlichen Mächte gegen Überraschungen sichert, würde vielleicht gefördert werden, wenn das englische Kabinett die Fragestellung zeitlich so einrichtete, daß die Entscheidung und Antwort der Dreibundkabinette etwas früher als die der übrigen erfolgt und bekannt wird.

Das Programm der Wahrung des unveränderten Kräfteverhältnisses entspricht in so hohem Grade dem Interesse der friedlichen Aufrechterhaltung des europäischen Status quo, daß ich an der Billigung desselben durch unsern allergnädigsten Herrn nicht zweifle. Was die Initiative der Anregung anlangt, so dürfte es zur

---

* Die Frage wurde in einem Telegramm nach Petersburg vom 25. Februar (Nr. 32) bejahend beantwortet.

** Es handelt sich um einen Privatbrief von Holstein an Graf Hatzfeldt vom 28. Februar, der, ausgehend von der Frage der Einladung des Papstes zur Friedenskonferenz und der eventuellen Nichtteilnahme Italiens, den englischen Staatsmännern durch den deutschen Botschafter die Idee zu suggerieren suchte, die Einladung zur Friedenskonferenz ihrerseits nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung anzunehmen, daß das jetzt vorhandene Gleichgewicht der Mächte erhalten bleibe, d. h. daß alle Mächte, einschließlich Italiens, an der Konferenz teilnähmen.

Schonung gewisser Empfindlichkeiten und damit auch zur Erleichterung des Erfolges weitaus das richtigste sein, wenn dieselbe von dem leitenden englischen Staatsmanne ausginge.

Falls Ew. pp. auf Grund Ihrer Lokal- und Personalkenntnis in dem vorstehend skizzierten Gedanken Anlaß zu Bedenken finden sollten, bitte ich um Rückäußerung darüber. Anderenfalls wollen Euer pp. sich als ermächtigt ansehen, die Sache mit Lord Salisbury in der Ihnen geeignet scheinenden Weise, vielleicht zunächst ohne Erwähnung eines Auftrages, zu besprechen. Bülow

Nr. 4244

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 36 London, den 4. März 1899

Telegramm Nr. 38* erhalten.

Ich habe die Frage gesprächsweise bei Lord Salisbury angeregt, ohne einen Auftrag zu zeigen und indem ich mich auf die Frage beschränkte, was ihm von der Lage der Sache bekannt sei, deren mögliche Konsequenzen mir nicht unbedenklich erschienen. Der Premierminister erwiderte mir, er glaube gehört zu haben, daß die Einladung des Papstes unterbleiben werde, und daß damit die für Italien eingetretene Schwierigkeit gelöst sei, wisse aber nichts Sicheres darüber, da er weder um Rat gefragt worden noch von einem der Beteiligten eine darauf bezügliche Mitteilung erhalten habe [1]. Der Premierminister warf dann die überraschende Frage auf, welchen Nachteil ich in der eventuellen Enthaltung Italiens von der Konferenz [2], wenn es dennoch dazu käme, erblicken würde. Als ich hierauf erwiderte, daß mir die Zurückweisung des Majorisierungsprinzips, welches die Gefahr von Überrumpelungen in sich schließen würde, im Interesse aller und namentlich auch Englands zu liegen schiene; als ich gleichzeitig daran erinnerte, daß er sich in früheren Jahren mir gegenüber stets gegen das Majorisierungsprinzip ausgesprochen habe, wenn von Konferenzen die Rede gewesen sei, durch welche England z. B. aus seiner Stellung in Ägypten herausgedrängt werden könnte, sagte Lord Salisbury, daß er sich nicht entsinnen könne, das Majorisierungsprinzip unbedingt ausgeschlossen zu haben. Er sei vielmehr der Ansicht, daß es sich zuweilen wohl empfehlen würde, gewisse Fragen, welche allerdings große politische Interessen nicht berühren dürften, durch Majoritätsbeschlüsse zum Austrag zu bringen. Ich bemerkte hierzu, daß ich diese Frage mit der von ihm angeführten sehr wesentlichen Einschränkung zwar unerörtert lassen wolle, mich aber

---

* Siehe Nr. 4243.

im vorliegenden Fall und soweit ich mir ein persönliches Urteil zu bilden vermöchte, der praktischen Besorgnis nicht verschließen könne, daß Italien, wenn der jetzt von anderer Seite verfolgte Plan, die Beteiligung des Papstes gegen die bestimmte Erklärung Italiens durchzusetzen, verwirklicht werde, sich die Frage vorlegen werde, ob es nicht besser tun würde, einen Wechsel seiner Politik vorzunehmen und in das Lager der siegreichen Gruppe* überzugehen. Ich könne mir nicht vorstellen, wenn meine Besorgnis berechtigt sei, daß dies dem englischen Interesse entsprechen würde. Ohne hierauf näher einzugehen, wiederholte Lord Salisbury, daß er mit der Sache nicht befaßt sei, und ließ dabei die Andeutung fallen, daß er ebenfalls in der Lage sei, auf die Gefühle und Wünsche der hiesigen Katholiken Rücksicht nehmen zu müssen[3].

Dieser ablehnenden Haltung des Premierministers gegenüber schien es mir nicht angezeigt, die Sache weiter zu verfolgen und einen Vorschlag zu präzisieren, dessen formelle Ablehnung nach seinen heutigen Äußerungen vorauszusehen war. Fraglich erscheint hiernach nur noch, ob die ablehnende Haltung des Premierministers nicht durch die Besorgnis hervorgerufen war, daß unsere Absicht dahin geht, England in der Frage gegen Frankreich und Rußland vorzuschieben, ohne uns selbst dabei zu kompromittieren, und ob er diese Haltung nicht modifizieren würde, falls ihm mitgeteilt wird, daß Deutschland und Österreich[4] sich bezüglich der Konferenz auf den Standpunkt des Kräfteverhältnisses stellen werden, und daß es sich nur um eine Beteiligung Englands hieran handle. Mein Eindruck ist aber, daß er sich in die Sache überhaupt nicht mischen will[5], und daß er dabei von der Voraussetzung ausgeht, daß Italien, selbst wenn es sich vom Dreibund abwenden wollte, niemals auf die Freundschaft und eventuelle Hülfe Englands im Mittelmeer verzichten kann[6], daß er, Lord Salisbury, daher, wenn er gegen die Einladung des Papstes Stellung nehmen wollte, Frankreich und Rußland ohne wirklichen Nutzen für England verstimmen würde.

Mein österreichischer Kollege** nimmt ebenfalls an, ohne jedoch bestimmte Gründe hierfür anführen zu können, daß die Einladung des Papstes aufgegeben und die Schwierigkeit dadurch beseitigt ist.

Hatzfeldt

Randbemerkungen Bernhard von Bülows:

[1] Italien hat also in London gar keine Schritte unternommen

[2] aha

[3] !!

[4] Wir können höchstens pari passu mit Österreich, keinenfalls ohne Österreich eine solche Anfrage an England richten.

[5] natürlich

[6] ganz richtig

---

* D. h. in das französisch-russische Lager, von dem aus die Beteiligung des Papstes begünstigt wurde.

** Graf Deym.

Nr. 4245

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 34 Berlin, den 5. März 1899

Ew. wollen unverzüglich mündlich und ganz vertraulich dem Grafen Murawiew folgendes mitteilen:

An die Kaiserliche Regierung ist neuerdings von außen her der Gedanke herangebracht worden, ihre Beteiligung an der Abrüstungskonferenz von der einen oder andern Bedingung abhängig zu machen *. Diese Anregung ist hier erfolglos geblieben, nicht weil wir uns gegen die Schwierigkeiten und selbst Gefahren verschließen, welche auf diesem ganz neuen und ungewöhnlichen Beratungsgebiete auftauchen können, sondern weil wir nicht durch unser Beispiel die Hindernisse vermehren möchten, denen die Regierung Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus ohnehin schon bei der Verfolgung einer edlen und menschenfreundlichen Idee begegnet.

Indessen würde die Regierung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers eine Pflicht der Loyalität verletzen, wenn sie nicht schon jetzt infolge jener Anregung den Grafen Murawiew auf die Gefahr aufmerksam machte, welche in letzter Stunde für das Zustandekommen der Konferenz daraus entstehen kann, daß nicht alle Großmächte sich beteiligen. Gegen eine conférence tronquée würde allerdings — gleichviel welches der Anlaß ihrer Unvollständigkeit ist — das Bedenken geltend zu machen sein, daß eine plötzliche Änderung des jetzt unter den Mächten bestehenden Kräfteverhältnisses serait de nature à accroître incommensurablement les dangers de l'inconnu.

Die Tatsache, daß die Besorgnis von uns in St. Petersburg zum Ausdruck gebracht worden ist, wird, wie Ew. dem Grafen Murawiew positiv erklären können, geheim bleiben, weil durch das Bekanntwerden dieser Tatsache voraussichtlich grade das Ergebnis gefördert werden würde, welches wir verhindern wollten, als wir die Erörterung des eingangs erwähnten Gedankens ablehnten.

Bülow

---

* Gemeint ist die italienische Anregung, daß Deutschland und Österreich sich mit Italien für den Fall der Einladung des Papstes zur Friedenskonferenz solidarisch erklären sollten. Vgl. Nr. 4239.

Nr. 4246

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 38 Berlin, den 10. März 1899

Antwort auf Schlußpassus des Telegramm Nr. 51 vom 8. d. Mts.*
Bitte dem Grafen Murawiew folgendes zu sagen:

Es handelt sich für uns bei Erwägung der Eventualität unserer Nichtbeteiligung an der Konferenz nicht um eine bestimmte Frage oder eine bestimmte Macht, es liegt uns vielmehr nur daran, schon jetzt das Prinzip zu betonen, daß die Konferenz, welche Fragen behandelt, die sämtliche Mächte berühren, nur unter Beteiligung auch sämtlicher Großmächte Ersprießliches leisten kann.

Würde, aus gleichviel welchem Grunde, eine Großmacht ihre Zustimmung zur Teilnahme an der Konferenz zurückziehen oder im Laufe der Beratungen aus derselben ausscheiden, so würde für jede der anderen Mächte die Frage entstehen, ob sie an den Beratungen weiter teilnehmen oder sich dem vom Rumpfe abgetrennten Aste anschließen solle. Im ersteren Falle würde sie sich mit der ausgeschiedenen, im letzteren mit den die Beratungen fortsetzenden Mächten in akute Gegnerschaft bringen. Auf diese Weise würde nach unserer Ansicht eine jede Rumpfkonferenz durch die Macht der Verhältnisse einen polemischen Charakter gewinnen, ebenso wie im inneren politischen Leben der Völker einem Rumpfparlament der Charakter des Kampfes notwendig anhaftet. Wir für unseren Teil wollen es vermeiden, durch die Konferenz in irgendwelche Differenzen mit anderen Mächten gezogen zu werden. Aus diesem Grunde erklären wir schon jetzt, bevor irgendwelche konkrete Frage vorliegt, prinzipiell, daß wir an einer unvollständigen Konferenz nicht teilzunehmen beabsichtigen. Würden wir eine solche Erklärung erst in dem Augenblicke abgeben, wo die Meinungsverschiedenheit über einen bestimmten Punkt den Austritt einer bestimmten Macht aus der Konferenz zur Folge hätte, so würden wir uns dadurch mit der betreffenden Frage in einem oder dem anderen Sinne identifizieren

---

* Auf die am 5. März nach Petersburg im Hinblick auf die italienische Haltung gerichtete Befürwortung der Beteiligung a l l e r Großmächte an der Konferenz (vgl. Nr. 4245), die am 7. März noch durch den Hinweis auf die von Holland erstrebte Heranziehung der Transvaalrepublik und deren Rückwirkung auf Englands Konferenzwilligkeit verstärkt wurde, hatte Murawiew, wie Fürst Radolin am 8. mittels Telegramm Nr. 51 meldete, ziemlich gereizt erwidert, daß er das Fernbleiben einer oder der anderen Großmacht wegen dieser oder jener Frage nicht tragisch nehmen werde, und daß er bedauere, wenn Deutschland als einzige unter den Mächten sein Erscheinen von der Anwesenheit aller Großmächte abhängig mache.

müssen und uns dementsprechend mit der einen oder der andern Partei verfeinden.

Wir werden diesen unsern Standpunkt gegenüber der niederländischen Regierung zum Ausdruck bringen, sobald uns seitens des Haager Kabinetts die offizielle Einladung zur Konferenz zugeht.

Bülow

Nr. 4247

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg

Telegramm. Konzept

Nr. 40 Berlin, den 11. März 1899

In den nächsten Tagen wird man der Einladung der niederländischen Regierung zur Abrüstungskonferenz entgegensehen können. Bei der Beantwortung derselben wird die Regierung Seiner Majestät des Kaisers ebensowenig wie seinerzeit bei der Erwiderung der russischen Anregungen ihre Annahme der Einladung von irgendeiner Bedingung hinsichtlich des Programms der Beratungen abhängig machen. Wir werden aber darauf hinweisen, daß bei einer Konferenz, die allgemeine, sämtliche Mächte berührende Fragen behandelt, die Beteiligung, wenn auch nicht sämtlicher Staaten, so doch sämtlicher Großmächte die natürliche Grundlage ist. Schon während der Vorbesprechungen waren wiederholt Zwischenfragen aufgetaucht, welche vorübergehend die Beteiligung der einen oder anderen Macht als zweifelhaft erscheinen lassen konnten. Derartige Fragen können wieder auftauchen. Wir betonen daher schon jetzt, daß für die Beratungen der Konferenz die Wahrung des unter den Mächten gegenwärtig bestehenden Kräfteverhältnisses, d. h. die Beteiligung aller Großmächte, die selbstverständliche Voraussetzung bildet. pp.* Bülow

Nr. 4248

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 68 Wien, den 14. März 1899

Antwort auf Telegramm Nr. 40**.

Graf Goluchowski steht bezüglich der Konferenz im Haag genau auf dem Standpunkte der deutschen Regierung.

---

* Der Schluß des Telegramms deckt sich mit den Ausführungen des voraufgehenden Schriftstücks.

** Siehe Nr. 4247.

Im übrigen verspricht er sich nicht den geringsten Erfolg und hofft, daß bei großer Vorsicht Komplikationen ernster Art vermieden werden.

Eulenburg

Nr. 4249

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 70 Wien, den 27. März 1899
Ganz vertraulich

Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph berührte bei meiner heutigen Audienz die Haager Konferenz, sich in recht abfälliger Weise über dieselbe aussprechend[1].

Der Kaiser ging hierbei von dem Gesichtspunkte aus, daß er sich nicht in der Weiterentwickelung und Ausgestaltung seines Heeres, „welches zurückgeblieben sei und mehr als andere Heere der Vervollkommnung bedürfe", einschränken lassen könne. Daher seien alle Vorschläge auf Einschränkung dieser militärischen Entwickelung für ihn unannehmbar[2]. Er habe die Ansicht, daß, wenn dieser Punkt überhaupt beraten oder zu einer Abstimmung gebracht werde, daraus eine Gegensätzlichkeit von Anschauungen eintreten könne, die nicht unbedenklich wäre.

Nach den Meldungen des Baron Aehrenthal scheine sich Rußland so viel wie möglich aus der Sache herausziehen zu wollen[3]. Das wäre auch logisch, wenn man sich daran erinnere, daß die kolossalen Anstrengungen und die außerordentliche Verwendung von Menschenmaterial für die russische Präponderanz in Ostasien ohne die geringste Entlastung der europäischen Westgrenze erfolgten — was der Kaiser so dringend gehofft hatte.

Als Vertreter für Österreich-Ungarn habe Seine Majestät den Grafen Welsersheimb bestimmt, der in seiner ruhigen und abgemessenen Art ein notwendiges Gegengewicht gegen den im Haag akkreditierten Herrn von Okolicsány bilde. Dieser ergehe sich in so weltbeglückenden Ideen, daß man ihm einen sehr nüchternen Mentor geben müsse.

Von militärischer Seite wolle Seine Majestät nur zwei Stabsoffiziere (vom Generalstab und der Marine) mitschicken, die in der Lage seien, in technischen Fragen Auskunft zu geben.

P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut
[2] richtig! wie auch für mich
[3] natürlich! Weil das Fiasco vorherzusehen ist

Nr. 4250

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 64 Paris, den 4. April 1899
Ganz vertraulich

Herr von Staal* schrieb mir, so wie er erfahren hatte, daß ich zu der Konferenz im Haag bestimmt sei**, daß er sich sehr darüber freue und nach Paris komme, um sich mit mir zu besprechen[1]. Er ist seit gestern hier.

Die Schwierigkeit der Aufgabe erkennt er, hofft aber, daß es möglich sein werde, die Abrüstungsfrage zu umgehen[2] und einige Änderungen des Völkerrechts und der Statuten des Roten Kreuzes vorzuschlagen. Ohne jedes Resultat dürften wir nicht auseinandergehen. Im allgemeinen bin ich seiner Ansicht.

---

* Der russische Botschafter in London Baron Staal war zum russischen Delegierten auf der Friedenskonferenz bestimmt; er führte dann auch den Vorsitz auf ihr.

** Anfänglich war Fürst Radolin zum deutschen Delegierten auf der Haager Konferenz ausersehen gewesen, die definitive Wahl fiel dann aber auf Graf Münster, der den Russen gegenüber freier dastand als der Petersburger Botschafter, und dem Kaiser Wilhelm II. nach einem Ausspruche gegenüber dem amerikanischen Botschafter White (Autobiography of A. D. White vol. II, p. 236) die größere Portion von „common sense" zutraute. Als „wissenschaftliche Delegierte" wurden dem Grafen Münster, dem seine Ernennung am 22. März 1899 angekündigt wurde, die Völkerrechtslehrer Professor Freiherr von Stengel-München und Professor Zorn-Königsberg beigegeben. Bei der Wahl Professor Stengels fiel nach Ausweis der Akten entscheidend ins Gewicht seine Qualität als Bayer, nicht aber der im Auswärtigen Amt anscheinend gar nicht bekannte Umstand, daß Stengel Anfang 1899 einen dann als Broschüre veröffentlichten Vortrag gehalten hatte „Der ewige Friede" (München 1899), der ihn als entschiedenen Gegner der Weltfriedensidee kennzeichnete. Zu militärischen Sachverständigen auf der Haager Konferenz wurden deutscherseits der frühere Pariser Militärattaché Oberst Groß von Schwarzhoff und der derzeitige Pariser Marineattaché Kapitän z. S. Siegel designiert. Mit wie wenig Illusionen Graf Münster seiner Aufgabe im Haag entgegenging, erhellt aus einem Privatbrief vom 24. März an Staatssekretär von Bülow: „Mit Illusionen gehe ich nicht in die Konferenz, so ehrenvoll es auch ist. Leeres Stroh dreschen ist stets eine undankbare Aufgabe, besonders wenn es, wie in diesem Falle, russisches Stroh ist, denn darin findet sich immer viel giftiges Unkraut. — Die Aufgabe ist besonders deshalb schwierig, weil eine Konferenz wie diese, bei der die Mächte sich durch Botschafter und frühere Minister vertreten lassen, nicht mit einem Fiasko enden darf und ein Vorbereiten des ewigen Friedens eine kindische Illusion ist. Es muß vor allem vermieden werden, daß in dem leeren Stroh nicht ein Zankapfel verborgen ist." Zu letzterem Satze bemerkte der Kaiser am Rande: „Das ist er aber doch!"

Sir J. Pauncefote* wird England vertreten. Wir beide kennen ihn genau und könnten keinen besseren englischen Vertreter wünschen; die Dauer der Konferenz schätzt Herr von Staal auf 6 Wochen, will im Haag oder Scheveningen eine Villa auf die Zeit mieten und rät mir, dasselbe zu tun. Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Sehr erfreulich!
[2] sehr richtig!

Nr. 4251

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe **

Ausfertigung

Nr. 160 St. Petersburg, den 2. April 1899
Ganz vertraulich

pp. Nach einigen banalen Phrasen kam Herr Witte auf die Friedenskonferenz zu sprechen *** und meinte, bei derselben würde wohl nichts Wesentliches herauskommen [1]. Trotzdem machte er mir gegenüber kein

* Englischer Botschafter in Washington. Daß gerade er von der englischen Regierung als Vertreter nach dem Haag geschickt wurde, erklärt sich daraus, daß er bereits erfolgreich Verhandlungen mit Amerika über den Abschluß eines englisch-amerikanischen Schiedsvertrags und über die schiedsgerichtliche Austragung des Venezuelakonflikts geführt hatte. Er erhielt indessen in dem Vizeadmiral John Fisher als Marinedelegierten einen Gefährten, der seine souveräne Verachtung gegen Schiedsgerichtsverfahren u. dgl. auch im Haag bekundet hat. Vgl. Abschnitt C, Nr. 4274. Ebenso wurden den amerikanischen Delegierten, die im ganzen einen fortschrittlichen Standpunkt in der Friedensfrage einnahmen, in dem Marinedelegierten Captain A. F. Mahan ein Gefährte zugesellt, der sich noch im Jahre 1912 im Vorwort zu seinem Buche „Armaments and Arbitration" auf den Standpunkt stellte, „that neither Arbitration in a general sense nor Arbitration in the more specific form of judicial decision based upon a code of law, can always take the place, either practically or beneficially, of the processes and results obtained by the free play of natural forces. Of these forces national efficiency is a chief element, and armament, being the reprensative of the national strength, is the exponent". Auch Botschafter White kann nicht umhin, in seiner Autobiographie (II, 347) zuzugestehen, wie deplaciert Mahan als Friedensdelegierter war. „He has had very little, if any, sympathy with the main purposes of the conference, and has not hesitated to declare his disbelief in some of the measures which we were especially instructed to press." Für Kaiser Wilhelm II. war die Ernennung eines Mannes wie Mahan ein Grund mehr, der Friedenskonferenz Mißtrauen entgegenzubringen. An den Rand eines Telegramms des Botschafters von Holleben vom 5. April 1899, das die Namen der amerikanischen Delegierten aufführte, schrieb der Kaiser bei der Nennung des Namens Mahan: „Unser größester und gefährlichster Feind."

** Der Bericht Radolins ist vollständig abgedruckt in Bd. XIII, Kap. LXXXVIII, Nr. 3537.

*** Vgl. auch die früheren Äußerungen Wittes aus dem Dezember 1898 in Nr. 4232.

Hehl daraus, daß er den hochherzigen und idealen Plan des Kaisers nach Kräften unterstützt habe; er sei dabei allerdings, wie er ganz vertraulich hinzufügte, mehr von praktischen, für seine Zwecke maßgebenden Gesichtspunkten geleitet gewesen[2].

Nicht die von ihm geforderten Mehrausgaben für die Marine und die Artillerie hätten ihn beunruhigt — die dazu nötigen Mittel spielten keine Rolle[3] — ihn hätten vielmehr die ehrgeizigen Wünsche einflußreicher hiesiger Personen, die in China und der Türkei eine abenteuerliche Politik treiben möchten, dermaßen erschreckt, daß er ihnen um jeden Preis Einhalt tun wollte. Der Friedensgedanke sei dagegen eine gute derivatio. Seinen Zweck hätte er dabei erreicht. Es ließe ihn kalt[4], was aus der Konferenz im Haag würde, deren schöne Idee ihm übrigens sympathisch wäre.

Hieran schloß Herr Witte einige Bemerkungen über das sechsbändige Werk des Herrn Bloch. Er meinte, dieser reiche Herr hätte mit Hülfe seiner bedeutenden Geldmittel durch eine Anzahl Techniker und Gelehrte eine Menge Material recht interessanter Art kompilieren lassen, das die Menschheit verblüffen sollte. Aber dem ganzen fehle der Geist. Keine einzige große Idee sei in dem ganzen Werk zu finden. Es sei ein toter Körper. Auch könne er mich versichern, daß die schöne Idee des Kaisers, der Welt den Frieden zu sichern, nicht aus den Folianten des Herrn Bloch geschöpft worden sei.

Nachdem Herr Witte sich des längeren hierüber ausgelassen, kam er auf seinen alten Gedanken zurück. Nur ein Mittel gebe es, den Frieden in Europa zu sichern, und dazu brauche man keine Friedenskonferenz: ein enges Zusammengehen von Rußland, Deutschland und Frankreich[5]. Die Verständigung dieser drei Mächte würde die Rüstungen zu Lande auf lange Zeit hinaus überflüssig machen[6]. Das ersparte Geld könnte zur Vermehrung der Flotten der Kontinentalmächte verwandt werden, die imstande wären, der englischen Übermacht zur See die Stirn zu bieten, welche sonst die überseeische Weltherrschaft unzweifelhaft erringen würde[7]. England wäre übrigens noch nicht so gefährlich, wie es sich den Anschein gebe. Wenn man ihm die Zähne zeige, dann gebe es klein bei. Es wäre nicht so arrogant aufgetreten, wenn Frankreich weniger zerfressen wäre durch innere Zersetzung und Korruption[8]. pp.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Stimmt

[2] haben wir nie bezweifelt!

[3] ??

[4] das sollte er doch mal seinem Herrn beichten!

[5] oder England, Deutschland, Amerika, Japan??

[6] warum bekommt denn Kuropatkine dann $2^1/_2$ Milliarden für die nächsten 5 Jahre!?

[7] hat sie schon längst.

[8] oder wenn Russland bestimmt dem ami et allié beigestanden wäre!

Nr. 4252

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den niederländischen Gesandten in Berlin Jonkheer van Tets

Reinkonzept

Berlin, le 9 Avril 1899

Votre Excellence a bien voulu me transmettre, par une note en date du 8 de ce mois* la communication que le Gouvernement de S. M. la Reine des Pays-Bas, conformément à l'initiative prise par le Cabinet de St. Pétersbourg, adresse aux Puissances, pour leur proposer d'envoyer des délégués à La Haye afin de rechercher dans une conférence internationale les moyens les plus efficaces pour mettre un terme au développement progressif des armements. Déjà lorsqu'au mois d'août dernier l'idée fut émise par S. M. l'Empereur de Russie de réunir cette conférence, le Gouvernement de S. M. l'Empereur et Roi a applaudi, un des premiers, à cette généreuse initiative. Après avoir pris acte du fait que le cabinet de St. Pétersbourg avait déjà expressément éliminé du programme de la conférence les questions relatives au statu quo territorial des Puissances européennes, le Gouvernement Impérial a répondu, qu'il serait prêt à prendre part à la discussion de toutes les matières qui pourraient être mises à l'ordre du jour. Il a fait cette déclaration sans aucune réserve et sans subordonner son concours à aucune condition par rapport au programme des travaux.

Au moment toutefois de répondre formellement à l'invitation officielle que le Gouvernement de S. M. la Reine des Pays-Bas vient de transmettre aux Puissances, le Cabinet de Berlin croit devoir établir en principe — du moins pour ce qui concerne le concours de l'Allemagne — que les travaux d'une conférence appelée à discuter des questions générales, touchant de près les intérêts de tous les pays, comportent naturellement la coopération continue sinon de tous les états, au moins de toutes les grandes Puissances européennes.

Déjà pendant les négociations qui précédèrent l'envoi des invitations, les échanges de vues engagés entre les Cabinets des grandes Puissances sur plusieurs questions avaient laissé entrevoir par moments la possibilité que l'une ou l'autre de ces Puissances renoncerait à se faire représenter à la conférence. En présence de l'éventualité que des questions de ce genre peuvent se reproduire au cours des débats, le Gouvernement Impérial tient à constater que le maintien de l'équilibre, tel qu'il existe aujourd'hui entre les Puissances, forme la base naturelle des travaux de la conférence, et que cet équilibre ne

* Das offizielle Einladungsschreiben der niederländischen Regierung vom 8. April an die Mächte ist u. a. abgedruckt in: Das Staatsarchiv Bd. 64, S. 112.

saurait être sauvegardé que par le concours au moins de toutes les grandes Puissances.

Du moment où pour une raison quelconque l'une ou l'autre des grandes Puissances déclinerait dès le principe de participer à la conférence ou cesserait de s'associer aux délibérations, aucune des autres Puissances ne pourrait échapper à la nécessité de prendre parti dans la question alors pendante, soit pour la Puissance ou les Puissances dissidentes. soit pour le restant des membres de la conférence.

Pour éviter cette mise en demeure et pour ne pas être entrainé dans une polémique qui ne répondrait pas à nos vues pacifiques, le Gouvernement de S. M. l'Empereur et Roi constate en principe dès aujourd'hui qu'il se retirera de la conférence dès que celle-ci n'aura pas ou n'aura plus le concours de toutes les grandes Puissances.

Notre attitude se réglant ainsi sur un principe d'ordre général fixé d'avance et destiné à être appliqué indistinctement aux conjonctures les plus diverses, notre abstention ou notre sécession de la conférence ne pourra en aucun cas avoir le caractère de partialité.

Le Gouvernement de S. M. l'Empereur et Roi accepte donc l'invitation que Votre Excellence a été chargée de me transmettre et ne tardera pas à nommer ses délégués pour la conférence. Bülow

---

Bemerkung von Bülows am Kopfe des Schriftstücks:
Seine Majestät sind ganz einverstanden Bülow 9./4.

Nr. 4253

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 132 Paris, den 21. April 1899

Herr Delcassé brachte die Rede auf die Abrüstungskonferenz und sprach sich sehr offen darüber aus. Vor allem wünscht er, daß wir uns verständigen und so viel als möglich zusammenwirken sollten, und sagte er:

„Wir haben auf dieser Konferenz ganz dasselbe Interesse als Sie. Sie wollen Ihre Wehrkraft in diesem Augenblicke nicht einschränken, wollen auf Abrüstungsvorschläge nicht eingehen, wir sind ganz in derselben Lage.

Wir wollen beiderseits den Kaiser schonen und wollen eine Formel suchen, um diese Frage zu umgehen, uns aber auf nichts einlassen, was unsere beiderseitige Wehrkraft schwächen könnte.

Um aber ein vollständiges Fiasko zu verhindern, werden wir möglicherweise einige Konzessionen rücksichtlich der Arbitrage[1] machen können. Diese dürfen aber keinenfalls die völlige Unabhängigkeit der großen Staaten beschränken.

Der Berliner Kongreß hat sich schon mit der Frage beschäftigt. Über einige weniger bedeutende Fragen werden wir uns sehr leicht verständigen. Wir müssen neben dem Kaiser aber noch die öffentliche Meinung Europas schonen, denn diese ist durch den unbesonnenen Schritt der Russen in Aufregung geraten."

Im weiteren Gespräch verurteilte er geradezu in einer Weise, die mich überraschte, das leichtsinnige Vorgehen der russischen Staatsmänner. Die Konferenz sei viel zu großartig angelegt.

Ich benutzte diese Gelegenheit, um die Rede auf die Einladung des Papstes zum Kongresse zu bringen.

Herr Delcassé behauptete, daß er absichtlich nichts damit zu tun gehabt habe und gar nicht wisse, wie jetzt die Sache liege*.

Der Widerstand sei von Italien ausgegangen, Rußland habe aber eine zweifelhafte Rolle gespielt. Die holländische Regierung sei in einer schwierigen Lage, weil der Einfluß der Katholiken dort viel größer sei, als im allgemeinen angenommen werde.

Wie jetzt die Sache stehe, wisse er nicht.

Die Nachricht, daß der Internuntius den Haag verlassen habe, sei unrichtig, und unter der Hand scheine noch unterhandelt zu werden.

Nach seiner Ansicht würde es nichts schaden, wenn bei Beratungen über die Schiedsgerichtsfrage und bezüglich des Roten Kreuzes ein Delegierter des Papstes zugelassen würde. Eine Initiative dazu werde er aber nicht ergreifen.

Wie Delcassé zu den Katholiken steht, habe ich noch nicht recht ergründen können.

Über den Einfluß der Jesuiten berichte ich besonders.

Münster

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Nein!

Nr. 4254

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 82 Paris, den 1. Mai 1899

Fürst Urussow**, zur Rücksprache wegen der Konferenz nach St. Petersburg berufen, ist eben zurückgekehrt, und sah ich ihn gestern gleich nach meiner Rückkehr.

* Dabei hatte der italienische Minister des Äußeren erst am 20. April dem Botschafter Freiherrn von Saurma mitgeteilt, die französische Regierung habe in Rom andeuten lassen, „daß, wenn Italien sich der Beteiligung des Papstes an der Abrüstungskonferenz willfährig zeigen wolle, Frankreich in Gemeinschaft mit Rußland sich bereit finden lassen dürfte, die Schwierigkeiten Italiens in China zu beheben." Telegramm Saurmas vom 20. April (Nr. 93).
** Russischer Botschafter in Paris.

Aus seinen Äußerungen sah ich, daß die Hoffnungen auf den Nutzen und das Gelingen der Haager Konferenz sehr gemindert sind. Er gestand zu, daß die Konferenz viel zu großartig angelegt sei.

Bezeichnend war, daß er behauptet, an Abrüstung sei nicht gedacht, die Absicht sei eine friedlich finanzielle. Man wolle das Wachsen der Kriegsbudgets dadurch verhindern, daß von nun an nicht weiter gerüstet werden solle. Zuletzt sagte der Botschafter, es habe meine Ernennung in St. Petersburg besonders erfreut, wogegen die Absendung des kriegerischen Professors Freiherrn von Stengel* als ein nicht freundliches Programm angesehen werde. Jedenfalls hoffe man, daß, falls er wirklich im Haag erscheinen sollte, derselbe nicht als politischer Vertreter, sondern nur als juristischer Beirat angesehen werden könne. Baron von Staal ist auch nach St. Petersburg berufen und vorgestern abgereist.

Münster

Nr. 4255

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Reinschrift

Berlin, den 9. Mai 1899

Nach einer Petersburger Drahtung der Londoner „Daily Mail" soll der Zar gegenüber dem Botschafter von Staal das Programm der Friedenskonferenz entwickelt und besonderen Nachdruck auf folgende Punkte gelegt haben: „Verwirklichung eines obligatorischen Schiedsgerichts, entweder als Areopag mehrerer Großmächte oder als Sondertribunal, zusammengesetzt aus Vertretern der Großmächte; ferner freundliche Vermittlung einer dritten Macht."

Zu diesem Programm würde zunächst folgendes zu bemerken sein.

Subjekte des Völkerrechts sind Staaten, nicht Individuen. Es wird daher formal schwer, praktisch unmöglich sein, das Richterindividuum so von den Leidenschaften und Interessen der Gesamtheit zu isolieren, wie das im Privatrecht geschieht oder doch vorausgesetzt wird. Von allen denkbaren Richtern sind Großmächte die wenigst uninteressierten, denn bei jeder auftauchenden, irgendwie erheblichen Frage sind alle Großmächte à un degré quelconque interessiert. Eine unparteiische Entscheidung ist da also nach der Natur der Dinge ausgeschlossen.

---

* Vgl. Nr. 4250, Fußnote **. In einem Privatbrief vom 22. April hatte Graf Münster auch seinerseits Bedenken gegen die Entsendung des Freiherrn von Stengel erhoben; jedoch wollte sich der Kaiser zur Zurücknahme der einmal verfügten Designierung nicht entschließen.

Schiedsspruch ohne Gewähr der Uninteressiertheit ist aber nichts anderes als gewöhnliche Intervention. Die Konstituierung des sogenannten Schiedsgerichts hat dann nur den Zweck, durch Klärung der Interessen die Gruppenbildung für den Krieg und damit auch den Krieg selber oder die Vergewaltigung des weniger starken Teiles zu erleichtern.

Kleine uninteressierte Staaten als Subjekte, kleine Fragen als Objekte schiedsrichterlicher Tätigkeit sind denkbar; große Staaten und große Fragen nicht. Denn der Staat — je größer desto mehr — betrachtet sich als Selbstzweck, nicht als Mittel zur Erreichung höherer außerhalb liegender Zwecke. Für den Staat gibt es keinen höheren Zweck als die Wahrung seiner Interessen. Letztere werden aber bei Großmächten nicht notwendig identisch mit der Erhaltung des Friedens, sondern viel eher mit der Vergewaltigung des Feindes und Konkurrenten durch eine richtig zusammengesetzte stärkere Gruppe sein. Deshalb liegt die Vermutung nahe, daß in den Gedanken der russischen Diplomatie, falls diese überhaupt auf dem Boden der Wirklichkeit steht, der Areopag von Großmächten mehr ein Machtmittel als ein Friedensmittel darstellt. Zunächst möchte Rußland den Areopag vielleicht wirksam machen als Kontinentalgruppe gegen England; später dann vielleicht auch gegen andere Mächte, sei es im russischen, sei es im französischen Interesse.

Holstein

Nr. 4256

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Konzept

Nr. 173 — Berlin, den 12. Mai 1899
[abgegangen am 13. Mai]

Das von der russischen Regierung den Mächten mitgeteilte, zu Ew. pp. Information ergebenst hier beigefügte Canevas de programme für die Haager sogenannte Friedenskonferenz ist derartig allgemein gehalten, die Grenzen der zur Beratung in Aussicht genommenen Materien sind so wenig scharf umschrieben, daß es unmöglich erscheint, Ew. pp. im vorhinein mit einer eingehenden Instruktion für Ihre Haltung gegenüber allen eventuell auf der Konferenz auftauchenden Fragen zu versehen*.

* Auf denselben Standpunkt stellte sich die englische Regierung, die in der dem Botschafter Sir J. Pauncefote am 16. Mai erteilten Instruktion ausdrücklich erklärte: „Until the Conference has met and the order of discussion has been in some degree settled, it seems scarcely possible to give you and Sir H. Howard any detailed instructions on those points of the Programme which concern the question of disarmament.“ Das Staatsarchiv, Bd. 64, S. 113.

Daß wir nicht gesonnen sind, uns in der Frage der militärischen Rüstungen nach irgendeiner Richtung hin zu binden, brauche ich hier kaum zu erwähnen. Ich glaube nicht, daß die anderen Großmächte einen hiervon wesentlich abweichenden Standpunkt einnehmen werden, und möchte daher dieser Frage eine besondere Bedeutung überhaupt nicht beimessen.

Von den Punkten, die, soweit es sich jetzt übersehen läßt, Gegenstand der Konferenzberatungen bilden werden, haben meines Erachtens zunächst nur zwei eine größere politische Tragweite. Es ist dieses einmal die in der ersten Sitzung zu gewärtigende Frage des Abstimmungsmodus, sowie die Frage der Arbitrage.

Bezüglich der ersteren Frage steht die Kaiserliche Regierung auf dem Standpunkte, daß es unter allen Umständen geboten ist, an dem bei dem Berliner Kongreß vom Fürsten Bismarck aufgestellten und von den anderen Kongreßmitgliedern angenommenen Grundsatze festzuhalten, wonach die Minorität der Konferenz nicht verpflichtet sein kann, sich einem Votum der Majorität zu unterwerfen.

Die Wahrung dieses Grundsatzes erscheint von besonderer Bedeutung, nachdem, soviel hier bekannt, von keiner Seite gegen den in der niederländischen Einladung enthaltenen Vorschlag, daß jeder Staat über eine Stimme verfügen soll, Widerspruch erhoben worden ist. Es würde sonst bei einer Anwendung des Prinzips der einfachen Stimmenmehrheit der Fall eintreten, daß eine oder zwei Großmächte, im Vereine mit den an den großen Fragen der internationalen Politik nicht interessierten kleinen Staaten in der Lage wären, Beschlüsse gegen die Majorität der anderen Großmächte herbeizuführen.

Ew. pp. stelle ich ergebenst anheim, diesen Punkt gleich bei Ihren ersten vertraulichen Unterredungen mit den Vertretern der anderen Großmächte zur Sprache zu bringen; ich möchte glauben, daß es nicht schwer sein wird, dieselben für unsere Auffassung zu gewinnen.

Was die Frage eines internationalen Schiedsgerichtsverfahrens betrifft, so können meines Erachtens bei keinem Kabinett einer Großmacht Zweifel darüber obwalten, daß die prinzipielle Unterwerfung unter die Entscheidungen eines europäischen Areopags für jede Großmacht die Verzichtleistung auf ihre Stellung als solche bedeuten würde. Wenn daher auch nach Petersburger Zeitungsmeldungen der Zar dem Botschafter von Staal gegenüber bei Entwickelung des Konferenzprogramms besonderen Nachdruck auf die Verwirklichung eines obligatorischen Schiedsgerichts, entweder als Areopag mehrerer Großmächte oder als Sondertribunal, zusammengesetzt aus Vertretern der Großmächte, ferner auf freundliche Vermittelung einer dritten Macht gelegt haben soll *, so vermag ich hieraus noch nicht die Überzeugung zu entnehmen, daß das Petersburger Kabinett die ernste Absicht hat, auf der

---

* Vgl. Nr. 4255.

Konferenz die Verpflichtung selbst zu übernehmen, sich für alle Fragen der großen Politik einem solchen Schiedsgerichte zu fügen *. Eher könnte ich mir denken, daß russischen Staatsmännern der Gedanke an die Möglichkeit vorschwebt, einen solchen Areopag als Kontinentalgruppe gegen England wirksam zu machen; später dann vielleicht auch gegen andere Mächte, sei es in russischem, sei es in französischem Interesse.

Ebensowenig aber wie z. B. wir uns einem von dem europäischen Areopag bezüglich der französischen Ansprüche auf Elsaß-Lothringen oder der dänischen Gelüste auf Nord-Schleswig gefällten, für uns ungünstigen Schiedsspruch fügen würden, ebensowenig würde es Rußland einfallen, einer Entscheidung des Areopags mit Bezug auf Polen oder Finnland nachzugeben. Einem jeden russischen Politiker muß die englisch-französische Intervention des Jahres 1863 wegen Polens noch in zu frischer Erinnerung sein, als daß er den Wunsch haben könnte, die Möglichkeit der Wiederholung einer solchen Intervention, unterstützt durch den Ausspruch eines europäischen Areopags, geschaffen zu sehen.

Im allgemeinen ist zu dem Schiedsgerichts- oder Vermittelungsprogramm folgendes zu bemerken **:

Subjekte des Völkerrechts sind Staaten, nicht Individuen. Es wird daher formal schwer, praktisch unmöglich sein, das Richterindividuum so von den Leidenschaften und Interessen der Gesamtheit zu isolieren, wie das im Privatrechte geschieht oder doch vorausgesetzt wird. Von allen denkbaren Richtern sind Großmächte die wenigst uninteressierten, denn bei jeder auftauchenden, irgendwie erheblichen Frage sind alle Großmächte à un degré quelconque interessiert. Eine unparteiische Entscheidung ist da also nach der Natur der Dinge ausgeschlossen. Schieds-

---

* Das war in der Tat keineswegs der Fall; Rußland dachte vielmehr nur an ein Schiedsgericht für „untergeordnete Streitfragen mehr technischer Natur“. Vgl. die Anlage zu dem folgenden Schriftstück und Abschnitt D. Ebenso stand England, das nachher auf der Konferenz in der Schiedsgerichtsfrage mit den Vereinigten Staaten führend voranging (vgl. Abschnitt D.), a priori auf dem Standpunkt, daß kein Land prinzipiell darauf eingehen könne, Streitfragen, welche seine Ehre oder seine Lebensinteressen berührten, der Entscheidung eines Dritten zu unterwerfen; möglich sei allenfalls nur eine Arbitrage für kleinere Differenzen, die keine politische Bedeutung hätten. Vgl. Nr. 4237. Ähnlich Frankreich (vgl. Nr. 4253) und Amerika, dessen Delegierter, der Berliner Botschafter A. White, am 19. Mai, gleich nach Beginn der Konferenz in sein Tagebuch die Worte eintrug: „As to arbitration, we can not make it compulsory, as so many very good people wish; it is clear that no power here would agree to that“. Autobiography of Andrew D. White II, 259. Dieser Standpunkt der großen Mächte, sich in allen Fragen von politischem Rang einem Schiedsgericht n i c h t zu unterwerfen, hat auch im Lauf der Konferenz eine Wandlung nicht erfahren. Vgl. Abschnitt D.

** Das folgende ist wörtlich entnommen der Aufzeichnung Holsteins vom 9. Mai (Nr. 4255).

spruch ohne Gewähr der Uninteressiertheit ist aber nichts anderes als gewöhnliche Intervention. Die Konstituierung des sogenannten Schiedsgerichts hat dann nur den Zweck, durch Klärung der Interessen die Gruppenbildung für den Krieg und damit auch den Krieg selber oder die Vergewaltigung des weniger starken Teiles zu erleichtern.

Kleine uninteressierte Staaten als Subjekte, kleine Fragen als Objekte schiedsrichterlicher Tätigkeit sind denkbar; große Staaten und große Fragen nicht. Denn der Staat — je größer desto mehr — betrachtet sich als Selbstzweck, nicht als Mittel zur Erreichung höherer außerhalb liegender Zwecke. Für den Staat gibt es keinen höheren Zweck als die Wahrung seiner Interessen. Letztere werden aber bei Großmächten nicht notwendig identisch mit der Erhaltung des Friedens, sondern viel eher mit der Vergewaltigung des Feindes und Konkurrenten durch eine richtig zusammengesetzte stärkere Gruppe sein. Deshalb liegt die Vermutung nahe, daß in den Gedanken der russischen Diplomatie, falls diese überhaupt auf dem Boden der Wirklichkeit steht, der Areopag von Großmächten mehr ein Machtmittel als ein Friedensmittel darstellt.

Diese Ausführungen sind dazu bestimmt, Ew. pp. als Richtschnur für die Behandlung der Schiedsgerichtsfrage zu dienen.

Ich glaube übrigens, daß sowohl der Gedanke eines internationalen Schiedsgerichts, als auch andere Anregungen, die auf der Konferenz zur Sprache kommen werden, außer uns eine genügende Anzahl Gegner finden werden, um uns zu erlauben, die Bekämpfung dieses oder jenes Vorschlags anderen zu überlassen. Ich brauche kaum zu betonen, daß, wo eine solche Bekämpfung von anderer Seite wirksam genug erscheint, es für uns nur erwünscht sein kann, gelegentlich Zurückhaltung zu üben und dadurch den Schein einer prinzipiellen Gegnerschaft insbesondere gegenüber den von Rußland ausgehenden Anregungen zu vermeiden.

Im übrigen beehre ich mich Ew. pp. ergebenst zu ersuchen, sich an den Beratungen über alle zur Verhandlung gelangenden Fragen zu beteiligen, alle wichtigeren Fragen aber lediglich ad referendum zu nehmen, damit behufs Ihrer Instruktion von Fall zu Fall die allerhöchsten Intentionen Seiner Majestät des Kaisers und Königs eingeholt werden können.

Schließlich bemerke ich noch ergebenst, daß die Unterstützung Ew. pp. speziell in den Fragen der Arbitrage diesseits dem Geheimen Oberjustizrat Professor Dr. Zorn übertragen worden ist. Alle dieses Fach berührenden Fragen werden daher in das Referat dieses Delegierten fallen, während Professor Freiherr von Stengel für juristische Gutachten usw. in allen anderen völkerrechtlichen Fragen heranzuziehen sein wird.

Bülow

Nr. 4257

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wiesbaden

Ausfertigung

Berlin, den 15. Mai 1899

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät unterbreite ich in der Anlage ehrfurchtsvollst eine Aufzeichnung über eine Unterredung, welche ich am 12. dieses Monats mit Herrn von Staal gehabt habe.

Mit Rücksicht darauf, daß Herr von Staal einer der erprobtesten Anhänger des deutsch-russischen Zusammengehens ist[1], dürften die Äußerungen, welche er mir unter vier Augen im allerengsten Vertrauen machte, nicht ohne Interesse sein.

B. von Bülow

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Ich hege starke Zweifel daran. Er ist kein Deutschenfreund!

Anlage

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow

Reinschrift

Ganz vertraulich Berlin, den 14. Mai 1899

Der russische Vertreter auf der Haager Friedenskonferenz Herr von Staal hatte mir durch Graf Osten-Sacken den lebhaften Wunsch ausdrücken lassen, mich auf der Durchreise von St. Petersburg nach dem Haag zu sprechen. Ich bat Herrn von Staal, der ein alter Freund von mir ist, en tête-à-tête bei mir zu essen, welche Einladung derselbe mit Empressement annahm.

Herr von Staal eröffnete die Unterredung mit der Bemerkung, daß er im Hinblick auf unsere langjährigen Beziehungen wie im Vertrauen auf meine Diskretion ganz offen mit mir sprechen wolle. Ich könne mir wohl denken, daß er als 76 jähriger Mann, der seit länger als einem halben Jahrhundert dem diplomatischen Dienste angehöre, die Friedensfrage nicht vom Standpunkte von Elihu Burrit* beurteile. Er wisse wohl, daß die meisten Erwartungen, welche an die Konferenz geknüpft würden, sich nicht realisieren könnten. Er habe aber als Doyen der russischen Diplomatie die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Konferenz nicht mit einem Fiasko für seinen Souverain, dessen Haus und Land ausgehe. „Il s'agit pour la Russie d'une question de prestige

---

* Amerikanischer Friedensapostel.

et d'honneur". Kaiser Nikolaus betrachte die Konferenz als sein eigenstes Werk und seinen persönlichen Gedanken[1]. Der Zar würde ein Fehlschlagen der Konferenz tief empfinden. Es liege in der menschlichen Natur, daß der Zar für ein solches Fehlschlagen eventuell nicht sich selbst, sondern die anderen Mächte verantwortlich machen werde. Als überzeugter Anhänger eines guten Einvernehmens zwischen Deutschland und Rußland, fuhr Herr von Staal fort, sei ihm vor allem daran gelegen, daß es unseren gemeinsamen Gegnern nicht ermöglicht werde, die Schuld für ein Mißlingen der Konferenz in den Augen des Zaren auf Deutschland zu schieben[1]. Ohne irgendwelche Drohung durchblicken zu lassen und ohne den Eindruck einer bewußten Tendenz zu erwecken, kam Herr von Staal mehrfach darauf zurück, daß nicht nur die Franzosen, sondern auch die Engländer und vielleicht auch die Österreicher sehr erfreut sein würden, wenn während der Konferenz ein Gegensatz gerade zwischen Deutschland und Rußland[2] hervortreten sollte. Ein solcher Gegensatz würde natürlich die Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich festigen und andererseits für eine weitere Annäherung Rußlands an England und Österreich-Ungarn die Wege ebnen. Herr von Staal berief sich auch darauf, daß der treueste Anhänger der traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zwischen den erhabenen Herrscherhäusern von Preußen und Rußland, der Großfürst Michael Nikolajewitsch, ihm während seines jüngsten Aufenthalts in St. Petersburg mit großer Sorge von der Möglichkeit eines deutsch-russischen Antagonismus auf der Haager Konferenz[3] gesprochen habe.

Ich erwiderte Herrn von Staal, daß diese Besorgnis völlig unbegründet sei. Seine Majestät der Kaiser, mein allergnädigster Herr, habe die Einladung zur Friedenskonferenz bereitwillig akzeptiert. Den allerhöchsten Weisungen Seiner Majestät entsprechend wären von deutscher Seite dem Zustandekommen der Konferenz nie irgendwelche Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden. Den ausdrücklichen allerhöchsten Befehlen entsprechend würde auch während der Konferenz unser Delegierter Graf Münster in allen Fragen mit dem russischen Delegierten Hand in Hand gehen, soweit dies die Rücksicht auf die deutsche Sicherheit und die fundamentalen Grundsätze einer konservativen Monarchie gestatteten[4]. Sicherlich würden wir weder den Engländern noch anderen Leuten das Vergnügen bereiten, die russische Empfindlichkeit gerade gegen uns zu lenken. Ich hoffte vielmehr, daß der Gang der Konferenz nur dazu beitragen werde, das bestehende gute Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland und zwischen meinem kaiserlichen Herrn und dem Kaiser Nikolaus noch inniger zu gestalten.

Durch diese Erklärung sichtlich erfreut, ging Herr von Staal auf die einzelnen Punkte des Konferenzprogramms über. Als er die Frage der „Mediation" und des „Arbitrage" berührte, ließ ich die Bemerkung fallen, wie ich mir schwer vorstellen könne, daß Rußland[5] sich ein

Schiedsgericht oder eine obligatorische Vermittelung bei ernsthaften Differenzen gefallen lassen würde. An der Hand der damaligen Depeschen der Herren Drouyn de Lhuys und Palmerston erinnerte ich Herrn von Staal an die Versuche, welche während des polnischen Aufstandes von 1863 England und Frankreich gemacht hätten, um Rußland zu zwingen, die polnischen Revindikationen dem Areopag der übrigen Mächte oder dem Schiedsspruche dieser oder jener anderen Macht zu unterbreiten. Ich deutete Herrn von Staal auch an, daß die russische Regierung kaum geneigt sein würde, die Klagen der Finnländer* vor ein fremdes Forum zu bringen[6]. Herr von Staal erwiderte, von Mediation oder Arbitrage könne niemals in solchen Fällen die Rede sein, wo es sich um die Ehre einer Großmacht[7] oder um große politische Machtfragen handele. Rußland selbst denke nicht daran, seine Zwistigkeiten mit seinen polnischen Untertanen oder den Streit mit Finnland oder die bekannten Streitfragen mit England der Entscheidung einer anderen Macht zu unterwerfen. Für untergeordnete Streitfragen mehr technischer Natur (Post, Telegraphie, Seefischerei) werde sich aber vielleicht ein Schiedsgericht[8] herbeiführen lassen. Es bestehe auch die Absicht, die Friedenskonferenz von Zeit zu Zeit wieder einzuberufen und inzwischen ein „Friedensbureau" zu etablieren[9], welches sich mit den einschlagenden Fragen zu beschäftigen haben werde. Ein breiter Raum in den Verhandlungen werde auch der Vervollkommnung der Genfer Konvention und der Übertragung ihrer Grundsätze auf den Seekrieg gewidmet werden. Hier könnten sich Gegensätze zwischen Rußland und England und vielleicht auch zwischen Rußland und Frankreich oder zwischen Frankreich und England herausstellen, hoffentlich aber nicht zwischen Deutschland und Rußland.

Die Wahl des Professors Stengel** berührte Herr von Staal nur beiläufig mit dem Bemerken, daß dieselbe in Rußland an entscheidender Stelle nicht mißverstanden worden sei. Man wisse in St. Petersburg durch die Berichte des Grafen Osten-Sacken, daß die Professoren bei der Konferenz nur eine beratende Stimme hätten. Daß Herr Stengel für unsere Militärvorlage eingetreten sei, könne ihm von niemand verargt werden und werde eine loyale und sachkundige Mitwirkung des genannten Gelehrten bei den praktischen Aufgaben der Friedenskonferenz nicht beeinträchtigen. Herr von Staal gab endlich seiner besonderen Genugtuung darüber Ausdruck, daß der russische Botschafter in Berlin die Ehre haben werde, der Gast Seiner Majestät des Kaisers in Wiesbaden gerade an dem Tage zu sein, wo Kaiser Nikolaus seinen Geburtstag feiere und die Friedenskonferenz eröffnet werde.

B. von Bülow

---

* Durch ein Manifest des Zaren vom 15. Februar war die Verfassung Finnlands umgestoßen worden. Im Lande setzte darauf eine lebhafte Agitation gegen die Aufhebung der finnländischen Sonderstellung und die Russifizierung ein.

** Vgl. Nr. 4250, Fußnote **, Nr. 4254, S. 188, Fußnote *.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] !

[2] Ja warum sollte denn ein solcher herauskommen!?

[3] Unsinn

[4] richtig

[5] ich nie!

[6] gut

[7] wer will entscheiden, wann dieselbe bei einer Differenz zweier Staaten nicht auf dem Spiele steht??

[8] Nein!

[9] O herrje! Vorstand Frau von Suttner?!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Diese Phrasen sind in meinen Augen Nichts! Die Eingangs erwähnten Besorgnisse vor etwaigem Antagonismus zwischen uns und Russland kommen daher, daß die ganze Conferenz mehr oder weniger gegen unsere militärische Fortentwickelung gerichtet ist, welche Russland gern zum Stehen bringen will, um uns in der unterlegenen minderwerthigen Position sich gegenüber festzuhalten! Es fehlt dort das Geld! und wir sind im Begriff, 15 versäumte Jahre Russland gegenüber in der Rüstung wieder wett zu machen! Die Ostpreussische Grenze wird mit einer Kette von Forts und Schnellfeuerkanonen, und dahinter von Infanterie mit Repetiergewehren zugemacht und das paßt nicht in das Programm der großen „Raids", zu denen die Kavalleriemassen an unserer Gränze aufgehäuft sind! Hinc illae lacrymae! Ich lasse mich aber gar nicht dadurch beirren. Die Conferenzkomödie mache ich mit, aber den Degen behalte ich zum Walzer an der Seite. W.

B. Die Rüstungsfrage auf der Konferenz



Nr. 4258

Bericht des Militärdelegierten bei der 1. Haager Friedenskonferenz Obersten Groß von Schwarzhoff

Abschrift. Vom Grafen Münster am 24. Juni eingereicht

Nr. 20 Haag, den 23. Juni 1899

In der heutigen Sitzung der ersten Kommission wurden die russischen Vorschläge zur Ausführung des ersten Punktes des Rundschreibens des Grafen Murawiew * mitgeteilt:

1. „Etablissement d'une entente internationale pour un terme de 5 ans stipulant la non-augmentation du chiffre actuel des effectifs de paix des troupes entretenues dans la métropole (Mutterland).

2. Fixation, en cas de cette entente, du chiffre des effectifs de paix des armées de toutes les puissances, non compris les troupes coloniales.

3. Maintien pour le même terme de 5 ans du montant du budget militaire actuellement en vigueur."

Dieselben wurden durch eine von Exzellenz von Staal vorgelesene Rede eingeleitet, in der ausgeführt war, daß die erste Kommission bisher wohl durch technische Schwierigkeiten verhindert worden sei, wesentliche Einschränkungen der Rüstungen zu erreichen. Der Hauptpunkt stehe aber erst jetzt zur Beratung. In ihm sei die Idee enthalten, die die erste Anregung zur Konferenz gegeben habe. Der bewaffnete Friede zehre an der Lebenskraft der Völker und verlange größere Opfer als früher die Kriege. Hoffentlich würden die Völker nicht enttäuscht, die eine Erleichterung dieser Lasten erwarteten. Die russischen Vorschläge seien sehr maßvoll, sie beschränkten sich darauf, das Bestehende auf die kurze Zeit von 5 Jahren erhalten zu wollen. Habe

---

* Der erste Punkt des Murawiewschen Rundschreibens vom 11. Januar 1899 besagte: „Entente stipulant la non-augmentation, pour un terme à fixer, des effectifs actuels des forces armées de terre et de mer, ainsi que des budgets de guerre y afférents; étude préalable des voies dans lesquelles pourrait même se réaliser, dans l'avenir, une réduction des effectifs et des budgets ci-dessus mentionnés."

man sich erst in diesen Gedanken eingelebt, würden künftig vielleicht weitere Fortschritte zu erzielen sein.

Nachdem überflüssigerweise der niederländische General Poortugael eine lange Rede in überschwenglichen Worten vorgelesen hatte, teilte Oberst Jilinsky * den Wortlaut der Vorschläge mit und fügte einige Erläuterungen hinzu, in denen er namentlich einige Einwendungen im voraus zu widerlegen suchte. Der persische Delegierte Mirza Chan hob dann noch hervor, daß die Vorschläge lediglich dem guten Herzen des Zaren zu verdanken seien, der sich auch ihm gegenüber sehr gnädig gezeigt habe.

Auf Antrag des Schweizer Oberst Kuenzli wurde die Sitzung auf Montag vertagt, um die Vorschläge und die dazu gehörenden Reden zunächst drucken zu lassen.

Der Wortlaut der Vorschläge ist erst in diesen Tagen festgestellt worden. Wahrscheinlich haben Verhandlungen mit Frankreich und England stattgefunden, deren Ergebnis die Ausschließung der Kolonialtruppen sein dürfte. Hiermit soll jedoch nicht gesagt sein, daß Frankreich sich zur Annahme der Vorschläge bereit erklärt hat.

(gez.) von Schwarzhoff

Nr. 4259

Bericht des Militärdelegierten bei der 1. Haager Friedenskonferenz Obersten Groß von Schwarzhoff

Abschrift. Vom Grafen Münster am 27. Juni eingereicht

Nr. 21 Haag, den 26. Juni 1899

Die heutige Sitzung der ersten Kommission begann damit, daß Oberst Jilinsky die russischen Abrüstungsvorschläge ** näher erläuterte, Im wesentlichen erklärte er den zweiten Vorschlag denjenigen Delegierten, die ihn nicht verstanden hatten, und sagte, es würde nach Annahme des ersten Vorschlags darauf ankommen, daß jeder Staat die Friedensstärke seiner Armee (einschließlich Offiziere und Unteroffiziere) angäbe, ebenso die jährliche Rekrutenzahl. Die Kolonialtruppen seien ausgenommen, weil sie fast beständig im Kriege wären; Rußland habe zwar keine eigentlichen Kolonien, betrachte aber die weit entlegenen Besitzungen als solche. Der dritte Vorschlag beziehe sich nur auf das ordentliche Budget; das außerordentliche könne nicht in Frage kommen.

---

* Russischer Militärdelegierter zur Haager Konferenz.
** Vgl. Nr. 4258.

Der Vorsitzende, Herr Beernaert *, machte darauf erhebliche Anstrengungen, eine Vertagung der Sitzung herbeizuführen, indem er wiederholt fragte, ob alle Delegierten schon Instruktionen von ihren Regierungen erhalten hätten. Da sich aber nur Dänemark, Serbien, Siam und Japan als instruktionslos meldeten, stellte er die Frage, ob eine Generaldiskussion stattfinden, oder ob die Vorschläge zunächst im einzelnen von den Subkommissionen oder endlich von besonderen Ausschüssen beraten werden sollten. Ich sagte darauf, daß mir eine Generaldiskussion erwünscht erscheine, um den etwa zu bildenden Ausschüssen anzugeben, worauf sich ihre Beratungen zu erstrecken hätten und nahm dann als erster das Wort **. Zunächst trat ich den sozialistisch gefärbten Äußerungen des niederländischen Generals den Beer Poortugael aus der letzten Sitzung entgegen und führte aus, daß Deutschland nicht von Steuern und Lasten erdrückt sei, sondern sich wachsenden Wohlstandes erfreue. Zum ersten Vorschlag des Oberst Jilinsky übergehend gab ich zu bedenken, daß die Friedensstärke einer Armee im engsten Zusammenhang stände mit einer Fülle anderer Faktoren (Bildungsgrad, aktive Dienstzeit, Zahl der im Frieden vorhandenen und für den Krieg vorgesehenen Kaders, Truppenetats, Zahl und Dauer der Übungen des Beurlaubtenstandes, Dislokationen, Eisenbahnnetz, Festungen). Diese bildeten in ihrer Gesamtheit die „nationale Verteidigung", die jeder Staat für sich nach seinem Charakter, seiner Geschichte und seinen Überlieferungen unter gleichzeitiger Berücksichtigung seiner allgemeinen Lage, seiner ökonomischen Kräfte und seiner nationalen Aufgaben organisiert habe. Diesem eminent nationalen Werk eine internationale Konvention entgegensetzen zu wollen, sei nicht angängig. Andererseits sei es unmöglich, aus diesem verwickelten Räderwerk einen einzigen Teil herauszunehmen und dessen Stärke zu bestimmen. Man könne also nicht von der Friedensstärke allein sprechen, ohne auf all die anderen Fragen einzugehen, die ich nicht einmal voll-

---

* Präsident der belgischen Repräsentantenkammer, belgischer Delegierter zur Friedenskonferenz.

** Es erhebt sich die Frage, warum der deutsche Delegierte als erster das Wort ergriffen hat, obwohl die generelle Instruktion des Auswärtigen Amts (vgl. Abschnitt A. Nr. 4256) dahin gegangen war, in den Fragen, wo eine Bekämpfung unliebsamer Vorschläge von anderer Seite zu erwarten stand, „Zurückhaltung zu üben und dadurch den Schein einer prinzipiellen Gegnerschaft insbesondere gegenüber den von Rußland ausgehenden Anregungen zu vermeiden". In einem späteren Berichte vom 17. Juli (vgl. Abschnitt E., Nr. 4351) hat Graf Münster dazu bemerkt: wenn die deutschen Militär- und Marinedelegierten Oberst Groß von Schwarzhoff und Kapitän z. S. Siegel in der Militär- und Marinekommission die leitende Rolle geführt hätten, so sei das keineswegs mit Absicht geschehen: „Sie wollten erst versuchen, es anderen zu überlassen; teils konnten aber die Engländer und Amerikaner kein Französisch, andere schwiegen, und so mußten wir die Debatten führen."

ständig aufgezählt hätte. Man spreche außerdem nur von den im Mutterland stehenden Truppen, es gäbe aber Gebiete, die nicht zum Mutterland gehörten, demselben aber so nahe lägen, daß die dort garnisonierten Truppen zweifellos an einem europäischen Kriege teilnehmen würden. Die überseeischen Länder endlich könnten unmöglich eine derartige Verpflichtung eingehen, wenn die ihnen allein gefährlichen Kolonialarmeen davon ausgenommen würden. Wären dies einige der allgemeinen Bedenken, die ich gegen den ersten russischen Vorschlag hegte, so wäre vom besonderen Standpunkt Deutschlands noch folgendes geltendzumachen: Oberst Jilinsky habe sich auf das deutsche Quinquennat berufen, aber abgesehen von dem großen Unterschiede zwischen einem inneren Gesetz und einer internationalen Konvention sähe das gegenwärtige Militärgesetz gerade eine bis 1902 von Jahr zu Jahr steigende Friedensstärke voraus. Bis dahin würde es, abgesehen von allem anderen, nicht einmal für zwei aufeinander folgende Jahre möglich sein, an der gleichen Friedensstärke festzuhalten.

Oberst Jilinsky erwiderte hierauf, die inneren Verhältnisse Deutschlands kenne er nicht, doch würden sich diese Schwierigkeiten wohl ohne Schaden für die Armee überwinden lassen. Die überseeischen Staaten könnten von der Verabredung ausgenommen werden. Die übrigen Faktoren der Landesverteidigung kämen nur insofern in Betracht, als man durch sie, z. B. durch den Bau von Eisenbahnen, eine Herabsetzung der Friedensstärke bewirken könne.

Ich antwortete etwa folgendes: Der Vorschlag gehe von der Voraussetzung aus, daß jetzt ein gewisses Gleichgewicht zwischen den Armeen der Großstaaten bestände. Wenn nun in irgendeinem derselben unter Beibehalt der Friedensstärke durch irgendwelche anderen Faktoren, z. B. Verkürzung der Dienstzeit, die Wehrkraft gesteigert werde, so müsse den anderen Staaten freistehen, in welcher Weise sie diesen Vorsprung einholen wollten. Man könne also nicht einmal auf kurze Zeit einen einzigen all' dieser Faktoren festlegen.

Nachdem der niederländische Delegierte Herr Karnebeek mir entgegnet hatte, man dürfe diese Frage nicht von einem einseitigen Standpunkt aus ansehen, sondern müsse auch den Verhältnissen der in ungünstigerer Lage befindlichen Völker Rechnung tragen, ließ Herr Beernaert darüber abstimmen, ob sofort zum Votum geschritten werden solle oder ob weitere Beratungen in kleinen Komitees stattfinden sollten. Für sofortige Erledigung stimmten nur Deutschland und Österreich, während Dänemark, Schweiz und Griechenland sich der Abstimmung enthielten und die übrigen 17 Staaten für weitere Beratungen stimmten. Mit diesen wurde in der militärischen Subkommission ein Komitee beauftragt, bestehend aus:

Oberst von Schwarzhoff (Deutschland)
General Mounier (Frankreich)

Oberst Jilinsky (Rußland)
General Ardagh (England)
Oberstleutnant von Khuepach (Österreich)
General Zuccari (Italien)
Hauptmann Crozier (Amerika)
Oberst Brändström (Schweden)
Oberst Coanda (Rumänien).

In der unmittelbar folgenden Sitzung dieses Komitees schlossen sich sämtliche Vertreter, mit Ausnahme des russischen, meinen Ausführungen an, am eifrigsten die Generale Mounier und Ardagh, ebenso meiner Ansicht, daß es überhaupt nicht mehr lohne, über das Budget zu sprechen, da dies einerseits zum Teil von der Friedensstärke abhinge, andrerseits aber noch viel schwieriger durch internationale Konvention zu regeln sein würde*. Oberst Jilinsky stellte nun die Forderung, daß jeder einzelne Delegierte eine schriftlich begründete Erklärung über den russischen Vorschlag abgeben solle. Ich bin diesem Verlangen sofort energisch entgegengetreten und habe als Gegenvorschlag beantragt, daß das Komitee als solches eine gemeinsame Erklärung an die Subkommission erstattet. Hierüber soll morgen weiter verhandelt werden.

(gez.) von Schwarzhoff

Nr. 4260

Bericht des Militärdelegierten bei der 1. Haager Friedenskonferenz Obersten Groß von Schwarzhoff

Abschrift. Vom Grafen Münster am 28. Juni eingereicht

Nr. 22 Haag, den 27. Juni 1899

Das Militärkomitee zur Vorberatung der russischen Abrüstungsvorschläge, dessen Zusammensetzung ich im gestrigen Bericht zu melden die Ehre gehabt habe, hatte mich beauftragt, eine Erklärung aufzusetzen, die das Ergebnis unserer Besprechungen wiedergäbe. Unter ausdrücklicher Hervorhebung, daß ich nicht auf die Form, wohl aber

* Vgl. auch das französische Gelbbuch „Conférence Internationale de la Paix 1899", p. 12: „Dès la première réunion, il fut facile de constater que les Délégués de chaque Puissance, tout en paraissant animés du désir de répondre aux intentions humanitaires de S. M. l'Empereur de Russie, puisaient, soit dans leurs convictions propres, soit dans les instructions de leur Gouvernement, l'intention bien arrêtée de n'accepter aucune mesure qui aurait eu pour effet de diminuer en réalité les forces offensives ou défensives de leur pays ou même de limiter la progression de ces forces."

auf den Sinn meiner Erklärung Wert lege, schlug ich in der heutigen Sitzung folgende Fassung vor:

„Les membres du Comité chargé d'examiner les propositions de Mr. le colonel Jilinsky en rapport au premier point de la circulaire du Comte Mourawieff, se sont réunis à deux reprises.

A l'exception de Mr. le colonel Jilinsky ils ont été unanimes à reconnaître:

1. que l'on ne peut pas fixer, même pour une période de 5 ans, le chiffre des effectifs sans régler en même temps les autres éléments multiples de la défense nationale;

2. qu'il est impossible de régler par une convention internationale l'ensemble de ces éléments de la défense nationale organisée en chaque pays d'après des vues bien différentes les unes des autres.

Ceci donné, le Comité n'a pas cru devoir procéder à l'examen des deux autres propositions subordonnées à la première question."

Der Vorsitzende, Herr Beernaert, fragte nun die einzelnen Delegierten nach ihrer Ansicht. Der französische General Mounier sagte als erster, daß es zwar sehr bedauerlich sei, die russischen Vorschläge ganz zurückweisen zu müssen, indessen stimme er der Erklärung nach Form und Inhalt durchaus zu. General Zuccari (Italien) erklärte dagegen, daß er der Formel nicht zustimmen könne, weil sie auch eine künftige Behandlung der Frage (Vorschlag Nigra)* verhindere. Er sei einverstanden, daß sowohl die technischen sowie sonstige Schwierigkeiten gegenwärtig eine Diskussion ausschlössen, könne aber doch nicht zugeben, namentlich vom Standpunkt Italiens aus, daß es für immer absolut unmöglich sein werde, die Friedensstärken festzustellen.

Auch müßten bei einer Regelung der Friedensstärke zwar wohl die meisten, aber doch vielleicht nicht unbedingt alle Elemente der Verteidigung in Betracht gezogen werden. Vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß eine Diskussion stattgefunden habe, und gefragt, ob er seinerseits eine Formel vorzuschlagen habe, erwiderte er, er selbst habe nichts zu beantragen, könne aber meinem Vorschlage nicht beitreten. Oberst Coanda (Rumänien) erklärte dagegen, daß er ganz auf dem von mir vertretenen Standpunkt stände, aber der Ansicht sei, daß man die Gründe nicht auszusprechen brauche, sondern

* Graf Nigra hatte angeregt, daß Italien zusammen mit Deutschland für eine Verweisung der russischen Abrüstungsvorschläge an eine künftige Konferenz behufs eingehenderer Prüfung eintreten möge. Diese von Graf Lanza offiziell in Berlin zur Sprache gebrachte italienische Anregung wurde indessen deutscherseits, nachdem sich Graf Münster entschieden dagegen erklärt hatte, abgelehnt und dann gar nicht erst an die Rüstungskommission gebracht.

nur sagen solle, die Frage sei nicht spruchreif, die Regierungen sollten sich erst eingehend damit beschäftigen. General Ardagh (England) trat meiner Erklärung uneingeschränkt bei und wünschte nur einige Worte des Bedauerns hinzuzufügen, wozu ich mich von Anfang an bereit erklärt hatte. In diesem Sinne beantragte Oberstleutnant von Khuepach (Österreich) einen unschädlichen Zusatz zu meinem Vorschlag. Kapitän Crozier (Amerika) und Oberst Brändström (Schweden) traten diesem im Grundsatz ebenfalls bei, hatten aber eigene Erklärungen formuliert, die der rumänischen ähnlich waren. Obwohl damit die Einstimmigkeit aller Vertreter mit Ausnahme des Russen im Grundsatz festgestellt war, kam der Vorsitzende auf den gestrigen Vorschlag zurück, jedes Mitglied der Kommission solle eine besondere Erklärung abgeben, da die Ansichten doch sehr weit auseinandergingen. Ich stellte demgegenüber nochmals fest, daß nur über die Form der Ablehnung verschiedene Ansichten hervorgetreten seien, über letztere selbst aber zweifellos Einstimmigkeit vorhanden sei, und verlangte, daß dies ausdrücklich in einer gemeinsamen Erklärung anerkannt würde. Da dies nicht gut zurückzuweisen war, sagte der Vorsitzende, er werde versuchen, die verschiedenen Vorschläge zusammenzufassen und tat dies in folgender Weise: „Le colonel de Schwarzhoff est de l'avis que ... (Wortlaut meines Vorschlags). Il résulte de l'échange de vue qui a eu lieu à ce sujet, que les éléments de la solution de la première proposition sont des plus complexes et, à part de M. le colonel Jilinsky, les membres du Comité estiment que la formule qui permettrait d'arriver à un accord n'est pas encore trouvée“ usw. Als ich hiergegen einwandte, ich hätte durchaus keinen Anspruch auf die Ehre, besonders genannt zu werden, da ja alle die gleiche Ansicht verträten, erklärte sich Herr Beernaert bereit, meinen Namen durch die Worte „l'un des délégués“ zu ersetzen. Der Versuch, den deutschen Delegierten von allen übrigen abzusondern, schien mir auf wohldurchdachter Absicht zu beruhen, denn Herr Beernaert ist viel zu gewandt, um die Tragweite seiner Vorschläge nicht zu ermessen. Ich habe keinerlei Beweis, vermute aber mit Bestimmtheit, daß in diesem Falle, wie bei früheren Gelegenheiten, eine Verabredung zwischen ihm und den Russen vorlag. Bezweckt wurde meiner Ansicht nach, die als offizielles Dokument anzusehende Ausschußerklärung zu einer Handhabe zu gestalten, mittels deren man später Deutschland als einzigen Friedensstörer hinstellen könne. Selbstverständlich wies ich auch den zweiten Vorschlag entschieden zurück, indem ich immer wieder verlangte, daß die in der Diskussion deutlich hervorgetretene Einmütigkeit aller Delegierten klar zum Ausdruck komme; dagegen lege ich gar keinen Wert auf die von mir gebrauchten Worte, man könne beispielsweise den Ausdruck „unmöglich“ durch „äußerst schwierig“ umschreiben und an irgend einer Stelle ein Bedauern einschieben. Auch könnten nach Feststellung der einmütigen Ansicht etwaige Sonderwünsche aufgenommen

werden. Inzwischen war nämlich gleichzeitig mit der Hauptdiskussion eine Nebenfrage behandelt worden. Mehrere Delegierte (Amerika, Schweden, Rumänien) wollten entweder die Regierungen auffordern, sich zunächst ihrerseits mit der Frage zu beschäftigen, oder auf eine spätere Konferenz verweisen, um das von Herrn Karnebeek für die Gewehrfrage erfundene und schon wiederholt angewandte Auskunftsmittel* nochmals zu verwerten.

Da ich es nicht für erwünscht hielt, schon jetzt zu dieser Frage Stellung zu nehmen, bestritt ich die Kompetenz des Komitees, sich damit zu beschäftigen. Wir hätten nur die vorliegenden Vorschläge zu prüfen; ob nach Ablehnung derselben der Wunsch ausgesprochen werden solle, daß eine neue Konferenz, die, nebenbei gesagt, etwa die siebente in Vorschlag gebrachte sein werde, sich weiter mit diesen Fragen beschäftige, könne nur von der Kommission oder von der Konferenz entschieden werden; denn diese Frage sei nicht technischer, sondern lediglich politischer Natur. Die fast $2^1/_2$ Stunden währende Debatte spielte sich im wesentlichen zwischen dem Herrn Beernaert und mir ab. Oberst Jilinsky machte nur einige kurze Bemerkungen und keinerlei Versuch, seine Vorschläge zu verteidigen. Auch die übrigen Delegierten griffen nur selten in die Debatte ein. Nachdem ich schließlich direkt gefragt hatte, welche Gründe vorlägen, die sonst stets erstrebte Einmütigkeit hier, wo sie zweifellos vorhanden wäre, nicht zum Ausdruck zu bringen, gab Herr Beernaert endlich nach, und es kam nun rasch folgende Fassung zustande:

„Les membres du Comité chargé d'examiner les propositions du Colonel Jilinsky quant au premier point de la Circulaire du Comte Mourawieff se sont réunis à deux reprises.

A l'exception de M. le Colonel Jilinsky ils ont unanimement reconnu

1. qu'il serait très difficile de fixer même pour une période de 5 ans le chiffre des effectifs sans régler en même temps d'autres éléments de la défense nationale;

2. qu'il serait non moins difficile de régler par une convention internationale les éléments de cette défense organisée en chaque pays d'après des vues très différentes.

En conséquence le Comité regrette de ne pouvoir accepter la proposition de M. le Colonel Jilinsky faite au nom du Gouvernement Russe.

La majorité de ses membres estime qu'une étude plus approfondie de la question par les Gouvernements eux-mêmes serait à désirer."

Niemand hatte hiergegen etwas einzuwenden, nur General Zuccari erklärte zu allgemeiner Überraschung plötzlich, auch diese Formel ge-

---

* Vgl. Meurer, Die Haager Friedenskonferenz II, 557 ff.

nüge ihm nicht; er wolle noch deutlicher zum Ausdruck gebracht haben, daß von einer späteren Behandlung der Frage ein Erfolg erwartet werden könne. Herr Beernaert schlug ihm nun vor, hinzuzusetzen: „Le Général Zuccari estime qu'avec le bon vouloir de tous semblable étude pourrait aboutir." Hierzu gab der General zunächst sein Einverständnis, bemerkte aber nachher, vielleicht falle ihm noch etwas Besseres ein, und Herr Beernaert fügte hinzu, was er für seine Person bemerken wolle, berühre ja die andern nicht. Daß durch den Zusatz des Italieners indirekt gesagt wird, daß alle andern an einen Erfolg des den Regierungen empfohlenen Studiums nicht glauben, ist in der Eile von niemand, auch von Herrn Beernaert nicht, bemerkt worden. Es läßt sich aber kaum erwarten, daß bis zu der auf Freitag, den 30. d. Mts. angesetzten Kommissionsberatung niemand hierauf aufmerksam wird. Eine Änderung entweder dieses Zusatzes oder selbst der ganzen Formel wird also vielleicht noch versucht werden. Schlimmstenfalls, d. h. wenn infolge des Widerstandes des italienischen Delegierten eine gemeinsame Erklärung fallen gelassen werden müßte, würde ich immerhin auf Grund des heute angenommenen Beschlusses in der Kommission nachweisen können, daß sämtliche Komiteemitglieder in der grundsätzlichen Verwerfung des russischen Vorschlages einmütig gewesen sind.

Herr Beernaert, mit dem ich in einem ausgezeichneten persönlichen Verhältnis stehe, sagte mir nach der Sitzung vertraulich: „C'était une rude affaire. J'ai tâché de faire mon devoir, mais si vous croyez que ça m'amuse!"

(gez.) von Schwarzhoff

Nr. 4261

Der Erste Delegierte bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 48 Scheveningen, den 30. Juni 1899

Die Militärkommission hat einstimmig die Erklärung des Komitees über militärische Abrüstung angenommen*.

Italien, Schweden und Dänemark haben dabei ihre Sympathie für russische Vorschläge ausgesprochen.

---

* Vgl. Nr. 4262.

Herr Bourgeois * schloß sich dem Oberst von Schwarzhoff insofern an, daß die Militärkosten weder in Deutschland noch in Frankreich erdrückend seien, beantragte aber folgenden Zusatz:

„La commission estime que la limitation des charges militaires qui pèsent actuellement sur le monde est grandement désirable pour l'accroissement du bien être matériel et moral **."

Da niemand widersprach, wurde auch dieser Zusatz als angenommen erklärt.

Die Marinevorschläge *** sollen den Regierungen übermittelt werden.

Der Präsident Beernaert leitete die Verhandlungen mit großem Geschick.

Diese Erledigung der Sache konnte uns nur sehr erwünscht sein.

Münster

Nr. 4262

Bericht des Militärdelegierten bei der 1. Haager Friedenskonferenz Obersten Groß von Schwarzhoff

Abschrift. Vom Grafen Münster am 1. Juli eingereicht

Nr. 24 — Haag, den 30. Juni 1899

Dank der außerordentlich geschickten Leitung des Herrn Beernaert, dessen Haltung heute eine wesentlich andere war wie in der letzten Komiteesitzung (Bericht Nr. 22) †, sind die russischen Abrüstungsvorschläge heute endgültig beseitigt worden.

In der Sitzung des Neunerkomitees, die der Kommissionssitzung vorausging, zog General Zuccari zunächst seinen Zusatz zu der einstimmigen Erklärung zurück und ersetzte ihn durch folgende Worte:

„Le général Zuccari tient à préciser la position que le Gouvernement Italien entend prendre au sujet des questions soulevées par les propositions russes sur les effectifs.

L'effectif de paix de l'armée italienne est fixé par des lois organiques que le Gouvernement Italien n'a pas intention de changer. Par

* Französischer Erster Delegierter zur Friedenskonferenz.

** Die Entzifferung hat irrtümlich „du monde" anstatt „et moral", siehe Nr. 4262, vorletzten Absatz.

*** Die russischen Marinevorschläge, die gleichzeitig mit den Vorschlägen für einen fünfjährigen Rüstungsstillstand in bezug auf das Heer eingereicht wurden, liefen auf die Festlegung der Marineetats auf drei Jahre und auf Fixation des Tonnengehalts der zu erbauenden Kriegsschiffe, der Zahl der Seeoffiziere und Matrosen usw. auf ebenfalls drei Jahre hinaus. Deutscherseits wurde den Vorschlägen, die durch das Flottengesetz von 1898 „bereits erfüllt und sogar übertroffen waren", kein Widerspruch entgegengesetzt; die Sache verlief aber im Sande. Vgl. Meurer, Die Haager Friedenskonferenz II, 607 ff.

† Siehe Nr. 4260.

conséquence si les Grandes Puissances militaires qui sont les plus autorisées et les plus compétentes dans la question, pouvaient se mettre d'accord pour s'engager, dans une mesure quelconque, dans le sens d'un arrêt dans les armements, le Gouvernement Italien serait tout disposé à prendre pour sa part un égal engagement dans la même mesure. Mais si par contre les Grandes Puissances militaires par des raisons dont il est juste de les laisser seules juges, estiment qu'elles ne peuvent pas se mettre d'accord pour prendre des engagements à ce sujet et préfèrent garder leur liberté d'action, le Gouvernement Italien entend naturellement garder la même liberté."

Diese Erklärung scheint meine Annahme zu bestätigen, daß die Haltung Italiens in dieser Frage wesentlich durch die Rücksicht auf den Monte Citorio beeinflußt worden ist*. Auffallend ist daran besonders, daß Italien sich nicht zu den Großmächten oder wenigstens den militärischen Großmächten zählt, wie denn der Satz „l'Italie n'est qu'un petit pays" während dieser Beratungen häufig in den Äußerungen des italienischen Militärdelegierten — sowohl in den Komiteesitzungen wie unter vier Augen — wiederkehrte. Im übrigen kann man sie mit der in letzter Zeit häufig angewandten Formel „oui, en cas d'unanimité" übersetzen, die ja gewisse Vorteile bietet, sobald ein anderer „Nein" gesagt hat. Nachdem ich noch hatte feststellen lassen, daß der italienische General seine Erklärung nicht an Stelle der gemeinsamen, sondern nur als einen Zusatz zu dieser abgeben wollte, die unbedingte Einstimmigkeit der Militärdelegierten also gewahrt war, wurde die Komiteesitzung geschlossen.

In der unmittelbar folgenden Plenarsitzung der ersten Kommission las der erste serbische Delegierte zunächst eine lange Erklärung ab, die im wesentlichen eine Antwort auf die in der letzten Sitzung gehaltene bulgarische Rede war**. Serbien habe sich bisher mit Rücksicht auf seine Unbedeutendheit enthalten, an den Debatten teilzunehmen. Da aber Bulgarien von seinen Nachbarn gesprochen habe, wolle er auch erklären, daß Serbien sehr friedlich sei. Die endgültige Stellungnahme zu den Anträgen behalte er sich bis zur Abstimmung vor. (Vertraulich hatte mir Herr Mijatowitsch vorher mitgeteilt, er habe bestimmte Instruktion, so zu stimmen, wie der deutsche Delegierte.)

---

* Schon am 28. Juni hatte Oberst Groß von Schwarzhoff über die widerspruchsvolle Haltung des italienischen Militärdelegierten geklagt, der gleichzeitig es den Dreibundmächten und dem Monte Citorio (der italienischen Deputiertenkammer) recht machen wolle. So hatte Zuccari am 26. Juni unter Übertreibung der Schwarzhoffschen Argumente erklärt, ehe die Friedensstärken durch internationale Abmachungen festgelegt werden könnten, müßten die Ströme zugeschüttet und die Berge eingeebnet werden, während er am 27. Juni wieder Gewicht darauf legte, eine spätere Inangriffnahme der Frage auf einer neuen Konferenz offenzuhalten. Bericht Oberst Groß von Schwarzhoffs vom 28. Juni 1899 (Nr. 23).

** Näheres darüber bei Meurer a. a. O. II, 597.

Herr Beernaert teilte nun das Ergebnis der Komiteeberatung mit. Da die italienische Sondererklärung inzwischen wieder geändert war, führe ich nochmals den vollen Wortlaut an:

„Les membres du Comité, chargé d'examiner les propositions du Colonel Jilinsky quant au premier point de la circulaire du Comte Mouravieff, se sont réunis à deux reprises.

A l'exception de M. le Colonel Jilinsky, ils ont unanimement reconnu:

1 ⁰ qu'il serait très difficile de fixer, même pour une période de cinq ans, le chiffre des effectifs, sans régler en même temps d'autres éléments de la défense nationale;

2 ⁰ qu'il serait non moins difficile de régler par une convention internationale les éléments de cette défense, organisée dans chaque pays d'après des vues très diffèrentes.

En conséquence le Comité regrette de ne pouvoir accepter la proposition, faite au nom du Gouvernement Russe; la majorité de ses membres estime qu'une étude plus approfondie de la question, par les Gouvernements eux-mêmes serait à désirer.

Le général Zuccari tient à préciser la position que le Gouvernement Italien entend prendre au sujet des questions soulevées par les propositions russes, sur les effectifs.

Les effectifs de paix de l'armée italienne sont fixés par des lois organiques. Le Gouvernement Italien, tant que la paix n'est pas menacée, n'a pas intention de changer ces lois ni d'augmenter les effectifs. Mais comme un accord international sur ce sujet n'est pas possible en ce moment, le Gouvernement Italien gardera cette même liberté d'action qui est réclamée par d'autres Puissances."

Herr Beernaert fragte nun, ob der Oberst Jilinsky gegen die étude préalable par les Gouvernements etwas einzuwenden habe, was dieser verneinte, und erklärte dann, da niemand dagegenspräche oder etwas anderes vorschlage, die Entscheidung des comité technique als einstimmig angenommen.

Nun führte Herr von Bildt (Schweden) aus, daß die Friedensbotschaft des Zaren nirgends freudiger als in Schweden und Norwegen aufgenommen sei. Trotzdem habe er die Vorschläge des Oberst Jilinsky nicht unterstützen können, da die Armee in der Umwandlung begriffen sei. Unter diesen Umständen würde es absurd gewesen sein, für eine Festlegung der jetzigen Stärke zu stimmen. Für ihn wäre das nicht nur ein „regret, mais une vraie douleur" gewesen. Die Konferenz hätte mit der Anwendung der Genfer Konvention auf den Seekrieg und mit der Revision der Brüsseler Deklaration schon bedeutende Erfolge erzielt; das große Publikum würde aber rufen „das ist nicht genug", und unser aller eigenes Gewissen stimme dem zu. Später würde sich auch noch mehr erreichen lassen. Der erhabene Gedanke des Zaren könne nicht sterben, und wenn dieser all seinen Tugenden noch die

der Beständigkeit hinzufüge, so werde er bei seiner Jugend noch den Triumph seiner Bestrebungen erleben. Herr von Bille (Dänemark) schloß sich mit ein paar Worten dieser Erklärung an, und Herr Bourgeois (Frankreich) erklärte, daß Herr von Bildt nicht nur seine eigene, sondern die Ansicht der Konferenz ausgesprochen habe. In der Erklärung des Komitees komme dieser Gedanke aber nicht voll zur Geltung, während die technischen Schwierigkeiten sehr gut hervorgehoben seien. Auch Oberst von Schwarzhoff, der hervorgehoben hat, daß Deutschland durch den Militarismus nicht erdrückt sei, wird gewiß zugeben, daß eine Einschränkung der Rüstungen den Aufgaben der Kultur wesentlich zugute kommen würde. Ebenso wie Deutschland trägt Frankreich „allègrement" die Militärlasten und hofft dies bei der Ausstellung 1900 zu beweisen. Wenn es sich um ein Votum handelte, könnte ich allenfalls dem ersten Punkte der russischen Vorschläge zustimmen. Wir wollen hier aber nicht verschiedene Voten abgeben, sondern in voller Einmütigkeit in der Komiteeerklärung neben den technischen Schwierigkeiten den Wunsch hervortreten lassen, die Frage in Zukunft weiter behandelt zu sehen.

Als Herr Beernaert einen bestimmten Vorschlag verlangte, wollte Herr Bourgeois in den Text der Komiteeerklärung einen Zwischensatz einschieben. Herr Beernaert stellte dies aber als ein durch einstimmigen Beschluß bereits festgelegtes noli me tangere hin, wohl in der Befürchtung, daß andernfalls eine neue Diskussion über die russischen Vorschläge herbeigeführt werden könnte. Herr Bourgeois schlug nun als selbständigen Beschluß der Kommission folgenden Wortlaut vor:

„La Commission estime que la limitation des charges militaires qui pèsent actuellement sur le monde, est grandement désirable pour l'accroissement du bien être matériel et moral."

Auch in diesem Falle vermied Herr Beernaert jede Abstimmung, sondern stellte nur fest, daß niemand widersprochen habe und ging dann zu den die Marine betreffenden Vorschlägen über.

(gez.) Schwarzhoff

Nr. 4263

Der Stellvertretende Kriegsminister Generalleutnant von Viebahn an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Geheim — Berlin, den 1. Juli 1899

Eurer Durchlaucht beehre ich mich unter Bezugnahme auf das gefällige Schreiben vom 3. v. Mts. Nr. 4445 sehr ergebenst mitzuteilen, daß die laut Berichts Nr. 20 des Militärdelegierten* von Rußland vorgeschlagenen Festsetzungen Nr. 1—3 meines Erachtens für uns in der jetzigen Fassung unannehmbar sind.

---

* Siehe Nr. 4258.

In der 57. Sitzung des Reichstages vom 16. März 1899 wurde die Liebersche Resolution, eventuell noch während der Geltungsdauer des an demselben Tage angenommenen Gesetzes „in erneute gesetzgeberische Erwägungen über Bemessung der Friedenspräsenzstärke mit den verbündeten Regierungen einzutreten", angenommen. Meines Erachtens wird es unvermeidlich sein, diese Erwägungen schon bald herbeizuführen und die Vermehrung der Präsenzstärke um die bei den diesjährigen Verhandlungen gestrichenen 7006 Mann zu beantragen.

Ferner endigt die Gültigkeitsdauer des jetzigen Gesetzes über die Friedenspräsenz bereits mit dem 31. März 1904; ob zu diesem Zeitpunkt nicht eine zwingende Notwendigkeit zur Erhöhung unserer Präsenzstärke vorhanden sein wird, läßt sich noch nicht übersehen. Bejahendenfalls würden uns dann aber bei Annahme der russischen Vorschläge die Hände gebunden sein für einen Zeitraum, dessen Länge von dem Datum der Ratifizierung und der festgesetzten Gültigkeitsdauer der angenommenen Bestimmungen abhängen würde.

Ich glaube daher, daß eine Zustimmung unsererseits nur zulässig ist, wenn

1. die volle von den verbündeten Regierungen beantragte und angestrebte Kopfstärke von 502506 Mann (Gemeine und Gefreite) als Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres festgesetzt und

2. die Verpflichtung, diese Stärke nicht zu erhöhen, nur bis zum 31. März 1904 übernommen wird.

Dem Punkt 3 der Vorschläge würde meines Erachtens überhaupt nicht zugestimmt werden können. Der organische Ausbau des Heeres wird stets Vermehrung der Ausgaben für einzelne Zwecke notwendig machen, ohne daß gleichzeitig die Möglichkeit von Ersparungen an anderen Stellen gegeben ist. Abgesehen hiervon muß aber damit gerechnet werden, daß besondere Verhältnisse die Aufwendung sehr erheblicher Summen — z. B. für Befestigungen — erforderlich machen können, deren Befriedigung aus den laufenden Mitteln unmöglich ist*.

In Vertretung des Kriegsministers
von Viebahn

* Zu dem Schreiben Viebahns liegt eine Aktennotiz des Referenten Wirklichen Legationsrats von Wichert vom 15. Juli 1899 vor, die besagt: „Wie aus dem beim Eingange dieses Schreibens bereits eingetroffenen Bericht Nr. 24 des Militärdelegierten vom 30. Juni d. Js. hervorgeht, sind die russischen Vorschläge wegen der Abrüstungsfrage inzwischen begraben durch die Formel: ‚La Commission estime que la limitation des charges militaires qui pèsent actuellement sur le monde, est grandement désirable pour l'accroissement du bien être matériel et moral'. Die Übermittlung des Schreibens, dessen Inhalt wegen der weiteren Pläne der Militärverwaltung nicht ohne erheblichen Grund an weitere Kreise mitzuteilen sein dürfte, ist deshalb unterblieben. Daher zu den Akten."

C. Die Frage der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See auf der Konferenz



Nr. 4264

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow

Eigenhändig

Berlin, den 25. Mai 1899

Der niederländische Gesandte* frug ganz vertraulich an, ob Deutschland geneigt sein würde, die Initiative zu ergreifen hinsichtlich der Frage der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See in Kriegszeiten.

In einer Vorbesprechung der Konferenzdelegierten der Großmächte am 19. d. Mts. war der Gedanke, diese Frage auf die Tagesordnung der Konferenz zu setzen, unter dem Hinweis darauf abgelehnt worden, daß dieselbe im russischen Konferenzprogramm nicht enthalten sei.

Der niederländische Gesandte motivierte seinen Vorschlag auch damit, daß die Annahme desselben im Geiste der Pariser Deklaration von 1856 liegen und die Weiterentwicklung derselben bedeuten würde. Er meinte auch, daß andrenfalls die Konferenz resultatlos verlaufen dürfte, da in der Frage der Schiedsgerichte und Mediation höchstens „ein minimales Resultat" erzielt werden und die Ausdehnung der Croix rouge auf den Seekrieg am Widerspruch Englands scheitern würde.

Bülow

Nr. 4265

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Ersten Delegierten bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Grafen Münster

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Pourtalès

Nr. 2 Berlin, den 25. Mai 1899

Der hiesige niederländische Gesandte hat hier vertraulich die Frage angeregt, ob Deutschland geneigt sein würde, die Initiative zu ergreifen, damit die Frage der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See in Kriegszeiten auf der Friedenskonferenz erörtert werde**. Herr van

* Jonkheer van Tets van Goudriaan.

** Vgl. Nr. 4264.

Tets erzählte gleichzeitig, der Gedanke, diese Frage auf die Tagesordnung der Konferenz zu setzen, sei in einer Vorbesprechung der Delegierten der Großmächte unter dem Hinweis darauf abgelehnt worden, daß dieselbe im russischen Konferenzprogramm nicht enthalten sei.

Die Frage, ob die Annahme dieses völkerrechtlichen Grundsatzes uns vom marinetechnischen Standpunkt erwünscht sein kann und aus diesem Grunde die gedachte Anregung opportun ist, wird hier eventuell nach Eingang der Antwort Euerer Exzellenz unter Zuziehung der beteiligten Ressorts zu prüfen sein. Für die politische Opportunität fällt hauptsächlich ins Gewicht, ob der Gedanke, uns die Initiative zuzuschieben, wirklich von der niederländischen Regierung ausgeht, oder ob hinter der niederländischen vielleicht die Regierung einer Großmacht steht. Denkbar ist immerhin, daß, im Hinblick auf die für die Niederländer dabei in Frage kommenden bedeutenden Handelsinteressen, die Initiative lediglich von niederländischer Seite ausgeht; es erscheint aber auch nicht ausgeschlossen, daß z. B. England, welches selbst der Verwirklichung des Gedankens neuerdings zuneigen soll, den gleichen Wunsch bei Rußland, welches fast keine Handelsflotte hat, nicht voraussetzt und daher einen Rußland unsympathischen Vorschlag lieber von uns ausgehen lassen möchte. Da Ew. pp. der obenerwähnten Vorbesprechung der Delegierten der Großmächte beigewohnt haben, werden Ew. pp. in der Lage sein mir mitzuteilen, von welcher Seite der Gedanke, die in Rede stehende Frage auf die Tagesordnung zu setzen, ausgegangen ist, und welche Vertreter eventuell sich zu dieser Frage zustimmend und welche ablehnend geäußert haben. Erbitte hierüber telegraphische Äußerung.

Bülow

Nr. 4266

Der Erste Delegierte bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 5 Haag, den 26. Mai 1899

Antwort auf Telegramm Nr. 2*.

Nach meiner Überzeugung ist die Anregung der Frage der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See allein von der holländischen Regierung ausgegangen. Herr von Karnebeek, der Vizepräsident der Konferenz, sagte mir, daß der niederländische Gesandte diese Frage bei uns anregen solle. Die hiesige Regierung müsse der öffentlichen Meinung gegenüber, welche es bestimmt und einstimmig verlange, alles tun, um diese für Holland wichtigste Angelegenheit auf der Konferenz zur Sprache zu bringen. Bei der Delegiertenversammlung ist die Bemerkung

---
* Siehe Nr. 4265.

des holländischen Delegierten darüber unbeachtet geblieben, und ist davon nur in Privatgesprächen gesprochen worden.

Die Stellung der einzelnen Mächte ist, soweit ich die Stimmung kenne, folgende: Rußland und Frankreich sind entschiedene Gegner und würden jeder Diskussion in der Konferenz entschieden widersprechen. Sir J. Pauncefote ist persönlich für, hat aber die Instruktion, keinenfalls neue Fragen in der Konferenz zuzulassen. Er bedauert es um so mehr, als die öffentliche Meinung in England ganz umgestimmt sei.

Die amerikanischen Delegierten haben die Instruktion, energisch für die Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See einzutreten. Anfänglich gingen einzelne Delegierte so weit, daß sie erklärten, daß sie aus der Konferenz austreten würden, wenn jede Diskussion darüber abgeschnitten würde*.

Es würde sich vorläufig wohl nur um eine Besprechung handeln. Der italienische und österreichische Delegierte meinen, es werde die Haltung ihrer Regierungen von der unsrigen abhängen. Persönlich sind sie sehr dafür. Sie meinen, daß, da die Konferenz wenig zustandebringen werde, es der öffentlichen Meinung gegenüber sehr wünschenswert sei, wenigstens dieser Frage näherzutreten.

Die kleinen Seemächte werden entschieden günstig gestimmt sein.

Gegner sind daher nur Rußland und Frankreich, vorläufig noch England. Der Widerstand Rußlands ist wohl mehr durch die Rücksicht auf Frankreich als durch innere Gründe zu erklären.

Darf ich von meiner eigenen Meinung sprechen, so würde ich es im Interesse unseres Welthandels mit Freuden begrüßen, wenn wir unseren mächtigen Einfluß dafür geltend machten. Die öffentliche Meinung der zivilisierten Welt würde ein solches Vorgehen sehr günstig aufnehmen.

Ich habe mich bis jetzt reserviert gehalten, bitte aber um baldige Instruktion.

Münster

Nr. 4267

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Ersten Delegierten bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Grafen Münster

Konzept

Nr. 14 | Berlin, den 27. Mai 1899
[abgegangen am 28. Mai]

Aus Ew. Telegramm Nr. 5** sowie auch aus englischen Zeitungsberichten ersehe ich, daß die Delegierten der Vereinigten Staaten sich

* Vgl. dazu: Autobiography of Andrew W. White II, 265 f.
** Siehe Nr. 4266.

mit der Absicht tragen, die Frage der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See demnächst vor die Konferenz zu bringen. Dem deutschen Interesse entspricht es, zuvörderst abzuwarten, wie die Konferenz, wie namentlich die englische Regierung sich zu dieser Frage stellen wird. Bis zu diesem Zeitpunkt werden wir uns auf die rein formale Erklärung beschränken können, daß wir in Beantwortung der im Januar ergangenen russischen Umfrage damals erwidert haben, daß es nicht in der Absicht der Regierung Seiner Majestät des Kaisers liege, Ergänzungen oder Abänderungen des russischen Programms vorzuschlagen, sondern daß wir die Fragen, mit denen die Konferenz regelrecht befaßt werde, einfach mitdiskutieren würden. In diesem Sinne werde ich die Anfrage des holländischen Gesandten beantworten und bitte Ew., sich auch Ihrerseits dementsprechend zu äußern.

Vertraulich bemerke ich, daß der Widerspruch, welcher nach den Äußerungen von Sir Julian Pauncefote zwischen der bisherigen Haltung der englischen Regierung und der Strömung der öffentlichen Meinung in England zu bestehen scheint, geeignet ist, uns vorsichtig zu machen. Die Änderung, welche sich neuerdings in der englischen Volksanschauung vollzogen hat, entspringt der Überzeugung, daß die englischen Seestreitkräfte, so gewaltig sie auch sein mögen, doch nicht ausreichen, um die noch gewaltigeren englischen Handelsinteressen im Kriegsfalle zu schützen. Wenn die englische Regierung sich dieser Wahrnehmung vorläufig verschließt, so kann sie hierbei wohl nur von dem Gesichtspunkte, der ihr Verhalten schon so oft bestimmt hat, geleitet sein, daß eine andere Macht, und zwar wenn möglich Deutschland, schließlich das Odium auf sich nehmen werde, welches die erste Anregung dieser in Frankreich wie in Rußland unwillkommenen Frage erwecken muß. Wenn die englische Regierung wider Erwarten noch an der alten Auffassung des Seekrieges mit Prisengeldern etc. festhielte, so würden England, Frankreich und Rußland einen Kristallisationspunkt für die Gegner der Neuerung bilden, an welchem alle Bemühungen, gleichviel von wo ausgehend, scheitern müßten. Wenn aber die englische Regierung — was das sachlich Wahrscheinlichere ist — innerlich der Neuerung zuneigt, so wird sie schwerlich die günstige Gelegenheit, welche die Konferenz bietet, unbenutzt vorübergehen lassen, sondern wird, falls keine andere europäische Großmacht vorangeht, entweder selbst die Initiative nehmen, oder, wie so häufig in letzter Zeit, die Amerikaner für englische Zwecke verwenden, und wir behalten dann für unsere Stellungnahme freie Hand.

Unter diesen Umständen wollen Ew. für jetzt bei Ihren Äußerungen nach außen hin das formale Moment, wie oben bemerkt, vorschieben, ohne dabei jedoch die Anhänger der Neuerung zu entmutigen. Ew. werden daher in den Gesprächen einfließen lassen können, daß die deutsche Regiernug mit der sachlichen Prüfung dieser Frage durch die verschiedenen beteiligten Ressorts — Handel, Marine, Justiz — noch

nicht zu Ende gekommen sei, daß aber vom allgemein menschlichen Standpunkte aus eine Änderung der aus barbarischen Zeiten überkommenen Gebräuche des Seekriegs in diesem Punkte den Anforderungen des Zeitgeistes jedenfalls entsprechen würde.

Bülow

Nr. 4268

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 1408 London, den 25. Mai 1899

Die englische Regierung teilt mir in der abschriftlich angeschlossenen Note vom 19. Mai d. Js. mit, daß sie in der Frage einer Erweiterung des Schutzes des Privateigentums im Seekriege gegenwärtig Stellung zu nehmen noch keine Veranlassung sehe, da die Regierung der Vereinigten Staaten mit ihr in dieser Richtung noch nicht in Verbindung getreten sei.

Eine Resolution der „Chamber of Shipping of the United Kingdom" zugunsten eines seitens der Newyorker Handelskammer dem Präsidenten der Vereinigten Staaten überreichten diesbezüglichen Memorandums habe sie erhalten.

Nach den Berichten des englischen Botschafters in Washington seien die Frage betreffende Resolutionen auch dem Senate und dem Repräsentantenhause dortselbst unterbreitet, irgendwelche Beschlüsse darüber indessen nicht gefaßt worden.

P. Hatzfeldt

Nr. 4269

Der Erste Delegierte bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 15 Scheveningen, den 3. Juni 1899

Die amerikanischen Delegierten haben die bestimmteste Instruktion erhalten, die Frage des Schutzes des Privateigentums zur See zur Sprache zu bringen, die Besprechung im Plenum der Konferenz zu verlangen, dort einen Antrag einzubringen und energisch zu vertreten.

In der Subkommission der zweiten Kommission hat bei Gelegenheit der Diskussion über den 7. Punkt des Zirkulars des Grafen Murawiew, der über die Deklaration der durch die Brüsseler Konferenz von

1874 vorgeschlagenen Bestimmungen über „les lois et coutumes de la guerre“ handelt, der amerikanische militärische Vertreter hervorgehoben, daß les coutumes de la guerre sowohl auf den Landkrieg wie auf den Seekrieg Anwendung finden müßten, und verlangte daher, daß die Subkommission diese Frage vor das Plenum verweisen möchte.

Der Vorsitzende der Subkommission Professor Martens, der persönlich auf dem Standpunkte der Amerikaner steht, offiziell ihn aber anfechten muß, machte einen schwachen Versuch, diesem Antrage entgegenzutreten, meinte aber schließlich, daß das Plenum der zweiten Kommission beschließen könne, diese Frage an das Plenum der Delegierten zu verweisen. Dieses wurde beschlossen. Es wird bald in der Kommission und dann später entschieden werden, ob die Konferenz über diese Angelegenheit beraten und beschließen kann.

Nach der Stimmung der Delegierten und den Instruktionen der betreffenden Staaten ist eine bedeutende, dieser Frage günstige Majorität vorhanden.

Frankreich will allein ganz entschieden den jetzigen Zustand beibehalten. Die Franzosen rechnen darauf, daß bei einem Seekriege mit England dem englischen Handel großer Schaden zugefügt werden könnte. Die französische Seeleute wollen diese Waffe nicht gern aus der Hand geben.

Dabei wird aber auch an die Möglichkeit eines Krieges mit Deutschland gedacht. Gerade deshalb halte ich es in unserm Interesse für dringend geboten, das Privateigentum unseres bedeutenden, immer mehr zunehmenden Handels in den asiatischen Gewässern und dem Stillen Ozean zu sichern. Von Madagaskar und den französischen Kolonien aus, die wir nicht blockieren können, würden unsere Handelsschiffe leicht aufgebracht werden.

Die Zunahme unseres überseeischen Handels ist, Gott sei es gedankt, noch im Steigen. Die Zunahme unserer guten Kriegsmarine kann damit nicht standhalten, deshalb liegt es gewiß in unserm Interesse, die Bewegung, welche in allen Landen für den Schutz des Privateigentums zur See sich regt, auch auf der Konferenz mit zu fördern. Als wirkliche Gegner sind nur die Franzosen anzusehen. England ist offiziell dagegen, Sir Julian Pauncefote persönlich dafür, und die öffentliche Meinung Englands neigt nach seiner Ansicht entschieden dahin.

Rußland geht mit Frankreich infolge eines Versprechens. —

Für die Maßregel sind eigentlich die russischen Delegierten, müssen aber ihrer Instruktion gemäß versuchen, die Beratung der Frage zu verhindern.

Italien ist unbedingt für die Beratung in der Konferenz, und ist Graf Nigra instruiert, die Amerikaner dabei kräftigst zu unterstützen. Die österreichischen Delegierten rechnen auch auf ähnliche Instruktionen und, da alle kleineren Staaten dafür sind, ist eine überwiegende

Majorität gesichert. Durch einen Ausspruch der Konferenz wird diese wichtige Frage nur angebahnt, aber nicht entschieden werden. Der Einfluß auf die öffentliche Meinung wird dagegen entschieden von großer Bedeutung werden können.

Daß eine Mißstimmung oder gar eine Verständigung der anderen Mächte gegen uns daraus entstehen könnte, glaube ich nicht. Selbst eine momentane Verstimmung Frankreichs kann ich bei der sonstigen politischen Lage nicht annehmen, ich würde sie auch nicht fürchten, weil ich doch schon manche schlimmeren Verstimmungen dort überwunden habe.

Da die Verhandlungen in der Kommission in der nächsten Woche zu erwarten sind, die Verweisung an das Plenum unbedingt erfolgen wird, bitte ich um baldige Instruktion.

Münster

Nr. 4270

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Ersten Delegierten bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Grafen Münster

Telegramm. Konzept

Nr. 12 — Berlin, den 4. Juni 1899

Antwort auf Ew. Berichte Nr. 7*, 15** und 12.

Auf den in Bericht Nr. 7 gestellten, in Nr. 15 wiederholten Antrag wegen deutscher Initiative für Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See hat Seine Majestät am Rande vermerkt: „Nein! und Rußland wünscht es selbst nicht!“*** Die Frage der deutschen Initiative ist hiernach im negativen Sinn entschieden. Zugleich ergibt die Fassung des Randvermerks in unzweideutigster Weise, wie sehr unser allergnädigster Herr bei seinen Entscheidungen die russischen Wünsche mit in den Bereich seiner Erwägungen zieht. Die Ew. und den übrigen Herren Delegierten bisher erteilten Direktiven, insbesondere meine gestrige Instruktion an Ew. † und die vorgestrige an den Geheimrat Zorn †† werden durch diese allerhöchste Willensäußerung in dem

---

* Siehe Abschnitt D, Nr. 4276. Münster hatte in diesem Bericht bemerkt: „Kehre ich zur Konferenz zurück, so glaube ich, daß wir den Russen eine Waffe aus der Hand nehmen und die öffentliche Meinung für uns gewinnen würden, wenn die Konferenz sich für den Schutz des Eigentumes zur See ausspräche, und ich würde sehr wünschen, daß wir die Initiative dazu ergreifen könnten.“

** Siehe Nr. 4269.

*** Siehe Abschnitt D, Nr. 4276, Randbemerkung 8.

† Siehe Abschnitt D, Nr. 4280.

†† Siehe Abschnitt D, Nr. 4279.

Punkte bestätigt, daß die deutschen Delegierten allemal zunächst zu prüfen haben, ob ein von Rußland ausgehender Vorschlag annehmbar ist, bezw. wie er etwa würde annehmbar gemacht werden können. Mit der Art, wie die Herren Delegierten als Kommissionsmitglieder diesem Teile ihrer Aufgabe gerecht geworden sind, bin ich vom politischen Standpunkte aus einverstanden, halte es namentlich auch für eine praktische Form des Ausweichens bei unannehmbaren Anträgen, daß man einen derartigen Antrag als zu allgemein oder nicht genügend spezifiziert bezeichnet. Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers denkt zwar nicht daran, in Fragen von Bedeutung den für sachlich richtig erkannten Standpunkt aus Gefälligkeit für irgend jemanden aufzugeben, Sache der Herren Delegierten aber wird es sein, im einzelnen Falle wenn tunlich die geeignete Stelle für eine Brücke zu finden, welche die Verbindung zwischen uns und den Russen herstellt, bezw. letzteren einen anständigen Rückzug ermöglicht.

Die vorstehende Direktive wollen Ew. noch vor den morgen, Montag, stattfindenden Sitzungen zur Kenntnis der Herren Delegierten bringen.

Bülow

Nr. 4271

Der Erste Delegierte bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 37 Scheveningen, den 12. Juni 1899

Mr. White, der amerikanische Botschafter und erste Delegierte, war soeben bei mir und sagte mir, die amerikanische Delegation habe die Instruktion, eine Diskussion über den Schutz des Privateigentums zur See zu veranlassen, und fragte mich, wie meine hohe Regierung sich dazu stellen werde? Es komme jetzt vor allem darauf an, den Widerspruch derer zu entkräften, die, sich auf das russische Zirkular stützend, die Diskussion nicht zulassen wollen. Er ist der Ansicht, daß dadurch, daß [durch] die Diskussion über ein ständiges Schiedsgericht, welches auch die russischen Vorschläge nicht enthalten *, ein Präzedenzfall geschaffen würde, die Majorität der Versammlung sich für die Zulassung der Diskussion aussprechen könnte. Wenn auch, und das erkannte Mr. White an, aus der Sache selbst nichts für den Augenblick erreicht werden könne, solange England und Frankreich sich ganz ablehnend verhalten, so sei es aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung wünschenswert, die Frage anzuregen; daß namentlich in allen kommer-

* Vgl. dazu Abschnitt D.

ziellen Kreisen die Frage des Schutzes des Privateigentums zur See viel wichtiger ist und schließlich populärer werden muß als die eines ständigen Schiedsgerichts, möchte ich auch annehmen.

Ich bitte um baldige Drahtinstruktion darüber, ob ich die Amerikaner dabei unterstützen und für die Diskussion dieser Frage stimmen darf.

Bisher habe ich mich ganz nach dem hohen Erlaß Nr. 14 vom 27. Mai* gerichtet und eine zurückhaltende Stellung eingenommen.

Es kommt jetzt, wo die Amerikaner entschieden vorgehen wollen, darauf an, ob wir uns streng an das so schon durchlöcherte russische Programm halten oder eine Diskussion gestatten wollen, und ob wir geneigt sind, später auf diese wichtige Frage einzugehen.

Was die übrigen Mächte betrifft, so scheint Sir Julian Pauncefote überhaupt persönlich weiter zu gehen als seine Regierung, und wenn auch die öffentliche Meinung in England für den Schutz des Eigentums zur See mehr Neigung hat als bisher, so wird Lord Salisbury und die jetzige Regierung auch nicht auf eine Änderung eingehen wollen.

Die Franzosen sind die heftigsten Gegner, und die Russen haben ihnen versprochen, sie zu unterstützen, obgleich die hiesigen Delegierten anderer Ansicht zu sein scheinen. Alle übrigen Mächte, namentlich die kleinen Staaten, sind alle günstig gestimmt. Eine Diskussion auf der Konferenz kann daher zu einem praktischen Resultate nicht führen, kann aber die öffentliche Meinung entschieden beeinflussen, und auf diese wird, wie wir das bei der Schiedsgerichtsfrage sehen, sehr viel gegeben.

Die Verhandlungen ziehen sich hier sehr in die Länge, weil die obere energische Leitung fehlt, in den Kommissionen lange Reden gehalten werden; und so fürchte ich, daß wir bis Mitte Juli hierbleiben können. Schließlich werden wir uns sagen müssen: „Viel Lärm um nichts".

Münster

Nr. 4272

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Ersten Delegierten bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Grafen Münster

Telegramm. Konzept

Nr. 26 Berlin, den 14. Juni 1899

Auf den Bericht Nr. 37**.

Wir werden einer Verständigung darüber, künftig das Privateigen-

* Siehe Nr. 4267.
** Siehe Nr. 4271.

tum zur See als unverletzlich zu behandeln, niemals hinderlich sein, würden im Gegenteil eine allseitige Anerkennung dieses Grundsatzes als einen Fortschritt begrüßen. Solange aber auf Einmütigkeit der Mächte in dieser Frage nicht zu rechnen ist, haben wir, da sich unsre Interessen für und gegen die Fortdauer des jetzigen Zustandes ungefähr das Gleichgewicht halten, keine Veranlassung, in der Frage eine führende Rolle zu übernehmen; gegen eine Diskussion haben wir nichts einzuwenden.

Euere Exzellenz bitte ich, Ihr Verhalten und das der andern Delegierten danach zu bemessen.

Bülow

Nr. 4273

Bericht des Marinedelegierten bei der 1. Haager Friedenskonferenz Kapitäns z. S. Siegel

Abschrift. Vom Grafen Münster am 28. Juni eingereicht

Nr. 20 — Scheveningen, den 28. Juni 1899
Geheim

Euerer Exzellenz berichte ich im Anschluß an meinen Bericht vom heutigen Tage Nr. 14 *, daß ich vom Admiral Fisher soeben folgendes als ganz vertraulich erfahren habe:

Herr von Staal hat Sir Julian Pauncefote versprochen, daß die Frage des Schutzes des Privateigentums auf See nicht zur Verhandlung kommen soll. Herr von Staal hatte aber auch schon versprochen, die Anträge der amerikanischen Delegierten überhaupt nicht anzunehmen, und sie seien doch verteilt worden. (In der Tat ist heute der betreffende Brief der amerikanischen Delegation an den Herrn von Staal zur Verteilung gelangt) **. Es sei daher nicht ausgeschlossen, daß die Russen auch in dem anderen Punkte nicht ganz aufrichtig handeln werden. Die gegenwärtige Instruktion Sir Julian Pauncefotes geht dahin, die Diskussion überhaupt abzulehnen. Man ist in England der Ansicht, daß die Gründe, warum Amerika, Rußland und Frankreich in dieser Angelegenheit zusammengehen werden, so verschiedener Natur seien und so verschiedenen Interessen entspringen, daß es praktisch sei, die notwendig erfolgende Uneinigkeit dieser drei Staaten abzuwarten, ohne sich zu früh zu erklären.

Ob die gegenwärtige Instruktion Sir J. Pauncefotes nicht noch geändert werden wird, stände dahin ***.

(gez.) Siegel

---

* Siehe Nr. 4274.

** Vgl. Conférence Internationale de la Paix. III, p. 28.

*** Über den weiteren Verlauf der Dinge vgl. Meurer, Die Haager Friedenskonferenz II, 264 ff. Die zuständige Kommission nahm in der Sitzung vom

Nr. 4274

Bericht des Marinedelegierten bei der 1. Haager Friedenskonferenz Kapitäns z. S. Siegel

Eigenhändige Ausfertigung. Vom Grafen Münster am 28. Juni eingereicht

Nr. 14 Scheveningen, den 28. Juni 1899
Geheim

Eurer Exzellenz berichte ich gehorsamst, daß ich zu mehreren Malen Gelegenheit gefunden habe, mit dem Vizeadmiral Sir John Fisher, dem Marinedelegierten Englands zur Haager Konferenz, der zum Chef des Mittelmeergeschwaders ernannt worden ist, eingehende Unterredungen zu halten.

Bei diesen Gelegenheiten sind die Fragen des Schutzes des Privateigentums auf See und der englischen Marinepolitik im allgemeinen besprochen worden, und ich halte die Äußerungen des Admirals für interessant genug, um sie Eurer Exzellenz vorzutragen und zu bitten, sie auch weiterhin bekannt machen zu wollen.

Ich bemerke hierbei, daß die Anregung zu den Unterredungen von dem Admiral ausgegangen ist, der mir bereitwilligst erlaubt hat, seine Äußerungen, die er im übrigen als durchaus vertraulich bezeichnete, meiner vorgesetzten Behörde mitzuteilen. Er hat mir sogar ein eigenhändig geschriebenes „Memorandum", das eine kurze Darlegung seiner Ansichten enthält, zur Verfügung gestellt, nachdem er von seiner zuerst ausgesprochenen Absicht, mir eine von der englischen Regierung ausgearbeitete Denkschrift zu geben, zurückgekommen war. Er bat mich nur, dafür zu sorgen, daß von dem, was er mir gesagt hätte, dem englischen Botschafter Sir Julian Pauncefote und dem englischen Ministerium gegenüber kein Gebrauch gemacht würde.

Der Admiral äußerte sich über alle Dinge mit dem allergrößten Freimut und sprach unzweifelhaft seine eigene Überzeugung aus; man kann nicht daran zweifeln, daß er die Ansicht der maritimen Kreise in England wiedergab.

Da der Admiral demnächst die größte mobile Seestreitkraft, die England zurzeit besitzt, in seiner Hand vereinigt haben wird und er damit zu einem Machtfaktor wird, mit dem im Falle einer Verwicklung im Mittelmeer gerechnet werden muß, so ist es auch aus diesem Grunde nicht unwichtig, die persönlichen Ansichten eines Mannes kennenzulernen, dessen Handlungsweise von ausschlaggebender Bedeu-

---

5. Juli einen Antrag von Martens' an, nach dem die Frage der Unverletzlichkeit des Privateigentums im Seekrieg einer späteren Konferenz vorbehalten werden sollte. Auf den gleichen Standpunkt stellte sich das Plenum der Konferenz.

tung werden kann, wenn Englands Seemacht im Mittelmeer in Aktion treten sollte.

Unsere Unterredungen fingen damit an, daß Admiral Fisher mir eines Tages sagte, er habe als sicher gehört, daß die amerikanischen Delegierten die Frage von der Anerkennung des Schutzes des Privateigentums auf See zur Sprache bringen wollten.

Er glaube, daß nächst England Deutschland das größte Interesse an dieser Frage habe, da seine Handelsflotte die zweitgrößte der Welt sei und sich andauernd stark vermehre. Es sei deshalb naheliegend und von Wichtigkeit, daß beide Länder in dieser Angelegenheit einig wären.

Scheinbar müßten England und Deutschland den höchsten Wert darauf legen, daß das Privateigentum auf See gegen Wegnahme gesichert sei. Aber diese Frage sei eng verbunden mit der der Kriegskonterbande.

Wenn nun auch im allgemeinen das Eigentum als unverletzlich hingestellt werde, so bleibe natürlich die Konterbande nach wie vor der Wegnahme unterworfen.

Die Entscheidung darüber, was Kriegskonterbande sei, hinge aber von der Stärke des Kriegführenden ab, und indirekt könnten fast alle Dinge als Kriegskonterbande erklärt werden. Deshalb sei es durchaus möglich und könne durch keine noch so bindende und klare internationale Konvention verhindert werden, daß der Handelsdampfer selbst als Kriegskonterbande erklärt werde, so daß man zwar die Ladung, die Güter für unverletzlich ansähe, dagegen die Träger der Güter, die Schiffe zu Konterbande rechne, unter dem Vorwande, daß sie in Gestalt von Hülfskreuzern, Kohlenschiffen, Munitionsschiffen oder in irgendeiner noch so weit hergeholten Beziehung als Hülfsmittel der Kriegsführung dienen könnten.

Die englische Admiralität habe auf Grund eingehender Studien festgestellt, daß die Kriegsflotte stark genug sei, um die gesamte Handelsflotte zu schützen. Unter den bisherigen Bedingungen würden daher die Reeder, die von dem ausreichenden Schutz ihrer Schiffe durch die Kriegsflotte überzeugt wären, ihren Handel ruhig weiter betreiben und kein Interesse daran haben, ihre Flagge zu wechseln.

Wenn aber das Privateigentum auf See für unverletzlich erklärt werden sollte, so würde die natürliche Folge sein, daß der bisherige Schutz mehr oder weniger für entbehrlich gehalten würde. Furchtsame Reeder und Befrachter („and such are proverbially timid", schaltete der Admiral ein), würden jedenfalls glauben, daß dieser Schutz nicht mehr genügend vorhanden sei.

Da nun Schiffe, trotzdem daß das Privateigentum feierlich für geschützt erklärt worden, der Wegnahme ausgesetzt blieben und die Versendung der Güter dadurch bestenfalls erschwert, wenn nicht ganz

gehindert würde, so würden die Kaufleute es für sicherer halten, wenn ihre Güter sich in einem neutralen Schiff befänden. Der Handelsverkehr der Kriegführenden würde unzweifelhaft zu einer fremden Flagge übergehen, und die Geschichte lehre, daß der Handel in einem solchen Falle fast niemals wieder zurückkehre. Schon aus diesem Grunde sei es irrig zu glauben, daß der Seehandel eines Kriegführenden dadurch geschützt werden könne, daß man das Privateigentum auf See von der Wegnahme ausnimmt.

Es ist aber noch ein anderer wichtiger Gesichtspunkt, der es außerordentlich erleichtert, in dieser Sache zu einer richtigen Schlußfolgerung zu kommen.

Während der Napoleonischen Kriege, als England zu See allein stand, betrug der Verlust der Handelsflotte durch Wegnahme nur 2½ Prozent; und dies war zur Zeit der Segelschiffahrt, als der Wind beide Seiten in gleicher Weise begünstigte und das Entrinnen für ein Handelsschiff sehr schwierig war.

Aber jetzt hat die Dampfschiffahrt das Entkommen eines Handelsschiffes außerordentlich erleichtert. Ein Kreuzer muß wahrscheinlich das Vier- oder Fünffache seines gewöhnlichen Kohlenverbrauchs verdampfen, wenn er hoffen will, einen Handelsdampfer vor Einbruch der Nacht zu fangen. Gelingt es nicht, dem gejagten Schiff so nahe zu kommen, daß man vor der Dunkelheit Leute an Bord schicken kann, so kann der Handelsdampfer ohne Schwierigkeit entkommen.

Dieser ungewöhnlich große Kohlenverbrauch führt auch noch zur Betrachtung einer anderen Seite. Wo soll der Kreuzer seine Kohlen ergänzen, wo sind seine Kohlenstationen, wer hat sie alle in der Hand? Wenn ein Land seinen Seehandel verliert, so stirbt der Handelsverkehr überhaupt, mit ihm stirbt der Reichtum und mit dem Reichtum geht die Stärke davon!

Noch ein weiterer Punkt sei zu beachten: Wenn das Privateigentum auf See für unverletzlich erklärt würde, so würden sich sofort im Lande Stimmen erheben, die eine Verminderung der Seestreitmittel, im besonderen aber der Kreuzer, fordern würden, da der Schutz des Handels fortan nicht mehr unter die Aufgaben der Flotte falle; man würde behaupten, daß in Zukunft nur noch Schlachtschiffe nötig seien.

Einer solchen Auffassung im Lande müsse unter allen Umständen entgegengetreten werden, denn es würde der größte Fehler sein, wenn man die Kreuzerflotte vermindern wollte. Nur dadurch, daß England die Macht habe, in der ganzen Welt überall als der Stärkste aufzutreten, habe es die Stellung, die es brauche.

Es seien mithin sowohl Gründe militärischer wie politischer Natur, welche die Beibehaltung des jetzt gültigen Verfahrens forderten. Eine Zerstörung des feindlichen Seehandels sei außerdem ein so wirksames Kriegsmittel, daß es nicht aufgegeben werden könne. Englands See-

macht sei jetzt stark genug, um den eigenen Handel überall zu schützen und jeden feindlichen von der See wegfegen zu können.

Wenn Amerika jetzt diesen Vorschlag, das Privateigentum auf See für unverletzlich zu erklären, vorbringe, so habe das seinen guten Grund.

Der Handelsverkehr englischer Schiffe zwischen Amerika und England sei ungemein groß, und die Amerikaner möchten nicht nur diesen Teil des englischen Seehandels, sondern auch noch möglichst viel von dem sonstigen bei passender Gelegenheit in ihre Hände bringen. Hierzu scheine ihnen der genannte Vorschlag eine gute Handhabe zu bieten. Denn im Falle eines Krieges Englands mit einer anderen Macht würde sich voraussichtlich ein Teil des englisch-amerikanischen Handels der amerikanischen Flagge zuwenden und dann später dort bleiben.

Die Franzosen seien in einem großen Irrtum befangen, wenn sie glaubten, durch einen Kreuzerkrieg England schaden zu können. Man könne ja zugeben, daß eine andere Art der Kriegsführung für Frankreich überhaupt nicht möglich sei, da ein Geschwaderkrieg zur Erringung der Seeherrschaft bei den gegenwärtigen Stärkeverhältnissen aussichtslos wäre, aber auch diese Art verspreche keinen Erfolg. Die Admiralität hätte diese Frage genau untersucht, und man wäre sicher, daß alle französischen Kreuzer in kürzester Zeit durch Übermacht bekämpft und vernichtet sein würden. Die Ansicht Frankreichs, daß der Kreuzerkrieg eine vortreffliche Waffe gegen England sei, würde sie voraussichtlich dazu führen, sich gegen den Schutz des Privateigentums auf See zu erklären, und Rußland würde, teils aus Rücksicht für Frankreich, teils gleichfalls in der Absicht, diese Waffe nicht aus der Hand zu geben, in gleicher Weise zustimmen. Damit würde man der Auffassung Englands nur entgegenkommen.

Diese Gründe und Erwägungen führten den Admiral dann zu einer Erörterung der Stellungnahme, die England einnehmen würde, wenn die Frage des Schutzes des Privateigentums auf See tatsächlich in der Konferenz verhandelt werden würde.

Es scheint sicher, daß die amerikanischen Delegierten dem Herrn von Staal einen dahingehenden Antrag übergeben haben und auf ihre Diskussion dringen werden, selbst wenn die Russen einer solchen ausweichen möchten.

England ist ein erklärter Gegner des Vorschlags, jedenfalls sind es die maritimen und militärischen Kreise, denen sich wahrscheinlich auch die politischen anschließen. Nach den zuerst gemachten Andeutungen des Admirals war anzunehmen, daß die Diskussion überhaupt abgelehnt würde, jetzt scheint es, daß man die Diskussion zulassen will, aber sich nur im allgemeinen daran beteiligen wird, ohne eine bestimmte Ansicht zu äußern. Diese Taktik wird auf der Konferenz vielfach angewendet; man überläßt anderen Staaten das Odium der schroffen Ablehnung und behält sich sein eigenes Votum zunächst

vor. Wenn dies dann schließlich auch eine Ablehnung ist, so kommt sie doch später, hat an Wirkung verloren und macht deshalb bei dem großen Publikum keinen besonderen Eindruck mehr.

Als der Vorschlag der Amerikaner zuerst bekannt wurde, sagte mir der Admiral, daß sein Land unter keinen Umständen zustimmen würde.

Wenn vielleicht Lord Salisbury und Sir Julian Pauncefote, der nur an seine Arbitrage dächte, den Vorschlag befürworten oder gar annehmen möchten, so würden sich im Ministerium ernste Differenzen zeigen, denn Goschen * sei ein entschiedener Gegner des Vorschlags, und es würde eine Kabinettskrise nicht unmöglich sein.

Später sagte mir der Admiral, daß selbst, wenn politische Gründe die Regierung dazu führen könnten, dem Vorschlag zuzustimmen, so würde man sich doch im Ernstfall ohne jeden Zweifel nicht für gebunden erachten und über jede Konvention hinwegsetzen.

Ich nehme an, daß mir der Admiral alle diese Eröffnungen machte, wobei er sichtlich Wert darauf legte, daß sie weiter bekannt würden, um die deutsche Regierung zu bewegen, mit England in dieser Frage Hand in Hand zu gehen. Inwieweit der Admiral die Ansichten seiner Regierung wiedergegeben hat, konnte ich nicht feststellen; jedenfalls lag ihm daran, mich von seinen Ansichten zu überzeugen. — Daß für Deutschland die Verhältnisse doch noch anders liegen als für England, hat der Admiral nicht weiter berücksichtigt.

Als Kuriosum möchte ich noch mitteilen, daß, als vor einigen Tagen Professor Zorn und Herr Holls in der Arbitrageangelegenheit nach Berlin reisten, der Admiral mir sagte, es herrsche die Meinung im Haag, wir hätten mit den Amerikanern ein Abkommen getroffen. Sie sollten uns in der Schiedsgerichtsfrage unterstützen, und wir würden ihnen dafür in der Angelegenheit des Schutzes des Privateigentums auch behülflich sein. Ich habe nicht verfehlt, diesem Verdacht energisch zu widersprechen.

Schließlich bemerkte ich noch, daß der Admiral der augenblicklichen Strömung der englischen Meinung zugunsten eines engen Anschlusses an Nordamerika keinerlei Bedeutung und keine Dauer zuspricht. Diese künstliche Freundschaft könne nicht lange bestehen, es gäbe zu viele Punkte, wo sich die gegenseitigen Interessen kreuzen würden.

Zur Charakteristik des Admirals möchte ich noch folgendes hinzufügen.

Er sagte mir, man habe ihn als Delegierten zur Konferenz befohlen, weil man seine Ansichten über den Seekrieg und seine Erfordernisse kenne. Er sei aus Westindien geholt worden, ehe die Zeit seines Kommandos abgelaufen gewesen sei, und er habe der Admiralität von

---

* Erster Lord der Admiralität.

vorherein erklärt, daß er nur den einzigen Grundsatz kenne: might is right.

Über diese seine persönlichen Ansichten habe er auch den Minister Goschen nicht im unklaren gelassen, als er sein neues Kommando erhalten habe, und er habe ihm freigestellt, einen andern Admiral als Chef des Mittelmeergeschwaders zu wählen, wenn man damit nicht einverstanden sei.

Er würde sich im Falle eines Konflikts im Mittelmeer keinen Augenblick besinnen, auch ohne Instruktionen und gegen etwaige zweifelhafte Abmachungen über Schiedsgerichte und Vermittlungen loszuschlagen, wenn er überzeugt sei, daß die politische und militärische Lage und der Vorteil seines Landes dies erfordern.

Die Eindrücke, die ich aus meinen verschiedenen Unterredungen mit dem Admiral erhalten habe, lassen sich folgendermaßen zusammenfassen.

1. England hat mehr wie je die feste Überzeugung, daß seine Stellung in der Welt, seine Macht und sein Reichtum von der Flotte abhängen, und daß alles geschehen muß, um die Flotte so stark zu machen, wie die Politik des Landes es erfordert.

2. Gegenwärtig hat die Flotte eine Stärke erreicht, daß sie allen Anforderungen gewachsen ist. Sie genügt, um selbst einer Vereinigung aller anderen Staaten entgegenzutreten, da der mögliche Stärkeunterschied durch die Einheit der Führung und der leitenden Gesichtspunkte bei der Verwendung ausgeglichen wird. Der Kombination einzelner Staaten ist man durchaus gewachsen. Die Flotte ist vollkommen in der Lage, den gesamten Handel zu schützen.

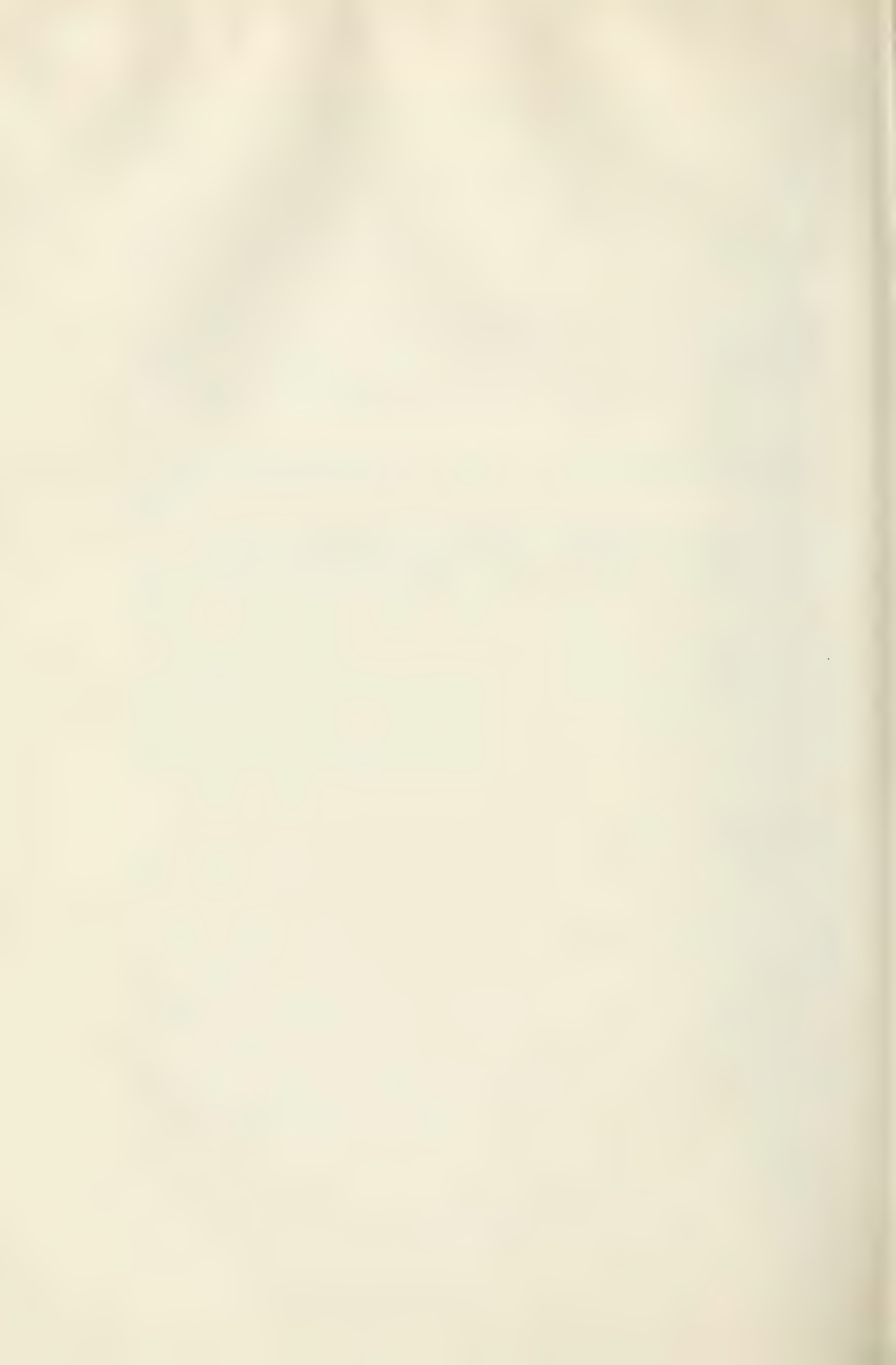
3. England hat den festen Entschluß, das Kriegsinstrument, das es in seiner Flotte besitzt, im Falle der Notwendigkeit mit aller Kraft und aller Rücksichtslosigkeit zu gebrauchen, nach dem Grundsatze: Macht ist Recht.

Bei der Beurteilung der Äußerungen des Admirals muß berücksichtigt werden, daß er von 1892—1897 Controller of the navy und einer der Lords der Admiralität war; er besitzt also eine genaue Kenntnis nicht nur der materiellen Verhältnisse der Marine, sondern auch der Gedanken und Absichten der Admiralität und der Regierung.

Schließlich darf ich noch einmal die Bitte aussprechen, die Darlegungen des Admirals Fisher als vertraulich behandeln zu wollen. Er hat diesen Wunsch mehrfach ausgesprochen, und ich habe ihm die diskrete Behandlung zugesichert.

Siegel

D. Die Schiedsgerichtsfrage auf der Konferenz



Nr. 4275

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Ersten Delegierten bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Grafen Münster

Konzept

Nr. 11 Berlin, den 26. Mai 1899

Ew. gefälligen Bericht Nr. 4 vom 25. d. Mts. nebst der hochinteressanten Anlage* habe ich erhalten.

Ew. wollen dem Baron Staal zunächst meine Anerkennung aussprechen für die hervorragende Arbeit des Herrn von Martens über die Frage des Schiedsgerichts sowie für das durch die jetzige Mitteilung derselben bewiesene Vertrauen. Der Entwurf trägt den Stempel jahrelangen Studiums und Nachdenkens und wird unter allen Umständen als eine Etappe der völkerrechtlichen Forschung bestehen bleiben.

Ein Werk dieser Art entzieht sich der Beurteilung stante pede, erfordert vielmehr eine eingehende Prüfung.

Bei allem Mißtrauen, welches bisher von diplomatischer Seite dem Arbitragegedanken entgegengestellt worden war, läßt sich doch schon

---

* Mit Bericht vom 25. Mai hatte Graf Münster ein ihm von dem Baron von Staal übergebenes Projet de code d'arbitrage übersandt, das dann in der ersten Sitzung der Schiedsgerichtskommission am 26. Mai auch offiziell neben dem russischen Hauptentwurf den „Eléments pour l'élaboration d'un projet de convention à conclure entre les Puissances participant à la Conférence de la Haye" vorgelegt wurde. Merkwürdigerweise ist das eigentliche Projet russe von Münster weder am 26. Mai noch am 1. Juni eingesandt, wo er das „Projet de code d'arbitrage" zum zweiten Male zugleich mit der Sir J. Pauncefoteschen Proposition eines permanenten Schiedsgerichtshofs und einer neuen russischen Proposition, die dem Pauncefoteschen Vorschlag entgegenkam, sowie einem italienischen Amendement einreichte. Auch Professor Zorn hat seinem Bericht vom 31. Mai (siehe Nr. 4278) den russischen Hauptentwurf nicht beigefügt, jedenfalls in der Annahme, daß die Einsendung bereits durch Graf Münster erfolgt sei. Erst am 7. Juni ist das Auswärtige Amt in den Besitz des russischen Hauptentwurfs gelangt, nachdem es tags zuvor, 12 Tage nach der Einbringung dieses Entwurfs, aus einem Berichte Professor Zorns vom 5. Juni (siehe Nr. 4283) die wichtige Tatsache erfahren hatte, daß die Russen für gewisse, wenn auch nicht eigentlich politische Fälle die Schiedsgerichte obligatorisch gestalten wollten. Der Vorwurf, den Zorn nachträglich (Deutschland und die beiden Haager Friedenskonferenzen, S. 29) gegen das Auswärtige Amt dahin erhebt, daß dessen Instruktionen regelmäßig erst nach den Verhandlungen eingetroffen seien, ist nach Ausweis der Akten durchweg nicht begründet.

auf den ersten Blick nicht verkennen, daß einzelne Schwierigkeiten, die man bisher als unüberwindlich betrachtete, in dem Entwurf des Herrn von Martens überbrückt zu sein scheinen. Aber ebenso wie die Tragkraft einer Kette gleich der Tragkraft ihres schwächsten Gliedes ist, so hängt auch die praktische Anwendbarkeit dieses einheitlichen Entwurfes davon ab, daß sich in der Verkettung der Schlüsse auch bei genauer Prüfung kein schwaches Glied ergebe. Erst nach dieser Prüfung wird die Regierung Seiner Majestät des Kaisers in der Lage sein, mit einem Urteil über die Möglichkeit bezw. die größeren oder kleineren Hindernisse der Durchführung hervorzutreten. Ein verfrühtes Urteil würde dem Interesse des Entwurfes zuwiderlaufen, denn die Vorsicht, welche die Pflicht der Selbsterhaltung jedem Staat auferlegt, würde uns nötigen, so lange an alten Anschauungen festzuhalten, bis die praktische Möglichkeit der vorliegenden inhaltschweren Neuerung wissenschaftlich begründet ist.

Es läßt sich annehmen, daß wir weiteres Material für die Bildung des eigenen Urteils auch noch durch die Beurteilung seitens der übrigen Interessenten bekommen werden, denen der Entwurf, seinem Zwecke entsprechend, von russischer Seite gleichfalls mitgeteilt werden wird.

Bülow

Nr. 4276

Der Erste Delegierte bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 7 — Haag, den 28. Mai 1899

Die Kommissionen der Konferenz sind in voller Arbeit. Viele Mitglieder arbeiten mit großem Eifer in der Hoffnung, daß es doch noch möglich sein werde, praktisch durchführbare Beschlüsse zu fassen.

Das ist namentlich in der sogenannten Arbitragekommission der Fall. In der letzten Sitzung ist der russische Vorschlag von Martens, den ich mit meinem Bericht Nr. 4 vom 25. d. Mts. übersandte*, vorgelegt worden, nachdem zur allgemeinen Überraschung der englische Delegierte Sir Julian Pauncefote den Antrag stellte, ein permanentes Schiedsgericht zu gründen**. Es wird infolge dieser Anträge namentlich von den kleinen Staaten erhofft, daß es wirklich gelingen könnte, die Gründung eines internationalen Gerichtshofes für Schiedsgerichte zu erlangen.

---

* Vgl. Nr. 4275, Fußnote *.

** Siehe den Text der Sir J. Pauncefoteschen Proposition: Conférence Internationale de la Paix, T. IV, p. 218ss.

Ich kann mir deshalb ein praktisches Resultat dieser Verhandlungen nicht denken, weil wir, und ich glaube auch andere größere Staaten, namentlich auch die Franzosen, nicht auf solche Vorschläge eingehen können. Wir würden damit unsere politische Unabhängigkeit aus der Hand geben und würden, wenn es sich um Fragen handelte, die schließlich zum Kriege führen könnten, den Vorteil, den uns die rasche Mobilisierung, welche keine andere Macht auch nur annähernd nachmachen kann, gewährt, verlieren[1]*. Führen diese Schiedsgerichtsverhandlungen nicht zu einem greifbaren Resultat, so sehe ich auch auf anderen Gebieten keine Möglichkeit einer prinzipiellen Verständigung.

Die eigentliche Abrüstungsfrage soll zuletzt beraten werden, nachdem die anderen unbedeutenden, meist völlig unpraktischen Vorschläge über das Stehenbleiben bei der jetzigen Bewaffnung und allerhand Spezialbestimmungen, wie das Herauswerfen von Sprengstoffen aus Ballons, unterseeische Torpedoboote und dergleichen Unsinn mehr[2], erledigt sind. Die Beratungen über das Rote Kreuz[3] werden wahrscheinlich zurückgestellt.

Viele der Delegierten haben den redlichen Willen, etwas zustande zu bringen, namentlich sind diejenigen, die in der Arbitragekommission arbeiten, wie Professor Zorn, noch sehr sanguinisch. Alle fühlen, daß die öffentliche Meinung ein Resultat der Konferenz erwartet, wenn auch niemand an die allgemeine Abrüstung glaubt.

Übrigens herrscht unter den Delegierten das allerbeste Verhältnis, das Mißtrauen zu Rußland wächst aber dabei**.

---

* Ähnliche Ausführungen machte Münster mündlich gegenüber dem amerikanischen Delegierten. Vgl. Autobiography of Andrew D. White II, p. 263: „He did not say that he would oppose a moderate plan for voluntary arbitration, but he insisted that arbitration must be injurious to Germany; that Germany is prepared for war as no other country is or can be; that she can mobilize her army in ten days; and that neither France, Russia nor any other power can do this. Arbitration, he said, would simply give rival powers time to put themselves in readiness, and would therefore be a great disadvantage to Germany." Aber genau die gleichen Argumentationen bekam White von dem englischen Marinedelegierten Admiral John Fisher in bezug auf die englische Seerüstung zu hören: „He said that the navy of Great Britain was and would remain in a state of complete preparation for war; that a vast deal depended on prompt action by the navy; and that the truce afforded by arbitration proceedings would give other powers time, which they would otherwise not have to put themselves into complete readiness." Ebenda II, p. 268.

** Davon weiß auch der amerikanische Delegierte Andrew D. White in seiner Autobiographie zu erzählen. Er bemerkt dort (II, 265) zum 24. Mai: „Yesterday there was some talk which, though quiet, was none the less bitter, to the effect that the purpose of Russia in calling the conference is only to secure time for strengthening her armaments; that she was never increasing her forces at a greater rate, especially in the southwestern part of the empire and in the Caucasus, and never intriguing more vigorously in all directions." White nennt seinen Gewährsmann nicht; die

Ich meinerseits tue alles, um ein gutes Verhältnis mit ihm zu erhalten.

Ich komme auch immer mehr zu der Überzeugung, daß der Kaiser in Rußland fast allein ein greifbares Resultat wünscht und selbst die allerbesten und friedlichsten Absichten hat, daß aber die slawische Partei den hohen Herrn vorgeschoben hat, um ihre Zwecke zu erreichen. Es ist ganz bekannt, daß Pobedonoszew das Friedensmanifest geschrieben und seinen kaiserlichen Herrn dazu beredet hat, und daß Murawiew trotz der Bedenken, die er gehabt haben soll, überzeugungslos [4] und blind gehorcht hat.

Auf den ersten Blick erkennt man den Zweck nicht, geht man aber näher auf die Sache ein, so merkt man die Niederträchtigkeit der Slawophilen und sieht, was sie wollen.

Wie die russischen Chauvinisten arbeiten, haben wir an Ignatiew gesehen. Leider soll er wieder Einfluß gewinnen.

Die Russen wünschen gar nicht, daß etwas zustande käme. Das merke ich nicht Staal an, der dazu zu ehrlich ist, aber den anderen echt russischen Delegierten [5].

Sie hoffen, daß entweder die verschiedenen Staaten untereinander sich verfeinden könnten, hauptsächlich rechnen sie aber auf die Aufregung der öffentlichen Meinung, welche große Verlegenheiten hervorrufen könnte, während sie dieselbe für ihren Friedenskaiser zu gewinnen hoffen. Sie machen geradezu Reklame mit ihrem jungen Herrn, der noch voller jugendlicher Illusion ist.

Dabei wird die Aufmerksamkeit von dem abgelenkt, was in Rußland geschieht. Dort kann ruhig weiter russifiziert und asiatisiert [6] werden. Mit europäischem Gelde baut es asiatische Bahnen, und wer weiß, ob mit der Zeit sich nicht von Asien her eine neue Völkerwanderung vorbereitet.

Kehre ich zur Konferenz zurück, so glaube ich, daß wir den Russen eine Waffe aus der Hand nehmen und die öffentliche Meinung für uns gewinnen würden, wenn die Konferenz sich für den Schutz des Eigentumes zur See ausspräche [7], und ich würde sehr wünschen, daß wir die Initiative dazu ergreifen könnten [8] *.

Über die Dauer der Konferenz läßt sich noch nichts bestimmen, wir hoffen aber, bis Ende Juni fertig zu sein.

Bezugnahme auf den Südwesten Rußlands und den Kaukasus läßt aber darauf schließen, daß er unter den auf der Haager Konferenz vereinigten österreichischen oder Balkandiplomaten zu suchen war. Daß gerade am Balkan Rußlands Pazifismus das größte Mißtrauen auslöste, dafür enthalten die Akten des Auswärtigen Amts vielfach Belege. So sagte am 29. Mai König Alexander von Serbien zu dem deutschen Gesandten Freiherrn von Waecker-Gotter: daß die Idee der Schiedsgerichte namentlich von Rußland patronisiert werde, könne das Mißtrauen nur vermehren. Bericht Waecker-Gotters Nr. 72 vom 30. Mai 1899. Betreffs des Mißtrauens der Türkei s. Abschnitt A, Nr. 4225.

* Siehe dazu Abschnitt C.

Ich bin hier nicht gut untergebracht.

Scheveningen wird am 1. Juni eröffnet, und habe ich mir dort eine Villa auf den Monat Juni gemietet, und die ganze Delegation zieht dorthin. Auch habe ich dort ein Arbeitszimmer für die Bureaubeamten gemietet. Auch sie werden in Scheveningen im Monat Juni besser wohnen als in dem überfüllten Haag. Ich darf gehorsamst bitten, alle Mitteilungen, Telegramme und Feldjäger vom 1. Juni an nach Bad Scheveningen senden zu lassen.

Ich beehre mich, einen Bericht des Obersten von Schwarzhoff über die zweite Kommission * beizulegen und hoffe, bald auch Berichte der übrigen Kommissionsmitglieder einsenden zu können.

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
1 Vollkommen richtig! darauf ist der ganze Schwindel auch gerichtet
2 bravo!
3 das wären die einzigen werthvollen gewesen
4 ? er wollte den Herrn blamiren, um sich ihm nachher bei der Desillusionirung als unersetzlichen Retter anzubieten!
5 richtig
6 Na?? Riga!
7 ist straks gegen unsern Vortheil
8 Nein! und Russland wünscht es selbst nicht!

Nr. 4277

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Ersten Delegierten bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafer Grafen Münster

Telegramm. Konzept

Nr. 5 — Berlin, den 31. Mai 1899

Ew. wollen den Geheimrat Professor Zorn ersuchen, daß er dem nächsten Feldjäger, dessen Abfertigung zu diesem Behufe eventuell auf morgen, Donnerstag, zu verschieben sein würde, gefälligst einen gedrängten Übersichtsbericht mitgibt über die Stellung der einzelnen Großmächte oder sonstiger stimmführender Staaten zu den Hauptpunkten des Schiedsgerichtsprogramms. Von besonderem Interesse wird es mir sein, zu erfahren, durch welche Kautelen die Antragsteller der Anforderung der Unparteilichkeit des Richterkollegiums gerecht zu werden suchen, und ob auch der Anspruch erhoben worden ist, daß die Kriegsvorbereitungen und der Kriegsanfang während der Tätigkeit des Richterkollegiums ausgesetzt bleiben sollen.

Bülow

* Vgl. Abschnitt B.

Nr. 4278

*Bericht des Mitgliedes der Delegation bei der 1. Haager Friedenskonferenz Professors Zorn über die Arbeiten der dritten Kommission (Subkomitee)**

Eigenhändige Ausfertigung

Nr. I [Haag, den 31. Mai 1899]

In der Sitzung der dritten Kommission am 26. Mai wurde der russische Entwurf über Mediation und Schiedsgericht** verteilt und zu dessen Prüfung zunächst ein Komitee eingesetzt, bestehend aus acht Mitgliedern: v. Martens (Rußland), Holls (Nordamerikanische Union), d'Estournelles (Frankreich), Lammasch (Österreich), Descamps (Belgien), Asser (Holland), Odier (Schweiz) und dem Unterzeichneten; den Vorsitz behielt der Präsident der Kommission, Bourgeois, auch in dem Komitee; an der ersten Sitzung nahmen die Botschafter von Staal, Graf Nigra, Pauncefote, an der zweiten die beiden letzteren — Ehrenpräsidenten der dritten Kommission — teil.

Die erste Sitzung am 26. Mai behandelte nur formelle Dinge und bestellte Descamps, der als wissenschaftliche Autorität in der Schiedsgerichtsfrage mit Recht anerkannt ist, zum Berichterstatter und Vorsitzenden des Subkomitees, falls nicht Bourgeois selbst präsidiert; ferner d'Estournelles zum Protokollführer. Diese Protokolle sollen vorläufig nicht, auch nicht im Auszuge, gedruckt werden.

In der Sitzung vom 29. Mai nachm. $2\frac{1}{2}$—$5\frac{1}{2}$ Uhr unter Vorsitz von Bourgeois, in Anwesenheit der Botschafter Graf Nigra und Pauncefote, wurden die ersten sechs Artikel des russischen Entwurfes beraten und erledigt. Sie behandeln die „bons offices et médiation".

Der erste Artikel spricht nur aus, daß die vertragschließenden Mächte übereingekommen seien, um Kriege möglichst zu vermeiden, ihre Anstrengungen dahin zu richten, daß Streitigkeiten unter ihnen möglichst durch friedliche Mittel erledigt werden sollen. Er enthält somit nur eine allgemeine Redewendung und wurde einstimmig angenom-

* Von den Berichten Professor Zorns über die Arbeiten der dritten oder Schiedsgerichtskommission der Haager Konferenz und des von ihr abgezweigten Subkomitees (auch Comité d'examen genannt) werden hier diejenigen wiedergegeben, die sich auf die Hauptpunkte der Beratungen, das obligatorische und das permanente Schiedsgericht beziehen. Dem Subkomitee, das aus acht Mitgliedern bestand (Asser, Descamps, d'Estournelles, de Constant, Holls, Lammasch, von Martens, Odier, Zorn), stand lediglich „l'examen préalable" der Beratungsgegenstände zu. Die materielle Entscheidung stand den Kommissionen und letzten Endes allein dem Plenum der Konferenz zu.

** Vgl. dazu Nr. 4275, Fußnote *. Den Text des russischen Entwurfs, des „projet russe", das dem Auswärtigen Amt erst am 7. Juni zuging, siehe in: Conférence Internationale de la Paix T. IV, p. 204ss.

men, mit einer kleinen redaktionellen Änderung und der Maßgabe, daß diese Worte nicht einen eigenen Artikel bilden, sondern als Einleitung dienen sollen.

Der zweite Artikel des Entwurfes besagt: Die vertragschließenden Mächte bestimmen folglich, daß sie im Falle von „dissentiment grave ou de conflit", bevor sie die Waffen ergreifen, sich wenden werden „aux bons offices ou à la médiation" einer oder mehrerer befreundeter Mächte „en tant que les circonstances l'admettraient". Diese Worte stammen aus dem Pariser Vertrag von 1856 Prot. N. XXIII.

Über die letzteren Worte entspann sich eine lange Diskussion; dieselben wurden schließlich auf Antrag von Asser (Holland) mit fünf — Holland, Belgien, Schweiz, Italien, England — gegen vier Stimmen — Österreich, Nordamerikanische Union, Frankreich, Deutschland — gestrichen; Rußland hatte sich der Abstimmung enthalten.

Der Artikel enthält eine formelle Verpflichtung zur Erholung der bons offices ou médiation in den Worten: „elles auront recours". Der Unterzeichnete glaubte eine solche formelle Verpflichtung nur mit jener Klausel: „en tant que pp." als annehmbar erachten zu dürfen und vertrat diesen Standpunkt in der Diskussion; ebenso mit Entschiedenheit Bourgeois. Lammasch wollte die Klausel mildern, indem er ihr eine negative Fassung gab; darauf hätte man eingehen können. Aber die Majorität, der die drei Vertreter der kleineren Staaten in der Kommission angehörten, strich die Klausel ganz. Vergebens wies der Unterzeichnete darauf hin, daß für eine Großmacht diese friedlichen Mittel immer nur unter Voraussetzungen annehmbar seien, die sie selbst allein prüfen könne, und daß man den Großmächten die Zustimmung zu dem Entwurf erleichtere, vielleicht allein möglich mache durch Beifügung derartiger Klauseln. Asser betonte besonders, daß die Klausel juristisch nichts besage, da ja die bons offices wie die médiation nach Artikel 6 immer nur „un conseil amical" sind. Dies ist richtig, aber die Klausel hat dennoch einen erheblichen moralischen Wert und außerdem eine juristische Bedeutung insofern, als mangels derselben eine *unbedingte Pflicht der Staaten zur Erholung von bons offices oder médiation konstituiert ist*, was schon an sich schwere Bedenken haben kann, indem es z. B. dem Gegner Zeit zu Rüstungen gibt. Ich halte den Artikel 2 ohne die Klausel „en tant pp." für unannehmbar.

Artikel 3 des Entwurfs in der zuletzt angenommenen Fassung bestimmt die Aufgabe des Mediators dahin: „Conciliation des prétentions opposées et apaisement des ressentiments qui peuvent s'être produits entre les Etats dissidents." Dagegen ist meines Erachtens kein Einwand zu erheben, wurde auch ein solcher nicht erhoben.

Artikel 4 des Entwurfs lautet in der angenommenen Fassung: „Les fonctions du médiateur cessent du moment où il est constaté soit par l'une des parties en litige soit par le médiateur lui-même, que la

transaction ou les bases d'une entente amicale, proposées par lui, ne sont pas acceptées". Die Veränderung gegenüber dem ursprünglichen Entwurf ist nur eine redaktionelle und bietet zu Bedenken meines Erachtens keinen Anlaß.

Artikel 5 des Entwurfs spricht aus, daß die vertragschließenden Mächte es für nützlich halten („jugent utile"), wenn, unabhängig von der Anrufung der bons offices ou médiation durch eine der streitenden Mächte, die Signatarmächte „offrent de leur propre initiative aux Etats dissidents leurs bons offices ou leur médiation" unter der Voraussetzung „en tant que les cironstances s'y prêtent". Die an dem ursprünglichen Text vorgenommenen Änderungen sind lediglich redaktioneller Natur. Dagegen wurden diesem Texte zwei materielle Zusätze beigefügt: erstens, daß dies Recht der Anbietung ihrer Vermittelung einer am Streit unbeteiligten Macht selbst nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten zustehe, und zweitens, daß die Ausübung dieses Rechtes nicht als ein unfreundlicher Akt betrachtet werden dürfe. Gegen den Artikel, auch in dieser Erweiterung, ist meines Erachtens nichts einzuwenden, da er die Ablehnung des Angebots völlig ins freie Ermessen stellt und aus dem Angebot wie aus der Ablehnung keinerlei Konsequenzen gezogen sind.

Artikel 6 des Entwurfs spricht präzise aus, daß die bons offices wie die médiation, sowohl die angerufene wie die angebotene, „ont exclusivement le caractère de conseil amical".

Die Beratung erfolgte im besten gegenseitigen Einvernehmen. Ein wirklicher Streitpunkt war nur die Frage der Beibehaltung oder Streichung der Klausel „en tant pp." in Artikel 2.

Der Gesamteindruck war der, daß, wie nicht anders zu erwarten, die Vertreter der Staaten zweiter Ordnung das Bestreben zeigten, diesen friedlichen Mitteln zur Entscheidung von Staatsstreitigkeiten einen möglichst obligatorischen Charakter zu geben. Graf Nigra und Sir Pauncefote unterstützten dies Bestreben mit der Autorität ihrer Persönlichkeit und ihrer Stellung als Vertreter von Großmächten, indes die Vertreter von Frankreich und Österreich mit dem Unterzeichneten ihren Bedenken gegen jeden obligatorischen Charakter dieser friedlichen Mittel Ausdruck gaben und darin auch die Unterstützung des Vertreters der Nordamerikanischen Union hatten. Rußland nahm einen entschiedenen Standpunkt nicht ein, scheint aber geneigt, selbst weitgehenden Vorschlägen im Sinne des obligatorischen Charakters der „moyens pacifiques" zuzustimmen. Mit dem Vertreter Österreichs sowie dem Vertreter der Nordamerikanischen Union hatte der Unterzeichnete vor der Sitzung in längeren Konferenzen die Grundzüge des russischen Projektes erörtert und mit beiden eine erfreuliche Übereinstimmung in demjenigen Punkte gewonnen, der als der Kernpunkt für die Arbeiten dieser dritten Kommission betrachtet werden muß: dem durchaus

fakultativen Charakter dieser friedlichen Mittel für Erledigung von Staatsstreitigkeiten.

Zorn

Nr. 4279

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an das Mitglied der Delegation bei der 1. Haager Friedenskonferenz Professor Zorn

Konzept

Berlin, den 2. Juni 1899

Ew. pp. Bericht Nr. I* über die Sitzung der dritten Kommission am 26. Mai hat mir einen dankenswerten Einblick in die bisherigen Verhandlungen über Arbitrage und Mediation gegeben. Zunächst entnahm ich daraus mit Befriedigung, daß die elastische Haltung der russischen Delegierten es Ew. pp. erleichtern wird, ein gutes Einvernehmen mit diesen zu pflegen und sie zu unterstützen bei dem Bemühen, unverfängliche Punkte aus dem russischen Konferenzprogramm zu retten.

Dieser Ew. pp. bereits bekannte leitende Gesichtspunkt bleibt also unverändert. Im einzelnen bin ich mit der Art und Weise, wie Ew. pp. die deutschen Interessen vertreten haben, durchweg einverstanden. Wir halten also fest daran, daß den in Aussicht genommenen Freundschaftsdiensten der fakultative Charakter gewahrt, und daß der für sie von den schwächeren Staaten beanspruchte obligatorische Charakter zurückgewiesen werde. Ferner handelten Ew. pp. im Sinne Ihrer Instruktion, als Sie bei Artikel 2 die Sicherheitsklausel „en tant que les circonstances l'admettraient" in Vorschlag brachten. Ohne dieses Sicherheitsventil erscheint die Fassung des Artikel 2 nicht unbedenklich, ebenso wie die Fassung des Artikels 5 ohne den Zusatz „en tant que les circonstances s'y prêtent".

Eine Schattierung mißtrauischer als Ew. pp. bin ich gegenüber den beiden bei Artikel 5 gemachten Zusätzen, betreffend das Recht eines oder mehrerer Zuschauer, nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten vermittelnd vorzugehen. Natürlich steht es jeder Macht, die sich kräftig genug fühlt und ein genügendes Interesse zur Sache hat, auch schon heute ohne Konferenzbeschlüsse frei, sich in einen schwebenden Konflikt diplomatisch oder weitergehend einzumischen. Diese Einmischung wird sich allemal gegen den Sieger richten, dem man dadurch mehr oder weniger energisch in den Arm fällt. Wenn z. B. während des letzten deutsch-französischen Krieges die Aufmerksamkeit der Zuschauer nicht durch die Kündigung der Schwarzen-Meer-Klausel seitens Rußlands geteilt gewesen wäre, so hätten wir wahrscheinlich, den Wünschen des

---

* Siehe Nr. 4278.

Grafen Beust entsprechend, eine solche freundschaftliche Vermittelungsaktion erlebt, und der Frankfurter Friede hätte vermutlich ein anderes Aussehen bekommen*. Im Rückblick auf diesen Quasi-Präzedenzfall erscheint die Mediation nach ausgebrochener Feindseligkeit vom Standpunkt einer Macht betrachtet, die sich in erster Linie auf ihre eigenen Kräfte, in zweiter auf die vorgesorgten politischen Kombinationen verläßt, als ein zweischneidiges Instrument, dessen Anwendung man nicht erleichtern sollte. Ich würde es deshalb erwünscht halten, wenn gelegentlich der weiteren Verhandlung dieser Frage, sei es in der Kommission, sei es im Plenum, der Zusatz gemacht werden könnte, „daß die Ausübung dieses Rechtes nicht prinzipiell (oder nicht schon an sich) als ein unfreundlicher Akt betrachtet werden dürfe."

Das was Ew. pp. über die Neigung der schwächeren Staaten, die Mediation zu einem Zwangsverfahren zu gestalten, berichtet haben, ließ sich vorhersehen. Eins der gegen die Konferenz geltend gemachten Bedenken gründete sich darauf, daß in dieser Versammlung, wo groß und klein nur je eine Stimme haben, einzelne Großmächte die Volksführerrolle spielen und an der Spitze der Kleinen versuchen würden, Majoritätserfolge zu erzielen. Es ist beruhigend, aus Ew. pp. Bericht zu entnehmen, daß nicht Rußland diese Rolle spielt. Für uns liegt in dieser Wahrnehmung ein Grund mehr, die Russen in ihrer bisherigen, soweit sich von hier übersehen läßt, vernünftigen Haltung nicht zu entmutigen, sondern sie überall zu unterstützen, wo sich dies mit den Ew. pp. bekannten allgemeinen Gesichtspunkten der deutschen Politik vereinigen läßt. Ew. pp. werden an Ort und Stelle und mit Rücksicht auf die Persönlichkeiten, mit denen Sie zu tun haben, in der Lage sein, zu erwägen, ob es die Stellung der Russen und die Erhaltung unserer guten Beziehungen mit ihnen erleichtern würde, wenn Ew. pp. bei einzelnen zweifelhaften Fällen, wo vielleicht von dritter schiedslustiger Seite ein starker Massendruck ausgeübt wird, Ihrem russischen Kollegen vertraulich im voraus die Grenze bezeichneten, bis zu welcher Sie, ohne übrigens Ihre Regierung zu engagieren, glauben würden, gehen zu können.

Bülow

Nr. 4280

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Ersten Delegierten bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Grafen Münster

Konzept

Nr. 21 Berlin, den 3. Juni 1899

Ew. pp. beehre ich mich, auf die Ihrem Bericht Nr. 9 beigefügten Mitteilungen über die Errichtung eines ständigen internationalen

* Vgl. Bd. II, Kap. IX.

Schiedsgerichtshofes oder Bureaus für Streitigkeiten unter Staaten * folgendes ergebenst zu erwidern:

Die Durchführbarkeit dieses Gedankens namentlich in der Ausdehnung, welche demselben durch England, Italien und Amerika anscheinend gegeben werden soll, ist praktisch kaum denkbar, müßte aber, falls die Verwirklichung versucht würde, den Frieden gefährden, anstatt ihn zu befestigen.

Für jede neu auftauchende Frage würde ein neues Richterpersonal zu beschaffen sein, entsprechend der jedesmaligen Staaten- und Interessengruppierung. Die Zusammenstellung des Gerichtshofes würde also Zeit erfordern. Es läge folglich nahe, daß das „ständige Bureau" — gleichviel wer darunter zu denken ist — zunächst, wenn ein Konflikt zwischen zwei Staaten droht, an alle möglichen Regierungen die telegraphische Aufforderung richten würde, die Mobilmachung der beiden Streitenden oder doch wenigstens den Ausbruch der Feindseligkeiten zu verhindern, damit das Schiedsgericht Zeit habe, sich zu versammeln und zu beraten. Die Aufnahme, welche diese Aufforderung des „Bureau" seitens der angerufenen Mächte findet, dürfte weniger von humanitären Erwägungen als von Interessenfragen abhängen, denn man wird ein für allemal von der Grundanschauung ausgehen müssen, daß jede Regierung, namentlich jede Großmacht, bei jeder großen internationalen Streitfrage direkt oder indirekt Partei ist.

Die Einsetzung der ständigen Schiedsinstanz würde also die unmittelbare Folge haben, die Intervention prinzipiell zu legitimieren, und zwar eine übereilte Intervention, die sich noch nicht einmal auf einen nach Prüfung des Falles ergangenen Schiedsspruch stützt, nichts destoweniger aber die Politik des intervenierenden Staates fast unwiderruflich festlegt. So wie von Zeit zu Zeit die Medizin eine neue Krankheitsform feststellt, so würde auch die im Gefolge des humanitären Friedensgedankens auftretende Präventivintervention als ein neues Gebrechen der Weltordnung und als eine vermehrte Gefahr für den Weltfrieden zu bezeichnen sein; letzteres deshalb, weil das Gefühl der eigenen Verantwortung bei streitlustigen Kabinetten in demselben Maße abnehmen muß, wie die Aussicht auf Schutz von außerhalb seitens der sogenannten Vermittler zunimmt.

Es liegt für uns kein Anlaß vor, diese unsere Auffassung zu ver-

* Es handelt sich dabei vor allem um die Proposition des englischen Delegierten Sir J. Pauncefote zu der Errichtung eines permanenten Schiedsgerichtshofs, ferner um einen russischen Ersatzvorschlag zu Artikel 13 des ursprünglichen russischen Hauptentwurfs und um ein italienisches Amendement dazu, die beide dem Gedanken einer permanenten Schiedsinstanz weit entgegenkamen. Der amerikanische Vorschlag eines ständigen Schiedsgerichtshofs vom 31. Mai, der übrigens ebenso wie der Pauncefote-Vorschlag die Frage des Obligatoriums offen ließ, wurde von Graf Münster erst mit Bericht vom 5. Juni eingesandt. Siehe die Texte in: Conférence Internationale de la Paix T. IV, p. 218ss., 241s.

heimlichen, insbesondere wollen Ew. pp. Herrn von Staal sagen, daß die Auswüchse, welche dem ursprünglichen russischen Vorschlage von verschiedenen Seiten hinzugefügt worden sind, demselben einen gemeingefährlichen Charakter geben, welchen er ursprünglich nicht hatte. Wir sehen die Gefahr unter anderm darin, daß die Urheber der Amendements, einer wie alle, von dem Gedanken geleitet werden, die Ochlokratie der kleineren Staatswesen den Interessen der einen oder anderen Großmacht freiwillig dienstbar zu machen und als maßgebendes Element an die Stelle der heutigen ausschließlich großmächtlichen Weltbeherrschung zu setzen. Dieser neue komplizierte Organismus hat, mit dem gegenwärtigen Zustande verglichen, den Nachteil, daß die Verantwortung des einzelnen mitwirkenden Staatsindividuums für Krieg und Frieden unter der neuen Staatsordnung viel weniger leicht zu definieren sein wird als heute. Man kann wohl ohne Übertreibung sagen, die Erhaltung des europäischen Friedens während der letzten Jahrzehnte sei dem Umstande zu verdanken, daß jeder Zeitungsleser weiß, wie die einzelnen Großmächte zu den einzelnen Fragen stehen, und daß die Leiter der Politik von der Unmöglichkeit überzeugt sind, eine ihnen zufallende Verantwortung dem In- und Auslande gegenüber von sich abzuwälzen. Diese Gewißheit trägt wesentlich dazu bei, diejenigen, welche sich für Krieg und Frieden verantwortlich fühlen, vorsichtig zu machen. Diese Vorsicht wird zugleich mit der Verantwortung vermindert, wenn der Anstifter des Streites im voraus weiß, daß er auf die Präventivintervention von Staaten rechnen kann, die ebensowenig wie er selber auf Parteilosigkeit Anspruch machen, wo also in allen Fällen die Möglichkeit von accommodements gegeben ist. Der Kollektivcharakter, den jede größere Aktion hierdurch bekommt, ist wesentlich zum Vorteil derer, die im Trüben fischen wollen. Zu den letzteren gehört Deutschland nicht und auch Rußland nicht. Beide Mächte sind immer offen mit festem Programm und auch mit dem Gefühl der eigenen Verantwortung vorgegangen, beide haben daher allen Grund, gegenüber einer Demokratisierung der auswärtigen Politik durch Bildung diplomatischer Aktiengesellschaften auf der Hut zu sein.

Ew. pp. wollen ebenso wie die andern deutschen Delegierten kein Hehl aus der Ihnen erteilten Direktive machen, daß die Regierung Seiner Majestät des Kaisers das Projekt der Bildung einer ständigen richterlichen Instanz mit stets wechselnden Richtern als ein Kunstprodukt ansieht, dessen Wirksamkeit dem Weltfrieden eher schädlich als förderlich sein würde. Die Kaiserliche Regierung bleibt diesem Projekte deshalb fern. Sie würde ihren Standpunkt schon früher kundgegeben haben, jedoch war das, was von der ursprünglichen russischen Vorlage mündlich und schriftlich hier bekannt wurde, nicht geeignet, das Mißtrauen zu wecken, welches durch die englischen und andere Amendements bei uns wachgerufen wird.

Bülow

Nr. 4281

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Ersten Delegierten bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Grafen Münster

Telegramm. Konzept

Nr. 11 Berlin, den 4. Juni 1899

Auch für Geheimrat Zorn.

Zu meinem heute dort eintreffenden Erlaß Nr. 21 * bemerke ich streng vertraulich, daß es natürlich für uns am erwünschtesten ist, wenn die Russen, ohne daß wir hervortreten, auf den Wegen bleiben, die auch für uns praktikabel sind. Aber gerade der bereits in der dortigen Berichterstattung gekennzeichnete elastische und weiche Charakter des russischen Auftretens macht es unwahrscheinlich, daß die russische Delegation ohne deutschen Gegendruck den von anderer Seite ausgehenden, für uns unannehmbaren Projekten Widerstand leistet. Von den zwei Übeln, daß Rußland durch deutsche Einwirkung verhindert wird, einen unannehmbaren Vorschlag sich anzueignen bezw. festzuhalten, oder aber daß Rußland, weil Deutschland keine Einwirkung rechtzeitig ausübt, einer Majoritätsströmung folgend sich endgültig mit einem gemeingefährlichen Projekte identifiziert, ist das erstere unbedingt das geringere.

Bülow

Nr. 4282

Bericht des Mitgliedes der Delegation bei der 1. Haager Friedenskonferenz Professors Zorn über die Arbeiten der dritten Kommission (Subkomitee)

Ausfertigung. Vom Grafen Münster am 3. Juni eingereicht

Nr. II Haag, den 2. Juni 1899

Die Sitzung am 31. Mai, nachmittags 2 Uhr **, fand im Salle de la Trêve *** statt, unter Vorsitz von Bourgeois und in Anwesenheit der Botschafter Grafen Nigra und Sir Julian Pauncefote. Die Sitzung dauerte bis ½6 Uhr; ein großer Teil der Zeit wurde verbraucht mit Feststellung des Protokolls und dann mit Hin- und Herstreiten über Worte.

---

* Siehe Nr. 4280.

** Vgl. das Protokoll der Sitzung in Conférence Internationale de la Paix T. IV, p. 104 ss.

*** In den Reinschriften steht meist Salle des Frères, später auch wohl Salle des Trêves; es ist dafür das richtige Salle de la Trêve eingesetzt.

Erledigt wurden vier Punkte.

A. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte der Unterzeichnete, daß er in der Kommission bezw. im Plenum die Wiederherstellung der auf Antrag Assers gestrichenen Worte des Artikel 2 „en tant que pp.“* in der ihnen von Lammasch gegebenen Fassung beantragen werde; zwar verstehe sich das Recht hierzu von selbst, bei der großen Wichtigkeit der Sache aber wünsche er ausdrücklich eine Konstatierung dieser Erklärung zum Protokoll schon jetzt. — Der erste Delegierte der Schweiz, Oberst Roth, hatte inzwischen, wie er dies dem Unterzeichneten in privater Unterredung mitteilte, das schweizerische Mitglied des Komitees** angewiesen, in dieser Frage sich bei erneuter Erörterung auf unseren Standpunkt zu stellen, da die Großmächte nicht die Meinung bekommen dürften, in derartig wichtigen Fragen durch die kleineren Staaten majorisiert zu werden.

Von Martens erklärt hierauf: er habe sich in der letzten Sitzung der Abstimmung nur enthalten, um die Diskussion zu beendigen (!), in der Sache selbst stehe er durchaus auf dem Standpunkt der Minorität und halte die Wiederherstellung der Klausel für unbedingt erforderlich. In formeller Hinsicht sei er der Meinung, daß die Frage sofort heute wieder aufgenommen und das neuliche Votum rektifiziert werden könne. Weiterhin beantragt er ausdrücklich diese Rektifikation.

Descamps will die Entscheidung der Kommission selbst überlassen wissen.

Nach längerer Debatte veranstaltet der Präsident mit allgemeinem Einverständnis eine neue Abstimmung, nach welcher die Wiederherstellung der Klausel in der von Lammasch gegebenen Formulierung einstimmig beschlossen wird. —

B. Sodann wird die genaue Redaktion der beschlossenen sechs Artikel festgestellt.

Artikel 3 (ursprünglich 5) lautet jetzt mit den beiden von Graf Nigra beantragten neuen Absätzen:

„Indépendamment de ce recours les puissances signataires jugent utile qu'une ou plusieurs puissances étrangères au conflit offrent de leur propre initiative en tant que les circonstances s'y prêtent leurs bons offices ou leur médiation aux états en litige.

(neu) Le droit d'offrir les bons offices ou la médiation appartient aux puissances étrangères au conflit même pendant le cours des hostilités.

(neu) L'exercice de ce droit ne peut être considéré comme un acte peu amical“.

---

* Vgl. Nr. 4278.

** Odier.

C. Auf Antrag des Grafen Nigra wurde sodann einstimmig und ohne erhebliche Diskussion folgender neuer Artikel 7 angenommen:

„L'acceptation de la médiation ne *peut avoir pour effet sauf convention contraire d'interrompre, retarder ou entraver la mobilisation et autres mesures préparatoires.*

Si elle intervient après l'ouverture des hostilités, elle n'interrompt pas sauf convention contraire les opérations militaires en cours".

D. Das Komitee trat sodann in die Beratung des Antrags Holls — Nordamerikanische Union — über die sogenannte *médiation spéciale** ein. Der Unterzeichnete hatte, gemeinsam mit Professor Lammasch, in einer privaten Konferenz den Antrag mit Mr. Holls eingehend durchgesprochen. An sich hat die Sache vielleicht keine erhebliche Bedeutung. Die Amerikaner legen jedoch Gewicht darauf, und es erschien meines Erachtens unbedenklich, ihnen die lebhaft gewünschte Unterstützung zu gewähren. Der ursprüngliche amerikanische Antrag wollte nach Annahme dieser „médiation spéciale" durch die streitenden Mächte eine Einstellung der Rüstungen und weiteren Kriegsvorbereitungen vorschreiben. Die von dem Unterzeichneten in Übereinstimmung mit Lammasch hiergegen geltend gemachten Bedenken, sowohl weil das Prinzip überhaupt unannehmbar als weil der Ausdruck „Rüstungen" völlig unbestimmt und eine Kontrolle ganz unmöglich sei, veranlaßten die amerikanischen Delegierten, diesen Satz aus ihrem Antrage ganz zu streichen.

Der Antrag Holls fand dann im Komitee gute Aufnahme und wurde nach längerer Diskussion in folgender Fassung angenommen:

„Les puissances signataires sont tombées d'accord pour recommander l'application, *dans les circonstances qui peuvent le permettre*, d'une médiation spéciale, sous la forme suivante:

En cas de différend grave menaçant la Paix les Etats en litige choisissent respectivement une autre Puissance, à laquelle ils donnent mission d'entrer en rapport direct avec la Puissance choisie d'autre part à l'effet de prévenir la rupture des relations pacifiques.

Pendant la durée de leur mandat, dont le terme ne peut sauf stipulation contraire excéder trente jours, la question en litige est considérée comme déférée exclusivement à ces Puissances. Elles doivent appliquer tous leurs efforts à régler le différend.

En cas de rupture effective des relations pacifiques, ces Puissances demeurent chargées de la mission commune de profiter de toute occasion pour rétablir la Paix".

---

* Den Wortlaut des Antrags siehe: Conférence Internationale de la Paix T. IV, p. 240; über den weiteren Verlauf der Frage vgl. Meurer, Die Haager Friedenskonferenz I, 124 ff.

Eine längere sachliche Debatte fand nur zu Absatz 3 statt, indem hier einmal die Schlußworte des amerikanischen Antrages: „et à rétablir autant que possible le statu quo ante“ gestrichen wurden. Der amerikanische Antrag hatte ferner für den Sekundantendienst der Vermittelungsmächte einen bestimmten Zeitraum von „vingt jours“ in Aussicht genommen („pendant la durée de vingt jours — la question pp.“) Dagegen bemerkte der Unterzeichnete, daß doch möglicherweise schon nach wenigen Tagen die Mediation, sei es nach der Seite des Erfolges, sei es insbesondere der Erfolglosigkeit, beendet sein könne. Daraufhin wurde der Absatz in der jetzigen von Bourgeois herrührenden Fassung angenommen. —

Zum Schlusse überreichte der amerikanische Delegierte noch den amerikanischen Antrag, das Schiedsgericht betreffend*. Der Antrag wird zunächst gedruckt und verteilt werden, sodaß die Beratung, welche Sonnabend, den 3. Juni, nachmittags 2 Uhr, im Komitee beginnen soll, zur Grundlage drei Propositionen hat:

1. den russischen Entwurf Martens mit dem Zusatzantrag von Staal zu Artikel 13,

2. den Entwurf Sir Julian Pauncefote,

3. den amerikanischen Entwurf. —

Wie das Komitee sich zu diesen Entwürfen stellen wird, läßt sich noch nicht ganz übersehen. Der englische wie der amerikanische Antrag wollen ein permanentes Schiedsgericht. Rußland hat diesen Gedanken bereits in dem Amendement von Staal zu Artikel 13 des Entwurfes angenommen. Frankreich wird nach privater Mitteilung von Bourgeois auch zustimmen. Auch Österreich scheint hierzu bereit. In den Privatkonferenzen mit Lammasch war letzterer zuerst geneigt, für die Artikel 10 sub II bezeichneten Fälle ein obligatorisches Schiedsgericht selbst ohne die Klausel „en tant qu'ils ne touchent ni aux intérêts vitaux ni à l'honneur national des Etats contractants“, zuzugestehen; der Unterzeichnete hielt und hält ein Schiedsgericht ohne jene clausula salvatoria, die als Sicherheitsventil dienen muß, unter keinen Umständen und in keinem Falle für annehmbar, da auch rein wirtschaftliche oder technische Fragen einen hochpolitischen Charakter annehmen können. Nach lebhafter Erörterung schloß der österreichische Delegierte sich schließlich diesen Gesichtspunkten vollständig an. Auch der amerikanische Delegierte pflichtete in privater Unterredung diesem prinzipiellen Standpunkt durchaus bei**.

Zorn

---

* Conférence Internationale de la Paix T. IV, p. 241 s.
** Vgl. Autobiography of A. D. White T. II, p. 259.

Nr. 4283

Bericht des Mitgliedes der Delegation bei der 1. Haager Friedenskonferenz Professors Zorn über die Arbeiten der dritten Kommission (Subkomitee)

Undatierte Ausfertigung. Vom Grafen Münster am 5. Juni eingereicht

Nr. III

Euerer Exzellenz beehre ich mich, zuvörderst die Fortsetzung des Berichts über die Arbeiten der Kommission zu geben; einige Bemerkungen zu Euerer Exzellenz beiden, die Schiedsgerichtsfrage betreffenden Erlassen werde ich in besonderem Schreiben beizufügen mir gestatten.

Die Sitzung vom Sonnabend, den 3. Juni *, fand unter Vorsitz von Descamps statt; Bourgeois war nach Paris gereist. Anwesend waren außer den Mitgliedern der Subkommission die Botschafter von Staal, Graf Nigra, Sir Pauncefote.

I. Die in der letzten Sitzung wieder hergestellte Sicherheitsklausel in Artikel II lautet: „à moins que des circonstances exceptionelles ne s'y opposent".

II. Die Beratung begann mit Artikel 7 des russischen Entwurfs: „Arbitrage international" **. Artikel 7 erfuhr nur geringe redaktionelle Veränderungen.

III. Zu Artikel 8 *** erklärte Asser (Holland): Die Worte „en tant que celles-ci ne touchent ni aux intérêts vitaux ni à l'honneur national des parties en litige" seien zu allgemein und gäben die Möglichkeit, schließlich in jedem Falle auch die „arbitrage obligatoire" des Artikel 10 †, wo diese Worte genau ebenso wiederholt sind, illusorisch zu machen. Man möge sie

---

* Vgl. das Protokoll der Sitzung: Conférence Internationale de la Paix T. IV, p. 108 ss.

** Artikel 7 des russischen Entwurfs stellte vorweg fest, daß bei Streitfällen über Rechtsfragen „l'arbitrage est reconnu par les Puissances signataires comme étant le moyen le plus efficace et en même temps le plus équitable pour le règlement à l'amiable de ces litiges".

*** Nach Artikel 8 des russischen Entwurfs sollten sich die Signatarmächte verbindlich machen, bei Streitfragen speziell über Rechtsfragen im Sinne des Artikels 7 auf ein Schiedsgericht zu rekurrieren, „en tant que celles-ci ne touchent ni aux intérêts vitaux ni à l'honneur national des parties en litige".

† Artikel 10, die eigentliche pièce de résistance des russischen Entwurfs, setzte eine Anzahl Fälle fest, in denen das Schiedsgericht obligatorisch sein sollte, „en tant qu'ils ne touchent ni aux intérêts vitaux ni à l'honneur national des Etats contractants". Es handelte sich dabei um zwei Gruppen: Entschädigungsforderungen und Auslegungsstreitigkeiten bei Verträgen und Abmachungen nichtpolitischer Natur (Post-, Telegraphen- und Eisenbahn-Verträge, Schiffahrts-, Münz-, Sukzessions-, Kartell- usw. Verträge).

durch präzisere Worte ersetzen, z. B. indépendance, existence ou autonomie.

Diesen Bemerkungen gegenüber führte ich etwa folgendes aus: Wie die Regierung des Deutschen Reiches zu der Sache überhaupt stehe, vermöge ich vorerst nicht zu sagen, da ich darüber eine bestimmte Instruktion bis jetzt nicht habe. Jedenfalls aber müsse ich dringend davor warnen, an diesen Worten des russischen Entwurfs eine Änderung vorzunehmen. Ich fände, sie seien sehr glücklich gewählt. Zwar seien sie allgemein, aber gerade das empfehle sie, denn nur mit diesem allgemeinen Sicherheitsventil sei das ganze Arbitrageprojekt, wenn überhaupt, annehmbar. Und zwar gelte dies meines Erachtens nicht nur für die Großmächte, sondern auch für die kleineren Staaten. Und ferner müsse dies Sicherheitsventil in jedem einzigen Falle gegeben sein, denn jede, auch die geringste wirtschaftliche oder technische Frage könne einen politischen Charakter annehmen, der es dem beteiligten Staat unmöglich mache, sie einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Darum bäte ich dringend, die russische Fassung zu belassen, sie allein werde, davon sei ich überzeugt, der Kaiserlich deutschen Regierung, wenn sie überhaupt auf den Boden des ganzen Projektes treten könne, die Annahme möglich machen. Die Assersche Fassung mache jedenfalls für die deutsche Regierung die Annahme unmöglich. Nur wenn auch das „obligatoire“ des Artikels 10 unter der Sicherheitsklausel: intérêts vitaux ou honneur national stände, sei die Annahme eventuell denkbar.

Diese Ausführungen fanden kräftige Unterstützung durch von Martens und Holls; Herr von Staal sprach mir nach der Sitzung noch ganz besonders seine Zustimmung aus. Asser zog darauf seine „observation“ zurück; es sei ihm nur darauf angekommen, diese Erklärung zu provozieren. Odier fragt an, ob die Verfassung unter die intérêts vitaux gehöre, was allgemein bejaht wird. Eine Anregung, das allgemeine Wort „touchent“ durch das engere „affectent“ zu ersetzen, wird abgelehnt.

IV. In Artikel 10 Absatz 2* werden die Worte „éprouvés par un Etat pp.“ bis Schluß des Absatzes gestrichen wegen formal juristischer Schwierigkeiten in bezug auf die „ressortissants“, für deren Vergehungen in den meisten Fällen die lokale Jurisdiktion kompetent sein werde.

V. Eingehende und interessante Debatten fanden sodann noch statt zu der in Artikel 10 enthaltenen Liste der Fälle der sogenannten

* Absatz 2, der von den Entschädigungsforderungen handelte, sprach von den „dommages pécuniaires éprouvés par un Etat, ou ses ressortissants, à la suite d'actions illicites ou de négligence d'un autre Etat ou des ressortissants de ce dernier“.

obligatorischen, in Wirklichkeit aber wegen des beigefügten Sicherheitsventiles **immer fakultativen** Arbitrage.

1. Ohne Schwierigkeit werden zu Ziffer 1 beigefügt: „téléphoniques“.

2. Sodann beantragte Holls zu Ziffer 1 die Streichung der „conventions relatives à la navigation des fleuves internationaux et canaux interocéaniques“; diese Bestimmung würde seiner Regierung unannehmbar sein wegen der großen und spezifisch amerikanischen Interessen, die hier in Frage kämen. Von Martens stimmt der Streichung der interozeanischen Kanäle zu, will aber die Flüsse beibehalten; hier beständen mancherlei Konventionen, für deren Interpretation bei Streitfragen ein Schiedsgericht die beste Instanz sei. Asser unterstützt den Martensschen Standpunkt; jetzt eben bestehe wieder eine internationale Streitfrage über Interpretation der Rheinschiffahrtsakte. Durch letztere Bemerkung aufmerksam gemacht, erklärte ich mich für die Hollssche Ansicht; es sei für alle Fälle besser zu streichen, wo man bereits die Erfahrung erheblicher politischer Schwierigkeiten gemacht habe; dies sei aber sowohl bei der Rhein- wie bei der Donauschiffahrtsakte der Fall. Die internationalen Flüsse werden darauf gestrichen.

3. In Ziffer 2 werden auf Antrag von Holls die conventions monétaires gestrichen.

4. Auf Antrag von Asser wird in Ziffer 3 statt „conventions de succession“ gesetzt: „relatives au droit international privé“; statt „de cartel“: „aux extraditions“. Als selbständige Ziffer soll beigefügt werden: die conventions relatives au concours des bléssés ou malades“. Bei dem allgemeinen Vorbehalt der Sicherheitsklausel schienen mir diese Änderungen unbedenklich, ich bin aber nachträglich der Meinung, daß die „blessés“ wieder gestrichen werden müssen, da diese Dinge (Genfer Konvention) mit der Kriegführung zusammenhängen und darum einem Schiedsgericht nicht unterbreitet werden können.

5. Endlich regte Descamps noch die Aufnahme der „traités de commerce et de navigation“ in das Verzeichnis an.

Graf Nigra erklärte: Die italienische Regierung stehe jetzt auf dem Standpunkt, in alle Handelsverträge die Schiedsgerichtsklausel aufzunehmen, wie sie in dem italienisch-schweizerischen Handelsvertrag Artikel 14 bereits enthalten sei. D'Estournelles teilt mit, die französischen Delegierten hätten hierüber Instruktionen erbeten, aber noch nicht erhalten.

Von Martens spricht sich entschieden gegen die Anregung von Descamps aus; es sei viel eher rätlich, in der Liste den Artikel 10 zu streichen, als neues zuzusetzen; die Liste sei sorgfältig nach praktischen

Gesichtspunkten erwogen, und neue Zusätze würden die ohnehin schwere Frage nur mehr komplizieren.

Dieser Auffassung schloß auch ich mich an und führte aus: Gerade der italienisch-schweizerische Handelsvertrag beweise, wie bedenklich die Klausel für Handelsverträge sei; der erste Fall, in dem die eidgenössische Regierung die Anwendung des Artikels 14 verlangt habe, habe eine unlösbare Differenz zwischen den beiden Regierungen ergeben, und die Anwendung sei gegenüber der bestimmten Erklärung der italienischen Regierung unterblieben. Aber auch von allgemeinem Standpunkt sei die Nichtaufnahme dringend notwendig; ob später die Verhältnisse hierfür günstiger werden könnten, möge dahingestellt bleiben; zurzeit sei meines Erachtens die prinzipielle Stellung der Handelsverträge unter die Arbitrageklausel unmöglich. Die deutsche Regierung werde darauf, soweit ich die Dinge übersehen könne, sicher nicht eingehen.

Auch Lammasch erklärte sich in gleichem Sinne.

Die Sitzung wurde um ½6 Uhr aufgehoben, nachdem noch Artikel 11 und 12 des russischen Entwurfs mit geringen redaktionellen Änderungen angenommen worden waren. Montag, den 5. Juni, nachmittags 2½ Uhr soll Sitzung der Gesamtkommission über das erste Kapitel — Bons offices et médiation — stattfinden, Mittwoch, den 7. Juni, nachmittags 2 Uhr Beratung des Komitees über die „Cour permanente“ *.

Zorn

---

* Am 7. Juni fand auch noch eine weitere Beratung des Subkomitees über den Artikel 10 des russischen Entwurfs statt, in der auf Grund der Beschlüsse der Sitzung vom 3. Juni ein vollständiger Katalog des obligatorischen Schiedsgerichts aufgestellt wurde, der im wesentlichen auch angenommen wurde. Die endgültige Redaktion des Katalogs siehe in: Conférence Internationale de la Paix T. IV, p. 247. Ob aber, wie Zorn nachträglich behauptet hat (Deutsche Revue Jg. 1906, Bd. 4, S. 144), eine „vollkommene Einheit“ für diesen Katalog gewonnen war, steht doch sehr dahin. In dem französischen Generalbericht über die Arbeiten der dritten Kommission (Französisches Gelbbuch, Conférence Internationale de la Paix 1899, p. 33) heißt es darüber: „Aux yeux de la Délegation française, l'énumération portait sur des points qui pouvaient ou devaient être supprimés, et, en revanche, elle en omettait beaucoup d'autres qui n'étaient pas sans intérêt“. Und weiter: „L'Italie jugeait cette énumération dérisoire et demandait, avec les Etats-Unis et l'Angleterre, qu'on la supprimât“. Auch in dem Generalbericht der amerikanischen Delegation heißt es: „As to the question between compulsory and voluntary arbitration, it was clearly seen, before we had been long in session, that general compulsory arbitration of questions, really likely to produce war, could not be obtained, in fact, that not one of the nations represented at the Conference was willing to embark in it so far as the more serious questions were concerned. Even as to questions of less moment it was found to be impossible to secure agreement except upon a voluntary basis. We ourselves felt obliged to insist upon the omission from the Russian list of proposed subjects, for compulsory arbitration, international conventions relating to rivers, to interoceanic canals and to monetary matters. Even as so amended, the plan

Nr. 4284

Das Mitglied der Delegation bei der 1. Haager Friedenskonferenz Professor Zorn an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow

Eigenhändiger Privatbrief

Haag, den 5. Juni 1899

Eurer Exzellenz beehre ich mich, im Anschluß an meine drei Berichte* über den Gang der Arbeiten in der Schiedsgerichtssubkommission noch nachstehende persönlichen Bemerkungen zu den hohen Erlassen vom 2. und 3. Juni** gehorsamst zu unterbreiten.

Ich glaube nicht, daß wir in der Lage sind, auf die Haltung der Russen in der Schiedsgerichtsfrage einen bestimmenden Einfluß auszuüben. Die persönlichen Beziehungen zu den Russen sind jetzt ganz gut. Herr von Martens hat seine anfängliche Zurückhaltung jetzt aufgegeben und ist sehr freundlich. Wir sind auch sachlich bisher in den Beratungen in den wesentlichen Punkten zusammengegangen. Aber die Russen plätschern sozusagen mit Behagen in dem seichten Wasser der europäischen Popularität und lassen sich von diesem Wasser treiben. Graf Nigra und Sir Pauncefote sind, wie es scheint, begeisterte Anhänger des Arbitragegedankens und, als Sir Pauncefote in der ersten Sitzung den Antrag auf ein permanentes Tribunal angekündigt hatte, beeilte sich Herr von Staal, ein solches permanentes Tribunal sofort seinerseits

---

was not acceptable to all“ (J. Br. Scott, The Hague Peace Conferences of 1899 and 1907, Vol. II, p. 24). Damit stimmt im wesentlichen das Zeugnis des Botschafters White überein, der nach Abschluß der Friedenskonferenz zum 5. August 1899 in seinem Tagebuch die Worte vermerkte: „Obligatory arbitration between states is indeed possible in various petty matters, but in many great matters absolutely impossible. While a few nations were willing to accept it in regard to these minor matters, — as, for example, postal or monetary difficulties an the like, — not a single power was willing to bind itself by a hard-and-fast rule to submit all questions to it — and least of all the United States“. Autobiography of A. D. White Vol. II, p. 352 f.
Also nur wenige Nationen waren bereit, das obligatorische Schiedsgericht in bezug auf geringfügige Sachen zu akzeptieren.
Hiernach ist evident, daß trotz jener vorläufigen Zustimmung sämtlicher Mitglieder des Subkomitees zu dem Katalog des obligatorischen Schiedsgerichts am 7. Juni noch keinerlei Garantie bestand, daß dieser Katalog auch im Plenum der Kommission oder gar im Plenum der Konferenz eine vollständige Einheit erzielen würde, daß vielmehr wahrscheinlich ein Einvernehmen so wenig zu erreichen gewesen wäre wie in den Fragen des Rüstungsstillstandes oder des Schutzes des Privateigentums zur See, wo man es lediglich zu einem Appell an die Zukunft brachte. Ist dem aber so, so ist es auch abwegig zu behaupten, wie es oft geschieht, daß der Gedanke des obligatorischen Schiedsgerichts im Jahre 1899 lediglich durch Deutschland zu Fall gebracht sei.

* Siehe Nr. 4278, Nr. 4282 und Nr. 4283.

** Siehe Nr. 4279 und Nr. 4280.

vorzuschlagen in Abänderung des Artikels 13 des ursprünglichen Entwurfes. Man steht also hier dem Schwergewicht von drei großmächtlichen Botschaftern gegenüber. Die Österreicher haben noch keine Instruktion, scheinen aber nicht zu energischem Widerspruch geneigt; auf meine private Anfrage an Herrn Bourgeois über die Haltung von Frankreich erhielt ich die Antwort: „Nous accepterons le projet russe“. Ob Herr Bourgeois jetzt in Paris andere Weisungen bekommen hat, weiß ich nicht.

Bei dieser Konstellation hielt ich es für richtig: erstens immer nur persönlich zu sprechen und jede Entscheidung meiner Regierung vorzubehalten und dies bei jedem Anlaß zu betonen; zweitens alle Mühe dahin zu richten, daß durch die Klausel „sauf l'honneur national et les intérêts vitaux“ das große Sicherheitsventil für alle Fälle geschaffen und das Verzeichnis der Arbitragefälle in Artikel 10 so harmlos als möglich gestaltet werde.

Die Beratungen über das permanente Tribunal werden Mittwoch beginnen. Soweit ich mich persönlich durch die vorgelegten Entwürfe und durch private Besprechungen über das „ständige Bureau“ informieren konnte, ist dieses von allen Seiten nur als Gerichtschreiberei und Registratur gedacht und wäre zu keiner direkten Initiative berechtigt; an dieses Bureau sollen die Dinge immer erst kommen, wenn die streitenden Teile sich über Anrufung des Tribunales geeinigt haben, und immer nur zu formellen Zwecken. Ich glaube also persönlich, daß dies Bureau die in Eurer Exzellenz hohem Erlaß vom 3. Juni betonten Gefahren als ständige Zentralstelle für Präventivinterventionen nicht haben würde.

Wenn wir uns jetzt von der Mitarbeit ganz zurückziehen würden, so hätte dies nach meiner unmaßgeblichen Meinung die Gefahr, daß wir der Welt als die alleinigen Friedensstörer denunziert würden, zumal wenn wir darin ganz allein stünden. Der, wie ich glaube, von den Russen begünstigte Preßterrorismus von Stead, Suttner (Wiener Neue Freie Presse) * ist ein ganz exorbitanter.

Wenn wir dagegen so wie bisher mitarbeiten, so verpflichtet das die Kaiserliche Regierung zu gar nichts, verhindert Preß- und andere Intrigen und gibt doch die Möglichkeit, einen mildernden Einfluß auf die Gestaltung des Entwurfes auszuüben, was doch vielleicht später von Nutzen sein könnte.

Meine gehorsame Bitte ginge demnach dahin, keine schroffe Erklärung abzugeben, mir die weitere Mitarbeit wie bisher zu gestatten unter dem prinzipiellen und immer wieder zu betonenden Vorbehalt: daß ich alles nur ad referendum nehme.

---

* Über die Anwesenheit und Tätigkeit der Frau von Suttner im Haag siehe B. v. Suttner, Die Haager Friedenskonferenz, Tagebuchblätter (1900), über Stead dessen Schrift La Chronique de la Conférence de la Haye (1899).

Da ich Seine Exzellenz den Herrn Botschafter jetzt nicht sehen kann, habe ich diesen Bericht Herrn Oberst von Groß mitgeteilt; derselbe teilt meine Anschauung, insbesondere auch, was die Gefahren des „ständigen Bureaus" betrifft, ganz und ist ebenfalls der Meinung, daß die weitere Teilnahme an den Arbeiten, unter dem Vorbehalt: ad referendum, nur zur Milderung vorhandener Gegensätze und Spannungen beitrage.

Ich erbitte mir eventuell für die Mittwochssitzung telegraphische Weisung.

Zorn

Nr. 4285

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Ersten Delegierten bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Grafen Münster

Telegramm. Konzept von der Hand des Direktors der Rechtsabteilung Hellwig

Nr. 16 Berlin, den 6. Juni 1899

Für Professor Zorn

Antwort auf Schreiben vom 5. d. Mts.*

Es besteht durchaus nicht die Absicht, uns von der Mitarbeit in der Schiedsgerichtssubkommission zurückzuziehen oder schroffe Erklärung abzugeben. Ich bitte Sie vielmehr, sich wie bisher eifrig an der Beratung zu beteiligen, aber nicht alles nur ad referendum zu nehmen, sondern Herrn von Staal und dann auch in der Kommission zu sagen, ohne übrigens die Kaiserliche Regierung grade festzulegen, daß wir den Vorschlag eines permanenten Schiedsgerichts, der eine Abänderung des ursprünglichen russischen Entwurfs enthält, nicht für zweckmäßig halten, vielmehr Freiheit der Entschließung für jeden einzelnen Fall vorziehen.

Bülow

Nr. 4286

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Ersten Delegierten bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Grafen Münster

Telegramm. Konzept

Nr. 17 Berlin, den 6. Juni 1899

Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers kann sich der Besorgnis nicht verschließen, daß unter den neuesten Abänderungen des ur-

---

* Siehe Nr. 4284.

sprünglichen Konferenzprogramms sich auch solche befinden, die eher geeignet sind, das Hineingleiten in den Krieg als die Erhaltung des Friedens zu erleichtern. Auch kann nicht behauptet werden, daß die gegenwärtig an die Öffentlichkeit gelangenden unvollständigen Konferenzberichte dazu beitragen, die Bevölkerungen, welche an den Ergebnissen der Konferenz so wesentlich interessiert sind, über die Lage aufzuklären *. Um dieser Einseitigkeit der Darstellung abzuhelfen, beantragt die Kaiserliche Regierung, daß die Protokolle sowohl der Plenar- wie der Kommissionssitzungen sofort nach ihrer Fertigstellung veröffentlicht werden.

Vorstehenden Antrag mit der vollständigen Motivierung wollen Ew. pp. nach Umstellung des Wortlauts gleich morgen, Mittwoch, in geeigneter Weise zur Kenntnis der Konferenz bringen.

Bülow

Nr. 4287

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky

Telegramm. Konzept

Nr. 73 Berlin, den 7. Juni 1899

Ew. pp. sind ermächtigt, dem Grafen Murawiew zu erzählen, daß einige von den Änderungen, die das russische Konferenzprogramm neuerdings von englisch-italienischer Seite erfahren hat, uns bedenklich erscheinen. Infolgedessen ist an unsern Delegierten im Haag der Auftrag ergangen, Herrn von Staal zu sagen, daß wir den Vorschlag eines permanenten Schiedsgerichts, der eine Abänderung des ursprünglichen russischen Entwurfs enthält, nicht für zweckmäßig erachten, vielmehr Freiheit der Entschließung für jeden einzelnen Fall vorziehen.

Ebenso erscheint auch die lückenhafte und einseitige Wiedergabe der Konferenzverhandlungen, welche sich bisher in der Presse, namentlich in der englischen, findet, als schädlich; neben ihr erscheint die volle Öffentlichkeit, besonders für solche Mächte, welche nichts Unrechtes zu erstreben oder zu verbergen haben, als das weitaus geringere Übel. Deshalb hat Graf Münster den Auftrag erhalten zu beantragen, daß die Protokolle sowohl der Plenar- wie der Kommissionssitzungen gleich nach ihrer Fertigstellung veröffentlicht werden. Ich nehme nicht an, daß

---

* Daß bezüglich der aus der Konferenz trotz der vereinbarten Geheimhaltung an die Öffentlichkeit gelangenden Mitteilungen ein völlig unhaltbarer Zustand eingerissen war, bestätigt der amerikanische Delegierte A. D. White a. a. O. II, 295. Vgl. auch Abschnitt E, Nr. 4351.

der russische Bevollmächtigte diesem Vorschlage entgegen sein wird, da Rußland, soviel ich sehen kann, zu der Alternative zwischen der halben und der vollen Wahrheit nicht anders steht als wir.

Bülow

Nr. 4288

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 100 St. Petersburg, den 7. Juni 1899

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 73*.

Graf Wurawiew nahm meine Mitteilung mit Interesse entgegen. Er wiederholte, daß Herr von Staal völlig freie Hand habe, in allen diesen Fragen nach eigenem Ermessen zu handeln. Falls dieser sich mit unseren Vorschlägen einverstanden erklärt, würde er, der Minister, gewiß nichts dagegen haben.

Tschirschky

Nr. 4289

Der Geschäftsträger in Wien Freiherr von Romberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 143 Wien, den 7. Juni 1899

Antwort auf Telegramm Nr. 85**.

Graf Goluchowski ist zwar noch ohne amtliche Information über den Vorschlag eines permanenten Schiedsgerichts, teilt aber von vornherein auch ohne Kenntnis der näheren Modalitäten die Ansicht der

---

* Siehe Nr. 4287.

** Durch Telegramm Nr. 85 vom 7. Juni war Freiherr von Romberg im gleichen Sinne wie von Tschirschky (siehe Nr. 4287) instruiert worden. Auch nach Rom erfolgte am selben Tage eine entsprechende Instruktion. Der dortige Geschäftsträger Graf zu Castell-Rüdenhausen erfuhr bei der Ausführung seines Auftrags am 9. Juni von dem italienischen Minister des Äußern Marquis Visconti Venosta, Graf Nigra sei angewiesen, dem Vorschlage eines permanenten Schiedsgerichts nur dann zuzustimmen, wenn wegen der zu ernennenden Schiedsrichter eine Einigung der Mächte zustande gekommen, und wenn das Schiedsgericht ein fakultatives sei. Dagegen erschien die Veröffentlichung sämtlicher Sitzungsprotokolle dem Marquis Visconti Venosta aus Gründen der inneren italienischen Politik nicht unbedenklich. Telegramm Graf Castells Nr. 125 vom 9. Juni. Vgl. Nr. 4297.

Kaiserlichen Regierung, daß derselbe bedenklich erscheine. Eine derartige Institution würde dem Grundsatz fakultativer Anrufung schiedsgerichtlicher Entscheidungen widersprechen; die freie Wahl des Schiedsgerichts müsse für jeden einzelnen Fall gewahrt bleiben, auch könne er sich von der Zusammensetzung einer solchen schiedsgerichtlichen Behörde, welche auch politische Fragen zu entscheiden haben würde, keine Vorstellung machen. Über die Frage der Veröffentlichung der Protokolle ist Graf Goluchowski gleichfalls nicht informiert, hätte aber persönlich gegen den Vorschlag der Kaiserlichen Regierung nichts einzuwenden. Für beide Fälle wird Graf Welsersheimb beauftragt, sich mit Graf Münster ins Einvernehmen zu setzen.

Romberg

Nr. 4290

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Geschäftsträger in Wien Freiherrn von Romberg**

Telegramm. Konzept

Nr. 86 Berlin, den 8. Juni 1899

Antwort auf Telegramm Nr. 143**.

Ew. wollen dem Grafen Goluchowski mitteilen, daß ich mich aufrichtig freue, gerade mit ihm und mit dem verbündeten Österreich in dieser wichtigen Frage mich einig zu wissen. Nach vertraulichen Berichten von der Konferenz soll Graf Nigra für die weitgehendsten Bestimmungen in der Schiedsgerichtsfrage — obligatorische Anrufung und ständige Schiedsstelle — mit einem Eifer agitieren, der im Hinblick auf gewisse liberale Strömungen und irredentistische Velleitäten in Italien zwar erklärlich ist, den Deutschland und Österreich gemeinsamen konservativen Interessen aber nicht entspricht. Bei dem hohen Wert, den Graf Nigra auf seine Stellung in Wien legt, wird ihm der Gedanke, seine persönlichen Beziehungen zu gewissen maßgebenden Stellen in Wien durch Bekämpfung des österreichischen Standpunktes zu verschlechtern, sicherlich nicht gleichgültig sein. Bitte auch dieses streng vertraulich dem Grafen Goluchowski zu sagen mit dem Hinzufügen, daß ich einer durch Graf Welsersheimb an Graf Nigra übermittelten Bestellung des Grafen Goluchowski eine ganz besondere Wirksamkeit zutrauen würde.

Die italienische Regierung ist ebenso wie die russische von der diesseitigen Auffassung und den sachlichen Motiven derselben in-

---

* Hier ebenso wie das folgende Schriftstück eingereiht des Zusammenhangs wegen.

** Siehe Nr. 4289.

zwischen direkt unterrichtet worden*. Indessen halte ich in diesem Falle, soweit wenigstens Graf Nigras Tätigkeit in Frage kommt, das persönliche Moment für ebenso gewichtig wie sachliche Argumente.

Bülow

Nr. 4291

Der Geschäftsträger in Wien Freiherr von Romberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 146 — Wien, den 9. Juni 1899

Antwort auf Telegramm Nr. 86**.

Graf Goluchowski ist sehr gern bereit, der Anregung Euerer Exzellenz Folge zu geben, und wird noch heute Graf Welsersheimb beauftragen, auf Graf Nigra im Sinne möglichster Reserve in der Schiedsgerichtsfrage einzuwirken und ihm zu sagen, daß er, Graf Goluchowski, sehr bedauern würde, wenn die Dreibundmächte in einer solchen Frage nicht einig aufträten***.

Graf Goluchowski betonte nochmals lebhaft, daß er dem Schiedsgerichtsvorschlag nur unter der Voraussetzung fakultativer Anrufung und freier Wahl des Schiedsgerichts zugestimmt habe.

Romberg

Nr. 4292

Der Erste Delegierte bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 16 — Scheveningen, den 7. Juni 1899

Antwort auf Telegramm Nr. 17†.

Das Plenum der Konferenz tritt erst nach Beendigung der Kommissionsarbeiten zusammen.

---

* Vgl. Nr. 4287 und Nr. 4289, Fußnote**.

** Siehe Nr. 4290.

*** Wie der Botschafter Graf zu Eulenburg am 11. Juni berichtete, stand auch Graf Nigra nach Meldungen des Grafen Welsersheimb durchaus auf dem Standpunkte der fakultativen Schiedsgerichte. Wenn Graf Nigra vielleicht den Wunsch geäußert habe, daß Schiedsgerichte möglichst viel und oft Anwendung finden möchten, so schließe das nicht dessen prinzipiellen Standpunkt bezüglich fakultativer Schiedsgerichte aus.

† Siehe Nr. 4286.

Wegen Veröffentlichung der Protokolle das Plenum jetzt berufen zu lassen, halte ich um so bedenklicher, weil ich davon überzeugt bin, daß dieser Antrag, der dem einstimmig gefaßten Beschluß des Plenums wegen Geheimhaltung der Protokolle widerspricht, verworfen und gegen uns ausgebeutet werden würde. Die Protokolle haben einen so vertraulichen Charakter, daß viele Delegierte, auch die unsrigen, durch Veröffentlichung ihrer Äußerungen, die nur unter der bestimmten Voraussetzung der Geheimhaltung erfolgt sind, bloßgestellt und dadurch für die Zukunft die Verhandlungen in ihrem Wert bedeutend verringert werden müßten.

Wie die Verhältnisse liegen, ist unsere Stellung hier eine so gute, daß ich und unsere Delegierten die schwersten Bedenken dagegen haben, sie durch einen Antrag zu gefährden, dessen Annahme aussichtslos ist.

Unter diesen Umständen bitte ich mir zu gestatten, diesen Auftrag nicht auszuführen.

Münster

Nr. 4293

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Ersten Delegierten bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Grafen Münster

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 19 Berlin, den 7. Juni 1899

Ew. beehre ich mich zu ersuchen, die Ausführung des durch mein Telegramm Nr. 17* Ihnen erteilten Auftrages nicht weiter aufzuschieben.

Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers konnte sich mit vollständiger Geheimhaltung einverstanden erklären, die jetzige einseitige, ungleiche, halbe Öffentlichkeit aber widerspricht den Interessen der deutschen Politik. Wenn ich über Interessen Dritter urteilen wollte, so würde ich sagen, daß diese mangelhafte Geschichtsschreibung den Interessen aller der Staaten widerspricht, die sich ihrer Ansichten und Anträge nicht zu schämen brauchen. Unserm Antrage auf Veröffentlichung der Protokolle wird noch die Anfrage hinzuzufügen sein, ob die Konferenz, falls sie die unverzügliche Veröffentlichung akzeptiert, dieser Bestimmung rückwirkende Kraft für die bis zur Fassung dieses Beschlusses abgehaltenen Sitzungen geben oder die Wirksamkeit des Beschlusses erst mit dem Tage, wo derselbe gefaßt wird, beginnen lassen

* Siehe Nr. 4286.

will. Wenn die Konferenz den Antrag überhaupt ablehnt, so hat Deutschland jedenfalls sein möglichstes getan, um falsche Darstellungen, welche geeignet sind, die öffentliche Meinung auf Irrwege zu bringen, hintanzuhalten. Was den vertraulichen Charakter der Sitzungen anlangt, so glaube ich, daß Äußerungen, die in einer Versammlung getan werden, wo die akutesten politischen Gegensätze vertreten sind, von Hause aus so eingerichtet worden sind, daß die Veröffentlichung den Redner nicht kompromittieren kann.

Die aus der jetzigen einseitigen und lückenhaften Veröffentlichung sich ergebenden Mißstände sind bedeutend genug, um es zu rechtfertigen, wenn Ew. der Konferenz mitteilen, daß Sie beauftragt sind, einen Antrag einzubringen, welcher die schleunige Einberufung einer Plenarsitzung notwendig macht*.

Bülow

Nr. 4294

Der Erste Delegierte bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 24 Scheveningen, den 7. Juni 1899

pp. In der dritten Kommission wird über Mediation und Arbitrage sehr lebhaft diskutiert.

Alle und auch Professor Zorn haben den Wunsch, etwas zustande zu bringen.

Ich ermahne ihn stets zur Vorsicht, weil ich die Überzeugung habe, daß wir auf die meisten Beschlüsse nicht werden eingehen können. Wir müssen sehen, ob es dem sehr redegewandten, tüchtigen Professor gelingen wird, so viele Sicherheitsventile in diesen gekünstelten Apparat zu bringen, daß das Ganze nur Sand wird, den wir der öffentlichen Meinung in die Augen werfen können. Ich halte diese Aufgabe für

---

* Über die Ausführung des Auftrags berichtete Graf Münster mittels Telegramme Nr. 19 und 23 vom 8. bzw. 10. Juni. Die Sache wurde ohne Berufung des Plenums dahin geregelt, daß die Präsidenten der Kommissionen nach jeder Sitzung einen kurzen offiziellen Bericht an die Presse ausgeben sollten. Die Befürchtungen Münsters erwiesen sich als grundlos; das deutsche Drängen auf möglichste Offenheit fand im Gegenteil durchweg Anerkennung. Auch B. von Suttner bemerkt in ihren „Tagebuchblättern“ zum 10. Juni (S. 142 f.): „Es heißt, Graf Münster habe vor einigen Tagen die Weisung erhalten vorzuschlagen, daß die Protokolle der Vollversammlungen der Konferenz sofort nach ihrer Drucklegung veröffentlicht werden sollen; das wäre eine gute Sache.“ Die Konferenzprotokolle sind zusammengestellt in der offiziellen Ausgabe: Conférence Internationale de la Paix T. I—IV (La Haye 1899).

sehr schwierig, und wenn wir und Rumänien* allein alles ablehnen, hat das manche Bedenken. Es fragt sich nur, ob das russische Spiel, uns durch die kleinen Staaten majorisieren zu lassen, nicht noch bedenklicher ist. pp.

Münster

Nr. 4295

Der Erste rumänische Delegierte bei der 1. Haager Friedenskonferenz Gesandter Beldiman an den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherrn von Richthofen

Eigenhändiger Privatbrief

Haag, den 6. Juni 1899

Dieser Tage teilte ich Seiner Exzellenz dem Grafen Münster in einer längeren Unterredung vertraulich mit, daß ich ganz bestimmte Weisungen von meiner Regierung habe, mich prinzipiell weder auf eine Verpflichtung einzulassen, wonach bestimmte Kategorien von Streitfällen einem internationalen Schiedsgericht unterbreitet werden müßten (Artikel 10 des russischen Entwurfes), noch auf einen permanenten Gerichtshof zur Schlichtung internationaler Streitigkeiten (englisch-russisch-amerikanischer Vorschlag), sondern gegen diese beiden Punkte als mit den Staatsinteressen Rumäniens unvereinbar Stellung zu nehmen. Die Gründe für unsern Standpunkt in dieser Frage liegen zu sehr auf der Hand, als daß es nötig wäre, dieselben hier weiter auszuführen. Man denke sich nur, wozu das bei den noch unkonsolidierten politischen Verhältnissen, die uns im Osten umgeben, praktisch führen würde, wenn bei den zahlreichen Schwierigkeiten verschiedenster Art, die wir mit unsern Nachbarn (z. B. Bulgarien) haben, das internationale Schiedsgericht obligatorisch würde! —

Die andern Mittelstaaten Europas wie die skandinavischen, Belgien, Holland, die Schweiz, befinden sich in einer geographischen und politischen Lage, die mit der unsrigen keine Analogien bietet. Sie können sich daher den Luxus gestatten, auf diese angeblichen „Fortschritte" des Völkerrechts einzugehen, indem sie der augenblicklich von einer Unmenge unberufener Friedensapostel stark betriebenen Mode — um nicht zu sagen Modetorheit — nachgeben, die darin besteht, in dem obligatorischen und permanenten Schiedsgericht den Stein der Weisen zur Ordnung aller europäischen Verwicklungen entdeckt zu haben.

---

* Vgl. das folgende Schriftstück.

Nachdem zwischen Rußland, England, den Vereinigten Staaten und sogar Italien eine Art edlen Wettstreits ausgebrochen ist, wer in der Schiedsgerichtsfrage den weitgehendsten politischen Nonsens zutage fördern würde — (anstatt sich in den durch Punkt 8 des Murawiewschen Programms gezogenen Grenzen zu halten) —, können die meisten Vertreter der Mittelstaaten natürlich nicht zurückbleiben; und bei der Stimmung, die in diesen Kreisen vorzuherrschen scheint, hat eine Verständigung mit ihnen, die ich zunächst im Sinne unseres Standpunktes gewünscht hätte, kaum Aussicht auf Erfolg. Ich habe mich daher außer mit dem Grafen Münster auch privatim noch nicht ausgesprochen, sondern mich nur auf einige kritische Bemerkungen gelegentlich beschränkt, da ich es nicht für angezeigt erachtete, uns mit unserem ablehnenden Verhalten, noch dazu isoliert, in den Vordergrund zu drängen.

Seine Exzellenz Graf Münster, der bestimmte Weisungen in bezug auf die beiden genannten Punkte — (welche übrigens eben erst und unvorhergesehen aufgetaucht waren) — noch nicht zu haben schien, sagte mir, daß nach seiner Kenntnis die deutsche Regierung denselben nicht zustimmen würde.

Nun hat aber der deutsche Vertreter Professor Zorn in dem mit den Vorarbeiten für die dritte Kommission betrauten Ausschuß sich einigermaßen auf das Prinzip des Artikels 10 (obligatorischer Charakter des Schiedsgerichts in den dort angeführten, sehr umfangreichen Materien) eingelassen, indem er die Formel: „en tant qu'ils (les cas) ne touchent ni aux intérêts vitaux, ni à l'honneur national des Etats contractants" für ein ausreichendes „Sicherheitsventil" hält. Mit andern Worten, es scheint, als ob von deutscher Seite das Prinzip des obligatorischen Schiedsgerichts, obwohl es weit über Punkt 8 des Murawiewschen Programms hinausgeht, als unter gewissen Bedingungen und Einschränkungen möglich und zulässig zugegeben wäre. So sagte mir gestern abend Herr von Martens, den ich über den Gang der Arbeiten jenes Ausschusses befragte: „Même les Allemands admettent le principe qu'en certains cas l'arbitrage soit rendu obligatoire". Diese Vorarbeiten haben ja nicht die Bedeutung einer bindenden Abstimmung für die daran beteiligten Regierungen. Aber der Eindruck über die bisherige Haltung Deutschlands in dieser Frage von grundsätzlicher Bedeutung — Eindruck, der vielleicht unbegründet ist — wird jedenfalls dazu benutzt, um solche, die, wie ich, der Sache bisher kritisch gegenüberstehen, im Sinne des Artikels 10 zu beeinflussen.

Es ist noch zu bemerken, daß die oben angeführte Klausel: „en tant qu'ils ne touchent etc." keineswegs eine ausreichende Gewähr bietet, daß mittelst derselben die ernsten politischen Unzuträglichkeiten vermieden werden können, die sich aus Artikel 10 ergeben würden. Denn die zahlreichen, dort angeführten Vertragsmaterien berühren ja meistens nicht „weder vitale Interessen, noch die nationale Ehre".

Wie ich höre, hat der Ausschuß aus der langen Reihe von Verträgen die „conventions relatives à la navigation des fleuves internationaux“ gestrichen, eine Bestimmung, die für Rumänien wegen der Donaufrage eine besondere Bedeutung gehabt hätte. Ebenfalls gestrichen wurden die Verträge betreffend „les canaux interocéaniques“ auf Antrag Nordamerikas sowie die „conventions monétaires“. Es bleiben aber noch so wichtige und umfangreiche Vertragsmaterien übrig (wie z. B. die Sanitär- und Veterinärkonventionen, die Grenzverträge u. a. m.) und außerdem die sehr vage gefaßte Frage der Entschädigungsansprüche (Nr. I), daß das ganze Prinzip des Obligatorischen bei gewissen Streitfällen für Rumänien nicht annehmbar ist, ebensowenig wie das permanente internationale Schiedsgericht, das sich sehr bald als eine internationale Kalamität herausstellen würde.

Wie illusorisch die Schaffung dieser neuen völkerrechtlichen Institution sein würde, und wie wenig die Anregung hierzu ernst genommen zu werden verdient, erhellt am besten aus folgendem Beispiel: Was würde wohl Rußland dazu sagen, wenn Rumänien z. B. die Frage von Stari Stambul (Wassergrenzstreitigkeit an der einen Donaumündung) oder die häufigen Fischereifragen im Kilia-Arme einem internationalen Schiedsgericht unterbreiten oder auch nur einen Vorschlag in diesem Sinne machen wollte? Die russische Regierung würde dies geradezu, und mit Recht, als einen unfreundlichen Akt betrachten, der jedenfalls den guten Beziehungen zwischen den beiden Staaten nicht förderlich wäre. — Vom praktisch-politischen Standpunkt aus — freilich nicht von dem der unverbesserlichen Theoretiker und Weltverbesserer — leuchtet es sofort ein, daß das permanente Schiedsgericht nebst obligatorischem Charakter einer Reihe von Streitfällen nur eine Quelle internationaler Reibungen und Verwicklungen sein würde. —

Meine sehr bestimmten Weisungen in diesen beiden grundsätzlichen Fragen: l'arbitrage doit essentiellement rester facultatif“, und weiter: „Nous ne pourrions en aucun cas accepter le principe d'un arbitrage qui ne serait pas facultatif“ — und ebenso kategorisch die Ablehnung des permanenten Schiedsgerichts —, diese Weisungen sind auf direkte Einwirkung Seiner Majestät, meines allergnädigsten Herrn, zurückzuführen. Ich darf wohl annehmen, daß die dargelegte Auffassung die Billigung Seiner Exzellenz des Herrn Staatsministers von Bülow finden wird, und den begreiflichen Wunsch aussprechen, daß Rumänien auf der Konferenz in diesen beiden wichtigen Fragen nicht isoliert bleibt, sondern einen Rückhalt an Deutschland findet. Daher habe ich mir erlaubt, mich Ihnen gegenüber, verehrtester Herr Unterstaatssekretär, mit derselben Offenheit auszusprechen, als ob ich in Ihrem vielbesuchten Arbeitszimmer in der Wilhelmstraße säße, denn glücklicherweise hat meine Mission im Haag meine Beglaubigung in Berlin nicht unterbrochen.

Eine Bezugnahme auf dieses Schreiben in etwaigen Mitteilungen

an die deutschen Bevollmächtigten im Haag wäre mir nicht erwünscht, schon um mögliche Mißverständnisse zu vermeiden.

Darf ich fragen, ob die Angelegenheit der Bestätigung der Statuten für die Kabelgesellschaft in Bukarest den erwünschten Fortgang genommen hat?* —

A. Beldiman

Nr. 4296

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky

Telegramm. Konzept von der Hand des Direktors der Rechtsabteilung Hellwig

Nr. 74 Berlin, den 8. Juni 1899

Bitte Graf Murawiew zu sagen, daß wir russischem Entwurf über Arbitrage gern zustimmen, soweit er die Anrufung eines Schiedsgerichts fakultativ läßt**. Dagegen haben wir ernste Bedenken gegen jedes obligatorische Schiedsgericht, das ein vollständiges Novum gegenüber Nr. 8 des ursprünglichen russischen Programms ist, wo nur von arbitrage facultatif die Rede war. Das Sicherheitsventil in Artikel 10 „en tant qu'ils ne touchent ni aux intérêts vitaux, ni à l'honneur national" ist nach unsrer Ansicht nicht ausreichend.

Darüber, ob ein Differenzfall intérêts vitaux oder l'honneur national berührt, wird unter den Beteiligten leicht Streit entstehen. Manche der in Artikel 10 aufgeführten Materien berühren vielleicht überhaupt nicht

---

* Das Schreiben Beldimans wurde laut Aktennotiz des Unterstaatssekretärs Freiherrn von Richthofen am 10. Juni von diesem dahin beantwortet, daß die deutsche Regierung gegen den ursprünglichen russischen Entwurf keine nennenswerten Bedenken habe, wohl aber gegen die Neuerungen, die in ihn sowohl hinsichtlich des obligatorischen Charakters der Anrufung und Annahme des Schiedsgerichts wie auch hinsichtlich des ständigen Schiedsbureaus hineingetragen seien.

** Der Auftrag, der von Tschirschky am 8. für Graf Murawiew erteilt wurde — ein entsprechender Auftrag erging am 9. an den Geschäftsträger in Wien Freiherrn von Romberg für Graf Goluchowski —, erklärt sich daraus, daß am 7. Juni das Auswärtige Amt endlich in den Besitz des russischen Entwurfs gelangt war und aus ihm ersehen hatte, daß die russische Regierung in gewissen Fällen die Schiedsgerichtssprechung obligatorisch gestalten wollte. Graf Murawiew nahm nach einem Telegramm Tschirschkys vom 10. Juni (Nr. 103) die Mitteilung mit Dank zur Kenntnis; Graf Goluchowski erklärte sich nach einem Telegramm Graf Eulenburgs vom 11. Juni (Nr. 151) ausdrücklich mit der Stellungnahme der deutschen Regierung einverstanden und versprach, sich in diesen Dingen an die deutsche Auffassung anlehnen zu wollen.

vitale Interessen oder die nationale Ehre, und doch sind zahlreiche Fälle denkbar, wo die obligatorische Unterwerfung unter ein Schiedsgericht bei dem unterliegenden Teile ernste politische Verstimmung hervorzurufen geeignet ist, die die als Ziel gesetzte Erhaltung des Friedens nicht fördern, sondern gefährden würde.

Wir können daher Artikel 8 akzeptieren, halten es aber im Interesse des Friedens für nützlich, Artikel 10 zu streichen oder wenigstens so umzugestalten, daß auch in den dort aufgeführten Materien die Anrufung des Schiedsgerichts lediglich fakultativ ist. Daraus würde folgen, im Artikel 9 die Worte von excepté ceux ab wegzulassen.

Bülow

Nr. 4297

Der italienische Minister des Äußern Marquis Visconti Venosta an den italienischen Botschafter in Berlin Grafen Lanza

Telegramm. Unsignierte Abschrift, vom Grafen Lanza am 9. Juni übergeben

D'après une communication du Chargé d'Affaires d'Allemagne*, le Gouvernement Impérial serait contraire à la proposition d'un tribunal permanent d'arbitrage; le Chargé d'Affaires n'en a pas indiqué les raisons. J'ai dit au Chargé d'Affaires que je ne me cachais point les objections possibles contre une telle institution, mais que depuis plusieurs jours j'avais autorisé le Comte Nigra à ne pas faire d'opposition, toutefois aux deux conditions suivantes: 1° que les puissances appelées à nommer les membres du tribunal soient désignées par la conférence; 2° qu'il soit toujours facultatif d'avoir recours au tribunal permanent ou bien à des arbitres au sujet desquels on se mettrait d'accord à chaque cas.

Je vous prie de vouloir bien porter ce qui précède à la connaissance du Secrétaire d'Etat. Je lui serais très reconnaissant s'il voulait me faire connaître sa manière de voir à cet égard: savoir, s'il persiste dans son opposition absolue ou bien s'il lui semble acceptable — en considération des conditions susénoncées et, éventuellement, en vue de tempéraments ultérieurs — une proposition sans laquelle l'insuccès de la conférence internationale, ainsi que le Comte Nigra me le fait remarquer, ne serait que par trop manifeste.

---

* Vgl. Nr. 4289, Fußnote **.

Nr. 4298

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Reinschrift

Berlin, den 9. Juni 1899

Zu der heutigen Mitteilung des Grafen Lanza*.

Geheimrat Zorn hatte in seinem Briefe vom 5. d. Mts.** gesagt, das „ständige Schiedsbureau“ werde von allen Seiten nur als Gerichtsschreiberei und Registratur gedacht. Marquis Visconti Venosta aber spricht in seiner heutigen Mitteilung nun von einem tribunal permanent und stimmt der Einsetzung desselben zu unter den zwei Bedingungen,

1. daß die Mächte, welche berufen sein sollen, die Mitglieder des Tribunals zu ernennen, durch die Konferenz bezeichnet werden,

2. daß die streitenden Parteien allemal die Wahl haben sollen, ob sie das „permanente Tribunal“ in Anspruch nehmen oder sich untereinander in jedem einzelnen Fall über die zu verwendenden Schiedsrichter verständigen wollen.

Die Alternative ad 2, soweit sie dem Artikel 8 des ursprünglichen russischen Vorschlages entspricht, läßt sich diskutieren, und wir haben uns dazu auch schon im Prinzip bereit erklärt; die Alternative ad 1 aber kann man als reiflich durchdacht nicht bezeichnen. Die Mächte, welche die Schiedsrichter zu stellen haben, sollen durch die Konferenz, also ein für allemal, bezeichnet werden. Eine Macht, diesen Grundsatz haben wir bereits aufgestellt, ist bei fast allen erheblichen Fragen, die im internationalen Verkehr auftauchen, direkt oder indirekt interessiert, und man würde daher im einzelnen Falle lange und sorgfältig prüfen müssen, bis man ein Tribunal zusammenstellte, welches einen gewissen Anspruch auf Unparteilichkeit machen könnte. Wenn aber gar die Richtermächte für alle vorkommenden Sachen in Bausch und Bogen, etwa für eine gewisse Zeitdauer, ernannt werden, so wird dieser Gerichtshof auf Unparteilichkeit, d. h. auf Uninteressiertheit, nicht Anspruch machen können, er wird lediglich das Prinzip der geregelten Intervention darstellen.

Das ursprüngliche russische Programm, auf welches hin die Konferenz sich versammelt hat, enthielt nichts von diesem ständigen Tribunal von Richtermächten; es ist daher nicht recht ersichtlich, auf was Graf Nigra seine vom Marquis Visconti Venosta akzeptierte Behauptung stützt, daß ohne die Annahme gerade dieses Vorschlages der Mißerfolg der Konferenz gar zu offenbar sein würde.

---

* Siehe Nr. 4297.

** Siehe Nr. 4284.

Vor der Antwort an den italienischen Botschafter wird der Bericht des Geheimrats Zorn über die Mittwochsitzung der Kommission 3, wo eben diese Frage der ständigen Schiedsstelle beraten werden sollte, abzuwarten sein *. Zwar wird der Bericht den Geist unserer Antwort nicht ändern, er liefert aber vielleicht Material, um dieselbe vollständiger zu gestalten. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß in der Sitzung für die Art der Bildung der „ständigen Schiedsstelle" Vorschläge gemacht worden sind, die weniger gegen den gesunden Menschenverstand verstoßen als der Vorschlag Nigra-Visconti. Wir würden dann nach Kenntnis derselben vermutlich in der Lage sein zu erklären, daß auch diese Vorschläge für uns unannehmbar sind, weil das Prinzip einer ständigen Schiedsstelle uns unberechenbar in seiner Wirkung und deshalb gefährlich erscheint.

Holstein

Nr. 4299

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow

Eigenhändig

Berlin, den 10. Juni 1899

Seine Majestät sind mit unserer Haltung in der Arbitragefrage und der Frage des ständigen Schiedsgerichts wie hinsichtlich der Veröffentlichung der Protokolle ganz einverstanden.

Bülow

Nr. 4300

Aufzeichnung des Direktors der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes Hellwig

Eigenhändig

Berlin, den 10. Juni 1899

Zu der Frage des permanenten Schiedsgerichts.

Nach meiner Ansicht können wir uns auf ein permanentes Schiedsgericht nicht einlassen, weil wir im Interesse der Unabhängigkeit Deutschlands uns für alle Zeit volle Freiheit der Aktion vorbehalten und sichern müssen. Es läßt sich nicht vorhersehen, welche Verhältnisse obwalten werden, wenn einmal die Zumutung an uns herantritt, uns in einer wichtigen Frage dem permanenten Schieds-

* Siehe denselben Nr. 4301.

gericht oder einem aus Mitgliedern eines solchen permanenten Schiedsgerichts zusammenzusetzenden Tribunal zu unterwerfen.

Besteht erst einmal ein permanentes Schiedsgericht, zu dem wir selbst Mitglieder entsandt haben, und das sich vielleicht durch wiederholte Anrufung von seiten anderer Mächte als eine feststehende Institution eingebürgert hat, so können wir uns möglicherweise unter dem Zwange der Verhältnisse, unter dem Drucke einer irregeleiteten öffentlichen Meinung und bei der immerhin denkbaren Voraussetzung, daß einmal eine schwache Regierung an der Spitze Deutschlands stände, dem Verlangen nicht entziehen, ein solches Schiedsgericht, das uns keine Gewähr der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit bietet, zu akzeptieren. Es scheint mir leichter und weniger bedenklich zu sein, im jetzigen Augenblicke, wo wir die politischen Verhältnisse übersehen, der Bildung eines permanenten Schiedsgerichts zu widersprechen, als künftig unter Verhältnissen, die wir nicht vorhersehen können, die Unterwerfung unter ein solches Schiedsgericht abzulehnen. Gegenwärtig wird uns die Ablehnung dadurch erleichtert, daß das von Rußland vorgelegte ursprüngliche Konferenzprogramm den Vorschlag eines permanenten Schiedsgerichts nicht enthielt.

Hellwig

Nr. 4301

Bericht des Mitgliedes der Delegation bei der I. Haager Friedenskonferenz Professors Zorn über die Arbeiten der dritten Kommission (Subkomitee)

Undatierte Ausfertigung. Vom Grafen Münster am 10. Juni eingereicht

Nr. V

Die Sitzung vom 9. Juni* fand von 3—5½ Uhr im Salle de la Trêve unter Vorsitz von Bourgeois statt; anwesend waren außer den Mitgliedern des Komitees die Botschafter von Staal, Graf Nigra, Sir J. Pauncefote.

Gemäß dem in der letzten Sitzung gefaßten Beschlusse soll das Projekt von Sir J. Pauncefote zur Grundlage der heutigen Beratung über das permanente Tribunal genommen werden.

Zuerst verliest Bourgeois eine Erklärung der französischen Delegation, in welcher die grundsätzliche Zustimmung zu dem Gedanken des permanenten Tribunals ausgesprochen ist. Da bereits drei Projekte vorliegen, habe die Delegation von der Ausarbeitung eines selbständigen neuen Projektes Abstand genommen. Die Delegation erachte die notwendigen Staatsinteressen auch in den Fällen der sogenannten

* Vgl. auch das Protokoll: Conférence Internationale de la Paix T. IV, p. 117ss.

obligatorischen Arbitrage gewahrt durch den gemachten Vorbehalt der „honneur national" und der „intérêts vitaux", sie lege das entscheidende Gewicht darauf, daß in jedem Falle den streitenden Staaten die Freiheit gewahrt sei, über das einzusetzende Schiedsgericht und dessen Verfahren ein besonderes Abkommen zu treffen, und halte unter diesen Voraussetzungen die Einrichtung eines permanenten Tribunals für einen großen Fortschritt der Menschheit.

Ein neuer Gedanke war in dem Exposé der französischen Delegation insofern, als diese dem ständigen Bureau auch neben seiner Eigenschaft als Sekretariat und Archiv noch das Recht einräumen will, eine Initiative der Vermittlung behufs Berufung eines Schiedsgerichts bei entstandenen Staatsstreitigkeiten zu ergreifen. Verhandelt wurde über diesen Gedanken noch nicht; soweit ich mich über die Stimmung zu informieren vermochte, hat er keine Aussicht auf Zustimmung.

Sodann sprach Sir J. Pauncefote seinen lebhaften Dank dafür aus, daß sein Entwurf den Beratungen zugrunde gelegt werden solle, und hofft, daß aus diesen Beratungen sich ein Resultat ergeben werde, das der Menschheit zu dauerndem Segen gereiche.

Der Berichterstatter Descamps ergreift sodann das Wort zu einer begeisterten Lobpreisung des Gedankens des permanenten Tribunals, welches jetzt von dem Gewissen der Völker erwartet werde. In der ganzen Welt erwarte man gespannt die aus diesen Beratungen hervorgehenden Beschlüsse, und diese würden, so hofft er, einen Markstein in der Geschichte der Völker bilden. Descamps wünscht dem englischen Entwurf noch folgenden Gedanken eingefügt zu sehen: Aus der in diesem Entwurfe vorgesehenen Liste der Mitglieder des permanenten Tribunals solle ein Präsident und eine Kommission, etwa aus fünf Mitgliedern, gewählt werden durch Wahl des gesamten Kollegiums, um über die „laufenden Sachen", bei denen keinerlei weitere Schwierigkeiten bestehen, jederzeit bereit zu sein; nach dem englischen Entwurfe habe man zwar ein permanentes Kollegium, aber kein permanentes Tribunal. Selbstverständlich aber bleibe es den Staaten immer vollkommen frei, das so gebildete wirklich ständige Tribunal anzunehmen oder in anderer Weise sich über einen Schiedsrichter oder ein in anderer Form zu bildendes Schiedsgericht zu einigen.

Daraufhin nahm ich das Wort zu einer Erklärung folgenden Inhaltes: Der Gedanke eines permanenten Tribunales zur Entscheidung von Staatsstreitigkeiten habe schon viel Geister beschäftigt und entbehre vielleicht nicht einer gewissen Größe. Er enthalte aber auch Gefahren, und diese Gefahren seien unter Umständen eher geeignet, den Krieg als den Frieden zu fördern. Nach meiner Überzeugung werde die deutsche Regierung diese Gefahren als überwiegend betrachten und auf den Gedanken eines permanenten Tribunals nicht eingehen. Wohl aber würde die Kaiserliche Regierung den ursprüng-

lichen russischen Entwurf, in dem — Artikel 13 — nur ein von Fall zu Fall nach Übereinkunft der streitenden Teile zu bildendes Schiedsgericht vorgesehen sei, vielleicht annehmen können. Darum müsse ich formell die Wiederherstellung des ursprünglichen russischen Entwurfes, Artikel 13, beantragen, vorbehaltlich anderweitiger Redaktion.

Ich gab diese Erklärung in möglichster Kürze ab; eine längere Auseinandersetzung erschien mir nicht am Platze, da ich von vornherein bestimmt wußte, daß ich vollkommen allein stehe, nachdem mir der österreichische Delegierte Professor Lammasch privatim erklärt hatte, er habe keine bindende Instruktion, das permanente Tribunal rundweg abzulehnen.

Der Vorsitzende Bourgeois erachtete meine Erklärung — und ich konnte dem nur zustimmen — als präjudiziell für die weitere Beratung und eröffnete darüber die Debatte.

Der holländische Delegierte Asser nahm zuerst das Wort und erklärte: Er verstehe die deutsche Erklärung nicht recht; was man deutscherseits wolle, sei ja schon vorhanden, und es sei dann nicht notwendig, hierüber Beratungen einer großen Konferenz abzuhalten.

Ich erwiderte darauf: In gewisser Weise habe der holländische Delegierte ganz recht, die deutsche Regierung wolle in dieser Frage keine Veränderung des bestehendes Zustandes, der nach ihrer Meinung den Frieden besser verbürge als die geplanten Neuerungen; immerhin bestehe doch ein Unterschied insoweit, als bis jetzt eine generelle Ordnung für die Arbitrage und deren Verfahren nicht vorhanden sei, während nach dem ursprünglichen russischen Entwurfe eine solche, auch ohne permanentes Tribunal, geschaffen werden solle.

Graf Nigra sprach sodann seine Überzeugung dahin aus: Es würde eine große Fatalität gegenüber der öffentlichen Meinung, gegenüber Europa, gegenüber der hochherzigen Initiative Kaiser Nikolaus II. sein, wenn man in dieser großen Frage zu keinem Resultate gelange; er hoffe, daß der Entwurf so gestaltet werden könne, daß er auch der deutschen Regierung annehmbar sei.

Von Martens führte aus: Die russische Regierung habe ihren Entwurf vorgelegt, sei aber gleichzeitig bereit gewesen, andere Vorschläge zu prüfen und zu beraten. Nach reiflicher Erwägung sei man nun dahin gekommen, sich auf den Boden des Pauncefoteschen Projekts zu stellen. Der Punkt, auf den man russischerseits das entscheidende Gewicht lege, sei die Freiheit, das permanente Tribunal anzurufen oder einen anderen Weg zu wählen. Der Pauncefotesche Entwurf lasse alle Wege offen. Er schlage vor, an die Spitze der Artikel über das permanente Tribunal einen Satz etwa folgenden Inhaltes zu stellen:

> „Dans le cas de conflits entre les Puissances signataires ou adhérentes elles décideront, si le litige est de nature à être porté devant le tribunal permanent d'arbitrage, constitué selon les

articles suivants, ou à un arbitre seul ou de créer un tribunal d'arbitrage spécial."

Durch diese expresse Formulierung der völligen Freiheit der Staaten in Anrufung des permanenten Tribunales hoffe er, daß die schwersten Bedenken gegen Einrichtung eines solchen beseitigt würden.

Der Vorsitzende Bourgeois erklärte in gleicher Weise, für ihn liege der Schwerpunkt der Frage darin, daß das permanente Tribunal nicht obligatorisch gemacht werde; da dies nicht der Fall sei, sei das permanente Tribunal für ihn annehmbar.

Odier (Schweiz) meint: die Erwartung der Welt sei auf dieses permanente Tribunal gerichtet, und erklärt sich in wärmster Weise dafür.

Lammasch (Österreich) behält seiner Regierung die grundsätzliche Entscheidung vor, er könne nur für sich persönlich sprechen. Das Murawiewsche Zirkular enthalte den Gedanken des permanenten Tribunales allerdings nicht; er trage aber kein Bedenken, in die Beratung auf der Grundlage des Pauncefoteschen Entwurfes einzutreten.

Holls (Vereinigte Staaten von Nordamerika) schließt sich dem warmen Appell des Grafen Nigra und Odiers durchaus an. Die öffentliche Meinung seines Landes wünsche lebhaft die Einrichtung eines permanenten Tribunales, massenhafte Zeugnisse hierfür kämen den amerikanischen Delegierten täglich zu. Zum ersten Male nähmen amerikanische Delegierte an einem Staatenkongreß dieser Art teil, und er hoffe, dem praktischen Volke der Amerikaner das große praktische Resultat des permanenten Tribunales mit nach Hause bringen zu können. Der hochherzigen Initiative Kaiser Wilhelms sei seinerzeit der große Gedanke der Arbeiterschutzkonferenz entsprungen. Auch dem großen Gedanken, den wir jetzt beraten, werde, so hoffe er, der Kaiser seine Sympathie nicht versagen.

Von Martens bemerkt noch: das Murawiewsche Zirkular spreche nur von einer „einheitlichen Regelung" der Arbitrage; eine solche enthalte der Gedanke des permanenten Tribunales, und darum sei er im Einklang mit jenem russischen Programm.

Der Vorsitzende Bourgeois richtet an mich die Frage, ob die deutsche Erklärung den Inhalt habe, daß Deutschland sich im Falle der Ablehnung meines Antrages an den Arbeiten der Kommission nicht weiter beteilige. Ich erklärte darauf, daß ich mich an den Sitzungen und Arbeiten weiter beteiligen würde, alle Entscheidungen aber in aller und jeder Beziehung meiner Regierung vorbehalte.

Bourgeois konstatiert sodann unter Zustimmung der sämtlichen übrigen Mitglieder das Einverständnis des Subkomitees dahin: daß unter den von mir für Deutschland und von Lammasch für Österreich gemachten Vorbehalten in die Beratung des Pauncefoteschen Entwurfes eingetreten werde.

Von diesem Entwurfe werden dann die drei ersten Artikel be-

raten und von allen Mitgliedern — ausgenommen von mir, gemäß der abgegebenen grundsätzlichen Erklärung — angenommen. Hierüber folgt weiterer Bericht*, da der vorstehende noch mit dem heutigen Feldjäger abgehen soll.

Ich hoffe instruktionsgemäß gehandelt zu haben.

Zorn

Nr. 4302

Aide-Mémoire für die italienische Regierung

Unsignierte Abschrift **

Dem italienischen Botschafter in Berlin Grafen Lanza am 11. Juni übergeben

Berlin, den 10. Juni 1899

Die Regierung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers hält die Errichtung eines Tribunal permanent zur Schlichtung internationaler Konflikte für gefährlich, um nicht zu sagen naturwidrig. Denn als politisches Naturgesetz muß man die Tatsache ansehen, daß, wenn auch nicht jeder Staat, so doch jede Großmacht bei jeder auftauchenden bedeutenderen Frage mehr oder weniger erheblich interessiert ist. Deshalb wird es schon im einzelnen konkreten Falle nicht leicht sein und ernster Prüfung bedürfen, um Staaten ausfindig zu machen, welche das erste Erfordernis der Richterqualität, die Parteilosigkeit, besitzen. Wenn aber, wie Graf Nigra vorgeschlagen hat, die Konferenz einige Staaten bezeichnet, welche die Richter für alle auftauchenden Fragen zu stellen haben, so liegt von vornherein in dieser Art der Ernennung der Verzicht auf den Anspruch, unparteiische Richter zu haben, da es unmöglich ist, Mächte zu finden, welche nicht bei der Mehrzahl der vorkommenden Streitfälle ein eigenes direktes oder indirektes Interesse zur Sache hätten. Ohne die Vorbedingung der Unparteilichkeit bleibt dann aber von der ganzen Richtertätigkeit nichts weiter übrig als das Prinzip der geregelten Intervention.

Ferner muß konstatiert werden, daß dieser Gedanke eines ständigen Gerichtshofes keinen Teil des ursprünglichen Konferenzprogramms bildet. Die russische Regierung hatte in ihrem Rundschreiben vom 30. Dezember v. Js. alle Regierungen, an welche das Schreiben gerichtet war, ersucht, eventuell Vorschläge für Abänderung oder Ausdehnung des Konferenzprogramms zu machen. Daß in den Erwiderungen auf das russische Zirkular von der Errichtung eines ständigen Schiedsgerichtshofes die Rede gewesen wäre, ist der deutschen Regierung

---

* Siehe Nr. 4304.

** Der Entwurf rührt her von dem Direktor der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes Hellwig.

von keiner Seite mitgeteilt worden, die deutschen Delegierten zur Konferenz wurden daher lediglich nach Maßgabe des russischen Konferenzprogramms mit Instruktion versehen. Es war somit eine Neuerung und eine Überraschung, daß in der Konferenzsitzung vom 26. Mai plötzlich das russische Programm von anderer Seite durch den Antrag auf die Einrichtung ständiger Schiedsgerichte erweitert wurde, ohne daß den Kabinetten der Großmächte vorher Gelegenheit gegeben worden war, untereinander über diese Verschiebung der Unterlagen der Konferenz in direkten Gedankenaustausch zu treten.

Die deutsche Regierung würde auch heute noch gern bereit sein, den Wünschen der Gruppe, zu welcher unser italienischer Verbündeter hinneigt, entgegenzukommen, falls es gegen unser Erwarten gelänge, dem ständigen Gerichtshofe eine Zusammensetzung zu geben, welche die Unparteilichkeit seiner Entscheidungen gewährleistet. Die deutsche Regierung würde aber glauben, ihre Pflichten gegen das deutsche Volk zu verkennen, wenn sie ohne die sichere Gewähr der Unparteilichkeit ihre eigene souveräne Freiheit des Handelns beschränken ließe. In dieser Auffassung ihrer Pflichten glaubt die Regierung nicht allein zu stehen.

Nr. 4303

Aufzeichnung des Direktors der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes Hellwig

Reinschrift

[Berlin, den 13. Juni 1899]

Zu der Frage des permanenten Schiedsgerichts.

Wenn das permanente Schiedsgericht nur die Bedeutung haben soll, den streitenden Teilen ein Verzeichnis von Personen zu geben, unter denen sie im einzelnen Falle ohne weiteres die Schiedsrichter wählen können, so würden die bisherigen Vorschläge für diesen Zweck völlig ungeeignet sein. Denn wenn jeder große oder kleine Staat zwei Mitglieder zu dem Schiedsgericht benennen soll, so ist es von vornherein klar, daß der den streitenden Teilen zur Verfügung gestellte Personenkreis nicht nach Lage der wirklichen Verhältnisse zusammengesetzt sein würde. Einerseits würde jeder auch noch so große Staat nur Personen bestellen können, die mit allen Zweigen des Völkerrechts einigermaßen vertraut sind (Professoren), ohne die verschiedenen Personen zu berücksichtigen, die je nach dem Gegenstande des Streites als wirkliche Autoritäten in Frage kämen. Sodann wäre auch die staatliche und kulturelle Bedeutung der größeren Staaten nicht berücksichtigt und den kleineren Staaten ein ungebührlich großer Einfluß auf die Erledigung internationaler Streitigkeiten und auf die Fortbildung des internationalen Rechts eingeräumt.

Jedes Gericht weiß, nach welchen Gesetzen es zu entscheiden hat. Hier aber soll ein Gericht eingesetzt werden, welches, wenngleich unter dem Namen des Schiedsgerichts, doch wie ein eigentliches Gericht, und zwar in erster und letzter Instanz, entscheiden soll über Fragen, über die es zumeist an festen und allgemein anerkannten Bestimmungen fehlt. Solange das Völkerrecht nicht in festen Vorschriften niedergelegt ist, fehlt es an der ersten logischen Voraussetzung für einen internationalen Gerichtshof. Ehe man solchen — in welcher Form und unter welchem Namen immer — einsetzt, müßte man sich zunächst über ein internationales Gesetzbuch einigen, das der Gerichtshof anzuwenden hat.

Das heutige Völkerrecht ist viel zu unbestimmt und bestritten, um zu dessen Anwendung und Auslegung eine ständige internationale Instanz zu schaffen.

Das alles spricht grundsätzlich dafür, einem Abkommen über das permanente Schiedsgericht fernzubleiben.

Erscheint es aber aus politischen Gründen geboten, daß Deutschland sich nicht gradezu ausschließt, so müßte das Abkommen dahin geändert werden, daß die vertragschließenden Teile sich nicht verpflichten, sondern sich nur vorbehalten, ein internationales Schiedsgericht einzurichten, und die einzelnen Staaten an dieser Einrichtung solange nicht beteiligt sind, als sie ihr nicht ausdrücklich beitreten. Auch wäre erforderlich, es klarer[1] als bisher in das völlig freie Ermessen der streitenden Teile zu stellen, ob sie das permanente Schiedsgericht anrufen oder eine andere Art der schiedsrichterlichen Beilegung wählen wollen[2].

Hellwig

Randbemerkungen von Holsteins:
[1] Ja.
[2] oder nicht.

Nr. 4304

Bericht des Mitgliedes der Delegation bei der 1. Haager Friedenskonferenz Professors Zorn über die Arbeiten der dritten Kommission (Subkomitee)

Undatierte Abschrift. Vom Grafen Münster am 12. Juni eingereicht

Nr. V (Schluß)*

Daraufhin wurde in die Erörterung der einzelnen Artikel des Pauncefoteschen Projektes eingetreten und ohne sehr erhebliche Debatte von den übrigen Mitgliedern des Komitees Artikel 1 bis 3 in folgender Fassung angenommen:

Artikel 1. „Dans le but de faciliter le recours immédiat à l'arbitrage pour les différends internationaux qui n'auraient pu être réglés par la

* Vgl. Nr. 4301.

voie diplomatique, les Puissances signataires s'engagent à organiser de la manière suivante un Tribunal permanent d'Arbitrage, accessible en tout temps et qui sera régi, sauf stipulation contraire des parties en litige, par le code d'arbitrage inséré dans cette convention.

Ce Tribunal sera compétent pour tous les cas d'arbitrage, soit obligatoire soit facultatif, à moins que les Puissances en litige ne s'entendent pour l'établissement d'une juridiction spéciale."

Hier bemerkte der Vorsitzende Bourgeois nur, der Ausdruck „tribunal" habe doch eine gewisse Dunkelheit, er behalte sich vor, einen anderen vorzuschlagen.

Artikel 2. „Un Bureau central établi en permanence à la Haye sera chargé de la gestion des affaires et de la conservation des Archives. Un Secrétaire Général, un Archiviste et un personnel suffisant seront nommés et habiteront sur les lieux. Le Bureau sera l'intermédiaire des communications rélatives à la réunion du Tribunal à la requête des parties litigantes."

Eine Diskussion fand zu diesem Artikel nicht mehr statt; insbesondere kamen die Franzosen vorerst nicht zurück auf den in ihrem Exposé niedergelegten Gedanken der dem Bureau beizulegenden Initiative für Präventivintervention. Vielmehr wurde festgestellt, das Bureau solle die dreifache Aufgabe: secrétaire, greffier, archiviste — haben, und dafür könne man vielleicht auch eine einheitliche Bezeichnung finden.

Artikel 3 lautet in der angenommenen Fassung:

„Chaque Puissance signataire désignera dans les 3 mois qui suivront la ratification du présent acte deux personnes d'une compétence réconnue en droit international jouissant de la plus haute considération morale et disposées à accepter les fonctions d'arbitre. Les personnes ainsi désignées seront inscrites au titre de membres du Tribunal sur une liste, qui sera notifiée à toutes les Puissances signataires par les soins du Bureau central.

Deux ou plusieurs Etats peuvent s'entendre pour la désignation en commun de deux membres. La même personne peut être désignée par des Etats différents.

Les membres du Tribunal sont nommés pour une durée de six ans; leur mandat peut être renouvelé".

Zu diesem Artikel wurden folgende Punkte debattiert:

1. Auf Antrag von Martens wurden im ersten Absatz die „Juristes ou Publicistes" gestrichen und durch die obige allgemeinere Wendung ersetzt, da die Zivil- oder Kriminaljurisprudenz nicht zu diesem Amt qualifiziere, sondern nur die Kenntnis des internationalen Rechtes.

2. Der amerikanische Delegierte Holls wünschte und beantragte einen Zusatz: „autant que possible" sollten die Mitglieder ernannt werden durch Wahl der obersten Gerichtshöfe des Landes. Er begrün-

dete dies mit den Verhältnissen seines Landes, wo nur der oberste Gerichtshof von politischen Einflüssen und Rücksichten frei sei. Von verschiedenen Seiten wurde der Antrag Holls bekämpft und schließlich abgelehnt. Ich beteiligte mich an dieser Debatte mit der Erklärung, daß ich diesen Vorschlag als völlig unannehmbar für die monarchischen Staaten erachten müsse, aber der Meinung sei, daß der Wortlaut des Artikels ein Vorgehen im Sinne des Hollsschen Antrages für einen einzelnen Staat nicht verbiete.

3. Auf Antrag von Descamps (Belgien) wurde ohne Widerspruch der dritte Absatz über die Dauer der Funktion der Mitglieder des Tribunals eingefügt. —

Am Schlusse der Sitzung sprach der Vorsitzende Bourgeois den Mitgliedern des Komitees die dringende Bitte um vollständige Geheimhaltung der heutigen Verhandlungen, insbesondere mit Rücksicht auf die von dem deutschen Delegierten abgegebene Erklärung, aus; es würde den weiteren Beratungen nicht förderlich sein, wenn die Presse hiervon sofort Kenntnis bekäme. Obwohl mir das Verlangen der deutschen Regierung nach grundsätzlicher Öffentlichkeit bekannt war, glaubte ich dieser Mahnung des Vorsitzenden nicht widersprechen zu sollen, da ich wußte, daß die generelle Regelung dieses Punktes durch die stimmführenden ersten Delegierten unmittelbar bevorstehe. —

Darf ich zum Schluß noch meiner persönlichen Empfindung Ausdruck geben, so war der Eindruck der deutschen Erklärung ein sehr starker. Zugleich aber trat allerseits der lebhaft ausgedrückte Wunsch hervor, die Vorlage so zu gestalten, daß sie auch der deutschen Regierung annehmbar sein könnte. Ich selbst hatte vor Eintreffen der Spezialinstruktion auf Grund der generellen Anweisungen: aus dem russischen Programm die Punkte zu retten, die unverfänglich seien und überhaupt, wenn irgend möglich, im Einklang mit den Russen zu bleiben — an den Verhandlungen eifrigen Anteil genommen, immer in starker Betonung die Entscheidung der Regierung vorbehaltend und von der Voraussetzung ausgehend, daß dies Projekt noch viele Stadien durchlaufen müsse und dadurch der Regierung in vollem Umfange die Möglichkeit freibleibe, sowohl im einzelnen wie im ganzen Widerspruch zu erheben. In dieser Voraussetzung hielt ich es für zulässig und für richtig, an der Beratung materiell Anteil zu nehmen und allzu weit gehende Ideen zu bekämpfen. Die Strömung für das permanente Tribunal war und ist in dem Komitee eine überstarke; selbst der österreichische Delegierte Professor Lammasch schloß sich ihr an, und Graf Nigra ist ihr eifrigster Vertreter. So schien es mir der Gesamtsituation zu entsprechen, unter dem immer betanten Vorbehalt völlig freier Entscheidung der Regierung in den Entwurf diejenigen Klauseln hineinzubringen bezw. aus dem ursprünglichen russischen Projekt festzuhalten, die in jedem einzelnen Falle der Regierung die Möglichkeit geben, der sogenannten „obligatorischen“ Ar-

bitrage und dem „permanenten Tribunal“ gegenüber ein „Nein“ auszusprechen. In diesem Bestreben, den Entwurf so harmlos als möglich zu machen, indem alles fakultativ bleibt, fand ich zwar scharfen Widerspruch, insbesondere von seiten des holländischen Delegierten Asser, schließlich aber doch immer die positive Unterstützung von Österreich, Rußland, Frankreich und der nordamerikanischen Union.

Auf Grund der nunmehrigen präzisen Instruktion* ist die von mir bisher eingenommene Position nicht mehr haltbar; immerhin werde ich mich an den Verhandlungen beteiligen, falls ich nicht Gegenbefehl erhalte.

Betonen möchte ich noch einmal:

1. Die Fälle der „obligatorischen Arbitrage“ — Artikel 10 — sind nach meiner Überzeugung durch die beigefügte Klausel grundsätzlich fakultativ gemacht;

2. das „permanente Tribunal“ kann jederzeit nach Einigung der Parteien durch eine andere Form schiedsrichterlicher Entscheidung ersetzt werden.

Auf dieser Grundlage erscheint mir die ganze Sache nicht gefährlich. Eine gewisse Gefahr aber würde meines gehorsamsten Dafürhaltens darin liegen, jetzt im Gegensatz zu den übrigen Staaten dem ganzen Projekt ein scharfes Nein entgegenzusetzen; die ganze hiesige Situation würde dadurch meiner Überzeugung nach für uns sehr verschlechtert, während ein vorsichtiges Mitwirken an der Gestaltung des Entwurfes unsere Stellung nur verbessert und, wie ich fest überzeugt bin, durch die Klauseln und Vorbehalte keine Gefahr bietet.

Ich hoffe, morgen die Zustimmung des Komitees zu erhalten, um der hohen vorgesetzten Stelle Abschrift des Protokolles der letzten in jedem Falle sehr interessanten Sitzung sofort übersenden zu können.

(gez.) Zorn

Nr. 4305

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Direktors der Rechtsabteilung Hellwig

Nr. 135 Berlin, den 14. Juni 1899

Sir Julian Pauncefote hat auf der Haager Konferenz die Errichtung eines permanenten Schiedsgerichts vorgeschlagen, das für alle

* Gemeint ist das Aide-Mémoire vom 11. Juni für die italienische Regierung (Nr. 4302), das schon am 10. Juni dem Grafen Münster als Instruktion auch für Professor Zorn übermittelt wurde, und in dem der Gedanke des ständigen Schiedsgerichtshofs von der Hand gewiesen wurde.

Fälle schiedsgerichtlichen Verfahrens zuständig sein soll, falls die streitenden Teile sich nicht über ein andres Schiedsgericht einigen. Zu dem Schiedsgericht soll jeder der das vorgeschlagene Abkommen unterzeichnenden Staaten zwei Personen ernennen, und aus der Gesamtzahl sollen im gegebenen Falle die Schiedsrichter von den Parteien ausgewählt werden. Außerdem soll ein ständiges Bureau eingerichtet werden.

Gegen ein solches permanentes Schiedsgericht haben wir ernste Bedenken, zumal nachdem sich bei der Diskussion bereits Wünsche dahin geltend gemacht haben, daß dem ständigen Bureau das Recht eingeräumt werde, eine Initiative der Vermittelung zur Berufung eines Schiedsgerichts bei entstandenen Staatsstreitigkeiten zu ergreifen, und daß eine ständige Kommission etwa von fünf Mitgliedern gewählt werde, um für Schiedssprüche bereit zu stehen. Wenn diese Gedanken auch zunächst nicht weiter verfolgt worden sind, so liegt es doch in der Natur der Dinge, daß sie wieder auftauchen werden, sobald der Pauncefotesche Vorschlag einmal verwirklicht sein wird.

Ob aber ein so gestaltetes Schiedsgericht eine hinreichende Gewähr der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit bieten würde, erscheint uns sehr fraglich.

Ew. Exzellenz bitte ich, Lord Salisbury zu fragen, ob der Vorschlag Sir Julians von der englischen Regierung ausgeht, und wenn nicht, ob diese schon Stellung dazu genommen hat.

Bülow

Nr. 4306

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 153 London, den 14. Juni 1899

Telegramm Nr. 135* erhalten.

Lord Salisbury erwiderte mir, der Vorschlag Sir J. Pauncefotes sei mit dem letzteren während seiner Anwesenheit hier festgestellt worden und entspreche im wesentlichen einem schon vor mehreren Jahren zwischen England und Amerika besprochenen Projekt für Arbitrage. Unsere Bedenken dagegen könne er sich nur durch ein Mißverständnis bezüglich Bedeutung und Tragweite des Vorschlages erklären. Nach hiesiger Auffassung solle das permanente Schiedsgericht lediglich die Aufgabe haben, Differenzen von geringerer Bedeutung, namentlich wenn es sich um pekuniäre Entschädigungsansprüche han-

* Siehe Nr. 4305.

dele, nicht aber größere und politische Fragen zu entscheiden, und die Anrufung desselben solle nicht obligatorisch, sondern fakultativ sein. Ebensowenig werde hier beabsichtigt, dem Schiedsgericht eine Initiative oder ein Mediationsrecht zu übertragen. Lord Salisbury fügte hinzu, er hoffe, daß das Mißverständnis hierdurch aufgeklärt sei. Er halte den Fall für unbedingt ausgeschlossen, daß das Schiedsgericht, wie es von Sir J. Pauncefote vorgeschlagen sei, jemals in die Lage kommen werde, sich in große politische Fragen, wie z. B. Ägypten oder gar Elsaß, zu mischen.

Hatzfeldt

Nr. 4307

Der Erste Delegierte bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 29 Scheveningen, den 14. Juni 1899

Die amerikanischen Delegierten haben nach einer Besprechung unter sich und mit anderen Delegierten den Herrn Holls mit der Bitte hergeschickt*, daß Professor Zorn nächsten Freitag bei der Kommissionssitzung versöhnlich auftreten und die Möglichkeit der Annahme des Schiedsgerichts durchblicken lassen möge. Geschehe das, so werde es vielleicht möglich sein, den Paragraphen 10, der die Fälle aufzählt, bei denen die Anrufung des Schiedsgerichts obligatorisch sein sollte, zu streichen. Damit wäre das Fakultative gesichert. Die Amerikaner fürchten sich vor Mac Kinley und der öffentlichen Meinung und behaupten uns gegenüber, daß durch eine entschieden ablehnende Haltung Deutschlands das jetzt gute Verhältnis zwischen Deutschland und Amerika getrübt werden könnte.

Ich glaube, daß es gut wäre, Herrn Zorn in der Kommission eine versöhnliche Haltung einnehmen zu lassen, um die Kommissionsanträge zu verbessern. Kommt der Kommissionsantrag vor das Plenum, so muß von unserer Seite entschieden werden, ob die Gefahren der Ablehnung größer sind als die, einer unschuldig aussehenden, aber an sich verwerflichen Institution zuzustimmen. Uns bleibt dann immer noch das Mittel, die Ratifikation zu verweigern.

Münster

---

* Von dieser Entsendung Holls' erzählt A. D. White in seiner Autobiographie nichts, um so mehr von seinen eigenen Bemühungen, namentlich am 15. Juni, um Graf Münster in Sachen des obligatorischen Schiedsgerichts umzustimmen (Autobiography of Andrew D. White II, p. 301 ff.). Münsters Telegramm vom 14. beweist, daß er, obwohl ein grundsätzlicher Gegner des schiedsgerichtlichen Gedankens, doch keineswegs so unnachgiebig und unversöhnlich war, wie ihn White schildert.

Nr. 4308

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Ersten Delegierten bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Grafen Münster

Telegramm en clair
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 28 Berlin, den 15. Juni 1899

Folgende Erklärung betreffs Errichtung einer ständigen Schiedsinstanz ist in der morgen, Freitag, stattfindenden Sitzung von deutscher Seite abzugeben:*

„Die deutschen Delegierten kamen zur Konferenz mit der Instruktion, auf die Anbahnung einer Verwirklichung des Schiedsgerichts- und Vermittelungsgedankens nach Maßgabe der Artikel 8 und 13 des russischen Arbitrageprogramms hinzuarbeiten**. In diesen Artikeln ist nur von der jedesmaligen Behandlung der einzelnen auftauchenden Streitfälle die Rede. Immerhin aber lag darin eine allgemeine Regelung des Schiedsverfahrens, und damit war ein erster Schritt getan auf einem Wege, den die Menschheit noch nie betreten hatte. Jener russische Vorschlag bezeichnete daher nach Ansicht der deutschen Regierung ungefähr das richtige Maß dessen, was ein erster Versuch auf einer ganz neuen Bahn sein sollte.

Dieser ursprüngliche russische Vorschlag ist nun aber in dem bisherigen Verlaufe der Konferenz völlig umgestaltet worden. Den Mittelpunkt der Diskussion bildet gegenwärtig nicht mehr bloß die Anwendung des Prinzips der Arbitrage und Vermittelung im einzelnen Falle, sondern die Herstellung einer besonderen, ständigen Gerichtsbehörde, welche die Streitfälle zwischen Staaten in erster und letzter Instanz entscheiden soll.

Die deutsche Regierung ist dem Gange der Beratungen mit der Aufmerksamkeit gefolgt, welche der Gegenstand beanspruchen kann.

---

* Der Erklärung liegt eine nicht datierte Aufzeichnung Holsteins zugrunde, die mit den Worten beginnt: „In Anlehnung an das beiliegende Votum der Rechtsabteilung [siehe Nr. 4303] möchte ich vorschlagen, in die morgen vom Geheimrat Zorn in der Arbitragekommission abzugebende Erklärung etwa folgende Gedanken hineinzubringen, vorbehaltlich der Ergänzung durch die Rechtsabteilung“. Die Rechtsabteilung hatte nur ganz geringfügige Ergänzungen bzw. Abänderungen vorzuschlagen, die von Holstein noch in die abzugebende Erklärung hineingearbeitet wurden.

** Dieser Satz enthält insofern eine Unrichtigkeit, als die Delegierten mit einer solchen Instruktion, da die deutsche Regierung das russische Arbitrageprojekt noch gar nicht kannte, nicht versehen sein konnten und nicht versehen waren.

Es galt, nicht nur solche Vorschläge zu prüfen, welche eine Mehrheit der Stimmen erlangten, sondern auch solche Gedanken, welche als Anzeichen geistiger Strömungen sich kennzeichneten und daher von Bedeutung waren für die Beurteilung der Weiterentwickelung der Zukunft. Zu diesen symptomatischen Gedanken ist z. B. der zunächst noch akademische Vorschlag zu rechnen, dem ständigen Gerichtshof auch das Recht der eigenen Initiative in Vermittelungsfragen beizulegen.

Alles erwogen, ist die deutsche Regierung zu der Überzeugung gelangt, daß die heute vorliegende Summe von Anhaltspunkten nicht genügt, um sich ein Urteil darüber zu bilden, ob die Tätigkeit der projektierten, ständigen Schiedsinstanz günstig oder ungünstig wirken würde. Wir befinden uns bei dieser Frage vor einer Gleichung mit zwei Unbekannten: Die eine Unbekannte ist die Objektivität des Richters, die andere die Ungewißheit der Rechtsnorm, welche die formelle Unterlage des Richterspruches bilden würde. Wie weit ein Richter bei einer Frage, wo sein Vaterland interessiert ist, die volle persönliche Parteilosigkeit sich wird wahren, von patriotischen Instinkten sich wird isolieren können, ist eine offene, zweifelhafte. Selbst Richter, die dritten, neutralen Staaten angehören, werden sich durch den Gedanken an die Rückwirkung der Entscheidung auf ihr Vaterland unwillkürlich beeinflussen lassen. Andererseits besteht in jedem einzelnen Streitfalle für die Interessenten Unsicherheit darüber, welche Rechtsanschauung maßgebend für den Richterspruch sein wird. Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß bei einem aus drei Richtern bestehenden Tribunal jeder Richter seine Ansichten auf andere Rechtsnormen stützen wird. Die Staaten werden also, solange es kein einheitlich kodifiziertes, internationales Recht gibt, ungünstiger dastehen als der Privatmann, welcher bei jeder Streitfrage selber oder durch seinen Anwalt sich zuvor versichern kann, wie das Gesetz seines Landes sich zu der betreffenden Sache stellt.

Unter diesen Umständen hat die deutsche Regierung noch nicht zu der Überzeugung gelangen können, daß die Einrichtung der ständigen Schiedsinstanz eine Verbesserung der internationalen Beziehungen und eine Wohltat für die Völker bedeuten wird. Wie die Mehrzahl der übrigen Regierungen dieser Entscheidung gegenübersteht, ob dieselben die Frage der ständigen Schiedsinstanz zunächst noch als einen wichtigen Gegenstand der Erörterung oder aber schon als reif zur Verwirklichung ansehen, ist durch bindende Erklärungen noch nicht bekannt. Wenn letzteres der Fall sein sollte, so würden die Elemente reichlich vorhanden sein, um den Gedanken der ständigen Schiedsinstanz auch unabhängig von der Beteiligung Deutschlands ins Werk zu setzen. Wir werden diesem Versuche zunächst fernbleiben. Wir halten es für rücksichtsvoller gegen die anderen Staaten, wenn wir vorerst fernbleiben, als wenn wir uns gleich von Anfang an beteiligten, um uns dann vielleicht infolge schlechter Erfahrungen zurück-

zuziehen. Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers behält sich aber vor, beizutreten, falls die hinsichtlich der Richter und Rechtsnormen geäußerten Bedenken durch die Erfahrung widerlegt werden.“

Bitte telegraphieren, wann die Sitzung morgen stattfindet.

Bülow

Nr. 4309

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Freiherrn von Richthofen

Reinschrift

Berlin, den 15. Juni 1899

Botschaftsrat von Velics* teilte mir als wesentlichen Inhalt eines ihm von Wien zugegangenen Erlasses streng vertraulich mit:

Der Friedenspolitik der Dreibundmächte würde es nach Ansicht des Grafen Goluchowski entsprechen, die aus Kaiser Nikolaus' Initiative hervorgegangene Friedenskonferenz nicht mit einem ausgesprochenen Mißerfolg enden zu lassen. Ein solcher Mißerfolg stünde aber nach der Ablehnung aller auf Errichtung eines Schiedsgerichts abzielenden Anträge zu befürchten, zumal da — mit Ausnahme der rein humanitären Fragen — eben auf diesem Terrain ein positiveres Ergebnis der Konferenz von einem großen Teile der öffentlichen Meinung Europas erhofft wird.

Die bloße Aufstellung einer Liste von Persönlichkeiten, die die Eignung zu Schiedsrichtern besitzen, und aus deren Reihen die eventuell streitführenden Mächte ihre Wahl frei treffen könnten, hätte nach Ansicht des Grafen Goluchowski an sich kaum etwas Bedenkliches unter der Bedingung, daß deren Anrufung niemals eine obligatorische, sondern von Fall zu Fall dem freien Ermessen jeder Macht anheimgestellte bliebe.

Die öffentliche Meinung könnte schon in der bloßen Aufstellung eines solchen nicht obligatorischen Schiedsgerichts eine weitere Friedensgarantie sehen; — Rußland aber wäre damit die Satisfaktion geboten, seine Bemühungen zu einem gewissen Erfolg gediehen zu sehen, während die zustimmenden Staaten sich in ihrer souveränen Freiheit der Entschließung keineswegs binden würden.

Richthofen

---

* Österreich-ungarischer Geschäftsträger in Berlin.

Nr. 4310

Der Erste Delegierte bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 32 Scheveningen, den 16. Juni 1899

Telegramm Nr. 28* erhalten.

Die vorgeschriebene Erklärung würde jedenfalls die dritte Kommission, vielleicht die ganze Konferenz sprengen können, und wird die Sitzung auf Montag verschoben werden.

Ich habe Professor Zorn veranlaßt, diesen Nachmittag nach Berlin zu reisen, und wird derselbe morgen vormittag sich im Auswärtigen Amt melden. Wir würden durch eine solche Erklärung unsere sehr gute Position auf das Spiel setzen, was die unerwünschtesten politischen Folgen haben könnte. Wir hoffen bestimmt, hier durchsetzen zu können, daß der Artikel 10 gestrichen und damit jede Verpflichtung der Staaten, das Schiedsgericht anzurufen, beseitigt werde. Der Gedanke der Intervention durch das ständige Bureau wird nicht angenommen werden. Professor Zorn kann die hiesige Situation am besten schildern.

Ich bitte dringend, aus politischen Gründen die Sache nicht auf die Spitze zu treiben und die Entscheidung für später vorzubehalten.

Münster

Nr. 4311

*Der Erste Delegierte bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe***

Ausfertigung

Nr. 43 Scheveningen, den 16. Juni 1899

Hätte ich den mir durch Telegramm Nr. 28*** erteilten Auftrag gleich ausführen und die schroffe Erklärung durch Professor Zorn in der Subkommission abgeben lassen, so würde das die Position unserer deutschen Delegierten gänzlich verdorben und politisch unser Verhältnis zu Rußland, welches sich ganz mit dem Pauncefoteschen Projekt identifiziert hat und jetzt dank meiner Bemühungen und den Rücksichten, die ich Staal gegenüber beobachtete, wieder ein ganz gutes geworden ist, namentlich aber mit den Vereinigten Staaten und

---

* Siehe Nr. 4308.
** Hier angeschlossen des Zusammenhangs halber.
*** Siehe Nr. 4308.

England entschieden verdorben und in der öffentlichen Meinung einen Eindruck hervorgebracht haben, den wir vermeiden sollten. Ich möchte daher die Verantwortung für einen so verfrühten Schritt nicht übernehmen und habe deshalb veranlaßt, daß die Sitzung der Subkommission bis auf frühestens Montag verschoben werde, und das durch die notwendige Abreise des Professors Zorn motiviert.

Professor Zorn wird am besten mündlich die hiesige Lage und die Stimmung der Delegierten schildern können.

Fast alle Delegierten haben sich mit einem mir unverständlichen Enthusiasmus für die Schiedsgerichtsvorschläge begeistert, werden, um uns zu gewinnen, noch weitgehenden Konzessionen zustimmen, um dieses Schiedsgericht rein fakultativ zu gestalten.

Ist es wirklich rein fakultativ, wird der § 10, der für gewisse Fälle einen Zwang enthält, gestrichen, so wird die Sache für uns möglicherweise annehmbar werden.

Mir ist die ganze Schiedsgerichtsfrage, als altem Diplomaten und Politiker, sehr zuwider, wenn ich aber auf der anderen Seite die Schäden in Rechnung ziehe, die unsere politischen Beziehungen den übrigen Großmächten und Amerika gegenüber erleiden könnten, ganz abgesehen von der öffentlichen Meinung, die auf das äußerste gegen uns erregt würde, so würde ich das kleinere Übel wählen.

Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß wir zwischen zwei Übeln zu wählen haben, von denen das eine in sich harmlos ist, das andere viele Gefahren hervorbringen kann.

Nach den letzten Besprechungen wird beantragt, daß das ständige Bureau unter die Aufsicht der hier akkreditierten Gesandten gestellt werden solle. Das würde die Sache für die Regierungen annehmbar machen.

Münster

Nr. 4312

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow

Eigenhändig

Berlin, den 16. Juni 1899

Die Vorbedingung für ein Vorgehen in dem von Exzellenz von Holstein vorgeschlagenen Sinne* scheint mir zu sein, daß wir genau

* Es muß sich hier um mündliche Vorschläge Holsteins in der Richtung einer Ablehnung der von Graf Münster dringend befürworteten versöhnlichen Haltung in der Schiedsgerichtsfrage handeln; schriftlich fixierte Vorschläge Holsteins sind in den Akten nicht vorhanden. Daß Holstein mit dem Direktor der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes Hellwig der eigentliche Träger

wissen, welche Rückwirkung ein solches auf das politische Verhältnis von Rußland zu Deutschland wie auf die persönlichen Beziehungen des Kaisers Nikolaus zu unserm allergnädigsten Herrn ausüben würde. Uns über diese Seite der Frage aufzuklären, ist Fürst Radolin berufen, schon weil derselbe für die Fortdauer ungetrübter Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland wie zwischen Seiner Majestät dem Kaiser und dem Zaren in erster Linie die Verantwortung trägt.

Ich bitte deshalb, den Kaiserlichen Botschafter in St. Petersburg unter eingehender Informierung über den gegenwärtigen Stand der Schiedsgerichtsfrage, die Lage auf der Haager Konferenz und die Haltung der übrigen Mächte telegraphisch aufzufordern, sich umgehend klar und präzise darüber amtlich auszusprechen, wie nach seiner Kenntnis der russischen Verhältnisse, Persönlichkeiten und Stimmungen das von Exzellenz von Holstein empfohlene Verhalten die deutsch-russischen Beziehungen und die Beziehungen zwischen beiden Monarchen beeinflussen würde.

Die Antwort des Fürsten Radolin würde (ebenso wie das Votum des Grafen Münster und die Meldungen des Grafen Hatzfeldt und des Grafen Eulenburg über die Stellungnahme des englischen, bezw. des Wiener Kabinetts) Seiner Majestät dem Kaiser zu unterbreiten sein, wenn wir die endgültige allerhöchste Entscheidung erbitten.

B. von Bülow

Nr. 4313

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 76 Berlin, den 17. Juni 1899

Ew. pp. ist bekannt, daß Seine Majestät der Kaiser allerhöchstsich bereit erklärt hat, die deutschen Delegierten auf der Haager Friedenskonferenz anzuweisen, soweit tunlich Hand in Hand mit ihren russischen Kollegen zu gehen und dazu mitzuwirken, daß die Arbei-

---

des Widerstandes gegen jede Nachgiebigkeit Deutschlands war, ergibt sich u. a. aus einer kurzen Aufzeichnung Holsteins vom 17. Juni, worin er riet, dem gleichzeitig mit Professor Zorn nach Berlin gekommenen Sekretär der amerikanischen Delegation Holls, der sich mit dringenden Empfehlungsbriefen des Präsidenten der amerikanischen Delegation Botschafters White einführte (vgl. Autobiograph of Andrew D. White II [1905], p. 308 ff.), mit kühler Abweisung zu begegnen. Vgl. auch Zorn, Deutschland und die beiden Haager Friedenskonferenzen, (1920), S. 38.

ten der aus der Initiative des Zaren hervorgegangenen Konferenz nicht ergebnislos verlaufen. Seine Majestät der Kaiser hat dies in allerhöchstseinem Wiesbadener Trinkspruch* feierlich betont. In der Tat schien es möglich, auf der Basis des russischen Programms vom 30. Dezember v. Js. / 11. Januar d. Js. in manchen darin vorgesehenen Punkten zu positiven Resultaten zu gelangen, welche zwar nicht allen von Weltbeglückern und Friedensschwärmern gehegten Erwartungen entsprochen hätten, vielleicht auch noch nicht dasjenige ideale Ziel voll erreicht haben würden, das Kaiser Nikolaus ursprünglich vorgeschwebt haben mag, immerhin aber einen wesentlichen Fortschritt in humanitärem Sinne bedeutet hätten. Wie ernst es unserm allergnädigsten Herrn mit seiner Zusage war, hat die allerseits anerkannte tätige und ersprießliche Beteiligung unserer Fachdelegierten an den Arbeiten der Kommissionen der Konferenz bewiesen. Es ist hauptsächlich der sachkundigen Mitwirkung unserer Delegierten zu verdanken, daß bereits in verschiedenen Fragen erfreuliche praktische Resultate erzielt worden sind.

Auch bei der Beratung der schwierigsten Frage des Konferenzprogrammes, der Frage über das Schiedsgerichtsverfahren, waren unsere Delegierten angewiesen, den russischen Wünschen das größte Entgegenkommen zu zeigen, solange sich diese Beratung auf dem Boden des ursprünglichen russischen Programms bewegte.

Dieser ursprüngliche russische Vorschlag ist nun aber in dem bisherigen Verlaufe der Konferenz völlig umgestaltet worden. Den Mittelpunkt der Diskussion bildet gegenwärtig nicht bloß die Anwendung der Arbitrage und Vermittlung im einzelnen Falle, sondern die Bestellung einer besonderen ständigen Gerichtsbehörde, welche die Streitfälle zwischen Staaten in erster und letzter Instanz entscheiden soll.

Dieses hauptsächlich auf den Einfluß der englischen, italienischen und amerikanischen Delegierten zurückzuführende Amendement ruft bei uns lebhafte Bedenken hervor, während es bei den Delegierten der meisten anderen Staaten Anhänger gefunden und auch von der russischen Delegation angenommen worden ist. Ganz besonders interessieren sich für die Annahme desselben die Regierungen von Eng-

---

* Am Geburtstag des russischen Kaisers am 18. Mai hatte Kaiser Wilhelm II. bei der Hoftafel in Wiesbaden einen Trinkspruch auf den Zaren ausgebracht, der mit den Worten schloß: „Mein Wunsch geht dahin, daß es Seiner Exzellenz dem Baron von Staal und dem Grafen zu Münster, zwei erprobten und erfahrenen Staatsmännern, gelingen möge, auf dem Boden der alten bewährten Tradition, die mein Haus mit dem Seiner Majestät und die das deutsche mit dem russischen Volke verbindet, gemäß den vom Kaiser und mir an beide Herrn ergangenen übereinstimmenden Befehlen die Konferenz so zu führen, daß ihr Erfolg Seine Majestät den Kaiser befriedigen werde."

land, Amerika und Italien, deren jede durch ihren hiesigen Vertreter Schritte hat tun lassen, um uns ebenfalls zu der Annahme des Amendements zu bewegen. Die Gründe, welche es uns bisher unmöglich erscheinen lassen, unsern ablehnenden Standpunkt aufzugeben, sind folgende:

Soll das ständige Schiedsgericht nur mit kleineren Angelegenheiten befaßt werden, so würde seine Einsetzung nicht zur Verhütung der Kriegsgefahr beitragen, da um solche Angelegenheiten nicht Krieg geführt wird, sondern würde zur Unfriedfertigkeit ermuntern. Was jetzt durch oft mühsame, aber friedfertige und freundschaftliche Verhandlungen zwischen den Regierungen beglichen wird, würde in Zukunft von mancher Regierung sofort vor das ständige Schiedsgericht verwiesen werden, und der andere Teil würde sich dem, wenn auch rechtlich, doch moralisch kaum versagen können, will er nicht als Störenfried erscheinen. In Wirklichkeit wäre aber der sofort an das Schiedsgericht appellierende Teil weniger friedfertig, gerade wie im Privatleben derjenige, der sofort zum Prozeß schreitet. Die Mißstimmung des verlorenen Prozesses würde sich in die Beziehungen der Völker übertragen und deren Beziehungen nicht bessern, sondern verschlechtern. Für wichtigere Angelegenheiten würde sich die Einrichtung noch weniger eignen. Selbst Richter, die dritten neutralen Staaten angehören, werden sich durch den Gedanken an Rückwirkung der Entscheidung auf ihr Vaterland unwillkürlich beeinflussen lassen. Ohne Vorbedingung der absoluten Unparteilichkeit würde aber von der ganzen Richtertätigkeit nichts übrigbleiben als das Prinzip der geregelten Intervention. Auch ist das Völkerrecht flüssig und unbestimmt, und das ständige Schiedsgericht hätte einen ganz anderen Spielraum als die an das Landesgesetz gebundenen staatlichen Gerichte. Solange nicht feste Normen des Völkerrechts festgestellt sind, geht der Schiedsspruch immer über bloße Gesetzesanwendung hinaus. Er bildet das Völkerrecht fort. Der Schwerpunkt dieser Fortbildung lag bisher bei den großen Mächten. Wenn aber jeder große oder kleine Staat zwei Mitglieder zum ständigen Schiedsgericht benennen soll, wird den kleineren Staaten unverhältnismäßiger Anteil am Schiedsgericht und damit ungebührlich großer Einfluß auf Fortbildung des Völkerrechts eingeräumt. Überdies läßt sich nicht absehen, wie die Einrichtung, einmal bestehend, sich entwickeln würde; Gefahr läge nahe, daß sie ihren Wirkungskreis zu erweitern sucht und die Regierungen trotz aller ihnen gelassenen Freiheit sich dem Schiedsspruch tatsächlich nicht entziehen können.

Der deutsche Delegierte Professor Zorn war daher beauftragt worden, in der Kommission zu erklären, die deutsche Regierung sei nicht zu der Überzeugung gelangt, daß die Einrichtung der ständigen Schiedsinstanz eine Verbesserung der internationalen Beziehungen und eine Wohltat für die Völker bedeuten würde. Wir wären aber der

Ansicht, daß, wenn die Mehrzahl der übrigen Regierungen die Frage der Schiedsinstanz schon als reif zur Verwirklichung ansehe, die Elemente reichlich vorhanden sein würden, um diesen Gedanken auch ohne Beteiligung Deutschlands ins Werk zu setzen. Wir würden diesem Versuche zunächst fernbleiben, weil wir es für rücksichtsvoller gegen die anderen Staaten hielten, wenn wir vorerst fernblieben, als wenn wir uns gleich von Anfang an beteiligten, um uns dann infolge schlechter Erfahrungen zurückzuziehen. Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers behalte sich aber vor beizutreten, falls ihre Bedenken durch die Erfahrung widerlegt würden.

Graf zu Münster hat demgegenüber geltend gemacht, daß die Abgabe einer solchen Erklärung nach seiner Ansicht einen üblen Eindruck machen und besonders einen höchst nachteiligen Einfluß auf unsere Beziehungen zu Rußland sowie auf das Verhältnis des Zaren zu unserem allergnädigsten Herrn haben würde. Denn grade durch das Amendement, welches Sir Julian Pauncefote angeregt und die russische Delegation sich angeeignet habe, werde in der Arbitragefrage, der wichtigsten Frage der Konferenz, etwas Greifbares erreicht und somit die Konferenz vor einem Mißerfolge geschützt werden.

Daß unsere Haltung den englisch-amerikanisch-italienischen Anregungen gegenüber bei manchen in der Frage besonders interessierten Staaten, wie England und Amerika, einige Verstimmung zu erregen geeignet ist, mag zugegeben werden. Rußland aber dürfte keinen Grund haben, uns eine solche Verstimmung zu zeigen, da unsere ablehnende Haltung sich keineswegs auf den ursprünglich russischen Vorschlag bezieht, wir vielmehr nach wie vor der Ansicht sind, daß nur auf der Basis dieses Vorschlages möglicherweise etwas wirklich Greifbares zu erreichen gewesen wäre, während die Annahme des Amendements mit allen den zu demselben hinzuzufügenden Klauseln lediglich einen nach mancher Richtung gefährlichen Scheinerfolg der Konferenz bedeuten würde.

Ich lege aber zu hohen Wert auf unsere guten Beziehungen zu Rußland, als daß ich es nicht für unabweisbare Pflicht halten müßte, bevor ich Seiner Majestät dem Kaiser die Angelegenheit zur endgültigen Entscheidung vorlege, die Frage nochmals von diesem Gesichtspunkte einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

Ew. pp. ersuche ich daher um umgehende telegraphische Äußerung, ob nach Ihrer Kenntnis dortiger Verhältnisse und Persönlichkeiten, der Stimmungen und Strömungen in russischen Hof- und Regierungskreisen wie in der dortigen öffentlichen Meinung die Abgabe einer Erklärung unsererseits im oben angedeuteten Sinne unsere Beziehungen zu Rußland ernstlich trüben, bezw. das gute Verhältnis zwischen beiden Monarchen derart dauernd stören würde, daß die aus diesem Gesichtspunkte herzuleitenden Gründe für die Annahme des Amen-

dements in der Schiedsgerichtsfrage nach Ihrer Ansicht schwerer wiegen als unsere auf eingehender Prüfung der Frage beruhenden, schwerwiegenden obenerwähnten allgemeinen Bedenken.

Zu Ihrer Information bemerke ich noch vertraulich, daß Seine Majestät der Kaiser grundsätzlich dem ganzen Schiedsgerichtsgedanken nicht sympathisch gegenübersteht, es erscheint daher sehr fraglich, ob allerhöchstderselbe der Annahme desselben auf der erweiterten Basis des ständigen Schiedsgerichtshofs zustimmen würde.

Bülow

Nr. 4314

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Privat [17. Juni 1899]

Die im Telegramm Nr. 76*, bei dem ich unbeteiligt bin, gestellte Anfrage hat den Zweck, Material zu beschaffen, um beurteilen zu können, welches das größere von zwei Übeln ist, die Annahme der zu dem ursprünglichen russischen Vorschlage eingebrachten englisch-amerikanischen Amendements auf Einrichtung einer ständigen Schiedsinstanz oder Ablehnung dieser Amendements mit der sich daraus etwa auch in Rußland ergebenden Mißstimmung.

Holstein

Nr. 4315

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 289 St. Petersburg, den 16. Juni 1899

Gleich nach meiner Ankunft in St. Petersburg suchte ich Graf Murawiew auf und fand ihn ungewöhnlich guter Stimmung, voller Zuvorkommenheit für mich.

Nachdem ich dem Minister Euerer Durchlaucht und des Herrn Staatssekretärs Grüße übermittelt hatte, fiel unter anderem das Gespräch auf die Haager Konferenz.

---

* Siehe Nr. 4313.

Ich nahm Veranlassung, dem Grafen zu sagen, daß wir nach unserer Auffassung das permanente Schiedsgericht als weder praktisch noch annehmbar, ja sogar für gefährlich hielten, weil keine Unparteilichkeit möglich sei. Ich deutete dem Minister an, daß — wie es mir scheine — der englische Vertreter Sir J. Pauncefote es verstanden habe, den Baron Staal für seine Ansichten zu gewinnen und ihm den englischen Vorschlag annehmbar zu machen, gleichsam als ob derselbe mit dem ursprünglichen russischen in Einklang zu bringen wäre. Ich fügte hinzu, ich könnte kaum glauben, daß Rußland mit den englischen Propositionen, die keinen anderen Zweck verfolgten, als den russischen Vorschlag zu Fall zu bringen, sich identifizieren könne. Nach unserer Ansicht sei letzterer (der russische Vorschlag) wohl annehmbar, wenn er auch allgemein gehalten wäre.

Hierauf erwiderte Graf Murawiew, mit Genehmigung des Kaisers enthalte er sich jedes Eingriffs in die Aktion des Baron Staal bei der Konferenz und wolle in keiner Weise die Freiheit seiner Entschließungen beeinträchtigen. Baron Staal erhalte keine Instruktion von hier. Selbst Mitteilungen und Bemerkungen, die er, Graf Murawiew, seitens der hiesigen Vertreter bekäme, vermeide er dem Baron Staal zukommen zu lassen, um dessen Handlungsweise nicht zu beeinflußen.

Ich hatte dabei die Empfindung, daß Graf Murawiew sehr froh ist, auf diese Weise jede Verantwortung von sich auf einen anderen abzuwälzen.

Bezüglich des englischen Manövers, den Baron Staal zur Annahme des englischen Vorschlags zu bringen, meinte Graf Murawiew mit der ihm eigenen Art des vouloir jouer au plus fin, er könne mich versichern, daß Baron Staal keineswegs von Sir J. Pauncefote eingelappt oder düpiert sei, daß er im Gegenteil das englische Spiel durchschaue und nur deshalb auf die Ideen des englischen Vertreters eingegangen sei, „pour ne pas“ — dies sind seine eigenen Worte — „arriver à un autre groupement quelconque qui pourrait entraver la marche de la conférence.“ Es sei wichtig, sich nicht zu isolieren, und so habe auch Baron Staal als einzige Instruktion, und zwar bei Antritt seiner Mission, die Weisung erhalten, „d'éviter de rester seul et de tâcher d'empêcher tout ce qui peut produire une scision.“

In seinen Augen, meinte Graf Murawiew, sei der permanente Gerichtshof — der ja nicht im russischen Programm vorgesehen sei und auch wohl nicht sonderlich wünschenswert erscheine — kein Gegenstand ernster Tragweite, da er sich doch nur mit nichtpolitischen Fragen zu befassen habe (wie etwa Telegraphie, Post usw.), und würde er es für geboten halten, der lieben Eintracht der europäischen Mächte wegen in dieser unwesentlichen Sache nachzugeben und eher den englischen Vorschlag zu berücksichtigen, als England zu trennen und es in eine andere unerwünschte Gruppierung zu treiben. (Graf Murawiew dürfte Amerika im Auge haben.)

Wenn wir (Deutschland) allein die Idee des permanenten Gerichtshofes zurückwiesen, dann würde das Odium auf uns fallen, als verwürfen wir das so sehr populäre Prinzip der Arbitrage.

Er fügte aber gleich hinzu, das alles sei seine Privatansicht, die er auch Herrn von Staal nicht aufdrängen wolle. Dieser möge mit Graf Münster sich debrouillieren und sich mit ihm verständigen.

Darauf hielt mir Graf Murawiew einen Vortrag über die Vorteile der Arbitrage und zitierte die glücklichen Resultate, die Herr von Martens z. B. in der Venezuelafrage erzielt habe; auch meinte er, der Spanisch-Amerikanische Krieg* wäre vermieden worden, wenn dem russischen Vorschlage gemäß die Marineangelegenheit einem Schiedsgerichte unterworfen worden wäre. Bei dieser akademischen Unterhaltung konnte ich nicht umhin, dem Minister wiederum die Nachteile und Gefahren eines ständigen Schiedsgerichts vorzuhalten und hervorzuheben, wie unmöglich es sei — auch wenn es sich nur um nichtpolitische Fragen, deren Grenzen schwer zu ziehen seien, handle —, die Unparteilichkeit der Richter zu sichern, welche merkwürdigerweise bei der Konferenz gar nicht besprochen, sondern als etwas Selbstverständliches angenommen worden sei. Es zeige dies den eigentümlichen Geist der Konferenz. Ich hob den Unterschied hervor, der zwischen privaten und staatlichen Verhältnissen liege. Im Privatleben sei der Richter an den von ihm zu entscheidenden Fragen nur in den allerseltensten Fällen interessiert, im Staatsleben sei jede Großmacht bei jeder auftauchenden größeren Frage mehr oder weniger beteiligt. Großmächte eigneten sich daher überhaupt nicht für das Richteramt, unter den Mittel- und Kleinstaaten erfordere es sorgfältige Erwägung, solche zu finden, die nicht parteiisch und nicht in jedem einzelnen Falle interessiert wären. Diese Deduktion hielt der Minister zwar für sehr zutreffend, aber er vermied es, den Gegenstand eingehender zu behandeln. Er brachte das Gespräch auf allerhand andere Dinge: er erwähnte das Auseinandergehen der Verlobung des Prinzen Max von Baden** ohne weiteren Kommentar, die von einem Momente zum anderen erwartete Niederkunft Ihrer Majestät der Kaiserin, die sich sonst sehr wohl befände; er rühmte die ungeheure Arbeitskraft und Gewissenhaftigkeit des Kaisers bei Erledigung der Staatsgeschäfte usw. So endete meine erste Begegnung mit Graf Murawiew nach meiner Rückkehr. pp.***

Radolin

---

* Vgl. Kap. XCVII.

** Der Prinz war seit 9. September 1898 mit der russischen Großfürstin Helena Wladimirowna verlobt gewesen.

*** Der Schluß des Berichts betrifft den russischerseits angeregten Abschluß eines deutsch-russischen Abkommens über den Orient. Vgl. Bd. XIV, Kap. XCV.

Nr. 4316

Das Mitglied der Delegation bei der 1. Haager Friedenskonferenz Professor Zorn, z. Z. in Berlin, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow

Eigenhändig

Berlin, den 18. Juni 1899

Eurer Exzellenz beehre ich mich, im Anschluß an die gestrige Konferenz* nachfolgenden gehorsamsten Bericht zu erstatten.

Die beiden springenden Punkte in der Schiedsgerichtsfrage sind nach dem Gang der bisherigen Verhandlungen jetzt: 1. Die sogenannte obligatorische Arbitrage (Artikei 10 des russischen Entwurfs) und 2. das sogenannte permanente Tribunal (Projekt Pauncefote).

Beide Punkte enthielt das Murawiewsche Programm nicht; der erste war jedoch bereits enthalten in dem in der ersten Sitzung der dritten Kommission vorgelegten russischen Entwurf; der zweite wurde in derselben Sitzung von Sir Pauncefote angekündigt und diese Ankündigung alsbald durch ein formuliertes Projekt verwirklicht. Speziell für letzteren Punkt ergab sich auf der Konferenz eine so allgemeine und intensive Strömung, daß der deutsche Widerspruch völlig isoliert blieb, nachdem die nordamerikanische Union sich mit größter Entschiedenheit auf den englischen Standpunkt gestellt, Rußland sich ganz den englisch-amerikanischen Vorschlägen angeschlossen hatte und die Vertreter von Frankreich, Italien, Österreich gleichfalls mitgingen, der Vertreter von Österreich allerdings unter Vorbehalt der Entschließungen seiner Regierung. Es war direkt unmöglich, diese Strömung zu überwinden.

Auf der Konferenz besteht jedoch der dringende und von verschiedenen Seiten, besonders durch Herrn von Staal, Graf Nigra, Mr. White lebhaft betonte Wunsch, einen Entwurf des Schiedsgerichtsprojektes zu gestalten, dem die Regierung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers zustimmen könnte. Man ist zu diesem Zweck zu weitgehenden Zugeständnissen bereit.

Vor allem sind die Amerikaner, um den von ihnen so dringend gewünschten Anschluß Deutschlands zu gewinnen**, bereit, die sogenannte obligatorische Arbitrage des Artikels 10 des russischen Entwurfs zu opfern und damit den ganzen Schiedsgerichtsge-

* Vgl. darüber die eingehenden Mitteilungen Zorns in: Deutschland und die beiden Haager Friedenskonferenzen (1920), S. 36 f.

** In Wirklichkeit standen die Amerikaner a priori und vom ersten Tage der Konferenz an auf dem Standpunkt: as to arbitration, we cannot make it compulsory. Autobiography of A. D. White II, 259.

danken völlig fakultativ zu machen: Kein Staat ist dann jemals verpflichtet, das Schiedsgericht anzurufen. Es besteht gegründete Hoffnung, daß man sich hierauf einigen könnte, insbesondere wenn Deutschland diese Bedingung stellen würde.

Das sogenannte permanente Tribunal ist vom Subkomitee in der Weise angenommen (Ziffer 3 ist noch nicht erledigt, an der Annahme besteht aber kein Zweifel), daß 1. eine Liste von Schiedsrichtern aufgestellt werden soll derart, daß jede Vertragsmacht zwei Mitglieder ernennt; 2. ein ständiges Bureau im Haag als Sekretariat und Archiv errichtet werden soll, das 3. unter Aufsicht eines aus den im Haag akkreditierten fremden Diplomaten bestehenden Verwaltungsrates stehen soll. Auf letzteren Punkt legt insbesondere Graf Münster erhebliches Gewicht und erachtet denselben als eine wesentliche Erleichterung für Annahme der ganzen „Organisation".

Permanent ist somit in Wirklichkeit nur das Sekretariat. Es wird demgemäß die Bezeichnung „permanentes Tribunal" voraussichtlich als irreführend beseitigt und durch die Worte „dauernde Organisation" oder eine ähnliche Wendung ersetzt werden.

Gegenüber den bisherigen Verhältnissen ist jene Liste die einzige Neuerung. Aber auch diese Liste ist völlig fakultativ. Die bisherigen Verhältnisse bleiben ganz unverändert, insofern auch in Zukunft nach freier Wahl durch Übereinkunft der Parteien ein einziger Schiedsrichter — ein Staatsoberhaupt, der Papst, ein Diplomat oder Gelehrter usw. — berufen oder ein Spezialschiedsgericht nach dem Wunsche der Parteien gebildet werden kann.

Die souveräne Entscheidung der Staaten bleibt somit — nach Streichung des Artikels 10 — ganz frei: 1. kein Staat braucht sich überhaupt einem Schiedsgericht zu unterwerfen, 2. die streitenden Staaten, die ein Schiedsgericht haben wollen, sind hierfür nicht an die Liste gebunden.

Unter diesen Umständen dürften in der Liste kaum wirkliche Gefahren liegen. Es ist ja wohl anzunehmen, daß die kleinen Staaten von dem Schiedsgericht nach der Liste reichlich Gebrauch machen werden. Großmächte aber werden dies nur tun, wenn ein positives politisches Interesse ihnen dies erwünscht erscheinen läßt. —

Die Bildung des Schiedsgerichtes nach der Liste im einzelnen Fall würde in der Weise erfolgen, daß jeder Streitteil mindestens zwei Schiedsrichter — wozu er immer seine eigenen Mitglieder berufen könnte — zu ernennen und diese sich dann über einen „surarbitre" zu einigen hätten.

Eingehende Besprechungen der deutschen Delegierten unter sich, insbesondere des gehorsamst Unterzeichneten mit Graf Münster und Professor von Stengel ergaben für uns als Resultat: daß nach Beseitigung des Artikels 10 des russischen Entwurfes — sogenannte „obli-

gatorische“ Arbitrage — die „Liste“ etwas verhältnismäßig harmloses sei. Die völlig freie Entscheidung Seiner Majestät des Kaisers bezw. der Kaiserlichen Regierung wäre dann durchaus und grundsätzlich gewahrt. —

Demgegenüber mußten wir es als Pflicht erachten, die allgemeinen politischen Gesichtspunkte zu erwägen, wie sie uns in der Instruktion, insbesondere hinsichtlich des Verhältnisses zu Rußland, bestimmt vorgezeichnet waren, und wie sie sich ferner aus der Gesamtsituation auf der Konferenz für uns ergaben. Es steht heute schon so gut wie fest, daß die Arbeiten der ersten Kommission — Abrüstung usw.* — ein irgend erhebliches Resultat nicht haben werden; außer einer Erklärung gegen explodierende Kleingeschosse und gegen die Verwendung giftiger Gase im Seekrieg wird hier kaum etwas zustande kommen. Die Arbeiten der zweiten Kommission dagegen waren erfolgreich: Der Entwurf einer Konvention für Anwendung der Genfer Konvention auf den Seekrieg ist fertiggestellt, und auch die Arbeiten behufs Revision der Brüsseler Deklaration von 1874 werden ein gutes Resultat haben. Beide Entwürfe sind unter eifriger und erfolgreicher Mitwirkung der deutschen Delegierten zustande gekommen.

Immerhin wäre dies Resultat nach der im Haag herrschenden Gesamtanschauung und insbesondre der Anschauung der maßgebenden russischen Delegierten kein sehr erhebliches und würde nicht im Verhältnis stehen zu den an die Konferenz geknüpften Hoffnungen, wenn die Arbeiten der dritten Kommission im wesentlichen resultatlos blieben. Dies würde jedoch der Fall sein, wenn die dauernde Organisation, die in der „Liste“ vorgesehen ist, fiele. Eine schroffe Stellungnahme Deutschlands aber würde, so wie sich nun einmal die Gesamtsituation auf der Konferenz gestaltet hat, im wesentlichen die gleiche Wirkung haben. Es würde dadurch nach der Auffassung, in der die gesamte deutsche Delegation einig ist, eine schwere Verstimmung Rußlands, der nordamerikanischen Union und Englands und im wesentlichen der ganzen Konferenz hervorgerufen werden. Diese Verstimmung würde sich nur gegen uns richten, da wir in unserem Widerspruch in dieser Frage eine Unterstützung durch Österreich-Ungarn und Italien nicht finden, sondern ganz allein stehen. Speziell die russischen — von Staal und von Martens — sowie die amerikanischen — White, Holls — Vertreter haben in der letzten Zeit den dringenden Wunsch betont, diese Frage in Gemeinschaft mit Deutschland auf der Konferenz zum Abschluß zu bringen. Inwieweit freilich eine Verstimmung auf der Konferenz eine politische Verstimmung der Staaten selbst nach sich ziehen würde, ist eine Frage, über die zu urteilen der gehorsamst Unterzeichnete sich nicht anmaßen darf. Daß es aber nicht an Leuten fehlt, die nur auf den Moment warten, um Deutschland in der ganzen Welt als den ein-

* Vgl. Abschnitt B.

zigen Störenfried hinzustellen, der die auf Befestigung des Friedens gerichteten Bestrebungen durchkreuze, ist gewiß. Und es sind dies nicht bloß Leute wie der französische Sozialist Jaurès, der dem Delegierten d'Estournelles erklärte: „Im letzten Augenblick wird eure Friedensarbeit auf der Konferenz von irgendwoher vernichtet werden, und dann wird die Konferenz nur ein großer Erfolg für uns sein."

In Erwägung dieser Gesamtsituation auf der Konferenz stelle im Einverständnis mit Graf Münster ich die gehorsamste Bitte:

Es möge die definitive Stellungnahme der Kaiserlichen Regierung erst dann erfolgen, wenn das fertige Projekt vorliegt. Dies ist der Standpunkt Österreichs, wohl auch Italiens und vielleicht auch Frankreichs und Englands, da es immerhin nicht ganz zweifellos ist, ob die ersten Delegierten dieser Staaten — Bourgeois und Sir Pauncefote — ihre Regierungen hinter sich haben. Nach meinem gehorsamsten Dafürhalten werden auch zu den anderen Konferenzbeschlüssen, insbesondere Ausdehnung der Genfer Konvention auf den Seekrieg und Brüsseler Deklaration, definitive Erklärungen erst nach Abschluß der Konferenz und eingehender Prüfung ihrer Beschlüsse durch die beteiligten Ressorts erfolgen können.

Eventuell bitte ich gehorsamst: daß die deutsche Erklärung erst in der Plenarsitzung der Konferenz abgegeben werde; das kleine Subkomitee, in dem allerdings der Schwerpunkt der Vorarbeiten, aber eben doch nur dieser liegt, erscheint hierfür nicht geeignet. Selbstverständlich würde ich in dem Komitee mit aller Energie auf eine Gestaltung des Entwurfes im Sinne der Intentionen der Regierung Seiner Majestät unseres Kaisers hinzuwirken haben, wogegen eine scharfe Erklärung gegen den Kernpunkt des Projektes im Subkomitee meine weitere Mitarbeit in demselben so gut wie gegenstandslos machen würde.

Zorn

Nr. 4317

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 106 St. Petersburg, den 19. Juni 1899

Antwort auf Telegramm Nr. 76* vom 17. d. Mts.

Nachdem die Bestellung einer ständigen Schiedsgerichtsbehörde im Mittelpunkt der Diskussion im Haag steht und in dieser Frage sich das hauptsächliche Interesse an der Konferenz konzentriert, das Zustandekommen dieses ständigen Schiedsgerichts nach allgemeiner

---

* Siehe Nr. 4313.

— und auch russischer — Meinung als das einzig mögliche Ergebnis von Wert angesehen wird, ist es für mich außer Frage, daß, falls dieses Ergebnis — gleichviel ob es sich in der Folge als schädlich oder nicht erweisen sollte — durch den Widerstand Deutschlands vereitelt wird, die Verantwortung und das Odium für das Fiasko der Konferenz von hier aus uns allein zugeschoben werden wird. Man wird hier an oberster Stelle, wie ich nach meiner Kenntnis des Charakters des Kaisers Nikolaus sicher glaube, darüber ernstlich verstimmt werden und sich persönlich verletzt fühlen, und wenn sich diese Verstimmung auch nicht in lärmender Form, wie voraussichtlich in der englischen und amerikanischen Presse, Luft machen wird, so wird sie doch um so nachhaltiger wirken. Wenn auch die fraglichen Amendements über den ursprünglichen russischen Vorschlag hinausgehen, so würde man hier, nachdem man einmal selbst zugestimmt, unsere Haltung gewiß ebenso beurteilen, als wenn wir von Anfang an opponiert hätten. Die durchaus treffende Logik unserer Deduktionen wird wenig in Rücksicht gezogen werden gegenüber dem empfindlichen Schlage des herbeigeführten Mißerfolgs der Konferenz.

Ich meinerseits würde gleichwie Graf Münster Bedenken tragen, eine Erklärung, wie sie Professor Zorn vorzubringen beauftragt war, abzugeben, schon deshalb, weil ich die völlige Isolierung Deutschlands in dieser Frage und die dadurch bedingte Unmöglichkeit, an den in der Folge hierüber unter den Kabinetten zu erwartenden Verhandlungen Anteil zu nehmen und sich dabei etwa bildende Gruppierungen oder Intimitäten zu kontrollieren, für schädlicher zu halten geneigt bin als die Zustimmung zu einer Institution, deren im wahren Friedensinteresse gewiß wenig empfehlenswerte Wirkungen doch wohl zunächst von anderen Staaten am eigenen Leibe erprobt werden dürften.

Der Gesichtspunkt, unter dem allein meiner Ansicht nach unsere Zustimmung zu den von allen anderen Großmächten angenommenen Amendements erfolgen könnte ist der, daß wir unter protokollarischer Festlegung unserer Beurteilung der Verhältnisse erklären, mit Rücksicht auf die von Seiner Majestät dem Kaiser und Könige gegebene Zusage, mit Rußland zu gehen, um einen neuen praktischen Beweis unserer Selbstlosigkeit gegenüber dem großen humanitären Ziel zu geben, zustimmen zu wollen. Der russischen Regierung gegenüber würde unser Standpunkt und unsere sachlich begründete Gegenansicht vielleicht noch in einer besonderen vertraulichen Denkschrift eingehend darzulegen und hervorzuheben sein, daß Seine Majestät nur aus treuer Gesinnung für Kaiser Nikolaus und als Beweis für den hohen Wert, den allerhöchster auf die dauernde ungetrübte Freundschaft mit seinem kaiserlichen Nachbarn lege, alle diese Bedenken habe zurückstellen wollen.

Auf diese Denkschrift könnte man dann später, falls tatsächlich die deutschen Interessen ein Zurückziehen von der Schiedsgerichts-

behörde notwendig machen sollten, zurückgreifen und durch ihre Publikation unter Hinweisung auf die veränderten Verhältnisse die Freiheit des Handelns wiedergewinnen. Radolin

Nr. 4318

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Helgoland, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow

Telegramm. Entzifferung

Nr. 15 Helgoland, den 19. Juni 1899

Wenn die Persönlichkeit des Mr. Holls* eine so wichtige ist, wie Sie sie mir schildern, nehme ich keinen Anstand, denselben zu empfangen, vorausgesetzt, daß Sie nichts dagegen haben, und könnten Sie mit demselben nach Kiel kommen. Denn es liegt augenblicklich bei dem eigentümlichen Verhalten der Engländer uns gegenüber im Haag umsomehr viel daran, mit den Amerikanern gut zu stehen. Sie werden selbstverständlich vorher** den nötigen Gedankengang, der im Gespräch mit Holls festgehalten werden muß, mit mir vorher** festsetzen. Wilhelm I. R.

Nr. 4319

Aufzeichnung des Direktors der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt Hellwig

Reinschrift

Berlin, den 19. Juni 1899

Die befohlene Besprechung mit Mr. Holls fand heute um 3 Uhr statt. Teil nahmen daran: Direktor Hellwig, Wirklicher Geheimer Legationsrat von Frantzius und Wirklicher Legationsrat Klehmet.

---

* Der am 17. Juni in Berlin gleichzeitig mit Professor Zorn eingetroffene Sekretär der amerikanischen Friedensdelegation Frederik W. Holls, ein Deutsch-Amerikaner — nach Whites Erzählung wäre die Entsendung Holls zwischen ihm und Graf Münster verabredet gewesen (Autobiography of A. D. White II, p. 308 s.) — gab dem Reichskanzler Hohenlohe, gestützt auf dringende Empfehlungen Whites, den Wunsch zu erkennen, vom Kaiser empfangen zu werden. Es kam indessen trotz der Bereitwilligkeit des Kaisers nicht dazu. Auch Staatssekretär von Bülow, für den Holls ein eingehendes und eindringliches Schreiben Whites vom 16. Juni (Autobiography II, 309 ss.) zu überbringen hatte, scheint ihn trotz der gegenteiligen Angabe Whites (p. 317, 318) nicht empfangen zu haben; doch regte Bülow eine Konferenz des „sehr einflußreichen und politisch gut gesinnten" Mr. Holls mit Holstein, Hellwig und einigen anderen Räten des Auswärtigen Amtes an, die am 19. stattfand. Siehe das folgende Schriftstück.

** Sic!

In der Besprechung, die beiderseits in freundlichstem Sinne gehalten wurde und etwa $2\frac{1}{2}$ Stunden währte, wurden von Herrn Holls die Gründe geltend gemacht, die Amerika bestimmen, so entschieden für ein ständiges Schiedsgericht einzutreten, und von der anderen Seite die Bedenken, die hier gegen eine solche Einrichtung bestehen.

Die Gründe des Herrn Holls kamen im wesentlichen darauf hinaus, daß Amerika aus Gründen der inneren Politik Wert darauf legen müsse, ein greifbares Ergebnis vom Haag mitzubringen, und als solches könne es nur das ständige Schiedsgericht betrachten. Das irische Element in Amerika habe seinerzeit die Ratifikation des allgemeinen Schiedsgerichtsvertrags mit England verhindert; es handele sich jetzt darum, das germanische Element in den Vereinigten Staaten dem irischen gegenüber zur richtigen Geltung zu bringen. Dazu würde es dienen, wenn jezt Amerika mit Deutschland und England vereinigt das ständige Schiedsgericht zustande bringe. Denn so kühl man anfangs der Haager Konferenz in Amerika gegenübergestanden habe, so zeige sich die dortige öffentliche Meinung, seit das ständige Schiedsgericht auf das Tapet gekommen sei, in hohem Maße *für* dieses erregt.

Es wurde ihm entgegengehalten, daß die öffentliche Meinung in Deutschland sich in der Frage absolut kühl verhalte. *Dies gab er zu.* Ein anderer Grund, als daß Amerika für seine innere Politik Deutschland als Vorspann wünscht, war nicht zu erkennen. Denn in der Sache selbst verhehlte Herr Holls nicht, daß mancherlei Bedenken (z. B. daß die Entscheidungen auch anderen Regierungen gegenüber als den am Streite beteiligten als Präjudiz dienen könnten, oder daß die kleineren Staaten zu stark zur Geltung kommen könnten), auch in Amerika wohl gewürdigt worden seien, daß man aus politischen Gründen aber darüber hinwegsehen zu können glaube, auch vertraue, daß sich in der Praxis die Sache nicht so gefährlich stellen werde, zumal die Anrufung oder Annahme des ständigen Gerichts rein *fakultativ* sei. Hiergegen wurde geltend gemacht, daß das für Amerika bei seiner isolierten Lage und wirtschaftlichen Geschlossenheit wohl zutreffen möge, nicht aber für Deutschland bei seinen mannigfachen Beziehungen zu so vielen Nachbaren. Bestehe das Gericht einmal, so werde sich Deutschland ihm nicht so leicht wie etwa die Vereinigten Staaten entziehen können, und jede Ablehnung werde gegen Deutschland nicht bloß von dem andern Teile, sondern auch von den sonstigen Gegnern Deutschlands politisch ausgebeutet werden.

Herr Holls sprach zwar davon, daß Deutschlands Fernbleiben die Sache vereitele, bemerkte aber bei einer andern Gelegenheit, daß die Sache ja, da vier Großmächte (England, Amerika, Rußland, Frankreich) dafür seien, *doch zustande komme* und es nur sehr bedauerlich sein würde, wenn Deutschland oder vielleicht auch gar die anderen Dreibundsstaaten fernblieben.

Es wurde Herrn Holls bemerkt, daß die Frage für Amerika, das seit Jahren über Schiedsgerichtsverträge verhandelt und solche abgeschlossen habe, reif sein möge; Deutschland habe sich mit der Frage noch nie zu beschäftigen gehabt, diese habe auch nicht auf dem russischen Programm gestanden, und wir seien damit auf der Konferenz vollständig überrascht worden. Es scheine richtiger, wenn Deutschland sich den Beitritt vorbehalte, als wenn es nach einiger Zeit wieder davon zurücktreten müßte.

Herr Holls meinte, Amerika sei im Prinzipe bereit, Deutschland jede Abänderung bei der Einrichtung zuzugestehen, sofern wir uns nur für letztere erklärten und genau angäben, welche Konzessionen wir zur Wahrung unseres Standpunkts fordern zu müssen glaubten.

Solche Forderungen konnten Herrn Holls nicht bezeichnet werden, da seine Ausführungen die grundsätzlichen Bedenken, die vom Standpunkte der Rechtsabteilung gegen das ständige Schiedsgericht geltend zu machen sind, in keiner Weise entkräftet hatten und sich diese Bedenken gerade gegen die Einrichtung selbst kehren.

Das man etwa das ständige Gericht fallen lasse und dafür das Schiedsgericht für einzelne Fälle als obligatorisch erkläre, bezeichnete Herr Holls für Amerika als unannehmbar; auf das Obligatorische ohne das ständige Gericht lege man dort keinen Wert.

Aus einzelnen Äußerungen des Herrn Holls war zu entnehmen, daß er das am 15. d. Mts. an Graf Münster en clair abgegangene Telegramm* seinem Wortlaute nach kennen muß. Es läßt dies vermuten, daß auch die anderen Delegierten zur Haager Konferenz von diesem Telegramm Kenntnis haben. Umso bedenklicher für das Ansehen Deutschlands dürfte ein Zurückweichen von der darin vorgeschriebenen Verhaltungslinie erscheinen.

Hellwig

Nr. 4320

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel

Ausfertigung

Berlin, den 21. Juni 1899
[abgegangen am 22. Juni]

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät beehre ich mich über den augenblicklichen Stand der Verhandlungen der Haager Konferenz nachstehendes alleruntertänigst zu berichten.

Getreu den von Euerer Majestät erteilten Direktiven sind die deutschen Konferenzdelegierten so viel wie möglich Hand in Hand

* Siehe Nr. 4308.

mit ihren russischen Kollegen gegangen und haben sich bemüht, dazu mitzuwirken, daß die Arbeiten der aus der Initiative des Kaisers von Rußland hervorgegangenen Konferenz nicht ganz ergebnislos verliefen. Diese Bemühungen sind auf verschiedenen Gebieten nicht ohne Erfolg geblieben. Insbesondere haben die Arbeiten der zweiten Kommission unter wesentlicher deutscher Beteiligung zur Fertigstellung eines Entwurfs zur Ausdehnung der Genfer Konvention auf den Seekrieg geführt, und bei den auf eine Revision der Brüsseler Deklaration von 1874 gerichteten und ebenfalls erfolgreichen Arbeiten hat sich Oberst von Groß die führende Stellung errungen. Dagegen ist auf der andren Seite kein Zweifel mehr darüber möglich, daß, wie Euere Majestät dies längst vorausgesagt hatten, die erste, mit der eigentlichen Abrüstungsfrage betraute Kommission ohne ein irgend nennenswertes Resultat wird auseinandergehen müssen[1]*.

Angesichts dieses immer deutlicher werdenden eklatanten Mißerfolgs bei dem eigentlichen Ausgangspunkt der zarischen Anregung legt Rußland erklärlicherweise um so größeres Gewicht darauf, daß wenigstens auf dem schwierigen Gebiete des Schiedsverfahrens irgendetwas zustande käme. Auch in dieser Frage waren unsere Delegierten aus Rücksicht auf die russische Regierung und etwaige Empfindlichkeiten Seiner Majestät des russischen Kaisers angewiesen, nicht von vornherein eine ganz und grundsätzlich oppositionelle Haltung einzunehmen, sondern sich tunlichst an der Beratung des Gegenstandes zu beteiligen. Dies war um so leichter, als der den Beratungen zugrunde gelegte ursprüngliche russische Entwurf zur Regelung eines Schiedsgerichtsverfahrens so allgemein gehalten war und so dehnbare, ja teilweise harmlose Vorschläge enthielt, daß es nicht ausgeschlossen schien, auf dieser Grundlage einige mehr oder weniger theoretische Völkerrechtssätze aufzustellen, denen wir einerseits unbedenklich hätten beitreten können, und die andrerseits ein vollständiges Fiasko der Konferenz gerade auf diesem der öffentlichen Meinung aller Länder nun einmal sympathischen Gebiet verhindert oder richtiger verdeckt haben würden.

Diese Sachlage ist erst in letzter Zeit verschoben worden durch ein von Sir Julian Pauncefote zuerst aus eigener Initiative eingebrachtes Projekt[2], welches nicht mehr die Anwendung der Arbitrage und Vermittlung im einzelnen Falle, sondern die Bestellung einer besondren ständigen Gerichtsbehörde vorsieht, welche die Streitfälle zwischen Staaten in erster und letzter Instanz entscheiden und deren Zuständigkeit eine Reihe von Kategorien von Streitfällen von vornherein und obligatorisch unterworfen werden sollten[3].

Deutschland hat der sehr populären Schiedsgerichtsidee aus guten Gründen mit Mißtrauen und Zurückhaltung gegenübergestanden.

---

* Siehe Abschnitt B.

Demgemäß haben die deutschen Delegierten von vornherein nicht gezögert, den Pauncefoteschen Vorschlag mit gewichtigen Einwendungen zu bekämpfen. Nichtsdestoweniger hat der Vorschlag in der Konferenz rasch Anklang und bald außer von englischer auch von italienischer, amerikanischer und zuletzt auch von russischer Seite lebhafte Unterstützung gefunden, sodaß der deutsche Widerspruch völlig isoliert blieb[4].

Es zeugt für das festgegründete Ansehen der nach Euerer Majestät Direktiven geführten deutschen Politik und für die darauf basierte Stellung der deutschen Delegierten, daß trotz dieser Isolierung die deutschen Einwendungen den tiefsten Eindruck machten und niemand daran gedacht hat, die Einrichtung des ständigen Schiedsgerichts, obwohl dies an sich möglich gewesen wäre, ohne Deutschland ins Leben zu rufen. Unverkennbar war vielmehr das ehrliche Bestreben von allen Seiten, durch weitgehendes Entgegenkommen unsere Bedenken zu beseitigen.

Durch die verschiedenen uns entgegengebrachten Konzessionen ist denn auch der ursprüngliche Pauncefotesche Vorschlag derartig modifiziert worden, daß kaum mehr als der Name übriggeblieben ist. Statt des ursprünglichen ständigen Tribunals handelt es sich jetzt in Wirklichkeit nur noch um eine ständige Liste von solchen Personen, die als eventuelle Schiedsrichter gewählt werden können, ohne daß aber irgendeine Verpflichtung dazu besteht. Jeder Staat bezeichnet zwei sachkundige Personen für die Liste, behält aber vollste Freiheit, ob er in Streitfällen überhaupt auf die Liste zurückgreifen will oder nicht. Permanent wird in Wahrheit nicht mehr das sogenannte Tribunal, sondern das mit den reinen Formalgeschäften für dasselbe zu betrauende Sekretariat. Auch der sogenannten, für einzelne Fälle in Aussicht genommenen obligatorischen Arbitrage ist die bedenkliche Seite genommen durch die infolge des deutschen Einspruchs eingefügte Klausel*, wonach die obligatorische Arbitrage ausgeschlossen ist von allen Fragen, wo Lebensinteressen eines Staats oder seine Ehre berührt werden. Schließlich soll das ständige Bureau, welches wahrscheinlich seinen Sitz im Haag erhalten würde, der Aufsicht der dort akkreditierten Gesandten unterstellt werden, eine Maßregel, wodurch etwaigen Mißbräuchen vorgebeugt wird.

Aller Wahrscheinlichkeit nach werden auch noch fernere Abschwächungen des Projekts zugunsten unseres Standpunktes zu erreichen sein.

Nach allem dem bin ich auf Grund reiflicher Prüfung und gestützt auf das in Abschrift hier anliegende Gutachten des von Euerer Majestät zur Konferenz delegierten Professors Zorn**, eines

---

* In Wirklichkeit müßte es heißen: wieder eingefügte Klausel, denn in dem ursprünglichen russischen Entwurf war sie bereits vorgesehen.

** Siehe Nr. 4316.

Mannes, der bereits durch seine Haltung in der Lippischen Frage sich als strenger Vertreter monarchischer und konservativer Interessen bewährt hat, zu der Auffassung gelangt, daß das Schiedsgerichtsprojekt in der neuesten Gestalt, zunächst rein technisch-juristisch betrachtet, für uns an dem bisherigen Zustand kaum irgendetwas ändern wird[5] und daher für Deutschland als unschädlich und harmlos angesehen werden kann[6]. Die Möglichkeit zu einer Fortentwicklung der geplanten Institution in einer uns unerwünschten Richtung möchte nach ihrer ganzen Struktur als ausgeschlossen zu betrachten sein.

Nach Klarstellung dieser technischen Seite der Sache war es meine Pflicht, auch die allgemeinen politischen Folgen, welche Deutschlands Stellungnahme nach der einen oder der anderen Seite zur Folge haben könnte, eingehend zu erwägen.

In dieser Beziehung kommt, gemäß den von Euerer Majestät mir vorgezeichneten Grundgedanken unserer auswärtigen Politik, die Rückwirkung auf Seine Majestät den Kaiser von Rußland und demgemäß auf die russische Politik in erster Linie in Betracht. Ich gestatte mir deshalb, Euerer Majestät zunächst eine von mir eingeforderte telegraphische Äußerung Euerer Majestät Botschafters in St. Petersburg ehrfurchtsvoll zu unterbreiten *. Fürst Radolin empfiehlt auf das dringendste, dem von Rußland aufgenommenen Projekt zuzustimmen, weil wir andrenfalls nicht allein vor der öffentlichen Meinung der ganzen Welt, sondern namentlich auch in den Augen des russischen Kaisers mit dem Odium für das Fiasko der Konferenz belastet sein würden; wir würden mit dauernder und nachhaltiger Verstimmung des Kaisers Nikolaus sowie mit unserer völligen Isolierung zu rechnen haben. Bestätigt wird die Auffassung des Botschafters dadurch, daß heute morgen Graf Osten-Sacken bei mir erschien, um mir zu sagen, wie die Konferenz im Haag fortgesetzt bemüht sei, durch Entgegenkommen die deutschen Delegierten zu gewinnen, und wie die russische Regierung es um so mehr empfinde[7], wenn jene dennoch fortführen, sich ablehnend zu verhalten.

Ganz auf demselben Standpunkte wie Fürst Radolin steht auf Grund seiner Wahrnehmungen während der Konferenz Euerer Majestät Botschafter Graf Münster. Derselbe macht ebenso wie Professor Zorn in dem obigen Gutachten geltend, daß bei fortgesetzter Ablehnung nicht allein die Stellung der deutschen Delegierten im Haag, sondern auch unser politisches Verhältnis zu Rußland von Grund aus verdorben werden würde[8], und führt dann folgendes aus:

„Fast alle Delegierten haben sich mit einem mir unverständlichen Enthusiasmus für die Schiedsgerichtsvorschläge begeistert, wer-

---

* Siehe Nr. 4317.

den, um uns zu gewinnen, noch weitgehenden Konzessionen zustimmen, um dieses Schiedsgericht rein fakultativ zu gestalten.

Ist es wirklich rein fakultativ, wird der § 10, der für gewisse Fälle einen Zwang enthält, gestrichen, so wird die Sache für uns möglicherweise annehmbar werden.

Mir ist die ganze Schiedsgerichtsfrage als altem Diplomaten und Politiker sehr zuwider, wenn ich aber auf der anderen Seite die Schäden in Rechnung ziehe, die unsere politischen Beziehungen den übrigen Großmächten und Amerika gegenüber erleiden könnten, ganz abgesehen von der öffentlichen Meinung, die auf das äußerste gegen uns erregt würde, so würde ich das kleinere Übel wählen.

Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß wir zwischen zwei Übeln zu wählen haben, von denen das eine in sich harmlos ist, das andere viele Gefahren hervorbringen kann.

Nach den letzten Besprechungen wird beantragt, daß das ständige Bureau unter die Aufsicht der hier akkreditierten Gesandten gestellt werden solle. Das würde die Sache für die Regierungen annehmbar machen.“ *

Mr. White, der amerikanische Botschafter, ersucht uns in einem vertraulichen Privatbrief ** inständigst, Deutschland möchte sich von den andren Staaten nicht trennen. Das würde, davon sei er überzeugt, die so glücklich gebesserten Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika wieder unendlich mehr verbittern, als dies früher je der Fall gewesen sei. Wenn man vernimmt, wie in allen Kirchen Amerikas jetzt allsonntäglich für den Erfolg der Friedenskonferenz gebetet wird [9], so läßt sich vorstellen, daß die Behauptungen des Mr. White nicht jeder Begründung entbehren möchten.

Schließlich darf ich in diesem Zusammenhange nicht unerwähnt lassen, daß auch die hiesigen Vertreter Italiens, Englands sowie, wenn auch mit etwas mehr Zurückhaltung, Österreich-Ungarns im Auftrage ihrer Regierungen uns gebeten haben, Deutschland möge dem Arbitrageprojekt beitreten.

Euere Majestät wollen mir nunmehr gestatten, das Ergebnis, zu welchem ich nach allem Gesagten gelangt bin, wie folgt zuzusammenzufassen. Die Schiedsgerichtsidee ist an und für sich durchaus unsympathisch. Durch Euerer Majestät feste und entschiedene Haltung ist es jedoch gelungen, die übrigen Staaten dahin zu bringen, daß sie alle bedenklichen Seiten jener Idee preisgegeben haben. Sollte die jetzt geplante Einrichtung jemals unbequem werden können, so müßte das für andre Staaten [10] in weit höherem Maße fühlbar werden als für Deutschland. Versagen wir uns ganz der Schiedsgerichtsidee, so bringen wir uns in Gefahr, die Früchte von Euerer

---

* Vgl. Nr. 4311.
** Siehe den Text in Autobiography of A. D. White II, p. 309 ss.

Majestät weitausblickender Politik, namentlich im Verhältnis zu Rußland [11] und den Vereinigten Staaten von Amerika, wieder zu verlieren. Schließen wir uns dagegen den übrigen Staaten an, so ist es, wie ich in aller Untertänigkeit aussprechen darf, meine Überzeugung, daß dadurch ein Wiederabschwenken der Amerikaner zu den Engländern erschwert wird, die Vereinigten Staaten sich vielmehr noch mehr uns zuwenden werden [12]. Der Dreibund bleibt unerschüttert, und vor allem gewinnt Euerer Majestät Verhältnis zu Kaiser Nikolaus eine neue Festigung [13], die an der Themse gewiß wenig gefallen und sehr zum Nachdenken anregen würde.

Euere Majestät wage ich hiernach ehrfurchtvollst zu bitten, Allergnädigst genehmigen zu wollen, daß

1. Graf Münster angewiesen werde, sein Verhalten in der Schiedsgerichtsfrage auf der Grundlage einzurichten, daß wir bereit seien, auf den von Rußland befürworteten Vorschlag eines permanenten Schiedsgerichts und eines permanenten Bureaus einzugehen, jedoch selbstverständlich nur in derjenigen Gestalt, welche jener Vorschlag jetzt angenommen habe, mit allen etwa noch weiter erreichbaren Modifikationen und lediglich versuchsweise;
2. durch Euerer Majestät Botschafter in St. Petersburg der russischen Regierung dargelegt werde, wie unsere sachlichen Bedenken gegen den Schiedsgerichtsvorschlag zwar nicht entkräftet wären, daß aber gleichwohl Euere Majestät, um in Bekräftigung der zuletzt noch in Wiesbaden bekundeten Gesinnungen Seiner Majestät dem Kaiser Nikolaus einen Beweis treuer Freundschaft zu geben [14], Allerhöchstsich entschlossen hätten, an Graf Münster die vorstehend zu 1. angegebene Instruktion gelangen zu lassen.

B. von Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
23/VI 99. Einverstanden W.
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] War ja auch gar nicht anders möglich
[2] Eris (England) wirft den Zankapfel unter die versammelten Götter
[3] eine ungeheuerliche Frechheit. Wenn man die Sprache der Britischen Presse als Folie dazu entgegenhält
[4] weil sie alle nicht so schnell mobil machen können als wir! Und das ist der Grund warum wir gehändikappt werden sollen! Darauf ist auch die ganze Conferenz zugeschnitten
[5] richtig
[6] augenblicklich wenigstens
[7] das war vorauszusehen sowie der ganze Blech überhaupt zu Stande kam
[8] was doch der alberne Streich eines Träumerhaften Knaben, für wichtige Interessen auf das Spiel gestellt hat!
[9] der Himmel verzeihe diesen heuchlerischen Pharisäern!
[10] vor Allem England!
[11] an mir solls nicht liegen! aber mit dem knabenhaften Träumer! wie soll das auf die Dauer werden!!?

[12] hoffentlich
[13] das ist mir mehr als fraglich!
[14] aber nur desshalb!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Ich habe in Wiesbaden versprochen, dem Zaren zu einer befriedigenden Lösung meine Hülfe angedeihen zu lassen *! Damit er sich nicht vor Europa blamire, stimme ich dem Unsinn zu! Aber werde in meiner Praxis auch für später mich nur auf Gott und mein scharfes Schwert verlassen und berufen! Und sch . . . . auf die ganzen Beschlüsse! **

Wilhelm I. R.

---

* Vgl. Nr. 4313, S. 287, Fußnote *.

** Gegenüber der unerreichten Häßlichkeit der kaiserlichen Äußerung über die Beschlüsse der Friedenskonferenz darf nicht übersehen werden, daß der Wille, sich um die Beschlüsse der Konferenz nicht zu kümmern, nicht von Wilhelm II. allein kundgegeben worden ist. Wie der Marinedelegierte Kapitän z. S. Siegel am 28. Juni 1899 dem Grafen Münster mitteilte, hatte ihm der englische Marinedelegierte Admiral Sir John Fisher unumwunden herausgesagt, „daß man sich englischerseits im Ernstfall ohne jeden Zweifel nicht für gebunden erachten und über jede Konvention hinwegsetzen würde". Für sich bekannte Sir John Fisher, der eben zum Chef des Mittelmeergeschwaders ernannt war, rund heraus: „Er würde sich im Falle eines Konfliktes im Mittelmeer keinen Augenblick besinnen, auch ohne Instruktionen und gegen etwaige zweifelhafte Abmachungen über Schiedsgerichte und Verwickelungen loszuschlagen, wenn er überzeugt sei, daß die politische und militärische Lage und der Vorteil seines Landes dies erfordere" (siehe Abschnitt C, Nr. 4274; vgl. auch Abschnitt E, Nr. 4351, S. 357). Auch der nachmalige König von England Prinz Eduard äußerte sich in einem Briefe an Kaiser Wilhelm II. vom 7. März 1900 einigermaßen despektierlich über die Friedenskonferenz: „The Peace Conference at the Hague is always a very useful peg to heng any political hat on!" (Siehe Kap. CIII, Nr. 4480.)
Damit steht im Einklang die tatsächliche Haltung der englischen Regierung in dem sich gerade während der Haager Konferenz zuspitzenden Konflikt mit der Burenrepublik: als seitens der Regierung dieser Republik der Wunsch nach schiedsrichterlicher Entscheidung ausgesprochen wurde, erfuhr er eine brüske Ablehnung.
Auch Rußlands Vorgehen in Ostasien, das zum Kriege mit Japan führte, ist doch auf keine Weise mit seinem Auftreten auf der Haager Konferenz in Einklang zu setzen. Vgl. Graf Wittes eigenes Eingeständnis: „Cinq ans plus tard, nous montrâmes nous-mêmes que nos discours sur le désarmement et la paix n'étaient que du verbiage." Mémoires du Comte Witte. Traduction de François Rousseau, p. 84.
Nicht minder bezeichnend ist, daß unmittelbar nach der Haager Konferenz zwischen Graf Murawiew und Delcassé während dessen Aufenthalt in Petersburg (Anfang August) die französisch-russischen Abkommen von 1891 und 1892, die doch ganz auf eine kriegerische Verwicklung mit dem Dreibund und vor allem mit Deutschland gestellt waren, neu bekräftigt wurden. Vgl. Abschnitt E, Nr. 4353 und Bd. XIII, Kap. LXXXIX Nr. 3577 ff.
Schließlich ist noch das bezeichnend, daß derselbe Kaiser Wilhelm II., der sich im Juni 1899 so schroff über die Beschlüsse der Schiedsgerichtskonferenz geäußert hat, nicht nur bei der Zuspitzung des Transvaalkonflikts im gleichen Jahre sich für einen amerikanischen Schiedsspruch ausgesprochen, sondern sogar der englischen Regierung am 7. Januar 1900, als die Beschlagnahme der deutschen Dampfer zu einem deutsch-englischen Konflikt geführt hatte, die Einsetzung eines Schiedsgerichts proponieren ließ: ein Vorschlag, der indessen von der englischen Regierung nicht aufgenommen wurde.

Nr. 4321

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Ersten Delegierten bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Grafen Münster

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 35 Berlin, den 22. Juni 1899

Nachdem Fürst Radolin sich Euerer Exzellenz Besorgnissen vor ungünstiger Rückwirkung des Festhaltens an unserm bisherigen Standpunkt in Schiedsgerichtsfrage auf unser Verhältnis zu Rußland angeschlossen hat*, habe ich Graf Osten-Sacken in Aussicht gestellt**, die allerhöchste Genehmigung zur Annahme Schiedsgerichtsprojekts in jetziger Gestalt, d. h. also mit der ständigen Liste und einem ständigen Bureau unter der — als conditio sine qua non hingestellten — Voraussetzung zu erbitten, daß uns folgendes zugestanden wird:

1. Aufnahme einer größeren Zahl von Schiedsrichtern in die Liste als jetzt vorgesehen. (Wir denken, daß dabei die Großmächte mehr Persönlichkeiten designieren sollten als die kleineren Staaten.)

2. Beseitigung der Bezeichnung Schiedsgericht (tribunal) für die Gesamtheit der in der Liste verzeichneten Personen, Ersatz dafür etwa durch den Ausdruck: „Liste der Schiedsrichter" oder ähnlich.

3. Wegfall jeder obligatorischen Arbitrage.

4. Die Tätigkeit des permanenten Bureaus ist ausdrücklich auf Registrierung, Aufbewahrung und Übermittlung der ihm zugehenden Schriftstücke, betreffend die einzelnen Schiedsgerichtssachen, zu bebeschränken.

Als alleräußerste Konzession habe ich mich noch bereit erklärt:

5. allenfalls in Erwägung zu ziehen, ob vielleicht einzelne der jetzt in Artikel 10 aufgeführten Kategorien von Streitsachen in der Form aufrechterhalten werden können, daß von der Konferenz die Hoffnung ausgesprochen wird, es werde in Streitfällen der bezeichneten Kategorien die schiedsgerichtliche Erledigung die Regel bilden.

Ich habe indes betont, daß die Konzession zu 5. uns besonders peinlich sein würde und wir daher bestimmt hofften, Rußland werde sie nicht von uns verlangen.

Ich hege die eben ausgesprochene Hoffnung um so mehr, als mir heute der hiesige österreichisch-ungarische Botschafter mitgeteilt hat,

---

* Vgl. Nr. 4317.

** Am 21. Juni hatte zwischen dem Staatssekretär von Bülow und Graf Osten-Sacken eine Unterredung stattgefunden. Ihr Inhalt wurde in einem Schreiben an den Botschafter von gleichem Tage präzisiert, das sich sachlich mit dem obigen Telegramm an Graf Münster deckt.

seine Regierung könne für das ständige Schiedsgericht nur in dem Falle stimmen, wenn ausdrücklich festgesetzt werde, daß der Appell an dasselbe lediglich fakultativ und niemals obligatorisch wäre.

Die allerhöchste Entscheidung erwarte ich dieser Tage, desgleichen die Antwort aus St. Petersburg. Bitte, bis dahin Abschluß der bezüglichen Verhandlungen hinauszuziehen und inzwischen mit Professor Zorn und eventuell den übrigen deutschen Delegierten zu beraten, welche Vorschläge nach Vorstehendem im Einzelnen von uns zu machen sein würden.

Bülow

Nr. 4322

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Ersten Delegierten bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Grafen Münster

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 36 Berlin, den 23. Juni 1899

Im Anschluß an Telegramm Nr. 35*.

Seine Majestät der Kaiser haben geruht, sich mit der Annahme des Schiedsgerichtsprojekts in neuster Gestalt mit den von mir in Aussicht genommenen, als conditio sine qua non zu betrachtenden Maßgaben einverstanden zu erklären.

Ich habe mit Bezug hierauf in St. Petersburg von neuem auf schleunige Annahme unserer vier Punkte — der fünfte würde nur im alleräußersten Falle in Betracht kommen — gedrängt und die Erwartung ausgesprochen, daß die russischen Konferenzdelegierten zu nachdrücklicher Unterstützung unseres nunmehrigen Standpunkts angewiesen werden**. Ew. wollen hiernach sogleich mit russischen Delegierten Fühlung nehmen und nichts unterlassen, um innerhalb der durch die vier Punkte bezeichneten Grenzen die besterreichbaren Gegenkonzessionen für unser Nachgeben bezüglich Liste und Bureau zu erwirken.

Näheres über die einzelnen Punkte bringt mein mit morgigem Kurier abgehender Erlaß.

Punkt 5 würde jedenfalls längere und nicht leichte Verhandlungen erfordern. Die Konferenz darf sich der Einsicht nicht verschließen, daß es schon deshalb, um den Abschluß nicht zu verzögern, und um quieta non movere, geratener ist, auf Punkt 5 zu verzichten und es bei Punkt 3 bewenden zu lassen.

Bülow

---

* Siehe Nr. 4321.

** Es geschah durch Telegramme Nr. 78 und Nr. 79 vom 22. bezw. 23. Juni 1899.

Nr. 4323

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 107 St. Petersburg, den 23. Juni 1899

Meine letzte Unterhaltung mit Graf Murawiew wegen der Schiedsgerichtsfrage habe ich per Postchiffer expediert. Resümee derselben ist, daß, wie mir der Minister sagte, Graf Osten-Sacken Verständigung mit Berlin in Aussicht stellt. Graf Murawiew begrüßte dieselbe um so freudiger, als er mir wiederholte, Rußland würde durch eine Ablehnung seitens der Kaiserlichen Regierung empfindlich berührt werden und es uns ernstlich nachtragen. Alle Mächte würden das eventuelle Fiasko der Konferenz und der Schiedsgerichtsfrage nur unserer Ablehnung zuschreiben und auf uns das Odium abzuwälzen suchen. Der Minister versicherte mich, daß die Anrufung des Schiedsgerichts jedenfalls fakultativ sein würde, und fand es durchaus zweckmäßig, wenn die Großmächte durch eine größere Anzahl Stimmen wie die Mittel- und Kleinstaaten vertreten würden. Graf Murawiew schien zu glauben, daß die Änderung des Wortes Tribunal, gegen welches Deutschland nach Mitteilung des Grafen Osten-Sacken Bedenken habe, voraussichtlich herbeizuführen sein würde.

Soeben erhalte ich Telegramm Nr. 78*. Graf Murawiew ist verreist, und kann ich Graf Lamsdorff erst morgen nachmittag sprechen. Ich werde ihm die fünf Punkte nachdrücklich vorhalten und seine Antwort ungesäumt telegraphieren.

Radolin

Nr. 4324

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 109 St. Petersburg, den 24. Juni 1899

Inhalt der Telegramme Nr. 78 und 79** sowie des Erlasses 326 habe ich dem Grafen Lamsdorff in Abwesenheit des Grafen Murawiew soeben nachdrücklich der hohen Weisung gemäß mitgeteilt und Punkt für Punkt mit ihm besprochen. Ich habe ihm die vier Punkte als

---

* Vgl. Nr. 4322, Fußnote **.

** Vgl. Nr. 4322, Fußnote **.

conditio sine qua non unseres Beitritts — lediglich aus Rücksicht für Seine Majestät den Kaiser Nikolaus — und den 5. Punkt als äußerste, nicht wünschenswerte Konzession hingestellt.

Graf Lamsdorff erwiderte mir, er habe die ihm bereits vom Grafen von der Osten-Sacken mitgeteilten Punkte an Baron Staal weitergegeben mit der Weisung, nach Möglichkeit zu trachten, dieselben zur Annahme zu bringen und eine Verständigung herbeizuführen. Er versprach mir, die Befehle Seiner Majestät des Kaisers sofort einzuholen, um eventuell nochmals Herrn von Staal telegraphisch unsere Wünsche und Bedingungen ans Herz zu legen. Graf Lamsdorff hofft zuversichtlich, daß dieselben in der Konferenz angenommen werden, er konnte sich aber zu keinem bindenden Versprechen verstehen, da Herr von Staal ganz selbständig zu handeln berechtigt sei und je nach Umständen in der Konferenz verfahre. Graf Lamsdorff versprach, mir die erwartete Antwort des Herrn von Staal unverzüglich mitzuteilen.

Radolin

Nr. 4325

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 298 St. Petersburg, den 22. Juni 1899

Nach Berichten von Graf von der Osten-Sacken glaubt Graf Murawiew zur Hoffnung berechtigt zu sein, daß eine Verständigung mit Berlin in der Schiedsgerichtsfrage erzielt werden würde, zumal da die Anrufung desselben jedenfalls nur fakultativ wäre. Graf Murawiew vertrat mir gegenüber mit Wärme die Wohltaten der Arbitrage. Dieselbe — meinte er — hätte sich neuerdings in einer russisch-amerikanischen Differenz wegen einiger mit Beschlag belegter Schiffe vorzüglich bewährt, nachdem vorher langwierige Verhandlungen zwischen beiden Regierungen zu keinem Resultat geführt hätten. Auch hob der Minister hervor, daß es ihm angemessen scheine, falls das Schiedsgericht eingesetzt würde, den Großmächten mehr Stimmen als den Mittelstaaten einzuräumen, um das Übergewicht der ersteren nicht zu gefährden. Der Minister gab nochmals der Hoffnung Ausdruck, daß die Einsetzung des Schiedsgerichts nicht durch die ablehnende Haltung Deutschlands scheitern möge. Bei dem an sich fraglichen Ergebnis der Konferenz würden die Mächte nur zu froh sein, das Scheitern derselben der deutschen Ablehnung in der Schiedsgerichtsfrage zuzuschreiben und das Odium auf Deutschland zu wälzen. Er machte mir kein Hehl daraus, daß die russische Regierung

die deutsche Weigerung sehr peinlich empfinden würde, nachdem Rußland aus gewichtigen Opportunitätsgründen geglaubt hätte, sein ursprüngliches Programm modifizieren zu müssen.

Ich konnte nicht umhin, hierauf zu erwidern, daß ich mich wunderte, daß darüber nicht vorher mit Berlin eine Verständigung nachgesucht worden sei. Wir hätten ganz korrekt im Sinne des ursprünglichen russischen Vorschlags gehandelt, und plötzlich sei ein anderer Weg ohne unser Vorwissen von Rußland aus eingeschlagen worden. Uns könne es füglich nicht zum Vorwurf gemacht werden, wenn wir unbeirrt den auch von Rußland als richtig erkannten Kurs beibehalten hätten.

Radolin

Nr. 4326

Der Erste Delegierte bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 51 Scheveningen, den 24. Juni 1899

Aus dem gestern erhaltenen Telegramm Nr. 35* und dem heutigen Nr. 36** habe ich zu meiner Freude ersehen, daß unsere Bemühungen auf der hiesigen Konferenz nicht ganz fruchtlos gewesen sein werden und uns nicht die Schuld für den Nichterfolg der Konferenz zugeschoben werden kann[1]. Nachdem ich mit den Professoren Zorn und von Stengel den Inhalt der Direktive besprochen habe, die ich aus diesen Telegrammen ersehen kann, hoffe ich, daß wir in den Kommissionen und nachher im Plenum die unter 1, 2, 3, 4 präzisierten Bedingungen dem Sinne nach durchsetzen werden.

Was die Nr. 5 betrifft, so habe ich den Wunsch und die Absicht, rücksichtlich des § 10 gar keine Konzession zu machen und die Streichung des § 10 zu verlangen[2]. Professor Zorn stimmt mit mir darin ganz überein und meint, daß wir es durchsetzen werden.

Daß wir überhaupt auf ein Schiedsgericht, wenn auch in so künstlicher und nichtssagender Form, eingehen, ist eine weitgehende Konzession, die anerkannt werden wird, weil ich absichtlich stets das ständige Schiedsgericht für unannehmbar für uns erklärt hatte. Wir dürfen daher auf nichts eingehen, was den fakultativen Charakter verdunkeln könnte[3]. — Unsere Stellung hier ist sehr günstig, wir haben eine so überwiegende Majorität mit uns, daß Rußland und England schließlich ihre weitergehenden Forderungen aufgeben und

* Siehe Nr. 4321.
** Siehe Nr. 4322.

sich freuen werden, in der Schiedsgerichtsfrage so viel erlangt zu haben.

Die Delegierten der Türkei, Griechenlands, der Schweiz und Rumäniens haben mir schon erklärt, daß sie die bestimmte Instruktion haben, sich bei ihren Abstimmungen nach uns zu richten; fast alle Delegierten der Mittel- und kleinen Staaten werden das tun. Österreich wird auch zustimmen und auch Italien schließlich, obgleich Graf Nigra es liebt, theoretische Bedenken vorzubringen. Was die französischen Delegierten betrifft, so sind wir während der ganzen Konferenz auf dem besten Fuße und im freundschaftlichsten Verkehr gewesen und haben sie, soweit es die Rücksicht, die sie auf die Russen nahmen, gestattete, mit uns gestimmt. Herr Bourgeois, den Präsident Loubet nach Paris kommen ließ, kehrt erst in diesen Tagen zurück. General Mounier, der militärische Delegierte, sagte mir nach der Sitzung, die russischen Vorschläge schienen ihm für Frankreich ganz unannehmbar, und selbst er fand, die Begründung durch die russischen Vertreter sei ihm zu sozialistisch.

Da wir den Russen in der Arbitragefrage so sehr entgegenkommen, können wir um so mehr den letzten Antrag der russischen Vertreter ganz kategorisch ablehnen [4]. pp.*

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II:
[1] Versucht wird es immerhin werden
[2] gut
[3] richtig
[4] ja

Nr. 4327

Der Erste Delegierte bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Graf Münster an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen von Bülow

Privatbrief. Abschrift

Vertraulich — Scheveningen, den 26. Juni 1899

Euerer Exzellenz gratuliere ich zu dieser so verdienten Auszeichnung**.

Das geheime Telegramm über den schwedischen Gesandten von Bildt*** beurteilt ihn persönlich ganz richtig, irrt sich aber rück-

---

* Der Schluß des Berichtes betrifft vornehmlich die Rüstungsfrage. Vgl. Abschnitt B.

** Staatssekretär von Bülow war am 23. Juni in den Grafenstand erhoben worden.

*** Nach einem Privatbrief des Prinzen Lichnowsky an Bülow vom 17. Juni sollten die deutschfeindlichen Treibereien im Haag, die darauf ausliefen,

sichtlich der hiesigen Intrigen und Verhältnisse, die niemand kennen kann, der sie nicht von hier aus sieht. Herr von Bildt hält sich für einen großen Diplomaten, dem sein Land zu klein und der deshalb auf die Vertreter größerer Staaten eifersüchtig ist. Er hat von vornherein versucht, auf der Konferenz und den Kommissionen eine Rolle zu spielen, ist aber als faiseur d'embarras erkannt und wenig beachtet worden.

Intrigiert wird hier viel, aber nur *von den Russen selbst* und ihren Helfershelfern. Die Engländer gehen etwas auf den russischen Leim, anfänglich taten es die kleinen Länder, sie werden aber ängstlich und fallen nach und nach ab. Bildt würde ganz gern hier den Russen helfen, darf es aber wegen der Knechtung Finnlands nicht tun, weil er hofft, in Stockholm Minister des Äußern zu werden, und von einigen Zeitungskorrespondenten überwacht wird. Mit den Franzosen, die ihn besonders für den faiseur d'embarras halten, hat er keine Fühlung, außerdem intrigieren sie *durchaus nicht* gegen uns. Sie haben von Anfang an nicht allein mit mir versucht, auf dem besten Fuße zu stehen, das könnte auf meine gute Stellung in Paris zurückzuführen sein, sie haben aber auch in der Kommission das beste Verhältnis mit unseren übrigen Delegierten gesucht, und die beiden Vertreter für Militär und Marine haben stets mit uns gestimmt, und General Mounier[1] hat viele Vorschläge mit weniger Rücksicht abgelehnt als Oberst von Schwarzhoff, der übrigens unsere Armee vortrefflich vertreten hat. Bezeichnend war es, daß General Mounier mir nach den Reden von Staal und des Obersten Jilinsky sagte: „Nous ne pouvons rien accepter de tout cela, mais ce qu'il y avait de nouveau dans ces discours c'est la note socialiste". Ich wollte, der unschuldige junge Kaiser wüßte, daß selbst die Franzosen das sagen.

Diese beiden Reden sind ready made von Petersburg hergeschickt, und ich habe viele Anzeichen dafür, daß sowohl Staal als auch besonders der recht kluge Oberst Jilinsky ganz außer sich darüber waren, daß sie so reden mußten. Im Protokoll, welches ich heute mitschicke, sind sie sehr abgeschwächt worden.

Die Konferenz hat das schlechteste politische Gesindel der ganzen Welt hierher gezogen, Zeitungsschreiber schlechtester Sorte wie Stead, getaufte Juden wie Bloch, Friedensweiber wie Frau von Suttner, die gestern noch die russische Delegation durch ein großes Essen feierte, Frau Salenko usw. Dieses ganze Gesindel (Jungtürken und Armenier arbeiten auch mit, auch Sozialisten sind dabei) arbeitet ganz offen

---

Deutschland mit Rußland zu verhetzen, ihren Hauptstützpunkt in dem schwedischen Delegierten von Bildt haben, dem nahe Beziehungen speziell mit dem Haager „Times"-Korrespondenten und durch diesen mit der französischen Delegation nachgesagt wurden. Durch Telegramm Nr. 37 vom 24. Juni wurde Graf Münster davon in Kenntnis gesetzt.

unter russischer Protektion. Stead, den ich vor über 20 Jahren als bekannten bezahlten russischen Agenten kannte, leitet die ganze Preßkampagne hier, in Belgien und namentlich in England.

Es ist ein böses Spiel, die öffentliche Meinung und alle staatsgefährlichen Parteien in ganz Europa aufzuregen und sogar durch Chinesen, Siamesen und Japaner diese Hetzereien nach Asien hinüberzutragen. Gegen uns ist das alles vor allem gerichtet, das wird aber schließlich auf den Zaren zurückfallen. Die einzige wirkliche Gefahr für Deutschland kommt von Osten, und ich bitte, um Gotteswillen, dahin die Augen offen zu halten.

Sehr interessant ist mir der Umschwung, der bei allen Delegierten sich immer deutlicher zeigt. Sie erkennen alle das russische Spiel. — Belgier und Holländer sind noch im russischen Schlepptau, fangen aber auch an, mißtrauisch zu werden.

Ich habe, lieber Graf, meine Meinung offener geschrieben als in einem politischen Bericht.

(gez.) Münster

---

[1] Anmerkung Graf Münsters: Die französische Delegation hat, wie mir das Delcassé bestimmt versicherte, die Instruktion, auf obligatorisches Schiedsgericht und Armeevorschläge nicht einzugehen. Bourgeois richtet sich danach, sucht aber die Russen, die ihm sehr den Hof machen, zu schonen

Nr. 4328

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 111 St. Petersburg, den 29. Juni 1899

Gleich nach seiner Rückkehr habe ich dem Grafen Murawiew meine neuliche kategorische Erklärung an Graf Lamsdorff* wiederholt und nochmals eindringlich die vier bezw. fünf Punkte als conditio sine qua non unserer Beteiligung an dem permanenten Schiedsgericht bezeichnet. Graf Murawiew nahm hiervon Akt und versicherte mich, daß Herr von Staal die Weisung habe, die Annahme dieser Punkte, die ihm persönlich durchaus annehmbar erschienen, in der Konferenz nach Kräften zu betreiben; eine Antwort des Botschafters von Staal sei indessen noch nicht eingegangen. Graf Murawiew bemerkte hierbei, wie dankbar der Kaiser die deutsche Beteiligung anerkenne**.

---

* Vgl. Nr. 4324.

** Am 1. Juli überreichte der russische Botschafter in Berlin Graf von der Osten-Sacken auch ein offizielles russisches Promemoria, nach dem Kaiser Nikolaus das deutsche Entgegenkommen in der Schiedsgerichtsfrage „in seinem ganzen Wert" anerkannte.

Der österreichische Botschafter hat seinerseits auch die fakultative Anrufung des Schiedsgerichts als Bedingung des Beitritts Österreichs dem Minister ausgesprochen.

Radolin

Nr. 4329

Bericht des Mitgliedes der Delegation bei der 1. Haager Friedenskonferenz Professors Zorn über die Arbeiten der dritten Kommission (Subkomitee)

Undatierte Abschrift. Vom Grafen Münster am 29. Juni eingereicht

Nr. IX

In der Sitzung vom 26. Juni* nachmittags 2½ Uhr im Salle de la Trêve führte Bourgeois wieder den Vorsitz. Anwesend waren außer den Mitgliedern und den Botschaftern von Staal, Graf Nigra, Sir J. Pauncefote noch von Karnebeek und Basily**. Die Beratung des gesamten Code d'arbitrage und damit überhaupt die erste Lesung wurde zu Ende geführt, allerdings zuletzt ziemlich kursorisch. Freitag, 30. Juni, wird die zweite Lesung beginnen, und es werden hier die durch unsere Instruktionen vorgezeichneten Anträge zu stellen sein zu den einzelnen hierfür in Betracht kommenden Artikeln, nämlich 9 und 10 des russischen Entwurfs, 1, 2, 3 des Projektes Pauncefote. Eine Vorbesprechung mit dem russischen Delegierten von Martens ergab im wesentlichen Übereinstimmung über diese Punkte. Insbesondere die Beschränkung des „Bureau permanent" auf die Sekretariats- und Archivgeschäfte ist anerkannt; ebenso wird die Ersetzung der Bezeichnung „tribunal" durch einen anderen Ausdruck kaum Schwierigkeiten finden. Hinsichtlich der Beseitigung jeder obligatorischen Arbitrage war von Martens erst nachgiebig, als ich ihm erklärte, es sei dies conditio sine qua non. Er äußerte jedoch den lebhaften Wunsch, es möge doch zugestanden werden, daß ein Teil der in Artikel 10 aufgeführten Materien genannt werde, etwa in der Weise: „les hautes Parties contractantes recommandent" pp.; ich erklärte, auch dies sei uns unerwünscht und bedürfe jedenfalls einer Rückfrage. — Martens verwies darauf, daß in Spezialverträgen Deutschland bereits das Prinzip der Arbitrage anerkannt habe, und daß doch dies wenigstens erwähnt werden könne. (Union postale vom 4. Juli 1891, Artikel 23, § 1 — Transport de marchandises à chemin de fer vom 14. Oktober 1890, Artikel 57, § 1.) — Ich bemerkte, daß nach meiner juristischen Auffassung diese Bestimmungen von Spezialverträgen unberührt blei-

---

* Vgl. auch das Protokoll: Conférence Internationale de la Paix T. IV, p. 143ss.
** Direktor der Asiatischen Abteilung im russischen Ministerium des Äußern, Mitglied der russischen Delegation. Vgl. über ihn Abschnitt E, Nr. 4350.

ben, daß es aber unerwünscht sei, dies ausdrücklich hervorzuheben. — Was endlich die stärkere Vertretung der Großmächte in der Liste betrifft, so ergeben sich hier zwei Schwierigkeiten. Erstlich wird erklärt: daß in dem einzelnen Spruchkolleg jedenfalls nur ebensoviele Schiedsrichter von der einen wie von der anderen Nationalität sitzen könnten; dies dürfte eine gerechte Forderung sein, der durch einen Zusatz leicht Genüge geschehen könnte. — Schwieriger ist das zweite Bedenken: welches sind die „Großmächte"? — Spanien, Japan und die Türkei scheinen auf diesen Charakter jedenfalls Anspruch erheben zu wollen; kleinere Staaten machen bereits heftige Opposition; Herr von Staal bittet dringend, von dieser Forderung Abstand zu nehmen; Exzellenz Graf Münster legt der Sache auch keine erhebliche Bedeutung bei und empfiehlt, die Forderung fallen zu lassen. —

Die definitiven Vorschläge für die zweite Lesung werde ich, sobald der Entwurf erster Lesung gedruckt vorliegt, formulieren und Seiner Exzellenz dem Herrn Botschafter vorlegen. Im Hauptpunkt, der Beseitigung der obligatorischen Arbitrage, gehen jedenfalls Österreich und die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit uns, ebenso, wie ich hoffe, Rußland; Sir Pauncefote scheint auch Gewicht nur auf die „permanente" Liste zu legen; was Graf Nigra tun wird, weiß ich, wie sonst, auch diesmal nicht. — pp.*

(gez.) Zorn

Nr. 4330

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 551 London, den 30. Juni 1899

Im Laufe einer vertraulichen Unterhaltung, die ich gestern mit dem als Gast bei mir erschienenen Herr Goschen hatte, berührte derselbe auch die Friedenskonferenz im Haag und sprach sich sehr entschieden dahin aus, daß die Errichtung einer ständigen und obligatorischen Arbitrage bezüglich großer politischer Fragen

---

* Die Fortsetzung des Berichts betrifft die Beratungen über den Code d'arbitrage, die hier übergangen werden können. Am Schlusse des Berichts erbat Professor Zorn Instruktionen besonders in der Richtung, ob der Artikel 10 des russischen Projekts als „Empfehlung", wenn auch nicht als Regel und jedenfalls unter Streichung des Wortes „obligatoire" zugegeben werden, und ob auf einer stärkeren Vertretung der Großmächte in der Liste bestanden werden solle. Ausdrücklich bemerkte Zorn, daß Botschafter Graf Münster gegen die Empfehlung sei.

keineswegs im englischen Interesse liegen würde, und daß dieselbe sich daher nur auf unbedeutende Fragen beziehen dürfe und fakultativ sein müsse. Er berief sich in dieser Hinsicht mit großer Offenheit auf die letzte Krisis mit Frankreich in der Faschodafrage. Damals sei die englische Flotte vollständig gerüstet und kampfbereit gewesen, während Frankreich eingestandenermaßen mit seinen Rüstungen im Rückstande gewesen sei. Hätte damals ein Arbitragegericht bestanden, dessen Bemühungen zur Schlichtung des Streites beide Teile wenigstens einige Zeit hätten abwarten müssen, so würde die unausbleibliche Folge gewesen sein, daß Frankreich in der Zwischenzeit seine Rüstungen vervollständigt und England den Vorteil seiner überwiegenden Kriegsbereitschaft eingebüßt hätte. Es liege aber im Interesse keiner Großmacht, welche über eine kriegsbereite Flotte oder Armee verfüge, sich für künftige Fälle einem solchen Nachteil auszusetzen. pp.*

Hatzfeldt

Nr. 4331

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Ersten Delegierten bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Grafen Münster

Privatbrief. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Vertraulich — Berlin, den 2. Juli 1899

pp. Ich komme damit auf die Schiedsgerichtsfrage, in der Sie die zu dem letzten Bericht des Professors Zorn** erbetenen Instruktionen umgehend auf telegraphischem Wege erhalten werden. An den vier Punkten müssen wir, schon unserer eigenen Würde willen, meines Erachtens jedenfalls festhalten. In sonstigen Einzelheiten dagegen wollen wir uns nicht unnütz isolieren und tun daher besser, wo wir nicht durchdringen, nachzugeben. Läßt sich absolut kein Modus für eine Verteilung in die Liste finden, bei welchem ein unnatürliches Überwiegen der Anschauungen der kleinen Staaten in dem Schiedsrichterpersonal verhindert wird, so würden wir uns alleräußerstenfalls vielleicht mit einer gleichen Zahl für alle Staaten zufriedengeben können, müßten dafür aber um so mehr darauf bestehen, daß von jedem Staat nicht bloß zwei, sondern vier oder fünf Persönlichkeiten für die Liste benannt werden. Euerer Exzellenz wird nicht entgehen, daß, je größer die Zahl der Mitglieder des gesamten „Kollegiums" ist, um so weniger die Gefahr besteht, daß sich in den einzelnen

* Die Fortsetzung des Berichts ist abgedruckt in Bd. XIV, Kap. XCIII, Nr. 3945.
** Siehe Nr. 4329.

Spruchgerichten eine einheitliche Tendenz, Tradition, Autorität, überhaupt Ständigkeit ausbildet. Nach außen hin werden wir dies natürlich nicht sagen, wohl aber geltend machen können, daß in der größeren Zahl sich leichter die Spezialisten für die verschieden gearteten Fälle finden werden.

Selbst auf eine bloße Empfehlung der Arbitrage können wir uns für verschiedene der Kategorien des Artikels X — ich nenne bloß: Zollsachen, Veterinärsachen — unter keinen Umständen einlassen. Ich stimme Ihnen darum darin ganz bei, daß es am besten ist, die „Empfehlung“ überhaupt abzulehnen. Wir müßten sonst zunächst erst bei den verschiedenen beteiligten inneren Ressorts (z. B. für Posten, Eisenbahnen, Schiffahrt) Rückfrage halten, und es würde sehr viel Zeit vergehen, ehe wir so weit wären, uns erklären zu können. pp.

Bülow

Nr. 4332

Bericht des Mitgliedes der Delegation bei der 1. Haager Friedenskonferenz Professors Zorn über die Arbeiten der dritten Kommission (Subkomitee)

Undatierte Ausfertigung. Vom Grafen Münster am 3. Juli eingereicht

Nr. XI

I. Sitzung vom 1. Juli*, nachmittags ½3 bis ½7 Uhr.

Vorsitz und Teilnehmer wie in der Sitzung vom 30. Juni.

II. Zunächst wird nach Verlesung und Genehmigung des Protokolles der letzten Sitzung der Antrag Holls auf second audition in folgender, von Bourgeois redigierter Fassung — gegen die Stimmen von Martens, Descamps, Odier — angenommen:

„La révision de la sentence arbitrale ne peut être demandée qu'au tribunal qui l'a rendue et seulement à raison de la découverte d'un fait nouveau qui eût été de nature à exercer une influence décisive sur la sentence et qui au moment de cette sentence a été inconnu du tribunal lui même et des parties.

La procédure de révision ne peut être ouverte que par une décision du tribunal, déclarant la demande recevable, constatant expressément l'existence du fait nouveau et lui reconnaissant le caractère prévu par le § précédant.

Aucune demande en révision n'est recevable trois mois après la notification de la sentence.“

---

* Vgl. auch das Protokoll der Sitzung: Conférence Internationale de la Paix T IV, p. 158ss.

III. Es wird sodann zur zweiten Beratung des Projektes Pauncefote übergegangen.

1. Zur Überschrift: „du tribunal permanent d'arbitrage" erkläre ich, daß die deutsche Regierung unter Überwindung von manchen und schweren Bedenken im Interesse des Resultates der Konferenz überhaupt, und um möglichste Einstimmigkeit auf derselben herbeizuführen, den Grundgedanken des Projektes, die permanente Liste, angenommen habe, dafür aber auch erwarte, daß ihren Bedenken vollkommene Rechnung getragen werde, nämlich erstens durch Beseitigung der obligatorischen Arbitrage und zweitens durch Beseitigung der Bezeichnung „tribunal". Davon sei für die deutsche Regierung die Annahme des ganzen Arbitrageprojektes abhängig. Die Frage der obligatorischen Arbitrage steht zunächst nicht zur Beratung. Für „tribunal d'arbitrage" beantrage ich gemäß den von Seiner Exzellenz dem Herrn Botschafter mir erteilten Weisungen: „cour des arbitres". Mit der Ersetzung des Wortes „tribunal" durch „cour" erklärt man sich allgemein einverstanden; dagegen sei der Zusatz „des arbitres" oder auch „arbitral" nicht gut französisch, man müsse sagen: „d'arbitrage". In diesem Sinne wird sodann beschlossen.

2. Zu Artikel 2 wird das Sekretariat, wie dies bereits in erster Lesung der Fall war, gemäß unseren Instruktionen lediglich als Subalternbehörde gestaltet. Holls und Karnebeek wollen dem Sekretariat eine gewisse Befugnis, völkerrechtlich wichtige Urkunden zu publizieren, eingeräumt wissen. Der Gedanke wird bekämpft, sehr entschieden auch von mir, führt auch nicht zur Stellung eines Antrages.

3. Bourgeois und d'Estournelles geben in längeren Ausführungen Anregung, ob nicht dem „Bureau" die Befugnis gegeben werden könne, bei drohenden Konflikten ein schiedsrichterliches Verfahren bei den Staaten anzuregen. Von allen Seiten wird bekämpft, daß dies durch das Sekretariat geschehen könne, besonders entschieden von Martens, Lammasch und mir. Graf Nigra meint, man müsse versuchen, für diesen Gedanken eine entsprechende Form zu finden, wogegen ich einwende: mir scheine dies möglich nur im Rahmen der Mediation oder der bons offices; und in diesem Rahmen sei ja kein Staat behindert, eine derartige Anregung zu geben. Es wird kein Antrag gestellt. Im Privatgespräch legte mir d'Estournelles dar, es sei speziell die Faschodafrage gewesen, die bei der französischen Delegation jene Gedanken wachgerufen habe; wenn in dieser Frage von irgendwelcher mit Autorität ausgestatteten Seite die Anregung zu schiedsrichterlicher Erledigung der Frage gegeben worden wäre, so wäre dies ein unschätzbarer Dienst für Frankreich gewesen.

4. Zu Artikel 3 habe ich gemäß den mir von Seiner Exzellenz dem Herrn Botschafter erteilten Weisungen den Antrag auf zahlreichere Vertretung der Großmächte in der Liste gegenüber den hervorgetre-

tenen und im letzten Berichte geltend gemachten Bedenken einstweilen nicht gestellt.

5. Artikel 4 wird folgendermaßen redigiert: „Les Puissances Signataires qui désirent s'adresser à la Cour pour le règlement de leurs différends choisissent dans la liste générale le nombre des arbitres convenu entre elles. Elles notifient au Bureau leur intention de s'adresser à la Cour et les noms des arbitres qu'elles ont destinés.“

6. Den Mitgliedern des Schiedsgerichtes soll nach übereinstimmender Meinung während der Dauer ihrer schiedsrichterlichen Funktion die diplomatische Immunität zuerkannt werden. Descamps wird beauftragt, hierfür eine Formulierung zu suchen.

Zorn

Nr. 4333

Bericht des Mitgliedes der Delegation bei der 1. Haager Friedenskonferenz Professors Zorn über die Arbeiten der dritten Kommission (Subkomitee)

Undatierte Ausfertigung. Vom Grafen Münster am 6. Juli eingereicht

Nr. XIV

I. Weitere Sitzungen fanden statt* am 3. Juli $2^1/_2$—$6^1/_2$ Uhr, ferner am 4. Juli $3^1/_2$—$6^1/_2$ Uhr. Mit der Sitzung vom 4. Juli hat das Komitee vorläufig seine Arbeiten beendet. Vorsitz, Teilnahme und Lokal waren dieselben wie in den früheren Sitzungen.

II. In der Sitzung vom 3. Juli kam nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls d'Estournelles zurück auf die französische Idee, dem Generalsekretär die Befugnis zu geben, bei entstandenen Streitfragen die Staaten aufzufordern, sich an das Schiedsgericht zu wenden. Der vom Komitee jetzt in der Hauptsache fertiggestellte Entwurf sei doch nicht genügend. Bourgeois habe schon betont, daß vielfach die Empfindlichkeit der Staaten der praktischen Verwirklichung des Arbitragegedankens im Wege stehen werde. Darum müsse man ein Mittel schaffen, um den Staaten über diese Empfindlichkeit hinwegzuhelfen, und dieses Mittel müsse gewissermaßen automatisch wirken. Dadurch werde man der Institution des Schiedsgerichts Lebenskraft geben. Dies sei der Zweck des französischen Antrags. Der deutsche Militärdelegierte sei doch zu optimistisch gewesen, als er darlegte, die Militärlasten seien nicht drückend; die

* Vgl. die Protokolle: Conférence Internationale de la Paix T. IV, p. 165 ss, 173 ss

„paix armée“ sei eine schwere Last für die Völker; die großen wirtschaftlichen Probleme würden dadurch in ihrer Lösung erschwert, und er bitte darum „au nom de la solidarité“, den französischen Antrag anzunehmen.

Vor längerer Zeit schon hatte d'Estournelles Lammasch und mir ein Memorandum übergeben, in welchem er die Idee der unbedingten Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Einigung Europas näher ausführt, einerseits gegenüber der erdrückenden Konkurrenz Amerikas, andererseits gegenüber den Gefahren einer Überschwemmung Europas durch die mongolische Rasse. Er appellierte dabei direkt an den Gedanken: „Völker Europas, wahrt eure heiligsten Güter.“

Bourgeois formulierte den französischen Antrag folgendermaßen: „Les Puissances signataires considèrent comme un devoir dans les cas où un conflit aigu menacerait d'éclater entre deux ou plusieurs d'entr'elles, de rappeler à celles-ci que la cour permanente leur est ouverte, et donnent mandat au Secrétaire Général du Bureau de se mettre le cas échéant à chacune des parties intéressées en s'adressant par écrit à leur représentant dans les Pays-Bas.

L'exercice de ce mandat ne pourra pas être considérée comme un acte peu amical.“

Darüber entspann sich abermals eine lange Debatte. Holls erkennt den dem Antrag zu Grunde liegenden Gedanken an, glaubt aber nicht, daß die Staaten geneigt sein werden, sich durch den Herrn Sekretär „ennuyieren“ zu lassen. Er müsse die Sache erst zu Hause prüfen. — Odier erinnert daran, daß der Sekretär ja unter der Aufsicht des Auswärtigen Ministers der Niederlande stehe. Graf Nigra will den französischen Antrag als „voeu“ in das Schlußprotokoll verweisen. Ich führe aus: Die Bedeutung des Gedankens, besonders nach der ihm von d'Estournelles gegebenen Begründung, müsse anerkannt werden; auch die deutsche Regierung stehe gewiß auf dem Standpunkt, daß man soviel als nur möglich den Frieden erhalten müsse, aber in Verbindung mit dem Generalsekretär sei die Idee ganz unausführbar; dieser habe keinerlei moralische Autorität für eine so hochwichtige politische Funktion. Asser bemerkt dagegen: er solle ja nur tun, was ihm die Signatarmächte durch die Konvention aufgetragen hätten — „donnent mandat“ —, und dazu bedürfe er keiner besonderen Autorität. Sehr lebhaft betont dann Descamps die Gefahren des Antrags. Die Sache bestehe schon von seiten der interparlamentarischen Konferenz und habe keinerlei Wirkung. Eine derartige Funktion dem Sekretariat zu übertragen, sei direkt gefährlich und werde den entgegengesetzten Erfolg haben, als den man wünsche; er fürchte, man werde damit das ganze Werk zum Scheitern bringen. — Ich schließe mich diesen Ausführungen an und bemerke noch gegen Asser: Der Sekretär sei ja dann doch

zur Entscheidung berufen, ob ein Konflikt „aigu“ sei; eine derartige politische Verantwortung könne aber kein Sekretär tragen, sondern nur ein Staat, der sich zur Mediation berufen fühle; der niederländische Auswärtige Minister als aufsichtführende Instanz über dem Sekretär werde nach meiner Ansicht die Verantwortlichkeit hierfür nicht übernehmen können und wollen; das Sekretariat könne dann leicht zum Mittelpunkt aller politischen Intrigen der Welt werden. Unter keinen Umständen könne ich dafür stimmen, daß das Sekretariat irgendwelche Funktion habe, die über die rein formellen Geschäfte hinausreiche. — Auch Holls meint: Die Sache in der vorgeschlagenen Fassung werde eher eine Beförderung des Krieges als des Friedens sein. Ebenso Graf Nigra. — Martens spricht lebhafte Sympathie mit dem Gedanken aus, glaubt jedoch, man könne ihn nur in der Weise verwirklichen, daß der Sekretär sich an einen dritten unbeteiligten Staat wende, damit dieser die streitenden Teile auffordere, sich dem Schiedsgericht zu unterwerfen. — Lammasch erklärt auch dies für unmöglich. — Bourgeois und d'Estournelles sprechen ihren Dank für die Aufnahme des Gedankens aus; die Diskussion habe allerdings ergeben, daß seiner Verwirklichung zurzeit wohl unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen; wenn aber die Zeit gekommen und das Verständnis der Völker reif sei, werde sich auch die Form dafür finden.

Bei der darauf erfolgten Abstimmung über das Prinzip, ob dem Sekretariat diese Funktion übertragen werden könne, stimmt mit ja nur d'Estournelles und unter Reserve der Ansicht seiner Regierung Sir Pauncefote. Es enthalten sich: Asser und Holls. Mit nein stimmen: Odier (Schweiz), Descamps (Belgien), Graf Nigra, Martens, Lammasch und ich.

Der französische Antrag wird daraufhin vom Sekretariat losgelöst und in die allgemeine Fassung des jetzigen Artikels 27 gekleidet, der angenommen wird. —

III. Mit Genehmigung des Vorsitzenden greife ich zurück auf den in der vorigen Sitzung erledigten Artikel über die Liste. Nach den gepflogenen Vorbesprechungen hatte sich ergeben, daß eine Abstufung der Staaten bezüglich der Zahl nicht erreichbar ist. Unter Zustimmung des Herrn Botschafters stelle ich den Antrag, daß jeder Staat bis zu 4 Mitglieder der Liste ernennen kann. Sir Pauncefote wendet ein, daß die Liste dann zu groß werde und die Autorität der Institution darunter leiden würde. Der Antrag wird jedoch ohne weitere Schwierigkeit angenommen, und zwar einstimmig (jetzt Artikel 23 Absatz 1: „quatre personnes au plus“).

Zorn

Nr. 4334

Bericht des Mitgliedes der Delegation bei der 1. Haager Friedenskonferenz Professors Zorn über die Arbeiten der dritten Kommission (Subkomitee)

Undatierte Ausfertigung. Vom Grafen Münster am 6. Juli eingereicht

Nr. XV.

I. In der Sitzung vom 4. Juli* wird zuerst die Neuredaktion der Artikel 3 und 4 festgestellt.

II. Sodann erklärt Sir Julian Pauncefote zu Artikel 2: seine Regierung bestehe darauf, daß die clausula salvatoria in der ursprünglichen Fassung, für die ich seinerzeit entschieden eingetreten war, „en tant que les circonstances le permettent" wiederhergestellt werde. Dies wird ohne Widerspruch angenommen.

III. Es wird sodann in die Beratung der obligatorischen Arbitrage eingetreten. Ich erkläre, daß die obligatorische Arbitrage in jeder Form und Fassung für die deutsche Regierung unannehmbar sei, und beantrage die Streichung aller hierauf bezüglichen Bestimmungen, insbesondere des Artikels 10. — In sehr liebenswürdiger Weise rekapitulierte der Vorsitzende Bourgeois meine Ausführungen und präzisierte sie in genauerer Fassung.

Von Martens wünscht, daß wenigstens diejenigen Materien genannt werden könnten, in denen Deutschland die obligatorische Arbitrage bereits durch Spezialverträge zugegeben habe, und daß für die übrigen in Artikel 10 aufgezählten Materien eine Empfehlung der obligatorischen Arbitrage ausgesprochen werde.

Ich antworte hierauf, daß Spezialverträge dieses Inhalts nach dem juristischen Grundsatze über das Verhältnis der lex specialis zur lex generalis unberührt bleiben, daß aber eine besondere Aufzählung dieser Verträge unsrerseits nicht gewünscht werde und eine „Empfehlung" jedenfalls nicht ohne weitläufige erneute Verhandlungen mit anderen Ressorts möglich sei. Ich müsse daher auf meinem Antrage bestehen.

Descamps tritt mit großer Wärme dafür ein, dem deutschen Antrage ohne weiteres zuzustimmen. Er sei ein überzeugter und entschiedener Anhänger der obligatorischen Arbitrage; aber gegenüber dem festen deutschen Widerspruch müsse man dieselbe fallen lassen und die Entwickelung der Zukunft anheimstellen. Man habe bis jetzt in so schöner Einmütigkeit gearbeitet, und die Mitwirkung Deutschlands an dem Werke, das er für ein großes halte, sei ihm so wichtig, daß er ohne jedes Zögern den deutschen Antrag annehme. — Er schlägt sodann die Fassung eines Artikels vor, der an die Stelle der dermaligen Artikel 8—12 zu treten habe.

---

* Vgl. das Protokoll der Sitzung: Conférence Internationale de la Paix T. IV, p. 173 ss.

Von Martens zieht nunmehr seine Vorschläge zurück, mit Bedauern zwar, aber im Interesse der Einmütigkeit.

Van Karnebeek bedauert „énormément" das Fallenlassen der obligatorischen Arbitrage.

Sir J. Pauncefote bedauert dies gleichfalls, will aber gerne die von Deutschland geforderte Konzession machen, um die Einstimmigkeit zu erhalten.

Bourgeois anerkennt auch seinerseits den Wert dieser Einstimmigkeit, ist aber der Meinung: es müsse doch vor der Öffentlichkeit konstatiert werden, daß andere Regierungen anderer Ansicht über die obligatorische Arbitrage seien als die deutsche; demgemäß wünsche er eine Abstimmung über das Prinzip des Artikels 10. Man dürfe doch wenigstens den bestehenden Zustand nicht verschlechtern.

Graf Nigra erklärt sich gegen eine solche Abstimmung. Es handle sich um eine ernste und schwere Frage, in der das Komitee einmütig vor die Kommission und Konferenz treten solle. Ihm sei übrigens der ganze Artikel 10 viel zu geringfügig, als daß er darauf Wert legen könne; er werde, falls abgestimmt werde, gegen Artikel 10 stimmen.

Ich akzeptiere mit Dank die Erklärung des Grafen Nigra. Bourgeois gegenüber bemerke ich, daß wir doch den gegenwärtigen Zustand nicht verschlechtern; an dem durch Spezialkonventionen aufgerichteten Recht wird nichts geändert; im übrigen verbessern wir den bisherigen Zustand dadurch, daß wir eine formelle Ordnung des Arbitrageverfahrens feststellen.

Asser wünscht gleichfalls Einstimmigkeit des Komitees, doch müsse durch den Berichterstatter konstatiert werden, daß eine starke Strömung im Komitee die obligatorische Arbitrage gewollt habe.

Bourgeois anerkennt wiederholt den Wert der Einstimmigkeit, aber man dürfe doch nicht verschweigen, daß im Komitee die Majorität für den Artikel 10 gewesen sei; er beanspruche nur das Recht zu erklären, daß er nicht überzeugt sei von den gegen die obligatorische Arbitrage und speziell gegen Artikel 10 vorgebrachten Gründen.

Holls tritt energisch für die Einstimmigkeit ein; er schließe sich ganz den Ausführungen von Graf Nigra an; der Artikel 10 sei ihm ohne jede Wichtigkeit; dagegen die Einmütigkeit, und speziell die Einmütigkeit mit Deutschland, sei ihm eine Sache von größter Wichtigkeit; er werde, falls der Vorsitzende abstimmen lasse, gegen Artikel 10 stimmen.

Sir J. Pauncefote erklärt, seiner Regierung seien einzelne Nummern des Artikels 10 auch höchst unsympathisch; er wünsche zu wissen, wie Österreich zu der Frage stehe.

Van Karnebeek will konstatiert wissen, daß im Komitee die obligatorische Arbitrage überwiegend gebilligt worden sei, daß man aber um der Einstimmigkeit willen dieselbe habe fallen lassen.

Ich erkläre, daß ich natürlich auf die Einstimmigkeit das höchste Gewicht legen müsse, daß es aber selbstverständlich jedem Mitgliede

freistehen werde, die Gründe für sein Votum darzulegen, und daß es Aufgabe des Berichterstatters sei, den Gang der Verhandlungen vollkommen getreu darzustellen, somit auch zu konstatieren, daß Deutschland die Beseitigung der obligatorischen Arbitrage zur Voraussetzung seiner Zustimmung zu dem ganzen Projekt gemacht habe. Wenn diese Beseitigung einstimmig erfolge, so werde dies deutscherseits selbstverständlich dankbar gewürdigt werden.

Von Martens meint, eben weil die Materien des Artikels 10 verhältnismäßig unwichtig seien, hätte man ihn auch annehmen können. Im übrigen lege auch er auf die Einstimmigkeit entscheidendes Gewicht.

Lammasch stellt sich ganz auf den Standpunkt von Graf Nigra und Holls. Der Berichterstatter werde ja zu konstatieren haben, daß in der ersten Lesung Artikel 10 angenommen war; er bezweifle aber, ob bei einer erneuten Abstimmung sich wieder die gleiche Majorität oder überhaupt eine Majorität für Artikel 10 finden werde.

In allgemeinem Einverständnis werden sodann ohne formelle Abstimmung die Artikel 8—12 des ursprünglichen russischen Entwurfes gestrichen und ersetzt durch folgenden von Descamps formulierten und beantragten Artikel (jetzt Artikel 18):

„Indépendamment des traités généraux et particuliers qui stipulent actuellement l'obligation du recours à l'arbitrage pour les Puissances signataires, ces Puissances se réservent de conclure soit avant la ratification du présent acte soit postérieurement des accords nouveaux généraux ou particuliers en vue d'étendre l'arbitrage obligatoire à tous les cas qu'elles jugeront possible de lui soumettre."

Damit ist die zweite Lesung beendet. Am Freitag, den 7. Juli, vormittags 10 Uhr soll Kommissionssitzung stattfinden, um den Mitgliedern den gedruckten Entwurf zu übergeben; ferner soll der Berichterstatter Descamps den Bericht erstatten. Nach etwa 8 Tagen — um den Mitgliedern Zeit zum Studium des Entwurfes und für etwaige Erholung von Instruktionen zu geben — soll dann die weitere Verhandlung stattfinden.

Zorn

Nr. 4335

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Ersten Delegierten bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Grafen Münster

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 53 — Berlin, den 8. Juli 1899

Sobald die nach Ihren letzten Berichten zu erhoffende Einigung über das Schiedsgerichtsprojekt erreicht ist, wird es erforderlich sein,

unsern Standpunkt und den Sinn, in welchem wir unsere Zustimmung erteilen, durch eine ausdrückliche Erklärung zu Protokoll festzustellen. Diese Erklärung würde folgende Gedanken zu enthalten haben: Die deutschen Delegierten hätten gegen das ursprünglich zur Beratung gebrachte Projekt der Einrichtung einer ständigen Schiedsgerichtsinstanz Einwendungen erheben müssen, weil sie sich nicht davon hätten überzeugen können, daß die vorgeschlagene Einrichtung eine wirkliche Verbesserung der internationalen Beziehungen und eine Wohltat für die Völker bedeuten würde. Sie hätten sich der Besorgnis nicht zu verschließen vermocht, daß daraus, statt Kriege zu verhüten, vielmehr sogar neue Quellen des Unfriedens erstehen könnten, angesichts einerseits des Fehlens fester objektiver Normen des Völkerrechts, andrerseits der Schwierigkeit, eine absolute Unparteilichkeit der mit dem Richteramt zu betrauenden, doch immer irgendeiner bestimmten Nation angehörenden Personen sicherzustellen. Die Bedenken der deutschen Delegierten und ihrer Regierung seien zwar durch die seither an dem Projekt vorgenommenen Verbesserungen etwas gemindert, aber keineswegs grundsätzlich behoben. Gleichwohl wolle die Kaiserliche Regierung, um einen neuen Beweis ihrer Selbstlosigkeit und ihrer wärmsten Sympathie für das große humanitäre Ziel zu geben, welches der Konferenz zugrunde liege, sich entschließen, ihre gewichtigen Bedenken zurücktreten zu lassen, und habe sie daher angewiesen zuzustimmen, daß ein Versuch mit der geplanten Einrichtung gemacht werde.

Diese, in eine freundliche Form zu kleidende Erklärung wird, wie ich annehme, in dem nach Ihrem Bericht Nr. 74 in Vorbereitung befindlichen Schlußprotokoll Platz finden können, wo nach dem Vorgange der Anarchistenkonferenz in Rom vermutlich auch von anderen Seiten ähnliche Erklärungen zu dem einen oder anderen Punkt des Programms abgegeben werden.

Eure Exzellenz bitte ich, mit Professor Zorn wegen Aufnahme der Erklärung an passender Stelle rechtzeitig das Erforderliche vorzunehmen.

Richthofen

Nr. 4336

Der Erste Delegierte bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 75 — Scheveningen, den 7. Juli 1899

pp. Heute über acht Tage sollte die letzte Sitzung der Arbitragekommission stattfinden. Es ist aber dagegen, namentlich vom griechi-

schen Vertreter*, Einspruch erhoben, weil er fürchtet, bis dahin seine Instruktionen nicht erhalten zu können, und so ist die nächste Sitzung der Arbitragekommission auf Montag den 17. Juli verschoben. Es ist zu hoffen, daß diese Kommission und die Kommission wegen der Brüsseler Konferenz in zwei bis drei Sitzungen fertig werden, sodaß wir etwa zwischen dem 20. und 22. werden endlich die Konferenz schließen können.

Mit dem Resultate können wir im allgemeinen zufrieden sein. Wir haben den Schaden, der entstanden wäre, wenn die russischen Vorschläge nicht bedeutend modifiziert werden konnten, wesentlich verringert. Unsere Delegierten haben in den Kommissionen sich viel Anerkennung und Einfluß erworben. Obgleich sie die russischen Vorschläge verwerfen mußten, haben sie es in so taktvoller Weise getan, daß das Verhältnis zu den russischen Delegierten, welches anfänglich durch das unerhörte Benehmen der Russen sehr schlecht zu werden drohte, ein verhältnismäßig ganz gutes geworden ist. — Den Russen ist die Möglichkeit genommen, uns als die Friedensstörer hinzustellen[1] und für den Nichterfolg der Konferenz verantwortlich zu machen. —

Sieht man den Erfolg der Konferenz genau an, so ist er sehr gering gewesen. Die russischen Delegierten werden aber in ihrem eigenen Interesse so tun, als hätten sie viel erreicht.

Ich behalte mir vor, über unsere Stellung den übrigen Delegierten gegenüber und über die russischen Intrigen bald zu berichten.

Münster

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Hauptsache

Nr. 4337

Bericht des Mitgliedes der Delegation bei der 1. Haager Friedenskonferenz Professors Zorn über die Arbeiten der dritten Kommission

Undatierte Ausfertigung. Vom Grafen Münster am 8. Juli eingereicht

Nr. XVI

In der gestrigen Sitzung der dritten Kommission** wurde durch den Vorsitzenden Bourgeois festgestellt, daß in der Drucksache Nr. 3 aus Versehen drei beschlossene Artikel weggeblieben seien und auch sonst Irrtümer sich fänden; die Drucksache werde durch eine neue

---

* Delyannis.
** Vgl. das Protokoll der Sitzung: Conférence Internationale de la Paix T. IV, p. 12 ss.

ersetzt werden. Die betreffenden Artikel wurden noch während der Sitzung verteilt; ihr Text liegt bei. Die Neuredaktion der ganzen Drucksache soll sofort erfolgen.

Die Kommission billigt zunächst die auf englischen Antrag erfolgte Wiederherstellung der Worte „en tant que les circonstances le permettent" in Artikel 2.

Sodann hält Descamps einen bemerkenswerten Vortrag über die Entwickelung des Schiedsgerichtsgedankens und die Arbeiten des Subkomitees während der vergangenen sechs Wochen. Der Bericht wird gedruckt werden. Eine Diskussion fand heute nicht statt. Bourgeois wollte die nächste Sitzung auf Freitag den 14. Juli legen. Beldiman (Rumänien) bemerkte, an diesem Tage sei das französische Nationalfest, und da könne man Bourgeois nicht zumuten, unserer Sitzung zu präsidieren. Bourgeois erkannte dies mit Dank für sich und seine Nation an, und die nächste Sitzung wurde auf Montag den 17. Juli angesetzt, da auch der Grieche Delyannis um einen längeren Aufschub wegen der schwierigen Verbindung mit Athen gebeten hatte.

Die Enquêtekommissionen (Artikel 9 ff.) * finden bei den Balkanstaaten heftigen Widerspruch. Andererseits ist Rußland in der Frage sehr empfindlich; die völlige Beseitigung dieser Kommissionen würde Rußland als eine Unfreundlichkeit empfinden. Rußland ist der Meinung, in der Frage der obligatorischen Arbitrage, die man ja gegen uns hätte erzwingen können, eine sehr große Konzession gemacht zu haben, und ich muß gehorsamst anheimstellen, inwieweit dieser Meinung Rechnung zu tragen sei. Fakultativ sind die Enquêtekommissionen nach der jetzigen Fassung: „conviennent de recourir en tant que les circonstances le permettent", durchaus.

Ähnlich steht es mit Artikel 27. Der Artikel besagt in seiner jetzigen Fassung rechtlich nichts. Aber die Franzosen wollen auch an dem Entwurfe einen positiven Anteil haben und legen auf den Artikel deshalb das höchste Gewicht und zwar auf seine Stellung im

---

* Der russische Hauptentwurf hatte in den letzten Artikeln „Commissions internationales d'enquête", und zwar obligatorischer Natur, vorgesehen, welche bei strittiger Auffassung örtlicher Verhältnisse zwischen den Signatarmächten die Tatfragen an Ort und Stelle aufklären sollten. Gegen diese Vorschläge wandten sich sämtliche Balkanstaaten. Die Bedenken wurden von deutscher Seite geteilt. Ein Telegramm des Stellvertretenden Staatssekretärs Freiherrn von Richthofen an Graf Münster vom 6. Juli (Nr. 50) besagte: „Der noch nicht völlig erledigte jüngste türkisch-serbische Grenzkonflikt zeigt von neuem, daß im Orient jede dieser häufig wiederkehrenden, anscheinend kleinen und lokalen Streitigkeiten leicht einen gefährlichen politischen Charakter annimmt. Obligatorische Enquêtekommissionen würden sehr leicht ähnliche Funktionen wie obligatorische Arbitrage annehmen. Ebensowenig wie auf letztere können wir auf erstere eingehen. Rein fakultativen Enquêtekommissionen wollen wir dagegen nicht widersprechen, falls Rußland Wert darauf legt und sich eine Mehrheit dafür erklärt."

Zusammenhang der Arbitrage, während er seinem Inhalt nach in den Zusammenhang der bons offices gehört. Auch hier stelle ich gehorsamst anheim, inwieweit diesen französischen Wünschen Rechnung getragen werden kann, da auch sie, und sie zumeist, der Meinung sind, uns in Sachen der obligatorischen Arbitrage eine ungeheure Konzession gemacht zu haben. Ich selbst muß jedenfalls das persönliche und sachliche Entgegenkommen der Franzosen und insbesondere des Vorsitzenden Bourgeois dankbarst anerkennen. Daß unsere prinzipiellen Forderungen nicht durch Majoritätsvoten, sondern mit Einstimmigkeit anerkannt wurden, ist doch wesentlich den Franzosen zu danken.

Zu den Artikeln 14 ff. wünschen die Russen — besonders Basily dringt darauf —, obwohl die ganze Arbitrage nur fakultativ ist, doch in geeigneter Form die Einsetzung der beiden Wendungen:

1. „chaque Etat reste seul juge", ob er ein Schiedsgericht haben will oder nicht, und

2. „en tant que l'honneur national et les intérêts vitaux le permettent."

Selbstverständlich habe ich mich — in einer privaten Konferenz mit von Staal und Basily — lebhaft einverstanden erklärt.

Über „cour" und „tribunal" werde ich noch besonderen Bericht erstatten. Ich bemerke heute nur, daß dem Hauptgesichtspunkt: daß die Gesamtheit der Liste nicht als solche auftreten und als Machtfaktor erscheinen soll — in dem jetzigen Entwurfe meines Erachtens vollständig Rechnung getragen ist; die Gesamtheit hat überhaupt keine einzige Funktion. Der letzte Versuch, der Gesamtheit als solcher eine Bedeutung zu geben, war der Antrag auf eine feierliche „installation" des „Welttribunales", der jedoch abgelehnt wurde.

Zorn

Nr. 4338

Bericht des Mitgliedes der Delegation bei der 1. Haager Friedenskonferenz Professors Zorn über die Arbeiten der dritten Kommission

Undatierte Ausfertigung. Vom Grafen Münster am 10. Juli eingereicht

Nr. XVII

Nachdem sich alsbald gezeigt hatte, daß der gedruckte Arbitrageentwurf lückenhaft und inkorrekt sei, konstatierte dies der Vorsitzende Bourgeois in der Kommissionssitzung am Freitag, zugleich erklärend, die Drucksache werde durch eine neue ersetzt werden. Der Pariser Professor Renault hatte überdies auch herbe Kritik an dem Französisch des Entwurfes geübt.

Um diese Neuredaktion vorzubereiten, waren Renault und ich am Sonnabend den 8. zu einer Konferenz mit Descamps zusammengetreten; in mehrstündiger Sitzung stellten wir die erforderlichen Abänderungen fest. Donnerstag, den 13. d. Mts., will das Subkomitee Sitzung halten, um hierüber Beschluß zu fassen. Die vorzuschlagenden Änderungen sind fast sämtlich redaktioneller Natur, einige notwendige sachliche Änderungen sind ganz unbedeutend.

Hinsichtlich der Terminologie einigten wir uns dahin, daß der Ausdruck „tribunal“ überall beibehalten werden könne, wo es sich um ein auf Spezialvertrag beruhendes Schiedsgericht handele, daß aber der Ausdruck „cour“ überall da zu setzen sei, wo die allgemeine subsidiäre Neuorganisation in Frage sei und zwar gleichgültig, ob von der allgemeinen Einrichtung als solcher oder von dem Schiedsgericht für den einzelnen Fall die Rede sei: Ich erachtete dies als mit unseren Instruktionen vereinbar, insoweit eben überhaupt die Bezeichnung „cour“ beibehalten werden kann.

Was diesen letzteren Punkt betrifft, so hatte ich die Ehre, bereits in meinem letzten Berichte zu betonen: daß die Gesamtheit der Schiedsrichter keine einzige Funktion hat; sie tritt als solche niemals zusammen, sondern die Liste stellt in der Tat nur die „Elemente dar, aus denen der Gerichtshof jederzeit gebildet werden kann“. Demnach dürfte die Gefahr, daß diese Gesamtheit „sich zu einem selbständigen Machtfaktor auszubilden versucht“, in dem Entwurfe keinen Anhaltspunkt finden, und es müßte eben die Aufgabe der zukünftigen Politik sein, jeder Tendenz nach einer derartigen Entwickelung sofort hemmend entgegenzutreten.

Ist dies der Kernpunkt der deutschen Auffassung, so ist dem in dem jetzigen Entwurfe meines Erachtens materiell vollkommen Genüge geschehen. Es fragt sich dann, ob in den gebrauchten Worten so schwerwiegende Bedenken liegen, daß hierüber eine Erneuerung der Verhandlungen notwendig wäre. Nach meinem gehorsamsten Dafürhalten ist dies nicht der Fall, und auch Professor von Stengel ist der gleichen Meinung. Die Sache ist erreicht: Die Gesamtheit der Schiedsrichter hat keine Funktion, und es besteht nach **diesem** Entwurf auch gar keine Möglichkeit, dieser Gesamtheit eine Funktion beizulegen. Die Verhandlungen, die zur Feststellung des Entwurfes führten, waren zwar von Anfang bis zu Ende im Sinne des größten gegenseitigen Entgegenkommen gepflogen worden, und dieser freundliche, fast freundschaftliche Sinn hat sich nicht verringert, sondern von Sitzung zu Sitzung verstärkt. Aber leicht waren diese Verhandlungen doch nicht, und sie in prinzipiellen Punkten wieder aufzunehmen, erscheint mir bedenklich. Eine energische Unterstützung für den in wichtigen Fragen grundsätzlich abweichenden deutschen Standpunkt hatte ich von keiner Seite; selbst Österreich war immer zögernd, und Graf

Nigra ist offenbar ein überzeugter Anhänger des Arbitragegedankens in weitester Ausdehnung; er hätte unbedenklich die Handelsverträge der obligatorischen Arbitrage unterstellt. Ebenso war Bourgeois — ich weiß nicht, ob auf Grund seiner Instruktion oder gegen dieselbe — bereit, in dieser Frage sehr weit zu gehen. Und für Sir Pauncefote ist der Arbitragegedanke bekanntlich ein besonderes Lieblingskind. Dazu kam der starke Einfluß von Martens', noch unterstützt von der Autorität Staals, und der scharfe juristische Verstand von Asser: alle diese Momente wirkten mächtig nach der einen Richtung, die obligatorische Arbitrage so weit als möglich auszudehnen. Diese Gefahr ist beseitigt. Ob ich zu nachgiebig war, und ob für den deutschen Standpunkt ein mehreres hätte erreicht werden können — dies zu entscheiden, muß ich gehorsamst anheimstellen. Wenn irgend möglich aber bitte ich, von einer Erneuerung der Verhandlungen über prinzipielle Punkte, zu denen nach der Sachlage auch die Bezeichnung „Cour" gehört, Abstand nehmen zu wollen.

Zorn

Nr. 4339

Der Erste Delegierte bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 60 Scheveningen, den 12. Juli 1899

Antwort auf Telegramm Nr. 53*.

Nachdem ich wiederholt mit Professor Zorn über die Erklärung, welche ich hier abgeben sollte, Rücksprache genommen habe, übergab mir derselbe folgende Aufzeichnung:

„Hinsichtlich der zu dem Schiedsgerichtsprojekt abzugebenden Erklärung bestehen folgende Bedenken, auf Grund deren ich bitte, den mir durch Telegramm Nr. 53 gegebenen Auftrag nicht ausführen zu dürfen.

Daß anderweitige derartige Erklärungen zum Schlußprotokoll in Aussicht genommen seien, ist bisher nicht bekannt geworden.

Die Erklärung, daß die deutsche Regierung den Entwurf als einen Versuch betrachte, der auch mißlingen könne, der unter Umständen Gefahren in sich berge, daß Deutschland sich auf denselben nur einlasse, um seine Sympathie für alle der Erhaltung und Befestigung des Weltfriedens etwa dienlichen Pläne zu zeigen, ist deutscherseits wiederholt abgegeben und findet sich so in den Protokollen, die nunmehr zum Druck gelangen. Ebenso ist erklärt, daß die ursprünglichen Bedenken durch die jetzige Fassung des Ent-

---

* Siehe Nr. 4335.

wurfs zwar gemildert, aber keineswegs ganz beseitigt seien. Damit ist sowohl theoretisch die erforderliche Verwahrung bezüglich des Prinzips als für die praktische Politik die Verwahrung gegenüber etwaigen schlimmen Erfahrungen mit dem Schiedsgerichte erfolgt.

Eine nochmalige Verwahrung dieser Art erscheint somit nicht erforderlich und würde, nachdem doch Deutschland die Hauptbedenken erhoben hatte und diesen Bedenken auch Rechnung getragen ist, sicherlich unliebsames Aufsehen machen, ohne doch erheblich praktischen Nutzen zu bieten.

Aus diesen Gründen bitte ich in Anbetracht, daß die gewünschte Erklärung bereits wiederholt und unzweideutig gegeben und in den Protokollen niedergelegt ist, von einer neuen Erklärung dieser Art absehen zu wollen."

Ich billige die Ansichten des Professors Zorn vollständig, glaube, daß eine solche Wiederholung der schon öfter ausgesprochenen Verwahrung viel mehr schaden und großes Aufsehen bei den anderen Delegierten erregen und unsere so schon schwierige Stellung beeinträchtigen könnte, und bitte deshalb, davon absehen zu dürfen.

Münster

Nr. 4340

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Ersten Delegierten bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Grafen Münster

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 58 Berlin, den 13. Juli 1899

Antwort auf Telegramm Nr. 60*.

Unter den vorgetragenen Umständen bin ich damit einverstanden, daß von Abgabe der Erklärung abgesehen wird, vorausgesetzt, daß nicht andre Mächte zu diesem oder andren Punkten ähnliche Verwahrungen oder Vorbehalte zum Schlußprotokoll erklären lassen**.

Richthofen

---

* Siehe Nr. 4339.

** Bei dem Verzicht Deutschlands auf jeden Vorbehalt ist es geblieben, obwohl verschiedene andere Mächte, neben mehreren Balkanstaaten auch die Vereinigten Staaten von Amerika, tatsächlich ausdrückliche Vorbehalte formulierten. Vgl. darüber Meurer, Die Haager Friedenskonferenz I, 93 f. Der Vorbehalt der Vereinigten Staaten zugunsten der Monroedoktrin hätte nach dem Eingeständnis Botschafter Whites (Autobiography of A. D. White II, 341 s.) fast noch in letzter Stunde das Zustandekommen des Schiedsgerichtsübereinkommens gefährdet. Auch der französische Generalbericht über die Arbeiten der dritten Kommission (Gelbbuch: Conférence Internationale de la Paix 1899, p. 42) gedenkt des Zwischenfalls, der in den deutschen Akten keine Erwähnung findet, mit den Worten: „Une intervention inattendue se produisit qui parut tout remettre en question".

Nr. 4341

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Ersten Delegierten bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Grafen Münster

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 55 Berlin, den 12. Juli 1899

Rumänischer Konferenzdelegierter Beldiman erbittet mit ganz vertraulichem Schreiben vom 9. d. Mts. unsere Unterstützung für Sitzung vom 17. d. Mts. zu Beseitigung internationaler Enquêtekommissionen aus Schiedsgerichtsprojekt, beruft sich unter anderem darauf, daß Euere Exzellenz ihm gegenüber Beseitigung für notwendig erklärt hätten.

Nach Euerer Exzellenz Bericht Nr. 78 vom 8. d. Mts. würde ich dagegen angenommen haben, daß Euere Exzellenz die Ansicht Professor Zorns teilen, wonach völlige Beseitigung der Enquêtekommissionen von Rußland als Unfreundlichkeit empfunden werden würde.

Bitte um telegraphische Äußerung, was Sie empfehlen. Die von Zorn dabei gemeldete russische Ansicht, als ob Rußland in der Frage der obligatorischen Arbitrage uns Konzessionen gemacht habe, müssen wir übrigens entschieden zurückweisen. Die weit überwiegende Konzession ist von uns gemacht durch Annahme der permanenten Arbitrageeinrichtung. Bei Widerspruch gegen obligatorische Arbitrage standen wir nicht allein.

Richthofen

Nr. 4342

Der Erste Delegierte bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 62 Scheveningen, den 13. Juli 1899

Telegramm Nr. 55* erhalten.

Die völlige Beseitigung der Enquêtekommissionen halte ich für wünschenswert und habe ich das dem Professor Zorn gegenüber betont. Für mich maßgebend dabei ist es, daß sowohl die türkischen Vertreter als die Balkanstaaten sie durchaus nicht wollen und sie nur als ein Werkzeug für russische Intrige ansehen. Der Eifer, mit

---

* Siehe Nr. 4341.

welchem die Russen dafür eintreten, zeigt am besten die Richtigkeit dieser Ansicht. Auch die österreichischen Delegierten halten diese Kommissionen für bedenklich. Wir müssen Vorschläge, die uns nicht gefallen, ablehnen, und teile ich darin durchaus nicht die Ansicht des Professors Zorn. Ob die Russen unsere Stellungnahme zu einer Frage, die wir richtig finden, für unfreundlich halten, ist mir ganz gleichgültig.

Von Konzessionen, die uns die Russen in der Arbitragefrage gemacht haben sollen, kann keine Rede sein. Sie haben das Obligatorische erst aufgegeben, nachdem ich Herrn von Staal in Gegenwart des zweiten französischen Delegierten erklärt: „C'est à prendre ou à laisser". Herr von Staal erwiderte, das klinge ja wie ein Ultimatum, worauf ich antwortete, für diese Frage soll es das auch sein. Darauf bekam Martens mildere Instruktionen.

Zorn hat übrigens uns sehr gut vertreten, und daß er, der für die Arbitrage hergeschickt war, gern alles vermeiden möchte, was sie verhindern könnte, muß ihm zugute gehalten werden.

Münster

Nr. 4343

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Ersten Delegierten bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Grafen Münster

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 57 Berlin, den 13. Juli 1899

Vorläufige Antwort auf Telegramm Nr. 62* zu Ew. pp. gefälliger persönlicher Direktive.

Die Balkanverhältnisse berühren Österreich-Ungarn näher als uns. Ich habe deshalb zunächst in Wien wegen der Haltung der dortigen Regierung zur Frage der Enquêtekommissionen angefragt. Antwort ist für nicht früher als Sonnabend in Aussicht gestellt. Ich würde keinen genügenden Grund sehen, uns in dieser Frage über die Haltung des Wiener Kabinetts hinaus gegen Rußland zu engagieren, zumal die Enquêtekommissionen, wie mir Professor Zorn mit Recht nachzuweisen scheint, durch die beigefügten beiden Klauseln rein fakultativen Charakter haben.

Richthofen

---

* Siehe Nr. 4342.

Nr. 4344

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Ersten Delegierten bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Grafen Münster

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 64 Berlin, den 16. Juli 1899

Im Anschluß an mein Telegramm Nr. 57*.

Der Kaiserliche Geschäftsträger in Wien telegraphiert:

Graf Goluchowski ist nicht geneigt, den rumänischen Wunsch auf Beseitigung internationaler Enquêtekommissionen aus dem Haager Entwurf zu unterstützen, weil Rußland namentlich Wert auf Beibehaltung dieses Artikels zu legen scheint.

Hiesige Regierung habe auch sonst keine Bedenken dagegen.“

Hiernach verbleibt es bei Weisung meines Telegramms Nr. 50**.

Herrn Beldiman bitte ich vertraulich zu sagen, daß es für uns nicht gut möglich sei, über den Standpunkt der von den Balkanangelegenheiten im allgemeinen näher als wir berührten österreichisch-ungarischen Regierung hinauszugehen, und daß wir daher angesichts der Stellungnahme der genannten Regierung Schritte unsererseits zugunsten des rumänischen Standpunkts als kaum Erfolg versprechend uns versagen müßten.

Richthofen

Nr. 4345

Bericht des Mitgliedes der Delegation bei der 1. Haager Friedenskonferenz Professors Zorn über die Arbeiten der dritten Kommission

Undatierte Ausfertigung. Vom Grafen Münster am 17. Juli eingereicht

Nr. XVIII

Die letzte Redaktion des Entwurfes hatte für die Gesamtheit der Liste den Ausdruck „cour“; in gleicher Weise war der Ausdruck „cour“ gebraucht für das aus dieser Liste gebildete Schiedsgericht; dagegen das auf besonderer Konvention beruhende Schiedsgericht war als „tribunal“ bezeichnet. Ersteres soll regelmäßig im Haag sitzen (Artikel 25), letzteres da, wo die Konvention es bestimmt, eventuell im Haag (Artikel 35). Die beanstandeten Aus-

---

* Siehe Nr. 4343.

** Vgl. Nr. 4337, S. 328, Fußnote *. Über den weiteren Verlauf der Frage vgl. Meurer, Die Haager Friedenskonferenz I (1905), S. 132 ff.

drücke des Artikels 28 sollen in Absatz 3 besagen: der aus dem diplomatischen Korps bestehende Verwaltungsrat soll den Signatarmächten mitteilen, daß die Ernennungen zur Liste erfolgt sind, und soll Sorge tragen für die Einrichtung des Bureaus; im letzten Absatz: der Verwaltungsrat soll den Mächten alljährlich einen Bericht erstatten, welche Arbitragefälle auf Grund der neuen Konvention erledigt bezw. anhängig geworden sind, damit die Mächte einen Überblick über die Entwickelung der ganzen Einrichtung behalten.

In der gestrigen (15. Juli) Sitzung* wurde noch einmal die Redaktion des ganzen Entwurfes revidiert und eine Reihe von Anträgen der Herren Baron Bildt (Schweden), Rolin (Siam), d'Ornellas (Portugal), Stanciow (Bulgarien) beraten; sie bezweckten meist nur eine andere Fassung von Worten oder Sätzen; eine sachliche Änderung ist die auf Bildts Antrag erfolgte Streichung des Wortes „résidant" in Artikel 28, Absatz 1 — der im Haag akkreditierte schwedische Gesandte residiert in Brüssel —; ich widersprach dieser Änderung, sie wurde aber mit Stichentscheid des Vorsitzenden Descamps angenommen.

Ich benutzte die gestrige Sitzung, um nochmals mit Entschiedenheit eine Abänderung der Bezeichnung „cour" für die Gesamtheit der Liste zu befürworten. Auf Weisung Seiner Exzellenz des Herrn Botschafters habe ich seinerzeit beantragt: „cour **des arbitres**". Aus sprachlichen Gründen wurden die Worte „des arbitres" bestritten und mir entgegengehalten: so wenig man im Deutschen „Schiedsrichterhof" an Stelle von „Schiedsgerichtshof" sagen könne, so wenig im Französischen: cour des arbitres. So entstand die jetzige Fassung.

Ich führte gestern aus: Die deutsche Regierung wolle nichts von den gemachten Zugeständnissen, die sie für sehr bedeutend halte, und die nicht ohne sehr schwere Bedenken gemacht worden seien, zurückziehen; sie wünsche aber eine klare und richtige Bezeichnung der zu schaffenden Einrichtung. Was durch den Entwurf in Aussicht genommen sei, sei weder eine permanente „cour" noch ein permanentes „tribunal", sondern nicht mehr und nicht weniger als eine permanente Liste, aus der de cas en cas eine cour oder ein tribunal gebildet werden könne, falls die Parteien nicht eine andere Art der Bildung des Schiedsgerichtes vertragsmäßig bestimmen; die Gesamtheit der Liste aber habe keine einzige Funktion und dürfe eine solche nicht haben, könne demgemäß auch nicht als „cour" bezeichnet werden. Man möge dies in der Terminologie richtig zum Ausdruck bringen.

Dagegen traten Descamps, Martens und Holls auf. Descamps

---

* Vgl. das Protokoll der Sitzung: Conférence Internationale de la Paix T. IV, p. 178ss.

rühmte in pathetischen Worten den großen Gedanken, der in der zusammenfassenden Bezeichnung „cour" liege. Martens war der Meinung, man könne keine andere zutreffende Bezeichnung finden. Holls führte aus: Das Wort „cour" decke sich hier ganz mit dem englischen „court"; daß die Gesamtheit als solche Funktionen haben und ausführen müsse, sei bei dieser Bezeichnung keineswegs erforderlich; der „supreme court" der Vereinigten Staaten bestehe aus Mitgliedern, die ihren Wohnsitz an den verschiedensten Orten hätten, die nie zusammenkämen und sich gar nicht kennen; dies sei also ein ganz analoges Verhältnis.

Ich entgegnete: es sei doch wichtiger, der Sache den richtigen Ausdruck zu geben, als an einem Schlagwort festzuhalten, in das man sich gewissermaßen verliebt habe; eine Bezeichnung werde sich leicht finden lassen, wenn man nur wolle, so z. B. „de l'organisation permanente d'arbitrage" oder „de la liste permanente des arbitres" oder dergleichen; die Analogie des supreme court der Vereinigten Staaten sei immerhin insofern nicht zutreffend, als es sich hier um eine nationale, bei der völkerrechtlichen Arbitrage um eine internationale Einrichtung handle.

Eine Unterstützung fand ich bei meinen prinzipiellen Einwendungen nicht. Ich legte deshalb auf eine Abstimmung kein Gewicht und begnügte mich, den deutschen Widerspruch zu Protokoll zu konstatieren. Nach längerer und lebhafter Debatte einigte sich das Komitee im Interesse der größeren Klarheit: für die Gesamtheit der Liste den Ausdruck „cour" festzuhalten, für das einzelne Schiedsgericht die Bezeichnung „tribunal" zu setzen. Ferner soll an geeigneter Stelle durch einen besonderen Artikel zum Ausdruck gebracht werden, daß die Vorschriften des III. Abschnittes von § 4 über das Verfahren Geltung haben: einmal für die auf Grund besonderer Verträge gebildeten Schiedsgerichte; sodann für die auf Grund des allgemeinen Vertrages aus der Liste gebildeten Schiedsgerichte insoweit, als hier nicht in Abschnitt II des § 4 anderweite Bestimmungen enthalten sind. Damit ist insbesondere der scheinbare Widerspruch zwischen Artikel 25 und Artikel 35 über den Sitz des Schiedsgerichtes aufgeklärt.

Ich bemerke noch gehorsamst, daß ich in der Frage des Prinzipes der obligatorischen Arbitrage im Komitee in der Tat allein stand; wie die Regierungen zu der Frage stehen, entzieht sich natürlich meiner Kenntnis; ihre Vertreter im Komitee hatten sich sämtlich für die obligatorische Arbitrage erklärt.

Zu Artikel 9 hatte d'Ornellas (Portugal) beantragt, die Klausel „n'engageant d'ailleurs ni l'honneur ni les intérêts vitaux" zu streichen; der Antrag wurde einstimmig abgelehnt.

Die in einem der letzten Berichte erwähnten Ausführungen von d'Estournelles sind jetzt unter dem Titel: „La solidarité européenne"

in Nr. 193 der „Indépendance Belge“ vom 13. Juli 1899, zweite Morgenausgabe, veröffentlicht; aus der Feder eines französischen Deputierten und Diplomaten dürften sie immerhin bemerkenswert sein.

Zorn

Nr. 4346

Bericht des Mitgliedes der Delegation bei der 1. Haager Friedenskonferenz Professors Zorn über die Arbeiten der dritten Kommission

Undatierte Abschrift. Vom Grafen Münster am 22. Juli eingereicht

Nr. XXIV

pp. In der Kommissionssitzung vom 20. Juli * nachmittags 2 Uhr wurde das Arbitrageprojekt in zweiter Lesung durchberaten bis Artikel 35, jedoch ausschließlich der Artikel 9—13 über die Enquêtekommissionen **. Die Hauptverhandlung bezog sich nicht auf das Schiedsgericht, sondern auf die bons offices und die médiation. Zu den betreffenden Artikeln gaben die Vertreter von Rumänien und Serbien im einzelnen und im ganzen Erklärungen ab, die erfüllt waren von starker Besorgnis vor mißbräuchlicher Anwendung dieser Vorschriften durch Großstaaten gegenüber Kleinstaaten. Zum Schluß der Beratung über diese Artikel gab Mijatowitsch für Serbien die formelle Erklärung ab: Serbien akzeptiere diese Artikel nur unter der Voraussetzung, daß bons offices wie médiation nur in schweren und ernsten Fällen sollen zur Anwendung gebracht werden dürfen.

1. Zu Artikel 1 wird auf Verlangen von Beldiman im Protokoll konstatiert, es bestehe Einverständnis darüber, daß das Wort „conviennent“ *** hier kein formelles juristisches Engagement darstelle.

2. Zu Artikel 3 † verlangt Wejlkowitsch die Aufnahme eines Zusatzes, daß auch die Zurückweisung des Angebotes der bons offices oder médiation nicht als acte peu amical zu betrachten sei.

Asser, Lammasch, Bourgeois und ich erklären diesen Gedanken für vollkommen richtig, aber für selbstverständlich. Dies soll zu Proto-

---

* Vgl. das Protokoll der Sitzung: Conférence Internationale de la Paix T. IV, p. 61ss.

** Über diese vgl. Nr. 4337, S. 328, Fußnote *.

*** Nach Artikel 1 des Entwurfs zum Haager Schiedsgerichtsabkommen kommen die Signatarmächte überein („conviennent“) „d’employer tous leurs efforts pour assurer le règlement pacifique des différends internationaux“.

† Nach Artikel 3 sollte die Ausübung des Rechts, gute Dienste der Vermittlung anzubieten, nie von einem der streitenden Teile als unfreundliche Handlung angesehen werden können.

koll konstatiert werden, womit sich die Vertreter von Rumänien und Serbien für befriedigt erklären.

3. Zu Artikel 16 * erklärt Rumänien den Vorbehalt zu den Worten „déjà nées", daß es grundsätzlich Streitfälle aus der Zeit vor der Ratifikation dieser Konvention nicht dem schiedsgerichtlichen Verfahren unterwerfen werde.

4. Zu Artikel 18 ** erklärt Rumänien, daß in diesem Artikel grundsätzliches kein „obligatorisches" Engagemant liege; hierüber wird das allgemeine Einverständnis konstatiert.

5. Zu Artikel 20 *** konstatiere ich nochmals unter Verweisung auf die zu den Protokollen des Komitees abgegebene Erklärung den deutschen Widerspruch gegen die Bezeichnung „cour permanente"; die deutsche Regierung erkenne nur eine „cour", ein Schiedsgericht für den einzelnen Fall an, betrachte aber die Gesamteinrichtung nur als eine Liste, nicht als eine „cour" und lehne alle aus letzterem Worte etwa zu ziehenden Konsequenzen ab.

6. Zu Artikel 21 † wird der Wunsch von Graf Macedo (Portugal) und Asser, daß die „cour" die Regel und Spezialschiedsgerichte die Ausnahme bilden sollen, im Protokoll vermerkt.

7. Zu Artikel 23 †† wird die Zahl 4 nochmals bekämpft, es bleibt aber dabei.

8. Artikel 24 wird auf Antrag Rolin folgendermaßen gefaßt:

„Lorsque les Puissances signataires se veulent adresser à la Cour pour régler un différend survenu entre elles, le choix des arbitres appelés à former le tribunal compétent pour statuer sur ce différend doit être fait dans la liste générale des membres de la Cour.

Es folgen sodann die Absätze 2 bis 5 des Artikels 31:

„Le Tribunal étant ainsi composé les parties notifient au Bureau leur décision de s'adresser à la Cour et les noms des arbitres.

Le Tribunal arbitral se réunit à la date fixée par les parties.

Les membres du tribunal arbitral dans l'exercice de leurs fonctions et en dehors de leur pays jouissent des immunités diplomatiques."

9. Zu Artikel 24 verlangt Bildt, daß der gewählte surarbitre den beteiligten Regierungen genehm sein müsse. Hierüber findet eine

---

* Artikel 16 besagte, daß das Schiedsgerichtsabkommen geschlossen sei „pour des contestations déjà nées ou pour des contestations éventuelles".

** In Artikel 18 behielten die Signatarmächte sich den Abschluß neuer allgemeiner oder besonderer Abkommen vor, „um die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit auf alle Fälle auszudehnen, die ihr nach ihrer Ansicht unterworfen werden können".

*** Artikel 20 handelte von der Einsetzung einer „Cour permanente d'arbitrage".

† Artikel 21 sah neben der „Cour permamente" die Einrichtung besonderer Schiedsgerichte (jurisdiction spéciale) vor.

†† Nach Artikel 23 sollte jede der Signatarmächte vier Kandidaten zur Schiedsrichterliste präsentieren.

längere Debatte statt. Es wird konstatiert 1. daß dies im Kompromiß, durch welches die streitenden Teile sich dem Schiedsgericht unterwerfen, immer ausgesprochen werden könne, 2. daß es sich von selbst daraus ergebe, daß die Namen der Schiedsrichter, also einschließlich des surarbitre, dem Bureau angezeigt werden müssen, was ja immer eine Zustimmung der Parteien auch für den surarbitre voraussetze.

Dies soll zu Protokoll konstatiert werden, und damit ist Bildt zufrieden.

10. Eine große Debatte entsteht sodann noch zu Artikel 27*, den Beldiman und Wejlkowitsch bekämpfen. Graf Welsersheimb, der in erster Lesung zu diesem Artikel einen Vorbehalt gemacht hatte, erklärt auf Anfrage des Vorsitzenden, er habe keine Einwendungen zu machen. Die von mir zu diesem Artikel abgegebenen Erklärungen habe ich in dem für das Protokoll redigierten Wortlaut bereits gestern vorgelegt**. Da die Amerikaner und einige Engländer immer englisch sprechen, sprach ich deutsch, und Asser hatte die Güte, meine Erklärung französisch wiederzugeben. Die Sitzung nahm nach meiner Rede einen ziemlich dramatischen Charakter an; Holls (englisch), Graf Nigra und Bourgeois folgten mit längeren Reden.

Gegenüber den in der Verhandlung mehrfach vorgekommenen Wendungen, die obligatorische Arbitrage sei wegen des Widerspruches „d'une puissance" unmöglich gewesen und gegenüber der direkten Provokation von Wejlkowitsch: warum man denn die obligatorische Arbitrage nicht angenommen habe — hielt ich es für meine Pflicht, ausdrücklich und feierlich zu erklären, daß das Deutsche Reich die Puissance sei, welche jede obligatorische Arbitrage abgelehnt habe, und zugleich den Grund hierfür darzulegen. Aber ich war der Ansicht, daß gerade bei diesem Anlaß ebenso ausdrücklich und feierlich betont werden könne, daß in dem Bestreben, den Frieden zu erhalten und alle den Frieden unter den Staaten wirklich fördernden Einrichtungen zu unterstützen, das Deutsche Reich sich von keinem Staat übertreffen lassen werde.

Diese beiden mit Lebhaftigkeit ausgesprochenen Gedanken riefen einen sehr starken Beifall der Versammlung hervor, und die Diskussion setzte sich in dieser Weise noch einige Zeit fort, speziell in den mit glänzender Beredsamkeit, wenn auch nicht ohne mancherlei Phrasenwerk gegebenen Ausführungen von Holls und Bourgeois***.

---

* In Artikel 27 erklärten sich die Signatarmächte verpflichtet („considèrent comme un devoir"), im Falle, wo ein ernsthafter Streit zwischen zweien oder mehreren von ihnen auszubrechen drohe, diese daran zu erinnern, daß ihnen der ständige Schiedshof offenstehe.

** Vgl. Conférence Internationale de la Paix IV, 72.

*** Vgl. auch Zorn, Deutschland und die beiden Haager Friedenskonferenzen (1920), S. 39 f. Zu den Reden von Holls und Bourgeois vgl. Meurer, Die Haager Friedenskonferenz I, 250 ff.

Sofort nach Feststellung meiner Worte habe ich sie Seiner Exzellenz dem Herrn Botschafter unterbreitet, und sie haben dessen Billigung gefunden.

Ich hoffe, nicht im Widerspruch mit den Intentionen der Kaiserlichen Regierung gehandelt zu haben. Hier hat die Erklärung gut gewirkt*, und ich bin der Überzeugung, daß es richtig war, sie abzugeben als Komplement und Ergänzung derjenigen Erklärung, die deutscherseits in der Abrüstungsfrage abgegeben wurde und abgegeben werden mußte.

Heute, Sonnabend, wird die Kommission und voraussichtlich Montag die Konferenz den Arbitrageentwurf erledigen**.

(gez.) Zorn

Nr. 4347

Der Erste Delegierte bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 98 Scheveningen, den 24. Juli 1899

Endlich können wir hoffen, am Donnerstag, den 27., schließen und am 28., spätestens 29., abreisen zu können.

Die Arbitragekommission hat ihre Arbeiten vollendet. Ein Werk voll Widersprüchen, ein Netz mit lauter Löchern.

Mir erzählten gestern die österreichischen Delegierten, Graf Murawiew habe dem österreichischen Geschäftsträger gegenüber seine Befriedigung über das Werk der Konferenz ausgesprochen. Ist das richtig, so begnügt der Minister sich mit wenigem.

Von anderer Seite höre ich, daß am Hofe die Sache anders und weniger günstig angesehen wird, sodaß Murawiew selbst ernstlich bedroht sein soll. — Das verdient er auch, denn er konnte für Rußlands Ansehen und politischen Kredit nichts tun, was mehr schaden konnte, als diese schlecht vorbereitete Konferenz[1] und die ganze Führung und mise en scène derselben.

In den Augen sämtlicher Delegierten haben die russischen Staatsmänner sich ziemlich geschadet.

---

* Vgl. auch B. v. Suttner, Die Haager Friedenskonferenz, Tagebuchblätter, S. 289.

** Tatsächlich wurde der Arbitrageentwurf am 22. Juli von der Kommission, am 25. von der Plenarversammlung der Konferenz verabschiedet. Den Text des endgültigen Schiedsgerichtsabkommens siehe „Reichsgesetzblatt", Jg. 1901, S. 393 ff., ferner in: Das Staatsarchiv, Bd. 64, S. 180 ff., bei Meurer a. a. O. I, 378 ff. und a. a. O.

Auch die Holländer, die anfänglich sich einen gewissen Vorteil von der Konferenz versprachen und auch wirklich versuchten, den Russen nützlich und angenehm zu sein, fangen an, eine ganz andere Stimmung zu zeigen. Jetzt, wo ich sie besser kennen lerne, werden sie offenherziger; sie klagen darüber, daß namentlich in letzter Zeit die Russen rücksichtsloser geworden seien[2] und sie für ihre Mißerfolge verantwortlich machen möchten. Sie merken jetzt, in welche Schwierigkeiten sie ihrer eigenen Volksvertretung, namentlich der sehr starken katholischen Partei gegenüber geraten und fürchten sehr, daß das Ministerium Beaufort darüber fallen wird. Papst und Transvaal sind die Klippen, an denen Beaufort scheitern kann. Hoffentlich wird die Papstfrage nicht noch in der Konferenz diskutiert werden.

Graf Nigra, der erst während der Konferenz durch seine Lust zu sprechen und Anträge zu stellen, Schwierigkeiten bereitete, hat jetzt alles getan, um, so viel er konnte, versöhnend zu wirken und jede Mitwirkung der Konferenz zu verhindern. Der Vatikan ist dagegen sehr streitsüchtig, wird diese Frage nicht ruhen lassen und droht fortwährend mit Zurückziehung der Internuntiatur.

Wie ich schon ganz vertraulich andeutete, hat Herr von Beaufort den großen Fehler begangen, Ihre Majestät die Königin zu veranlassen, dem Heiligen Vater einen Brief zu schreiben, durch den sie den Papst versöhnen wollte. Die Antwort, welche Ihre Majestät erhielt, war sehr kühl und durchaus nicht versöhnend*.

Die hiesige Regierung fürchtet in Folge dessen sehr, daß der Vatikan selbst diese Schriftstücke werde veröffentlichen wollen, und soll noch daran denken, beim Schluß der Konferenz darüber Mitteilung zu machen, in der Absicht, die hiesige starke katholische Partei zu beruhigen**. Ich hoffe, daß das nicht geschieht, denn es könnte eine Bombe aus heiterem Himmel werden, ähnlich wie die aus einem Ballon zu werfenden Sprengstoffe, welche die Konferenz verboten hat.

Wenn die Holländer jetzt schon große Schwierigkeiten mit Rom haben, so werden dieselben niemals aufhören, wenn sie wirklich das Bureau des neuen Schiedsgerichts hier haben und es unter Aufsicht der hier akkreditierten Gesandten stellen wollen.

Sind die Holländer vorsichtig, so sollten sie versuchen, dieses Bureau nach Brüssel oder nach der Schweiz zu verlegen[3].

Wenn auch für die Holländer die Konferenz unbequem werden kann, so konnte dafür im allgemeinen kein besserer Ort gefunden werden. Die Agitation, welche hier von allen Seiten getrieben und durch russische Rubel auf so unerhörte Weise unterstützt wurde, hätte an jedem anderen Orte viel schädlichere Folgen haben können.

---

* Siehe den Wortlaut der beiden Schreiben in: Conférence Internationale de la Paix I, p. 210 s.

** Es geschah tatsächlich, vgl. Nr. 4349.

Hier hat das Echo der Bevölkerung völlig gefehlt. Die Agitatoren haben bei den ruhigen Holländern keinen Boden gefunden. Politisch sind die Holländer wie die Enten, auf deren Rücken das Wasser nicht eindringt und harmlos abläuft. An jedem anderen Orte, in Brüssel oder selbst der Schweiz wäre das ganz anders gewesen. —

Herr von Stengel und Graf Nigra arbeiten an der Fassung des Schlußprotokolls.

Die Russen haben dringend gewünscht, daß die Konventionen unterschrieben würden[4], sind sehr unzufrieden und enttäuscht darüber, daß das nicht geschieht, und betteln bei den kleinen Staaten förmlich um ihre Unterschrift.

Wir, Österreich, Italien und England unterschreiben die Konvention nicht[5]. China und Japan, die sich stets nach mir richten, wahrscheinlich auch nicht, ebenso Bulgarien und Griechenland. Ob Bourgeois unterschreibt, ist noch nicht sicher, er wünscht es. Die anderen Delegierten lassen es aber durchblicken, daß das gegen seine Instruktionen sein würde.

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig
[2] war vorher zu sehen
[3] ja
[4] ! ist ja unmöglich
[5] nein!

Nr. 4348

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Botschafter Grafen zu Eulenburg, z. Z. in Nordfjordeidet

Ausfertigung

Nr. 9 Berlin, den 26. Juli 1899

Euerer Exzellenz beehre ich mich den beifolgenden Bericht des Ersten Delegierten zur Haager Konferenz Botschafters Grafen zu Münster vom 24. d. Mts., enthaltend Betrachtungen über das letzte Stadium der vor dem endlichen Abschlusse stehenden Konferenzverhandlungen*, mit dem Anheimstellen der Vorlage an allerhöchster Stelle zu übersenden.

Zur Erläuterung unterlasse ich nicht, folgende Bemerkungen hinzuzufügen:

1. Versuche, für den Papst wenigstens an der Schiedsgerichtsorganisation eine gewisse Mitwirkung zu erlangen, etwa durch Zu-

---

* Siehe Nr. 4347.

lassung einer vom Papst gewählten Persönlichkeit zur permanenten Schiedsrichterliste und durch Beteiligung des Haager Internuntius an der Aufsicht über das permanente Bureau des Schiedsgerichts, sind schon seit einiger Zeit wieder bemerkbar geworden. Da wir selbstverständlich kein Interesse daran haben können, der Rampollaschen Politik zu einem Erfolge zu verhelfen, andrerseits aber angesichts der von den italienischen Delegierten auf der Konferenz uns gegenüber wiederholt eingenommenen eigentümlichen Haltung auch kein Anlaß für uns war, für ein spezifisch italienisches Interesse uns zu engagieren, so war Graf Münster auf Bestimmung des Herrn Staatssekretärs angewiesen worden, in der Frage der Beteiligung des Papstes jeder Stellungnahme aus dem Wege zu gehen.

2. Von der Konferenz sind bekanntlich Entwürfe zu drei Konventionen, nämlich 1. betreffend Vermittelung und Schiedsgerichtsverfahren, 2. betreffend Bestimmungen und Gebräuche für den Landkrieg (Modifikationen der sogenannten Brüsseler Deklaration) und 3. betreffend Anwendung der Genfer Konvention auf den Seekrieg ausgearbeitet worden. Von russischer Seite wurde auf der Konferenz lebhaft gedrängt, daß diese Konventionen als völkerrechtliche Verträge behandelt und daher gleich in der Konferenz von den ersten Delegierten förmlich unterzeichnet werden möchten, um demnächst den Regierungen zur Ratifikation vorgelegt zu werden. Von anderer, namentlich österreichisch-ungarischer Seite war dagegen befürwortet worden, die Konventionsentwürfe lediglich als gutachtliche Vorschläge[1] der Konferenz zu betrachten, die nunmehr den Regierungen zum Befinden darüber einzureichen wären[2]. Da bei dem letzteren Verfahren die Kaiserliche Regierung ihre volle Entschließungsfreiheit behält, während es andrerseits immer etwas Mißliches hätte, wenn unser allerhöchster Herr in die Lage käme, einem einmal von seinem Bevollmächtigten vollzogenen Staatsvertrag hinterdrein die Ratifikation zu versagen, und da ferner die Haager Konferenz nach unserer Auffassung von vornherein mehr den Charakter einer beratenden[1] als einer vertragschließenden Versammlung hatte, so ist Graf Münster angewiesen worden, sich dem österreichisch-ungarischen Standpunkte anzuschließen. Auch der Königliche Kriegsminister hat sich entschieden dafür ausgesprochen, daß ihm zu einer eingehenden Erörterung des militärischen Teils der Konventionsentwürfe noch Gelegenheit gegeben werden möchte, bevor durch die Unterschrift der Delegierten die Entscheidung Seiner Majestät des Kaisers und Königs immerhin in gewisser Weise gebunden werde[3]*.

Richthofen

---

* Bereits am 20. Dezember 1899 hat jedoch Staatssekretär Graf von Bülow dem Kaiser die Ratifikation aller Abkommen und Erklärungen angeraten. Vgl. Abschnitt E, Nr. 4354.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig
[2] ja
[3] thue ich nicht

Nr. 4349

Der Erste Delegierte bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 104 Scheveningen, den 30. Juli 1899

Endlich ist die Konferenz in feierlicher Sitzung gestern nachmittag geschlossen worden.

Das Schlußprotokoll der Konferenz* ist von sämtlichen Delegierten gezeichnet worden.

Der hohen Weisung gemäß hat der gehorsamst Unterzeichnete die Konventionen sowie die Resolutionen** nicht unterschrieben.

Einliegende Aufzeichnung*** ergibt das Resultat der Abstimmungen.

Über das Resultat der Konferenz selbst habe ich meine Ansicht in verschiedenen Berichten ausgesprochen.

In Beziehung auf Abrüstung und alles, was Verringerung der Wehrkraft betrifft, sind die schlecht formulierten und nicht verteidigten Anträge Rußlands abgewiesen.

Die Brüsseler Konvention ist etwas modifiziert.

Die Bestimmungen der Genfer Konvention, die sich dazu eigneten, sollen auch im Seekriege Anwendung finden.

Was die Arbitrage betrifft, so ist eine sehr komplizierte Organisation angenommen worden. Ein Netz mit großen Löchern; es bleibt aber doch immer noch ein Netz, in dem man sich verwickeln kann. Seitens der deutschen Delegierten ist von vornherein der Standpunkt festgehalten, daß alles, was eine Verpflichtung, sich dem Schiedsgericht zu unterwerfen, bestimmte, gestrichen werde und die Anrufung des Schiedsgerichtes streng fakultativ bleibe.

Daneben sind auch eine Anzahl Deklarationen angenommen, die zum Teil präjudizieren können. Mir gefällt dabei nicht die Anheimgabe auf spätere Konferenzen.

Ich möchte nicht, daß die Konferenzen wie manches Unkraut perennierend würden.

---

* Siehe den Text in: Conférence Internationale de la Paix I, p. 216 ss.

** Den Text derselben siehe ebendort p. 224 ss.

*** Hier nicht aufgenommen. Gemeint ist übrigens nicht das Resultat der Abstimmungen, sondern der Stand der Unterschriften.

Ich habe daher weder die Konventionen noch die Resolutionen unterschrieben [1].

Gestern nachmittag war feierliche Schlußsitzung. Herr von Staal verlas eine längere Lobrede auf die Konferenz. Dem Präsidenten wurde durch den Minister Beaufort ein Schreiben Ihrer Majestät der Königin der Niederlande an den Papst und die Antwort des Heiligen Vaters übergeben und verlesen *. Diese Mitteilung überraschte sehr, machte aber entschieden keinen guten Eindruck und wurde stillschweigend angehört.

Ich habe darauf als Alterspräsident den Dank der Versammlung für das Präsidium Baron Staal und van Karnebeek ausgesprochen in einer kurzen Rede, welche die Versammlung sehr gut aufgenommen hat, und für die Baron Staal sehr bewegt gedankt hat. Ich werde mir gestatten, den Wortlaut später zu übersenden.

Diesen Morgen reise ich endlich nach Paris.

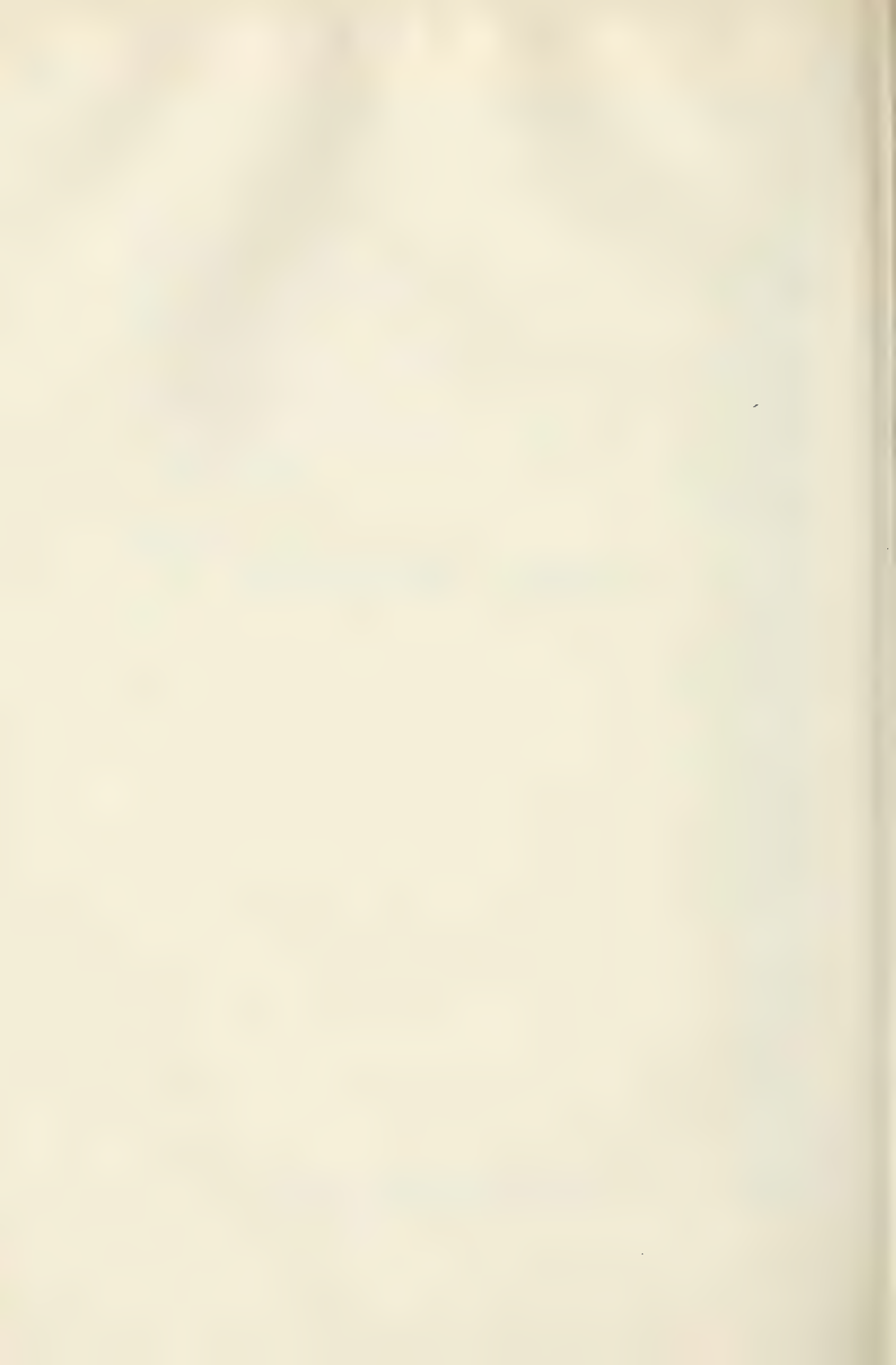
Münster

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig

---

* Vgl. Nr. 4347 nebst Fußnote *, S. 342.

E. Abschluß der Konferenz. Epilog



Nr. 4350

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 332 St. Petersburg, den 13. Juli 1899
Streng vertraulich

Einem höheren Beamten des Auswärtigen Ministeriums, der als einer der ersten Mitarbeiter des offiziösen „Journal de St. Pétersbourg“ eine ansehnliche Stellung hat, dem Kammerherrn Komarow, Bruder der Gräfin Paul Schuwalow, verdanke ich einige recht interessante Mitteilungen über die Entstehung und Entwickelung der kaiserlichen Friedensidee, die schließlich zu der Haager Konferenz führte.

Die mir gemachten Mitteilungen lassen auf eine große Zerfahrenheit und Oberflächlichkeit seitens der leitenden Persönlichkeiten im hiesigen Ministerium schließen, die, die edlen Intentionen des jungen Kaisers benutzend, ihn schlecht beraten und in Verlegenheit gebracht haben.

Herr Komarow holte in seiner Erzählung, die ich als sehr indiskret bezeichnen möchte, weit aus. Er erwähnte zunächst die Friedensliebe des Kaisers, die infolge des Besuches unseres allergnädigsten Herrn 1897 eine Festigung fand, und fuhr dann fort:

„Der Finanzminister Witte, dem die kaiserlichen Dispositionen bekannt waren, benutzte dieselben, wie mir mein Gewährsmann versicherte, um Seine Majestät auf das bekannte Werk des Herrn Bloch aufmerksam zu machen. (Graf Murawiew hatte mir gegenüber dagegen eine Beeinflussung Seiner Majestät des Kaisers durch die Darlegung Blochs seinerzeit auf das entschiedendste in Abrede gestellt *.)

* Auch Finanzminister Witte hat dem Fürsten Radolin ausdrücklich versichert, daß die Friedensidee des Zaren nicht aus den Folianten Blochs geschöpft sei. Vgl. jedoch Bertha von Suttner, Die Haager Friedenskonferenz, Tagebuchblätter, S. 19.

Bloch wurde in längerer Audienz empfangen und verstand es so gut, den Kaiser für sein Werk zu interessieren, daß Seine Majestät im Jahre 1898 den Befehl gab, ihm ein mémoire über die „Entwaffnung“ auszuarbeiten.

Der Chef der Asiatischen Abteilung, Herr Basily, wurde mit dieser Arbeit betraut, und zwar deshalb, weil er längere Zeit als Generalkonsul in Pest gewesen, wo er im Jahre 1895 an dem vom General Türr geleiteten Friedenskongreß teilgenommen hatte*.

Herr Basily ergriff die Aufgabe mit großer Wärme. Sein nächster Gehülfe, Herr Hartwig, der ihm bedeutend überlegen ist, erhielt den Auftrag, ein sogenanntes „Doclad“ (Bericht an den Kaiser) auszuarbeiten, der dem Zaren eine Konferenz behufs allgemeiner Entwaffnung und Errichtung eines permanenten Schiedsgerichtstribunals empfahl, um die Mächte durch dieses Mittel für die Abrüstung günstig zu stimmen.

Der Kaiser gab dem Berichte seine volle Zustimmung, und Herr Komarow erhielt die Weisung, während einer längeren Abwesenheit des Herrn Basily eine dementsprechende Note an die Mächte zu verfassen.

Bevor er jedoch diese Arbeit begann, hat er ernste Bedenken dagegen geltend gemacht, indem er hervorhob, daß, nachdem Rußland selbst die Türrschen Friedensideen in Pest als unmöglich verworfen habe, — was Herr Basily zu übersehen schiene — es wohl nicht angängig sei, ganz unvermittelt darauf zurückzukommen.

Infolgedessen wurde von der Note Abstand genommen und für Seine Majestät ein neues „Doclad“ gemacht, das die Schiedsgerichtsfrage fallen ließ und nur noch die Entwaffnungsfrage berührte.

Nachdem der Kaiser wiederum seine volle Billigung gegeben hatte und bereits eine Note in diesem Sinne an die Mächte in Aussicht genommen war, wurden seitens des Herrn Komarow, des Geheimrats Hartwig und sogar des Grafen Lamsdorff so viele Bedenken gegen dieses Projekt erhoben, daß die ganze Sache im Sande zu verlaufen drohte.

---

* Vgl. darüber W. T. Stead, La Chronique de la Conférence de la Haye 1899, p. 7s. und A. H. Fried, Handbuch der Friedensbewegung, 2. Aufl. (1913) I, 204; II, 129, wonach Basily allerdings nicht über den von dem General Türr geleiteten Budapester Friedenskongreß von 1895, sondern über die im September 1896 ebendort unter dem Vorsitz des Präsidenten des ungarischen Abgeordnetenhaus D. Szilágyi tagende Interparlamentarische Union jenen Bericht erstattet hätte, der nachher dem Zaren vorgelegt sein und ihn im Sinn der Weltfriedensidee inspiriert haben soll. Die Bedeutung Basilys wird auch in einem Bericht Graf Münsters vom 23. Mai 1899 (Nr. 2) anerkannt, nach dem er das „beste und brauchbarste“ Mitglied der russischen Friedensdelegation gewesen wäre. Dazu bemerkte Kaiser Wilhelm II. am Rande: „Der eigentliche Instigator der Kaiserlichen Idee“.

Da erscheint, wie mir Herr Komarow erzählte, am 22. Juli Herr Basily, der sich wie ein Apostel der Friedensidee geriert, und sucht in krankhafter Begeisterung mit allen Mitteln neues Leben in die Sache zu bringen; er hat es zuwege gebracht, daß am 12./24. August die beabsichtigte Note bezüglich der Entwaffnung lanciert wurde.

Die Unzufriedenheit über diese Kundgebung war allgemein, die Militärs waren peinlich berührt. Selbst bei Hofe hat niemand dem Grafen Murawiew zu diesem Werke seiner Untergebenen, dessen er sich selbst rühmt, gratuliert. Ein General, der in der Note einen Angriff auf den Militarismus sah, soll ihm sogar gesagt haben: „C'est un monument d'argile qu'on prétend ériger à l'Empereur". (Der Kaiser selbst in seiner idealen Begeisterung hatte nur das eine Ziel im Auge, den ewigen Frieden, dessen Segnungen er durch diesen Schritt der Welt zu geben gedachte.)

In Frankreich hat die Veröffentlichung der Note einen schlechten Eindruck und einen gewissen Schreck hervorgerufen. Graf Murawiew reiste nach Paris, um die Franzosen zu beruhigen. Der Kriegsminister Kuropatkin eilte auch hin und schloß mit General Chanoine* ein sehr flüchtiges, leichtsinniges Abkommen, das darauf berechnet war, der Welt und insbesondere den Franzosen Sand in die Augen zu streuen. In diesem Abkommen war unter anderem das Verbot des Werfens von Explosivstoffen aus Ballons und andere ähnliche Kuriosa enthalten.

Von Paris reiste Graf Murawiew nach Livadia, hielt dem Kaiser die Unzufriedenheit der Franzosen vor und erwirkte, wohl auch mit Rücksicht auf den Faschodazwischenfall, den Befehl, die ganze Angelegenheit fallen zu lassen und nicht mehr von Entwaffnung zu sprechen. Nach Petersburg zurückgekehrt, ließ der Minister eine Note in diesem Sinne entwerfen, die dem Kaiser vorgelegt, über einen Monat unerledigt liegen geblieben und infolgedessen nicht an die Mächte abgeschickt worden ist. Inzwischen hatten die Franzosen ihre Ansicht geändert und verlangten dringend die Wiederaufnahme der bereits aufgegebenen Friedenskonferenz.

Dieser Wechsel dürfte, wie Herr Komarow behauptet, auf folgenden Umstand zurückzuführen sein: Herr Bloch kam nach Petersburg und erfuhr von Herrn Basily, der ihm den Entwurf der Note zeigte, daß das ganze Projekt aufgegeben zu sein schiene. Mit jüdischer Zähigkeit ließ er den Mut jedoch nicht sinken und begab sich zum Grafen Murawiew, den er mit Vorwürfen überhäufte. Graf Murawiew, ohne zu ahnen, daß Herr Basily aus der Schule geplaudert,

---

* Französischer Kriegsminister September bis Oktober 1898 im Kabinett Brisson.

erklärte, daß die Konferenzidee keineswegs fallengelassen sei. Darauf reiste Herr Bloch nach Paris, und soll es ihm allein gelungen sein, die Franzosen zugunsten der Konferenz umzustimmen.

Neuer Wechsel in den russischen Entschließungen.

Auf Grund ganz oberflächlicher Studien ohne festes Programm, auf Grund des Kuropatkinschen Abkommens mit General Chanoine und von unpraktischen Maximen des überschätzten Rechtsgelehrten Martens wird eine Note gefertigt, die unter dem 30. Dezember publiziert wird. Herr Bloch ist außer sich über die Unzuverlässigkeit und Flüchtigkeit dieses Schriftstücks und sieht sich veranlaßt, an den Kaiser ein mémoire zu richten, das ein Meisterwerk sein soll. Er weist nach, daß die Note vom 30. Dezember ein absurdum ist und zu keinem praktischen Resultat führen könne. Selbst mystisch veranlagt, wirkt Herr Bloch auf die mystischen Neigungen des Kaisers und überzeugt ihn durch sein mémoire, daß das ganze Programm falsch eingefädelt ist. Der Kaiser sieht sich dermaßen deroutiert, daß er an der Aufrichtigkeit seiner Ratgeber zweifelt und durch das Hin- und Herwanken skeptisch geworden ist.

In dieser Verlegenheit, nachdem Graf Pahlen die Mission abgelehnt hatte, verfällt man auf Baron Staal, der von Anfang an der ganzen Idee der Konferenz entgegen war und dringend gebeten hatte, von seiner Berufung Abstand zu nehmen. Da niemand zu finden war, wurde an Baron Staal festgehalten; er kam nach Petersburg, konnte aber keinerlei positive Instruktion erhalten. Graf Murawiew sagte ihm, er würde sich schon selbst zu helfen wissen, von hier aus könnte ihm nichts Näheres gesagt werden. (Einfach weil niemand wußte, was man ihm sagen sollte.)

Inzwischen erscheint das Buch von Stengel; kein Mensch hier war darauf vorbereitet und imstande, die einzelnen Punkte zu widerlegen.

Selbst der weise Herr Martens konnte dem Botschafter nur einige belanglose Phrasen mit auf den Weg geben. Die Seele des ganzen Projekts, Herr Basily, hatte den Kopf verloren, er wußte nicht ein, nicht aus und wandte sich in seiner Verlegenheit an einen früheren Hauslehrer seines Sohnes, einen verkommenen Gelehrten namens Hessen, der Vorlesungen über die Friedensidee gehalten hatte, in denen er antimonarchische Grundsätze darlegte und über die droits de l'homme nach französischer Art sprach. Diesem Herrn Hessen trug Herr Basily auf, ein mémoire anzufertigen, das als Instruktion für Baron Staal dienen sollte! —

Das entworfene mémoire umfaßte: 1. die médiation und die bons offices; 2. das obligatorische Schiedsgericht in den meisten Fällen (in Grenz-Fischereifragen usw.).

Herr Komarow erklärte sich gegen dieses mémoire und die darin enthaltenen gefährlichen Grundsätze, die für Rußland die größten Nachteile haben müßten. Er wies darauf hin, daß es einfach Selbstmord wäre, Rußland in seinen fraglichen Grenzstreitigkeiten im Orient (wo nur die Gewalt unter Umständen entscheiden könnte) einem obligatorischen Schiedsgerichte zu unterwerfen.

Infolge des Einspruchs Komarows erfuhr das mémoire eine Änderung dahin, daß gesagt wurde, mit Rücksicht auf die möglichen Gefahren sei Rußland geneigt, das obligatorische Schiedsgericht aufzugeben. Mit diesem mémoire reiste Baron Staal, begleitet von Herrn Basily und Herrn Hessen*, nach dem Haag, ohne im Kriegsministerium auch nur die geringste Instruktion zu erhalten. Er wurde damit vertröstet, daß die militärische Frage einstweilen offen bleiben könnte.

Im Haag angekommen, entwickelte Baron Staal diese Vorschläge. Der englische Delegierte, Herr Pauncefote, ohne selbst ein Programm zu haben, aber um den Russen den Rang in der Popularität abzulaufen, entwirft eiligst ein flüchtiges mémoire über das permanente, fakultative Schiedsgericht. Baron Staal, unter dem Einfluß von Basily und Hessen, von Herrn Pauncefote irregeleitet und durch das konfuse Gezerre ganz ratlos, vermutet eine Falle Deutschlands, der er zu entgehen hofft, indem er seine Anträge den englischen anzupassen sucht. Er bildet sich schließlich ein, das russische Projekt mit dem englischen verschmelzen und einen im allgemeinen fakultativen, permanenten Gerichtshof vorschlagen zu können, der nur in einzelnen Fällen obligatorisch sein soll.

Die Haltung Frankreichs unter Herrn Bourgeois in der Konferenz war ebenso unklar wie inkonsequent. Deutschland allein — meinte Herr Komarow — habe das Unsinnige jenes Vorschlages verstanden und von Anfang an eine entschiedene und würdige Haltung eingenommen.

Deutschlands standhaftes Verharren auf der einzig möglichen Basis habe Rußland einen unermeßlichen Dienst geleistet — den größten seit dem polnischen Aufstande 1863. Dies, äußerte Herr Komarow, erkennen alle vernünftig denkenden Russen an, und er persönlich halte es für seine Pflicht, mir das zu sagen, wenn es auch offiziell nie zugegeben werden würde.

Die lange Unterhaltung des Grafen von Bülow mit Graf Osten-Sacken hat hier einen ausgezeichneten Eindruck gemacht, und der Kaiser, dem der Bericht des Grafen Osten-Sacken vorgelegen hat,

---

* Tatsächlich erscheint Hessen, der als Bureauchef des russischen Justizministeriums aufgeführt wird, unter den Mitgliedern der russischen Delegation als einer der Sekretäre.

war entzückt von der Haltung des deutschen Staatsmanns. Er hat seine volle Anerkennung auf dem Berichte vermerkt und ist durch die Äußerungen des Grafen Bülow endlich zu einer klaren, ruhigen Auffassung gekommen, die ihm seine Ratgeber nicht zu verschaffen vermochten.

Erst daraufhin erhielt Baron Staal die Weisung, nicht auf das obligatorische Schiedsgericht zu insistieren und die Beendigung der Konferenz zu beschleunigen."

Aus meinen öfteren Unterhaltungen mit Graf Murawiew über die Konferenz habe ich den Eindruck, daß der Minister wenig oder gar nicht orientiert war und, um seine Unkenntnis zu verdecken, alles auf Baron Staal abwälzen wollte. Besonders mußte es mich frappieren, daß er den Artikel 10 so hinstellte, als handle es sich dabei nur um ganz gleichgültige Dinge (wie Post und Telegraph), die dem obligatorischen Schiedsgericht unterworfen wären, während er mir wohlweislich die schwerwiegenden Punkte (wie Grenz- und Fischereiregulierungen usw.) als wären sie nicht zu dem Artikel gehörig, verschwieg.

In derselben Weise soll er auch dem Kaiser den Artikel 10 als völlig irrelevant zur Annahme empfohlen haben.

Radolin

Nr. 4351

Der Erste Delegierte bei der 1. Haager Friedenskonferenz Botschafter Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 88 Scheveningen, den 17. Juli 1899

Ende dieser oder anfangs nächster Woche kann hoffentlich die Konferenz geschlossen werden.

Vor allem wünsche ich als guter Deutscher, daß die europäischen Staaten es niemals wieder dulden werden [1], daß ein russischer Zar unter dem heuchlerischen Vorwande der Friedensliebe Europa auszubeuten und zu bevormunden versucht. Dieser Versuch ist zwar mißlungen, aber nicht ganz, und nicht ohne Schaden zu tun. —

Mir ist es immer unbegreiflich gewesen, daß Rußland ein so freches Spiel treiben konnte, und daß auf der anderen Seite die Kulturstaaten so leicht darauf eingegangen sind. Erklären kann ich es mir nur dadurch, daß den guten Absichten des Kaisers zu viel Vertrauen geschenkt, die bösen Absichten seiner Ratgeber nicht richtig

erkannt wurden[2]. Außerdem wird Rußland als Finanz- und Aggressivmacht stets in Europa überschätzt. Daß der junge Kaiser selbst die besten Absichten hat, nehme ich gern an. Die anderen Staaten wollten ihm nicht entgegentreten, wollten die Verantwortung nicht übernehmen und nahmen die Sache zu leicht. Sie sahen darin eine ziemlich unschuldige Absicht eines noch jugendlichen unerfahrenen Gemütes. Die Hinterlist der russischen Ratgeber der slawischen Partei ist zu spät erkannt und wird auch jetzt noch von wenigen ganz verstanden. Der Zweck war Schwächung der Wehrkraft der europäischen Staaten[3], Schwächung der Unabhängigkeit der großen Staaten durch Schiedsgerichte, Gewährung eines größeren Einflusses den kleinen Staaten, Neutralisation der Großen durch die Kleinen, Gleichberechtigung derselben wie beim allgemeinen Stimmrechte. Dabei sind alle Mittel, erlaubte und unerlaubte, angewandt, und suchte man vor allem die öffentliche Meinung namentlich die der Sozialisten, aufzuregen, zu beeinflussen und wollte die europäische Presse mißbrauchen. Es ist das um so schamloser, als die russische Presse noch ganz unter der russischen Knute steht. —

Baron Staal hatte in der Konferenz selbst den Antrag auf strengste Geheimhaltung der Konferenzverhandlungen gestellt, dabei war aber schon Fürsorge getroffen, daß unter der Hand alles, was in den Kommissionen geschah, dem berüchtigten Stead in die Hand gespielt und von ihm mißbraucht und veröffentlicht wurde.

Als ich den Befehl erhielt, die Veröffentlichung der Verhandlungen in einer Plenarkonferenz zu verlangen, wollte Baron Staal darauf nicht eingehen. Damals hatte Rußland noch in der Plenarkonferenz die Majorität, seitdem ist sie sehr verringert. Ich fürchtete, daß mein Antrag auf der Konferenz abgelehnt würde, und verlangte darauf, daß Herr von Staal die ersten Delegierten zu sich einladen solle. Dort konnte ich ganz anders und rücksichtsloser sprechen als auf der Konferenz selbst, habe das auch getan und habe meinen Zweck erreicht. Es erklärten sich fast alle Delegierten, namentlich Bourgeois, energisch für die Öffentlichkeit. Es mußte Staal bonne mine à mauvais jeu machen, und wurde die Veröffentlichung beschlossen *.

Der geheime Agent, die âme damnée der Russen, ist der in England sehr bekannte und verachtete Stead[4]. Vor dem russisch-türkischen Kriege war er der Freund der Madame Nowikow, Nichte des Fürsten Gortschakow. Damenspione haben die Russen in London und Paris stets gehabt, und sie sollen hier ihren Freund sehr gut bezahlt haben. Stead kaufte damals die viel gelesene und beliebte „Pall Mall Gazette“ mit russischem Gelde. Sie ging anfänglich sehr gut,

---

* Vgl. Abschnitt D, Nr. 4286 und Nr. 4293.

konnte sich aber nur einige Jahre halten, weil sie zu sehr nach dem russischen Rubel roch. Nachher hat Stead einen Kampf in der Presse gegen Unmoralität geführt, spielte die Rolle des strengen Sittenrichters, ist aber stets von Petersburg aus benutzt worden. Die plötzliche Friedensschwärmerei des Kaisers kam ihm sehr gelegen, er war wiederholt beim Kaiser in der Krim und wurde kürzlich noch von den Majestäten in Zarskoje-Selo empfangen. Hier ist er der Führer der Friedensapostel und der Friedensdamen und -weiber geworden, hat mit dem Juden Bloch Konferenzen abgehalten und eine großartige Preßkampagne, die besonders gegen Deutschland gerichtet ist, mit sehr bedeutenden Mitteln[5] organisiert. Er hat die holländische Zeitung „Dagblad“ angekauft, und, um Teilhaber einer englischen Zeitung zu sein, hat er mit russischem Gelde sich eine maßgebende Stellung in dem „Manchester Guardian“, der bedeutendsten Provinzialzeitung Englands, verschafft. Er verbreitet durch sie in England und dem Auslande seine meist falschen und gefärbten Nachrichten und greift, wo er kann, Deutschland und unseren allerhöchsten Herrn auf ganz gemeine Weise an. Anfänglich hatte unsere Presse diese Preßintrigen den Engländern zur Last legen wollen, kennt aber jetzt endlich die wahre Quelle. —

Was die russischen Konferenzvorschläge betrifft, so sind sie abgelehnt oder so modifiziert worden, daß nicht viel davon geblieben ist. Das konnte auch nicht anders sein, denn nach und nach haben selbst die russenfreundlichsten Delegierten es merken müssen, daß Rußland diese Anträge stellte mit der festen Absicht, sie selbst nicht zu befolgen.

Der Abrüstungsvorschlag war ebenso lächerlich als die Motivierung durch einen Appell an die Sozialisten und das Seufzen der Völker unter dem Militärdrucke. Die europäischen Staaten sollten ihre Militärbudgets einschränken, während Rußland ohne Kontrolle weiter rüsten und mit europäischem Kapital strategische Bahnen bauen will[6]. — Die europäischen Staaten sollten sich einem Schiedsgericht unterwerfen, während Rußland gar nicht daran denkt, es für sich selbst zu tun. —

Die Brüsseler Konventionen über Kriegsgebräuche sind auf russischen Antrag revidiert und etwas modifiziert.

Das gilt aber auch nur für Europa, nicht für Rußland. Ich möchte wohl den russischen Kosakenobersten sehen, der diese Regeln selbst befolgen und sie seinen Leuten erklären könnte[7]. —

Was das Verhältnis unter den Delegierten betrifft, so ist es stets das allerbeste gewesen, und haben sich unsere Delegierten viel Anerkennung verschafft. Sowohl Oberst von Schwarzhoff als auch Kapitän Siegel haben in der ersten Militär- und Marinekommission die leitende Rolle geführt. Sie wollten erst versuchen, es anderen

zu überlassen; teils konnten aber die Engländer und Amerikaner kein Französisch [8], andere schwiegen, und so mußten wir die Debatten führen. Oberst von Schwarzhoff spricht französisch sehr gut, ebenso Kapitän Siegel, und haben beide unter ihren Kameraden viel Anerkennung und Unterstützung gefunden, namentlich bei den französischen Offizieren, wie wir überhaupt mit den französischen Delegierten stets im besten Einvernehmen gewesen sind. Auch die englischen und amerikanischen Offiziere stimmten stets mit uns.

Sir Julian Pauncefote schien anfangs, namentlich in der Arbitragefrage, ganz auf die russischen Pläne eingehen zu wollen und überbot sie scheinbar durch seinen etwas merkwürdig komplizierten Listenantrag. In Wirklichkeit ging sein Antrag viel weniger weit als der russische. Mit den Russen ist, nachdem die Stengel-Erregung* verschmerzt war und ich sie mit vornehmer Kälte erst ignorierte [9], das Verhältnis ganz gut geworden. Die Engländer sehen die ganze Konferenz als nicht ernstlich gemeint, als schlechten Witz an [10]. Namentlich tut das der vortreffliche Admiral Sir John Fisher. Nach dem Diner in Amsterdam sagte er mir: „Warum haben Sie nicht auf die Rede der Königin erwidert und den Toast ausgebracht? Sie sind doch Senior der Botschafter". Als ich erwiderte, Staal habe als Präsident der Konferenz allein das Recht dazu, sagte der alte Seemann lächelnd: „As president of that nonsense? does that count?" **. —

Unter den Delegierten hat sich die Stimmung sehr geändert. Die Russen haben durch ihre Intrigen und die ungeschickte Geschäftsleitung und schlechte Verteidigung ihrer Anträge sehr an Achtung verloren [11], während wir gewonnen haben. Ich sage das nicht, um mich zu rühmen; das Verdienst gebührt unseren sehr brauchbaren und geschäftsgewandten Delegierten, namentlich auch unseren beiden Professoren, die als gute Juristen anerkannt werden.

Die Holländer halten noch zu den Russen. Sie sind doch sehr geschmeichelt, fühlen, daß die Konferenz ihnen und dem in Vergessenheit geratenen kleinen Lande neue Wichtigkeit gegeben hat. Daß der Sitz der Arbitrage auch nach dem Haag verlegt werden und das ständige Bureau hier residieren soll, freut sie sehr. Daß das Ganze leicht eine Fehlgeburt werden könnte, glauben sie vorläufig noch nicht.

Von den Delegierten hält nur der schwedische Gesandte, Baron Bildt, Lobreden auf den menschenfreundlichen Friedenskaiser. Böse Menschen behaupten, daß er auf den Petersburger Posten, der jetzt frei geworden ist, spekuliert.

---

* Vgl. Abschnitt A, Nr. 4250, Fußnote **, und Nr. 4254, S. 188, Fußnote *.

** Vgl. Abschnitt C, Nr. 4274.

Was nun die öffentliche Meinung betrifft, mit der die Russen sehr drohen, so glaube ich durchaus nicht daran, daß sie sich gegen uns wird irreführen lassen, vielmehr bin ich davon überzeugt, daß sie sehr bald das Fiasko erkennen und Rußland dafür verantwortlich machen wird. Die ganze Bewegung, welche durch Armenier, Jungtürken, Friedensbertas und Sozialisten in Szene gesetzt wurde, ist merkwürdig wenig beachtet worden.

Man müßte doch mit geistiger Blindheit geschlagen sein, wenn man an die Aufrichtigkeit des Kaisers und seiner Ratgeber glauben wollte[12]. Ein Blick nach Rußland hin muß uns eines Besseren belehren. —

Während der Frieden und die Zivilisation durch den russischen Kaiser in Europa angeblich gesichert werden sollen, werden die letzten Spuren europäischer Zivilisation, die noch in Finnland erhalten waren, mit roher Hand vernichtet.

Ich bedauere aufrichtig den Kaiser, der dem vernichtenden Einflusse der slawischen Partei nicht widerstehen konnte und durch sie sich verführen ließ, das Wort seines Vaters und sein eigenes, welches er bei der Thronbesteigung den Finnländern gab, zu brechen*. —

Soeben höre ich von Petersburg aus, daß man dort das Resultat der Konferenz als ein böses Fiasko ansieht, am Hofe unzufrieden ist, sodaß Murawiew sich nicht wird halten können[13]. Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Bravo!
[2] richtig
[3] vor allem Deutschlands
[4] richtig
[5] russischen
[6] richtig habe ich auch vorigen Winter wörtlich gesagt
[7] gut
[8] !
[9] bravo
[10] richtig
[11] das mußte so kommen
[12] gut
[13] bravo!

* Kaum weniger skeptisch als Graf Münster hat sich in bezug auf Rußland Botschafter White gegen das Ende der Konferenz geäußert. Vgl. seine Tagebucheintragung zum 8. Juli (Autobiography II, 333 s.): „It is absolutely clear in my mind that, if anything is to be done toward disarmament, a practical beginning must be made by the Czar; but the unfortunate thing is that with, no doubt, fairly good intentions, he is weak and ill informed. The dreadful mistake he is making in violating the oath sworn by his predecessors and himself to Finland is the result of this weakness and ignorance; and should he attempt to diminish his overgrown army he would, in all probability, be overborne by the military people about him, and by petty difficulties which they would suggest, or, if necessary, create. It must be confessed that there is one danger in any attempted disarmament, and this is that the military clique might, to prevent it, plunge the empire into a war."

Schlußbemerkung des Kaisers:
Der Bericht trifft den Nagel auf den Kopf. Münster ist der Zar zu hohem Dank verpflichtet, denn er hat S[einer] M[ajestät] das „face“ gerettet. Wir anderen vernünftigen Europäer müßen ihm dankbar sein, daß er mit gesundem Menschenverstande den ganzen Russischen Heucheleien, Quatsch und Lügen den Garaus gemacht hat. Wilhelm I. R.

Nr. 4352

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 133 Paris, den 1. August 1899

Diesen Morgen empfing mich Präsident Loubet auf das freundlichste vor seiner Abreise nach Rambouillet, wo er den Sommer zubringt, gestern der Minister Delcassé; beide sprachen viel über die Konferenz und meinten beide, daß die Russen keine guten Geschäfte dort gemacht hätten. Desto auffallender ist, daß durch „Agence Havas“ bekannt und mir im Auswärtigen Amt bestätigt wird, daß Herr Delcassé morgen mit Nordexpreß nach Petersburg fährt, angeblich, um des Grafen Murawiew Besuch zu erwidern*.

Münster

Nr. 4353

*Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe***

Ausfertigung

Nr. 276 Paris, den 7. August 1899

pp. Merkwürdig war die Haltung der französischen Delegation auf der Friedenskonferenz. Ihre Instruktionen lauteten, daß Frankreich

---

* Vgl. darüber Bd. XIII, Kap. LXXXIX, Nr. 3577 ff. Bekanntlich hat Delcassé seinen Aufenthalt in Petersburg benutzt, um eine ausdrückliche Erneuerung der franko-russischen Abmachungen von 1891 und 1893 zu erreichen, bei der als das Ziel der Allianz nicht mehr wie bisher die Wahrung des Friedens, sondern auch die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts, vor allem im Fall einer Auflösung Österreichs bei dem Tode Kaiser Franz Josephs hingestellt wurde. Außerdem wurde anläßlich Delcassés Anwesenheit in Petersburg festgesetzt, daß die franko-russische Militärkonvention, die sich ja expressis verbis gegen Deutschland richtete, nicht mit der Auflösung des Dreibundes erlöschen solle. Siehe darüber das französische Gelbbuch: L'Alliance Franco-Russe, p. 200 ss. Die Tatsache, daß in unmittelbarem Anschluß an die erste Haager Friedenskonferenz Rußland und Frankreich ihre militärischen Abreden gegen Deutschland neu bekräftigten, darf bei der Wertung der Motive, von denen beide Staaten sich im Haag leiten ließen, nicht außer acht gelassen werden.

** Der Bericht Graf Münsters ist vollständig abgedruckt in Bd. XIII, Kap. LXXXIX, Nr. 3577.

keine Schwächung der Armee und, was die Schiedsrichterfrage betreffe, obligatorische Verpflichtungen nicht übernehmen dürfte.

Ganz unser Standpunkt. Die militärischen Delegierten, namentlich General Mounier, und der ausgezeichnete Jurist Professor Renault haben stets mit unseren Delegierten in dem Sinne zusammengewirkt.

Professor Renault war entschieden der klügste Kopf unter den Delegierten und hat eine leitende Rolle gespielt.

Herr Léon Bourgeois, ein sehr gewandter Redner, und Herr d'Estournelles, früher Botschaftsrat in London, von dort abgegangen, um im hiesigen Parlament, ohne Erfolg, eine Rolle zu spielen, verfolgten beide persönliche Zwecke.

Sie ritten ein Steeple Chase um den Preis einer Botschaft oder Gesandtschaft.

Sie suchten beide zu vermitteln, suchten sich den Russen so angenehm zu machen, daß die Russen ziemlich schamloserweise sie als die einzigen Mitglieder der Konferenz sofort mit Großkreuzen behängten.

Die französischen technischen Delegierten und auch wir nahmen an, daß Herr Bourgeois die Konventionen nicht unterzeichnen und nur ad referendum nehmen würde.

Daß er sie unterzeichnete, hat, wenn mich meine Wahrnehmungen nicht täuschen, hier mißfallen. Sowohl Herr Delcassé als auch Waldeck-Rousseau sagten mir: „Vous avez été plus prudent que nous", und ließen dabei durchblicken, daß sie sich nicht beeilen würden, die Beschlüsse der Konferenz zu ratifizieren. Die dringende Einladung des Grafen Murawiew und der Händedruck des Zaren, auf den sich Herr Delcassé so freut, werden wohl den Zweck haben, eine möglichst baldige Ratifikation zu erlangen. pp.

Münster

Nr. 4354

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 20. Dezember 1899

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät habe ich die Ehre alleruntertänigst anzuzeigen, daß die unter Zuziehung aller beteiligten inneren Ressorts vorgenommene eingehende Prüfung der von der Haager Friedenskonferenz zufolge des ehrfurchtsvollst beigefügten Schlußprotokolls beschlossenen drei Konventionen und drei Deklarationen nunmehr beendet ist.

In Übereinstimmung mit dem Votum des alleruntertänigst Unterzeichneten haben sich Euerer Majestät Staatsministerium sowie die

Staatssekretäre des Reichsamts des Innern, des Reichsjustizamts, des Reichsschatzamts und des Reichspostamts dahin ausgesprochen, daß der Beitritt Deutschlands zu der *Konvention über die friedliche Beilegung der internationalen Konflikte* unbedenklich ist.

Ebenso haben sich gegen die *Konvention über die Anwendung der Genfer Konvention auf den Seekrieg* keine Anstände ergeben. Nur rät Euerer Majestät Staatssekretär des Reichsmarineamts, daß wir bei Unterzeichnung dieser Konvention den Artikel 10 derselben vorbehalten[1], nachdem auch England diese Konvention nur unter dem gleichen Vorbehalt unterzeichnen will. Artikel 10 stipuliert die Verpflichtung, Schiffbrüchige, Verwundete und Kranke, welche in einem neutralen Hafen mit Genehmigung der Lokalbehörden ausgeschifft worden sind, an der weiteren Teilnahme am Kriege zu verhindern. Die Gründe für seine Auffassung, wonach der Artikel 10 gerade vom humanitären Standpunkte aus eine Verschlechterung des bestehenden Zustandes bedeuten würde, hat Admiral Tirpitz in seinem in Abschrift ehrfurchtsvollst angeschlossenen Schreiben vom 13. d. Mts.* dargelegt.

Über die *Konvention betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges* wird Euerer Majestät von Euerer Majestät Kriegsminister und mir gemeinschaftlich ein besonderer Immediatbericht erstattet, welcher sich gleichfalls für die Annahme dieser Konvention aussprechen wird.

Gegen die drei *Deklarationen*, welche das Verbot des Schleuderns von Geschossen aus Luftballons, das Verbot der Verwendung von Geschossen mit zerstörenden oder Stickgasen und das Verbot der Verwendung von Geschossen mit veränderlichem Mantel aussprechen, haben sich desgleichen nach dem Urteil Euerer Majestät Staatssekretär des Reichsmarineamts und Euerer Majestät Kriegsministers keine Anstände ergeben.

Euerer Majestät hohe Verbündete, Seine Majestät der Kaiser von Österreich, König von Ungarn, und Seine Majestät der König von Italien, haben die drei Konventionen und die drei Deklarationen bereits durch Bevollmächtigte im Haag ohne jeden Vorbehalt unterzeichnen lassen. England und die Vereinigten Staaten von Amerika, welche die beiden anderen Konventionen schon vollzogen haben, wollen nunmehr auch die dritte Konvention, diejenige betreffend den Seekrieg, unter Vorbehalt des obenerwähnten Artikels 10 noch vor dem 1. Januar k. Js. vollziehen. Wenn Deutschland seinerseits nicht die Unterzeichnung bis zu dem gleichen Termin bewerkstelligt, so würden wir als einzige Großmacht, abgesehen von der Türkei, mit der Unterzeichnung im Rückstande bleiben, und Deutschland würde später nicht

---

* Hier nicht abgedruckt.

mehr als mitunterzeichnender, sondern nur noch als beitretender Staat erscheinen können. Es liegt nahe, daß dieser Umstand von deutschlandfeindlicher Seite zu unseren Ungunsten verwertet werden würde.

Euerer Majestät hatte ich bereits im Sommer d. Js. vortragen dürfen, wie dasjenige der Konferenzprojekte, gegen welches ursprünglich unsererseits Bedenken zu erheben waren, nämlich das Projekt über Schiedsgerichte und Vermittelung, infolge des Einspruchs der von Euerer Majestät zur Konferenz entsandten Delegierten seiner Gefährlichkeit entkleidet worden ist, und wie deshalb unsere Annahme der jetzt vorliegenden „Konvention über die friedliche Beilegung der internationalen Konflikte" einerseits die Bewegungsfreiheit von Euerer Majestät Politik nicht beeinträchtigen, andererseits für Deutschlands Stellung zu den übrigen Staaten und namentlich zu Rußland von großem Nutzen sein würde *.

Euere Majestät hatten diesen Darlegungen zuzustimmen geruht. Die Richtigkeit dieses von Euerer Majestät eingenommenen Standpunktes dürfte auch durch die Erfahrungen des schwebenden Konflikts zwischen England und Transvaal eine Bestätigung erhalten haben, wobei die geringe praktische Bedeutung der Schiedsgerichts- und Vermittelungsideen aufs neue offenkundig geworden ist **.

Nach allem dem wage ich Euerer Majestät die alleruntertänigste Bitte vorzutragen,

> allergnädigst genehmigen zu wollen, daß die drei Haager Konventionen, jedoch diejenige, betreffend die Anwendung der Genfer Konvention auf den Seekrieg unter Vorbehalt des Artikels 10, sowie die drei dazu gehörigen Deklarationen namens Euerer Majestät schleunigst unterzeichnet werden.

Da ferner die Unterzeichnung durch die bevollmächtigten Konferenzdelegierten im Haag stattfinden soll und auch von den übrigen Mächten demgemäß verfahren worden ist, wage ich die weitere ehrfurchtvollste Bitte anzuschließen,

> durch huldvolle Vollziehung der anliegenden Vollmacht bestimmen zu wollen, daß Euerer Majestät Botschafter in Paris Fürst Münster zu dem bezeichneten Zwecke rechtzeitig nach dem Haag entsandt werde ***.

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Ja 21. XII. 99 W.
Randbemerkung des Kaisers:
[1] Ja

---

* Vgl. Abschnitt D, Nr. 4320.
** Vgl. Abschnitt D, Nr. 4320, S. 306, Fußnote **.
*** Die Unterzeichnung der Konventionen und Erklärungen seitens des dazu gemäß dem Antrage Graf Bülows bevollmächtigten Botschafters Fürsten Münster erfolgte im Haag am 28. Dezember 1899.

Nr. 4355

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 484 St. Petersburg, den 1. August 1900

Von wohlunterrichteten Personen, die dem Hofe nahestehen, höre ich, daß das Aussehen des Kaisers in letzter Zeit kein gutes ist. Er soll blaß und angegriffen sein. Seine Stimmung ist — wie mir erzählt wird — überaus gedrückt.

Ich selbst habe Seine Majestät nur flüchtig während der Theatervorstellung zu Ehren des Schahs von Persien zu sehen Gelegenheit gehabt und mir kein Urteil bilden können.

Die unerwarteten Vorgänge in China und die unabsehbaren Folgen derselben* haben begreiflicherweise auf den Zaren einen tiefen Eindruck gemacht. Die Illusionen seiner geträumten Friedenspolitik sind dahin, und er wird zur Überzeugung gekommen sein, daß der menschliche Wille, selbst der seinige, mitunter ohnmächtig den Ereignissen gegenübersteht.

Auch soll der Kaiser dem Grafen Murawiew bis zu dessen Ende** es nachgetragen haben, daß er in seiner servilen Devotion nicht den Mut gehabt, selbst auf die Gefahr einer momentanen Ungnade hin, als treuer Diener seinem Herrn entgegenzutreten, um ihn rechtzeitig vor einer Enttäuschung zu bewahren, wie sie die ideal gedachte Friedenskonferenz nach sich gezogen hat. Ebenso hat der Kaiser, wie ich von guter Quelle höre, dem verstorbenen Minister noch zu allerletzt ernste Vorhaltungen über seine leichtfertige und optimistische Beurteilung der chinesischen Frage gemacht, während der Finanzminister, besser informiert, wie auch der Kriegsminister den Ernst der Lage Seiner Majestät nicht vorenthalten haben.

Hieran anknüpfend wollen die Gerüchte nicht verstummen, daß Graf Murawiew, die kaiserliche Ungnade fürchtend, keines natürlichen Todes gestorben ist und sich das Leben genommen hat. Das wird immer noch von vielen hochstehenden Personen geglaubt und kolportiert.

Wie mir versichert wird, ist der jähe Tod des Grafen Murawiew, so bald nach dem Hinscheiden des Fürsten Lobanow, Seiner Majestät dem Kaiser sehr nahegegangen und dürfte um so mehr dazu beigetragen haben, auf seine Stimmung einzuwirken, als gerade in den gegenwärtigen ernsten Komplikationen der Mangel eines altbewährten

---

* Gemeint ist der Boxeraufstand in China und das kriegerische Vorgehen der Mächte. Vgl. Bd. XVI, Kap. CIV.

** Er starb am 21. Juni 1900.

Ministers des Auswärtigen, an den der Zar sich gewöhnt hat, und der sein volles Vertrauen genießt, doppelt fühlbar wird. Mag Graf Lamsdorff noch so tüchtig und umsichtig sein, was er zweifelsohne ist, es fehlt ihm in seiner provisorischen Stellung das Gewicht und die Autorität, die erforderlich sind, um mit der nötigen Sicherheit die volle Verantwortung seines schweren Amts auf sich zu nehmen.

Es wäre gewiß sehr wünschenswert, wenn ein Definitivum in nicht zu langer Zeit geschaffen würde*. Aber bei der Natur des Kaisers fürchtet man, daß ein Entschluß nicht so bald gefaßt werden wird, und daß, wenn Graf Lamsdorff nicht Minister würde, möglicherweise urplötzlich die Wahl auf eine Persönlichkeit fällt, an die kein Mensch gedacht, wie dies seinerzeit mit Graf Murawiew der Fall gewesen.

Radolin

---

* Graf Lamsdorff wurde am 7. Januar 1901 definitiv zum Minister des Äußern ernannt.

Kapitel CI

Entstehung und Anfänge des Burenkrieges
Die deutsche Haltung



Nr. 4356

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Urville

Telegramm. Entzifferung

Nr. 23 Berlin, den 10. Mai 1899

Im Hinblick auf die neuerliche Sprache englischer Blätter gegenüber Transvaal * hatte ich Euerer Majestät Botschafter in London, den Konsulatsverweser in Kapstadt ** und Euerer Majestät Konsul in Pretoria *** zu telegraphischer Berichterstattung über den derzeitigen Stand der Beziehungen zwischen England und Transvaal aufgefordert.

Euerer Majestät Botschafter in London antwortet:

„Die von mir eingezogenen Erkundigungen lassen noch keine bestimmten Symptome für eine Absicht alsbaldiger Aktion in Transvaal seitens des Herrn Chamberlain erkennen. Ich glaube auch nicht, daß eine solche Lord Salisbury bei der gegenwärtigen politischen Situation in Europa erwünscht wäre. Hierzu kommt, daß die

---

* Seit dem Beginn des Jahres 1899 hatten sich die Beziehungen zwischen England und der Transvaalregierung von neuem verschärft. Zu den unbefriedigenden Verhandlungen über die Entschädigungsansprüche der Republik wegen des Jameson-Einfalles zu Ende 1895 traten als Streitpunkte die Frage der Aufrechterhaltung des Dynamitmonopols, vor allem aber die Beschwerden der englischen Uitlanders über die Vorenthaltung politischer Rechte. Am 21. März 1899 richtete der Kolonialminister Chamberlain, der von Anfang an in der Transvaalangelegenheit im Gegensatz zu Lord Salisbury den Draufgänger spielte, in einer Unterhausrede scharfe Anklagen gegen die Regierung der Burenrepublik, die fast schon in Drohungen ausklangen. In seiner Erwiderung auf die Rede Chamberlains vom 24. März ging Präsident Krüger so weit zu unterstellen, daß den Beschwerden der Uitlanders, genau genommen, nur ein Motiv zugrunde liege: they wanted the country to be given to England. Im übrigen verschloß sich Präsident Krüger nicht durchaus der Notwendigkeit von Konzessionen in der Uitlanderfrage. Die deutsche und die niederländische Regierung suchten von vornherein die Transvaalregierung in dieser Richtung zu möglichst weitem Entgegenkommen zu bestimmen.

** Vizekonsul Freiherr von Gebsattel.

*** Biermann.

Engländer nach Ansicht unseres Militärattachés*, welcher darüber berichtet, vorläufig nicht über annähernd hinreichende militärische Kräfte in Südafrika verfügen, um Transvaal mit Aussicht auf Erfolg anzugreifen, und daß sie anscheinend noch keine Vorbereitungen zur Verstärkung dieser Kräfte treffen. Unter diesen Umständen gewinnt die mir zugehende Nachricht an Wahrscheinlichkeit, daß Herr Chamberlain zwar eine energisch abgefaßte Note an die Transvaalregierung richtet, sie aber, um den Charakter eines Ultimatums zu vermeiden, durch die Post befördern will**. Inzwischen wollen, wie ich höre, die hiesigen Kapitalisten auf Präsident Krüger einwirken, um ihn zu einer konzilianten und nachgiebigen Antwort zu bewegen, und hoffen auf Erfolg ihrer Schritte. Hiervon und von dem Maße der demnächstigen Konzessionen an die Ausländer wird, wie ich glaube, die weitere Entwickelung der Dinge hier abhängen. Sind die Konzessionen wirklich unbefriedigend, so müssen wir darauf gefaßt sein, daß Chamberlain dies mit Erfolg ausnutzen würde, um sowohl die hiesige öffentliche Meinung zu erregen als auch die Regierung zu einer Einmischung zu drängen, die zu einem Konflikt führen kann. Die Möglichkeit erscheint dann auch nicht ausgeschlossen, daß England im Falle des Erfolgs sich weitere direkte oder indirekte Vorteile, etwa bezüglich Delagoa, zu sichern versucht, die unsere Interessen berühren und im Widerspruch mit dem Geiste des deutsch-englischen Abkommens*** stehen würden. Es würde sich dann, d. h. wenn der Konflikt wirklich in Aussicht steht[1], vielleicht empfehlen, daß wir die englische Regierung in geeigneter Form um Zusicherungen bezüglich vertragsmäßiger Berücksichtigung unserer Interessen ersuchen."

Euerer Majestät Konsulatsverweser in Kapstadt telegraphiert:

„Die zwischen England und Transvaal seit einigen Wochen tatsächlich bestehende große Spannung ist durch Chamberlain, Sir C. Rhodes und die Jingos hervorgerufen, welche die Transvaalregierung durch Hetzereien und Kriegsdrohungen noch während der derzeitigen Sitzung des Volksrats zur völligen Nachgiebigkeit in der Ausländerfrage zu bestimmen suchen.

Unmittelbare Kriegsgefahr besteht gegenwärtig nicht, da jeder Grund zum Kriege fehlt. Herr Chamberlain wünscht jedoch offenbar im Grunde Krieg mit Transvaal und sucht dasselbe zu einem Schritt zu verleiten, der Vorwand zum Kriege bietet. Vorstehendes ist Ansicht maßgebender Persönlichkeiten hier. Der hiesige ....†, sonst Werkzeug Chamberlains, und die hiesigen Minister bieten ihren

* Hauptmann Freiherr von Lüttwitz.
** Vgl. Chamberlains Note vom 10. Mai in dem Englischen Blaubuch [C. 9345.], Nr. 83, daraus abgedruckt in: Das Staatsarchiv, Bd. 63, S. 249 ff.
*** Vgl. Bd. XIV, Kap. XCII.
† Gruppe fehlt, zu ergänzen jedenfalls: „Gouverneur".

Einfluß in England und Transvaal auf, um Krieg, der ein allgemeiner südafrikanischer würde, zu verhindern. Stimmung heute ruhiger auf Nachricht von Chamberlains Abreise.“

Euerer Majestät Konsul in Pretoria meldet:

„Regierung glaubt, Chamberlain wolle Krieg, hofft und wünscht aber Frieden zu erhalten; sie bereitet indessen energische Verteidigung vor. Stimmung der Bürger gegen England, Johannesburg erklärlich sehr erregt, und rücksichtslose Kriegsführung, Zerstörung feindlichen Eigentums zu erwarten. Unterstützung durch holländische Elemente in Afrika möglich.

Geheim

Es schweben Verhandlungen über Zusammentreffen von Krüger und Milner in Bloemfontein *. Ich glaube noch nicht an Krieg.“

B ü l o w

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Erst wenn er wirklich ausgebrochen ist

Nr. 4357

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Geschäftsträger im Haag von Flotow

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Lindenau

Nr. 53 Berlin, den 11. Mai 1899

Nachrichten aus mehreren zuverlässigen Quellen führen zu dem Schlusse, daß einige leitende Persönlichkeiten in England — nicht Lord Salisbury — den gegenwärtigen Zeitpunkt nach erfolgter Annäherung Englands an Amerika, Deutschland, Frankreich und Rußland für besonders geeignet halten, um die südafrikanische Frage endgültig, eventuell mit Waffengewalt, zu erledigen. Lord Salisbury nimmt seiner Natur entsprechend eine vermittelnde Stellung ein und möchte den Krieg lieber vermeiden. Entscheidend dafür, welche der beiden Richtungen obsiegt, wird die unmittelbar bevorstehende Unterredung zwischen Krüger und Milner in Bloemfontein sein.

Ew. bitte ich Vorstehendes baldmöglichst und ganz vertraulich Herrn de Beaufort mitzuteilen, für den Fall, daß dieser angezeigt halten sollte, dem Präsidenten Krüger zur Vermeidung des ungleichen Konfliktes, dessen l e t z t e s Ergebnis nicht zweifelhaft sein kann, eine tunlichst entgegenkommende Haltung rechtzeitig anzuraten.

B ü l o w

---

* Tatsächlich kam es Ende Mai zu einer Zusammenkunft zwischen Präsident Krüger und Gouverneur Milner, die aber nach mehrtägiger Dauer ergebnislos abgebrochen wurde. Ein eingehender Bericht Milners über die Zusammenkunft findet sich abgedruckt in: Das Staatsarchiv, Bd. 63, S. 263 ff.

Nr. 4358

Der Geschäftsträger im Haag von Flotow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 87 Haag, den 12. Mai 1899

Antwort auf Telegramm Nr. 53 vom 11. Mai*.

Herr de Beaufort erklärt, er bedürfe einiger Momente der Überlegung, glaube aber Herrn Krüger den angedeuteten Rat geben zu können, falls er ermächtigt sei, durch niederländischen Generalkonsul in Pretoria** ganz vertraulich auszudrücken, daß nach seinen Informationen deutsche Regierung seine Ansicht über den Ernst der Lage teile. Dies würde das Gewicht des Rats erheblich stärken. Sofort nach Eingang der Antwort hierauf wird Herr de Beaufort sich entscheiden. Flotow

Nr. 4359

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Geschäftsträger im Haag von Flotow

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Lindenau

Nr. 55 Berlin, den 12. Mai 1899

Antwort auf Telegramm 87***.

Es ist unbedenklich, daß Herr de Beaufort vertraulich in Pretoria wissen läßt, seinen zuverlässigen Informationen zufolge erachte auch die deutsche Regierung es als im wahren Interesse der Transvaalregierung gelegen, wenn Präsident Krüger in Berücksichtigung der jetzigen Sachlage tunliches Entgegenkommen zeigt.

Bülow

Nr. 4360

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 126 Berlin, den 4. Juni 1899

Veranlaßt durch die beiden Schlußsätze in Ew. pp. Telegramm 106 vom 9. v. Mts. † hatte ich die niederländische Regierung

---

* Siehe Nr. 4357.
** Nieuwenhuis.
*** Siehe Nr. 4358.
† Identisch mit dem in Nr. 4356 inserierten Telegramm Graf Hatzfeldts.

im engsten Vertrauen ermächtigt, bei Gelegenheit eines in ihrem Namen in Pretoria zu erteilenden versöhnlichen Rates dem Präsidenten Krüger mitzuteilen, daß auch Deutschland ihm tunlichstes Entgegenkommen anrate. Diese Eröffnung ist dem Präsidenten Krüger gemacht worden. Derselbe hat erwidert: „Er erkenne mit aufrichtigem Dank den freundschaftlichen Rat der niederländischen Regierung an; er werde sich so nachgiebig wie irgendmöglich zeigen, könne aber nicht die Selbständigkeit seines Landes opfern; er werde in der Frage des Stimmrechts weitgehende Konzessionen machen, könne aber nicht zugeben, daß Personen, welche englische Staatsangehörige seien, im Transvaalstaat Stimmrecht hätten; damit würde er die Suzeränität Englands anerkennen; er sei bereit, den Zeitraum für die Erwerbung des Stimmrechts von 14 auf 9 Jahre und später noch auf kürzere Zeit herabzusetzen; im Notfall sei er aber auch zum Kampf bereit und vertraue, daß Gott auch dieses Mal wie früher die Unabhängigkeit der Boeren schützen werde."

Ew. Ermessen stelle ich anheim, ob, wem und wieweit Sie Vorstehendes ganz vertraulich mitteilen, bezw., ob Sie etwa auch den Freiherrn von Eckardstein als Mittelsperson dabei verwenden wollen. Durch eine solche Mitteilung — namentlich wenn dieselbe dem offenherzigeren Chamberlain oder an ihn und an Lord Salisbury gemacht würde — könnte man vielleicht einen klareren Einblick in die englischen Endabsichten bekommen. Auch wird ein Argwohn hinsichtlich unserer Beweggründe eher dann, wenn die Angelegenheit von Ew. aus angeregt wird, zu beseitigen sein, als wenn die Tatsache unserer Einmischung den Engländern etwa von dritter Seite bekannt würde.

Bülow

Nr. 4361

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 136 London, den 7. Juni 1899

Antwort auf Telegramm Nr. 126 vom 4. Juni*.

Ich habe Lord Salisbury heute angeblich aus eigener Initiative vertraulich mitgeteilt, daß die Kaiserliche Regierung gleichzeitig mit der niederländischen Regierung dem Präsidenten Krüger tunlichstes Entgegenkommen geraten habe, und er bat mich, Euerer Exzellenz seinen aufrichtigen Dank dafür auszusprechen. In bezug auf die

* Siehe Nr. 4360.

eben stattgehabte Konferenz in Bloemfontein* bemerkte Lord Salisbury, daß ein befriedigender Abschluß noch nicht erreicht sei, daß die Beendigung der Konferenz aber nicht Abbruch der Unterhandlungen bedeute, und daß voraussichtlich weitere Verhandlungen stattfinden würden.

An der hiesigen Börse hat die Nachricht vom Abbruch der Konferenz heute starke Baisse hervorgerufen. Aus guter Quelle wird mir versichert, daß im Kolonialamt die Lage als ernst betrachtet wird, und daß man sich dort mit dem Gedanken beschäftigt, zur Abwendung eines Krieges mit Transvaal, gegen welchen die haute finance sehr eingenommen ist, die bons offices von Deutschland beim Präsidenten Krüger nachzusuchen.

Hatzfeldt

Nr. 4362

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Reinschrift

[Berlin, den 8. Juni 1899]

Auf die Vermittelung zwischen England und Transvaal sollten wir uns womöglich nicht einlassen. Ohne erhebliches Zurückziehen des einen Teiles ist der Streit nicht auszugleichen. Muten wir Transvaal Konzessionen zu, welche dort böses Blut machen, so haben wir Unannehmlichkeiten mit der deutschen öffentlichen Meinung. Raten wir den Engländern, ihre Stellung als Vormacht, d. h. als Suzerän, nicht ferner zu beanspruchen, so kommen wir England gegenüber auf einen Standpunkt akuten Mißtrauens.

Deshalb dürfte es sich empfehlen, zunächst abzuwarten, ob das Ansuchen um Vermittelung wirklich an uns gestellt wird, und uns vorher gar nicht zu äußern, weder in einem noch in anderem Sinne. Wird das Ansuchen wirklich gestellt, dann wäre etwa folgendes zu antworten:

Nachdem die Tatsache, daß Deutschland und England hinsichtlich der Transvaal benachbarten südafrikanischen Gebiete ein Abkommen geschlossen haben**, in die Öffentlichkeit gelangt sei, eigne Deutschland sich nicht mehr zum Vermittler. Jede andere als eine absolut antienglische Entscheidung würde als parteiisch, als das Ergebnis der von England uns gemachten Konzessionen hingestellt werden. Es sei deshalb auch für England besser, uns nicht in den Vordergrund treten zu lassen. Dem deutschen Interesse werde wie

---

* Vgl. Nr. 4356, S. 369, Fußnote *.

** Vgl. Bd. XIV, Kap. XCII.

in fast allen anderen Fällen so auch hier durch Vermeidung des Krieges am besten Rechnung getragen. Wir hätten deshalb, sobald wir entdeckten, daß hierin Übereinstimmung zwischen uns und der niederländischen Regierung bestehe, letztere beauftragt, unseren friedlichen Rat gleichzeitig mit dem ihrigen nach Pretoria zu übermitteln*. Ohne die unverdächtige niederländische Begleitung würden wir vermutlich mit unserem Rat zurückgehalten haben, in der Idee, daß der durch unser südafrikanisches Abkommen bei der Transvaalregierung hervorgerufene Eindruck das Gewicht unserer Ratschläge wesentlich herabmindern müsse. Als der geeignetste Vermittler unter allen erscheine uns die nordamerikanische Republik. Einesteils stehe dieselbe in der Gegenwart unbedingt England am nächsten unter allen zivilisierten Staaten; andererseits nehme das holländische Element im amerikanischen Staats- und Gesellschaftsleben bis zum heutigen Tage eine markante Stellung ein. Dieser Umstand sowie die republikanische Staatsform würden naturgemäß den Boeren Vertrauen einflößen.

So weit der Entwurf der an England auf Anfrage zu erteilenden Antwort. Vielleicht dürfte es sich aber empfehlen, den Gedanken, daß Amerika der geeignete Vermittler zwischen England und Transvaal sei, mit der vorstehenden zugunsten Amerikas sprechenden Motivierung in die Presse zu bringen, und zwar jetzt gleich. Selbst wenn der Gedanke auf deutschen Ursprung zurückgeführt würde, so ist nicht ersichtlich, wieso uns das schaden könnte. Den Amerikanern würde der Gedanke gewiß schmeicheln, die Nichtverwirklichung desselben durch England würde ihnen zweifellos eine Enttäuschung bereiten.

Holstein

Bemerkung Bernhard von Bülows am Kopf des Schriftstücks:
Ganz einverstanden. B.

Nr. 4363

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Geschäftsträger im Haag von Flotow

Konzept

Nr. 84 Berlin, den 12. Juni 1899

Aus einem gestrigen Telegramm des Grafen Hatzfeldt ist zu entnehmen, daß dieser hinsichtlich der Transvaalfrage nur die Alternative demnächstigen Bruches oder dilatorischer Behandlung in Betracht zieht, je nach dem die Ansicht des Herrn Chamberlain oder Lord Salisburys maßgebend bleibt. Von endgültiger Beilegung des Kon-

---

* Vgl. Nr. 4359.

fliktes ist keine Rede, die Lage ist also nach Auffassung des Grafen Hatzfeldt eine ernste.

Ew. pp. können das Vorstehende bei erster sich bietender Gelegenheit dem Auswärtigen Minister oder dessen Kabinettschef* vertraulich erzählen und dabei hinzufügen: Aus den Ihnen zu Ihrer Information mitgeteilten amtlichen Schriftstücken entnähmen Sie, daß Ihre Regierung einen Schiedsspruch der Vereinigten Staaten als die glücklichste Art der Erledigung des südafrikanischen Streites ansehen würde. Einerseits stehe Amerika wenigstens für jetzt in guten Beziehungen zu England, andererseits aber seien die Gleichartigkeit der Staatsform und die hervorragende Rolle, welche bis auf den heutigen Tag die Nachkommen der alten holländischen Kolonisten — wie z. B. Oberst Roosevelt — im amerikanischen Osten spielen, geeignet, den Amerikanern das Vertrauen von Transvaal zu gewinnen. Daß England aus eigener Initiative auf den amerikanischen Schiedsspruch rekurrieren sollte, sei unwahrscheinlich. Dagegen aber werde England aus Rücksicht für die so sorgfältig gepflegte entente cordiale mit Amerika Bedenken tragen, den Schiedsspruch abzulehnen, falls derselbe von Transvaal vorgeschlagen und von Washington aus die Bereitwilligkeit zur Annahme des Schiedsamts zu erkennen gegeben wäre. Letzteres sei übrigens nach den neuesten Zeitungstelegrammen aus Washington schon offiziös in der Form geschehen, daß amtliche Persönlichkeiten auf Befragen von Journalisten erklärt hätten, die amerikanische Regierung werde, falls Transvaal und England den Wunsch aussprächen, unbedenklich das Schiedsamt übernehmen.

Der Gedanke der amerikanischen Vermittelung ist allerdings zuerst in einer oder zwei englischen Zeitungen aufgetaucht, er kann daher als ein für England unfreundlicher nicht angesehen werden. Ob derselbe aber englischen oder amerikanischen oder Afrikander-Ursprungs ist, wird sich schwer feststellen lassen. Bezeichnend ist, daß jene Anregung in der englischen Presse kein lautes Echo gehabt, aber desto mehr Eingang in Amerika gefunden hat.

Das vorstehende Material wollen Ew. pp. nur dann vollständig verwenden, wenn Sie bei Ihrem Gegenredner eine Geneigtheit bemerken, die Sache zu besprechen. Ew. werden dann auch hinzufügen können, daß nach Ansicht Ihrer Regierung selbst in dem Falle, wo die englische Regierung den Gedanken des amerikanischen Schiedsspruchs zurückweisen sollte, schon die Tatsache der Anrufung dieses Schiedsspruchs durch den Präsidenten Krüger sowie der amerikanischen Bereitwilligkeit zur Annahme den kriegerischen Elementen innerhalb und außerhalb der englischen Regierung eine gewisse Mäßigung auferlegen und die englische Friedenspartei entsprechend kräftigen würde.

---

* Ruyssenaers.

Ew. pp. wollen schließlich etwaigen Fragen oder Sondierungen gegenüber unzweideutig feststellen, daß Sie sich bewußt sind, durch diese Mitteilungen die Grenzen Ihrer Kompetenz nicht überschritten zu haben, daß Sie andererseits aber zu keinerlei Anträgen ermächtigt sind.

Bülow

Nr. 4364

Der Geschäftsträger im Haag von Flotow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 83 Haag, den 14. Juni 1899
Geheim

An dem heutigen Empfangstage des Ministers de Beaufort hatte ich Gelegenheit, mit ihm im Sinne und in genauer Ausführung des hohen Erlasses Nr. 84 vom 12. Juni d. Js.* über die Transvaalfrage zu sprechen. Herr de Beaufort erörterte den Gegenstand mit demjenigen lebhaften Interesse, das ich immer dafür bei ihm bemerkt habe, und das wesentlich auf seiner langjährigen persönlichen Freundschaft mit dem Präsidenten Krüger beruht.

Der Idee eines amerikanischen Schiedsspruches in der Transvaalfrage zeigte sich der Minister indessen nicht geneigt. Die bekannt gewordenen Erklärungen der englischen Minister ließen ihm keine Hoffnung, daß die englische Regierung jemals geneigt sein werde, auf den Schiedsspruch einer fremden Macht in dieser Angelegenheit einzugehen. Sie würde damit den prinzipiellen Standpunkt verlassen, den sie in ihrem Verhältnis zum Transvaalstaat bisher eingenommen habe, und sich auch für zukünftige Differenzen mit letzterem die Hände binden. Auch sei zu fürchten, daß die amerikanische Regierung bei ihrer gegenwärtigen Hinneigung zu England ganz im Sinne der englischen Ansprüche entscheiden werde. Schon jetzt sprächen sich amerikanische Zeitungsstimmen für England und gegen die Transvaalrepublik aus. Er nähme an, daß auch Präsident Krüger diese seine Auffassung teile und daher der Idee eines Schiedsspruches der Vereinigten Staaten mißtrauisch gegenüberstehen werde. Herr de Beaufort schloß mit der Bemerkung, daß man nach seiner Ansicht zunächst die weitere Entwickelung der Dinge abwarten müsse.

Gleich nach dieser Unterhaltung hatte ich Gelegenheit, den Kabinettschef des Ministers zu sehen und ihn vertraulich von meinem Gespräche mit Herrn de Beaufort zu unterrichten. Ich fand bei

---

* Siehe Nr. 4363.

ihm weit größere Geneigtheit, auf die Idee eines amerikanischen Schiedsspruchs einzugehen. Er hielt den Gedankengang der Kaiserlichen Regierung für einen sehr beachtenswerten und bezeichnete die Vereinigten Staaten als die einzige Macht, die den Umständen nach geeignet sei, die Schiedsrichterrolle zu übernehmen. Auch werde man in England dem Gedanken doch vielleicht nicht so ablehnend gegenüberstehen, da man sich dort offenbar über die einzunehmende Haltung in Verlegenheit befinde. Ein Krieg biete mit Rücksicht auf die Haltung der Kapkolonie doch schwere Bedenken; unterlasse aber England gegenwärtig jede energischen Schritte, so werde der Verlust an Prestige in Südafrika ein unberechenbarer sein. Herr Ruyssenaers äußerte sogar ganz spontan, er würde es nicht unzweckmäßig finden, wenn der Minister de Beaufort sich Herrn Leyds* kommen ließe und den Gedanken des amerikanischen Schiedsspruchs mit ihm erörtere. Jedenfalls würde er selbst die Angelegenheit noch einmal mit dem Minister besprechen.

Bei der Entschiedenheit, mit der Herr de Beaufort seine Ansicht äußerte, möchte ich mir indessen nicht allzuviel Erfolg von den Überredungsversuchen seines Kabinettschefs versprechen. Immerhin dürfte es sich vielleicht empfehlen, ihm einige Tage Zeit zu geben, um seinen ziemlich suggestiven Einfluß auf den Minister wirken zu lassen.

Flotow

Nr. 4365

Der Geschäftsträger im Haag von Flotow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 104 Haag, den 17. Juni 1899

Minister de Beaufort hat soeben den niederländischen Gesandten in Paris** ganz vertraulich angewiesen, Herrn Leyds aufzusuchen und ihm mündlich folgendes mitzuteilen:

Nach den Informationen, die Herr de Beaufort aus verschiedenen Kabinetten habe — ohne das Berliner oder ein anderes zu nennen — sei die Lage für Transvaal äußerst ernst. Er glaube daher, daß die Anrufung der Mediation der Vereinigten Staaten von Amerika ein sehr geeignetes Mittel sei, die Schwierigkeiten aufzulösen, und gab in Pretoria anheim, diesen Vorschlag reiflich zu erwägen.

Flotow

---

* Gesandter der Südafrikanischen Republik im Haag, zugleich in Berlin und Paris akkreditiert.

** v. Stuers.

Nr. 4366

Der Geschäftsträger im Haag von Flotow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 107 Haag, den 22. Juni 1899

Niederländischer Gesandter in Paris meldet Herrn de Beaufort, Herr Leyds habe ihn aufgesucht und ihm mitgeteilt, Präsident Krüger halte den gegenwärtigen Augenblick noch nicht für geeignet, um amerikanische Mediation anzurufen.

Flotow

Nr. 4367

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Geschäftsträger im Haag von Flotow

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 71 Berlin, den 4. Juli 1899

Graf Hatzfeldt telegraphiert, daß er die Friedensaussichten in der Transvaalangelegenheit deshalb für zweifelhaft halte, weil die englische Regierung zwar in der Majorität gegen den Krieg, jedoch durch das von ihr erlaubte öffentliche Vorgehen des Herrn Chamberlain festgelegt sei. Infolge davon müsse sie jetzt auf gewissen maßvollen Konzessionen bestehen, wenn sie nicht Gefahr laufen wolle, eines schmachvollen Rückzuges beschuldigt zu werden. Auch etwaige Nachrichten über Unruhen in Johannesburg und über Unterdrückung derselben würden — mit Recht oder Unrecht — die öffentliche Meinung mehr für den Krieg stimmen, als dies bisher der Fall sei. Der jetzige Zustand relativer Ruhe kann nach Ansicht des Grafen Hatzfeldt nicht mehr fortdauern.

Der Inhalt des Telegramms läßt sich dahin zusammenfassen, daß der Botschafter glaubt, Transvaal dürfe mit den mäßigen Konzessionen, die zur Vermeidung des Krieges nötig sind, nicht mehr zögern, sonst sei es zu spät.

Bitte diese Ansicht des Grafen Hatzfeldt dort an geeigneter Stelle mitzuteilen, ohne Antrag.

Bülow

Nr. 4368

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 191 London, den 30. Juli 1899

Infolge allerhöchsten Befehls, meine Ansicht über die Transvaalrede Lord Salisburys* auszusprechen, habe ich eben das nachstehende Telegramm an Graf zu Eulenburg nach Bergen gerichtet:

„Lord Salisbury hat mir noch in letzter Zusammenkunft[1] ganz vertraulich gesagt, daß die Erledigung der Schwierigkeiten mit der Transvaalregierung noch einige Zeit in Anspruch nehmen, und daß es bis dahin allerdings noch zu unangenehmen Auseinandersetzungen[2] kommen könne, daß er aber mit Rücksicht auf die kürzlich gezeigte Neigung des Präsidenten Krüger zum Einlenken an Krieg nicht glaube[3]. Seine Rede erklärt sich daher wohl aus dem Bedürfnis, die Transvaalregierung von der Einigkeit des englischen Kabinetts in der Frage zu überzeugen und die Pression, die hierdurch auf die Entschlüsse des Präsidenten Krüger ausgeübt werden soll, nicht abzuschwächen. Als Voraussetzung dafür, daß die friedliche Tendenz Lord Salisburys im Kabinett dauernd die Oberhand behält, ist aber meines Erachtens zu bezeichnen, daß die Transvaalregierung weiteres Entgegenkommen zeigt und nicht unbedingt daran festhält, daß sie über ihre letzten Konzessionen in keiner Hinsicht hinausgehen will. Auch aus der Rede Chamberlains ergibt sich, daß er Zeit gewinnen will, da er hiernach der Transvaalregierung eine gemeinschaftliche Untersuchung[4] der Frage vorgeschlagen hat, wie weit die Ausländer durch die letzten Konzessionen des Präsidenten Krüger

---

* Am 28. Juli hatten zugleich im Oberhause und im Unterhause Debatten über die Transvaalfrage stattgefunden. Im Unterhause erklärte Chamberlain rund heraus, die Bedingung für das Nichteingreifen Englands sei, daß die Transvaalregierung ernstliche Schritte zur politischen Gleichstellung der einheimischen holländischen Bevölkerung mit den Uitlanders tue. Auch Lord Salisbury protestierte im Oberhause gegen die unterschiedliche Rechtsstellung der Holländer und der Uitlander. Der Londoner Konvention von 1884, auf welche die Burenrepublik ihre Stellungnahme in dieser Frage gründete, wollte Lord Salisbury keine unbeschränkte Geltungsdauer zugestehen: Wenn England auch nicht beabsichtige, solche Konventionen zu vernichten, solange ihnen ein ehrenwertes Dasein verstattet sei, so würden jetzt doch nur sehr wenige Engländer wünschen, daß jener Konvention in der ursprünglichen Form Englands Siegel aufgedrückt werde. Der Kaiser, der eben damals auf der Nordlandsfahrt begriffen war, nahm, wie aus einem Telegramm des Staatssekretärs Grafen Bülow, d. d. Semmering, 30. Juli, an das Auswärtige Amt hervorgeht, an der Konventionstheorie Lord Salisburys Anstoß; er ließ sowohl Graf Hatzfeldt in London als auch Graf Bülow um seine Meinungsäußerung zu der Salisburyschen Rede ersuchen.

eine wirkliche und sofortige Repräsentation erhalten würden. Im Interesse der Erhaltung des Friedens wäre zu wünschen, daß die Transvaalregierung hierauf eingeht[5].

Sir Frank Lascelles, welcher hier mit allen maßgebenden Persönlichkeiten vielfach zusammengekommen ist*, hat mir bei seiner Abreise vertraulich gesagt, er nehme den bestimmten Eindruck von hier mit, daß die Gefahr einer kriegerischen Verwickelung nicht mehr bestehe[6]".

Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.**:

[1] Welches Datum?!! vor oder nach seiner Rede im Oberhaus!

[2] mit oder ohne Waffen?

[3] ! die Botschaft hört ich wohl allein mir fehlt der Glaube

[4] da sich Krüger für den Präsidenten eines „selbständigen Staates" hält; ist ein solcher Vorschlag eine Beleidigung

[5] kann sie gar nicht ohne sich alles zu vergeben

[6] ich bedauere durchaus noch nicht zu diesem Schluß kommen zu können.

Schlußbemerkung des Kaisers:

L[ord] Salisbury hat Hatzfeld allgemeine Phrasen vorgemacht, weil er ihn nicht direkt anlügen will, und in Zukunft, wenn er doch zur Waffe greift, sich nicht selbst dementieren braucht! Er bleibt nach wie vor dunkel! Diese Depesche läßt mich genau eben so klug wie zuvor! W.

Nr. 4369

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Semmering, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 35 Semmering, den 31. Juli 1899

Für des Kaisers und Königs Majestät

Die von Lord Salisbury und Mr. Chamberlain gehaltenen Reden*** lassen meines ehrfurchtsvollsten Erachtens keinen Zweifel darüber, daß die englische Regierung an die südafrikanische Republik Forderungen stellt, welche über das Maß der Konzessionen hinausgehen, die von seiten der Buren bereits bewilligt worden sind. Ausgeschlossen ist es nicht, daß Präsident Krüger einer solchen Schraube ohne Ende schließlich einen Krieg vorziehen könnte, bei welchem die militärische Überlegenheit zunächst auf Seiten der Boeren sein würde. Letzterer Umstand macht es aber andererseits wahrscheinlich, daß britischerseits der Bogen nicht zu straff gespannt werden wird. Die Boeren ihrerseits können darüber nicht im unklaren sein, daß im

---

* Der englische Botschafter in Berlin weilte derzeit auf Urlaub in England.

** Auf der Entzifferung des an Graf Eulenburg nach Bergen gesandten, obenerwähnten Telegramms.

*** Vgl. Nr. 4368, Fußnote *.

letzten Ende England doch der weitaus stärkere Teil ist und, wenn einmal engagiert, diesen Krieg unbedingt siegreich durchführen muß.

Alles in allem möchte ich deshalb auch nach der jüngsten Transvaaldebatte im englischen Parlament annehmen, daß es nicht zum Kriege kommen wird, sondern daß die bei dieser Gelegenheit gehaltenen Reden als weiterer Einschüchterungsversuch und Game of bluff aufzufassen sein dürften, zumal in einem Moment, wo Präsident Krüger selbst mit seinem Volksraad nicht ganz eines Sinnes ist. Regierung und Opposition in England scheinen mir den gemeinsamen Plan zu verfolgen, den Buren und Afrikandern keinen Zweifel darüber zu lassen, daß in der südafrikanischen Frage alle englischen Parteien einig sind, um hierdurch Transvaal zu weiteren Zugeständnissen zu bringen. Daß die Kriegsgefahr noch keine akute ist, möchte auch daraus hervorgehen, daß die englischen Konsols bis gestern nicht gefallen waren, also die City noch nicht an Krieg glaubt.

Die von Lord Salisbury aufgestellte Konventionstheorie ist hoffentlich nur so zu verstehen, daß er sagen wollte: „Krieg zerreißt Vertrag". Anderenfalls, und verallgemeinert, würde die diesbezügliche Auslassung des englischen Premierministers allerdings geeignet sein, den Wert britischer vertragsmäßiger Abmachungen und Zusagen stark einzuschränken.

Die Möglichkeit eines ernsthaften Konflikts in Südafrika wird die Engländer gegenüber Rußland gefügiger und jedenfalls vorsichtiger machen. Bis zur Entblößung von Indien würde die englische Regierung bei dem in England tief gewurzelten Mißtrauen gegen Rußland auch im Falle eines Krieges in Südafrika wohl nur sehr ungern gehen.

Bülow

Nr. 4370

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 213 London, den 9. August 1899

Herr Goerz* schickt mir Abschrift eines Telegramms, welches sein Johannesburger Vertreter in englischer Sprache heute mittag an ihn abgesandt hat. Dasselbe hat folgenden Inhalt:

„Wir hören, daß Transvaalregierung noch nicht geantwortet hat**; sie wird eine sehr höfliche Antwort erteilen, aber auseinander-

* Inhaber des Handelshauses Goerz in London, das in Berlin und in Johannesburg Niederlassungen hatte.

** Nämlich auf den Vorschlag der englischen Regierung (vgl. Nr. 4368), eine gemeinsame Kommission zur Untersuchung der Frage der Vertretung der Uit-

setzen, daß die Regierung noch nicht erkennen könne, welchen Nutzen eine Untersuchung lediglich der Franchisefrage habe, und eine Diskussion sämtlicher Fragen vorschlagen. Wir hören, daß Präsident Krüger dem französischen Konsul * inoffiziell mitgeteilt habe, daß Regierung eine Kommission gestatten werde, falls deutscher [1], französischer und russischer Konsul ** Delegierte ernennen, da sonst Auslegung unabweisbar, daß britische Regierung sich in innere Angelegenheiten der südafrikanischen Republik mischt. Wir glauben nicht, daß britische Regierung zustimmen wird und deutsche Regierung zu diesem Schritt bereit sein würde. Wir haben Konsul Biermann gesehen, welcher mir privatim sagt, daß auch er diesem Glauben zuneige, aber anheimstelle, durch Berliner Firma Goerz Auffassung des Auswärtigen Amtes zu obigem Gedanken festzustellen.

E. Boucher *** und französischer Konsul haben nach Paris telegraphiert. Es besteht Absicht, falls französische Regierung zustimmt, daß Franzosen in Johannesburg an ihren Konsul eine Petition betreffs eines Delegierten richten. Wir hören, daß britische Regierung zu ihrem Delegierten Conyngham Greene † ausersehen hat."

Der Schlußsatz, anscheinend betreffend Instruktionen nach Kapstadt, ist verstümmelt, Herr Goerz will eine telegraphische Wiederholung desselben veranlassen.

Herr Goerz' Brief mit englischem Text des Telegramms folgt heute durch Kurier.

Hatzfeldt

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Nein! geht uns nichts an

Schlußbemerkung des Kaisers:

Wir halten uns da heraus! Die Haager Friedensconferenz kann ja einspringen

Nr. 4371

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Konsul in Pretoria Biermann

Telegramm. Konzept

Nr. 10 Berlin, den 10. August 1899

Sofern an Sie, insbesondere auch seitens privater Interessenten, die Anregung zu Äußerungen über den englisch-transvaalschen Konflikt

---

lander in den Selbstverwaltungskörpern der Burenrepublik, der sogenannten Franchisefrage, einzusetzen. Den Text der englischen Note vom 27. Juli und der Antworten der Transvaalregierung vom 19. und 21. August siehe in: Das Staatsarchiv, Bd. 63, S. 310 ff., 320 ff.

* V. S. Aubert.

** Vizekonsul von Gernet in Johannesburg.

*** Franzose in Johannesburg.

† Englischer diplomatischer Agent in Pretoria.

und namentlich über die voraussichtliche Haltung der Kaiserlichen Regierung gegenüber diesem Konflikte herantreten sollte, wollen Sie auch weiterhin strengste Zurückhaltung beobachten.

Richthofen

Nr. 4372

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Semmering, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 61 Semmering, den 12. August 1899

Unter Bezugnahme auf die in dem Telegramm des Kaiserlichen Botschafters in London Nr. 213 vom 9. d. Mts.* wiedergegebene Depesche des Herrn Goerz telegraphiert Graf Hatzfeldt privatim: „Die Leute, die Krüger dazu drängen, Ernennung von russischen, französischen und deutschen Delegierten zu verlangen, arbeiten hier Chamberlain geradezu in die Hände. Letzterer wird, wenn er diesen Versuch zurückweist, die hier beanspruchte Suzeränität durch Arbitrage des Auslands los zu werden, hier die öffentliche Meinung hinter sich haben und stärker sein als vorher. Außerdem wird sich voraussichtlich als Irrtum herausstellen, wenn Präsident Krüger sich hat zu dem Glauben bringen lassen, daß Rußland und Frankreich, oder gar Frankreich allein, auf die Gefahr einer ernsten Differenz mit England seine Sache aufnehmen werden. Ich glaube auch nicht, daß man hier darüber ernstlich beunruhigt ist und ein solches Resultat der Delcasséschen Reise** für wahrscheinlich hält. Auch der in dieser Hinsicht von mir vertraulich gegen Rothschild ausgesprochene Verdacht wird darin schwerlich viel ändern.

An sofortige militärische Zwangsmaßregeln glaube ich noch nicht, auch wenn die Transvaalregierung die von Goerz angekündigte, auf Intervention des Auslands gerichtete Antwort geben sollte. Aber wir würden damit in die zweite und gefährlichere Phase der Truppenzusammenziehungen treten, schon deshalb gefährlicher, weil nach Vertagung des Parlaments jede Gegenwirkung der Opposition fortfällt. Das sehr geschickte Spiel Chamberlains ist von vornherein gewesen, die hiesige öffentliche Meinung, die bekanntlich zuerst sehr kühl war, allmählich für die Sache zu erwärmen, sich als den Vertreter berechtigter, aber durchaus gemäßigter Forderungen hinzustellen und die Transvaalregierung anscheinend England gegenüber ins Un-

---

* Siehe Nr. 4370.
** Delcassé war Ende Juli, nach Abschluß der Haager Friedenskonferenz, nach Petersburg gereist. Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXIX, Nr. 3577 ff.

recht zu setzen. Dies ist ihm hier auch bis zu einem gewissen Grade gelungen, und weder die öffentliche Meinung noch die friedlich gesinnten Mitglieder des Kabinetts würden heute einer entschiedenen Aktion ernstlich widersprechen können, wenn Krüger wirklich jede Enquête ablehnt oder sie, was hier beinahe noch mehr übel genommen würde, von einer Beteiligung des Auslands abhängig machen will. Wäre es nicht möglich, Krüger diese Situation durch die Holländer oder unseren Konsul direkt klar machen zu lassen, ehe es zu spät ist? Jedenfalls scheint mir dringend angezeigt, daß Konsul Biermann entschieden angewiesen wird, alle Äußerungen zu vermeiden, welche auf eine Beteiligung desselben bei den dort gegen den englischen Vorschlag spielenden Intrigen gedeutet werden könnten. Wenn die Angabe in dem Telegramm von Goerz wahr ist, daß Biermann unsere Beteiligung an den Gedanken der Ernennung europäischer Delegierten zwar auch als unwahrscheinlich bezeichnet, aber doch gleichzeitig s u g g e r i e r t habe, durch das Haus Goerz in Berlin die Auffassung des Auswärtigen Amts darüber noch festzustellen, so würde eine solche Äußerung, wenn sie zur Kenntnis der englischen Regierung gelangt, voraussichtlich genügen, wieder das größte Mißtrauen gegen uns zu erregen."

Aus Gründen allgemeiner Politik wie im Hinblick auf das deutsch-englische Abkommen müssen wir es natürlich vermeiden, uns anläßlich der gegenwärtigen Wirren in Südafrika sowohl gegenüber England wie gegenüber Transvaal in eine schiefe Stellung drängen zu lassen. Sofern die Haltung des Konsuls Biermann in Pretoria irgendwie unsicher erscheint, würde es sich empfehlen, demselben nochmals einzuschärfen, daß sich Deutschland in keiner Form in den Transvaalstreit hineinziehen lassen wird. Natürlich würde sich Herr Biermann in diesem Sinne nur auszusprechen haben, falls die Frage der Beteiligung europäischer Mächte an jenem Streit mit ihm oder vor ihm erörtert werden sollte. — Was die von Graf Hatzfeldt angeregte Warnung des Präsidenten Krüger durch die Holländer angeht, so wäre zu erwägen, ob nach der Gesamtlage der Verhältnisse sich ein Telegramm etwa nachstehenden Inhalts an Freiherrn von den Brincken* empfehlen würde: „Die der niederländischen Regierung im Juni mitgeteilte Anschauung des Kaiserlichen Botschafters in London, daß Präsident Krüger durch Verzögerung des Nachgebens die Lage von Transvaal verschlechtern und gefährden werde, scheint sich zu bestätigen. Die englische öffentliche Meinung, welche bisher die Trägerin des Friedensgedankens war, fängt an, das Zögern der Transvaalregierung als Beweis feindseliger Hintergedanken anzusehen. Außerdem wird das Gegengewicht, welches bisher in der Haltung der parlamentarischen Opposition lag, mit der Vertagung des Parlaments jetzt wegfallen. Als eine weitere Gefahr in der Rück-

* Geandter im Haag.

wirkung auf die englische Stimmung betrachtet Graf Hatzfeldt den angeblich von der Transvaalregierung jetzt erwogenen Gedanken einer versuchten Hineinziehung von Deutschland, Frankreich und Rußland in die schwebende Streitfrage. Deutschland könnte auf diesen Vorschlag, dessen Annahme eine deutsche Parteinahme implizieren würde, nicht eingehen. Die russische Regierung hat wiederholt erklärt, daß Südafrika sie kalt läßt. Daß Frankreich allein mit Transvaal gegen England Front machen sollte, erscheint selbst in dem Falle unwahrscheinlich, daß Präsident Krüger von Paris aus ermutigt wäre. Bindende und unzweideutige schriftliche Zusicherungen französischer Unterstützung mit bewaffneter Hand besitzt derselbe wohl keinenfalls. Das englische Volk würde nach unseren Nachrichten die Anrufung der in England mehr oder weniger beargwöhnten europäischen Großmächte wie eine direkte Provokation ansehen, fast noch mehr als es die unbedingte Ablehnung der von England vorgeschlagenen Form der Enquête sein würde. Soviel an uns liegt, möchten wir aus aufrichtiger Sympathie für die Buren verhindern, daß Präsident Krüger der Kriegspartei in die Hände arbeitet und in einen Krieg hineintreibt, dessen Ausgang bei der Isolierung der südafrikanischen Holländer nach menschlichem Ermessen nicht zweifelhaft ist. Euere Exzellenz wollen daher den Inhalt des Vorstehenden unverzüglich Herrn de Beaufort mitteilen und ihm anheimstellen, davon bei der Transvaalregierung vertraulich Gebrauch zu machen. Hierbei würde eine telegraphische Mitteilung nach Pretoria einer solchen an Herrn Leyds vorzuziehen sein. Graf Hatzfeldt äußert die Besorgnis, daß der Zeitpunkt der entscheidenden Wendung zum Krieg dicht bevorsteht, wenn seitens der Transvaalregierung die unbedingte Ablehnung der Enquête [erfolgt] oder an Anrufen der kontinentalen Großmächte festgehalten werden sollte. Hinsichtlich der Enthaltung Deutschlands ist der Kaiserliche Konsul in Pretoria direkt instruiert*.

Bülow

Nr. 4373

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Konsul in Pretoria Biermann

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Lindenau

Nr. 11 Berlin, den 13. August 1899

Im Anschluß an Telegramm Nr. 10**.

Deutschland wird sich in keiner Form in den Transvaalstreit hineinziehen lassen. Ew. werden sich in diesem Sinne aber

---

* Das von Bülow vorgeschlagene Telegramm an den Gesandten Freiherrn von den Brincken wurde am 13. August tatsächlich abgeschickt.

** Siehe Nr. 4371.

selbstverständlich nur dann auszusprechen haben, falls — in einer mit Ihnen oder vor Ihnen stattfindenden Erörterung der Frage der Beteiligung europäischer Mächte an jenem Streite — zu solcher Äußerung hinreichende und erhebliche Veranlassung vorliegt.

Richthofen

Nr. 4374

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

London, den 27. August 1899

Während hier noch vor wenigen Tagen allgemein angenommen wurde, daß eine befriedigende Antwort der Transvaalregierung zu erwarten und die Erhaltung des Friedens damit gesichert sei, hat sich die Situation jetzt offenbar wieder verschlechtert, seitdem Präsident Krüger die Suzeränitätsfrage in den Vordergrund der Diskussion gestellt hat*. Es läßt sich nicht verkennen, daß er damit Mr. Chamberlain in die Hände gearbeitet hat, dessen Bemühungen seit längerer Zeit unverkennbar darauf gerichtet waren, die hiesige öffentliche Meinung für eine energische Aktion dem Transvaal gegenüber zu erwärmen. Zu diesem Zweck hatte sich die Franchisefrage als ungenügend herausgestellt, und ich weiß aus sicherer Quelle, daß Mr. Chamberlain sich nach dem Scheitern der Konferenz in Bloemfontein seinen Freunden gegenüber darüber beklagt hat, daß das hiesige Publikum an dieser Frage kein größeres Interesse nehme, und daß ihm durch diese Gleichgültigkeit die Hände gebunden wären. Heute liegt die Sache insofern ganz anders, als das nationale Selbstgefühl der Engländer durch die Forderung, daß England auf die Suzeränität

---

* Die Suzeränitätsfrage war von Chamberlain in einer Depesche vom 13. Juli aufgeworfen worden, nachdem Präsident Krüger bei seiner Zusammenkunft mit Gouverneur Milner in Bloemfontein auf die Unantastbarkeit der Unabhängigkeit der Südafrikanischen Republik gedrungen hatte. Das Aufwerfen der ominösen Frage hatte alsbald die Verhandlungen unheilvoll beeinflußt. Eine Depesche des Staatssekretärs der Republik Reitz vom 19. August, die die von England vorgeschlagene gemeinsame Kommission zur Regelung der Uitländerfrage ablehnte, jedoch spontan weitere Konzessionen anbot, stellte das Verlangen auf, daß die englische Regierung nicht weiter auf der Behauptung der Suzeränität bestehen solle. Eine schroffe Ablehnung dieses Verlangens durch eine englische Note vom 28. August hatte die Zurückziehung der angebotenen Konzessionen in der Uitländerfrage seitens der Republik (2. September) zur Folge, worauf die englische Regierung am 9. September drohte, „die Lage von einem neuen Standpunkt aus zu betrachten und eigene Vorschläge zu machen, um eine endgültige Erledigung herbeizuführen". Siehe die Texte der gegenseitigen Noten in: Das Staatsarchiv, Bd. 63, S. 322 ff.

verzichten soll, aufgestachelt und verletzt wird, und man darf, wie ich glaube, annehmen, daß es kaum einen Engländer gibt, welcher Partei er auch angehören möge, der widersprechen würde, wenn es sich darum handeln sollte, die Oberherrschaft Englands im Transvaal mit Gewalt aufrecht zu erhalten. Ob diese Auffassung in den Verträgen begründet ist, deren Inhalt der großen Majorität des hiesigen Publikums wahrscheinlich ganz unbekannt ist, wird darin keinen Unterschied machen, und man begnügt sich mit der Annahme, daß England, selbst wenn ihm kein vertragsmäßiger Titel zur Seite stände, the paramount power in Südafrika ist[4] und diese Stellung unter allen Umständen aufrechterhalten muß. Unter diesen Umständen war es, wie ich glaube, ein entschiedener Mißgriff der Transvaalregierung, wenn sie nicht selbst jetzt den Kampf will, diese Frage aufzuwerfen und einen ausdrücklichen Verzicht auf die Suzeränität zu verlangen.

In einer längeren vertraulichen Unterhaltung, die ich gestern mit dem Premierminister hatte, wurde auch diese Frage berührt, und aus seinen Äußerungen ergab sich, daß er zwar ebenfalls die fragliche Bedingung der Transvaalregierung für vollständig unannehmbar hält, daß er aber weitere Konzessionen der Transvaalregierung darum keineswegs für ausgeschlossen hält und deshalb seinerseits die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens bis jetzt nicht aufgegeben hat. Aus seiner ganzen Haltung und aus dem Ton aller seiner Äußerungen hatte ich dabei, wie jedesmal, wenn Mr. Chamberlain in vertraulichem Gespräch zwischen uns erwähnt wird, den Eindruck, daß er weder mit der aggressiven Politik seines Kollegen in jeder Hinsicht übereinstimmt, noch auch demselben besonderes persönliches Wohlwollen entgegenbringt, und daß er daher auch keinen Wert darauf legt, daß derselbe seine politische Stellung durch besondere Erfolge noch mehr verstärkt. Hieraus darf aber selbstverständlich nicht geschlossen werden, daß der Premierminister sich der Anwendung von Gewaltregeln widersetzen würde, wenn die Transvaalregierung an der hier als unannehmbar betrachteten Forderung festhält und Mr. Chamberlain diese Handhabe benutzt, um England in den Krieg zu treiben. Es muß auch anerkannt werden, daß der Premierminister, auch wenn er es wollte, nicht in der Lage sein würde, Widerspruch zu erheben, weil Mr. Chamberlain in diesem Falle die öffentliche Meinung unzweifelhaft hinter sich haben würde.

Dagegen nimmt Lord Salisbury offenbar an, daß die Entscheidung, ob es schließlich zum Kriege kommt oder nicht, fürs erste noch nicht bevorsteht. Auf meine Frage, wie er sich die weitere Entwickelung der Dinge denke, sprach er sich ohne Zögern dahin aus, daß die Sache sich voraussichtlich noch längere Zeit hinziehen werde. Als ich, um ihn zu weiteren Äußerungen, namentlich über die Absichten Mr. Chamberlains, zu veranlassen, die Bemerkung fallen ließ, als unparteiischer Beobachter hätte ich den Eindruck, daß der Kolonialminister von seinem Standpunkt sehr geschickt

manövriert habe, um die anfänglich sehr kühle öffentliche Meinung für die von ihm gewünschte energische Aktion zu erwärmen, räumte Lord Salisbury bereitwillig ein, daß diese Auffassung richtig sei und den Beweis liefere, daß ich die Entwickelung der Dinge mit Aufmerksamkeit verfolgt hätte. Er fügte hinzu, daß es von Anfang an in London selbst eine kriegerisch gesinnte Partei gegeben habe, während im Lande, namentlich im Norden Englands, eine friedliche Stimmung vorgeherrscht habe.

In Anknüpfung an einen kürzlich im „Standard" erschienenen Artikel, in welchem die Anschuldigung, daß England Transvaal besetzen wolle, damit zurückgewiesen wurde, daß das dortige Territorium, abgesehen von den Minen, ganz wertlos sei, machte ich im Scherz die Bemerkung, daß diese Behauptung, wenn sie begründet sei, sich mit dem Eifer schwer vereinigen lasse, mit welchem Mr. Chamberlain den Zweck verfolge, dieses wertlose Territorium in irgendeiner Form unter die Botmäßigkeit Englands zu bringen. Der Premierminister lachte herzlich über die Bemerkung, ohne die Richtigkeit derselben zu bestreiten. Ebensowenig widersprach Lord Salisbury mit einem Wort, als ich auf die Möglichkeit hindeutete, daß die Transvaalregierung vielleicht unter dem Eindruck stehe, daß Mr. Chamberlain, auch wenn sie sich jetzt in allem gefügig zeige, über kurz oder lang einen anderen Grund finden werde, um neue Erörterungen herbeizuführen und ihre Selbständigkeit noch weiter einzuschränken[2].

Über das Verfahren des Kapministers Schreiner, welcher hinter dem Rücken des Sir A. Milner Waffen und Munition für die Transvaalregierung durchgelassen habe, sprach sich Lord Salisbury bei dieser Gelegenheit sehr entrüstet aus. Es sei unerhört, daß dies in einer englischen Kolonie vorkommen könne. Mit Waffen sei die Transvaalregierung übrigens so reichlich versehen, daß sie jeden waffenfähigen Bürger mit zwei Gewehren ausrüsten könnte. Dagegen möge es ihr an Munition noch fehlen, und daraus erkläre sich auch die in Pretoria beobachtete Taktik, die Verhandlungen mit England hinzuziehen, um Zeit zu gewinnen. Daher auch die Entrüstung über das Verfahren der Portugiesen, weil sie Munitionstransporte für die Republik angehalten hätten. Ich habe es unauffällig vermieden, über diesen Punkt eine Ansicht auszusprechen.

Im weiteren Verlauf unserer Unterredung kamen sowohl die Reise des Herrn Delcassé nach Petersburg* als auch die Beziehungen Englands zu Rußland zur Sprache, und ich glaube die Äußerungen Lord Salisburys hierüber wie auch ein Urteil desselben über die Zustände in Frankreich hier ehrfurchtsvoll anführen zu müssen, weil sie, soweit ich mir ein Urteil gestatten darf, für die Beurteilung der jetzigen Haltung Englands in der Transvaalfrage nicht ohne Bedeutung sind.

---

* Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXIX, Nr. 3577 ff.

Nachdem der Premierminister sich dahin geäußert hatte, daß er über die Motive der fraglichen Reise zwar bis jetzt nichts Bestimmtes in Erfahrung gebracht habe, daß er aber die nach seinen Mitteilungen in Petersburg verbreitete Auffassung, wonach die Reise lediglich auf Motive persönlicher Eitelkeit zurückzuführen sei, nicht ganz teilen könne, ging er von selbst dazu über, mir eine Art von Vortrag über die Beziehungen zwischen dem Grafen Murawiew und dem englischen Botschafter *, über das augenblickliche Verhalten der Russen England gegenüber und über die politische Situation in Rußland überhaupt zu halten. Er bemerkte zunächst, daß die persönlichen Beziehungen zwischen Sir Charles Scott und dem russischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, wie ich wisse, sehr freundschaftlicher Natur seien. Außerdem sei die Haltung Rußlands diesem Lande gegenüber in der letzten Zeit keine unfreundliche gewesen, und es sei sogar der ungewöhnliche Fall vorgekommen, daß der Kaiser von Rußland auf englische Interessen in China, die der Minister nicht näher bezeichnete, Rücksicht genommen habe [3]. Im Anschluß hieran entwickelte Lord Salisbury die Auffassung, daß Rußland jetzt auch gar nicht in der Lage sei, sich auf irgendeine große politische Unternehmung nach außen einlassen zu können. Die Hungersnot in Rußland sei viel bedeutender, als vielfach angenommen werde, und nehme die Kräfte und die Aufmerksamkeit der Regierung in Anspruch. Hierzu komme der Mangel an Geld, zu dessen Abhülfe Herr Witte bisher kein Mittel gefunden habe.

Der Minister wandte sich nunmehr zu den Zuständen in Frankreich **, indem er mit Nachdruck und unverkennbarer Geringschätzung sagte, daß man diese Zustände nur als ein vollständiges Chaos bezeichnen könne. Die vorhandenen Prätendenten seien persönlich so unbedeutend, daß sie offenbar keine Aussicht auf Erfolg hätten. Bis jetzt habe sich auch noch keine andere hervorragende Persönlichkeit in Frankreich gefunden, die sich mit Erfolg an die Spitze stellen könnte. Solange dies aber nicht geschehe, werde der jetzige Zustand in Frankreich sich schwerlich ändern, und es sei nicht anzunehmen, daß die Franzosen in ihrer jetzigen Verfassung eine entscheidende Rolle in der europäischen Politik spielen würden.

Obwohl Lord Salisbury sich mit dieser Darstellung begnügte und eine ausdrückliche Nutzanwendung unterließ, ist doch, wenn ich mich nicht täusche, kaum zu bezweifeln, daß sein Zweck dahin ging, mich darüber aufzuklären, daß England jetzt die Hände frei zu haben glaubt und keinen Anlaß sieht [2], eine gemeinschaftliche Einmischung der Russen und Franzosen, am allerwenigsten aber eine solche von den Franzosen allein, zu befürchten.

---

* Sir Charles Scott.

** Näheres über die inneren Zustände Frankreichs siehe in Bd. XIII, Kap. LXXXIX, Anhang.

Diese Auffassung der europäischen Situation ist, wie ich alleruntertänigst hervorheben darf, für unsere hiesigen Interessen insofern keine günstige, als man hier danach bis jetzt keine Veranlassung sieht, der Freundschaft mit uns besondere Opfer zu bringen[2]*. Der Wunsch, in guten Beziehungen mit Deutschland zu stehen, ist jetzt im hiesigen Publikum ziemlich allgemein verbreitet und wird nach meinen Ermittelungen auch von den meisten Mitgliedern des Kabinetts geteilt. Aber die Einsicht, daß England dafür auch entsprechende Opfer bringen muß, wird sich voraussichtlich erst Bahn brechen, wenn schwierige Verhältnisse kommen[4] und England sich davon überzeugen muß, daß es auf die Freundschaft Deutschlands angewiesen ist.

An einen sofortigen Ausbruch des Krieges in Südafrika ist, wenn die Transvaalrepublik nicht die Initiative ergreift, schwerlich zu denken. Nach allen mir zugehenden Nachrichten, die auch durch die Berichte des Hauptmanns Freiherrn von Lüttwitz bestätigt werden, sind hier zwar alle Maßregeln für den Krieg vorbereitet, aber die Ausführung derselben wird, wenn sie erst befohlen wird, unzweifelhaft längere Zeit in Anspruch nehmen. Die jetzt in Südafrika vorhandenen Streitkräfte sind vollständig ungenügend, um einen Angriff zu unternehmen, und der Fall scheint durchaus nicht ausgeschlossen, daß ein Angriff unter solchen Umständen zu einer ernsten Niederlage führen könnte. Es ist also anzunehmen, daß die Verhandlungen inzwischen fortgesetzt werden, und im Interesse der Transvaalrepublik wäre zu wünschen, daß Präsident Krüger sich über zwei Dinge nicht täuscht, einmal, daß die schließliche Unterwerfung der Republik bei den Machtmitteln Englands nur eine Frage der Zeit ist, dann aber und vor allem, daß die unausbleibliche Folge der Niederlage, wenn nicht die Annexion, so doch jedenfalls der vollständige Verlust jeder Unababhängigkeit sein würde.

Aus zuverlässiger Quelle weiß ich, daß Ihre Majestät die Königin Viktoria den sehnlichen Wunsch hegt, ihre lange Regierungszeit einstmals friedlich zu beendigen, ohne in einen europäischen Krieg verwickelt zu werden, und daß höchstdieselbe daher alles mit Sorge und Mißtrauen betrachtet, wovon sie glaubt befürchten zu müssen, daß England in einen Krieg mit Rußland und Frankreich verwickelt werden könnte. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß Lord Salisbury, welcher sich vorgestern zum Immediatvortrage in Osborne aufgehalten hat, Ihre Majestät bei dieser Gelegenheit darüber beruhigt und sich, wie mir gegenüber, in dem Sinne ausgesprochen hat, daß selbst im Falle eines Krieges mit dem Transvaal keine Einmischung Rußlands oder Frankreichs und daher kein Konflikt mit denselben zu befürchten ist.

Als Kuriosum darf ich alleruntertänigst erwähnen, daß in dieser

---

* Vgl. Bd. XIV, Kap. XCVI.

kritischen Zeit Mr. Chamberlain sich in Birmingham aufhält, während Lord Salisbury in Walmer Castle bei Dover lebt und nur selten auf ein paar Stunden in die Stadt kommt. Als er mir gestern eine Zusammenkunft bewilligte, wurde mir zur Pflicht gemacht, nicht davon zu sprechen, weil er den anderen fremden Vertretern Unterredungen abgeschlagen habe. Beim Abschiede sagte er mir selbst, daß er die ganze künftige Woche überhaupt nicht kommen werde und sich als beurlaubt betrachte. Meine Aufgabe, unsere Geschäfte mit ihm zu besprechen, wird dadurch wesentlich erschwert.

P. Hatzfeldt

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Gut 29 VIII 99. W.
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Die alte Englische skrupellose Interessen- und Rüpelpolitik
[2] richtig
[3] das ist um uns zu imponiren!
[4] es ist intressant, daß in seinem Vortrag über das Abbalanziren der Mächte gegeneinander der Premier Indien vergaß und Persien. Dort werden die Rußen — im Falle des Transvaalkrieges — doch fühlbar werden! Und dann fangen unsere Freundschaftsbezeugungen an im Markt hochzusteigen! Zumal in London

Nr. 4375

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Gesandten im Haag Freiherrn von den Brincken

Telegramm. Reinkonzept

Nr. 85 Berlin, den 29. August 1899
Geheim

Graf Hatzfeldt schreibt in einem Privatbriefe von vorgestern abend*:

„An Krieg glaube ich auch heute noch nicht, wenn man in Pretoria nicht verrückt geworden ist. Salisbury wünscht den Krieg gewiß nicht, wenn er ihn vermeiden kann, wird aber mit fortgerissen werden, wenn Krüger darauf besteht, daß hier auf Suzeränität ausdrücklich verzichtet wird. Damit tut er Chamberlain den größten Gefallen, während der letztere in den Straßengraben fällt, wenn Krüger darauf verzichtet. Die Buren sollten sich damit begnügen, daß die bestehenden Verträge stillschweigend in Wirksamkeit bleiben, etwa mit der Maßgabe, daß eintretende Meinungsverschiedenheiten durch ein juristisches Schiedsgericht entschieden werden sollen. Heute liegen

---

* Ein solcher Brief Hatzfeldts ist nicht bei den Akten.

die Chancen so, daß der Transvaal jedenfalls unterliegen und dann alles verlieren würde.“

Bitte diese Mitteilung unverzüglich zur Kenntnis des Herrn de Beaufort zu bringen, mit dem Anheimstellen, den Inhalt — jedoch ohne Kompromittierung des Grafen Hatzfeldt — nach Pretoria zu verwerten.

B ü l o w

Nr. 4376

Der Gesandte im Haag Freiherr von den Brincken an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 119 Haag, den 30. August 1899

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 85 vom 29. August*.

Minister de Beaufort bittet mich, dem Herrn Staatssekretär Grafen von Bülow für die wegen Transvaal gemachte geheime Mitteilung verbindlichst zu danken, die ohne Verzug nach Pretoria entsprechend von hier aus verwertet werden wird.

B r i n c k e n

Nr. 4377

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Gesandten im Haag Freiherrn von den Brincken

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 86 Berlin, den 31. August 1899

Graf Hatzfeldt telegraphiert**:

„Mein Gewährsmann nimmt an, daß die englische Antwort Anfang nächster Woche von hier abgehen, und daß die englische Regierung darin den verlangten Verzicht auf die Suzeränität entschieden zurückweisen werde. Es wird ferner angenommen, daß die Transvaalregierung dann ihrerseits mit einer Rückäußerung nicht zögern, und daß sich Ende nächster Woche ziemlich klar werde übersehen lassen, ob es zum Krieg kommen müsse oder nicht. Der Transvaal freundliche Kapminister Schreiner wird im Kriegsfall sofort abgesetzt werden.

---

* Siehe Nr. 4375.

** Das Telegramm Graf Hatzfeldts ist vom 30. August (Nr. 242). Der darin genannte Gewährsmann war Alfred von Rothschild.

Außerdem besitzt Sir Alfred Milner die Berechtigung, die Kammer aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben, die unter dem Druck der Verhältnisse unzweifelhaft eine starke Majorität für die englische Gegenpartei ergeben würden.

In der City soll heute wieder eine etwas zuversichtliche Stimmung bestehen. Während aber dort bisher der Wunsch nach Frieden entschieden vorherrschte, verlangen die Geschäftsleute jetzt vor allem eine baldige Lösung nach irgendeiner Seite."

Bitte Inhalt dieser Meldung sofort Herrn de Beaufort mitzuteilen, mit dem Hinzufügen, daß auch abgesehen von dieser aus sehr guter Quelle stammenden Nachricht wir den Krieg für unvermeidlich halten, falls Präsident Krüger nicht schleunigst erklärt, daß ihm die Absicht fern liege, den bisherigen Rechtszustand zwischen England und Transvaal zu modifizieren.

Bülow

Nr. 4378

Der Gesandte im Haag Freiherr von den Brincken an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 123 Haag, den 1. September 1899

Minister de Beaufort hat mit Interesse und Dank Mitteilung des Inhalts von Telegramm Nr. 86 vom 31. August* entgegengenommen, der von ihm entsprechend verwertet werden wird.

Brincken

Nr. 4379

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 254 London, den 8. September 1899

Das Ergebnis des heutigen Ministerrats** wird sehr geheim gehalten. Aus heutigen Äußerungen Lord Salisburys habe ich den Ein-

---

* Siehe Nr. 4377.

** In dem Ministerrat vom 8. September war neben der Antwort auf die Note der Transvaalregierung vom 2. September, die am 9. in ablehnendem, die Dinge

druck, daß er Hoffnung auf friedliche Beilegung noch nicht ganz aufgegeben hat. Er gab mir bereitwillig zu, daß noch kein Schiff für Truppentransporte gemietet sei, und daß Einrichtung der Transportschiffe eventuell noch einige Zeit in Anspruch nehmen würde.

Mein Eindruck ist vorläufig, daß man hier eine in der Form energische Antwort an die Transvaalregierung richten und, um die Pression zu verstärken, einige tausend Mann nach Südafrika expedieren wird, ohne jedoch weitere Verhandlungen vollständig abzubrechen.

In bezug auf die Stimmung der Königin sagte mir Lord Salisbury ganz vertraulich, Ihre Majestät wünsche zwar lebhaft, ihre Regierung friedlich zu beschließen, habe aber die Niederlage von Majuba* noch keineswegs vergessen und überwunden.

Aus guter Quelle höre ich, daß Mr. Rhodes in einem Telegramm an einen seiner hiesigen politischen Freunde heute die Überzeugung ausgesprochen hat, daß die Transvaalregierung schließlich nachgeben werde.

Hatzfeldt

Nr. 4380

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Magdeburg

Telegramm. Entzifferung

Nr. 123 Berlin, den 13. September 1899

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Botschafter in London telegraphiert:

„Bezüglich Situation Transvaal sagte mir Lord Salisbury eben ganz vertraulich, er glaube auch heute noch nicht[1] an Krieg. In der letzten Note Chamberlains sei die Suzeränitätsfrage nicht gestellt worden**."

Richthofen

Randbemerkung Kaiser Wilhelm II.:

[1] Wozu dann alle Truppentransporte aus Indien?

---

weiter zuspitzendem Sinne erfolgte (vgl. Nr. 4374, Fußnote), vor allem die Frage der militärischen Vorbereitung auf den nachgerade mit voller Wahrscheinlichkeit vorauszusehenden Krieg erörtert worden; es wurde, wie Graf Hatzfeldt am 9. September telegraphisch (Nr. 257) melden konnte, die Entsendung weiterer 10 000 Mann, darunter 6000 Mann aus Indien, nach Südafrika beschlossen.

* 27. Februar 1881.

** Das war allerdings mit aller Deutlichkeit geschehen; siehe den Text der Note (vom 9. September) in: Das Staatsarchiv, Bd. 63, S. 327.

Nr. 4381

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 269 London, den 15. September 1899

Aus der City wird mir gemeldet, daß dort heute allgemein an Krieg geglaubt wird, und daß infolgedessen alle Werte an der Börse bedeutend gefallen sind. Bestimmte Gründe für diese Panik lassen sich nicht ermitteln, da Rothschild, den ich eben gesehen habe, noch keinerlei Nachricht über eine ablehnende Antwort der Transvaalregierung erhalten hat.

Hatzfeldt

Nr. 4382

*Der englische Staatssekretär der Kolonien Chamberlain, z. Z. in Birmingham, an den Legationsrat a. D. Freiherrn von Eckardstein, z. Z. in London**

Abschrift. Vom Botschafter in London Grafen Hatzfeldt mit Bericht Nr. 771 vom 15. September eingereicht

Birmingham, 14. September 1899

J am pretty sure to be in London next week and as soon as I know the time J will try to make an appointment to suit your convenience.

I shall be very glad to see you and to hear how things are going at Berlin.

The trouble with the Transvaal is really a good opportunity for showing some sympathy, and thereby removing all the remains of former irritation, and I am glad to see that the German preß generally is taking a very moderate line and is on the whole not unfavourable.

Trusting of seeing you in a few days, I am . . . .

(signed) J. Chamberlain

---

* Vgl. dazu: Lebenserinnerungen und Politische Denkwürdigkeiten von Hermann Freiherrn von Eckardstein II, 35, wo auch das Schreiben Chamberlains in deutscher Übersetzung aufgenommen ist.

Nr. 4383

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 272 London, den 20. September 1899

In vertraulicher Unterhaltung mit Freiherrn von Eckardstein hat Herr Chamberlain heute Ausbruch des Krieges mit Transvaal, nachdem der letztere jeden friedlichen Ausgleich unmöglich gemacht, als unvermeidlich bezeichnet. Selbstverständlich müsse England jetzt stärkere Bedingungen stellen und von den Boeren Garantien verlangen, die er nicht näher bezeichnete. Er selbst glaube nicht, daß die vom nächsten Ministerrat festzustellenden neuen englischen Forderungen vom Transvaal angenommen werden würden. In bezug auf den Oranje-Freistaat zeigte Herr Chamberlain eine gewisse Besorgnis, daß derselbe sich noch im letzten Augenblick vom Transvaal zurückziehen und neutral bleiben könnte. Zur Erklärung dieser Auffassung fügte er hinzu, daß der Oranje-Freistaat in diesem Falle auch nach der Unterwerfung Transvaals noch als unabhängiger Keil in Englisch-Südafrika bestehen bleiben würde. Andererseits sei es strategisch wichtig, englische Truppen durch den Freistaat durchmarschieren zu lassen, was nicht geschehen könnte, wenn derselbe neutral bliebe. Schließlich bemerkte Herr Chamberlain, daß Einberufung des Parlaments vorläufig nicht notwendig sei, da die Regierung durch ihre Reservefonds genügende Mittel zur Einleitung des Krieges besitze. Herr Chamberlain erwähnte dabei, daß er in seiner Transvaalpolitik hier auf allen Seiten Schwierigkeiten gefunden habe, und ließ deutlich durchblicken, daß dies besonders bei Lord Salisbury gewesen sei.

Hatzfeldt

Nr. 4384

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Semmering, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 137 Semmering, den 20. September 1899

pp. Gegenüber der Transvaalkrisis sollte unsere Presse sich einer ruhigen, sachlichen und kühlen Sprache befleißigen. Wenn die ausgesprochen offiziösen Organe sorgfältig vermeiden müssen, durch auffällige Parteinahme für England oder gehässige Ausfälle gegen die Boeren die Gefühle weiter deutscher Kreise zu verletzen, so steht

andererseits zu wünschen, daß bei einem Krieg zwischen England und Transvaal die deutsche Presse nicht in den während des amerikanisch-spanischen Krieges begangenen Fehler verfalle, sich von vornherein und in unnötig lärmender Weise auf die Seite des Schwächeren zu stellen. Überall ist hervorzuheben, daß, wo Frankreich, Rußland, Italien und Österreich nicht daran denken, sich wegen südafrikanischer Fragen mit England zu verfeinden, Deutschland nicht allein dort sich avancieren und engagieren kann*. pp.

Bülow

Nr. 4385

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Semmering, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 155 Semmering, den 25. September 1899
Vertraulich

Von Seiner Majestät dem Kaiser und König erhalte ich aus Skabersjö das nachstehende Telegramm:

„Ich habe soeben einen Privatbrief Ihrer Majestät der Königin von England erhalten, in dem sie in liebenswürdigster Weise die Kaiserin sowohl wie Euere Exzellenz einladet, mich nach England zu begleiten**. Sie erwähnt dabei ausdrücklich, daß es ein großer Wunsch von ihr wäre, Euere Exzellenz persönlich kennen zu lernen, und daß es ihr außerordentlich wichtig erscheine, daß Sie persönlich mit Lord Salisbury zusammenkommen und die politische Lage mit ihm persönlich besprechen. Der Brief ist auffallend warm, berührt verschiedene Punkte auf dem Gebiet der Familie und endigt mit einem scharfen Hieb auf Frankreich mit Bezug auf die Dreyfusaffäre***. Am Schlusse dieses Satzes äußert Ihre Majestät die Ansicht, daß die gänzliche Ignorierung meiner Mitteilung im „Reichsanzeiger" seitens der Herren zu Rennes eine kolossale Unverschämtheit Frankreichs

---

* Am 21. September übersandte Graf Bülow dem Auswärtigen Amt telegraphisch (Nr. 140) die weitere Direktive: „Angesichts der sich immer mehr zuspitzenden Transvaalkrisis dürfen wir nicht den Anschein erwecken, als ob wir die (effektive oder vermeintliche) Zwangslage der Engländer für uns ausnutzen wollten. In Wirklichkeit würde es uns aber als Mangel an diplomatischem Geschick ausgelegt werden, wenn wir nicht mancherlei zwischen uns und England schwebende Angelegenheiten — und vor allem die Samoafrage! — jetzt zu einem befriedigenden Abschluß brächten." Vgl. dagegen Bd. XIV, Kap. XCVI, Nr. 4091.

** Über die Vorgeschichte des Kaiserbesuchs in England vgl. Bd. XIV, Kap. XCVI, Nr. 4074 ff.

*** Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXIX, Anhang.

gegen mich wäre. Dieser Brief spricht meiner Ansicht nach Bände, und dürfte im Hinblick auf Transvaal unser sich stets besserndes Verhältnis zu Frankreich dem „Franzosen" Lord Salisbury unheimlich geworden sein. Um so teurer können wir uns abschätzen, wenn die Engländer was von uns wollen."

Bülow

Nr. 4386

*Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 293 London, den 30. September 1899

Der heutige „Standard" bringt eine Nachricht aus Paris, wonach dortige halbamtliche Zeitungen ein Telegramm aus London veröffentlichen und als inspiriert betrachten, daß die englische Regierung wegen unserer Haltung in der Transvaalfrage besorgt sei.

Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht, daß Herr Chamberlain in vertraulicher Unterhaltung dem Freiherrn von Eckardstein folgendes gesagt hat: Die englische Regierung wisse genau, daß unsere Haltung England gegenüber eine durchaus korrekte sei; aber im großen Publikum sei dies nicht bekannt, und im Gegenteil sei die Annahme vielfach verbreitet, daß die Stimmung und Haltung bei uns eine unfreundliche sei. Herr Chamberlain deutete gleichzeitig an, ob es nicht möglich und an der Zeit sei, durch ein öffentliches Zeichen unserer Sympathie mit England in dieser Krisis die hiesige öffentliche Meinung über unsere Haltung aufzuklären und zu beruhigen.

Ich beabsichtige, Herrn Chamberlain bei nächster Gelegenheit durch den Freiherrn von Eckardstein sagen zu lassen, daß es zunächst Sache der englischen Regierung sei, das hiesige Publikum in der Presse über den ihr wohlbekannten wahren Sachverhalt aufzuklären. Außerdem fühlte ich mich nicht berechtigt, bei der Kaiserlichen Regierung äußerliche Zeichen der Sympathie zu befürworten, solange dem Abschluß des Abkommens über die Samoafrage, welche allein vertrauensvollen Beziehungen zwischen uns im Wege stehe, hier noch immer so große Schwierigkeiten entgegengesetzt würden.

Hatzfeldt

---

* Bereits in Bd. XIV, Kap. XCVI, Nr. 4097, abgedruckt, hier wiederholt des Zusammenhangs halber. Das Telegramm wurde vom Auswärtigen Amt mittels Telegramm Nr. 105 dem Staatssekretär Grafen Bülow übersandt.

Nr. 4387

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Semmering, an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 169 Semmering, den 2. Oktober 1899

Unter Bezugnahme auf dortseitiges Telegramm Nr. 105**.

Es dürfte nur nützlich wirken, wenn Graf Hatzfeldt in der von ihm vorgeschlagenen Form durch Freiherrn von Eckardstein freundschaftlich die letzte von Mr. Chamberlain hinsichtlich unserer Stellung zur jetzigen Transvaalkrisis gemachte Andeutung beantworten würde. Unsere Haltung gegenüber der südafrikanischen Krisis ist eine streng neutrale und absolut loyale. Verglichen mit derjenigen der Franzosen und Russen kann dieselbe sogar als eine für England bemerkenswert freundliche bezeichnet werden. Eine solche Haltung einzunehmen war nach den Samoawirren des Frühjahrs für die Kaiserliche Regierung außerordentlich schwierig. Diese Linie zu überschreiten, ist für uns unmöglich, solange nicht die Samoafrage in einer für unsere öffentliche Meinung annehmbaren Weise geregelt ist. Eine deutsche Regierung, welche ohne greifbare und ausreichende englische Gegenkonzessionen sich zu einer derartigen Nachgiebigkeit bereit finden ließe, würde weder von der deutschen öffentlichen Meinung ertragen noch von Seiner Majestät gehalten werden. Le dindon de la farce können wir nicht spielen.

B ü l o w

Nr. 4388

Der englische Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles an den Stellvertretenden Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandten von Derenthall

Note. Ausfertigung

Berlin, October 3, 1899

I have the honour to inform Your Excellency that I have received telegraphic instructions from the Marquess of Salisbury to inquire whether the Imperial Government would allow the German Represen-

---

* Bereits an Bd. XIV, Kap. XCVI, Nr. 4098 abgedruckt; hier des Zusammenhangs halber wiederholt.

** Vgl. Nr. 4386, Fußnote *.

tative at Pretoria to take charge of British interests in the event of its being found necessary to withdraw the British Agent in consequence of a hostile movement directed against British territory by the Boers.

I have to request Your Exzellency to be so good as to inform me your earliest convenience as to what answer I may return to Her Majesty's Government.

Frank C. Lascelles

Nr. 4389

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Derenthall

Eigenhändig

Berlin, den 8. Oktober 1899

Der englische Botschafter besuchte mich gestern, um betreffs unserer Entschließung wegen Wahrnehmung der englischen Interessen in Transvaal im Kriegsfalle anzufragen.

Ich habe ihm in freundlicher Form erwidert, es sei uns zu unserm Bedauern unmöglich, dem Wunsche seiner Regierung zu entsprechen, da unser erst kürzlich ernannter Vertreter in Pretoria, ein einfacher Konsul, einer solchen Aufgabe nicht gewachsen sein würde*.

Sir Frank Lascelles zeigte zwar eine ernste Miene, aber keinerlei Empfindlichkeit, ließ vielmehr durchblicken, daß er nach unserm mehrtägigen Zögern auf eine ablehnende Antwort vorbereitet gewesen sei.

v. Derenthall

---

* Über die tieferen Gründe der deutschen Ablehnung, die in Englands schroffer Haltung in der Samoafrage lagen, vgl. das Telegramm an Graf Hatzfeldt Nr. 255 vom 8. Oktober 1899, Bd. XIV, Kap. XCVI, Nr. 4103. Es hieß darin u. a.: „Nach Lage der Sache denke ich, daß weder Ew. pp. noch ich besondere Mühe haben werden, unsern Zuhörern das grelle Mißverhältnis begreiflich zu machen, welches zwischen den so weitgehenden Ansprüchen von Lord Salisbury an unsere freundschaftliche Unterstützung — denn eine solche und keine bloße Formalität wäre natürlich die Vertretung britischer Interessen in Transvaal gewesen — und seiner demonstrativ unfreundlichen Behandlung aller Deutschland interessierenden Fragen sich bemerklich macht. Selbst eine starke Regierung wie die deutsche muß vermeiden, die öffentliche Meinung im eigenen Lande zu einer so berechtigten Kritik herauszufordern, wie die sein würde, daß Deutschland dadurch, daß es auf Akte der Mißachtung, wie solche im Laufe der Samoafrage wiederholt vorgekommen sind, mit Freundlichkeiten quittiert, seine Lage nicht nur England, sondern auch den übrigen zuschauenden Mächten gegenüber naturgemäß verschlechtert."

Nr. 4390

*Der Geschäftsträger in Washington Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 222 Washington, den 12. Oktober 1899

Antwort auf Telegramm Nr. 152, im Anschluß an Telegramm Nr. 220**.

Nach dem, was mir der englische Geschäftsträger*** gestern über Aufnahme seiner Sondierung durch Stellvertretenden Staatssekretär † gesagt hat, und auch nach meinen sonstigen Beobachtungen wird der formelle Antrag wegen Wahrnehmung der englischen Interessen in Transvaal durch die Vereinigten Staaten hier keinerlei Schwierigkeiten begegnen, da amerikanische Regierung sich für wohlwollende Haltung Englands im letzten Kriege und für Wahrnehmung der amerikanischen Interessen während desselben revanchieren möchte.

Mr. Tower und Stellvertretender Staatssekretär sind heute zur Eröffnung des Handelskongresses in Philadelphia. Daher ist hier nicht festzustellen, ob der vom Geschäftsträger für heute erwartete formelle Auftrag wegen Interessenwahrnehmung eingegangen und gestellt ist.

Mumm

Nr. 4391

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 309 London, den 9. Oktober 1899

Herr Chamberlain hat mir durch Freiherrn von Eckardstein eben sagen lassen, ich könne den Krieg mit Transvaal als unbedingt sicher

---

* Hier eingereiht, des Zusammenhangs halber.

** Durch Telegramm Nr. 152 vom 12. Oktober hatte Graf Bülow den Geschäftsträger in Washington um umgehende Aufklärung darüber gebeten, ob der nach der deutschen Ablehnung zu erwartende englische Antrag an die amerikanische Regierung auf Wahrnehmung der englischen Interessen in Transvaal auf Schwierigkeiten stoße. Mit diesem Telegramm hatte sich ein Telegramm des Geschäftsträgers vom gleichen Tage (Nr. 220) gekreuzt, wonach der englische Geschäftsträger sich, wenn auch noch kein offizieller Antrag gestellt sei, der Bereitwilligkeit der amerikanischen Regierung, den diplomatischen Schutz der Engländer in Transvaal im Kriegsfall zu übernehmen, vergewissert hatte. Tatsächlich übernahmen dann die Vereinigten Staaten denselben.

*** R. T. Tower.

† D. I. Hill.

betrachten. Ebenso fest stehe, daß die englischen Truppen unter allen Umständen bis nach Pretoria und Johannesburg gehen würden *.

Aus der ganzen durchaus zuversichtlichen Sprache Chamberlains hierüber hat Freiherr von Eckardstein den Eindruck gehabt, daß derselbe sich jetzt vollständig sicher fühlt, daß er die Majorität des Kabinetts hinter sich hat, und daß er daher in seiner Transvaalpolitik auf die etwaigen Bedenken und Einwendungen Lord Salisburys keine weitere Rücksicht zu nehmen braucht.

Hatzfeldt

Nr. 4392

Der Gesandte in Lissabon Graf von Tattenbach, z. Z. in Monte Estoril, an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe **

Ausfertigung

Nr. 195 Monte Estoril, den 9. Oktober 1899

Mein englischer Kollege *** läßt mich seit der Angelegenheit der Waffendurchfuhr † eine Zurückhaltung fühlen, die mir zu überwinden bisher nicht gelungen ist. Als ich ihn heute besuchte und das Gespräch auf die Ereignisse in Südafrika lenkte, machte er seinen Gefühlen mit der Bemerkung, „er müsse sich einmal aussprechen",

---

* Tatsächlich hatte sich der weitere Notenwechsel zwischen der englischen und der Transvaalregierung immer weiter verschärft, bis am 10. Oktober von dieser ein Ultimatum an England gerichtet wurde, das am 13. schroffe Ablehnung fand. In Verfolg der Erklärung der Transvaalregierung, neue englische Truppenbewegungen nach der Grenze von Transvaal als formelle Kriegserklärung von seiten Englands anzusehen, rückten am 11. Oktober Truppen beider Burenrepubliken in Natal ein. Damit war der Kriegszustand eingetreten.

** Hier aufgenommen gerade auch mit Rücksicht auf die außerordentlich charakteristischen Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II., welche dartun, wie sehr er sich in seinen Gefühlsäußerungen gehen ließ, ohne doch seinen innersten Gefühlen eine praktische Folge zu geben. Trotz seiner ausgesprochenen Verurteilung der englischen Kriegspolitik, die ihn wünschen ließ, daß die Engländer „ordentlich in die Patsche kommen würden", hat der Kaiser während der ganzen Transvaalkrise im Einklang mit den offiziellen Leitern der deutschen Politik streng alles vermieden, was der englischen Regierung hätte Verlegenheit bereiten können. Vgl. dazu Nr. 4394.

*** Sir Hugh Mac Donell.

† Im Sommer 1899 hatte Portugal auf englische Veranlassung Anstalten gemacht, die Durchfuhr von Waffen über Laurenzo Marquez nach Transvaal zu unterbinden. Als auch ein deutscher Transport mit 400 Kisten Patronenhülsen der Beschlagnahme verfiel, erklärte Deutschland, daß es Portugal für allen Schaden, der deutschen Untertanen gegen das Völkerrecht zugefügt werde, haftbar machen werde, worauf die Freigabe der Durchfuhr erfolgte. Der deutsche Gesandte Graf von Tattenbach hatte deswegen mit seinem englischen Kollegen am 23. August eine Auseinandersetzung.

in leidenschaftlichen Worten Luft. Ganz Europa intrigiere gegen England [1] und stecke seine Stecken in die Räder; von allen Seiten, selbst von Monarchen, würden Einflüsse geltend gemacht, um auf die Königin und auf Lord Salisbury einzuwirken und das „ungerechte Blutvergießen“ zu vermeiden [2]. Aus Menschlichkeit geschehe dies nicht, sondern aus Haß gegen England. Daß die französische Presse von den Engländern nicht anders als von Räubern, Dieben und Usurpatoren spreche, könne man nach Faschoda nicht anders erwarten. Was Rußland sage, das keinen Zoll breit Landes und keinen einzigen Untertanen in Afrika habe, sei egal und lasse England vollständig gleichgültig. Leider sei es aber in erster Linie die deutsche Presse, die die schärfste Sprache gegen England führe und die Buren ermutige, und doch hätte es in Deutschland nur eines Machtwortes von oben bedurft [3], um alles zum Schweigen zu bringen. Wenn England jetzt nachgeben werde — was er leider befürchten müsse —, so geschehe es, damit Europa nicht an vier Ecken in Flammen aufgehe. Es würde aber dann die entsprechenden Konsequenzen ziehen und sein Verhalten danach einrichten. Verhaßt sei England nun einmal, das habe es bei dieser Gelegenheit gründlich erfahren — es werde sich auf sich selbst zurückziehen und nur mehr sein eigenstes Interesse im Auge haben [4]. Ganz Europa werde aber dann den Schaden davon haben. England sei es gleichgültig, selbst wenn ganz Europa sich gegen es verbünde. Sir Hugh machte dann einen heftigen Ausfall auf Lord Salisbury und sagte, es gäbe nur zwei Menschen in England, die etwas von Afrika verständen, Chamberlain und Milner. England habe mit Deutschland das Abkommen in betreff der portugiesischen Besitzungen geschlossen *. Was habe es davon gehabt? Eine deutsche Legion ** stehe in Transvaal zum Kampf gegen England bereit [5], und wenn England jetzt den Buren nachgebe, so würden die Deutschen eine bevorzugte Stellung in Transvaal [6] haben, und die Engländer würden dort schlecht behandelt.

Ich erwiderte Sir Hugh, daß wir eine Menge verabschiedeter und außer Dienst befindlicher Offiziere hätten, die stets bereit wären, einen Krieg mitzumachen, wo immer ein solcher ausbräche, und die wir nicht an die Kette legen könnten. Ich erzählte ihm den Inhalt eines von mir selbst entworfenen, im Jahre 1884 vom Fürsten Bismarck an Euere Durchlaucht als damaligen Botschafter in Paris gerichteten Erlasses betreffs des Eintritts deutscher Offiziere in chinesische Kriegsdienste. Bezüglich des deutsch-englischen Abkommens sagte ich ihm lächelnd, daß er (Sir Hugh) jedenfalls seine Hand zur Ausführung desselben nicht geboten habe. „Was hätten wir davon gehabt,“ rief Sir Hugh, „wenn wir durch Drohen und Brüskieren die

* Vgl. Bd. XIV, Kap. XCII.

** Gemeint ist das Freikorps des Oberst Schiel, das sich indessen keinerlei Begünstigung von seiten der deutschen Regierung erfreute.

Portugiesen zur Annahme unserer Anerbietungen gezwungen hätten. Wir hätten sie zu Feinden Englands gemacht und den Buren in die Arme getrieben, wobei sie dann Mozambique an die Buren verloren hätten[7]. Wir hätten das Geschäft mit den Portugiesen allein machen können und sollen, und dies wäre das richtige gewesen!“ Ich konnte nicht umhin, die Bemerkung zu machen, daß dazu ja schon wieder seit einigen Monaten der Anfang gemacht worden sei, worauf Sir Hugh entgegnete, das sei nicht der Fall; die Portugiesen hätten sich vor den englischen Gläubigern „prosterniert“, die Regierung habe damit nichts zu schaffen[8].

Ich bemerkte Sir Hugh auch, daß er wohl keinen, auch nicht den geringsten Anhaltspunkt finden könne, um zu sagen, daß die Haltung der Kaiserlichen Regierung nicht vollständig korrekt sei. Die öffentliche Meinung könnten wir nicht machen und der Presse könnten wir auch den Mund nicht stopfen. Was aber die letztere anbelange, so hätte ich mich geradezu gewundert, welcher Umschlag seit dem Jameson raid zu bemerken sei. Die gesamte deutsche Presse habe den Buren keinen Zweifel gelassen, daß sie von uns nichts zu erwarten hätten. Übrigens könne ich ihn auf die englische Presse verweisen und zitierte ihm einige Beispiele, worauf Sir Hugh meinte, das seien nur Blätter, die von Mr. Morley * und einigen seiner Gesinnungsgenossen geleitet wären, die an die Regierung kommen wollten. Ich sagte ihm auch, daß die Behandlung der Samoaangelegenheit nicht dazu beigetragen habe[9], die Sympathien der deutschen Bevölkerung für England zu erhöhen, worauf Sir Hugh erwiderte, daß dies sehr übertrieben worden sei; im Grunde hätten die Amerikaner die Karten gemischt[10], um sich zu revanchieren, und schließlich wären doch wir die Schlauen gewesen und seien mit den Karolinen abgegangen. Er leugne auch nicht, daß es in England Leute gebe, die verräterisch handeln, und gebe ausdrücklich zu, daß die Bewaffnung der Buren, die sie seit drei Jahren ganz systematisch betrieben hätten, großenteils durch Engländer geliefert worden sei. England sei dumm genug gewesen, dies nicht zu beachten und rechtzeitig Gegenmaßregeln zu treffen durch entsprechende Truppensendungen nach dem Kap. Jetzt sei England in der fatalen Lage, daß es militärisch nicht fertig sei[11].

Als ich — wie oben erwähnt — von der korrekten Haltung der Kaiserlichen Regierung während des ganzen Verlaufs der Krisis sprach, sagte Sir Hugh, dies sei richtig — aber Leyds habe sich während der ganzen Krisis nur deplaciert, um nach Berlin zu reisen — man wisse nicht, was hinter den Kulissen geschehen sei[12]. Diese Bemerkung wäre für eine scharfe Entgegnung geeignet gewesen, angesichts der Erregung Sir Hugh Mac Donells und im Hinblick auf

* John Morley, bekannter liberaler englischer Politiker, später Staatssekretär für Indien und Lordpräsident.

unsere guten persönlichen Beziehungen, an deren Aufrechterhaltung mir viel liegt, habe ich mich darauf beschränkt, ihm zu sagen, daß man immer gern die Schuld auf andere schiebt[13], wenn man sich in eine unangenehme Lage gebracht hat. Ich habe ihm auch im Laufe des Gesprächs gesagt, daß er auch zu denjenigen gehöre, die glauben, daß England in Südafrika alles allein machen, alles für sich behalten könne. Das sei nun einmal nicht der Fall, gemeinsam könnten wir dort alles machen.

Aus den leidenschaftlichen Ausführungen meines englischen Kollegen kann ich nicht anders als den Schluß ziehen, daß der englischen Regierung die Sache über den Kopf gewachsen ist[14], daß sie angesichts des Zusammentritts des Parlaments* ihrer Sache nicht mehr sicher und nicht gewillt ist, bis dahin den entscheidenden Schritt zu tun. Mac Donells Erregung ist leicht zu erklären, denn er sieht, daß durch das Nachgeben Englands, das er nach seinen Äußerungen für sicher hält, das Prestige dieser Macht nicht nur in Südafrika, sondern auch in Portugal stark leiden wird, und er ist auch gescheit genug, um einzusehen, daß er mit der Nichtausführung des deutsch-englischen Abkommens, wozu er so viel beigetragen hat, auf dem Holzweg war[13]. Mr. Chamberlain hat bei Abschluß des deutsch-englischen Abkommens die Niederwerfung der Buren schon fest im Auge gehabt und in richtiger Beurteilung der Machtfaktoren die Freundschaft Deutschlands nicht bloß hoch angeschlagen, sondern geradezu für nötig gehalten und in diesem Sinne in dem Abkommen uns große Konzessionen gemacht. Kurz darauf muß aber im Londoner Kabinett die Ansicht Oberwasser gefunden haben, daß England die Sache allein machen könne, und daß die alte traditionelle Allianz[13] mit Portugal für die Durchführung der englischen Pläne in Südafrika vollauf genüge[15]. Sir Hugh, der damals in London war, hat seinerseits das möglichste getan, um dieser Anschauung zum Siege zu verhelfen, und hat zur Ausführung derselben gern und mit Geschick seine Hand geboten. Einen Dienst hat er damit England nicht erwiesen.

Tattenbach

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Alle Wetter das ist überraschend!
[2] aber die Friedensconferenz!? Pauncefote?!
[3] man kann manches von „Oben" machen, nicht aber das Rechtsgefühl des Deutschen zum Schweigen bringen! Gott sei Dank!
[4] wo hat es bis[her] dieses nicht im Auge gehabt??
[5] mit ihr im Bunde eine Englische!**
[6] darüber kann es sich doch eigentlich nicht wundern!?
[7] Unsinn! und das hätte England ihnen nicht sofort abgenommen??
[8] ?

---

* Er erfolgte am 17. Oktober.
** Es handelt sich wohl um ein aus irischen Einwohnern von Pretoria gebildetes Freikorps.

[9] gut
[10] nein! Mein lieber Sir Hugh! diesmal ist das gelogen!
[11] aha!
[12] unglaubliche Frechheit!
[13] richtig
[14] ja
[15] Da bekam der „Blaue Affe“ * das Großkreuz des „Royal Victorian Order“, den mein Schwager eben bekommen hat, der ein reiner Familienorden ist! Ich soulignirte das Auffallende dieser Verleihung mit einem deutlichen Hinweis auf den wahrscheinlichen Grund damals an den Portug[iesischen] Gesandten, der leichenblaß vor Schreck kaum Worte fand, um es abzuleugnen.

Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr gut und richtig geurtheilt.
Sir Hugh ist ein irraszibler heftiger Schotte. Aber so wie er denkt so denken viele, ja die meisten Jingoes in England. Es liegt in seinen Anklagen gegen uns etwas vom Wolf und Schaf beim Trinken am Bach. Jetzt kommt die Kehrseite der „Glorious isolation“ zum Durchbruch. Außerdem ist das Gefühl wach geworden, daß man durch permanentes Rüpeln und Schubsen alle andren Mächte tüchtig vor den Kopf gestoßen hat, und diese sich nun alle freuen, daß der Rüpel nun an den Rechten kam. Er fühlt daß wir fortdauernd schlecht behandelt uns doch nicht haben fortreißen lassen, und so sind wir im stillen Dulden ein steter Vorwurf für ihn. Es zeigt sich jetzt jedenfalls, daß „we've got the ships, we've got the men, we've got the money too“ von jubilees Zeiten 1897 ja sehr großartig klingt **, zumal von der Bühne — unter Entfaltung des „Unionjack“ —, von welcher kurz zuvor im Winter der Deutsche Kaiser mit spottliedern unter wüsten Beifallstürmen bedeckt wurde, daß es aber in die Praxis umgesetzt, doch seine Schwierigkeiten hat und jedenfalls sehr viel von dem Letzten kosten wird! Da liegt der Hase! Das Spiel wird zu theuer! Das ist John Bull nicht gewohnt! Das Risiko ist mit einem Male gewachsen! „Und das ärgert unsren Alten“! Mögen sie ordentlich in die Patsche kommen, und Indien, Asien und Abessinien mit in den Tanz eingreifen!

Nr. 4393

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Geschäftsträger in Brüssel Rücker-Jenisch

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 76 Berlin, den 16. Oktober 1899

Antwort auf Telegramm 50.

Bitte in unauffälliger Weise die Reise des Herrn Leyds tunlichst zu verhindern, da ich ihn nicht würde empfangen können. Empfang

* Gemeint ist wohl der Marquis von Soveral, der nach Abschluß des deutsch-englischen Vertrags über die portugiesischen Kolonien jenen englischen Orden erhalten hatte.

** Vgl. den Brief Kaiser Wilhelms II. an den Zaren vom 30. Mai 1898 (Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914, S. 310), wo der gleiche Refrain zitiert war.

und Reise zusammen würden Anlaß zu falschen Auslegungen geben, welchen vorzubeugen im allgemeinen Interesse liegt*.

Bülow

Nr. 4394

Kaiser Wilhelm II. an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen von Bülow

Telegramm. Entzifferung

Nr. 9 Neues Palais, den 29. Oktober 1899

Im Laufe der gestrigen reizvollen Vorstellung der Madame Sans-Gêne hatte ich Gelegenheit, mit dem Marquis de Noailles, der neben mir in unserer Loge saß, einige Gedanken über Politik auszutauschen. Der Marquis äußerte sich sehr besorgt über die Weltlage und besonders ihrer zukünftigen Entwickelung unter Anspielung auf England im allgemeinen und Transvaal im besonderen. Die allgemeine Eroberung Afrikas mache ihnen Sorge, vor allem, wie es uns Mitbesitzenden dort ergehen werde, und ob nicht die betreffenden Nationen ein Interesse hätten, gegen diese Expansion eventuell Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen**. Ich erwiderte, wir erlebten die Neugründung eines

---

* Am 17. Oktober meldete Rücker-Jenisch, daß Leyds die Reise nach Berlin aufgegeben habe.

** Nach Georges Pagès (Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la Guerre I [1919], p. 293) wäre die erste Anregung zu einer deutsch-französischen Annäherung im Hinblick auf die englischen Transvaalschwierigkeiten von deutscher Seite aus erfolgt, indem Staatssekretär Graf Bülow am 18. Oktober, unmittelbar nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten in Südafrika, den französischen Botschafter Marquis de Noailles aufgesucht und ihm in bezug auf Afrika gesagt: „Vous voyez que nos intérêts y sont absolument les mêmes; sauf le petit triangle dont je ne puis, vous le savez, parler, il n'y a aucun point où nous ne puissions nous mettre d'accord. Le petit triangle, c'est l'arrangement avec l'Angleterre de l'été dernier." Über eine solche Unterredung zwischen Bülow und Noailles, die an sich nichts Unwahrscheinliches hätte, da die deutsche Politik allerdings ein Interesse daran hatte, durch den Schein eines „sich stets bessernden Verhältnisses zu Frankreich" (vgl. Nr. 4385) Englands Widerstand in der Samoafrage zu besiegen, enthalten die Akten des Auswärtigen Amtes nichts. Ebensowenig über eine zweite Unterredung zwischen Bülow und Noailles vom 6. November, wo nach Georges Pagès (a. a. O. S. 294), der französische Botschafter seinerseits den Grafen Bülow vor die Frage stellte, „s'il pourrait me donner un aperçu de la manière dont il envisage nos intérêts réciproques", während Bülow sich auf die Erwiderung beschränkt hätte, „que la question avait un intérêt considérable, qu'il demandait le temps d'y réfléchir et de l'étudier comme elle méritait de l'être". Die innere Wahrscheinlichkeit spricht jedenfalls dafür, daß in diesem Augenblicke, wo in Frankreich „Faschoda" noch nicht vergessen war, Deutschland aber mit allem Nachdruck eine Verständigung mit England wegen Samoas betrieb (vgl. Bd. XIV, Kap. XCVI), die „Ouverture" von französischer Seite ausging. Da-

zweiten großen Kolonialreiches wahrscheinlich an Stelle von Indien. Zu hindern sei das jetzt nicht mehr. Wenn die Engländer bei ihrem Geschäfte jetzt irgendwie gestört würden, würden sie durch eine leise Ellenbogenbewegung uns andere an der Peripherie Afrikas Sitzenden umgehend glatt ins Meer werfen, ohne daß wir das geringste dagegen machen könnten. Im Jahre 1896 wäre die englische Flotte unvorbereitet und um ein Drittel schwächer gewesen und durch mein Telegramm das Land völlig überrascht gewesen. Wenn damals alle Staaten sich an uns angeschlossen hätten, wäre etwas zu machen ge-

---

rauf lassen auch die in diesem Momente von neuem einsetzenden Insinuierungen des berüchtigten französischen Agent provocateur Jules Hansen schließen, der laut eines Telegramms an Graf Hatzfeldt vom 6. Oktober (Nr. 253) zunächst mit einer Sondierung bezüglich der Haltung Deutschlands in der Transvaalfrage begann, um kurz darauf anzufragen, ob er wohl vom Staatssekretär empfangen werden würde, da er etwas zu sagen habe hinsichtlich der südafrikanischen Krisis: eine Anfrage, die gegenüber der von Hansen ins Treffen geschickten Mittelsperson — es war der Berliner Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ Arthur von Huhn — mündlich ablehnend beantwortet wurde. Vgl. das Communiqué Holsteins für Freiherrn von Eckardstein von Mitte Oktober 1899 bei Eckardstein a. a. O. II, 61. Hansen, der nach Eckardstein (a. a. O. II, S. 44) trotzdem nach Berlin gekommen wäre, freilich ohne etwas auszurichten — die Akten enthalten nichts über einen Aufenthalt Hansens in Berlin — rächte sich, indem er bei der englischen Regierung zu insinuieren suchte, als habe die deutsche Regierung einen gegen England gerichteten Interventionsvorschlag gerichtet, welcher jedoch voller Entrüstung abgelehnt worden sei. Eckardstein a. a. O. II, S. 44, 83, 168, 169 f. Das Spiel Hansens wiederholte sich im Februar 1900, nachdem der tatsächliche Abschluß des Samoaabkommens zwischen Deutschland und England, der ausgerechnet während Graf Murawiews Anwesenheit in Potsdam am 8. November 1899 publik wurde, den Verhetzungen zwischen beiden Mächten für eine Weile ein Ziel gesetzt hatte; er blitzte aber von neuem gänzlich in Berlin ab. Vgl. Kap. CIII, Nr. 4496, 4497. — Der Befund der Akten bestätigt durchaus die spätere ausdrückliche Erklärung des Auswärtigen Amts vom 1. April 1900 (siehe Kap. CIII, Nr. 4497: „Die deutsche Regierung hat weder offiziell noch offiziös, etwa durch Mittelspersonen, versucht, Frankreich und Rußland zur Intervention im südafrikanischen Kriege zu bewegen.“ — Es bliebe darnach nur die Frage, ob der Kaiser sich in seinem obigen Gespräche mit Marquis de Noailles, auch wenn es auf die Betonung des Willens zur strengsten Neutralität hinauslief, nicht doch so mißverständlich geäußert hat, daß der Marquis den Wunsch eines gemeinsamen Zusammengehens mit Frankreich heraushörte. Jedenfalls sind die Äußerungen des Kaisers, vielleicht ebenfalls durch den Kanal von Hansen, grob entstellt nach London, Kopenhagen und Petersburg verbreitet worden, von wo ihre Resonanz in späteren Berichten nach Berlin zurückklingt; vgl. den Privatbrief Fürst Radolins vom 5. Februar 1900 in Kap. CIII, Nr. 4469. Übrigens soll der Kaiser auch nach einer Angabe Graf Murawiews zu dem Fürsten Radolin aus dem März 1900 dem Botschafter Grafen Osten-Sacken gegenüber Äußerungen getan haben, „die auf den Wunsch einer Intervention behufs Beilegung des Krieges hinzielten“. Siehe daselbst Nr. 4486. Der Kaiser hat allerdings die Behauptung Graf Murawiews für eine unverschämte Lüge erklärt.

wesen*. Sein Vorgänger Herbette, der „Richelieu" Frankreichs Hanotaux und Fürst Lobanow hätten uns hohnlachend den Rücken gedreht und alles gehofft von einem Zusammenstoß zwischen England und uns. Jetzt sei die Lage eine ganz andere, Englands Flotte jeder Koalition gewachsen, Deutschland so gut wie ohne Flotte. Ich sei also nicht in der Lage, aus der strengsten Neutralität herauszutreten, und müsse mir erst eine Flotte besorgen. Nach zwanzig Jahren, wenn dieselbe fertig sei, werde ich eine andere Sprache führen. In Kürze ausgedrückt, kann man für die jetzige Situation in bezug auf unsere Marineverhältnisse dieselbe Phrase anwenden, die mein seliger Vater einst auf einer Reise seinem Schwager, dem Großherzog von Hessen zurief, als letzterer in ein sehr kleines Toilettekabinett im Kölner Bahnhof, welches mein Vater gerade benutzte, einzutreten versuchte, wobei Papa ihm zurief: „Pas encore fertig". Die Andeutungen von Marquis de Noailles zeigen klar, daß Faschoda** noch wurmt und die Russen die Gallier an dieser Fontanelle noch ziepen, und dazu wollen die beiden uns als Vorspann benutzen***.

Wilhelm I. R.

Nr. 4395

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 469 St. Petersburg, den 30. Oktober 1899
Vertraulich

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Ereignisse in Südafrika die Gemüter hier in außerordentlichem Maße beschäftigen. In der Presse, wie in den Kreisen der Gesellschaft und in den Klubs werden die Chancen des Feldzugs mit Eifer besprochen, und dem Gefühle der Schadenfreude bei den jüngsten Schlappen der Engländer † und der Sympathie für Transvaal wird oft drastischer Ausdruck verliehen.

---

* Vgl. Bd. XI, Kap. LXIV.

** Vgl. Bd. XIV, Kap. XCIII.

*** Nach diesem Telegramm Wilhelms II. kann schlechterdings keine Rede davon sein, daß der Kaiser, wie Eugène Lautier im „Homme Libre" vom 9. Oktober 1922 unter Berufung auf Delcassé behauptet hat, dem Marquis de Noailles in der fraglichen Theatervorstellung unter heftigen Ausfällen gegen England gesagt habe: „Wir müssen uns verständigen. Wir müssen uns mit Ihnen gegen England verständigen. Das ist der Augenblick zum Handeln." — Im Gegenteil hat der Kaiser, wie nach seinem obigen Telegramm außer Zweifel steht, so pointiert wie nur möglich gesagt: Das ist nicht der Moment zum Handeln!

† Der Beginn des Mitte Oktober ausgebrochenen Burenkrieges hatte sich sehr ungünstig für die Engländer gestaltet; Ende Oktober bereits wurden die englischen Truppen nach mehreren Niederlagen unter General White in Ladysmith eingeschlossen.

Ich möchte hier einiges aus einer vertraulichen Unterhaltung wiedergeben, die ich kürzlich im Kaiserlichen Yachtklub mit einem Herrn hatte, der früher der russischen Diplomatie angehört hat, jetzt in unabhängiger Stellung sich befindet und durch seine Verbindungen in der Moskauer Geschäftswelt in der Lage ist, die in den national-russischen Kreisen herrschenden Ansichten und Stimmungen zu beurteilen. Vorausschicken will ich, daß mein Gewährsmann in seinen persönlichen Sympathien sehr nach Frankreich hinneigt und ein ausgesprochener Feind der Engländer ist.

Nach einigen Bemerkungen über den Anlaß des Krieges meinte mein Gewährsmann, die Erbitterung in Rußland sei um so größer, weil der Krieg unmittelbar nach der Haager Friedenskonferenz unternommen worden sei. „C'est un coup de pied donné à la Russie“ [1].

Gerade diese Seite der Sache empfinde man hier in Rußland besonders peinlich, und um so unbegreiflicher erscheine es, wie Kaiser Nikolaus seinem Bruder und Thronfolger* gerade im gegenwärtigen Augenblick habe erlauben können, nach England zu gehen. Dort gehe er Arm in Arm mit dem Prinzen von Wales herum und nehme Paraden über englische Truppen ab, während hier in Rußland jedermann die Engländer verwünscht! Was sollte denn das russische Volk sich dabei denken? Die jetzigen russischen Minister würden zwar für letzteren Satz nur ein spöttisches Lächeln haben, denn sie behaupteten ja, das Volk denke überhaupt nicht, es sei eine quantité négligeable. In dieser Annahme könnten sie sich aber gewaltig täuschen, denn das russische Publikum lese die Zeitungen vielleicht aufmerksamer als im Westen und mache sich seinen Vers danach. Man solle nur ja nicht vergessen, meinte mein Gewährsmann weiter, — und dieser Ausspruch war mir von besonderem Interesse, weil er eine Bestätigung meiner wiederholt geäußerten persönlichen Ansicht zur Sache enthält — daß das Rußland von heute ganz verschieden sei von dem Rußland Alexanders II. Die Regierung sei schwach geworden, dafür die öffentliche Meinung erstarkt. Einen leitenden Staatsmann gäbe es nicht; Graf Murawiew kenne infolge seines langen Aufenthalts im Auslande die inneren Verhältnisse wenig; außerdem sei er kein Staatsmann und kein Mann von Autorität [2]. Der Kaiser habe niemanden, auf den er sich verlassen könne. Baron Fredericks** sei zwar ein Ehrenmann, aber bekanntlich einer der schwächsten Köpfe in ganz Rußland. „C'est pourquoi à la Cour nous avons le régime de femmes [3], et je crains que les influences de Copenhague, de Windsor et surtout de Darmstadt ne nous jouent un mauvais tour.“ Diesen Einflüssen sei der Kaiser widerstandslos durch seine Gemahlin ausgesetzt. Sie beherrschten die Kaiserin um so mehr, als sie noch

---

* Großfürst Michael Alexandrowitsch.

** Minister des Kaiserlichen Hofes.

ebenso fremd dem Lande gegenüberstehe wie vor fünf Jahren. Noch neulich bei Gelegenheit des Empfanges bei Hofe zur silbernen Hochzeit des Großfürsten Wladimir habe er konstatiert, daß Ihre Majestät mit niemanden auch nur ein Wort gesprochen habe. Er fürchte, man gewöhne sich bei Hofe langsam daran, Familienrücksichten und Familieninteressen in den Vordergrund zu rücken, und verliere dabei den Blick für die politischen Interessen des Landes [3].

von Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Oui! et au Tsar
[2] gut
[3] richtig

Nr. 4396

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein London, den 15. November 1899

Es ist meine Pflicht, die hiesige Stimmung in maßgebenden Kreisen genau wiederzugeben, und ich muß es daher Ihnen wenigstens streng vertraulich sagen:

Nach meinen Nachrichten ist in der uns bisher sehr günstigen Stimmung in den höchsten Hofkreisen wieder ein Rückschlag eingetreten. Die Königin und der Prinz von Wales sind sehr pikiert, daß man sie solange ohne Nachrichten und ohne Antwort auf ihre Anfrage bezüglich Details des Besuchs gelassen hat*. Der Prinz von

---

* Über die Vorgeschichte des kaiserlichen Besuchs in England (20.—28. November) vgl. Bd. XIV, Kap. XCVI, Nr. 4074 ff. und Freiherr von Eckardstein, Lebenserinnerungen und Politische Denkwürdigkeiten II, 22 f., 79 ff. Letzterer hat jedoch die Schwierigkeiten, die der Prinz von Wales gegen das Mitkommen des Chefs des Marinekabinetts Admiral Freiherrn von Senden im Gefolge des Kaisers erhob, und die durch ein Schreiben des Admirals an den Botschafter Sir. Fr. Lascelles ihre Beilegung fanden, übertrieben. In Zweifel gestellt wurde der kaiserliche Besuch, der in diesem Augenblick für England eine große Bedeutung haben mußte, nur durch Englands Zögern, die Samoaangelegenheit zu einem für Deutschland befriedigenden Abschluß zu bringen. Unmittelbar nach der Erledigung der Samoafrage erhielt Graf Hatzfeldt am 12. November die telegraphische Mitteilung, daß der Besuch unter allen Umständen zu der vereinbarten Zeit stattfinden würde. Da der Besuch aber in der deutschen wie in der russischen und französischen Presse nicht eben günstig aufgenommen wurde, hielt der Kaiser es für das richtige, den rein

Wales ist ärgerlich, daß alle seine Vorschläge zurückgewiesen worden sind, namentlich aber auch, daß er bis jetzt nicht erfahren hat, ob der gewisse Admiral mitkommen und in diesem Fall das gewünschte Schreiben an Lascelles richten wird. Schließlich höre ich, was noch schlimmer ist, daß Chamberlain sich dahin geäußert hat, daß jetzige ungeahnte Haltung unserer Presse, nachdem unsere Wünsche bezüglich Samoas befriedigt worden, durch nichts motiviert werden könne, und daß mit uns unter solchen Umständen nichts weiter zu machen sei.

Sie wissen, daß ich weit entfernt bin, irgendwelche weittragende politische Verständigung mit England zu befürworten, vielmehr der Ansicht bin, daß wir mit beiden, sowohl mit England als mit der Gruppe Rußland-Frankreich, vorläufig gut stehen sollten, ohne uns für die Zukunft nach irgendeiner Seite zu engagieren. Ich habe keine Besorgnis, daß wir uns dabei zwischen zwei Stühle setzen könnten, da man uns, was auch kommen möge, auf beiden Seiten nötig brauchen wird. Ich habe deshalb noch gestern als meine persönliche Meinung an Lord Salisbury gesagt, der mir zustimmte, daß die Erledigung der Samoafrage lediglich deshalb von Wert sei, weil sie die Möglichkeit von Friktionen aus dem Wege räume. Von Allianzen, die man hier überhaupt nicht wolle, brauche deshalb noch lange nicht die Rede zu sein, auch für uns nicht, und es handele sich lediglich darum, ein besseres Verhältnis herbeizuführen. Gerade deshalb scheint mir aber, daß wir bezüglich der Details des Besuchs die Eigenheiten der Königin und des Prinzen von Wales etwas mehr schonen sollten. Dies liegt auch deshalb in unserem Interesse, weil die Russen und Franzosen uns desto mehr entgegenkommen werden, je mehr sie auf intime Beziehungen zwischen uns und England schließen müssen.

Ein wesentliches Element hier, so unbedeutend er persönlich ist, ist der Herzog von Devonshire. Könnte der Staatssekretär nicht erreichen, daß Seine Majestät mich beauftragen, ihm persönlich und direkt zu schreiben, daß allerhöchstderselbe lebhaft bedauern, jetzt nicht kommen zu können, aber dringend hoffe, das berühmte Chatsworth bei seinem nächsten Aufenthalt besuchen zu können? Glauben Sie mir, solche Kleinigkeiten sind hier wichtig. Vor allem bitte ich aber, Chamberlain im Auge zu behalten.

Hatzfeldt

---

verwandtschaftlichen Charakter des Besuchs möglichst herauszuheben und auf alle öffentlichen Festlichkeiten, u. a. auch auf einen Besuch der Universität Cambridge, den der Prinz von Wales dringend gewünscht hatte, zu verzichten. Auch von einem Besuch bei dem Herzog von Devonshire, der ursprünglich vorgesehen war, nahm der Kaiser Abstand. Doch empfing er den Lordpräsidenten und andere einflußreiche Mitglieder des Kabinetts darunter auch J. Chamberlain in Windsor. Vgl. Nr. 4398.

Nr. 4397

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Privat Berlin, den 15. November 1899

Über Empfindlichkeiten in den hohen Familien, Affäre Senden usw. möchte ich mir kein Urteil erlauben. Was das Politische anlangt, so verstehe ich Herrn Chamberlains Unzufriedenheit nicht: Aus derselben spricht mehr Laune als Überlegung. Die bloße Tatsache, daß der Kaiser jetzt nach England kommt, ist ein großes Ereignis, denn es wird dadurch der Welt kundgetan, daß der Monarch mit seiner Großmutter in guten Beziehungen bleiben will; anderenfalls käme er nicht. Dies genügt aber, um für jetzt jede antienglische Koalition unmöglich zu machen. Mehr kann Herr Chamberlain nicht verlangen. Die hiesige Volksstimmung kann nicht von einem Tage zum andern sich umkrempeln. Bedenken Sie, was England, Regierung und Presse, uns geboten hat an Hetzereien während des spanischen Krieges und an Rohheiten in der Samoafrage. Die Nachwirkung davon kann sich verlieren, und die heutige deutsche Regierungspolitik erstrebt aufrichtig und mühsam eine Besserung der deutsch-englischen Beziehungen. Aber das geht nur allmählich. Daß die deutsche Regierung unter dem Eindrucke der feindseligen Haltung des englischen Volkes seit Jahr und Tag ihre ruhige neutrale Haltung bewahrt und sich zu allen Anbandlungen wegen Bildung einer Kontinentalgruppe ablehnend gestellt hat, ist eine ganz bedeutende Leistung*. Wenn Herr Chamberlain nicht bloß mit Buren und kleinen Leuten sondern mit Großmächten Politik machen will, muß er sich an den Gedanken gewöhnen, daß auch Nichtengländer berechtigte Empfindlichkeiten haben.

Ein nicht zu unterschätzendes Hindernis für die Besserung der deutsch-englischen Stimmung bildet der hiesige „Times“-Korrespondent Saunders. Er sammelt zwei- bis dreimal wöchentlich bittere Kritiken über England und sendet sie nach London, ohne dabei zu sagen, daß die schärfsten derselben allemal aus frondierenden und agrarischen Blättern stammen, d. h. aus solchen, welche der eigenen Regierung, die sie noch mehr hassen als England, dadurch Schwierigkeiten bereiten wollen. Die englische Presse aber bespricht dann jene Äußerungen so, als ob dieselben „von maßgebender Stelle“ kämen, und die „Times“ schreibt saure Leitartikel, auf die von hier in gleichem Tone repliziert wird. So kann die Sache noch lange weiter gehen, wenn Saunders bleibt. Ich sagte Ihnen schon früher, daß

---

* Vgl. dazu Kap. CIII.

Saunders nach seinen eigenen Äußerungen ein persönlicher Gegner von Chamberlain ist. Es ist Chamberlains Sache, die Ursache zu beseitigen, wenn ihm die Wirkung für seine Politik unangenehm ist. Die deutsche Regierung kann nicht mehr tun als sie getan hat. Es gehörten gute Nerven und feste Entschlossenheit dazu, um trotz der fortgesetzten Entmutigungen, welche Englands Politik, Presse und Volk uns bereiteten, die deutsche Politik gleichwohl frei von jeder antienglischen Bindung zu erhalten.

Ich sehe nicht, was es schaden könnte, wenn der Inhalt vorstehender einfacher Auseinandersetzung, möglichst unverdünnt, zur Kenntnis von Chamberlain gebracht würde.

Für Sie persönlich bemerke ich noch, daß die russischen Erörterungen wegen eines „kleinen Spezialarrangements" ganz neuerdings wieder aufgenommen und fortgesetzt worden sind. Daß diese Besprechungen zu einem Ergebnis führen werden, nehme ich nicht an, denn ich sehe heute für uns keinen zwingenden politischen Grund dazu.

Nachschrift.

Ew. stelle ich anheim, entsprechend dem Schlußsatz Ihres heutigen Privattelegramms an den Herzog von Devonshire zu schreiben.

Bülow

Nr. 4398

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen von Bülow, z. Z. in Windsor

Reinschrift

Ganz vertraulich — Windsor, den 24. November 1899

Seine Majestät der Kaiser zeichnete Mr. Chamberlain nach dem Bankett vom 21. d. Mts. durch eine längere Ansprache aus. Auf die Bemerkung des englischen Kolonialministers, daß er eine generelle Verständigung zwischen Deutschland, England und Amerika wünsche, entgegneten Seine Majestät: Ein solches allgemeines Zusammengehen habe für beide Teile seine Bedenken. Während es den englischen Traditionen nicht entspräche, formale Bündnisse abzuschließen, würden Deutschland durch seine vortrefflichen Beziehungen zu Rußland wenigstens bis auf weiteres bestimmte politische Grenzen gezogen. Es gäbe jedoch eine Menge Punkte, über welche sich Deutschland und England von Fall zu Fall verständigen könnten. Beide Länder sollten weiter den bereits in zwei Fällen mit Vorteil eingeschlagenen Weg besonderer Abmachungen (agreements) verfolgen. Seine Majestät fügte hinzu, daß es im englischen Interesse liege, den nun einmal empfindlichen, rechthaberischen und eher sentimental angelegten Deutschen

mit Vorsicht zu behandeln, ihn auch nicht ungeduldig zu machen, sondern ihm selbst in Kleinigkeiten guten Willen zu zeigen. Der Deutsche sei touchy; je mehr dies von englischer Seite berücksichtigt werde, um so nützlicher für das Verhältnis zwischen beiden Ländern.

Am 22. November suchte mich Mr. Balfour auf. Er sagte mir, daß hier alle Parteien ein Zusammengehen mit uns und womöglich auch gleichzeitig mit Amerika wünschten. Ich erwiderte, daß unsere Wünsche England gegenüber mehr negativer als positiver Natur wären. Wir hätten gar keine positiven Anliegen an England, wir wollten gar nichts Positives von England, wir stellten gar keine positiven Zumutungen an England. Aber wir hätten den Wunsch, daß zwischen Deutschland und England künftig weder Mißverständnisse noch Friktionen noch unnötige Herausforderungen stattfinden möchten. Mr. Balfour meinte, daß es keinen englischen Staatsmann gebe, welcher diesem Programm nicht beipflichten würde. In England bestände auch kein Neid gegenüber der deutschen wirtschaftlichen Entfaltung. England sei zu reich und mache selbst zu große wirtschaftliche Fortschritte, als daß es die deutsche Konkurrenz so sehr fürchten sollte, wie dies hier und da angenommen würde. Auch stünden England und Deutschland in wirtschaftlicher Beziehung im Grunde doch auf demselben Boden, die Deutschen kämen in den englischen und die Engländer in den deutschen Kolonien vorwärts. Beide Völker stünden sich wirtschaftlich viel näher als etwa Engländer und Franzosen oder gar Engländer und Russen. Das Afrikaabkommen mit Deutschland bezeichnete Mr. Balfour spontan als ein sehr nützliches Arrangement, dessen Ausführung seinerzeit beiden Teilen und dem Weltfrieden sehr zugute kommen würde. Er erklärte, daß er nichts dagegen haben würde, wenn deutsche Unternehmer die Konzession zum Ausbau der Anatolischen Bahn erhalten sollten. England denke nicht daran, Deutschland in Kleinasien Hindernisse in den Weg zu legen. Mr. Balfour klagte über die Haltung der deutschen Presse, die viel antienglischer sei als die englische Presse antideutsch *.

* Tatsächlich war die Haltung der deutschen Presse in den Anfängen des Burenkrieges viel weniger antienglisch als die der französischen und der russischen. Gerade die französische Presse und insbesondere die französischen Witzblätter haben damals das Unglaublichste geleistet an gemeiner und obszöner Hetze gegen England und gegen die englische Königin. Die Akten des Auswärtigen Amtes enthalten dafür die reichhaltigsten Belege. Deutscherseits hat Staatssekretär Graf Bülow sein möglichstes getan, um die deutsche Presse zu einer ruhigen, sachlichen und kühlen Haltung zu veranlassen. Vgl. die Direktiven des Staatssekretärs vom 20. September in Nr. 4384. Ähnliche Direktiven gab Graf Bülow am 31. Oktober nach der englischen Niederlage bei Ladysmith in einem Telegramm an das Auswärtige Amt (Nr. 150): „Gegenüber der englischen Niederlage bei Ladysmith empfiehlt sich für unsere Presse eine kühle und ruhige Sprache. Zu deutlich hervortretende Schadenfreude und offener Jubel würden nur die Erbitterung der Engländer gegen uns lenken, die wir ihnen zur See noch nicht gewachsen sind, und gleichzeitig bei den Russen und Franzosen die Hoffnung nähren, daß wir bereit wären, uns

Ich machte Mr. Balfour darauf aufmerksam, daß der „Times“-Korrespondent Saunders sich ein Vergnügen daraus mache, auch aus den obskursten deutschen Blättern alle Angriffe gegen England zu sammeln und jeden Morgen dem englischen Publikum vorzulegen. Diese tendenziöse Art der Berichterstattung erschwere es uns sehr, die von vielen Seiten gewünschten guten Beziehungen zu England aufrecht zu erhalten. Mr. Balfour will versuchen, ob sich in der Vertretung der „Times“ in Berlin nicht ein Wechsel herbeiführen läßt. Mr. Balfour sprach von Frankreich im Tone mitleidiger Geringschätzung. Er behauptet, nicht an einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen England und Rußland zu glauben. Asien sei groß genug für beide. Er schien besorgt wegen der Lage der Dinge in Österreich. Er frug, ob wir zugeben könnten, daß bei einem Zerfall der habsburgischen Monarchie Zisleithanien unter russische Botmäßigkeit geriete. Ich erwiderte, daß in diesem Falle nicht nur Zisleithanien sondern die ganze Balkanhalbinsel dem russischen Einfluß verfallen würde, da ohne Österreich die Balkanstaaten ihre Unabhängigkeit nicht würden behaupten können. Wir könnten uns aber einer solchen Wendung nicht widersetzen, da wir gar kein Interesse daran hätten, österreichische Gebietsteile zu annektieren, was im Effekt auf eine Rückkehr zu dem Status quo ante 1866 herauskommen würde. Die Perspektive eines den ganzen europäischen Osten beherrschenden Rußlands schien Mr. Balfour auch im Hinblick auf die dortigen englischen Handelsinteressen zu erschrecken. — Mr. Balfour wurde am Abend des 22. von Seiner Majestät empfangen, allerhöchstwelcher, ohne auf Einzelheiten einzugehen, ihm gegenüber betonte, daß wir nichts von England wollten und nicht etwa als „bittende Vettern“ hier erschienen wären, andererseits aber mit England ruhige Beziehungen ohne störende Zwischenfälle aufrecht zu erhalten wünschten.

Am 24. d. Mts. suchte mich Mr. Chamberlain auf. Er begann die Unterredung mit der Bemerkung, daß wir früher oder später zu einer allgemeinen Verständigung kommen müßten, weil wir einander brauchten. Er räume vollständig ein, daß England Deutschland brauche; Deutschland könne aber auch in die Lage kommen, England zu brauchen. Ich sagte ihm, daß letzteres vorläufig noch nicht der Fall sei. Wir stünden sehr gut mit Rußland; es bestünde kein politischer

---

allein gegen England vorschieben zu lassen. Ohne falsche Sentimentalität für, aber auch ohne unpolitische Erregung gegen England muß unsere Presse sich auf die Beleuchtung der Gesichtspunkte beschränken, daß 1. die englische Armeeführung der in England auf sie gesetzten Erwartung bisher nicht entsprochen habe, 2. es sich zeigen müsse, was England tun werde, um in Afrika diese ernste Schlappe wiedergutzumachen, 3. abzuwarten sei, welche Rückwirkung die englische Niederlage auf die Haltung von Rußland und Frankreich ausüben werden.“ Vgl. Freiherr von Eckardstein „Lebenserinnerungen und Politische Denkwürdigkeiten II, 123.

Gegensatz zwischen uns und Rußland. Was Frankreich angehe, so habe sich die dortige Stimmung uns gegenüber wesentlich kalmiert. Die Franzosen dächten nicht mehr daran, einen Revanchekrieg gegen uns zu inszenieren *. Es sei sogar die Frage, ob ihnen Faschoda nicht mehr im Kopfe herumginge als Sedan. Unser Frieden wäre also nach menschlicher Berechnung nicht bedroht. Dagegen vermöchte ich mir wohl zu denken, daß England durch die große Ausdehnung seines Weltreiches und den kühnen Wagemut seiner Staatsmänner an mehr als einem Punkte in ernste Schwierigkeiten geraten könnte. Aus der Erwiderung von Mr. Chamberlain ging hervor, daß derselbe solche Schwierigkeiten namentlich in Ostasien voraussieht. Er macht sich keine Illusionen darüber, daß der russische Einfluß in China im Zunehmen begriffen ist. Er sieht mit Besorgnis, wie sehr im Gegensatz zu den Engländern die Russen es verstehen, die Asiaten zu assimilieren. Er meinte, daß die Zeit kommen könne, wo Hunderttausende von Chinesen und Tataren, mit russischen Gewehren bewaffnet und von russischen Offizieren gedrillt und geführt, die russische Armee verstärken würden. Dem habe England als Landarmee nichts entgegenzustellen; es sei also auf die Unterstützung von Deutschland und Amerika angewiesen. Amerika besitze zwar kein stehendes Heer, es habe aber ungeheuere Ressourcen und würde im Ernstfall ähnlich wie während seines Bürgerkrieges große Massen auf die Beine bringen können. Mr. Chamberlain glaubt sich der amerikanischen Unterstützung für Ostasien sicher. Er betonte mehrfach, daß England in Asien keinen weiteren Länderzuwachs wünsche. England sei nicht imstande, in Asien mehr zu behaupten, als es gegenwärtig besitze. Ein zweites Indien am Jangtsekiang ginge über die Kräfte von England. England könne aber nicht zugeben, daß es durch Rußland aus China und Persien verdrängt werde. Es liege im englischen Interesse, China, Persien und die Türkei bis auf weiteres aufrechtzuerhalten. Ob dies noch lange möglich sein werde, sei allerdings die Frage. Diese Länder glichen leeren Säcken, die ohne Unterstützung nicht aufrecht stehen könnten. Mr. Chamberlain, der durch seinen Freund Cecil Rhodes offenbar von unseren kleinasiatischen Wünschen informiert war **, meinte aus eigener Initiative daß unsere wirtschaftlichen und selbst kolonialen Aspirationen in jenen Gegenden bei England auf keinen Widerstand stoßen würden, wenn wir uns nur England „an anderen Punkten“ freundlich erweisen wollten. Über Amerika äußerte Mr. Chamberlain, daß das Zusammengehen mit

* Das war natürlich nicht die wahre Meinung Graf Bülows, der kurz darauf bei den Verhandlungen über die von Rußland angeregte Intervention im Burenkriege sich gerade mit Rücksicht auf die mangelnde Sicherung gegen die französischen Revanchebestrebungen ablehnend verhielt. Vgl. Kap. CIII. Wenn Graf Bülow gegenüber Chamberlain Deutschlands Lage und Sicherheit in ein möglichst günstiges Licht zu rücken suchte, so lagen die Gründe dafür auf der Hand.

** Vgl. dazu Bd. XIV, Kap. XCVI, Nr. 4045, S. 581, Fußnote *.

dieser Macht einer der Kardinalpunkte seiner Politik sei. Deshalb werde er nichts tun, was die amerikanische Empfindlichkeit verletzen könnte. Er werde also z. B. nicht die Hände nach Südamerika ausstrecken, obwohl dort sehr zukunftsreiche Landstriche existierten. Ich sagte Mr. Chamberlain, daß, wenn ihm wirklich als Ideal ein Zusammengehen von Deutschland, England und Amerika vorschwebe, er sorgen möge, daß zwischen uns und Amerika nicht wieder Mißverständnisse einträten. Er möge seinen großen politischen und persönlichen Einfluß auf die Amerikaner benutzen, um diesen die Nützlichkeit politischen und wirtschaftlichen Entgegenkommens gegenüber Deutschland klarzumachen. Herr Chamberlain entgegnete, daß, wenn Deutschland und England in vertrauensvollen und guten Beziehungen stünden, England allerdings ein Interesse daran habe, Friktionen zwischen Deutschland und Amerika zu verhindern. Von Frankreich sprach Mr. Chamberlain als von einem im Niedergang begriffenen Lande, mit dem keine Geschäfte zu machen wären. Rußland imponiert ihm, schon wegen seiner rapiden Bevölkerungszunahme, enormen Bodenschätze und stetigen asiatischen Politik. Er fürchtet Rußland, scheint aber weniger geneigt als Balfour und Salisbury, mit Rußland zu paktieren. In Italien sieht Mr. Chamberlain einen für England nützlichen Freund, dessen finanzielle Lage aber eine sehr bedenkliche sei. England könne sich jedoch nicht der Verpflichtung entziehen, die italienischen Küsten zu schützen, schon weil Italien sonst ganz unter den Einfluß von Frankreich geraten würde. Auch Mr. Chamberlain klagte darüber, daß die deutsche Presse England mit solcher Heftigkeit angreife. Der Engländer kümmere sich im allgemeinen wenig um die Vorgänge auf dem Kontinent. Wenn die deutsche Presse aber fortfahre, England eine so feindselige Gesinnung zu zeigen wie neuerdings, würde das englische Publikum schließlich an den Gedanken gewöhnt werden, daß der Deutsche der Feind des Engländers sei und der Engländer sich auf die Möglichkeit einrichten müsse, dieser Feindschaft entgegentreten zu können. Ich wies auf die Treibereien und Übertreibungen des Berliner „Times"-Korrespondenten, wie auf den höchst unverschämten Artikel hin, mit welchem die „Times" die Ankunft Seiner Majestät des Kaisers in England begrüßt habe. Intra muros peccatur et extra. Die deutsche wirtschaftliche Konkurrenz beurteilt Mr. Chamberlain weniger ruhig wie Mr. Balfour, äußerte aber doch schließlich, daß, wenn England manche Märkte an Deutschland verloren habe, es sich dafür andere neue Märkte erschlossen hätte. Die projektierte Verstärkung unserer Flotte schien Mr. Chamberlain nicht besonders zu goutieren. Mr. Chamberlain bemerkte, daß Lord Salisbury eine Allianz mit uns deshalb nicht wünsche, weil er sich überhaupt nicht binden wolle. Lord Salisbury wolle so wenig eine Allianz mit Deutschland wie eine solche mit Frankreich oder Rußland. Lord Salisbury sei ein sehr vorsichtiger Staatsmann, der glaube, daß es immer am besten sei, freie Hand zu

behalten. Mr. Balfour neige mehr zu der Ansicht, daß eine allgemeine Verständigung mit Deutschland dem englischen Interesse entspreche.

Seine Majestät der Kaiser hatte an demselben Tage Mr. Chamberlain eine Audienz bewilligt. Mr. Chamberlain hat sich gegenüber Seiner Majestät im großen und ganzen ähnlich ausgesprochen wie mir gegenüber. Nur in zwei Punkten ist Mr. Chamberlain gegenüber Seiner Majestät mehr mit der Sprache herausgekommen wie mir gegenüber. 1. Sagte Mr. Chamberlain zu Seiner Majestät, er wünsche, daß englische Kapitalisten sich an unserer Anatolischen Bahn beteiligten *. Er habe sich schon in Beziehungen zu Herrn Siemens gesetzt. Es sei ihm lieber, die Deutschen in Kleinasien zu sehen, als die Russen und Franzosen. Er mißgönne uns nicht Kleinasien. 2. Lenkte Mr. Chamberlain in seiner Audienz bei Seiner Majestät das Gespräch erst auf das Mittelmeer und dann auf Marokko und bezeichnete hierbei Tanger geradezu als ein Objekt englischer Wünsche. Mr. Chamberlain setzte hinzu, daß wir uns an der atlantischen Küste von Marokko schadlos halten könnten **. Seine Majestät hat auf diese Anregung erwidert, daß dieselbe den Gegenstand weiterer vertraulicher Erwägungen zwischen allerhöchstseinem Botschafter in London und Mr. Chamberlain bilden könnte. Mr. Chamberlain hebt hervor, daß er alles vermeiden müsse, was die Eifersucht oder das Mißtrauen von Lord Salisbury erregen könnte, aber doch Wert auf intime Fühlung mit uns lege und jedenfalls tun würde, was er könnte, damit wir und England zu weiteren nützlichen agreements gelangten ***.

Ihre Majestät die Königin Viktoria hob in den beiden Unterredungen, mit welchen Ihre Majestät mich beehrte, sehr lebhaft ihren Wunsch hervor, daß zwischen Deutschland und England keine weiteren Mißverständnisse obwalten möchten. Ihre Majestät war präokkupiert durch die Sprache der deutschen Presse. Ihre Majestät meinte, es sei nicht gut, den Engländer zu sehr durch Preßangriffe zu reizen. Der Engländer sei langsam und indolent, wenn er aber zu sehr beschimpft würde, könne er schließlich die Geduld verlieren. Ich wies auch Ihre Majestät darauf hin, daß die Gereiztheit der deutschen Presse gegenüber England auf Vorkommnisse zurückzuführen sei, wo England gegenüber Deutschland nicht die nötige Rücksichtnahme und Höflichkeit habe walten lassen. Der Prinz von Wales und alle Töchter der Königin ergingen sich in der Versicherung, daß ein Zusammengehen von Deutschland, England und Amerika im Interesse der drei Beteiligten läge und die beste Gewähr für den Weltfrieden bilden würde. — —

* Vgl. Bd. XIV, Kap. XCIV.

** Vgl. Bd. XVII, Kap. CXIII.

*** Vgl. auch Chamberlains Brief an Freiherrn von Eckardstein vom 1. Dezember 1899 (Eckardstein a. a. O. II, 107): „Ich hatte zwei lange Unterhaltungen mit dem Kaiser, welche meinen früheren Eindruck von seiner außerordentlichen Auffassungsgabe in Fragen der europäischen Politik bestätigt haben.“

Die englischen Politiker kennen wenig den Kontinent. Sie wissen auch von kontinentalen Zuständen nicht viel mehr wie wir von den Verhältnissen in Peru oder Siam. Sie sind auch nach unseren Begriffen ziemlich naiv. Sie sind naiv in ihrer unbefangenen Selbstsucht, aber auch in einer gewissen Vertrauensseligkeit. Sie glauben schwer an wirklich böse Absichten des anderen. Sie sind sehr ruhig, sehr pomadig, sehr optimistisch. Der südafrikanische Krieg regt die Leute in Berlin mehr auf als die hiesigen politischen Kreise. Es wird eigentlich nur davon gesprochen, wenn irgendein Verwandter angeschossen worden ist. Kein Mensch zweifelt daran, daß England gut aus der Affäre herauskommen wird. Alle Welt ist darüber einig, daß die Regierung gestützt werden muß, bis sich die Situation in Afrika geklärt hat. Wenn die Regierung nach großen englischen Erfolgen den Buren den Hals zuschnürte, würden dies auch die liberalsten Engländer in der Ordnung finden. Wenn jedoch die Regierung nach weiteren Mißerfolgen, und um übertriebene Opfer und Kosten zu vermeiden, einen leidlich ehrenvollen Frieden mit den Südafrikanischen Republiken abschlösse, würden sich auch die Jingos dem nicht widersetzen. Man akzeptiert hier alles, was eine praktische Lösung darstellt. Das Land atmet Reichtum, Behäbigkeit, Zufriedenheit und Vertrauen in die eigene Kraft und Zukunft. Man merkt, daß die Leute nie den Feind im Lande gesehen haben und gar nicht glauben können, daß es je wirklich schief gehen könnte, weder im Innern noch nach Außen. Mit Ausnahme von wenigen leading men arbeiten sie wenig und lassen sich alle zu allem Zeit. Es ist ein physisch und moralisch sehr gesundes Land. Balfour hat wissenschaftliche und philosophische Neigungen, er erinnert an deutsche Staatsmänner der fünfziger Jahre; er macht einen wohlwollenden und ehrlichen Eindruck. Chamberlain ist der moderne Kaufmann, sehr bestimmt, sehr nüchtern, sehr skrupellos, sehr auf seinen Vorteil bedacht, aber dabei doch reell, weil er weiß, daß ohne Reellität sich keine großen Geschäfte machen lassen. Der Herzog von Devonshire ist der Typus des bequemen und vornehmen Grandseigneur, dem seine Jagden und Pferde wichtiger sind als alle politischen Fragen, der letztere aber doch mit bon sens behandelt, wenn auch stets in der Annahme, daß England immer allen anderen Mächten überlegen sei und nichts Ernstliches zu fürchten habe. Mr. Goschen hat die kluge Betriebsamkeit eines deutschen Beamten. Er soll mehr für die Flotte getan haben als irgendeiner seiner Vorgänger. Er spielt sich natürlich auf den Vollblutengländer, betonte aber auch den lebhaften Wunsch nach guten Beziehungen zu Deutschland. Im allgemeinen ist es zweifellos, daß die Stimmung in England viel weniger antideutsch ist wie die Stimmung in Deutschland antienglisch. Darum sind diejenigen Engländer für uns am gefährlichsten, welche wie Chirol und Saunders aus eigener Anschauung die Schärfe und Tiefe der deutschen Abneigung gegen England kennen. Wenn

das englische Publikum über die in Deutschland grade jetzt herrschende Stimmung klar sähe, würde dies eine große Wandlung in seiner Auffassung des Verhältnisses von England zu Deutschland herbeiführen.

Die Zukunftsaufgabe der deutschen Regierung sehe ich darin, im Besitze einer starken Flotte und unter Wahrung guter Beziehungen nach der russischen wie nach der englischen Seite die weitere Entwickelung der elementaren Ereignisse mit Geduld und Sammlung abzuwarten.

B. von Bülow

Nr. 4399

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 213 Wien, den 24. November 1899
Ganz vertraulich

Sir Horace Rumbold befindet sich infolge des Mißgeschickes seiner Landsleute in Transvaal in begreiflicher Aufregung. Er äußerte sich sehr abfällig über die Armeeleitung und beklagte sich bitter über die Parteinahme „der ganzen Welt“ gegen England; er begriffe nicht, weshalb sein Vaterland so verhaßt sei, und habe dieses niemals vorher empfunden. Er bat mich um eine Erklärung, die ich mit Vorsicht auf die stets durchgeführte Politik der freien Hand schob. Ein Mensch, der jede Freundschaft als zwecklos erkläre, könne sich nicht wundern, wenn ihn alle Welt unausstehlich fände[1]. Hat er sich hingegen ein paar gute Freunde erkoren, so wird er in schwierigen Lagen den Wert der Freundschaft bald erkennen.

„Das mag richtig sein,“ erwiderte der Botschafter, „aber der allgemeine Haß wird doch hoffentlich nicht bis zu einer kriegerischen Aktion Rußlands führen? Ich gestehe Ihnen, daß wir sehr besorgt sind. Murawiew hat die bösesten Intrigen angezettelt.“ Als ich dem zu widersprechen versuchte, ereiferte sich Sir Horace und sagte, er habe selbst die Berichte seiner Kollegen aus Spanien und Frankreich gelesen, wo Murawiew sich ernstlich bemüht habe, die Regierungen gegen England aufzuwiegeln[2]*.

Die Unterhaltung wandte sich hierauf Frankreich zu. Mit großer Leidenschaftlichkeit erklärte Sir Horace, daß England nicht die Haltung Frankreichs während des Mißgeschicks in Transvaal vergessen werde. Die französische Presse benähme sich so unglaublich, daß Sir Edmund Monson bereits M. Delcassé mitgeteilt habe, er werde

---

* Vgl. Kap. IC, Nr. 4212.

Paris sofort verlassen, wenn die Beleidigungen der Königin nicht aufhörten. Die Haltung der deutschen und der österreichischen Presse sei nicht im Tone der Brutalität mit der französischen zu vergleichen, wenn ihm auch der „Simplizissimus“ sehr übeln Eindruck mache.

„Wir haben unsre Flotte intakt“, schloß Sir Horace, „und die Franzosen sollen sich hüten. Vergessen tun wir nichts[3]! — und Rücksichten werden wir auf die Ausstellung im Jahre 1900 nicht nehmen.“

P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Sehr gut
[2] Das wurde mir gegenüber in Windsor auch angedeutet
[3] Faschoda die Gallier auch nicht
Schlußbemerkung des Kaisers:
Words! very high words!

Nr. 4400

*Legationsrat a. D. Freiherr von Eckardstein, z. Z. in London, an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt**

Ausfertigung

London, den 30. November 1899

Der nunmehr beendete Besuch Ihrer Majestäten in England ist in jeder Beziehung ein durchschlagender Erfolg gewesen.

Ihre Majestät die Königin, Ihre Königlichen Hoheiten der Prinz und die Prinzessin von Wales sowie alle Mitglieder der hiesigen königlichen Familie haben diesen Familienbesuch Ihrer Majestäten als eine ganz besondere Courtoisie empfunden und allenthalben in wärmster und herzlichster Weise ihrer Freude über die Anwesenheit Ihrer Majestäten in England Ausdruck verliehen. Erst gestern hat Ihre Majestät die Königin dem Herzog von Devonshire, welcher nach Windsor zur Audienz befohlen war, ihre lebhafteste Freude, die der Besuch ihrer erhabenen Enkelkinder ihr verursacht habe, ausgesprochen und bemerkt, daß ihr seit langer Zeit nichts so schwer gefallen sei als das Abschiednehmen von ihren kaiserlichen Verwandten, deren Besuch leider nur von zu kurzer Dauer gewesen sei. Auch Ihre Königlichen Hoheiten der Prinz und die Prinzessin von Wales sowie der Herzog von York haben ihr größtes Bedauern über die Kürze des Besuchs Ihrer Majestäten sowohl im Familienkreise als auch sonstigen ihnen nahestehenden Persönlichkeiten gegenüber ausgedrückt.

---

* Der auf persönlichen Befehl Kaiser Wilhelms II. erstattete Bericht Freiherrn von Eckardsteins wurde von der Botschaft in London am 1. Dezember dem Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe übersandt.

Was die Regierung sowie die öffentliche Meinung Englands betrifft, so ist der Besuch Ihrer Majestäten trotz des unoffiziellen Charakters und der durchaus neutralen Stellungnahme Seiner Majestät des Kaisers und seiner Regierung zu dem südafrikanischen Kriege als ein erfreuliches Zeichen für die guten Beziehungen beider Mächte begrüßt worden. Zweifellos sind dadurch alle Verstimmungen beseitigt worden, welche zum großen Teil auf die versteckte Minierarbeit fremder Agenten zurückzuführen waren, in deren Interesse es lag, ein beständiges Mißverständnis zwischen Deutschland und England aufrecht zu erhalten. Die Stimmung in England vor dem Besuche Ihrer Majestäten stand im Begriff, infolge der Angriffe eines Teiles der deutschen Presse in eine gefährliche Erbitterung gegen Deutschland zu geraten, welche einerseits wegen des bestehenden und künstlich genährten Argwohns, andererseits wegen der kommerziellen Konkurrenz nach Beendigung des Transvaalkrieges zu einem Konflikt zwischen beiden Ländern hätte führen können, durch welchen die fortschreitende kräftige Entwickelung Deutschlands bei der gegenwärtigen Unzulänglichkeit seiner Marine ernstlich geschädigt worden wäre.

Besonders bemerkenswert erscheint der Umstand, daß unter den vielen Tausenden englischer Zeitungen nur ein einziges Provinzialblatt Mißton in den Besuch Ihrer Majestäten zu bringen suchte, während sämtliche übrigen Provinzialblätter sowie die ganze Londoner Presse mehr oder weniger in durchaus würdigen, zum großen Teil herzlichen Artikeln die Anwesenheit der kaiserlichen Gäste feierten.

Der große politische Erfolg des soeben vollendeten Besuchs Ihrer Majestäten in England liegt eben darin, daß derselbe einerseits durch seinen Charakter als Familienbesuch keineswegs als eine offizielle Parteinahme gegen die Buren gedeutet werden kann, andererseits aber durch den Besuch erreicht worden ist, daß Deutschland von dem Odium entlastet bleibt, bei der Parteinahme des Kontinents für die Buren in erster Linie zu stehen, wie es vielleicht im Interesse anderer Mächte aber nicht Deutschlands gelegen hätte.

Eckardstein

Nr. 4401

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 914 London, den 2. Dezember 1899

Von dem über Erwarten harmonischen Verlauf der Festtage des allerhöchsten Besuchs in Windsor und Sandringham haben Euere Durchlaucht bereits Nachricht erhalten. Ich möchte indes nicht ver-

säumen, auch meinerseits der festen Zuversicht Ausdruck zu geben, daß der unter so glücklichen Auspizien wiederhergestellte herzliche Verkehr zwischen unserem erhabenen Monarchenpaar und seinen hohen Anverwandten auch für die Zukunft segensreiche Folgen mit sich bringt, insofern er dazu beitragen wird, das gegenseitige Vertrauen zu festigen, Mißverständnisse zu beseitigen und Reibungen zu vermeiden. Nach den vielen Äußerungen der Befriedigung, der Freude, ja des Entzückens, die mir berichtet worden sind, schließe ich in diese zuversichtliche Erwartung alle Mitglieder der Königsfamilie ausnahmslos ein, vor allem auch neben dem Thronerben höchstdessen Sohn, den Herzog von York*. Nicht minder nachhaltig war die Wirkung des persönlichen Verkehrs mit unserem erhabenen Monarchen auf die Minister Ihrer Majestät der Königin. Arthur Balfour äußerte, daß er nie eine anregendere Stunde durchlebt habe als diejenige, in welcher er sich der Ehre einer langen Unterhaltung mit Seiner Majestät dem Kaiser erfreuen durfte und unter dem Zauber seiner Persönlichkeit stand. Die uns ganz besonders freundschaftlich gesinnten Elemente am Hofe Ihrer Majestät der Königin und ebenso die einflußreichsten Mitglieder des Foreign Office haben es schmerzlich bedauert, daß Lord Salisbury durch seine tiefe Trauer verhindert war, mit der allerhöchsten Person in unmittelbare Berührung zu treten. Man glaubt dort zu wissen, daß Chamberlain und Arthur Balfour bei uns als die eigentlichen Träger einer deutschfreundlichen Politik angesehen werden, während man Lord Salisbury in dieser Beziehung, wenn nicht eine negative, so doch mindestens eine passive Rolle zuerkenne. Die persönliche Aussprache, so versichern jene Kreise, würde auf beiden Seiten die etwa bestehende Voreingenommenheit zerstreut, Vertrauen gesät und spätere Verhandlungen wohltätig beeinflußt haben.

Der öffentlichen Meinung und der Presse kann ich das Zeugnis nicht versagen, daß sie mit Takt den privaten Charakter des allerhöchsten Besuchs respektiert haben. Wäre Seine Majestät in London erschienen, hätte er der spontansten und begeistertsten Huldigungen sicher sein dürfen. In der Zurückhaltung, welche sich Presse und Publikum auferlegen mußten, haben sie sich doch im allgemeinen davor zu hüten gewußt, zu kühl zu erscheinen. Diese Aufgabe war insofern nicht ganz leicht, als jede Überschwänglichkeit im Ausdruck auf deutscher Seite hätte den Vorwurf hervorrufen können, als wolle man

* Tatsächlich setzte nach dem Besuch des deutschen Kaiserpaares in England ein sehr lebhafter und herzlicher Briefwechsel zwischen dem Kaiser Wilhelm II. einerseits, der Königin von England und dem Prinzen von Wales andererseits ein, der sich vielfach auf die Vorgänge im Burenkriege bezieht. Aus einem Briefe des Prinzen von Wales vom 27. Dezember geht hervor, daß der Kaiser ihm bereits am 21. „Gedankensplitter über den Krieg in Transvaal" übersandt hatte, zu denen die späteren „Aphorismen" (vgl. Bd. XV, Kap. CIII, Nr. 4507, Anlage) gewissermaßen eine zweite Serie bildeten. Diese früheren „Gedankensplitter" sind nicht bei den Akten des Auswärtigen Amtes.

den Kaiser politisch an England ketten, während eine kalte Aufnahme ebensowenig der wirklichen Stimmung wie den Regeln der Höflichkeit entsprochen haben würde und auch in Deutschland Mißfallen hätte erregen müssen. Die Grundstimmung im Volke wie in den Zeitungen war herzlicher Dank für eine der erhabenen Herrscherin und damit indirekt dem ganzen Volke erwiesene zarte Aufmerksamkeit. Wäre diese letztere unterblieben, wie ein Teil der öffentlichen Meinung Deutschlands es zu wünschen schien, würden die Äußerungen des Unwillens und der Mißbilligung englischer Politik von seiten deutscher Preßorgane hier eine unvermeidliche Rückwirkung gehabt haben, die auch der Regierung die Hände gebunden und spätere Verhandlungen nachteilig beeinflußt haben würde, ein Ergebnis, welchem bei der derzeitigen Inferiorität unserer maritimen Macht kein deutscher Patriot ohne Bedenken entgegensehen könnte. Ich kann hiernach meine Beurteilung der hiesigen Stimmung dahin zusammenfassen, daß das englische Volk und seine Organe in ihrer Mehrheit den kaiserlichen Besuch nicht mißverstanden, seine Bedeutung nicht aufgebauscht und zugunsten der afrikanischen Politik verwertet haben, daß sie vielmehr unsere Neutralität respektieren und nur unsere Nichteinmischung dankbar anerkennen, im übrigen aber nicht den Versuch machen, die Freiheit unserer Bewegung irgendwie beeinträchtigen zu wollen, sondern nur wünschen, die kommenden, sei es kolonialen, sei es europäischen Fragen im Einverständnis mit uns zu lösen. Der Besuch Seiner Majestät des Kaisers in England hat daher, weit entfernt, uns nach einer Richtung die Hände zu binden, unsere Aktionsfreiheit unberührt gelassen, während im entgegengesetzten Falle eine Entfremdung eingetreten wäre, welche uns schon mit Rücksicht auf unsere kolonialen Interessen keineswegs erwünscht sein könnte.

Über die vorstehend von mir hervorgehobene maßvolle Haltung in der hiesigen Presse und in den Hof- und Regierungskreisen ist inzwischen Mr. Chamberlain, von welchem es am wenigsten zu erwarten war, in seiner Rede in Leicester* hinausgegangen, indem er darin die Frage einer Allianz mit Deutschland offen und unverhüllt aufstellte. Ich muß es mir vorläufig noch versagen, über die Motive dieses Vor-

* Chamberlain hatte am 29. November, unmittelbar nach der Abreise des Kaisers aus England, eine vom Grafen von Bülow selbst angeregte (vgl. Eckardstein a. a. O. II, 107) Rede über den Krieg in Südafrika und über das Verhältnis Englands zu Deutschland und Amerika gehalten, in der er geradezu von der neuen Tripelallianz zwischen der germanischen Rasse und den zwei großen Zweigen der Angelsachsen sprach. Die Rede, die allzu pointiert die Allianz zwischen England, Amerika und Deutschland auf den Schild erhob, fand in der englischen Presse eine skeptische, in der amerikanischen und noch mehr in der deutschen eine zum Teil schroff abweisende Aufnahme. Infolgedessen sah sich Graf Bülow veranlaßt, in seiner Reichstagsrede vom 11. Dezember der englisch-deutschen Beziehungen in einer Weise zu gedenken, die um ebenso viel hinter dem „juste milieu“ zurückblieb, wie die Chamberlainsche Rede darüber hinausgegangen war, und die nach allem Vorgefallenen in England als kalter

gehens eine bestimmte Meinung auszusprechen, die sich vorläufig nur auf Vermutungen begründen ließe, und darf mir deshalb vorbehalten, auf diese Frage später zurückzukommen. Dagegen möchte ich schon hier an die mehrfach von mir ausgesprochene Ansicht erinnern, daß Mr. Chamberlain zwar ein sehr fähiger und schlauer Geschäftsmann, aber durchaus kein Diplomat ist, der sich in seinen Handlungen durch bestimmte Regeln begrenzen läßt. So groß sein persönlicher Ehrgeiz ist, so darf doch meines Erachtens nicht angenommen werden, daß er sich ausschließlich dadurch leiten und nicht gleichzeitig durch bestimmte politische Überzeugungen leiten läßt. Sein Gedanke einer Allianz mit Deutschland und Amerika ist aber, wie Euere Durchlaucht sich erinnern wollen, durchaus kein neuer, und er hat denselben schon vor längerer Zeit in geheimen Unterredungen mit mir, über die ich damals ausführlich berichtet habe, wiederholt besprochen. Wenn er heute damit vor die Öffentlichkeit tritt, so beweist dies meines Erachtens, daß er auch in dieser Frage den größten Teil des Kabinetts hinter sich zu haben glaubt, und daß er ferner den Zeitpunkt für gekommen hält, das englische Publikum, welches bisher vor jeder Allianz zurückschreckte, an den Gedanken einer solchen zu gewöhnen. Für keineswegs ausgemacht halte ich, daß er dabei aus persönlichem Ehrgeiz den Zweck verfolgt, es zum Bruch mit Lord Salisbury zu treiben und denselben aus dem Sattel zu heben, um sich an seine Stelle zu setzen. Nach meiner Überzeugung ist Lord Salisbury trotz mancher Vorwürfe, die ihm in der eigenen Partei gemacht worden sind, noch keineswegs als ein politisch fertiger Mann zu betrachten, den die Konservativen ohne weiteres würden fallen lassen, solange er nicht

Wasserstrahl empfunden wurde. Der Staatssekretär sagte u. a.: „Was England angeht, so sind wir gern bereit, auf der Basis voller Gegenseitigkeit und gegenseitiger Rücksichtnahme in Frieden und Eintracht mit ihm zu leben, aber gerade weil die auswärtige Lage jetzt günstig ist, müssen wir sie benutzen, um uns für die Zukunft zu sichern. Daß die Zukunft friedlich sein möge, wünsche ich, und wünschen wir alle, ob sie es sein wird, kann niemand sagen . . . Wir müssen zu Lande und zu Wasser gegen Überraschungen gesichert sein. Wir müssen uns eine Flotte schaffen, stark genug, um einen Angriff — ich unterstreiche das Wort Angriff; bei der Friedlichkeit unseres Volkes kann immer nur von Verteidigung die Rede sein — jeder Macht zurückweisen zu können; die müssen wir besitzen.“ Diese Rede Bülows, die von der französischen und russischen Presse naturgemäß zur Verhetzung zwischen England und Deutschland ausgebeutet wurde, mochte ihre Erklärung in der Stimmung des deutschen Reichstags finden — und es geschah alles, um sie den Engländern unter dem Gesichtswinkel der außerordentlich schwierigen Stellung des Staatssekretärs zu zeigen (vgl. Eckardstein a. a. O. II, 126 f.), aber die verstimmende Wirkung auf die leitenden englischen Staatsmänner blieb nicht aus, und gerade Chamberlain leitete aus der Behandlungsweise, die ihm Graf Bülow hatte widerfahren lassen, den Entschluß ab, weitere Verhandlungen in der Bündnisfrage vorderhand fallen zu lassen. Siehe Chamberlains Brief an Freiherrn von Eckardstein a. a. O. S. 125 und seine retrospektiven Äußerungen vom 18. März 1900 zu dem Stellvertretenden Botschafter Grafen Metternich Kap. CII, Nr. 4456.

selbst den Wunsch zeigt, sich zurückzuziehen. Überdies kann aber Mr. Chamberlain auch darüber nicht im Zweifel sein, daß es selbst bei einem Rücktritt des jetzigen Premierministers noch recht zweifelhaft sein würde, ob er sich mit Sicherheit als Nachfolger desselben betrachten könnte. Wenn ich mir dies alles vergegenwärtige, bin ich durchaus nicht abgeneigt anzunehmen, daß Mr. Chamberlain, als er seine Rede über die Allianz hielt, die prinzipielle Zustimmung Lord Salisburys dazu bereits in der Tasche hatte oder aber von der Überzeugung ausging, daß es ihm — wie in der Samoafrage — mit Hülfe der Majorität seiner Kollegen gelingen würde, den Premierminister zum Eingehen auf seine Wünsche zu bestimmen.

Für uns kann es, soweit ich mir ein Urteil gestatten darf, nur nützlich sein, wenn Mr. Chamberlain, ohne daß wir unsererseits irgendeine Verpflichtung übernehmen, an der Hoffnung festhält, daß wir uns schließlich noch bestimmen lassen werden, auf seine Wünsche bezüglich einer Allianz oder doch einer intimen Verständigung einzugehen. Solange er an dieser Hoffnung festhält, wird er uns in den voraussichtlich noch auftauchenden kolonialen Fragen Entgegenkommen zeigen und — wie in der Samoafrage — seinen Einfluß im Kabinett und speziell auf Lord Salisbury für uns geltend machen müssen[1].

P. Hatzfeldt

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig und darauf kommt es an.

Nr. 4402

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 467 London, den 20. Dezember 1899

Herr Chamberlain hat dem Freiherrn von Eckardstein* streng vertraulich zwei Telegramme Sir Alfred Milners gezeigt, an deren Inhalt er fest glaubt. Das erste sagt, die englischen Behörden hätten einen von einem deutschen Offizier[1], der noch zur Armee gehöre, an Oberst Schiel** gerichteten Brief beschlagnahmt, in welchem ersterer seine demnächstige Abreise zur Burenarmee ankündigte[2]. Das zweite Telegramm enthält die Meldung des englischen Konsuls in Laurenzo Marquez, 12 deutsche Offiziere und 29 Unteroffiziere (größtenteils Artille-

* Freiherr von Eckardstein war inzwischen am 26. November 1899 als Erster Sekretär bei der Botschaft in London reaktiviert worden. Vgl. dazu auch Freiherr von Eckardstein a. a. O. II, 129 ff.
** Vgl. dazu Nr. 4392, S. 402, Fußnote **.

risten und noch im Reserveverhältnis) seien mit dem Dampfer „Königin" eingetroffen und nach Pretoria weitergereist. Herr Chamberlain hat mit Bedauern[3] auf böses Blut hingewiesen, welches das Bekanntwerden[4] solcher Nachrichten hervorriefe.

Tatsächlich ist in öffentlicher Meinung die Idee[5] verbreitet und reicht in die höchsten Kreise, daß die Buren von deutschen Generalstabsoffizieren geführt werden.

Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Namen nennen!

[2] Hatzfeld soll sich vom frechen Joe nicht „bluffen" lassen und ihn ganz kurzer Hand auf solche generellen Anschuldigungen scharf abfertigen unter Hinweis auf meinen an die Armee gegebenen Befehl.

[3] ich bedaure, daß er sowas glaubt!

[4] Wenn ihm nichts daran läge, würden sie nicht bekannt werden! Er rächt sich jetzt für den Reinfall, den er mit seiner Rede erlebt hat, und für die anscheinende Kühle der Rede des Grafen von Bülow England gegenüber!! *

[5] ist bereits durch Mister Robinson in einem Interview sehr gewandt und richtig widerlegt worden.
Unsinn! Aber es war vorauszusehen, daß bei Schlappen sowas behauptet werden könnte.

Schlußbemerkung des Kaisers:
An Mr. Chamberlain soll der Botschafter Kenntnis geben von meinem Befehl an alle Armeecorps des Heeres auch für die im Verabschiedeten Verhältniß stehenden Truppen Angehörigen sich nicht nach Afrika begeben zu dürfen **. Das genügt!
Hätten wir eine Flotte, so würde Chamberlain das nicht gewagt haben.

Nr. 4403

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 390 Berlin, den 21. Dezember 1899

Ew. Telegramm Nr. 467 *** kommt soeben von Seiner Majestät dem Kaiser zurück. Unser allergnädigster Herr hat zu demselben bemerkt,

* Vgl. Nr. 4401, S. 424, Fußnote *.

** Tatsächlich war am 31. Oktober 1899 eine kaiserliche Kabinettsordre an die Generalkommandos ergangen, die in der Hauptsache besagte: „Seine Majestät der Kaiser und König haben sich infolge eines Einzelfalls dahin auszusprechen geruht, wie allerhöchstdieselben nicht wünschten, daß preußische Offiziere des aktiven und Beurlaubtenstandes zurzeit nach Südafrika beurlaubt würden. Auch solle möglichst darauf hingewirkt werden, daß verabschiedete preußische Offiziere nicht an den Kämpfen in Südafrika teilnähmen, damit auch jeder Anschein einer Verletzung der deutscherseits zu beobachtenden völligen Neutralität vermieden werde."

*** Siehe Nr. 4402.

man solle sich doch nicht durch Herrn Chamberlain und dessen Werkzeuge — wie Milner — verblüffen lassen, denen natürlich daran liegt, für die Folgen ihrer politischen und militärischen Fehlgriffe irgendwo im Auslande einen Sündenbock zu suchen. Seine Majestät verlangt den Namen des deutschen aktiven Offiziers zu erfahren, welcher seine demnächstige Ankunft dem Obersten Schiel angezeigt haben soll. Zu dem Schlußsatz des Telegramms bemerkte Seine Majestät: die Tendenzlüge, daß die Buren von deutschen Generalstabsoffizieren geführt würden, sei bereits von Mr. Robinson in einem — Ew. jedenfalls bekannten — Interview wirksam und richtig widerlegt worden. Endlich hat Seine Majestät befohlen, daß Herrn Chamberlain Kenntnis von dem kaiserlichen Befehl gegeben werde, der an alle Armeekorps des Heeres ergangen ist und selbst den im Verabschiedetenverhältnis stehenden Truppenangehörigen untersagt, sich nach Afrika zu begeben. Ich habe das Militärkabinett um schleunige Zusendung des Textes dieses Befehles gebeten und werde denselben Ew. unverzüglich übermitteln.

Hiernach werden Ew. in der Lage sein, mit Nachdruck hervorzuheben, daß diesseits zur Wahrung der Neutralität alles irgendwie mögliche geschehen ist. Selbstredend läßt sich durch keine Vorsichtsmaßregeln verhindern, daß aus einem viele Millionen zählenden Volke einzelne Individuen — meistens solche, die in der Heimat nichts mehr zu verlieren haben — sich über die heimischen Vorschriften hinwegsetzen. Ew. werden, abgesehen von den Garibaldinern von 1870, auch darauf exemplifizieren können, daß unzweifelhaft englische Untertanen und Offiziere, wie der heutige Lord Kitchener und Hobart Pascha, in den Kriegen von 70 und 77 auf französischer bezw. türkischer Seite mitgekämpft haben.

Bülow

Nr. 4404

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

London, den 21. Dezember 1899

Privat für den Herrn Staatssekretär

Nach Versicherung des Freiherrn von Eckardstein hat derselbe aus seinen letzten Unterhaltungen, namentlich mit Herrn Balfour und Chamberlain, welch letzteren er noch gestern gesehen hat, den bestimmten Eindruck, daß man sich in den hiesigen Regierungskreisen immer mehr mit der Notwendigkeit vertraut macht, in irgendeiner Form eine vielleicht nur vorübergehende Kontrolle über die Delagoabai zu ge-

winnen und dadurch dem Gegner die auf diesem Wege noch immer zufließenden Hülfsmittel abzuschneiden. Man nimmt in diesen Kreisen an, und die Haltung der hiesigen Presse scheint diese Erwartung zu bestätigen, daß die öffentliche Meinung in England immer mehr auf ein Vorgehen in diesem Sinne drängt, und daß die englische Regierung schließlich genötigt sein wird, darin nachzugeben. Gleichzeitig scheint aber festzustehen, daß die maßgebenden englischen Staatsmänner zu der Überzeugung gelangt sind, daß sie ohne unsere vorherige Zustimmung in der Sache nicht vorgehen können, und daß sie auch noch nicht wissen, in welcher Form die Sache eventuell in Lissabon anzufassen wäre. Man schwankt, wie es scheint, zwischen zwei Möglichkeiten: entweder den Portugiesen finanzielle Hülfe und ein Offensiv- und Defensivbündnis anzubieten, wogegen England dann die Kontrolle über Delagoabai erhalten würde, oder aber in Delagoabai gewaltsam vorzugehen und dies in Lissabon dadurch zu begründen, daß Portugal, indem es Waffen, Munition und Freiwillige für Transvaal durchließ, die Pflicht der Neutralität nicht aufrecht erhalten habe.

Freiherr von Eckardstein hat aus seinen Unterhaltungen den Eindruck, daß eine streng vertrauliche Anfrage, ob und unter welchen Voraussetzungen wir auf die englischen Wünsche bezüglich Delagoabai eingehen würden, jeden Augenblick erfolgen kann. Er hat ferner den Eindruck, daß eine Abtretung von Sansibar hier als vollständig ausgeschlossen betrachtet wird, daß man aber eventuell zu einer Abtretung von Walfischbai geneigt wäre.

Ich habe Freiherrn von Eckardstein beauftragt, den betreffenden englischen Staatsmännern bei erneutem Zusammentreffen zu sagen, daß ich wie immer bereit sein würde, etwaige mir gemachte Vorschläge zur Kenntnis meiner Regierung zu bringen, gleichzeitig müsse ich aber bemerken, daß eine finanzielle Unterstützung Portugals mit oder ohne Bündnis, durch welche England die Kontrolle über Delagoabai ohne die entsprechende Kompensation für uns erhielte, mit unserem vorjährigen Abkommen* nicht in Einklang stehen würde. Die etwaige Einräumung von Walfischbai könnte ich für meine Person als einen annehmbaren Ausgleich für die durch das vorjährige Abkommen für uns stipulierten Vorteile nicht betrachten.

Für den Fall, daß sich die Erwartung bestätigt, daß die Engländer uns demnächst vertrauliche Vorschläge in der Sache machen, wäre es, wie mir scheint, nützlich, daß ich in der Lage wäre, ihnen sofort vertraulich zu sagen, ob und unter welchen Voraussetzungen wir auf die Zumutung einer Verständigung zwischen England und Portugal über Delagoabai überhaupt eingehen könnten.

Hatzfeldt

---

* Gemeint ist das deutsch-englische Abkommen über die portugiesischen Kolonien. Vgl. Bd. XIV, Kap. XCII.

Nr. 4405

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 393 Berlin, den 22. Dezember 1899

Fürst Münster telegraphiert: „Geheim. Herr Leyds sondiert hier wegen Vermittelung und Anbahnung von Friedensverhandlungen, die Herr Krüger wünschen soll.

Er findet hier kein Gehör. Die Franzosen wünschen der englischen Armee erst noch größere Mißerfolge.

Man bereitet sich in der Zwischenzeit, wie ich glaube in völligem Einverständnis mit Rußland, überall auf die Möglichkeit eines Konflikts mit England vor.

Auf Ägypten ist durch die Entfernung Kitcheners die Aufmerksamkeit gelenkt, und sind die alten Ideen wachgerufen, sie sind aber noch unreif und nebelhaft. Am meisten denkt man aber hier an die andere Seite, den Eingang des Mittelmeers, Gibraltar und Marokko.

Während der Anwesenheit Graf Murawiews * hat sich Delcassé, der mit Herrn Hanotaux früher befreundet war, mit ihm in Verbindung gesetzt und hat ihn dazu beredet, eine geheime Mission nach Spanien zu übernehmen, um zu sehen, was in Gibraltar und an der marokkanischen Küste zu machen, und inwieweit auf Spanien zu rechnen sein würde. Dies ist der Zweck der Reise Hanotaux'.

An die Möglichkeit einer Landung in England wird nicht gedacht, wohl aber in Irland, wo auf die Hülfe der Katholiken gerechnet, wo schon intrigiert wird.

Es werden viel Verschiebungen vorgenommen. Die Truppen in Madagaskar sollen um 4 Bataillone à 1000 Mann und 2 Gebirgsbatterien verstärkt werden.

Diese Truppen werden Algier entnommen, wogegen die vier neu zu bildenden Zuavenbataillone anstatt in Frankreich in Algier garnisonieren sollen. Eine Vorlage zur Aufstellung eines neuen Infanterieregiments in Korsika liegt der Kammer vor.

Ein Gesetzentwurf über Küstenverteidigung wird möglichst bald vorgelegt werden."

So weit der Kaiserliche Botschafter in Paris. Die mehr oder weniger phantastische Natur der Nachrichten, welche er übermittelt, und die ihm wohl nicht ohne bestimmte Absicht zugetragen werden, gestattet die Vermutung, daß Frankreich auf dem Umwege über Berlin in England graulich machen und eine friedliche Strömung hervorrufen möchte. Ebenso lassen die Bestrebungen des Herrn Leyds zur schleunigen Her-

---

* Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXVIII, Nr. 3550.

beiführung einer Vermittelungsaktion erkennen, daß derselbe den Sieg der holländischen Sache nicht als so sicher betrachtet, wie dies jetzt auf dem Kontinent auch in militärischen Kreisen fast allgemein geschieht.

Wie die Chancen einer irischen Erhebung liegen, werden Ew. besser als ich zu beurteilen in der Lage sein. Dagegen halte ich ein gegen England feindseliges Eingreifen anderer Mächte für kaum wahrscheinlich, solange die deutsche Regierung in schweigender Neutralität verharrt. Diese letztere ist allerdings für England jetzt von entscheidender Bedeutung, und ich denke, daß diese Tatsache den englischen Staatsmännern allmählich zum Bewußtsein kommen wird.

Bülow

Nr. 4406

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für den Herrn Staatssekretär London, den 24. Dezember 1899

Antwort auf Privattelegramm von vorgestern abend* und Telegramm Nr. 393**.

Ich werde sobald als möglich (während der Feiertage ist hier nichts zu machen) durch Freiherrn von Eckardstein sowohl Herrn Balfour als Herrn Chamberlain dringend raten lassen, die Kombination wegen Delagoabai beiseite zu lassen, da wir mit Rücksicht auf unsere öffentliche Meinung darauf nicht eingehen könnten.

Vorläufig ist man hier, wie ich glaube und Freiherr von Eckardstein bestimmt als richtig annimmt, noch nicht so weit, daß man die Abtretung von Sansibar für unsere Zustimmung ins Auge fassen würde.

Sollte die englische Regierung, was ich nicht für unmöglich halte, durch den Druck der öffentlichen Meinung genötigt werden, in der Delagoabaifrage vorzugehen, so halte ich nicht für wahrscheinlich, daß sie dies in Form eines Handstreichs tun wird, glaube vielmehr, daß sie zunächst versuchen wird, ihren Zweck durch einen, dem beiderseitigen Interesse nach allen Richtungen entsprechenden Vertrag mit Portugal zu erreichen. Es scheint mir wenig wahrscheinlich, daß die Portugiesen, wenn ein solcher Vorschlag englischerseits mit dem entsprechenden Nachdruck an sie gerichtet wird, den Mut haben werden, denselben abzulehnen. Euerer Exzellenz darf ich lediglich anheim-

---

* Das Privattelegramm Graf Bülows vom Abend des 22. Dezember, das nicht bei den Akten liegt, enthielt zweifellos die Antwort auf Hatzfeldts Privattelegramm vom 21. Dezember bezüglich der Delagoabai (siehe Nr. 4404) und zwar in abwiegelndem Sinne.

** Siehe Nr. 4405.

stellen, ob es sich nicht empfiehlt, die Portugiesen schon jetzt darauf aufmerksam zu machen, daß wir einer solchen Verständigung, wenn derselben nicht eine solche zwischen uns und England vorausgehe, unsere Zustimmung versagen würden.

In bezug auf Telegramm Nr. 393. Ich zweifle nicht, daß Präsident Krüger Friedensverhandlungen wünscht, weil Ausgang ihm zum mindesten zweifelhaft erscheint, zweifle auch nicht, daß die Franzosen weitere Niederlagen der Engländer wünschen und daraus Vorteil ziehen möchten, dagegen kann ich in keiner Weise die Ansicht teilen, daß Rußland schon jetzt damit einverstanden ist, daß Frankreich einen Konflikt mit England vorbereitet. Ist dies aber nicht der Fall, so fällt die Basis für ein französisches Vorgehen gegen England fort, ganz abgesehen davon, daß die Franzosen sich wohl bewußt sind, daß sie, wie zur Zeit von Faschoda, gegen die Übermacht der englischen Flotte nicht aufkommen könnten.

Hier besteht nach wie vor sowohl in Regierungskreisen wie in der öffentlichen Meinung die Überzeugung, daß England schließlich, nachdem die entsprechenden Verstärkungen eingetroffen sind, siegreich sein muß. Hierfür ist man, soweit ich beobachten kann, zu allen Opfern bereit, ich glaube daher nicht, daß man hier auf irgendwelche Friedenseröffnungen eingehen wird, einmal, weil man sich des schließlichen Sieges gewiß glaubt, andererseits, weil man mit Bestimmtheit weiß, daß jede Nachgiebigkeit das englische Prestige in Afrika dauernd und unwiderruflich schädigen würde. Bei den enormen Ressourcen, über welche England verfügt, wenn es den ernsten Willen dazu hat, ist auch, wie ich glaube, noch heute anzunehmen, daß es schließlich den Sieg davontragen wird.

Mit voller Überzeugung teile ich Euerer Exzellenz Ansicht, daß kein feindseliges Eingreifen anderer Mächte gegen England zu erwarten ist, solange Deutschland in schweigender Neutralität verharrt. In meiner Audienz bei Seiner Majestät in Windsor habe ich mir erlaubt, den Standpunkt zu vertreten, daß die Entscheidung aller großen europäischen Fragen in der Hand des Kaisers liegen werde, falls wir den dazu geeigneten Zeitpunkt abwarten könnten. Dies ist auch heute meine Überzeugung, und der letztere Beweis, daß diese Tatsache den englischen Staatsmännern allmählich zum Bewußtsein kommen muß, liegt meines Erachtens darin, daß sie anscheinend heute schon verstehen, daß eine Verständigung mit Portugal über Delagoabai nur möglich ist, wenn sie sich vorher unserer Zustimmung dazu versichern.

In unserem Interesse liegt es, soweit ich mir ein Urteil gestatten darf, daß England unsere berechtigten Ansprüche anerkennt, daß es aber, wenn es sich hierzu geneigt zeigt, durch die Ereignisse nicht aus seiner Stellung als Großmacht ersten Ranges verdrängt wird.

Hatzfeldt

Nr. 4407

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Gesandten in Lissabon Grafen von Tattenbach

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 97 Berlin, den 25. Dezember 1899

Durch die kriegerischen Vorgänge in Südafrika, deren Entwickelung und namentlich Dauer sich heute nicht vorhersehen läßt, gewinnt der Besitz von Laurenzo Marquez an Bedeutung, sowohl für die Kriegführenden wie auch für Dritte. Für Deutschland, welches wichtige und sorgfältig gepflegte koloniale und wirtschaftliche Interessen in Südafrika und Ostafrika hat, ist es keineswegs gleichgültig, was mit Laurenzo Marquez und der Delagoabai geschieht. Deshalb wollen Ew. der portugiesischen Regierung amtlich eröffnen, daß jedes zwischen Portugal und einer dritten Regierung über Besitz oder Kontrolle der Delagoabai vereinbarte Abkommen von der Regierung Seiner Majestät des Kaisers nur dann anerkannt werden wird, wenn diese vorher von den eingeleiteten Verhandlungen verständigt worden und in der Lage gewesen ist zu prüfen, ob die angestrebte Vereinbarung mit den deutschen Interessen in Einklang gebracht werden kann. Ein auf die Delagoabai bezügliches Übereinkommen, welches etwa unter Beiseitelassung Deutschlands erreicht wäre, müßte von uns als ein unfreundlicher Akt betrachtet werden. Ihrem englischen Kollegen können Ew. von diesem Auftrag vertraulich Kenntnis geben, Sie wollen aber auch ihm gegenüber eine Fassung wählen, deren Spitze nicht ausschließlich und sichtbar sich gegen England richtet*.

Bülow

Nr. 4408

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 480 London, den 26. Dezember 1899

Österreichischer Botschafter** sagt mir, nach seinen Beobachtungen halte er nicht für zweifelhaft, daß die Bewegung in der hiesigen

---

* Auf die Mitteilung dieses Telegramms an Graf Hatzfeldt bemerkte dieser in einem Privattelegramm an Graf Bülow vom 26. Dezember 1899: „Mit Instruktion nach Lissabon außerordentlich einverstanden. Hier müssen wir meines Erachtens langsam vorgehen und die Engländer kommen lassen. Heute ist man hier für Sansibar noch nicht weich genug.“

** Graf Deym.

Presse und öffentlichen Meinung zugunsten einer schärferen englischen Kontrolle über Laurenzo Marquez und Delagoabai im Zunehmen sei und die Regierung schließlich nötigen werde, in diesem Sinne zu handeln.

Vorläufig glaube ich nicht, daß man hier in der Sache vorgehen wird, ohne vorher zu versuchen, sich mit uns darüber zu verständigen. Welche Bedingungen man uns dann dafür bietet, wird selbstverständlich davon abhängen, ob man hier zu der Überzeugung kommt, daß die Kontrolle über Delagoabai für die schließlich siegreiche Beendigung des Krieges unerläßlich ist. In zweiter Linie wird es aber auch darauf wesentlich ankommen, welche Konzessionen an uns die Regierung vor öffentlicher Meinung und Parlament glaubt vertreten zu können. Die hiesige öffentliche Meinung versteht aber, soweit ich mir ein Urteil bilden kann, heute noch keineswegs, daß der schließliche Erfolg des Krieges in Frage steht, wenn nur hinreichende Verstärkungen geschickt werden [1], und es ist daher zum mindesten zweifelhaft, ob die Regierung schon jetzt an eine Abtretung von Sansibar denken könnte, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen. In unserem Interesse liegt es deshalb, wie mir scheint, die Entscheidung dieser Frage nicht zu beschleunigen, sondern möglichst abzuwarten, daß die weitere militärische Entwicklung der Dinge in Südafrika hier darüber Klarheit bringt, daß die Kontrolle über Delagoabai unerläßlich und ein unserem Interesse entsprechendes Opfer dafür gerechtfertigt ist.

Hatzfeldt

Randbemerkung des Grafen von Bülow:

[1] Der weitaus überwiegende Teil der hiesigen Militärs glaubt, daß der Krieg in Südafrika mit einer vollständigen Niederlage der Engländer endigen werde. Einige unserer Offiziere sind der Ansicht, daß die Engländer, wenn sie künftig sehr vorsichtig operieren und alle verfügbaren Truppen nach Afrika schicken, nach und nach die Boers mürbe machen könnten. Auch diese Beobachter meinen, daß die Engländer, sobald sich das Kriegsglück ihnen zuwenden oder auch nur stillstehen sollte, mit den Boers auf der Basis des Status quo ante bellum Frieden schließen würden. An ein englisches Vordringen bis Pretoria glaubt hier zurzeit niemand. Aber, chi lò sà?!

Nr. 4409

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 487 London, den 28. Dezember 1899

Wie ich erfahre, hat vorgestern zwischen Lord Lansdowne* und Herrn Balfour eine vertrauliche Besprechung über die Delagoa-

* Staatssekretär des Kriegs.

baifrage stattgefunden, und die beiden Minister haben sich darüber verständigt, daß England solange wie möglich in der Sache nicht vorgehen, daß es aber, wenn es infolge der Verhältnisse oder durch den Druck der öffentlichen Meinung notwendig wird, sich vor weiteren Schritten zunächst mit Deutschland verständigen sollte. Es ist wohl anzunehmen, daß die beiden Minister, welche von Rothschild vorher darauf hingewiesen worden waren, daß ein englisches Vorgehen in Delagoabai bei uns sehr ungern gesehen werden würde, ihm das Ergebnis ihrer Konferenz in der Absicht mitgeteilt haben, daß dasselbe zu unserer Kenntnis gelangt.

Das englische Kabinett, welches den Intrigen des Herrn Leyds namentlich in Paris größere Bedeutung beizulegen scheint, als sie tatsächlich vielleicht verdienen, ist, wie ich höre, überzeugt, daß es der Haltung Deutschlands zu verdanken ist, wenn Delcassé auf die fraglichen Intrigen nicht eingegangen ist, für welche er die Mitwirkung Deutschlands nicht habe gewinnen können.

Man ist daher hier über Haltung sehr erfreut.

Hatzfeldt

Nr. 4410

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 493 London, den 30. Dezember 1899

Aus längerer Unterhaltung mit Balfour hat Freiherr von Eckardstein den bestimmten Eindruck gehabt, daß das englische Kabinett im Begriffe ist, der Delagoabaifrage näherzutreten, und zwar zunächst der Frage der Delagoabai-Eisenbahn. Balfour äußerte in dieser Hinsicht: „Laurenzo Marquez selbst ist uns ganz gleichgültig, dagegen wäre zu überlegen, ob es nicht möglich sein würde, durch irgendwelche Maßnahmen die Beförderung von Kriegsmaterial auf der Delagoabai-Eisenbahn zu verhindern."

Auf die Bemerkung des Freiherrn von Eckardstein, daß ein Vorgehen Englands in der Delagoabaifrage in Deutschland sehr unwillkommen sein würde, und daß jedenfalls nichts ohne die Zustimmung der Kaiserlichen Regierung darin geschehen könnte, erwiderte Balfour: „Sie können dem Grafen Hatzfeldt in meinem Namen sagen, daß sowohl ich als meine Kollegen uns vollständig bewußt sind, daß, falls wir durch die Umstände gezwungen werden, an die Delagoabaifrage heranzutreten, eine vorherige Verständigung mit Deutschland notwendig ist."

Unsere letzte Demarche in Lissabon* war dem Minister bereits bekannt. Auf die Bemerkung des Freiherrn von Eckardstein, daß dieser Schritt durchaus keine Feindseligkeit gegen England bedeute, erwiderte Balfour, daß er persönlich darin auch keine Spitze gegen England erblicke. Man habe hier jedoch Grund zu der Annahme, daß die portugiesische Regierung aus dem Vorgang auf eine zwischen der englischen und deutschen Regierung bestehende Friktion geschlossen habe. Ganz vertraulich bemerkte er dazu, ob der Kaiserliche Gesandte in Lissabon nicht angewiesen werden könnte, der portugiesischen Regierung diese irrige Ansicht zu benehmen, bat aber schließlich, diesen Wunsch nicht als offiziell zu betrachten.

Im übrigen zeigte sich Balfour hoch erfreut über die Haltung der Kaiserlichen Regierung, welcher es zu verdanken sei, daß bis jetzt keine einzige Kontinentalmacht die südafrikanische Frage benutzt habe, um England Verlegenheiten zu bereiten.

Nach Ansicht des Freiherrn von Eckardstein rückt der Moment jetzt immer näher, wo das englische Kabinett ganz plötzlich mit dem einen oder anderen Vorschlage bezüglich Delagoabai an uns herantritt. Die Möglichkeit, dabei Sansibar zu erhalten, hält er aber vorläufig noch für ausgeschlossen.

Hatzfeldt

Nr. 4411

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 13 London, den 5. Januar 1900

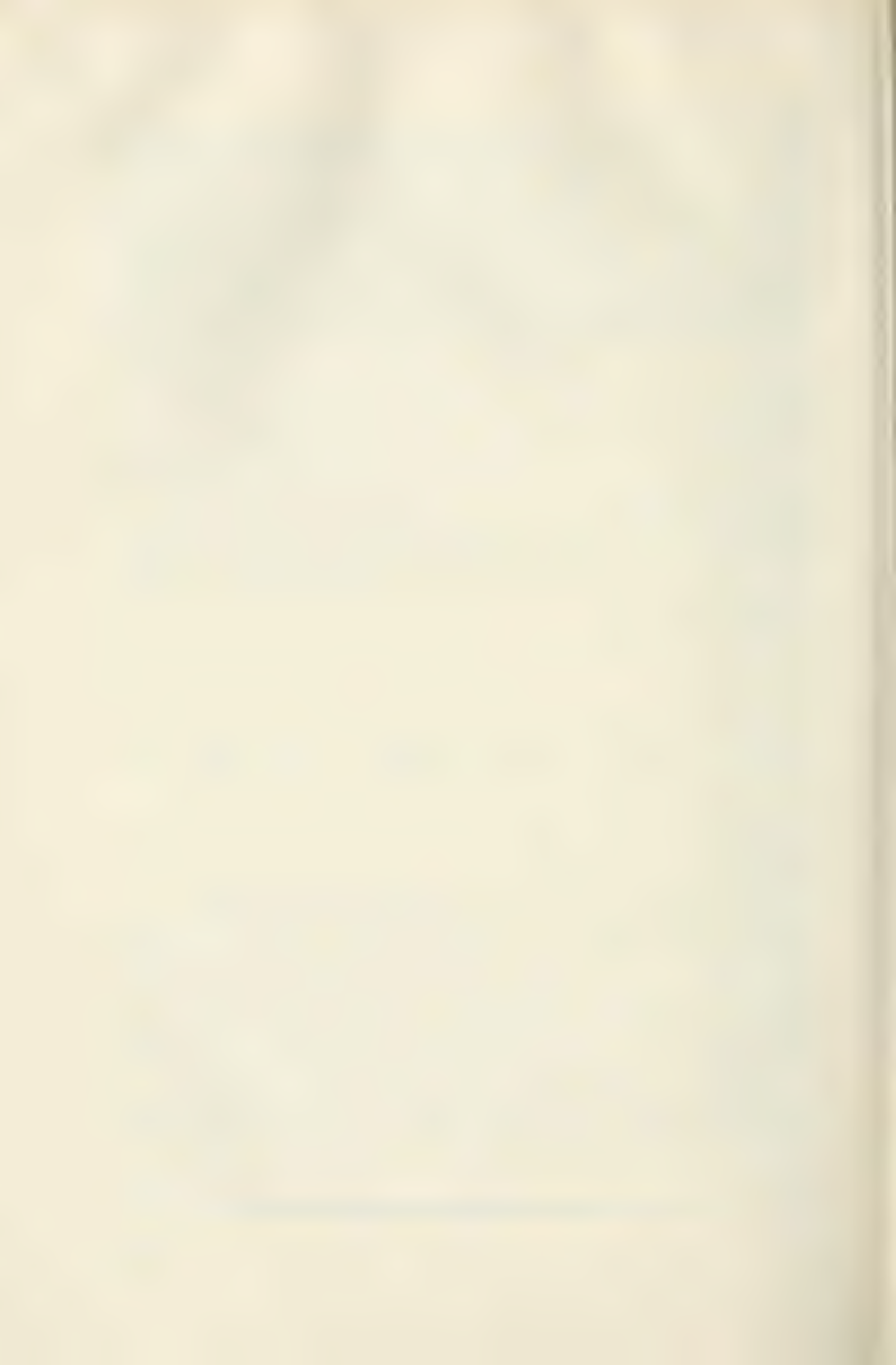
In bezug auf die Delagoabaifrage äußerte sich Lord Salisbury dem Freiherrn von Eckardstein gegenüber kürzlich dahin, daß er tatsächlich der Frage einer Verhinderung der Beförderung von Kriegsmaterial auf der Delagoabai-Eisenbahn nähergetreten sei, jedoch hierzu keine Mittel und Wege habe finden können. Er versicherte alles zu tun, um trotz des Drängens der öffentlichen Meinung ein Vorgehen in dieser Frage zu vermeiden, und hoffe, daß ihm dies gelingen werde. Er habe sich vorläufig darauf beschränkt, einen erneuten Druck auf die portugiesische Regierung bezüglich einer schärferen Kontrolle in Delagoabai auszuüben, und ebenso seien auch ganz kürzlich noch mehr englische Detektivs zur Unterstützung des dortigen englischen

* Vgl. Nr. 4407.

Konsuls entsendet worden. Er schloß mit den Worten: „Auf jeden Fall werden wir keinen wichtigen Schritt in der Delagoabaifrage tun, ohne die deutsche Regierung vorher zu konsultieren.“

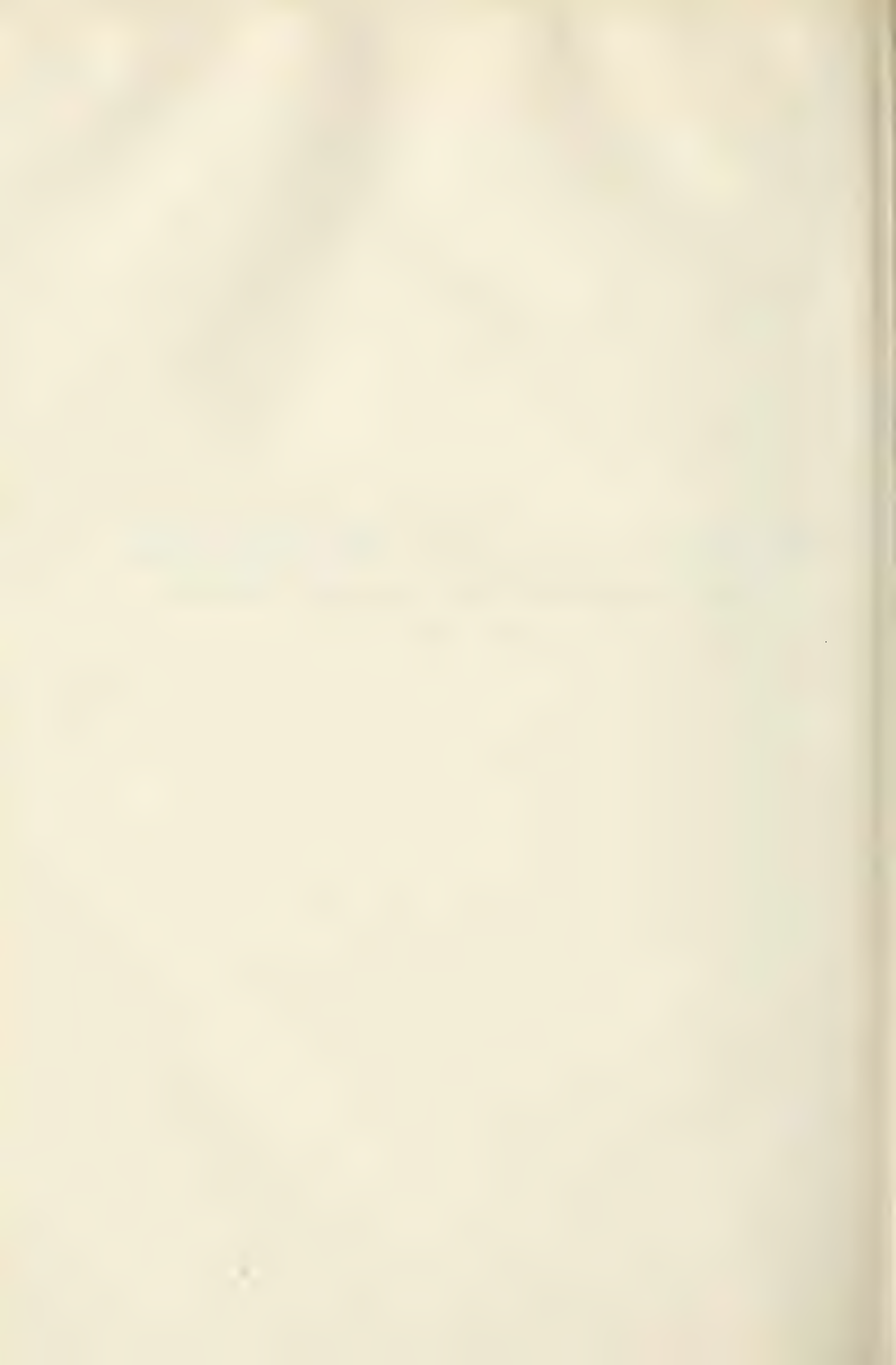
Auch Lord Salisbury scheint die Überzeugung zu haben, daß es lediglich der Kaiserlichen Regierung zu verdanken sei, daß England bis jetzt von etwaigen Interventionsgelüsten kontinentaler Mächte verschont geblieben ist, und sagte etwa folgendes: Solange Deutschland es ablehnt, sich an etwaigen Versuchen, England während der gegenwärtigen Krisis Verlegenheit zu bereiten, zu beteiligen, ist nichts Ernstliches zu befürchten.

Hatzfeldt



Kapitel CII

Ein Deutsch-Englischer Zwischenfall im Burenkriege: Die Beschlagnahme der deutschen Dampfer 1899—1900



Nr. 4412

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Dirksen

Nr. 405 — Berlin, den 30. Dezember 1899
[abgegangen am 31. Dezember]

Nach Meldungen des Kaiserlichen Konsulats in Durban vom 28. und Anzeige der Deutschen Ostafrikalinie in Hamburg ist der Reichspostdampfer „Bundesrath" vor der Delagoabai englischerseits angehalten und vom englischen Kriegsschiff „Magicienne" als Prise in den Hafen von Durban eingebracht worden, ohne daß von englischen Behörden Angabe von Gründen zu erreichen gewesen. Nach Versicherung der Reederei befindet sich keine Kriegskonterbande an Bord.

Bitte unverzüglich dortige Regierung um Aufklärung über die Gründe dieses ungewöhnlichen Vorgehens zu ersuchen und mit allem Nachdruck, wenn auch unter Vermeidung von unnötiger Schärfe, Freigabe des Schiffes zu beantragen, dessen tagelange Festhaltung allein nicht nur eine erhebliche Schädigung des deutschen Reeders, sondern, da es sich um einen Postdampfer handelt, auch Beeinträchtigung öffentlicher und allgemeiner Interessen bedeutet.

Drahtbericht. — Bülow

Nr. 4413

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Dirksen

Nr. 408 — Berlin, den 31. Dezember 1899

Mit Beziehung auf Telegramm Nr. 405*.

Nach weiterer Mitteilung der Deutschen Ostafrikalinie haben alle ihre Agenten und Kapitäne strikteste Instruktion, Kriegskonterbande

* Siehe Nr. 4412.

nicht zu befördern. Die deutsche Reederei befürchtet gegenüber diesem brutalen Eingriff gleiche Maßregeln gegen ihre anderen Dampfer, damit Lahmlegung ihres ganzen Dienstes nach Südafrika und stellt Ersatzforderungen in Aussicht, die sich vermutlich mit Rücksicht auf den ihr erwachsenden enormen Schaden ungemein hoch stellen werden.

Ew. wollen auch dies verwerten und sich der Sache mit größtem Nachdruck annehmen. Zur Beruhigung unserer durch diesen peinlichen Vorfall sehr erregten öffentlichen Meinung — und für die Erleichterung der Stellung der Regierung — wäre die sofortige Freigabe des deutschen Postdampfers in hohem Grade wünschenswert. Sollte letzterer wider Erwarten Hindernisse entgegenstehen, so könnten Sie im äußersten Notfall als persönliche Anregung vielleicht Freigabe gegen Kautionsstellung vorschlagen, um Unterbindung des ganzen Dienstes zu hindern. Außerdem bitte ich den genauen Punkt, wo Anhaltung erfolgt ist, und ob auf hoher See oder in portugiesischen Küstengewässern, festzustellen.

Bülow

Nr. 4414

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 496 London, den 31. Dezember 1899

Vorläufige Antwort auf Telegramm Nr. 405*.

Sir Th. Sanderson**, bei welchem ich die Angelegenheit in vorgeschriebener Weise zur Sprache gebracht habe, will meine Mitteilungen sogleich zur Kenntnis von Lord Salisbury und Admiralität bringen und stellt mir sofortige Rückäußerung in Aussicht. Soviel er wisse, sei bis jetzt hier nichts weiter bekannt, als was gestern nacht bereits Sir Frank Lascelles telegraphisch mitgeteilt worden sei. Die Kaiserliche Regierung könne sich darauf verlassen, daß englische Regierung ihr alle weiteren Nachrichten mit möglichster Beschleunigung mitteilen werde, und daß sie den ernstlichen Wunsch hege, erlaubten neutralen Handelsverkehr möglichst wenig zu beeinträchtigen und stören.

Ich habe den Eindruck, daß man hier das möglicherweise übereilte Vorgehen der dortigen Behörden lebhaft bedauert.

Hatzfeldt

---

* Siehe Nr. 4412.

** Permanenter Unterstaatssekretär im Foreign Office.

Nr. 4415

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 1 London, den 1. Januar 1900

Antwort auf Telegramm Nr. 408*.

Ich habe heute wieder die Angelegenheit in nachdrücklichster Weise im Sinne obigen Telegramms sowohl bei Sir Th. Sanderson wie bei dem Dezernenten Mr. Bertie zur Sprache gebracht. Ersterer bestätigt mir, daß er gestern sofort an Premierminister und Admiralität berichtet habe. Letzterer habe sogleich telegraphisch weitere Aufklärung aus Durban verlangt. Der Unterstaatssekretär hofft, mir womöglich noch heute eine Rückäußerung schicken zu können. Mr. Bertie zeigt gleichfalls das Bestreben, die Sache in befriedigender Weise geregelt zu sehen, äußerte aber die Ansicht, daß jedenfalls das Prisengericht die Untersuchung des Dampfers vornehmen müsse.

In Erwartung weiterer Nachrichten habe ich es vorläufig vermieden, die Frage „Freigabe gegen Kaution" zu berühren.

Mr. Bertie kam aber von selbst auf dieselbe zu sprechen. Ich habe mich begnügt, als meine Privatansicht zu äußern, daß sogar dieser Ausweg trotz sonstiger Bedenken immer besser sei wie eine weitere Festhaltung des Schiffs.

Hatzfeldt

Nr. 4416

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 1 Berlin, den 1. Januar 1900

Graf Metternich** telegraphiert:

„Herr Woermann hat laut Passagierliste keinen Grund zur Annahme, daß sich Offiziere oder Mannschaften für Burenarmee an Bord „Bundesrath" befunden haben. Passagiere bestanden hauptsächlich aus Portugiesen. Nur ein oder zwei Deutsche in erster und zweiter Klasse. Wer unterwegs noch eingestiegen sein mag, weiß er nicht. Auch Ladung des Dampfers habe nichts Verdächtiges enthalten.

Der lukrative Verkehr mit Delagoabai konzentriere sich auf deutsche Linie, da englische Linie dort nicht mehr anlaufen dürfe. England wolle Verkehr mit Delagoabai völkerrechtswidrig unter-

---

* Siehe Nr. 4413.

** Preußischer Gesandte in Hamburg.

binden. Herr Woermann hofft auf hohen Schadenersatz und auf Zusammensetzung des Prisengerichts auch mit deutschen Mitgliedern."

Vorstehendes zu Ew. vorläufiger Information. Ein Kurier mit ausführlicher Direktive für Regelung Ihrer Sprache zum Zwecke der Wahrung unseres Rechtsstandpunktes trifft übermorgen, Mittwoch früh, in London ein. Bülow

Nr. 4417

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 3 Berlin, den 2. Januar 1900

Antwort auf Telegramm 496 und Nr. 1*. Im Verfolg meines Telegrammes Nr. 1**.

Generalkonsul Kapstadt meldet von gestern: Englischer Admiral habe ihm von Simonstown telegraphiert, die „Magicienne" habe genügenden Beweis dafür gesammelt, daß Postdampfer „Bundesrath" Kriegskonterbande habe, um seinen Antrag bei der Admiralität zu rechtfertigen, daß das Schiff vor ein Prisengericht gestellt werde.

Halten Sie demgegenüber als maßgebenden Standpunkt fest, daß Waren unter neutraler Flagge, die nach neutralem Hafen bestimmt sind, überhaupt nicht als Kriegskonterbande behandelt werden können. Waren, die in Laurenzo Marquez gelandet sind, können den Charakter als Kriegskonterbande erst dann annehmen, falls sich ihre Bestimmung für feindliche Armee in Transvaal nachweisen läßt. Die Sorge und Verantwortung dafür, daß nach Laurenzo Marquez konsignierte Waren nicht nach Transvaal weitertransportiert werden, kann dem deutschen Reeder oder Verfrachter unmöglich aufgebürdet werden.

Übrigens mag als Beweis dafür, wie vorsichtig in jeder Beziehung die Deutsche Ostafrikalinie verfahren ist, die Tatsache dienen, daß die schon Mitte Oktober Transporte von Waffen und Munition telegraphisch angehalten und in Port Said und Daressalam hat ausschiffen lassen.

Die Ansicht von Mr. Bertie, daß das Prisengericht zunächst die Untersuchung des Dampfers vornehmen müsse, ist überraschend, da ohne flagranten Beweis einer Neutralitätsverletzung die Festhaltung überhaupt nicht hätte erfolgen dürfen.

Bitte festzustellen, ob für das Verfahren noch die Prisenverordnung vom 23. Juni 1864 maßgebend ist.

Bülow

---

* Siehe Nr. 4414 und Nr. 4415.

** Siehe Nr. 4416.

Nr. 4418

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 7 London, den 3. Januar 1900

Bei heutiger Unterredung zwischen Lord Salisbury und Freiherrn von Eckardstein kam unter anderm auch die Angelegenheit des Reichspostdampfers „Bundesrath“ zur Sprache, und Lord Salisbury sagte demselben, daß er bereits vorgestern Schritte getan habe, um baldmöglichst Klarheit in den wahren Sachverhalt dieser Angelegenheit zu bringen, daß es aber voraussichtlich noch einige Zeit dauern werde, ehe er in der Lage sei, eine definitive Antwort zu geben. Freiherr von Eckardstein erwiderte demselben darauf, daß eine sofortige Regelung dieser Angelegenheit wünschenswert sei, und wies darauf hin, daß 1. jeder Aufschub eine schädliche Wirkung auf die Beziehungen beider Länder haben würde, 2. daß wir daran festhalten müssen, daß Waren unter neutralen Flaggen, die nach neutralen Häfen bestimmt sind, überhaupt nicht als Kriegskonterbande behandelt werden können, und 3. daß durch jeden Tag Verzögerung die der englischen Regierung zu präsentierende Entschädigungsrechnung bedeutend wachse. Lord Salisbury zeigte hierfür Verständnis und versprach sofort nochmals, ein dringendes Telegramm zur Beschleunigung der Angelegenheit zu schicken, sowie Mittel und Wege zur sofortigen Freigabe des Schiffes zu suchen. Er will heute noch bei den Kronjuristen anfragen lassen, ob es nicht möglich sei, den Dampfer gegen Kautionsstellung sofort freizugeben. Hatzfeldt

Nr. 4419

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 6 Berlin, den 3. Januar 1900
[abgegangen am 4. Januar]

Im Anschluß an Telegramm Nr. 3*.

Deutsche Ostafrikalinie bittet, Frage der Kautionsstellung zunächst nicht zu berühren, da sie befürchtet, daß, falls noch andere Dampfer aufgebracht werden, die Summe sich zu hoch belaufen würde.

Wir erwarten mit Bestimmtheit baldige Nachricht über Freilassung des Schiffes, da uns nach Lage des Falles prisengerichtliches Verfahren ausgeschlossen erscheint. Ein solches ließe sich nur durch

* Siehe Nr. 4417.

nachgewiesenes Vorhandensein von Kriegskonterbande rechtfertigen. Dies ist, welches auch der Inhalt des Schiffes gewesen sein mag, ausgeschlossen, da es nach anerkannten Völkerrechtsgrundsätzen beim Handel zwischen neutralen Häfen überhaupt keine Konterbande geben kann. Diese Auffassung entspricht dem von der englischen Regierung selbst 1863 bei Beschlagnahme des „Springbok“ gegenüber dem Spruch des amerikanischen Prisengerichts eingenommenen Standpunkt und ist auch von der britischen Admiralität in ihrem „Manual of Naval Prize Law“ von 1866 vertreten worden. Gegenüber den dort festgelegten Sätzen: „A vessel's destination should be considered neutral, if both the port, to which she is bound and every intermediate port, at which she is to call in the course of her voyage, be neutral“ und „the destination of the vessel is conclusive as to the destination of the goods on board“ ist unser Anspruch auf Freigabe des Schiffes ohne prisengerichtliche Untersuchung unbedingt gerechtfertigt und dies um so mehr, als der Charakter des Postdampfers mit vorgeschriebenem Reiseplan das Löschen der Waren in einem anderen als dem angegebenen neutralen Bestimmungshafen ausschließt.

Ew. wollen sofort mittels Note unter Verwertung der Ausführungen dieses und des gestrigen Telegramms die Freigebung des „Bundesrath“ unter Vorbehalt unserer Entschädigungsansprüche beantragen und dabei hervorheben, daß die ungerechtfertigte Beschlagnahme nunmehr bereits über eine Woche dauert, ohne daß uns bisher vom Londoner Kabinett irgendwelche Auskunft über die Gründe derselben geworden wäre. Bülow

Nr. 4420

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 7 Berlin, den 4. Januar 1900

Im Anschluß an mein Telegramm Nr. 6*, auf Ihr Telegramm Nr. 7**: Wenn Lord Salisbury Erteilung einer definitiven Antwort erst nach Verlauf einiger Zeit in Aussicht stellt, so verkennt er völlig die große Wichtigkeit, die wir dem von der englischen Marine geübten höchst empfindlichen Eingriff in unseren Handel beilegen müssen. Nach einem gestrigen Telegramm aus Aden ist nunmehr noch ein zweiter Postdampfer der Deutschen Ostafrikalinie „General“ dort angehalten, von englischen Truppen zwecks Durchsuchung

---

* Siehe Nr. 4419.

** Siehe Nr. 4418.

zwangsweise besetzt und ihm aufgegeben worden, die Ladung zu löschen.

Ich bitte Euere Exzellenz, umgehend in einer zweiten Note die dortige Regierung hiervon in Kenntnis zu setzen und den formellen Antrag zu stellen, daß unter ausdrücklichem Vorbehalt aller etwaigen Schadensersatzforderungen die sofortige Freigabe des Dampfers und seiner Ladung verfügt, die Ladung wieder an Bord gebracht und der Weiterfahrt des Schiffes nach seinen fahrplanmäßigen Bestimmungsorten kein Hindernis in den Weg gelegt wird.

Sie wollen ferner beantragen, daß die britischen Schiffskommandanten in den afrikanischen Gewässern mit bindenden Weisungen dahin versehen werden, daß sie unter Beachtung der völkerrechtlichen Normen dem Handel der Neutralen untereinander keine weiteren Hindernisse in den Weg legen. Die Deutsche Ostafrikalinie hat bereits erklärt, daß sie ihren Dienst nicht mehr aufrechterhalten könne, woraus sich Entschädigungsforderungen ergeben werden, die sich auf Millionen belaufen würden.

Ich stelle anheim, hierbei mündlich hinzuzufügen: wenn wirklich Grund zur Befürchtung vorliege, daß Transvaal Zufuhr von Kriegskonterbande durch die portugiesischen Besitzungen erhalte, so möge England dies dadurch verhindern, daß es die portugiesischen Behörden zur nötigen Wachsamkeit anhält. Das bisher geübte Verfahren aber komme auf eine Brüskierung der neutralen handeltreibenden Mächte heraus, die schon jetzt unerträglich werde, selbst bei englischen Staatsmännern nicht allgemeine Billigung finde und im Widerspruch zu Englands eigener Haltung in früheren Fällen stehe.

Bülow

Nr. 4421

*Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den englischen Premierminister Marquess of Salisbury**

Note. Abschrift

London, den 4. Januar 1900

Unter Bezugnahme auf die Angelegenheit betreffend die Beschlagnahme des deutschen Dampfers „Bundesrath" seitens eines englischen Kriegsschiffs, beehre ich mich Euerer Exzellenz auftragsgemäß mitzuteilen, daß die Kaiserliche Regierung nach stattgehabter gründlicher Prüfung der Angelegenheit und der in Frage kommenden juristischen Gesichtspunkte den Standpunkt vertritt, daß in dieser Angelegenheit ein prisengerichtliches Verfahren ausgeschlossen er-

* In englischer Übersetzung abgedruckt im Englischen Blaubuch „Correspondence respecting the Action of Her Majesty's Naval Authorities with regard to certain Foreign Vessels" und daraus in: Das Staatsarchiv, Bd. 64, S. 210.

scheint. Dieser Standpunkt beruht auf der Auffassung, daß ein prisengerichtliches Verfahren sich nur durch nachgewiesenes Vorhandensein von Kriegskonterbande rechtfertigen läßt, und daß in dem vorliegenden Falle dies, welches auch der Inhalt des „Bundesrath" gewesen sein mag, ausgeschlossen ist, da es nach anerkannten Völkerrechtsgrundsätzen beim Handel zwischen neutralen Häfen überhaupt keine Konterbande geben kann. Diese Auffassung entspricht dem von der englischen Regierung selbst im Jahre 1863 bei Beschlagnahme des „Springbok" gegenüber dem Spruch des amerikanischen Prisengerichts eingenommenen Standpunkt, welcher auch von der britischen Admiralität in ihrem Manual of Naval Prize Law vom Jahre 1866 vertreten worden ist.

Die Kaiserliche Regierung ist der Ansicht, daß gegenüber den dort festgesetzten Sätzen:

„A vessel's destination should be considered neutral, if both the port, to which she is bound and every intermediate port, at which she is to call in the course of her voyage, be neutral" und „the destination of the vessel is conclusive as to the destination of the goods on board"

ihr Anspruch auf Freigabe des Schiffes „Bundesrath" ohne prisengerichtliche Untersuchung unbedingt gerechtfertigt ist, und dies um so mehr, als der Charakter des Postdampfers mit vorgeschriebenem Reiseplan das Löschen der Waren in einem anderen als dem angegebenen neutralen Bestimmungshafen ausschließt.

Auf Grund obiger Ausführungen beehre ich mich, bei Eurer Exzellenz im Auftrage der Kaiserlichen Regierung die Freigabe des „Bundesrath" unter Vorbehalt weiterer Entschädigungen zu beantragen, und wäre Eurer Exzellenz in Anbetracht des Umstandes, daß die Beschlagnahme bereits über eine Woche dauert und der Kaiserlichen Regierung bisher noch keine Auskunft über die Gründe derselben geworden ist, für eine möglichst baldige Rückäußerung zu besonderem Dank verpflichtet.

(gez.) Hatzfeldt

Nr. 4422

*Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den englischen Premierminister Marquess of Salisbury**

Note. Abschrift

London, den 5. Januar 1900

Einer vorgestern an die Kaiserliche Regierung gelangten telegraphischen Mitteilung aus Aden zufolge ist nunmehr noch ein zweiter

* In englischer Übersetzung abgedruckt im Englischen Blaubuch Africa Nr. 1 (1900) und daraus in: Das Staatsarchiv, Bd. 64, S. 211 f. Der Wortlaut der

Postdampfer der Deutschen Ostafrikalinie „General“ dort angehalten, von englischen Truppen zwangsweise besetzt und ihm die Löschung seiner Ladung aufgegeben worden.

Erhaltenem Auftrage gemäß beehre ich mich, Eurer Exzellenz hiervon Kenntnis zu geben und gleichzeitig den Antrag ganz ergebenst zu stellen, daß unter ausdrücklichem Vorbehalt aller etwaigen Schadensersatzforderungen die sofortige Freigabe des Dampfers und seiner Ladung verfügt, die Ladung, soweit sie bereits gelöscht ist, wieder an Bord gebracht und der Weiterfahrt des Schiffes nach seinen fahrplanmäßigen Bestimmungsorten kein Hindernis in den Weg gelegt werden möge.

Eure Exzellenz bitte ich ferner auftragsgemäß, daß bindende Weisungen an die britischen Schiffskommandanten in den afrikanischen Gewässern erlassen werden mögen, dahingehend, daß sie unter Beachtung der völkerrechtlichen Normen dem Handel der Neutralen untereinander keine weiteren Hindernisse in den Weg legen mögen.

Für eine baldgeneigte Rückäußerung würde ich Eurer Exzellenz zu besonderem Danke verpflichtet sein. (gez.) Hatzfeldt

Nr. 4423

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 11 London, den 5. Januar 1900

Unter Bezugnahme auf Telegramme Nr. 6 und 7*.

Der mir erteilten Instruktion entsprechend habe ich Lord Salisbury gestern die mir mittelst Telegramm Nr. 6 vorgeschriebene Note zukommen lassen und heute die mir mittelst Telegramm Nr. 7 befohlene Note durch Freiherrn von Eckardstein persönlich Sir Th. Sanderson übergeben lassen**.

Nachdem Freiherr von Eckardstein den Unterstaatssekretär auf den Ernst der Lage aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen

---

Note berechtigt doch kaum das jetzt von Freiherrn von Eckardstein (Lebenserinnerungen und Politische Denkwürdigkeiten II, 144 f.) gefällte Urteil: „Diese Note stellt zweifellos in der Geschichte der Diplomatie aller bisherigen Zeiten in bezug auf Unflätigkeit, beleidigende Ausdrucksform und allgemeine Knotigkeit ein Unikum dar.“ Wäre es berechtigt, so würde es insofern auf ihn selbst zurückfallen, als er bei der damaligen Erkrankung des Grafen Hatzfeldt die Note selbst dem Unterstaatssekretär Sanderson übergeben hat und sich bei seinen mündlichen Erläuterungen ihren Inhalt durchaus zu eigen gemacht hat. Vgl. das folgende Schriftstück. Die Antwortnote Lord Salisburys siehe Nr. 4454.

* Siehe Nr. 4419 und Nr. 4420.

** Siehe Nr. 4421 und Nr. 4422.

hatte, daß die Deutsch-Ostafrikalinie nicht mehr in der Lage sei, ihren Dienst aufrechtzuerhalten, woraus sich sehr bedeutende Entschädigungsforderungen ergeben würden, erwiderte Sir Th. Sanderson, daß er sich des Ernstes der Lage vollkommen bewußt sei und im Auftrage Lord Salisburys heute früh persönlich die Admiralität sowie das Kolonialamt aufgesucht und beide Behörden zu nochmaligen dringenden Instruktionen an die zuständige Stelle in Durban zur Beschleunigung der Angelegenheit veranlaßt habe.

Heute nachmittag suchte Freiherr von Eckardstein in meinem Auftrage den ersten Privatsekretär Lord Salisburys * auf, um auch dort auf schleunige Erledigung der Angelegenheit zu wirken. Wie er aus Äußerungen desselben, welche jedoch vorläufig noch nicht als offiziell zu betrachten sind, entnimmt, wird die englische Regierung voraussichtlich zunächst gegen den von uns eingenommenen Rechtsstandpunkt protestieren, unter Hinweis auf den Umstand, daß in der Angelegenheit des Dampfers „Springbok" die amerikanische Regierung Recht behalten und England sich ohne Protest dem Spruch des Prisengerichts gefügt habe; im übrigen aber werde Lord Salisbury alles tun, um den Wünschen der deutschen Regierung möglichst entgegenzukommen.

Freiherr von Eckardstein hat den Eindruck, daß man auf dem Foreign Office sehr ungehalten darüber ist, seitens der Behörden in Durban immer noch nicht in den Stand gesetzt zu sein, sich ein klares Bild über den wahren Sachverhalt der Angelegenheit machen zu können. Man hofft mit Bestimmtheit, morgen, spätestens übermorgen sowohl aus Durban als auch aus Aden Nachricht zu haben und der Kaiserlichen Regierung eine Antwort auf die beiden Noten geben zu können.

Hatzfeldt

Nr. 4424

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Dirksen

Berlin, den 6. Januar 1900

Eurer Exzellenz beehre ich mich, beifolgend einen Artikel der „Weserzeitung" von gestern zu übersenden, dessen völkerrechtliche Darlegungen, ohne von hier aus inspiriert zu sein, sich vollkommen mit den Ausführungen der Ihnen wegen der Beschlagnahme der beiden Postdampfer der Deutschen Ostafrikalinie zugegangenen Weisungen

---

* Sir Eric Barrington.

decken. Was insbesondere den Hinweis darauf anlangt, daß die Entscheidung der vorliegenden Frage einen wichtigen Präzedenzfall für die Behandlung der nach Deutschland bestimmten Zufuhren im Falle eines vom Reiche zu führenden Krieges über holländische und belgische Häfen bilden wird, so finden Euer Exzellenz diesen Gedanken bereits in meinem Telegramm Nr. 328 vom 9. November v. Js. ausgeführt. Ich kann Eurer Exzellenz nicht verhehlen, wie nicht nur das brutale und rücksichtslose Vorgehen der englischen Kommandanten gegen die beiden Postdampfer, sondern vor allem auch die Lässigkeit, mit der die dortige Regierung unsere Vorstellungen behandelt hat, uns im höchsten Maße befremdet und die Überzeugung aufgedrängt hat, daß Lord Salisbury trotz seiner Ihnen gegenüber gemachten gegenteiligen Äußerungen die Wichtigkeit, welche die Sache für uns hat, erheblich unterschätzt. Es mag vom englischen Standpunkt aus begreiflich sein, daß man die Zufuhren nach der Delagoabai ungern sieht und durch skrupellose Durchführung des Visitationsrechts auf hoher See die durch die militärischen Mißerfolge erregte öffentliche Meinung zu beruhigen versucht; nicht verständlich aber und nicht vereinbar mit der im Verkehr zwischen zwei befreundeten Staaten geschuldeten Höflichkeit ist es, daß es der dortigen Regierung seit dem 28. v. Mts. nicht gelungen ist, uns Aufschluß über die Gründe der Beschlagnahme zu erteilen und deren Aufhebung herbeizuführen. Daß das Kabinett in Washington in der von ihm betriebenen Reklamation wegen Beschlagnahme eines mit Mehl beladenen Schiffes dieselbe Beschwerde erhebt, werden Sie aus der Ihnen heute anderweit mitgeteilten Meldung des Herrn von Holleben entnehmen können.

Gegenüber dem einmütigen Verlangen der gesamten deutschen Presse, die in diesem Falle unzweideutig die Volksmeinung widerspiegelt, die Regierung möge mit Entschiedenheit vorgehen und ihren Rechtsstandpunkt in der Öffentlichkeit entwickeln, ist von der Kaiserlichen Regierung bisher Zurückhaltung beobachtet worden, um dem Londoner Kabinett die Möglichkeit zu gewähren, das Vorgehen der Schiffskommandanten zu desavouieren. Ein längeres Schweigen ist aber schon mit Rücksicht auf den bevorstehenden Wiederzusammentritt der parlamentarischen Körperschaften nicht durchführbar, und wir werden uns daher voraussichtlich in wenigen Tagen genötigt sehen, aus unserer Reserve hervorzutreten und unseren Standpunkt, wie derselbe in der Ihnen übersandten Denkschrift entwickelt worden ist, mit vollster Klarheit darzulegen. Die Tatsache, daß frühere englische Kabinette in Fragen der vorliegenden Art anders gesprochen und gehandelt haben, wie das jetzige, daß Stimmen von Männern wie Lord Rosebery und Sir Charles Dilke und angesehene englische Blätter den von der englischen Regierung in Neutralitätsfragen eingenommenen Standpunkt nicht teilen, daß endlich selbst in der Zu-

schrift des Professors T. E. Holland* an die „Times“ vom 3. d. Mts. sich eine betreffs der Lebensmittelzufuhr von der Regierung abweichende Auffassung ausspricht, wird geeignet sein, unsere Ausführungen wirksam zu unterstützen.

Ich bitte Eure Exzellenz, gleich nach Empfang dieses Erlasses, falls bedauerlicherweise bis dahin eine uns zufriedenstellende Entscheidung noch nicht herbeigeführt ist, unter Verwertung der vorstehend entwickelten Gesichtspunkte und der Ausführungen der „Weserzeitung“ — jedoch ohne Erwähnung der Momente, die aus diesem Fall einen Präzedenzfall bei einem unsrerseits zu führenden Kriege machen — die Sache mit Lord Salisbury zu besprechen, um die endliche Freigabe der beiden Postdampfer oder des „Bundesrath“, wenn sich die Nachricht von der Freilassung des „General“ bestätigen sollte, zu erreichen. Wenn Sie sich einen Erfolg davon versprechen, kommen Sie nach wiederholter Entwickelung unserer völkerrechtlichen Auffassung nochmals auf das bereits einmal verwertete Argument zurück, daß die Schadensersatzforderung der betreffenden Reederei mit jedem Dampfer, der weiter angehalten wird, und mit jedem Tage, der länger verstreicht, um das entsprechende wachsen und sich, nachdem jetzt schon der ganze ostafrikanische Dienst der Linie gestört ist, auf Millionen belaufen werde.

Zu Ihrer ganz vertraulichen Information will ich noch hinzufügen, daß nach mir zugegangenen Mitteilungen der britische Generalkonsul in Sansibar, Sir A. Hardinge, von Neapel nach Sansibar als Passagier auf dem „Bundesrath“ gefahren sein soll, was bei der wenig luxuriösen Beschaffenheit des Dampfers einigermaßen auffällig ist und Rückschlüsse zuläßt.

Wie Eure Exzellenz aus dem anliegenden Artikel der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ vom 3. d. Mts. ersehen wollen, beschäftigt sich die öffentliche Meinung mit einer Lieferung von Stahlgranaten, die die Kruppschen Werke für die englische Regierung übernommen haben sollen. Ich habe Veranlassung genommen, an Herrn Krupp die Aufforderung zu richten, bis auf weiteres die Ablieferung von Kriegsmaterial nach England hinauszuschieben, und behalte mir vor, Sie davon in Kenntnis zu setzen, sobald ein endgültiger Beschluß in dieser Frage gefaßt sein wird. Vorläufig bitte ich, dies n i c h t zu verwerten.

Aus der in Abschrift anliegenden Eingabe der Deutschen Ostafrikalinie vom 4. d. Mts. ** wollen Sie ersehen, welche schwere Schädigungen ihr zugefügt sind.

---

* Professor des Internationalen Rechts in Oxford.

** Die Eingabe schloß u. a. mit den Worten: „Unsere Linie kann durch solche Maßnahmen der Engländer geradezu ruiniert werden, und schon jetzt ist der Schaden, der uns zugefügt worden ist, ein unermeßlicher.“

Ihren Mitteilungen über die weitere Entwicklung der Sache sehe ich mit besonderem Interesse entgegen.

Bülow

Nr. 4425

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 30 Berlin, den 6. Januar 1900
[abgegangen am 7. Januar]

In einer der letzten Mitteilungen Ew. pp. finde ich den Gedanken, daß es lediglich auf die Haltung der Kaiserlichen Regierung zurückzuführen sei, wenn England bis jetzt mit Interventionsgelüsten anderer Mächte verschont geblieben sei *. Der englische Premierminister hatte ungefähr gesagt, solange Deutschland es ablehne, sich an etwaigen Versuchen, England während der gegenwärtigen Krisis Verlegenheiten zu bereiten, zu beteiligen, habe England nichts Ernstliches zu befürchten.

Der im vorstehenden zusammengefaßte Gedanke ist sowohl hinsichtlich der Interventionsneigungen einerseits wie auch hinsichtlich der bisherigen ablehnenden Haltung Deutschlands andererseits so vollständig den Tatsachen entsprechend, daß ihm nichts hinzuzufügen ist. Desto unverständlicher ist aber, in Anbetracht dieser Anschauung des leitenden Staatsmannes, die über alle Maßen rücksichtslose Behandlung, welche Deutschland gerade in diesem Augenblick von England erfährt, ich meine nicht nur die Gewaltakte der englischen Marine- und Hafenbehörden im Indischen Ozean gegen deutsche Postdampfer, sondern auch die Langsamkeit und Indolenz, welche die Zentralbehörde bei Aufklärung der Sache zur Schau trägt. Ich kann mir diesen scheinbaren Widerspruch nur so erklären, daß nach Ansicht der englischen Staatsmänner England für Deutschland eine Art von carte forcée darstellt, mit anderen Worten, daß wir, gleichviel wie England uns behandelt, doch an England festhalten müssen.

Ew. pp. ist die Theorie und Praxis, nach welcher die deutsche Politik seit Jahren geleitet worden ist, zur Genüge bekannt, um das Irrtümliche einer solchen englischen Auffassung nachweisen zu können. Seine Majestät der Kaiser und seine Regierung haben zu keiner Zeit

---

* Vgl. Kap. CI, Nr. 4394, nebst Fußnote *.

ein Hehl daraus gemacht, daß gute Beziehungen zu England dem deutschen Interesse entsprechen, deshalb hat zu wiederholten Malen die deutsche Politik mit Bewußtsein englische Interessen gefördert und sich selbst bei der Verfolgung eigener Interessen Einschränkungen auferlegt. Selbst in einer Ehrensache, wie es die Mißachtung der deutschen Flagge in Apia war, ist die deutsche Regierung bis an die äußerste Grenze der Geduld gegangen, allerdings in der seitdem erfüllten Erwartung, daß durch ruhige Erwägung die englische Regierung zu der Überzeugung von der Notwendigkeit einer Remedur gelangen werde.

Jetzt aber, wo die Samoafrage kaum erledigt ist, treten englische amtliche Organe uns von neuem mit einer systematischen Rücksichtslosigkeit entgegen, welche geeignet ist, auch diesen Streitfall wiederum in den Augen des deutschen Volkes zu einer Ehrensache zu stempeln. Ich erfülle nur eine mir obliegende Pflicht, wenn ich Ew. pp. ersuche, dort an geeigneter Stelle darauf hinzuweisen, daß durch diese Form oder vielmehr durch die gänzliche Formlosigkeit des englischen Vorgehens auch eine Frage von minderer materieller Bedeutung entzündlicher wirken und gefährlichere Folgen für die Beziehungen zweier Reiche haben kann als viel wichtigere Fragen, bei deren Vertretung jedoch beide Teile mit den im Völkerverkehre üblichen Rücksichten zu Werke gehen.

Dem Verdachte, daß sie sich von England beleidigen läßt, ohne irgendwie zu reagieren, kann die deutsche Regierung sich schon deshalb nicht aussetzen, weil dieser Verdacht allein schon für das Deutsche Reich die größte denkbare Zukunftsgefahr bilden würde. Denn nächst England würden dann auch andere Zuschauer Ansprüche an unsern Langmut stellen, deren Unerfüllbarkeit schließlich doch zum Konflikte, und zwar unter möglichst ungünstigen Umständen, führen müßte.

Diese Erwägung führt uns zu dem Entschluß, Ehrenfragen als Lebensfragen zu behandeln, denen gegenüber selbst die wichtigsten Interessenfragen zurückzutreten haben. Wenn unser bisheriges wohlwollend neutrales Verhältnis zu England nur unter der Bedingung aufrechtzuhalten ist, daß wir uns vor aller Welt völkerrechtswidrig d. h. geringschätzig behandeln lassen, so ist es eben unhaltbar. Ich spreche diesen Gedanken mit Bedauern, aber mit Vorbedacht aus. Wir müssen dann eben eine andere Kombination suchen. Eine solche wird, wie Ew. pp. bekannt ist, in der Gegenwart leicht genug zu finden sein. Die Zukunft muß dann für sich selbst sorgen, ihre Gefahren sind auch unter allen Umständen geringer und jedenfalls entfernter als es die Gefahr sein würde, welche für uns entstände, wenn wir der Welt zeigten, daß wir systematische schlechte Behandlung ruhig hinnehmen. In diesem Sinne wollen Ew. pp. sich äußern.

Bülow

Nr. 4426

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 11 Berlin, den 6. Januar 1900
[abgegangen am 7. Januar]

Weitere Antwort auf Telegramm Nr. 11*.

Ich gebe anheim, wenn Weiterungen dadurch vorgebeugt und eine vorteilhafte Annäherung an den Standpunkt andrer, in gleicher Lage befindlicher neutraler Mächte herbeigeführt wird, die Frage, ob es beim Handel zwischen neutralen Häfen überhaupt keine Konterbande geben kann, angesichts des zu gewärtigenden englischen Widerspruchs dagegen offenzulassen und hierfür auf den Fall „Springbok" nicht weiter Bezug zu nehmen. Wir fordern ungesäumte Freigabe von Schiff und Ladung. Dieser Anspruch wird rechtlich schon dadurch begründet, daß nach allen vorliegenden Tatmomenten offenbar auf dem Schiff keine Konterbandewaren vorhanden sind. Wenn selbst aber vereinzelte Waren oder Personen mit der Bestimmung für die Burentruppen gefunden wären, so wären doch immer das Schiff und die übrige Ladung freizugeben gewesen, denn daß die Eigentümer des Schiffs und der übrigen Waren an der etwaigen Konterbande gänzlich unbeteiligt waren, wird nach Lage aller Umstände nicht ernstlich behauptet** werden können.

Abgesehen von den rechtlichen Gesichtspunkten empfinden wir in dem englischen Vorgehen wie in der Langsamkeit, welche die englische Regierung zeigt, die aus Rechts- und Billigkeitsgründen gebotene unverweilte Remedur eintreten zu lassen, vor allem einen Mangel an der durch unsere politischen Beziehungen bedingten Rücksichtnahme. Nachdem der Fall des „Bundesrath" leider nicht vereinzelt geblieben ist, gewinnt es den Anschein, als ob in Südafrika englische Bestrebungen sich geltend machen, denen es weniger auf die Bekämpfung der Buren als darauf ankommt, bei dieser Gelegenheit dem konkurrierenden deutschen Handel einen Schlag zu versetzen. Um so mehr hätte unseres Erachtens die englische Zentralregierung dringende Veranlassung, solche Bestrebungen schleunigst und nachdrücklichst in ihre Schranken zu verweisen. Bülow

---

* Siehe Nr. 4423. Schon vorher waren am 6. Januar in Beantwortung dieses Telegramms dem Grafen Hatzfeldt Meldungen der deutschen Konsulate in Durban und Aden übermittelt worden, aus denen hervorging, daß bei der Durchsuchung der beschlagnahmten deutschen Schiffe sich nichts Verdächtiges gefunden hatte. Ebenso war dem Grafen Hatzfeldt Kenntnis von einem Telegramm des Botschafters von Holleben in Washington gegeben worden, wonach die amerikanische Regierung in der Frage der Kriegskonterbande den gleichen Standpunkt wie die deutsche einnahm.

** sic!

Nr. 4427

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Dirksen

Nr. 14 Berlin, den 7. Januar 1900

Konsul Durban meldet von gestern, der Postdampfer „Herzog“ sei von englischem Kriegsschiff „Thetis“ eingebracht, die Gründe seien unbekannt, die deutschen Interessen dadurch aufs schwerste geschädigt.

Wenn bisher die Möglichkeit vorlag, anzunehmen, daß es sich um vereinzelte, auf Mißverständnis oder Übergriffe englischer Schiffskommandanten zurückzuführende Fälle handelte, so kann jetzt, nachdem bereits der dritte deutsche Postdampfer nicht nur angehalten und auf seine Papiere geprüft, sondern festgehalten und beschlagnahmt worden ist, kaum noch ein Zweifel darüber bestehen, daß ein systematisches Vorgehen vorliegt. Trotzdem und trotz unseres fortgesetzten unablässigen Drängens sind wir bis jetzt, zehn Tage nach der ersten Beschlagnahme, von der englischen Regierung ohne jede Äußerung über die Sachlage selbst gelassen worden.

Eine derartige Behandlung der Sache ist in hohem Maße unbefriedigend für uns. Auf allerhöchste Weisung Seiner Majestät, dem ich Vortrag gehalten, ersuche ich Eure Exzellenz, nunmehr mündlich oder schriftlich der dortigen Regierung namens der Kaiserlichen Regierung den Vorschlag zu machen, daß gemeinsam unverzüglich ein Schiedsgericht oder auch eine gemischte Kommission eingesetzt und mit der Prüfung aller Tat- und Rechtsfragen und danach mit der Entscheidung der Frage betraut werde, ob das englischerseits eingeschlagene Verfahren völkerrechtlich berechtigt gewesen ist, und welche Rechtsfolgen aus diesem Verfahren entstanden sind, wofern es nicht die englische Regierung doch noch vorziehen sollte, unseren billigen Ansprüchen ohne weiteres Verfahren stattzugeben. Bülow

Nr. 4428

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 15 Berlin, den 7. Januar 1900

Im Anschluß an Telegramm Nr. 14*.

Wir können es verstehen, wenn die dortige Regierung auf die von dritter Seite ihr entgegengebrachte Anregung, ihren Streit mit

* Siehe Nr. 4427.

Transvaal vor ein Schiedsgericht zu bringen, nicht hat eingehen wollen. Die Gründe, welche die englische Regierung dabei bestimmt haben mögen, sind aber im gegenwärtigen Falle nicht vorhanden. Durch die eben erst unterzeichneten Haager Konferenzabmachungen haben sich sämtliche Mächte, nicht zum wenigsten auf englisches Betreiben, einmütig verbunden, zwischen ihnen entstehende Streitigkeiten soviel nur immer möglich durch ein schiedsrichterliches Verfahren zu regeln. Der vorliegende Fall, bei dem es sich um streitige Rechtsfragen handelt, scheint zu solcher schiedsrichterlicher Erledigung sehr geeignet. Die beiden befreundeten Staaten würden dadurch den übrigen ein gutes und für den Erfolg der Friedenskonferenz entscheidendes Beispiel geben.

Ich gebe anheim, diese Gesichtspunkte dort zu verwerten, bemerke aber, daß uns selbstverständlich eine rasche Lösung, ohne erst zum Schiedsgericht zu schreiten, lieber ist und wir auch die Hoffnung noch nicht aufgeben wollen, England werde noch in letzter Stunde sich der Einsicht nicht länger verschließen, daß auch sein eigener Vorteil in solcher raschen Lösung liegt. Bülow

Nr. 4429

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Privat Berlin, den 7. Januar 1900

Wenn England jetzt nicht die beschlagnahmten Dampfer frei- und uns Satisfaktion gibt oder wenigstens die Entscheidung durch Schiedsspruch nach dem eigenen englischen Konferenzprogramm annimmt, wird sich unverzüglich eine kontinentale Gruppe bilden, zunächst um praktische Handhabung der Grundsätze des Seerechts in Erwägung zu ziehen. Da man nur auf Deutschland wartet, so wird die Gruppierung eventuell in wenigen Tagen perfekt sein können. Damit wäre der erste Schritt getan in einer Richtung, welche Deutschland ungern einschlägt, aber die Blindheit der englischen Politiker läßt uns weiter keine Wahl. Holstein

Nr. 4430

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 23 London, den 8. Januar 1900

Ich habe heute Gelegenheit gehabt, unter Verwertung der mir erteilten Instruktionen die Angelegenheit der beschlagnahmten deut-

schen Schiffe mit Lord Salisbury zu besprechen und nochmals nachdrücklich unseren politischen sowie Rechtsstandpunkt in dieser Angelegenheit klarzulegen.

Der Minister erklärte, daß niemandem mehr als ihm selbst daran gelegen sein könne, daß die Angelegenheit baldmöglichst aus der Welt geschafft werde, und zwar sowohl aus politischen Rücksichten, als auch weil er genau wisse, daß durch jeden Tag Verzögerung die seitens Englands zu zahlende Indemnität bedeutend wachse [1]. Nach reiflicher Überlegung und wiederholter Rücksprache mit den Kronjuristen bedauere er jedoch, sich dem von uns eingenommenen Rechtsstandpunkt nicht anschließen zu können. Er müsse vielmehr an der Auffassung festhalten, daß in der Angelegenheit des Dampfers „Bundesrath" das prisengerichtliche Verfahren durchzuführen sei, da er sonst die Schaffung eines Präzedenzfalles sowie unvorhergesehene Komplikationen für die Zukunft befürchtete. Er selbst habe den besten Willen [2], uns in jeder Beziehung entgegenzukommen, und hoffe, daß man in Berlin die großen Schwierigkeiten, mit welchen er zu kämpfen habe, berücksichtigen werde. Er habe heute wiederum mit dem Attorney General * sowie dem ersten Lord der Admiralität konferiert, um nochmals nachdrücklich auf eine Beschleunigung der Angelegenheit zu dringen. Letzterer habe bereits auf seinen Wunsch hin die Instruktion erlassen, daß in Zukunft im Roten Meere [3] überhaupt kein Handelsschiff mehr belästigt werden solle. Ferner habe er mit ihm erwogen, ob es nicht möglich sei, Instruktionen zu erlassen, durch welche es den englischen Kommandanten untersagt würde, für die Zukunft Postdampfer [4] jedweder Nationalität anzuhalten. Er hoffe, Mittel und Wege zu finden, eine solche Instruktion baldmöglichst in Kraft treten zu lassen.

Im übrigen sei der Dampfer „General" bereits freigelassen worden, der Dampfer „Herzog" werde, wie er annehme, ebenfalls alsbald freigegeben werden [5], und die Angelegenheit „Bundesrath" hoffe er soweit als möglich beschleunigen zu können. Der Minister erwähnte dabei, daß seinen letzten Nachrichten zufolge sich tatsächlich unzweifelhaft Kriegskonterbande [6] an Bord des „Bundesrath" befinde.

Bei Besprechung einer eventuellen Überweisung der Frage an ein Schiedsgericht oder eine gemeinsame Kommission erklärte Lord Salisbury, daß er sich, was die Indemnitätsfrage [7] betreffe, jetzt bereits damit einverstanden erklären könne, dieselbe im Falle einer Nichteinigung einem Schiedsgericht zu unterwerfen. Was jedoch die Rechtsfrage betreffe, bezüglich welcher die Auffassungen beider Regierungen divergierten, so könne er noch nicht mit Bestimmtheit sagen, inwieweit ein Schiedsgericht nach seiner Ansicht angebracht oder möglich sei. Er werde sich jedoch mit den Kronjuristen in dieser Beziehung in Verbindung setzen.

* Generalstaatsanwalt Sir R. E. Webster.

Bei dieser Gelegenheit kam der Minister auf die Unzulänglichkeit der bestehenden Definitionen, was als Kriegskonterbande zu betrachten sei, zu sprechen und bemerkte, daß der Umschwung sowie die Bedürfnisse in der modernen Kriegführung seiner Ansicht nach eine Revision und nähere Definition der bestehenden Bestimmungen des internationalen Rechts in dieser Hinsicht erheischten. Dies könne jedoch nur durch eine neue internationale Konferenz geregelt werden.

Hatzfeldt

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Feststellen, daß S[alisbury] unsern Anspruch auf Indemnität anerkennt
[2] ?
[3] nur im Roten Meer?
[4] alles kommt darauf an, eine dahingehende Zusage sobald als möglich zu erhalten.
[5] wann? in jeder Weise zu beschleunigen!
[6] Beweise!!
[7] nous en prenons acte
Schlußbemerkung des Grafen von Bülow:
Wie steht es mit der Entschädigung für den „General"?

Nr. 4431

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 20 Berlin, den 9. Januar 1900
[abgegangen am 10. Januar]

Antwort auf Telegramm 23*.

Ew. Exzellenz bitte ich, Lord Salisbury mit Beziehung auf Ihre gestrige Unterhaltung mit ihm folgendes mitzuteilen: Die Regierung Seiner Majestät nimmt mit Dank Akt von seiner Erklärung, daß in Aussicht genommen sei, den Kommandanten der englischen Kriegsschiffe in Zukunft die Anhaltung von Postdampfern generell zu untersagen, und daß eine Instruktion erlassen sei, wonach eine Belästigung von Handelsschiffen im Roten Meer in Zukunft ausgeschlossen sein soll. Ebenso konstatieren wir gern, daß die alsbaldige Freigabe des Postdampfers „Herzog" in Aussicht gestellt ist, und daß die englische Regierung ihre Verpflichtung zur Zahlung von Indemnitäten an die geschädigten deutschen Interessenten anerkennt, auch im Falle einer Nichteinigung über diese Frage bereit ist, sie einem Schiedsgericht zu unterwerfen.

Ew. Exzellenz wollen dann fortfahren, wir hätten volles Verständnis für die Schwierigkeiten, mit denen Lord Salisbury bei Betätigung

* Siehe Nr. 4430.

seines guten Willens, die vorliegende Streitigkeit aus der Welt zu schaffen, zu kämpfen habe, wir erwarteten dafür aber auch von ihm, daß er zu würdigen verstehe, in wie hohem Grade die schwer gekränkte öffentliche Meinung Deutschlands auf eine beschleunigte und günstige Erledigung der schwebenden Fälle hindränge. Nur mit großer Mühe sei es gelungen, für die nächsten Tage eine Interpellation im Reichstage hinauszuschieben, für länger sei dies aber bei der in der Nation bestehenden Erregung nicht möglich, und wir könnten nicht voraussehen, ob nicht die in der Volksvertretung zu erwartenden Erörterungen die Verständigung, falls eine solche nicht baldigst und vorher erfolge, erschweren würden.

Die dem von uns geltend gemachten Standpunkt zugrunde liegende Voraussetzung, daß die auf einem neutralen Schiff befindliche Ware, die regelrecht nach einem neutralen Hafen konsigniert ist, überhaupt nicht unter den Begriff der Kriegskonterbande fallen könne, entspreche nach unserer Ansicht der neueren Entwickelung des Völkerrechts. Angesichts des von Lord Salisbury dagegen erhobenen Widerspruchs wollten wir aber von einer grundsätzlichen Erörterung darüber, die eine Verständigung hinausschieben könnte, zurzeit absehen. Dafür aber müsse die Regierung Seiner Majestät umsomehr den dringenden Wunsch und die feste Erwartung aussprechen, daß, nachdem die Freigabe des „General" erfolgt sei und die des „Herzog" anscheinend nahe bevorstehe, mithin schon in zwei Fällen das Vorgehen der englischen Kommandanten sich als nicht gerechtfertigt herausgestellt habe, nunmehr auch der „Bundesrath", in dessen Ladung nach jetzt zwölf Tagen, die zu seiner Durchsuchung zur Verfügung gestanden hätten, anscheinend nichts wirklich Verdächtiges habe gefunden werden können, endlich freigegeben werde; und daß ferner zur Aufbringung deutscher Schiffe in Zukunft nur dann geschritten werde, wenn sich bei der Visitation ein begründeter Verdacht ergeben habe.

Außerdem glauben wir im Interesse möglichst geringer Störung des legitimen Handels darauf rechnen zu dürfen, daß von einer Anhaltung deutscher Schiffe nicht nur im Roten Meere, sondern überhaupt außerhalb der Nähe des Kriegsschauplatzes abgesehen werde. Würde vielleicht der 10. Grad südlicher Breite als nördlichste Linie festgesetzt, so würde dies uns den Verkehr mit unserer Ostafrikanischen Kolonie offen halten.

Ich bitte Ew. pp., Lord Salisbury diese Mitteilungen in verbindlicher Form, aber doch mit soviel Nachdruck und Entschiedenheit zu machen, daß ihm über den großen Wert, den wir im Interesse sicherer und vertrauensvoller Beziehungen zwischen Deutschland und England auf baldigste befriedigende Erledigung der Sache legen, kein Zweifel bleibt.

B ü l o w

Nr. 4432

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 21 Berlin, den 9. Januar 1900
[abgegangen am 10. Januar]

In Ergänzung von Telegramm Nr. 20*.

Für morgen war im Reichstag eine große Debatte über unsere auswärtige Politik in Aussicht genommen, wo seitens aller maßgebenden Parteien (Konservative, Zentrum, Nationalliberale, Freisinnige) die herbsten Angriffe auf die Kaiserliche Regierung zu erwarten gewesen wären wegen der bitteren Früchte unserer bisherigen entgegenkommenden Politik gegenüber England und des Besuchs in Windsor. Mit großer Mühe habe ich durch persönliches Eingreifen diese Debatte, die nicht nur die Erledigung der vorliegenden Angelegenheit erschweren, sondern auch den allgemeinen Gang unserer Politik in sehr unerwünschter und tief einschneidender Weise beeinflussen könnte, bis Ende dieser Woche hinausgeschoben in der festen Hoffnung, alsdann dem Parlament Mitteilungen machen zu können über eine völkerrechtlich gangbare Lösung der Schwierigkeit.

Ew. wollen Lord Salisbury um nähere Angaben über die „unzweifelhafte Kriegskonterbande" ersuchen, welche auf dem „Bundesrath" gefunden sein soll, damit die Angelegenheit auch nach dieser Richtung hin geprüft werden kann. Die Reeder versichern und das Ladungsmanifest scheint zu bestätigen, daß in der Ladung keine Konterbande war. Als solche sollen nach hier vorliegenden Nachrichten Nägel, Schwellen, Schienen angesehen worden sein. Lord Salisbury wird zugeben müssen, daß diese Ausdehnung des Konterbandebegriffs neu und ungewöhnlich wäre und deshalb den Absendern bezw. den Reedern die bona fides nicht abzustreiten sein würde, abgesehen davon, daß der Nachweis der wissentlichen Bestimmung der Gegenstände für das Burenheer schwerlich zu erbringen sein möchte.

Schließlich wird Lord Salisbury vielleicht auch für den Gesichtspunkt zugängig sein, daß der Gewinn für die englischen Kriegsoperationen aus dem Abfangen derartiger unbedeutender Sendungen wirklich in gar keinem Vergleich zu dem Schaden steht, den der deutsche Handel erleidet und vor allem zu der Schädigung der guten politischen Beziehungen zwischen Deutschland und England.

B ü l o w

---

* Siehe Nr. 4431.

Nr. 4433

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 31 London, den 10. Januar 1900

Lord Salisbury, bei welchem ich soeben Inhalt der Telegramme Nr. 20 und 21 * mündlich verwertet habe, war äußerst erfreut und dankbar. Er sagte unter anderem, daß er die Schwierigkeiten, mit welchen die Kaiserliche Regierung dem Reichstag und der öffentlichen Meinung gegenüber zu kämpfen habe, vollständig verstehe, und erkannte in hohem Maße die Bemühungen Euerer Exzellenz an, angekündigte Interpellationen im Reichstag hinauszuschieben [1]. Auch war er sichtlich erfreut, daß die Kaiserliche Regierung die schwierige Lage, in welcher er sich selbst [2] dem Parlament gegenüber befinde, nicht verkenne und dieselbe berücksichtige. Er erwähnte bei dieser Gelegenheit, daß die Einberufung des Parlaments nunmehr auf das Drängen der öffentlichen Meinung statt für den 13. Februar bereits für den 30. d. Mts. festgesetzt sei, und sagte lachend, daß es dabei wohl heiß zugehen werde.

Ganz besonderen Eindruck machte auch auf den Minister die Mitteilung, daß die Kaiserliche Regierung angesichts der Verschiedenheit der Auffassung gewisser völkerrechtlicher Bestimmungen seitens der beiden Regierungen von einer grundsätzlichen Erörterung, die eine Verständigung hinausschieben könnte, zurzeit absehe [3]. Er bezeichnete diesen Schritt als eine Courtoisie, welche er nicht hoch genug zu schätzen wisse, und sagte, daß er jetzt nicht mehr an einer baldigen zufriedenstellenden Beilegung der ganzen Angelegenheit zweifle. Er versprach, alle ihm zu Gebot stehenden Mittel anzuwenden, damit die Wiederholung [4] ähnlicher Vorfälle vermieden werde, und alles zu tun, um eine Anhaltung von Schiffen im allgemeinen soweit als möglich einzuschränken. Er beklagte sich bei dieser Gelegenheit über die Schwierigkeiten, mit welchen er gegenüber dem Übereifer junger Schiffskommandanten [5], denen es lediglich um Beförderung zu tun sei, zu kämpfen habe.

Was die Angelegenheit „Bundesrath“ betrifft, so äußerte sich der Minister in geradezu scharfen Worten sehr ungehalten über die Behörden in Durban, von welchen er trotz allen Drängens immer noch keine definitive Äußerung habe erhalten können [6], worin die angebliche Kriegskonterbande bestände. Er habe erst heute nochmals telegraphieren lassen. Jedenfalls könne die Kaiserliche Regierung sich

---

* Siehe Nr. 4431 und Nr. 4432.

darauf verlassen, daß jede legitime Genugtuung willig werde gegeben werden[7].

Auf den auftraggemäß von mir gemachten Vorschlag, daß der 10. Grad südlicher Breite als nördlichste Linie für die Anhaltung von Schiffen gelten solle, erwiderte der Minister, daß er genau denselben Gedanken bereits vor einigen Tagen mit dem ersten Lord der Admiralität besprochen habe. Letzterer habe jedoch den Gedanken aus dem Grunde als unzweckmäßig bezeichnet, weil die Mehrzahl der Handelsschiffe südlich von Mambassa einen Kurs innerhalb der Dreimeilengrenze von Portugiesisch-Ostafrika nähme, und daher Schiffe, selbst wenn sehr stark begründeter Verdacht der Konterbande vorläge, nicht angehalten werden könnten. Er wolle aber diesen Punkt nochmals mit der Admiralität besprechen und versuchen, wenn irgend möglich, der Kaiserlichen Regierung hierin entgegenzukommen[8].

Hatzfeldt

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:

[1] Es ist mit großer Mühe gelungen, die Interpellation um einige Tage hinauszuschieben. Es haben aber schon alle Parteien mit Ausnahme der äußersten Linken derselben zugestimmt, und länger als bis Montag läßt sich die Debatte absolut nicht ajournieren

[2] wir sind erst recht nicht auf Rosen gebettet

[3] Gegenüber einem so eklatanten und so weitgehenden Beweis unserer loyalen und freundlichen Absichten sollte uns Lord Salisbury bald die für uns unerläßlichen und für die englische Kriegführung de facto völlig irrelevanten Garantien geben!

[4] wir müssen vor allem bald die Zusicherung wegen der Postdampfer erhalten!

[5] !!

[6] !!!

[7] nous en prenons acte

[8] ließe sich da ein für uns akzeptabler Ausweg finden?

Nr. 4434

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 27 Berlin, den 11. Januar 1900

Antwort auf Telegramm Nr. 31*.

Wir nehmen Akt von den erneuten Zusicherungen Lord Salisburys, alle ihm zu Gebote stehenden Mittel zur Verhütung ähnlicher bedauerlicher und störender Vorfälle anzuwenden, alles zu tun, um eine Anhaltung von Schiffen einzuschränken und jede legitime Genugtuung willig zu gewähren. Es ist mir mit großer Mühe gelungen, die Inter-

* Siehe Nr. 4433.

pellation im Reichstag um einige Tage hinauszuschieben. Es haben derselben aber schon alle Parteien mit Ausnahme der äußersten Linken zugestimmt, und länger als bis Montag läßt sich die Debatte nicht aufhalten. Deshalb kommt im Interesse ungestörter politischer Gesamtbeziehungen zu England alles darauf an, daß wir bis dahin in die Lage versetzt werden, mit zufriedenstellenden und beruhigenden Tatsachen, nicht bloß mit allgemeinen Versprechungen über demnächst zu treffende Vorkehrungen, vor den Reichstag und unsere öffentliche Meinung zu treten. Gegenüber einem so eklatanten und so weitgehenden Beweis unserer loyalen und freundlichen Absichten, wie wir ihn, nach Lord Salisburys eigenem Anerkenntnis, durch unsere Rücksichtnahme auf die Lage der englischen Regierung und durch Verzicht auf Erörterung der streitigen Rechtsfrage abermals gegeben haben, sollte uns der Premierminister nunmehr baldigst die für uns unerläßlichen und für die englische Kriegsführung de facto völlig irrelevanten Garantien gewähren.

Neben der endlichen Freigabe des „Bundesrath" und seiner unverdächtigen Ladung kommt es uns ganz besonders auf die bündige Zusicherung an, daß unsere Postdampfer fortan nicht mehr angehalten werden.

Ew. pp. bitte ich, unter geeigneter Verwertung des Vorstehenden alles daran zu setzen, damit ich rechtzeitig in den Stand gelange, dem Reichstag befriedigende Erklärungen zu geben.

Hinsichtlich der Frage der Festsetzung eines Rayons, innerhalb dessen unsere Handelsschiffe überhaupt nicht mehr zu belästigen sind, erwarte ich die in Aussicht gestellte nähere Äußerung der englischen Regierung zu unserem Vorschlag. Schon vorher wäre außer der Sicherstellung der Postdampfer immerhin die Zusage nicht ganz ohne Wert, deutsche Schiffe im Roten Meere und in anderen vom Kriegsschauplatz gleich entfernten Meeren nicht anzuhalten.

Bülow

Nr. 4435

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 29 Berlin, den 12. Januar 1900

Ist die Nachricht wirklich wahr, daß die Ladung des „Bundesrath" noch zehn Tage lang durchsucht werden soll?* Jedenfalls ist

* Aus den Akten ist nicht ersichtlich, worauf diese Nachricht zurückging.

dies für uns ein Grund mehr, um als befriedigende Erledigung nur eine solche anzusehen, welche die Postdampfer in Zukunft gegen Willkür sicherstellt.

Mit Bedauern sehe ich, daß die „Times“ das Bestreben fortsetzt, die Spannung zwischen England und Deutschland zu steigern. Diese Wahrnehmung hindert die deutsche Regierung nicht, soweit wie die Umstände es irgend gestatten, entgegenzukommen, aber unser einseitiges Entgegenkommen ohne tatsächliche Erwiderung genügt nicht, um die Zukunft sicherzustellen.

Bülow

Nr. 4436

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 37 London, den 12. Januar 1900

Unter Bezugnahme auf Telegramme Nr. 27 und Nr. 29*.

Ich habe auf dem Foreign Office entsprechende nachdrückliche Vorstellungen gemacht, von welchen der Unterstaatssekretär in Abwesenheit Lord Salisburys schriftlich Akt genommen hat, und die er ihm morgen früh in Hatfield vorlegen wird. Auch der Unterstaatssekretär versprach, jedes nur mögliche Entgegenkommen bei Lord Salisbury zu befürworten, um die Kaiserliche Regierung in den Stand zu setzen, bei der für Montag bevorstehenden Interpellation im Reichstag möglichst befriedigende Antwort geben zu können. Er wies bei dieser Gelegenheit ebenfalls auf den sehnlichsten Wunsch Lord Salisburys hin, daß die Angelegenheit sobald als möglich in zufriedenstellender Weise beigelegt werde.

Wie mir der Unterstaatssekretär ferner mitteilt, wird die Durchsuchung der Ladung des „Bundesrath“ seinen letzten Nachrichten zufolge spätestens Montag, voraussichtlich aber schon morgen beendigt sein [1].

Hatzfeldt

Randbemerkung des Grafen von Bülow:
[1] Nous en prenons acte

---

* Siehe Nr. 4434 und Nr. 4435.

Nr. 4437

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 34 Berlin, den 13. Januar 1900

Antwort auf Telegramm Nr. 37*.

Von der Mitteilung, daß Durchsuchung der Ladung des „Bundesrath“ spätestens Montag beendet sein wird, nehme ich um so lieber Akt, als die Verschleppung dieser Angelegenheit hier in hohem Grade störend und verstimmend gewirkt hat.

Um Lord Salisbury einen weiteren Beweis loyalen Entgegenkommens zu geben, habe ich meinen vollen persönlichen Einfluß eingesetzt, um die Debatte im Reichstag noch um einige Tage mehr hinauszuschieben. Um so bestimmter darf ich darauf rechnen, daß bis dahin der ganze Zwischenfall in einer Weise beigelegt sein wird, welche uns die Fortführung unserer bisherigen Politik in vertrauensvoller Fühlung mit der englischen Regierung möglich macht.

Bülow

Nr. 4438

Der englische Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen von Bülow

Note. Ausfertigung

Berlin, January 14 1900

I have been instructed by Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs ** to state to Your Excellency that His Lordship has received a Note from His Excellency Count Hatzfeldt, under date of the 4th instant***, with regard to the seizure of the German steamer „Bundesrath“ by Her Majesty's Ship „Magicienne“, on suspicion of carrying contraband of war destined for the South African Republics.

In this Note Count Hatzfeldt stated that the German Government, after careful examination of the judicial aspects of the case, are of

* Siehe Nr. 4436.

** Vgl. das Schreiben Lord Salisburys an Sir Fr. Lascelles vom 10. Januar in dem Englischen Blaubuch Africa Nr. 1 (1900) und daraus abgedruckt in: Das Staatsarchiv, Bd. 64, S. 215 ff.

*** Siehe Nr. 4421.

the opinion that proceedings before a Prize Court are not justified. His Excellency added that the Imperial Government base this view on the doctrine that, according to the recognised principles of international law, no question of contraband of war arises in trade between neutral ports, and in support of this argument cite the view which is stated „to have been taken by Her Majesty's Government in 1863 in the case of the seizure of the „Springbok", as against the Judgment of the United States Prize Court, and that which is considered to be taken by the British Admiralty in their Manual of Naval Prize Law of 1866."

The Marquess of Salisbury is of opinion that, before examining the doctrine thus put forward by the Imperial Government, it is desirable to remove some errors of fact in regard to the authorities cited, and I am consequently instructed by His Lordship to bring to Your Excellency's knowledge the following information upon these points.

It is not the case that the British Government in 1863 raised any claim or contention against the Judgment of the United States Prize Court in the case of the „Springbok". On the first seizure of that vessel, and on an ex parte and imperfect statement of the facts by the owners, Earl Russell, then Secretary of State for Foreign Affairs, informed Her Majesty's Minister at Washington that there did not appear to be any justification for the seizure of the vessel and her cargo, that the supposed reason, namely, that there were articles in the manifest not accounted for by the Captain, certainly did not warrant the seizure, more especially as the destination of the vessel appeared to have been bona fide neutral, but that, inasmuch as it was probable that the vessel had by that time been carried before a Prize Court of the United States for adjudication, and that the adjudication might shortly follow, if it had not already taken place, the only instruction that he could at present give to Lord Lyons was to watch the proceedings and the Judgment of the Court, and eventually transmit full information as to the course of the trial and its results.

The Prize Court of the United States, in a long and considered Judgment, decreed confiscation both of the vessel and the cargo. The owners applied for the intervention of Her Majesty's Government, and forwarded in support of their application an opinion by two English Counsels of considerable eminence.

The real contention advanced in this opinion, was that the goods were, in fact, bona fide consigned to a neutral at Nassau. It cannot, therefore, in the opinion of Her Majesty's Government, be adduced in support of the doctrine now advanced by the Imperial Government. But Her Majesty's Government, after consulting the Law Officers of the Crown, distinctly refused to make any diplomatic protests or enter any objection against the decision of the United States Prize Court,

nor did they ever express any dissent from that decision or the grounds on which it was based.

The volume which is described in Count Hatzfeldt's above mentioned Note as „The Manual of Naval Prize Law of the British Admiralty“ and from which His Excellency quotes certain phrases as expressing the view of the Lords Commissioners on this subject, is, in fact, a book originally compiled by Mr. (now Sir Godfrey) Lushington which was published under the authority of the Lords Commissioners as stating in a convenient form the general principles by which Her Majesty's officers are guided in the exercise of their duties; but it has never been asserted and cannot be admitted, Lord Salisbury adds, to be an exhaustive or authoritative statement of the views of the Lords Commissioners. The preface of the book states that it does not treat of questions which will ultimately have to be disposed of by the Prize Court, but which do not concern the officers' duty of the place and hour.

I am to point out that the directions in this Manual, which for practical purposes were sufficient in the case of wars such as have been waged by Great Britain in the past, are quite inapplicable to the case which has now arisen of war with an inland state, whose only communication with the sea is over a few miles of railway to a neutral port. It will further be seen from reference to the Manual that in a portion of the Introduction the author discusses the question of the destination of the cargo, as distinguished from the destination of the vessel, in a manner by no means favourable to the contention advanced in Count Hatzfeldt's Note. Moreover, Professor Holland, who edited a revised edition of this Manual in 1888, in a recent letter published in the „Times“, has expressed an opinion altogether inconsistent whit the view which the Imperial Government has come to from the words of the manual.

In the opinion of Her Majesty's Government, the passage cited from the Manual „that the destination of the vessel is conclusive as to the destination of the goods on board“, has no application to such circumstances as have now arisen. It is considered that it cannot apply to contraband of war on board of a neutral vessel if such contraband was at the time of seizure consigned or intended to be delivered to an agent of the enemy at a neutral port, or, in fact, destined for the enemy's country.

The true view in regard to the latter category of goods is, as Her Majesty's Government believe, correctly stated in paragraph 813 of Professor Bluntschli's „Droit International Codifié“ as follows (the French translation of the 2nd edition 1874 of the work of this most eminent German jurist is cited): —

„Si les navires ou marchandises ne sont expediés à destination

d'un port neutre que pour mieux venir en aide à l'ennemi il y aura contrebande de guerre et la confiscation sera justifiée."

I am under the above circumstances instructed by the Marquess of Salisbury to state to Your Excellency, for the information of the Imperial Government, that Her Majesty's Government are unable to agree that there are grounds for ordering the release of the „Bundesrath" without examination by the Prize Court as to whether she was carrying contraband of war belonging to, or destined for, the South African Republics. But Her Majesty's Government fully recognise how desirable it is that this examination should be carried through at the earliest possible moment, and that all proper consideration should be shown for the owners and for innocent passengers and merchandise on board her. I am instructed to assure Your Excellency that repeated and urgent instructions have been sent by telegraph for this purpose, and to add that arrangements have been made for the speedy transmission of the mails.

Frank C. Lascelles

Nr. 4439

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 40 London, den 14. Januar 1900

Im Anschluß an Telegramm Nr. 37*.

Der Unterstaatssekretär, welchen ich soeben gesehen habe, teilte mir im Auftrage Lord Salisburys mit, [daß] folgende Entschlüsse der großbritannischen Regierung bis jetzt als de facto anzusehen seien:

1. Instruktionen sind erlassen worden, denen zufolge die Durchsuchung von Schiffen in Aden [1] aufhören soll.

2. Es besteht der Befehl, daß bis zur Beendigung der Durchsuchung des „Bundesrath" [2] und dem Bekanntwerden des Ergebnisses [3] kein deutscher Postdampfer auf bloßen Verdacht hin angehalten werden soll.

3. Die Frage, welche definitive Instruktionen an englische Schiffskommandanten bezüglich besonderer Rücksichtnahme auf Postdampfer erlassen werden könnten, steht noch unter Erwägung [4].

Wie mir der Unterstaatssekretär sagt, hat Lord Salisbury zu seinem Bedauern keine Gelegenheit finden können [5], noch vor morgen mit seinen Kollegen, besonders dem ersten Lord der Admiralität,

---

* Siehe Nr. 4436.

konferieren zu können. Ich sehe Lord Salisbury voraussichtlich morgen oder übermorgen und werde unter Verwertung des soeben erhaltenen Telegramms Nr. 34* alles versuchen, um baldmöglichst weitergehende Zusagen[6] zu erreichen.

Hatzfeldt

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:

[1] Nur in Aden?

[2] wann wird dieselbe beendet sein?!!

[3] und nach der Beendigung soll wieder angehalten werden?

[4] tout est là

[5] !

[6] die sind freilich im höchsten Grade notwendig.

Nr. 4440

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 36 Berlin, den 15. Januar 1900

Antwort auf Telegramm Nr. 40**.

Ich bin außerstande, die jetzigen Entschlüsse der dortigen Regierung dem Deutschen Reichstag gegenüber als befriedigend zu bezeichnen.

Zu 1. Diese Nummer ist unklar. Sie ist nur dann allenfalls und vorläufig annehmbar, wenn ihr Sinn ist, daß in Aden und gleichen oder weiteren Entfernungen vom Kriegsschauplatz Belästigung von deutschen Schiffen nicht mehr stattfinden darf. Es muß außer Zweifel gestellt werden, daß dieser Sinn gemeint ist.

Zu 2. und 3. Wir erwarten schleunige Mitteilung über Beendigung der Durchsuchung des „Bundesrath" und deren Ergebnis. Wir müssen schleunige Sicherheit darüber verlangen, daß nicht bloß bis Beendigung der Durchsuchung, sondern auch weiterhin unsere Postdampfer auf bloßen Verdacht hin nicht mehr angehalten werden. Diese Sicherheit ist für uns ganz besonders wichtig und unerläßlich. Ich muß jedenfalls noch vor der Reichstagsdebatte, also allerspätestens bis Donnerstag in Kenntnis der dahingehenden definitiven Instruktionen an die englischen Schiffskommandanten sein.

Bitte hiernach ohne Verzug und unter Hinweis auf generelle Tragweite der Angelegenheit auf schleunigen weiteren Zusagen zu bestehen.

---

* Siehe Nr. 4437.

** Siehe Nr. 4439.

Ich kann nur annehmen, daß die nach Meldung der „Central News“ im „Bundesrath“ angeblich gefundenen Gewehre die im Ladungsmanifest verzeichneten Jagdgewehre sind. Diese sind nicht Konterbande und können zur Rechtfertigung des englischen Vorgehens nicht dienen.

Bülow

Nr. 4441

*Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Ersten Sekretär bei der Botschaft in London Freiherrn von Eckardstein**

Telegramm. Konzept von der Hand des Staatssekretärs Grafen von Bülow

Privat
Für Baron Eckardstein — Berlin, den 14. Januar 1900
Selbst entziffern

Das Telegramm Nr. 40** hat hier äußerst ungünstigen Eindruck gemacht. Der Kaiser erwägt, ob nicht sofort Persönlichkeit von hier binnen 48 Stunden geschickt wird, um bis Donnerstag durch bestimmte Anfrage festzustellen, ob wir Aussicht haben, uns mit England zu verständigen, oder ob wir genötigt sind, der Zwangslage, in welche die mir unverständliche Apathie der englischen Regierung uns versetzt, in anderer Weise zu begegnen***.

Bitte dies dem kranken Botschafter zu verheimlichen, aber mir mitzuteilen, ob Aussicht auf eine unseren Erwartungen und den bisherigen englischen Zusagen entsprechende Lösung endlich zu erwarten ist, namentlich hinsichtlich Vermeidung neuer Willkürakte gegen Postdampfer.

Holstein

---

* Bereits veröffentlicht bei Freiherr von Eckardstein, Lebenserinnerungen und Politische Denkwürdigkeiten II, 146.

** Siehe Nr. 4439.

*** Dafür, daß der Kaiser wirklich eine solche Sendung erwogen habe, findet sich in den Akten keinerlei weiterer Anhaltspunkt, ebensowenig dafür, daß Holstein dieselbe Mitteilung, sogar in der vergröberten Form, daß sich bereits ein Admiral auf dem Wege nach London befinde, um der englischen Regierung ein Ultimatum von achtundvierzig Stunden zu überreichen (vgl. Freiherr von Eckardstein a. a. O. II, 151), noch auf einem anderen Wege als durch Eckardstein lanciert habe. Nach dem Befund der Akten scheint das Auswärtige Amt dem Kaiser die Akten über die Beschlagnahme der Dampfer überhaupt nicht vorgelegt zu haben, um keine unüberlegten Schritte desselben zu provozieren; jedenfalls sind in diesen Akten keinerlei Randbemerkungen des Kaisers enthalten. Vgl. auch Nr. 4447, Fußnote **. Das einzig aktenmäßig feststehende Eingreifen des Kaisers in die Beschlagnahmeaffäre besteht in der Weisung vom 7. Januar, England den Vorschlag eines Schiedsgerichts zu machen. Vgl. Nr. 4427.

Nr. 4442

*Der Erste Sekretär bei der Botschaft in London Freiherr von Eckardstein an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein London, den 15. Januar 1900
[eingegangen um 4 Uhr 36 Min. nachm.]

Privattelegramm** erhalten.

Aus meinen Unterhaltungen mit Lord Salisbury habe ich den bestimmten Eindruck, daß er den aufrichtigen Wunsch hat, eine unseren Wünschen entsprechende Lösung herbeizuführen[1]. Ebenso bin ich davon überzeugt, daß das hiesige Kabinett bereits alle Hebel in Bewegung gesetzt hat, um die Wiederholung ähnlicher Vorfälle unmöglich zu machen[2]. Dagegen hat man hier nicht den Mut, Erklärungen abzugeben, welche, falls sie von der deutschen Regierung im Reichstage verwertet werden[3], bei der hiesigen öffentlichen Meinung den Eindruck erwecken könnten, als ob die englische Regierung durch Schaffung eines Präzedenzfalles das Recht, Schiffe anzuhalten und zu durchsuchen, aufgegeben hat; auch glaube ich nicht, daß das englische Vorgehen darauf berechnet war[4], unseren Handel zu stören, man hat vielmehr, nachdem man eingesehen hat, daß eine Demarche in der Delagoabaifrage ohne große Komplikationen herbeizuführen aussichtslos war, zu dem Mittel der Anhaltung von Schiffen gegriffen[5], um die hiesige öffentliche Meinung dadurch zu beruhigen.

Hierbei möchte ich erwähnen, daß mir der Unterstaatssekretär im Vertrauen gesagt hat, daß die englischen Agenten in der letzten Zeit beständige Zuflüsterungen[6] über die Verschiffung von Kriegsmaterial auf deutschen Dampfern sowohl aus Paris als auch aus Brüssel erhalten hätten, und daß durch bisher nicht in bezug auf ihren Ursprung aufgeklärte Telegramme[7] besonders die Dampfer „Herzog", „General" und „Bundesrath" als solche bezeichnet worden seien, welche für Transvaal bestimmte Kanonen, Gewehre sowie deutsche Offiziere an Bord hätten. Man habe hier den stärksten Verdacht, daß Herr Leyds, welcher wahrscheinlich genau gewußt habe, daß auf den betreffenden Schiffen sich nichts derartiges befände, durch bezahlte Mittelspersonen[8] den englischen Agenten die betreffenden Nachrichten habe zukommen lassen, um zwischen Deutschland und England Zwietracht zu säen. Der Unterstaatssekretär bat mich jedoch, diese Mitteilungen als ganz vertraulich zu betrachten und nicht offi-

---

* Bereits abgedruckt bei Freiherr von Eckardstein a. a. O. II, 148 f.
** Siehe Nr. 4441.

ziell weiterzugeben, da man hier noch nicht genügendes Beweismaterial besäße.

Ich werde von heute bis Donnerstag noch alles tun, um zu erlangen, daß unsere Wünsche voll erfüllt werden.

Daß hier momentan böser Wille gegen uns obwaltet, halte ich für ausgeschlossen, die Zerfahrenheit in den verschiedenen Regierungsämtern sowie die ziellose Leitung der Politik sind jedoch so groß, daß man eine Dummheit nach der andern begeht.

Eckardstein

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Warum handelt er denn nicht?
[2] warum dann den „Bundesrath" nicht freigeben?
[3] die Engländer sollten uns genug kennen, um zu wissen, daß wir vorsichtig und rücksichtsvoll sprechen werden, wenn England es uns ermöglicht!
[4] dann wenigstens eine Zusage für die Postdampfer!!
[5] !!
[6] Warum fallen sie darauf herein?
[7] !! und daraufhin gehen sie vor?!
[8] und darauf fallen die Engländer herein!! c'est trop bête.

Nr. 4443

*Der Erste Sekretär bei der Botschaft in London Freiherr von Eckardstein an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein London, den 15. Januar 1900
[eingegangen um 9 Uhr 26 Min. nachm.]

Ich habe soeben auf dem Foreign Office sowohl beim Unterstaatssekretär als auch beim ersten Privatsekretär Lord Salisburys, selbstverständlich unter Wahrung der Form, eine sehr deutliche Sprache geführt.

Man verkennt dort keineswegs den Ernst der Lage sowie die politischen Folgen, welche ein Bruch der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und England haben würde. Man beteuert wiederholt den besten Willen, unsere Wünsche zu erfüllen und in freundschaftlichen Beziehungen mit uns zu verbleiben. Andererseits gesteht man die Angst ein, welche die Regierung vor den Interpellationen des am 30. d. Mts. zusammentretenden Parlaments besitzt.

---

* Bereits veröffentlicht bei Freiherr von Eckardstein a. a. O. II, 149 f.

Lord Salisbury konnte wegen Unwohlseins heute nicht nach London kommen und wird voraussichtlich erst in einigen Tagen herkommen können. Sein erster Privatsekretär hat daher soeben ein chiffriertes Telegramm an ihn nach Hatfield geschickt, in welchem er die soeben von mir gemachten Vorstellungen kurz mitteilt und die Notwendigkeit einer persönlichen Besprechung mit mir betont. Ich werde daher voraussichtlich morgen nach Hatfield fahren. Ebenso will man sich vom Foreign Office aus heute noch mit der Admiralität und dem Kolonialamt in Verbindung setzen.

Wie mir der erste Privatsekretär Lord Salisburys unter der Hand, aber noch nicht amtlich, mitteilt, soll die Durchsuchung der Ladung des „Bundesrath" beendigt und keine Kriegskonterbande gefunden worden sein. Dagegen sollen die Behörden in Durban eine Anzahl anonymer Briefe erhalten haben, in welchen insinuiert wird, daß sich Konterbande unter der Kohlenladung befindet. Auch er ist der Überzeugung, daß die englischen Agenten sowie die Behörden in Durban sich durch sehr klug eingefädelte Machinationen des Herrn Leyds haben düpieren lassen. Beweise hätte man aber noch nicht in Händen, und es würde auch schwer fallen, bei dem von Herrn Leyds ausgeübten Bestechungssystem der Sache auf den Grund zu kommen.

Rothschild, welcher ein Telegramm von Herrn Schwabach* erhalten hat, in welchem ihm derselbe mitteilt, daß man bei uns sehr unzufrieden ist, ringt vor Verzweiflung die Hände. Er wird an einige ihm befreundete Kabinettsminister Briefe schreiben, welche er mir vor Abgang zeigen will.

Eckardstein

Nr. 4444

Der Erste Sekretär bei der Botschaft in London Freiherr von Eckardstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

London, den 15. Januar 1900
[eingegangen am 16. Januar 1 Uhr 40 Min. vorm.]

Privat für Baron von Holstein

Lord Salisbury läßt mich soeben noch zu später Abendstunde wissen, daß er nun morgen doch noch nach London kommt, um mich um 4 Uhr im Foreign Office zu empfangen.

Eckardstein

* Paul Schwabach, Chef des Bankhauses Bleichröder in Berlin.

Nr. 4445

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an die Botschaft in London

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Privat für Baron Eckardstein Berlin, den 15. Januar 1900

Privattelegramm * erhalten.

Bisher immer nur allgemeine Redensarten, nichts Positives. Wenn die englische Regierung aus Schwäche nicht wagt zu regieren, wird sie sich nicht wundern können, daß auch dieses Moment im Deutschen Reichstag berührt wird.

Die Geschichte von der angeblichen Denunziation durch Leyds, ohne Beweis und geheim, ist nicht ernsthaft zu nehmen **.

Holstein

Nr. 4446

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 44 London, den 16. Januar 1900

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 36 ***.

In soeben stattgehabter Unterredung mit Lord Salisbury habe ich folgende positive Erklärungen von ihm erlangt:

1. Auf dem Dampfer „Bundesrath" ist keine Kriegskonterbande gefunden worden, und die sofortige Freigabe steht bevor.

2. Die großbritannische Regierung ist bereitwillig, jede legitime Genugtuung zu geben, und, falls nötig, die Frage der zu zahlenden Entschädigung einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

3. In Zukunft sollen weder in Aden noch in gleichen oder weiteren Entfernungen vom Kriegsschauplatze Schiffe angehalten und durchsucht werden.

---

* Siehe Nr. 4443.

** Nach Freiherrn von Eckardstein (a. a. O. II, 147) wäre durch langwierige eingehende Nachforschungen schließlich festgestellt worden, daß sowohl die Angaben, welche ursprünglich den englischen Vertretern in Hamburg gemacht waren, sowie auch die anonymen Briefe an das Prisengericht in Durban von Dr. Leyds und seinen Unteragenten herrührten. In den Akten des Auswärtigen Amts findet diese Behauptung, obwohl tatsächlich Nachforschungen angestellt worden sind, keine Stütze. Es hat vielmehr den Anschein, als ob der an der Spitze der „Foreign Press Association" in London stehende russische Preßagent Wesselitzky, dem Eckardstein freilich auch Beziehungen zu Dr. Leyds nachgesagt hat (vgl. Nr. 4452), die Hand im Spiele gehabt habe.

*** Siehe Nr. 4440.

4. Die großbritannische Regierung hat Instruktionen erlassen, denen zufolge Postdampfer nicht auf bloßen Verdacht hin angehalten und durchsucht werden dürfen. Diese Instruktion verbleibt in Kraft, bis zwischen beiden Regierungen ein anderes Arrangement getroffen worden ist.

Der Minister drückte sein Bedauern darüber aus, daß er nicht in der Lage gewesen sei, mit dem Ersten Lord der Admiralität vor heute nachmittag Rücksprache zu nehmen, sowie die Hoffnung, daß die Kaiserliche Regierung durch obige Erklärungen nunmehr in der Lage sein werde, die am Freitag stattfindenden Interpellationen im Reichstag in befriedigender Weise beantworten zu können. Er äußerte sich nochmals sehr dankbar darüber, daß es Euerer Exzellenz gelungen sei, die Interpellationen bis dahin hinauszuschieben.

ad 4 bemerkte Lord Salisbury, daß er der Kaiserlichen Regierung für Übermittelung einer Liste derjenigen Schiffe, welche dieselbe als Postdampfer ansehe, dankbar sein würde.

Ferner erwähnte der Minister und bat mich, dieses Euerer Exzellenz zu melden, daß heute hier ein Telegramm eingetroffen sei, demzufolge ein deutsches Schiff namens „Adjutant", welches kürzlich Malta passiert habe, eine große Ladung Schießpulver an Bord haben soll. Nach Annahme der englischen Agenten sei dasselbe für den Transvaal bestimmt.

Ich habe den bestimmten Eindruck, daß Lord Salisbury sehr daran gelegen ist, für die Zukunft Vorfälle zu vermeiden, welche eine Störung in den freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern herbeiführen könnten.

Hatzfeldt

Nr. 4447

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 39 Berlin, den 17. Januar 1900

Antwort auf Telegramm Nr. 44*.

Bitte Lord Salisbury umgehend meinen persönlichen Dank auszusprechen für seine nunmehrigen Erklärungen, welche die Hoffnung geben, daß die am Freitag aus Anlaß der angekündigten Interpellation im Reichstag bevorstehende Debatte ohne Störung der guten Beziehungen zwischen Deutschland und England verlaufen wird**. Wir

---

* Siehe Nr. 4446.

** Da somit Freiherr von Eckardstein als Vertreter des erkrankten Botschafters Grafen Hatzfeldt in seiner nächsten Unterredung mit Lord Salisbury, die

nehmen gern Akt von den sämtlichen Zusicherungen in Punkt 1—4 und hegen die sichere Erwartung, daß solche durch nichts motivierte, störende und schädliche Vorfälle, wie sie zu den gegenwärtigen Verhandlungen Anlaß gaben, sich nicht erneuern werden.

Eine Liste derjenigen Schiffe, welche die Kaiserliche Regierung als Postdampfer ansieht, wird der englischen Regierung umgehend übermittelt *.

Über das angeblich auf dem „Adjutant" verladene Schießpulver wird nach Rückfrage bei der Reederei ebenfalls sofort zuverlässige Aufklärung gegeben werden. Nach den bis jetzt hier vorliegenden Nachrichten ist das Schießpulver nicht für Transvaal, sondern für die deutsche Schutztruppe in Ostafrika bestimmt, wie das übrigens auch durch die von den Zeitungen gemeldete Mitnahme eines Leichterschiffs bestätigt zu werden scheint. Ich hoffe, daß die englische Regierung nichts versäumen wird, um unter allen Umständen vorschnellen Maßnahmen englischer Schiffskommandanten gegen den „Adjutant" vorzubeugen, durch welche der von meiner Interpellationsbeantwortung am kommenden Freitag zu erhoffende günstige politische Eindruck natürlich wieder völlig in Frage gestellt werden würde.

Bülow

Nr. 4448

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 50 London, den 18. Januar 1900

Unter Bezugnahme auf Telegramme Nr. 39 **, 41 *** und 43 †.

Lord Salisbury, welcher noch gestern nacht ein sehr energisches Telegramm an die Behörden in Durban gerichtet und die umgehende

---

am 18. Januar stattfand, diesem den persönlichen Dank des Grafen Bülow für die positiven Erklärungen vom 17. auszusprechen gehabt hat, und da in der Unterredung vom 18. Lord Salisbury wieder (siehe das folgende Schriftstück) seiner Genugtuung und Dankbarkeit Ausdruck gegeben hat, daß Graf Bülow der englischen Regierung so weitgehendes Entgegenkommen bezeigt habe, so ist klar, daß die Zusammenkunft zwischen Lord Salisbury und Freiherrn von Eckardstein nicht entfernt jenen dramatischen Charakter getragen haben kann, den ihr dieser in seinen Lebenserinnerungen (II, 150 ff.) beilegt.

* Es geschah durch Telegramm Nr. 43 vom 18. Januar an Graf Hatzfeldt.

** Siehe Nr. 4447.

*** Durch Telegramm Nr. 41 vom 17. Januar war Graf Hatzfeldt in Kenntnis gesetzt worden, daß nach einem soeben eingelaufenen Telegramm des Agenten der Deutschen Ostafrikalinie in Durban sich nach beendeter Durchsuchung des „Bundesrath" die volle Übereinstimmung der Ladung mit den Lademanifesten herausgestellt, das Prisengericht aber noch keinen Spruch gefällt habe.

† Vgl. Nr. 4447, S. 477, Fußnote *.

Erklärung der Freigabe des „Bundesrath" verlangt hatte, teilt mir mit, daß einem soeben eingegangenen Telegramm zufolge die Freigabe des Dampfers erfolgt ist.

Bezüglich des Dampfers „Adjutant" bittet Lord Salisbury mich, Euerer Exzellenz für die erteilte Auskunft zu danken, und zu melden, daß die Marinekommandanten sofort strengste Weisung erhalten hätten, den betreffenden Dampfer unter keinen Umständen zu belästigen.

Außerdem bittet mich Lord Salisbury, Euerer Exzellenz seinen verbindlichsten Dank für die prompte Übersendung einer Liste der deutschen Postdampfer zu übersenden.

Nicht nur Lord Salisbury, sondern auch verschiedene andere Kabinettsminister, welche ich heute sah, haben in vertraulichem Gespräch in nicht zu verkennender Weise ihrer Genugtuung und Dankbarkeit Ausdruck gegeben, daß Euere Exzellenz in dieser bedauerlichen Angelegenheit der englischen Regierung so weitgehendes Entgegenkommen gezeigt haben.

Hatzfeldt

Nr. 4449

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 46 Berlin, den 19. Januar 1900

Antwort auf Telegramm Nr. 50*.

Ew. pp. wollen Lord Salisbury für die Freigabe des „Bundesrath" und namentlich für die hinsichtlich des „Adjutant" erteilten energischen Weisungen sowie für die entgegenkommende und weise Haltung des Ministers in dieser ganzen so bedauerlichen Angelegenheit sofort meinen aufrichtigen Dank aussprechen. Auch bitte ich, Lord Salisbury zugleich und sehr vertraulich mitzuteilen, daß ich meine Antwort auf die auf der heutigen Tagesordnung des Reichstags stehende parlamentarische Interpellation so einrichten werde, wie sie nach meiner Kenntnis des Reichstags und der deutschen öffentlichen Meinung am besten geeignet ist, um hier beruhigend zu wirken und die Fortdauer eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen uns und England zu sichern.

Bülow

---

* Siehe Nr. 4448.

Nr. 4450

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 56 London, den 19. Januar 1900

Lord Salisbury, bei welchem ich soeben Inhalt des Telegramms Nr. 46* verwertet habe, war sehr erfreut über die ihm im Auftrage Euerer Exzellenz gemachten Mitteilungen. Er betonte nochmals, wie dankbar er Euerer Exzellenz für das große Entgegenkommen sei, sowie daß er sehr großen Wert auf die Freundschaft Deutschlands lege.

Der Minister bat mich, Euerer Exzellenz zu melden, daß er sehr dankbar sein würde, wenn ihm Gelegenheit gegeben werden könnte, noch vor Zusammentritt des Parlaments am 30. d. Mts. Einsicht in die eventuell dem Reichstag vorzulegenden Aktenstücke in dieser Frage zu nehmen, damit er sich danach in bezug auf die von ihm dem Parlament vorzulegenden Schriftstücke richten könne.

Hatzfeldt

Nr. 4451

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 48 Berlin, den 20. Januar 1900

Antwort auf Telegramm Nr. 56**.

Bitte Lord Salisbury auf den von ihm ausgesprochenen Wunsch mündlich und sehr höflich folgendes zu sagen: Angesichts der Erledigung, welche die schwierige und leidige Angelegenheit infolge seines Entgegenkommens gefunden habe, und auf Grund unseres Vertrauens, daß er für fernere, dauernde, loyale und freundliche Behandlung der deutschen Schiffahrt Sorge tragen werde, hätten wir uns entschlossen, unsererseits von der Publikation irgendwelcher Schriftstücke über die Angelegenheit bis auf weiteres abzusehen.

Bülow

---

* Siehe Nr. 4449.
** Siehe Nr. 4450.

Nr. 4452

Der Erste Sekretär bei der Botschaft in London Freiherr von Eckardstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

London, den 20. Januar 1900

Privat für den Herrn Staatssekretär

Antwort auf gestriges Privattelegramm *.

Die von den „Leipziger Neuesten Nachrichten" gemeldeten angeblichen Äußerungen Chamberlains halte ich für durchaus erfunden. Derselbe hält nach wie vor an der Politik der Annäherung an Deutschland fest. Sein Privatsekretär Lord Ampthill hat mir dies heute in vertraulichem Gespräch erst wieder bestätigt. Durch meine Verbindungen mit zuverlässigen Preßvertretern ist es mir gelungen, sichere Anzeichen dafür zu erhalten, daß die von den „Leipziger Neuesten Nachrichten" verbreiteten vermeintlichen Auslassungen Chamberlains ihren Ursprung in der hiesigen „Foreign Press Association" gefunden haben. Diese Institution, deren Präsident der Russe Wesselitzky ist, welcher, wie ich ebenfalls erfahre, bereits seit einiger Zeit mit Herrn Leyds sowie der von demselben subsidiierten Kabelkorrespondenz engere Beziehungen unterhält **, hat in der letzten Zeit Großartiges in bezug auf die Verbreitung von Lügennachrichten geleistet. Dieselben finden ihren Weg hauptsächlich in die kontinentale Presse.

Euer Exzellenz gestrige Reichstagsrede *** hat seitens eines Teils der hiesigen Presse, darunter unverständlicherweise auch die „Times", eine vielfach mißverständliche Deutung erfahren. Dagegen hat dieselbe sowohl beim Kabinett als auch in sonstigen maßgebenden politischen Kreisen einen eher günstigen Eindruck gemacht. Man versteht dort vollständig die großen Schwierigkeiten, mit welchen Euere Exzellenz zu kämpfen hatten, und freut sich darüber, daß die Interpellation

---

* Nicht bei den Akten.

** Vgl. Nr. 4445, Fußnote **.

*** Am 19. Januar hatte Staatssekretär Graf Bülow anläßlich der Interpellation der Abgeordneten Möller und Genossen über die Beschlagnahme deutscher Schiffe im Reichstage eine Rede gehalten, in der er sich zwar auf das Sachliche und Notwendige beschränken zu wollen erklärte, immerhin aber, mit Rücksicht auf die erregte Stimmung des Reichstags stark unterstrich, daß die englische Regierung in der Angelegenheit einen völligen Rückzug angetreten hatte, und in der er weiterhin betonte, daß die Aufrechterhaltung guter und aufrichtiger Beziehungen zwischen Deutschland und England nur möglich sei auf der Basis voller Parität und gegenseitiger Rücksichtnahme. Durch die Rede Bülows wurde erreicht, daß eine Besprechung der Interpellation unterblieb.

nicht Gelegenheit zu einer weiteren, vielleicht aufreizenden Debatte gegeben hat.

Ich habe durchaus den Eindruck, daß hiesige maßgebende Kreise im allgemeinen die „Bundesrath"-Angelegenheit als einen höchst bedauerlichen, ja gefährlichen Mißgriff übereifriger Unterorgane ansehen. Dies wurde mir erst heute noch von dem Herzog von Devonshire bestätigt, welcher sich folgenden Ausdrucks bediente: „Our people have committed a stupid blunder."

Eckardstein

Nr. 4453

Der Botschafter in Washington von Holleben an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 17 Washington, den 21. Januar 1900

Die „Washington Times" sagt, der diplomatische Sieg Deutschlands über England scheine vollständig zu sein. Die ganze zivilisierte Welt sei dem deutschen Auswärtigen Amte Dank schuldig für die klare unangreifbare und entschiedene Art, wie es die Angelegenheit zum Austrag gebracht habe. Die von Amerika seit länger als 100 Jahren vertretene Auffassung, daß Privateigentum, selbst wenn es einem Feind gehöre, von der Wegnahme auf See auszuschließen sei, werde als Folge der letzten Friktion zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland einerseits und England andererseits voraussichtlich nunmehr allgemein zur Anerkennung gelangen.

Holleben

Nr. 4454

*Der englische Premierminister Marquess of Salisbury an den englischen Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles**

Abschrift, vom englischen Botschafter am 23. Januar dem Grafen von Bülow übersandt

London, 17th January 1900

I transmit herewith to Your Exzellency translation of a Note which I received on the 5th instant from the German Ambassador at this Court**, stating that according to a communication received

* Bereits abgedruckt im Englischen Blaubuch Africa Nr. 1 (1900) und daraus in: Das Staatsarchiv, Bd. 64, S. 218 ff.

** Siehe Nr. 4422.

by his Government the mail steamer „General" of the German East African Line had been stopped at Aden, occupied by force by British troops and ordered to land her cargo. Count Hatzfeldt proceeds to request that orders may be given for the immediate release of the steamer and her cargo, for that portion of her cargo which had already been landed being replaced on board, and for the vessel being permitted to continue her voyage to the places mentioned in her itinerary. His Excellency further requests that explicit instructions be send to the Commanders of British ships in African waters, to respect the rules of International Law, and to place no further impediments in the way of trade between neutrals.

I received with some surprise a communication from the Representative of a Power with whom Her Majesty's Government believe themselves to be on the most friendly terms, worded in so abrupt a manner and couched in language which imputed to Her Majesty's Naval Commanders, that they had shown a disrespect of International Law, and placed unnecessary impediments in the way of neutral commerce. There is no foundation for these imputations. I at once requested the Lords-Commissioners of the Admiralty and the Secretary of State for India, to make inquiries whether the facts were as reported to the German Government.

From reports which have reached Her Majesty's Government by telegraph the following appear to be the facts of the case.

Before the arrival of the vessel at Aden it was already known that she had on board, among her passengers 31 men of German and Flemish nationalitiy, who had all the appearances of being on their way to the South African Republics for the purposes of Military Service there. On her arrival, information reached the British Resident, that there were various suspicious articles on board destined for Delagoa Bay and a person on board the vessel who was likely to be well informed stated, that boxes of ammunition were buried under the reserve stores of coal.

The senior naval officer at Aden thereupon boarded her on the ground of strong suspicion of her carrying contraband of war, destined for the enemy and commenced to search her.

The Lords Commissioners of the Admiralty on being informed of the detention of the vessel, telegraphed to the Senior Naval Officer, that such detention, on suspicion only, was undesirable if the vessel carried Mails, unless contraband of war were found on board.

The Senior Naval Officer was at the same time called upon to carry out the necessary search as quickly as possible, and there can be no doubt that in this respect he did his utmost to avoid any unnecessary delay.

The crew of H. M. S. „Marathon" assisted by 100 coolies having worked day and night. The vessel having arrived on the 4th of

January, he reported on the 6th that the search had been completed. The cargo was restored with the greatest possible rapidity and the vessel sailed on the morning of the 10th instant. The Senior Naval Officer reported that he had found several large cases of rifle ammunition for Mauser, Mannlicher and sporting rifles, consigned to Mombasa, these were entered on the Manifest, and he believed them to be destined bona fide, as consigned. He had found also on board, consignments of axle trees for waggons and Chloride of Lime for Delagoa Bay, both of which appeared on the Manifest. The Captain of the vessel gave an undertaking that these should be handed over to Her Majesty's Consul at Delagoa Bay. At the bottom of the hold was a cargo of food for Delagoa Bay. Heavy machinery and boilers appear to have been stowed on the top of the store of coals in which it was reported that ammunition was concealed. The search for the cases therefore must have been conducted under great difficulties.

There seems reason to believe that among the passengers on board going to the Transvaal were a number of trained artillery men, but there was no sufficient evidence as to their destination to justify further action on the part of the officers conducting the search.

Until they receive the detailed reports which will reach them by mail, Her Majesty's Government cannot decide whether the British Naval Officers, in any respect, exceeded the right of search accorded by international practice to belligerents. They recognise however, that in the case of steamers carrying mails, that right should be exercised with all possible consideration and only resorted to when the circumstances are clearly such as to justify the gravest suspicion. They regret the inconvenience which has been caused on the occasion. Your Excellency will read this despatch to the German Minister for Foreign Affairs and leave him a copy of it.

(signed) Salisbury

Nr. 4455

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Berlin, den 28. Januar 1900

Sir Frank Lascelles hat mir kürzlich einen unterm 17. d. Mts. an ihn gerichteten Erlaß Lord Salisburys * vorgelesen und Abschrift davon hinterlassen. Der Erlaß stellt sich als eine Beantwortung

---

* Siehe Nr. 4454.

des Schreibens Euerer Exzellenz an Lord Salisbury vom 5. d. Mts. * dar und versucht den von unserer Seite erhobenen Vorwurf zu entkräften, daß die englischen Kommandanten bei Anhaltung, Durchsuchung und Beschlagnahme der drei Reichspostdampfer unter Außerachtlassung der dem neutralen Handel geschuldeten Rücksicht vorgegangen seien.

Kurz vorher hatte der englische Botschafter in einem Schreiben vom 14. d. Mts. ** im Auftrage seiner Regierung deren grundsätzlichen Standpunkt zu der Frage der Beschlagnahme präzisiert und die von uns zur Unterstützung unserer Ansprüche gemachten rechtlichen Ausführungen zu widerlegen gesucht.

Ew. pp. bitte ich, Lord Salisbury mündlich in höflichster Weise den Empfang dieser Mitteilungen zu bestätigen. Dabei wollen Ew. pp. bemerken, wir glaubten von einer schriftlichen Beantwortung mit Rücksicht darauf absehen zu dürfen, daß wir bereits der englischen Regierung erklärt hätten, von einer theoretischen Erörterung der aufgeworfenen prinzipiellen völkerrechtlichen Frage zurzeit Abstand nehmen zu wollen. Wir seien um so mehr geneigt, dies zu tun, als Lord Salisburys entgegenkommende Haltung uns als Bürgschaft dafür erscheine, daß ähnliche bedauerliche Zwischenfälle, die in so hohem Grade geeignet wären, uns die Pflege unsrer freundschaftlichen Beziehungen zu England zu erschweren, nicht weiter zu befürchten seien.

Abschriften der beiden erwähnten englischen Schreiben beehre ich mich beizufügen.

Bülow

Nr. 4456

*Der Stellvertretende Botschafter in London Gesandter Graf von Metternich *** an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen von Bülow*

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 19. März 1900

Als wir uns in Berlin trennten, bestärkten Sie mich in meinem Wunsche, Ihnen mit aller Offenheit schreiben zu dürfen. Ich tue das heute. Ich bin mir wohl bewußt, daß man als Diplomat in der Regel besser fährt, wenn man zu beschönigen und zu mildern versucht, glaube aber trotzdem, daß es dem Interesse des Ganzen mehr entspricht, wenn man die ungeschminkte Wahrheit sagt.

---

* Siehe Nr. 4422.

** Siehe Nr. 4438.

*** Der preußische Gesandte in Hamburg Graf von Metternich war vom 8. Februar bis zum 17. Mai 1900 mit der Vertretung des erkrankten Grafen Hatzfeldt beauftragt. Vgl. Kap. CIII, Anhang Nr. 4509 und Nr. 4510.

Ich hatte gestern mit Chamberlain eine mehr als zweistündige ernste Unterredung und werde versuchen, die wesentlichen Punkte daraus tels quels wiederzugeben. Ich forderte ihn auf, mir unverblümt und privatim seine Kritik — daß es sich um eine solche handelte, bemerkte ich gleich — auszusprechen, unter der Voraussetzung, daß ich das gleiche tun würde.

Er holte weit aus und begann mit den Unterredungen, welche er mit Ihnen in Windsor gehabt, und aus welchen er den Eindruck gewonnen habe, daß Sie in den großen Grundzügen des Verhältnisses von Deutschland zu England mit ihm übereinstimmten*. Er habe darauf seine Rede in Leicester gehalten in der Überzeugung, von der er trotz aller entgegenstehenden Hindernisse bis an sein Lebensende nicht ablassen werde, und ganz unabhängig davon, wie man hier, bei uns oder in Amerika für den Augenblick darüber denke, daß das deutsch-englisch-amerikanische Einvernehmen die sicherste Grundlage für die Fortentwickelung unserer Völker biete. Er sei kein Diplomat, und er wäge seine Worte nicht diplomatisch ab. Wenn er das Wort „Allianz" gebraucht habe, so verstehe er darunter ein allgemeines Einverständnis. Auf das Wort dafür komme es ihm nicht an. Neben dem allgemeinen Einverständnis sei er immer bereit da, wo es unsere Interessen erforderten, ein Sonderabkommen einzugehen, wie wir es schon in einem Falle in bezug auf die portugiesischen Kolonien getan hätten**. Seine Rede sei besonders von der „Times" falsch und gehässig gedeutet worden. Kurze und entstellte Auszüge seien nach Deutschland und Amerika telegraphiert worden, und auf diese fußend habe sich eine abfällige Kritik gebildet, noch ehe der Text seiner Rede bekannt geworden sei. Er ließe sich dadurch aber nicht abschrecken, und der Leicester Rede würden, wenn Zeit und Gelegenheit danach sei, noch andere Reden im selben Sinne folgen. Bald darauf hätten Sie im Reichstage eine Rede gehalten. Er habe in der Wiedergabe derselben in englischen Zeitungen sich nicht des Eindrucks erwehren können, „that you had given the cold shoulder to him" ***.

Ich gebe diesen Teil seiner Äußerungen nur der Vollständigkeit halber wieder, habe aber nicht den Eindruck und bin ziemlich sicher, mich nicht zu täuschen, daß hierin das Hauptmoment seiner Verstimmung nicht zu suchen ist.

Er wandte sich dann mit Erregung den jüngsten Veröffentlichungen des Blaubuchs über die Beschlagnahme der deutschen Dampfer zu † und sagte, er habe die scharfen Noten, welche ge-

---

* Vgl. Kap. CI, Nr. 4398.

** Vgl. Bd. XIV, Kap. XCII.

*** Vgl. Kap. CI, Nr. 4401, S. 424, Fußnote *.

† Die englische Regierung hatte, obwohl die deutsche Regierung von der Ausgabe eines Weißbuchs über die Beschlagnahme der Dampfer abgesehen

wechselt worden seien, erst aus dem Blaubuche kennen gelernt. Während der Verhandlungen über die Freigabe der Dampfer sei er von Lord Salisbury mit Noten bestürmt worden, die Sache zu beschleunigen. Er selbst habe sein möglichstes in dieser Richtung getan, aber es sei nicht leicht, in Kriegszeiten auf weite Entfernungen hin untergeordnete Behörden, welche den Ernst der Sache gar nicht verständen [1], und bei dem Wirrwarr, welcher in Durban geherrscht hätte, zum sofortigen Handeln und zur sofortigen Ausführung der Befehle zu bewegen. Er müsse mir offen aussprechen, daß, solange solche Noten gewechselt würden, ein besseres Verhältnis, so sehr er dies bedauere, zwischen England und Deutschland nicht eintreten werde. Die peremptorische Form der Noten und die Forderung, daß die englischen Kapitäne sich in den Grenzen des Völkerrechts zu bewegen hätten, obwohl die Beschlagnahme von Schiffen zwischen neutralen Häfen von angesehenen Lehrern des Völkerrechts auch in Deutschland als statthaft erklärt werde, habe hier auf das tiefste verletzt. Die englische und französische Regierung hätten mehrmals schon schwierigere und ernstere Fragen miteinander zu verhandeln gehabt, wobei bei allem Ernste der Sache der verbindliche Ton in den französischen Noten stets gewahrt geblieben sei.

Auch meine Note an Lord Salisbury (ich habe sie mit Bericht Nr. 168 vom 17. d. Mts. eingesandt) in betreff der Verunglimpfung der deutschen Flagge in Bendigo* habe sogleich peremptorische Forderungen der Rehabilitierung und der Entschuldigung durch den Premier von Victoria gestellt, ohne abzuwarten, ob die englische Regierung nicht aus eigenem Antriebe ihre Pflicht getan haben würde [2]. Zu peremptorischen Forderungen sei dann auch noch Zeit gewesen. Die australischen Premiers seien schwer zu behandelnde Leute, und er wisse gar nicht, ob der Premier von Victoria einem Befehl der englischen Regierung wegen Entschuldigungen nachgeben werde. Anders verhalte es sich mit dem Gouverneur, welcher als englischer Beamter Weisungen von hier aus befolgen würde. Bedauerliche Exzesse, von verächtlichen Individuen begangen, könnten sich, besonders wenn die Leidenschaften hochgingen, überall und jeden Tag ereignen, ohne daß die Regierung, wo sie verübt worden seien, dafür verantwortlich gemacht werden dürfe. Ein viel schlimmerer Exzeß als

---

hatte (vgl. 4451), ein Blaubuch „Africa Nr. 1 (1900) Correspondence respecting the Action of Her Majestys Naval Authorities with regard to certain Foreign Vessels" an das Parlament gelangen lassen mit dem Erfolge, daß sich die englische Öffentlichkeit nachträglich über die Art und Weise aufregte, wie Deutschland in dem Konflikt vorgegangen war.

* Am 2. März 1900 war in Bendigo eine deutsche Fahne, die von einer deutschen Gesellschaft zur Feier des Entsatzes von Ladysmith (also eines englischen Erfolges!) aufgezogen worden war, vom Pöbel heruntergerissen worden.

in Bendigo sei neulich noch in Dresden* begangen worden. Die englische Regierung habe aber keine peremptorische Forderung gestellt, sondern es dem englischen Gesandten überlassen, die Sache in Ordnung zu bringen. Auch in Bordeaux sei die Verunglimpfung der englischen Flagge wieder gutgemacht worden, ohne daß die englische Regierung sofort Forderungen gestellt hätte. Auch wir hätten von der englischen Regierung bis zum Beweise des Gegenteils annehmen können, daß sie den Pflichten der internationalen Höflichkeit nachkommen werde. Die Regierungen sollten doch wenigstens kühl bleiben in einer Zeit, wo die Völker sich mit Mißtrauen gegenüber ständen.

Ich fürchte, daß diese als Quintessenz einer langen Unterredung zusammengezogenen Äußerungen beim Lesen den Eindruck noch größerer Schärfe erwecken, als in dem Gesamtton der Äußerungen Chamberlains lag. Er war gereizt, aber gegen seine bessere Überzeugung, und hält Seine Majestät den Kaiser und Sie für Freunde Englands. Da ich diese Seelenstimmung bei ihm erkannte, so antwortete ich ihm mit derselben Offenheit, die ich von ihm verlangt hatte, aber ohne ihn unnötig zu verstimmen. Ich entgegnete ungefähr folgendes: Als ich Sie vor meiner Abreise hierher verlassen hätte, hätten Sie mir als einzige Instruktion die Pflege der guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern mit auf den Weg gegeben. Dieses Wort, welches im allgemeinen diplomatischen Verkehr nicht viel mehr als eine Redensart bilde, sei im gegenwärtigen Augenblick und in dem Sinne, welchen Sie ihm gegeben hätten, von ernster Bedeutung für beide Länder. Auch ich sei wie er, Mr. Chamberlain, ein überzeugter Anhänger von der Notwendigkeit des Zusammenhaltens von England und Deutschland in der Zukunft. Auch ich glaubte wie er, daß nicht die Interessen allein, sondern auch sentiment die Völker zusammenbringe. Als ich Sie in Berlin vor meiner Abreise gesprochen hätte, hätten Sie zufällig auch Chamberlains Leicester speech berührt und gesagt: „He is like all big men ahead of his time, und was nicht ist, kann noch werden". Die beiden Nationen, fuhr ich fort, fingen schon an, sich redlich zu hassen. Was solle aber aus seinem

* Auf die Nachricht von der Gefangennahme des Generals Cronje mit seinen Truppen bei Paardeberg (27. Februar) waren aus einem englisch-amerikanischen Klublokal in Dresden je eine englische und eine amerikanische Fahne herausgehängt worden, von denen die englische nachts heruntergerissen wurde. Auf einem Berichte des preußischen Gesandten in Dresden Grafen Dönhoff vom 4. März 1900, der von diesem Vorgange eingehende Meldung erstattete und beiläufig auch der englandfeindlichen Haltung Dresdner Blätter gedachte, verfügte Kaiser Wilhelm II. am Rande: „Herrn v[on] Metzsch [Minister des Inneren und der Auswärtigen Angelegenheiten] lasse ich auf das dringendste darauf aufmerksam machen, seine Presse in Ordnung zu halten und die Dresdener Nachrichten sich vorzubinden, da das Verhalten derselben nachtheilig einwirkt auf die Beziehungen zu einer uns befreundeten großen Macht!"

Programm werden, wenn, wie ich aus seinen Äußerungen mit Bedauern ersähe, nun auch die Regierungen sich mißverständen. Er sei im Irrtum, wenn er glaube, daß Sie seinen Leicester speech im Reichstage leichterhand abgewiesen hätten. Ich hätte sowohl seine sowie Ihre Rede mit Aufmerksamkeit gelesen, und zwar die eine auf englisch, die andere auf deutsch, und nicht in der abgekürzten, verzerrten Form von Zeitungsberichten. Nichts rechtfertige die Auffassung, welche er durch die falsche Wiedergabe Ihrer Rede in hiesigen Zeitungen erhalten zu haben scheine. Sie hätten nur heikle Themata mit großer Vorsicht berührt und im Hinblick auf unsere öffentliche Meinung berühren müssen. Sie wären zwar nach Ansicht aller gemäßigter und vernünftiger Politiker bei uns zu Hause der Staatsmann der Zukunft, Ihre politische Vergangenheit sei aber nicht alt genug, um allgemeine Strömungen schon jetzt außer acht lassen zu können. Dazu gehöre eine längere politische Tätigkeit, wie er, Mr. Chamberlain, sie hinter sich habe. Diesen Gesichtspunkt müsse er bei Ihren Reden im Reichstag in Rechnung ziehen.

Ich hätte in Deutschland die antienglische Strömung seit Ausbruch des südafrikanischen Krieges mit Aufmerksamkeit verfolgt und sei bemüht gewesen, den Ursachen nachzuforschen. Es sei bekannt, daß die Burensympathien überall auf dem Kontinent und selbst in Amerika durchgebrochen seien. Es liege dies hauptsächlich daran, daß neben der geringen Beliebtheit, deren sich England schon seit lange überall erfreue, das Ausland und speziell Deutschland über die Beweggründe des Krieges und über die innere Notwendigkeit, welche über kurz oder lang zum Kriege hätte führen müssen, wenig unterrichtet gewesen sei. Mit den Schlagworten vom ungerechten Goldkriege, den der Stärkere dem Schwächeren aufgezwungen hätte, sei die Einbildungskraft der Menge gefesselt worden. Besonders die Damenwelt und die intellektuellen Zentren, welche sich mehr mit dem Gedanken als mit dem Geschäfte befaßten, seien in ihren Sympathien für das kleine tapfere Volk der Buren hingerissen worden. Eine solche ideale Strömung dauere aber nur so lange, als ihr Nahrung zugeführt werde. Sie beruhe aber nicht auf dauernden Gegensätzen. Mit der besseren Erkenntnis schwinde der Wahn. In den großen See- und Handelsstädten Deutschlands, wie in Hamburg, wo ich selbst gelebt hätte, in den industriellen und Geschäftskreisen, welche England aus Erfahrung kennten und mit ihm in Verbindung ständen, sei der idealistische Zug der Burenschwärmerei niemals besonders kräftig aufgetreten. Schon bald nach Ausbruch des Krieges hätte ich einen langsamen Umschwung in der öffentlichen Meinung Deutschlands bemerken können. Die Stimme der Vernunft habe sich allmählich geltend gemacht. Von allen Seiten seien unparteiische und für England sympathische Zuschriften in der Presse aufgenommen worden, sodaß, als ich vor einem Monat Deutschland verlassen hätte, ein

stetig zunehmender Umschwung der öffentlichen Meinung Deutschlands festzustellen gewesen wäre.

England dagegen mache den umgekehrten Prozeß wie Deutschland durch. Zuerst gleichgültig gegen die Stimmen des Auslandes, werde es jetzt von Tag zu Tag empfindlicher gegen dieselben. Sorgfältig werde alles herausgesucht, was etwa in Deutschland gesagt oder getan werde, um Deutschland unter allen Ländern als dasjenige Land hinzustellen, welches gegen England besonders feindlich gesinnt sei. Den Tatsachen entspreche diese Darstellung nicht. Im Interesse des Programms Chamberlains liege es nicht, diese Anschauungen hier Boden gewinnen zu lassen. Es sei tief zu bedauern, daß hier nichts dagegen geschehe.

Gerade zu der Zeit, als unsere öffentliche Meinung besonders erregt gewesen, sei ein Postdampfer nach dem andern mit Beschlag belegt worden. Eine einfache Anfrage in Reederkreisen würde ergeben haben, daß die Deutsche Ostafrikalinie hoch angesehen sei, daß sie ihre Schiffe voller Waren und Passagiere habe, daß sie vom Deutschen Reich subsidiert sei, und daß sie ihren Ruf und ihre finanzielle Grundlage ganz unnötigerweise aufs Spiel gesetzt haben würde, wenn sie Kriegskonterbande geführt hätte. Die Dampfer seien ungerechtfertigterweise fortgenommen und ebenso ungerechtfertigterweise wochenlang festgehalten worden, während die Dampfer anderer Nationen, welche nach meinen damaligen privaten Informationen höchstwahrscheinlich die gesuchte Kriegskonterbande geführt hätten, unbehelligt geblieben seien. Auch dem Friedfertigsten könne schließlich die Geduld ausgehen. Über den umstrittenen Satz des Völkerrechts, ob Schiffe zwischen neutralen Häfen beschlagnahmt werden dürften, wolle ich nicht streiten. Es sei aber ein hier allgemein verbreiteter Irrtum zu glauben, daß es ein ganz selbstverständliches Recht Englands sei, neutrale Schiffe ohne genügenden Grund abzufangen. Die jetzige Generation habe überhaupt noch keinen Seekrieg erlebt. Der Handel und Seeverkehr der Gegenwart habe sich auf ganz andern Grundlagen aufgebaut als in der Vergangenheit, und die Anwendung des Seerechts aus früheren Zeiten auf die heutigen Verhältnisse sei in Deutschland als etwas Ungewöhnliches und nicht zu Rechtfertigendes empfunden worden. Ich spräche in diesem Augenblick von der Volksstimmung, nicht von der Regierung. Er habe mir vorhin davon gesprochen, daß nur dann die von ihm gewünschten besseren Beziehungen zwischen den beiden Ländern eintreten könnten, wenn sich auch die beiderseitigen Regierungen on equal terms behandelten, nicht aber, wenn der eine den andern von oben herab behandele und mit Noten brüskiere, wie die in der Bundesrathsaffäre gewechselten. Ich könne ihm auf Grund meiner intimen Kenntnis der leitenden Persönlichkeiten in Deutschland versichern, daß dort genau dieselbe Empfindung mit Bezug auf England herrsche. Auch

wir wollten nichts anderes als equal terms. Nur komme es auf die Auslegung an. Und es sei doch nicht anzunehmen, daß zwischen zweien, die sich stritten, ohne sich eigentlich streiten zu wollen, nur der eine immer im Unrecht sei.

Mr. Chamberlain, welcher im Verlaufe meiner Äußerungen bedeutend ruhiger geworden war, bedauerte lebhaft die Veröffentlichung der Noten, womit seiner Ansicht nach noch hätte gewartet werden können. Ich stimmte ihm darin bei. Seine Frage, ob nicht die Veröffentlichungen im Blaubuche, insofern sie Verhandlungen mit der deutschen Regierung beträfen, vorher derselben vorgelegt würden, beantwortete ich bejahend, fügte aber hinzu, ich vermutete, daß, da die englische Regierung die Veröffentlichung gewünscht hätte, wir uns gesagt hätten, daß, wenn England an der Veröffentlichung festhalte, wir die Öffentlichkeit ebensogut ertragen könnten.

Ich möchte hier einschalten, daß nach den Nachrichten, welche Eckardstein aus den hiesigen Preßkreisen erhält, die Blaubuchveröffentlichungen auf die Presse, besonders in der Provinz, einen Eindruck hervorgebracht haben sollen, welcher demjenigen des Krügertelegramms kaum nachstehe [3]. Ich halte dies für stark übertrieben, sehe aber allerdings auch, daß die Mißstimmung und der Argwohn gegen Deutschland seitdem hier zugenommen haben. Falls Sie es für nützlich halten, daß Chamberlain oder ein anderer Minister im Parlament eine gelegentliche Erklärung über die Beobachtung der wohlwollenden Neutralität durch Deutschland abgibt, so bitte ich Sie um Benachrichtigung [4]. Chamberlain kennt und würdigt den Dienst, welchen wir seinem Lande geleistet haben. Er bemerkte, England würde aber auch gegen eine europäische Koalition kämpfen, möge es dabei siegen oder untergehen. Einmal habe es eine europäische Koalition schon glücklich überwunden. Es liegt allerdings die Gefahr vor, daß eine ministerielle Erklärung im Parlament einen prononciert starken Charakter tragen könnte, geeignet, uns die Mißbilligung unserer Nachbarn einzutragen. Vielleicht ist es am besten, die Kriegs- und Siegesstimmung hier ruhig verrauchen zu lassen, sollten auch noch Monate darüber vergehen. Ich habe allerdings die Empfindung, daß wir für die nächste Zukunft England gegenüber mit großer Vorsicht verfahren müssen. Die englische Nervosität und Gereiztheit wird sich im blinden Unverstande leichter gegen uns als gegen andere wenden. Chamberlain gebrauchte das Bild, daß England augenblicklich einem Menschen gliche, dem die Haut abgezogen sei. Wie man es berühre, zucke es zusammen. Er bemerkt nicht, daß er sich selbst in der Stimmung dieses Menschen ohne Haut befindet.

Ich kam nun Mr. Chamberlain gegenüber auf die Bendigoaffäre zu sprechen und bemerkte, ich verstände gar nicht, daß er in unserer Forderung etwas Ungewöhnliches erblicke. In solchen Fällen sei es

allgemeiner Usus, daß der beteiligte Teil Genugtuung erhalte; das sei auch in Bordeaux und in Dresden geschehen. Auch der Premier von Victoria würde sich meiner Ansicht nach nichts vergeben, wenn er einige höfliche Worte an unseren Konsul richtete.

Paul Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Das entschuldigt aber nicht! Der Admiral hat also ganz recht gesagt the captain was a damned fool!

[2] ja das kennt man!

[3] !

[4] ja

Nr. 4457

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Stellvertretenden Botschafter in London Gesandten Grafen von Metternich

Telegramm. Konzept

Nr. 123 Berlin, den 28. März 1900

Wenn ich, was leider infolge parlamentarischer Verhinderungen nicht der Fall ist, in der Lage wäre, eingehend auf Ihre interessanten Mitteilungen, namentlich über Äußerungen Chamberlains, zu antworten, würde ich ausführen, daß gute und sichere Beziehungen zwischen Großmächten nur denkbar sind unter Zugrundelegung des Grundsatzes, daß Rücksichtnahme und gute Behandlung gegenseitig sein muß, und daß beide Teile den gleichen Anspruch darauf haben.

Mir fällt, wenn ich Herrn Chamberlains Beschwerden lese, der bekannte Ausspruch des Fürsten Bismarck ein, daß die Franzosen so täten, als ob die Ehre Frankreichs empfindlicher sei als die Ehre anderer Völker[1]. Nur von einem analogen Standpunkte aus, wie es der vom Fürsten Bismarck gerügte französische war, hat Herr Chamberlain zu dem Schlusse kommen können, daß die deutsche Regierung sich gegenüber den englischen Beschlagnahmen kein Wort des Unmuts erlauben durfte, und daß wir in der Bendigofrage hätten warten müssen, bis es England gefiel, uns ungebeten Satisfaktion zu geben.

Es bedarf doch keiner Begründung, daß eine Regierung berechtigt ist, eine befreundete Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß in ihrem Lande Fremde der betreffenden Nationalität vergewaltigt worden sind. Und was die Beschlagnahme der Dampfer anlangt, so wurde durch das Auftreten der englischen Unterbehörden bei uns in weiten Kreisen der Gedanke geweckt, daß Großbritannien seine Mißerfolge im südafrikanischen Landkriege durch einen erfolg-

reichen Seekrieg gegen Deutschland ausgleichen wolle. Zur Erschwerung unserer Lage trug noch die englische Saumseligkeit bei. Unter solchen Umständen war es unerläßlich, daß wir durch unsere Sprache die feste Entschlossenheit zeigten, die Würde des Reichs trotz der Ungunst der Verhältnisse zu wahren.

Beim Ausbruch des Krieges habe ich sowohl zu Sir Frank Lascelles wie zum Grafen Hatzfeldt die Ansicht ausgesprochen, daß, solange wir auf Achtung unserer Rechte und Berücksichtigung unserer Interessen rechnen könnten, die Regierung Seiner Majestät des Kaisers während der Dauer der Feindseligkeiten bei keiner Kombination mitwirken und keiner Gruppierung sich anschließen werde, welche der Regierung Ihrer Britischen Majestät Verlegenheiten bereiten könnten. Diese meine Ansicht hat sich bis heute tatsächlich als richtig bewährt, und neben dieser schwerwiegenden Tatsache erscheinen die Beschwerden und Empfindlichkeiten des Herrn Chamberlain als kleinlich. Bei einem andern, dessen gute Gesinnung mir weniger wahrscheinlich wäre, würde ich sagen, daß diese Nörgeleien zusammengeholt sind, um für irgendetwas als Vorwand zu dienen. Ein derartiger Verdacht könnte auch wohl geweckt werden durch die Wahl des Zeitpunkts, den das Foreign Office für die Veröffentlichung der Postdampferdepeschen gewählt hat, und durch die in Anlehnung an jene Veröffentlichung neubetätigte systematische Feindseligkeit regierungsfreundlicher großer Blätter gegen Deutschland.

Das Soll und Haben der beiden Länder stellt sich so, daß auf beiden Seiten unfreundliche Worte gefallen sind. Darüber hinaus aber weist das deutsche Guthaben einen allerdings nur den Regierungen bekannten Dienst von weltgeschichtlicher Bedeutung auf [2], den wir in einem kritischen Moment England geleistet haben. Als englische Gegenleistung steht die Veröffentlichung des Postdampferblaubuches da [2], infolge welcher heute die englische Presse Anhänger für den Glauben wirbt, daß Deutschland Englands geheimer, aber schlimmster Feind sei. Nach diesen Erfahrungen würde ich, wenn ich heute eine Meinung über die voraussichtliche Haltung der deutschen Regierung zu äußern hätte, nicht mit der gleichen Zuversicht sprechen können wie beim Kriegsausbruch. Denn erstens kann ich von dem Grundsatze des gleichen Rechts auf gute Behandlung nicht abgehen und zweitens — dies ist der Hauptpunkt — hat die Wahl des Augenblicks der Blaubuchveröffentlichung mir, und nicht mir allein, die Frage aufgedrängt, welche Beweggründe das englische Auswärtige Amt zu einem Schritte veranlaßt haben, der bei geeigneter Nachhilfe durch die Presse die englische Mißstimmung gegen Deutschland naturgemäß verschärfen mußte. Überdies ersehe ich aus Ew. Telegramm Nr. 189, daß die englische Regierung sich vorbereitet, durch das beabsichtigte Herausdrängen Portugals aus der Neutralität den neutralen Mächten neue Verlegenheiten zu schaffen.

Die vorstehend mit telegraphischer Kürze skizzierten Gedanken wollen Ew. nach ihrem Ermessen entwickeln und verwerten.

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf einer Abschrift:
Vortrefflich
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Gut
[2] ja

Nr. 4458

Der Stellvertretende Botschafter in London Gesandter Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 199 London, den 24. März 1900

Vor einigen Tagen hatte ich Gelegenheit, mich mit einem Beamten des Foreign Office, mit welchem ich seit Jahren besonders befreundet bin, in zwanglosem und vertraulichem Gespräche über die Beziehungen zwischen Deutschland und England, wie sie sich in letzter Zeit entwickelt haben, des längeren zu unterhalten. Hierbei wurde der allgemeine Eindruck, welchen ich bereits von vielen Seiten empfangen habe, aufs neue bestätigt, daß die Stellung, welche von der Mehrheit des deutschen Volkes und insbesondere der deutschen Presse England gegenüber, namentlich mit Bezug auf den hier so volkstümlich gewordenen Kampf gegen die Burenrepubliken, eingenommen worden ist, in diesem Lande allmählich eine tiefgehende Verstimmung gegen alles Deutsche hervorrufen wird. Mein Gewährsmann, welcher ohne Frage in seinen persönlichen Anschauungen und Sympathien ein warmer Anhänger und Verfechter der deutsch-englischen Freundschaft ist, verhehlte mir nicht, daß, obgleich er angesichts der praktischen Nachteile, die eine solche Verstimmung mit sich bringen könne, diese nicht willkommen heißen könne, er doch dieselbe verstehe und in gewisser Beziehung ihre Berechtigung anerkennen müsse. In unserer akademischen Diskussion über diese Frage gab er mir zwar bereitwillig zu, daß England vielfach durch sein Verhalten in manchen Fragen und infolge seines oft arroganten und rücksichtslosen Auftretens bei verschiedenen Gelegenheiten zum großen Teil selbst Schuld an den anglophoben Erscheinungen sowohl in Deutschland wie überhaupt bei anderen Nationen trage. Er erkannte daher auch die Richtigkeit meiner Behauptung an, daß alles Unfreundliche, was man gegenwärtig hier von Deutschland aus zu hören bekomme, vielfach das Echo und die Replik auf all das Unangenehme sei, was während

mehrerer Jahre nach dem Jamesonzuge hier ununterbrochen über Deutschland und insbesondere über die Person unseres allergnädigsten Herrn ausgesprochen worden sei. Er vertrat aber die Auffassung, daß, soweit all derartiges in dem bekanntlich kurzen politischen Volksgedächtnis hier in letzter Zeit noch wachgewesen sein möge, man doch hier in den letzten Jahren angesichts der Tatsache, daß mehrere zwischen den beiden Ländern schwebende Fragen auf eine so befriedigende Weise geregelt worden seien, immer mehr sich dem Eindruck hingegeben habe, daß es mit allem alten Zwist und Hader nun endgültig vorbei sei. Namentlich aber habe man allgemein in dem letztjährigen Besuche Ihrer Majestäten, welcher zu einer Zeit erfolgt sei, wo England infolge der ungünstigen Vorgänge in Südafrika sich gedemütigt und vereinsamt gefühlt, die Bestätigung und Besiegelung einer neuen Freundschaftsära erblickt *. Das Volksbewußtsein, welches gewöhnlich die Bedeutung solcher Vorgänge nur dunkel erkenne, habe dies bei jener Gelegenheit sehr klar empfunden, und er könne mir ohne Übertreibung versichern, daß Seine Majestät der Kaiser zu jener Zeit die populärste Persönlichkeit in England gewesen sei. Um so peinlicher und enttäuschender werde dem englischen Volke jetzt die allmählich sich aufdrängende Überzeugung, daß wohl nirgends im deutschen Volke Wohlwollen für England zu finden sei. Wenn auch politisch klardenkende Leute in ihrer Beurteilung der tatsächlichen Haltung der deutschen Regierung und namentlich der Gesinnungen Seiner Majestät für dieses Land sich durch diese Erscheinung nicht beeinflussen lassen wollten, so könnten auch sie sich vielfach nicht des Glaubens erwehren, daß so manches, was in Deutschland in Wort und Schrift gegen England zum Ausdruck komme, vielleicht mit Hülfe der bekanntlich bei uns sehr weitgehenden obrigkeitlichen Befugnisse [1] von der Regierung hätte verhindert oder wenigstens abgeschwächt werden können. Was besonders die deutsche Presse anbelange, so lasse man es sich hier trotz aller gegenteiliger Versicherungen nicht ausreden, daß ihre Sprache in weitgehender Weise von der Regierung hätte gemäßigt werden können [2]. Diese Auffassung beantworte auch die Frage, weshalb man den d e u t s c h e n Preßangriffen auf England eine soviel größere Bedeutung beimesse und sich soviel tiefer durch sie verletzt fühle, wie dies anderen Ländern gegenüber der Fall sei, deren größere Preßfreiheit man hier wohl kenne. Er müsse bei dieser Gelegenheit mich auch darauf aufmerksam machen, daß, was die so tadelnswerten persönlichen Angriffe und Schmähungen gegen die ehrwürdige Person der Herrscherin anbetreffe, die russische Presse, bei welcher man doch weit eher eine feindselige Haltung in diesem Sinne voraussetzen könnte, sich auffallend wenig zu solchen Schmähungen gegen die Königin habe hinreißen lassen.

---

* Vgl. Kap. CI.

Zu einer weiteren Phase des Stimmungswechsels in England übergehend bemerkte mein Freund, daß die Enttäuschung und Erbitterung, welche leider Deutschland gegenüber hier allmählich Platz greife, auch vor allem in der Lektüre des kürzlich veröffentlichten Blaubuchs über die beschlagnahmten deutschen Postdampfer neue Nahrung gefunden habe. Ich hielt ihm vor, daß es doch eigentlich merkwürdig sei, wenn man dem gekränkten Teil, als welchen wir uns doch unzweifelhaft in dieser Frage bezeichnen müßten, den Vorgang verübeln wolle, und wies ferner darauf hin, daß jeder vernünftig denkende Mensch anerkennen müsse, daß keine Regierung der Welt unter diesen Schlag auf Schlag erfolgenden Übergriffen hätte stillsitzen und nicht mit aller Bestimmtheit auf eine ungesäumte Redressur derselben hätte dringen müssen. Er gab mir dies, ohne über die prinzipielle Rechtsseite der Frage entscheiden zu wollen, zu und erkannte an, daß wir allerdings bezüglich der Art und Weise, wie die Angelegenheit hier behandelt worden sei, vielleicht berechtigten Anlaß zur Klage gehabt hätten. Was hier so peinlich empfunden worden sei, sei auch nicht so sehr der von uns eingenommene Standpunkt, sondern eher die schroffe Form gewesen, in welcher dieser vertreten worden sei. Er könne mir vertraulich versichern, daß seines Wissens Lord Salisbury noch bei keiner anderen Gelegenheit einer solchen Verstimmung Ausdruck gegeben habe, wie er sie nach Empfang unserer damaligen Noten an den Tag gelegt habe. Dieselbe Verstimmung mache sich seit Bekanntwerden der Schriftstücke überall im Publikum geltend. Man habe allgemein das Gefühl, daß der englischen Ehre[3] zu nahe getreten worden sei, und leide unter dem Gedanken, daß dies nur deshalb geschehen konnte, weil England sich zu jener Zeit in einer schwierigen Lage befunden habe[4]. Während man bisher, wie unfreundlich auch die deutsche Presse war, immer in dem Glauben Trost gefunden habe, daß dies durchaus nicht der Gesinnung und Politik der deutschen Staatsleitung entspreche, sei dieser Glaube jetzt in vielen Kreisen sehr erschüttert worden, und man fange an, sich zu fragen, ob dieser Glauben nicht illusorisch gewesen sei. Dies sei ohne Frage das bedauerlichste Moment der ganzen Erscheinung. Indem ich diesen Ausführungen entschieden widersprach, wies ich namentlich darauf hin, daß es in erster Linie Sache der englischen Regierung sei, welche am besten wissen müsse, in welche schwierige Lage wir dem Parlament und der öffentlichen Meinung gegenüber durch das durch nichts gerechtfertigte Vorgehen der englischen Marinebehörden versetzt worden waren, solchen irrigen Nachrichten und Deduktionen aufklärend entgegenzutreten. Statt dessen scheine sie all den Fabeln, welche in der hiesigen Presse aufgetischt würden, und die offenbar auf eine Erregung der öffentlichen Meinung Deutschland gegenüber hinausliefen, untätig und teilnahmslos gegenüberzustehen. Mein Freund versicherte mir, daß dies keineswegs der Fall

sei, daß aber, wie ich wissen müßte, es nicht leicht sei, eine Einwirkung auf die hiesige, bekanntlich der Regierung sehr unabhängig gegenüberstehende Presse auszuüben, zumal wenn diese, wie im vorliegenden Falle, die allgemeine Ansicht im Volke wiedergebe. Bei dieser Gelegenheit wurde mir die bereits anderweitig zugegangene Nachricht bestätigt, daß die letzthin seitens der „Times“ eingenommene deutschfeindliche Haltung im Foreign Office sehr lebhaft beklagt wird. Vor einigen Tagen bereits hat mir Baron Rothschild vertraulich mitgeteilt, daß ein Kabinettsminister ihn dringend ersucht habe, sein möglichstes zu tun, um in diesem Sinne einen Druck auf die „Times“ auszuüben. Baron Rothschild sah in nächster Zeit einer Zusammenkunft mit Mr. Buckle, dem Hauptredakteur der „Times“, entgegen und beabsichtigte, wie er mir sagte, ihm in diesem Sinne energisch den Text zu lesen.

Noch einen nicht uninteressanten Punkt möchte ich aus meiner Unterhaltung anführen. Bei Besprechung der „Bundesrath“-Affäre warf ich die Frage auf, weshalb denn das Foreign Office, welches doch das angeblich selber empfundene Gefühl der Verletztheit dann auch hier im Publikum mit einiger Sicherheit hätte voraussetzen können, gerade den gegenwärtigen schwierigen Zeitpunkt zur Veröffentlichung des betreffenden Vorgangs ausgesucht habe[5]. Ich könne, zumal, wie er wisse, der Herr Staatssekretär damals auf eine entsprechende Bekanntmachung bei uns verzichtet habe*, mir keinen recht erfindlichen Grund hierfür denken. Mein Freund erwiderte mir, daß die Veröffentlichung aus technischen Gründen notwendig gewesen sei, da das Parlament, ehe es um eine Bewilligung des von uns beanspruchten Schadenersatzes angegangen werden könne, über die einschlägigen Vorgänge in Kenntnis gesetzt werden müsse. Aus seinen sonstigen Äußerungen habe ich den Eindruck gewonnen, daß, wenn auch die obige Erwägung in dem betreffenden Dezernate des Foreign Office maßgebend gewesen sein mag, doch nach Ansicht meines Freundes die schließliche Genehmigung der Veröffentlichung seitens der leitenden Stelle wohl eher auf ein Versehen zurückzuführen ist[6], welches dort jetzt eher bedauert zu werden scheint.

Der Sturm über die Blaubuchveröffentlichung hat sich bereits wieder gelegt. Es bleibt abzuwarten, wer nun als nächster an die Reihe kommt. Bei der gegenwärtigen Stimmung wird die Presse die eine oder die andere Großmacht wohl bald wieder aufs Korn nehmen und zerzausen, wobei dann die gerade nicht angegriffenen Mächte, um sich nicht mit allen zugleich zu entzweien, lobende Erwähnung erhalten.

Inbetreff der „Times“ erfahre ich noch von anderer Seite, daß im Ministerrate die Haltung dieses Blattes gegen Deutschland be-

---

* Vgl. Nr. 4451.

dauernd besprochen worden ist. Da die Regierung als solche aber kein Mittel der Einwirkung auf die eigenmächtige und selbständige Zeitung besitzt, sie vielmehr durch einen etwaigen Druck der Regierung in ihrem Widerstande vermutlich nur noch bestärkt worden wäre, so hat, wie oben berichtet, ein Minister durch Vermittelung Baron Rothschilds versucht, auf die „Times“ einzuwirken. Dies und Sir Thomas Sandersons Auseinandersetzungen mit Mr. Chirol scheinen dann auch einen vollständigen Umschwung des Blattes herbeigeführt zu haben[7].

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Unsinn! existiert gar nicht

[2] !

[3] unserer noch mehr

[4] nun und wir erst.

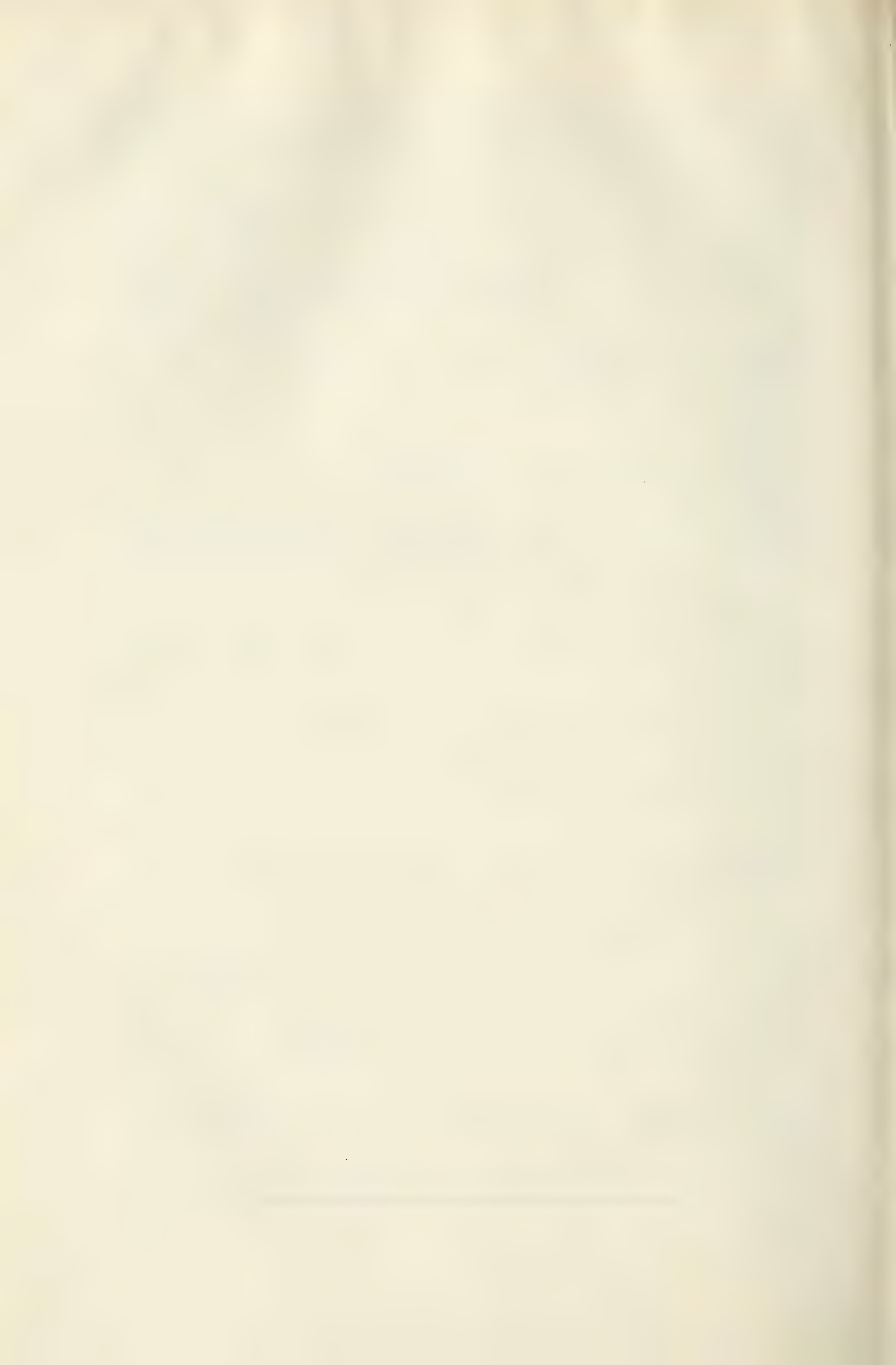
[5] richtig

[6] Schaafsköpfe die Folgen nicht vorauszusehen

[7] So?

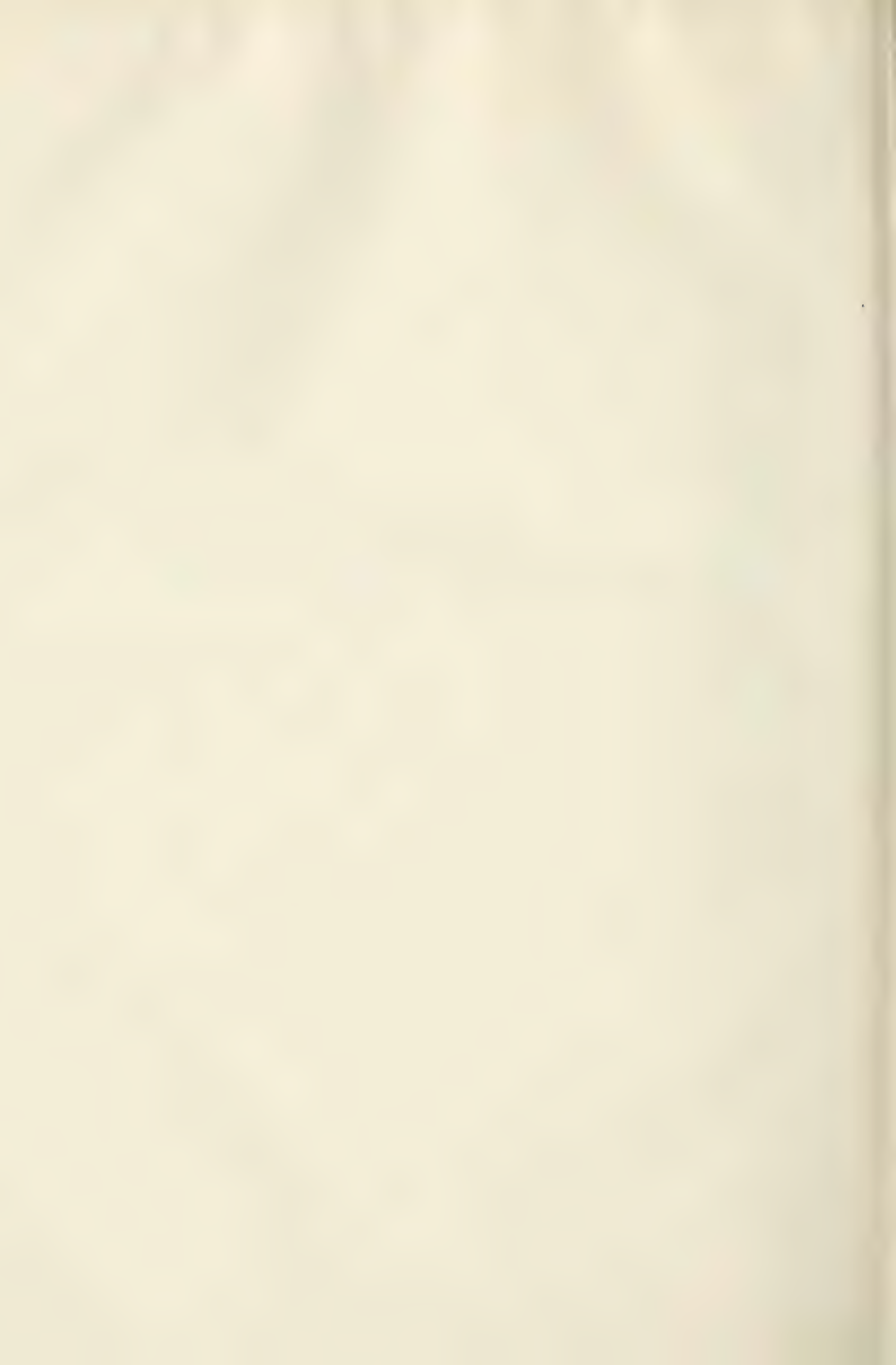
Schlußbemerkung des Kaisers:

Metternich's Freund scheint keine Ahnung von den Diensten zu haben, die ich im Stillen I[hrer] M[ajestät], der Regierung und dem ganzen Lande erwiesen habe!



Kapitel CIII

Die Interventionsfrage im Burenkriege 1900



Nr. 4459

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 27. Dezember 1899

Euere Kaiserliche und Königliche Majestät hatten zu einer Meldung des Botschafters Fürsten Münster, wonach derselbe für einen bevorstehenden Umschwung der öffentlichen Meinung in England „jetzt schon Zeichen sehe" *, Allerhöchst am Rande zu bemerken geruht: „Welche?" Ich habe demgemäß den Fürsten Münster sogleich zu einer näheren Äußerung aufgefordert, die ich anliegend Euerer Majestät in Ehrfurcht vorzulegen mir erlaube **. Wenn Fürst Münster auf vertrauliche Anfragen, die von Finanziers an ihn gerichtet wurden, sich dahin äußerte, er glaube nicht an eine Vermittlung Deutschlands im südafrikanischen Streite, so möchte auch ich in diesem Sinne mich alleruntertänigst aussprechen. Die Folgen, die das deutsche Eingreifen in den russisch-englischen Gegensatz im Jahre 1878 für Deutschland lange Zeit hindurch gehabt hat, sind meines ehrfurchtsvollen Dafürhaltens nicht geeignet [1], zu einem ähnlichen Experimente zu ermutigen.

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden 28/XII 99 W.
Randbemerkung des Kaisers:
[1] Richtig!

---

* In einem Privatbriefe an Graf Bülow vom 18. Dezember hatte Fürst Münster bei einer Schilderung der Stimmung in England bemerkt: „Verlangt die Regierung noch größere Opfer, die durch das Mobilisieren neuer Truppen und durch das Zurückgreifen auf die Miliztruppen unvermeidlich werden, kämen neue Niederlagen dazu, so wird ein heftiger Umschwung der öffentlichen Meinung eintreten. Ich sehe jetzt schon Zeichen dafür." Zu Fürst Münsters Stellungnahme im Burenkriege vgl. seinen Brief an Freiherrn von Eckardstein vom 30. Dezember 1899 und Eckardsteins Brief an Holstein vom 21. Dezember 1899 bei Eckardstein a. a. O. II, 130 f., 133 f.

** Siehe Anlage.

Anlage

Der Botschafter in Paris Fürst Münster an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen von Bülow

Telegramm. Abschrift

Paris, den 25. Dezember 1899

Die Stimmung in England ist in diesem Augenblick kriegerischer als zuvor. Die gekränkte Eitelkeit der stolzen Nation erregt patriotischen Enthusiasmus, der aber durch die Trauer der Familien und die Opfer, die noch erwartet werden, bei vielen gemäßigt wird und zum Nachdenken zwingt.

Die Partei, welche den Krieg so leichtsinnig heraufbeschworen hat, die aristokratischen und jüdischen Schwindler, müssen va banque spielen und müssen so tun, als ob sie einen Erfolg erhoffen. Für die konservative Partei ist das eine Lebensfrage.

Die Liberalen wollen noch nicht ihre Popularität aufs Spiel setzen und müssen gegen ihre Überzeugung das Kriegshorn mitblasen, sind aber ihrer Überzeugung nach für den Frieden. In diesem Sinne habe ich viele Briefe erhalten.

Mir bekannte, sehr einflußreiche Damen, die es in England nicht wagen dürften, schrieben mir in dem Sinne und wünschen Frieden. Was mich zu der Äußerung besonders veranlaßte, sind Anfragen von Finanzgrößen, die ganz vertraulich bei mir angefragt haben, ob ich eine Vermittelung anderer Mächte schon für möglich halte[1]. Ich habe erwidert, noch nicht, und von uns überhaupt wohl nicht[2]. Die Anfrage ist aber beachtungswert und ist durch die Geldfrage bedingt. Die Rückwirkung des Krieges auf die City macht sich geltend.

(gez.) Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Der Friedenszar könnte ja eine Probe seiner Kunst ablegen

[2] richtig

Nr. 4460

*Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 2 St. Petersburg, den 2. Januar 1900

Um Frankreich selbst nach Schluß der Ausstellung und bei andauernd ungünstiger Lage Englands zu dem Entschluß zu bringen,

---

* Aus den Meldungen Fürst Münsters seit der zweiten Hälfte Dezember 1899 schien hervorzugehen, daß die englandfeindliche Stimmung in Frankreich in

definitiv gegen letzteres Stellung zu nehmen, wird jedenfalls ein sehr starkes und energisches Ministerium notwendig sein. Der in den letzten Jahren oft zutage getretene Widerwillen gegen offenes Farbebekennen in dieser Richtung ist, wie ich glaube annehmen zu können, auch bei Herrn Delcassé noch stark vorhanden. Wenigstens scheint es mir, als ob die Nachrichten von einem Drängen des Grafen Murawiew in Paris zu einer Kollektivaktion gegen England, wie sie besonders in London geglaubt wurden, geflissentlich und stark übertrieben von Paris aus dorthin gegeben worden sind, um das eigene Verdienst an der Dämpfung der vermeintlichen russischen Aktionslust in London in das richtige Licht zu setzen.

Tschirschky

Nr. 4461

Der Botschafter in Washington von Holleben an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 3 Washington, den 2. Januar 1900

Antwort auf Telegramm Nr. 211.

Nachdem ich den Staatssekretär in letzter Zeit nicht in Ruhe hatte sprechen können, hatte ich heute eine lange Unterredung mit ihm über die Kriegsereignisse in Südafrika. Nachdem er sich in einer für England sehr besorgten Weise über die Chancen und den schließlichen Ausgang des Krieges ausgesprochen hatte, bemerkte ich, daß England, wenn es genötigt sein sollte, sich von Truppen zu sehr zu entblößen, doch wohl immer auf die Vereinigten Staaten als treuen Freund würde rechnen können; er sagte darauf sofort, England würde bei jeder aus diesem Krieg erwachsenden Verlegenheit auf die guten Dienste der Vereinigten Staaten rechnen können, wies aber die Möglichkeit einer direkten Parteinahme oder gar eines bewaffneten Eingreifens als den amerikanischen Traditionen durchaus zuwiderlaufend weit von sich. Ein solches Vorgehen würde auch für die Wahlkampagne höchst gefährlich sein. Sollte freilich, meinte Herr Hay, einmal der Bestand

---

dem Maße der englischen Niederlagen immer mehr zunehme und zu Intervention und Konflikt dränge. Nach einem Telegramm Münsters vom 22. Dezember fanden zwar die Sondierungen des Vertreters der Burenrepublik Leyds wegen Vermittelung und Anbahnung von Friedensverhandlungen noch kein Gehör, aber nur, weil die Franzosen den Engländern erst noch größere Niederlagen gönnten; inzwischen bereite man sich aber, wie Münster glaubte, in völligem Einvernehmen mit Petersburg, auf einen Konflikt mit England vor. In Petersburg stand die deutsche Botschaft den angeblichen Interventionsgelüsten Frankreichs und Rußlands, wie das obige Telegramm Tschirschkys zeigt, wesentlich skeptischer gegenüber.

des britischen Empire in Frage gestellt werden, so könne man durchaus nicht wissen, was dann für eine Konstellation unter den Mächten eintreten würde; er glaube aber, daß alle europäischen Mächte ebenso wie Amerika ein größeres Interesse an dem Fortbestand eines, wenn auch einigermaßen gedemütigten, britischen Weltreiches haben würden als an den Vorteilen zweiten Ranges, welche ein Zerfall ihnen möglicherweise bringen könnte.

Der Staatssekretär wurde sehr warm, und man merkte ihm die schwere Sorge an, welche Englands Schicksal ihm bereitete.

Hat der amerikanische Botschafter in London mehr als moralische Unterstützung in Aussicht gestellt, so hat er es wohl ohne Auftrag getan.

Holleben

Nr. 4462

Der Gesandte in Brüssel Graf von Alvensleben an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 6 Brüssel, den 10. Januar 1900

Ein Besuch bei Dr. Leyds gab mir Gelegenheit zu einer längeren Unterhaltung, in deren Verlaufe er mir erzählte, daß der südafrikanische Generalkonsul in London, Montague White, den er angewiesen habe, sich nach den Vereinigten Staaten zu begeben, jetzt dort eingetroffen sei. Derselbe habe den Auftrag, Stimmung für eine Mediation durch die Regierung der Vereinigten Staaten zu machen, und es sei Hoffnung vorhanden, daß diese Bemühungen erfolgreich sein würden, nachdem die dortige öffentliche Meinung jetzt für die südafrikanischen Republiken so entschieden günstig geworden sei. Nach Ansicht des Dr. Leyds werde sich Herr Mac Kinley nur auf eine Vermittlung einlassen, wenn er damit ein gutes Geschäft für die Wahlen voraussehe, und das werde namentlich von der Haltung der deutschen und irischen Bevölkerung abhängen, auf deren Stellungnahme zugunsten der Boeren Herr Leyds zuversichtlich rechnet.

Trotz der andauernden Erfolge seiner Landsleute sieht Dr. Leyds die Lage als sehr ernst an und wünscht eine Vermittelung herbei, deren Grundlage selbstverständlich die Unabhängigkeit von Transvaal sein müßte. Dr. Leyds hat aber keine Hoffnung, daß von anderer Seite als von den Vereinigten Staaten eine Vermittlung eintreten könnte. Es sei das Gerücht umgelaufen, sein neulicher Aufenthalt in Paris habe den Zweck gehabt, dort zu diesem Zwecke zu sondieren. Dies sei unrichtig; er habe sich lediglich von der Stimmung des französischen Publikums unterrichten wollen und sich überzeugt, daß dort

ein Krieg gegen England mit Enthusiasmus begrüßt werden würde[1]. Von der Regierung sei jedoch nicht zu erwarten, daß sie sich dazu hinreißen lassen werde. Auch würde Frankreich, wenn es mit seiner Flotte angriffsweise vorgehen wollte, unzweifelhaft den kürzeren ziehen; indessen würde es schon dem englischen Handel großen Schaden zufügen können, wenn die größeren Schiffe ruhig in den Häfen belassen und nur Torpedoboote hinausgeschickt würden.

Die in einigen Zeitungen gegenwärtig erörterte Möglichkeit, daß Italien in Ägypten und im Sudan die englischen Truppen ablösen werde, hält Dr. Leyds für gar nicht unwahrscheinlich. Jedenfalls herrschten in Italien die wärmsten Sympathien für England.

Über die Eventualität der Fortnahme der Delagoabai durch die Engländer* meinte Dr. Leyds, daß sie aus verschiedenen Gründen sehr nachteilig für Transvaal sein würde. Damit würde jede Möglichkeit der Zufuhr von Munition, Nahrungsmitteln, Briefen pp. aufhören. An Gewehrmunition sei zwar kein Mangel zu befürchten, da die Bestände vor einigen Jahren über 30 Millionen Patronen für Mausergewehre und über 20 Millionen für Henry-Martiny-Gewehre betrugen; seitdem sei allerdings ein Teil davon in den Kriegen gegen die Kaffern verbraucht worden. Aber die Geschützmunition werde allmählich knapp werden; der vorhandene Vorrat reiche nur noch für einige Monate, und wenn auch die Geschosse im Lande fabriziert werden könnten, so sei dies mit den Zündern nicht möglich.

Es würde für die Boeren ferner sehr empfindlich sein, wenn keine Nahrungsmittel wie Kaffee, Zucker usw. mehr eingeführt werden könnten, da die durch die zwar sehr gut eingebrachte Ernte gewonnenen Lebensmittel auf die Dauer nicht genügten. Vor nicht langer Zeit habe übrigens Lord Salisbury selbst die Einfuhr von Nahrungsmitteln als zulässig erklärt gehabt. Hinzu komme nun noch die große Zahl der Gefangenen, die sich um etwa 10000 vermehren würde, wenn Ladysmith fallen sollte, woran übrigens Dr. Leyds nicht in so naher Zukunft glaubt. Er habe vorgeschlagen, von England zu verlangen, daß es Proviant für die Gefangenen liefern solle. Als Beweis für deren menschenfreundliche Behandlung führte er an, daß die Familien der in den Krieg gezogenen Boeren kein Fleisch mehr erhielten, um es den Gefangenen geben zu können.

Von dem bevorstehenden Wechsel im englischen Oberkommando** besorgt Dr. Leyds nichts, und wie ihm auch soeben aus Transvaal erhaltene Briefe bewiesen, sei man dort voll guten Mutes für ein glückliches Ende. Gefährlich für die Boeren werde allerdings die Verstärkung der englischen Artillerie sein.

---

* Vgl. Kap. CI.
** An demselben 10. Januar landete Lord Roberts, der neue englische Oberbefehlshaber, mit seinem Generalstabschef Lord Kitchener in Kapstadt.

Eine Landung englischer Truppen in Laurenzo Marquez würde nach Ansicht von Dr. Leyds ein Fehler sein, teils wegen der weiteren Zersplitterung der Streitkräfte, teils weil die dortige Niederung sehr ungesund sei und es den Engländern schwerlich gelingen würde, die Höhen, auf denen sich die Boeren befänden, mit ihren Geschützen zu besetzen. Es führe zwar eine Eisenbahn hinauf, aber diese würde natürlich vorher zerstört werden.

Am Schlusse unseres Gesprächs teilte mir Dr. Leyds seine Absicht mit, sich zum Geburtsfeste Seiner Majestät des Kaisers nach Berlin zu begeben, um an dem aus diesem Anlaß bei Euerer Durchlaucht stattfindenden Diner als Mitglied des diplomatischen Korps teilnehmen zu können.

Diesen Äußerungen des Dr. Leyds erlaube ich mir die kurz vorher von meinem englischen Kollegen ausgesprochene Auffassung von der augenblicklichen Kriegslage gegenüberzustellen. Sir Francis Plunkett würde keineswegs überrascht sein, wenn die Boeren jetzt wünschten, dem Kriege ein schnelles Ende zu setzen, nachdem sie sich hätten überzeugen müssen, erstens, daß sie keine Hülfe von auswärts zu erwarten hätten, zweitens, daß der erhoffte allgemeine Aufstand in den englischen Kolonien von Südafrika nicht ausbrechen werde, und drittens, daß alle Parteien in England einmütig die Politik der Regierung unterstützten [2]. Er nimmt an, daß namentlich letzteres bestimmend wirken werde. Es gäbe zwar in England viele, die den jetzigen Krieg bedauerten, aber alle seien einig, daß er bis zum siegreichen Abschluß fortgesetzt werden müsse, wenn nicht die Boeren auf ihre Unabhängigkeit aus freien Stücken verzichten wollen.

Alvensleben

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Na? Na? Das bezweifle ich stark
[2] Das fängt an etwas fraglich zu werden

Nr. 4463

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen von Bülow

Reinschrift

Berlin, den 12. Januar 1900

Graf Osten-Sacken erkundigte sich bei dem Besuch, den er mir gestern abend abstattete, nach unserer Stellungnahme zu seiner Anfrage wegen etwaiger gemeinsamer Haltung für den Fall eines englischen Vorgehens gegen die Delagoabai *. Der russische Botschafter

---

* Vgl. Kap. CI.

erklärte den Eindruck zu haben, daß man in St. Petersburg auf unsere Antwort sehr gespannt sei.

Ich erwiderte ihm, daß diese Angelegenheit auch uns in hohem Grade interessiere, sowohl im Hinblick auf die weitere Gestaltung der Dinge in Südafrika wie auch vom Standpunkt der allgemeinen Weltlage. Die Offenheit seiner Anfrage biete mir die willkommene Veranlassung zu einer ebenso offenen wie vertraulichen Rücksprache. Wie stehe Frankreich zu dem Gedanken eines gemeinsamen Protestes gegen eine englische Beschlagnahme der Delagoabai? Einigermaßen außer Fassung gebracht erwiderte Graf Osten-Sacken, daß er darüber noch nichts wisse. Seine persönliche Ansicht sei, daß die Franzosen sich einem deutsch-russischen Proteste mit Begeisterung anschließen würden, garantieren könne er dies aber nicht.

Ich fuhr fort: Ich wolle noch offener und vertraulicher sprechen. Unsere Lage gegenüber England sei von derjenigen Rußlands verschieden. Rußland könne England leicht und viel schaden, England Rußland wenig und schwer. Dagegen wären wir mit unserem ausgebildeten Handel und unserer verhältnismäßig schwachen Flotte England gegenüber sehr verwundbar. Ein deutscher Minister des Äußern könne die Verantwortung für Verwickelungen mit England nicht wohl übernehmen, solange er nicht der Haltung Frankreichs sicher sei. Wie stehe es in dieser Beziehung? welche Garantie biete Frankreich?

Graf Osten-Sacken sagte, daß er sich von sich aus in Petersburg vertraulich erkundigen wolle, wie man dort über diesen Punkt denke. Er verstünde vollkommen, daß ich mich nicht leichtsinnig engagieren könne. Beiläufig meinte er, daß Rußland jetzt keine Schwierigkeiten für England herbeiführen wolle, daß die russische Regierung aber die Festsetzung der Briten in der Delagoabai und die vollständige Abwürgung der Boeren nicht zugeben würde. Er schilderte die Lage der Engländer als ziemlich bedroht und behauptete, ihre Flotte wäre nicht viel besser als ihr Landheer. Er warf auch den von mir vorläufig nicht aufgenommenen Gedanken hin, daß es nützlich sein würde, eine Anzahl französischer, russischer und deutscher Schiffe nach der Delagoabai zu schicken.

Daß die Engländer uns durch die Beschlagnahme deutscher Dampfer vor den Kopf gestoßen haben*, erfüllt Graf Osten-Sacken mit begreiflicher Genugtuung. „L'Angleterre l'a fait exprès", wiederholte er nochmals, „pour refaire son prestige et pour vous prouver que malgré tout ce que vous avez fait pour elle, elle ne tient pas beaucoup à votre amitié et en tout cas moins qu'à celle de la France qu'elle ménage bien plus".

Ich habe dem Grafen Osten-Sacken, der mehrmals hervorhob, daß Kaiser Nikolaus von seinen Unterredungen mit mir immer mit beson-

* Vgl. Kap. CII.

derer Genugtuung Kenntnis nehme, wiederholt, daß bei der völligen Abwesenheit wirklicher Gegensätze zwischen Deutschland und Rußland wir uns über sehr viele kleine und große Fragen verständigen könnten.

Bülow

Nr. 4464

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 30 Berlin, den 12. Januar 1900

Streng vertraulich und zur Orientierung.

Der russische Botschafter kam gestern, schon zum dritten Male, auf die Nachteile zu sprechen, welche eine Besetzung der Delagoabai durch England einerseits für die Aufrechterhaltung der bisherigen Grundlagen des Völkerrechts, andrerseits für das Gleichgewicht der Kräfte in Südafrika und somit für alle Kontinentalmächte haben würde, und fragte im Auftrage seiner Regierung, wie Deutschland diese Frage ansehe. Ich antwortete mit der Gegenfrage, ob dem Botschafter bekannt sei, wie Frankreich sich zu der Sache stelle? Der Botschafter, etwas betroffen, erwiderte, daß er dies nicht genau wisse. Ich nehme an, daß Frankreich, welches wegen Madagaskar ein so erhebliches Interesse an den Besitzverhältnissen der Delagoabai hat, in diesem Falle der treibende Faktor ist, jedoch aus bekannten Gründen die Sondierung in Berlin dem Petersburger Kabinett überlassen will. Das fortgesetzte Drängen hier läßt mich vermuten, daß beide Mächte sich ohne Klarheit über unsere Haltung ebenso ungern in Delagoa wie in Asien* zu einem entschiedenen Schritte entschließen werden.

Eine eingehendere Besprechung des Vorstehenden wollen Ew. zunächst vermeiden, gleichzeitig aber mit größter Aufmerksamkeit nach Anzeichen forschen lassen, aus denen zu entnehmen sein würde, daß der Zweibund, insbesondere Frankreich, sich bemüht, die Situation nunmehr auf englischer Seite auszubeuten, nachdem bisher auf deutscher Seite — trotz der beschlagnahmten Dampfer, die man als ein

* In einem Berichte Fürst Münsters vom 20. Dezember 1899 hieß es u. a.: „Die kriegerische Stimmung gegen England wird immer stärker, und von russischer Seite wird sehr geschürt. Man hofft sehr, daß die Russen bald in Herat sein werden. Delcassé erzählte mir mit großer Befriedigung, daß die transasiatische Bahn schon bis auf 100 km an Herat vorgeschoben sei."

starkes Argument für unser Zusammengehen mit dem Zweibund zu betrachten schien * — sich keine Aussichten eröffnen.

Bülow

Nr. 4465

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen von Bülow

Reinschrift

Ganz geheim — Berlin, den 13. Januar 1900

Der russische Botschafter richtete während des Besuchs, den Seine Majestät der Kaiser anläßlich des russischen Neujahrsfestes ihm heute abstattete, an allerhöchstdenselben die Frage, wie man hier über den derzeitigen Zustand der englischen Flotte denke. Dabei erzählte Graf Osten-Sacken, der russische Admiral Makarow **, der die englische Marine genau kenne und erst kürzlich in England gewesen sei, erkläre, daß dieselbe ebenso leistungsunfähig wäre wie die englische Armee. „Drei kleinere Flotten würden mit der englischen Flotte fertig werden." Seine Majestät erwiderte lachend, Graf Osten-Sacken möge den Griechen, Portugiesen und Dänen raten, gegen die englische Flotte vorzugehen.

Graf Osten-Sacken frug, wie sich Deutschland zu der brutalen Art und Weise stelle, in welcher England die bisher allgemein anerkannten Grundlagen des Seerechts über den Haufen werfe. Seine Majestät entgegnete, daß er es dem Zaren überlassen müsse, eine Konferenz einzuberufen, um sich über eine internationale Regelung des Seerechts zu verständigen.

Graf Osten-Sacken frug, ob gegenüber der englischen Anmaßung und allgemeinen Verhaßtheit nicht eine Koalition gegen England denkbar sei. Seine Majestät antwortete, daß er einer solchen nicht beitreten und seine bisherige neutrale Haltung nicht aufgeben würde, solange er nicht durch zu weit gehende englische Rücksichtslosigkeiten dazu gezwungen würde.

Graf Osten-Sacken äußerte, daß die Verhältnisse in Afghanistan und Persien sich zu komplizieren schienen. Rußland könne gezwungen

---

* Tatsächlich hatte Englands Vorgehen in der Frage der beschlagnahmten Dampfer Holstein Veranlassung gegeben, am 7. Januar gegenüber Graf Hatzfeldt mit der Bildung einer kontinentalen Gruppe, die eventuell in wenigen Tagen perfekt werden könne, zu drohen. Vgl. Kap. CII, Nr. 4429. Der gleichzeitige, direkt von dem Kaiser ausgegangene Vorschlag, die Frage der Dampfer durch ein Schiedsgericht zu begleichen, beweist allerdings, daß die Drohung nur den Zweck hatte, England weicher zu stimmen, nicht aber ernstlich gemeint war.

** Kommandant der 1. Division der Baltischen Flotte.

werden, im Interesse des Friedens und der Ruhe in Asien dort zu intervenieren. Ob Deutschland dies verhindern würde? Seine Majestät entgegnete, daß er ebensowenig für den Zweibund in Ostafrika wie für England in Indien Posten stehe.

Graf Osten-Sacken frug, ob Rußland für den Fall ernster Komplikationen in Asien sicher sei, von Deutschland nicht im Rücken angegriffen zu werden. Seine Majestät entgegnete, daß seine freundschaftlichen und herzlichen Beziehungen zu Kaiser Nikolaus wie die freundschaftlichen, sicheren und loyalen Beziehungen zwischen beiden Regierungen und Völkern einen deutschen Angriff auf Rußland vollständig ausschlössen.

Auf die Frage des russischen Botschafters, wie sich Deutschland zu einem englischen Vorgehen gegen die Delagoabai stellen würde, antwortete Seine Majestät, daß er sich hierüber bisher noch kein Urteil gebildet habe.

Bülow

Nr. 4466

Der Botschafter in Washington von Holleben an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 26 Washington, den 2. Februar 1900

Staatssekretär äußerte sich in längerer Unterredung mit mir wieder sehr erregt über die bedrängte Lage Englands in Südafrika und meinte, eine Besitzergreifung der Delagoabai werde schließlich das einzige Mittel sein, aus den Schwierigkeiten herauszukommen. Er fragte mich, ob ich glaube, daß in solchem Falle die anderen europäischen Mächte aus ihrer Reserve heraustreten würden. Ohne die Frage zu beantworten, deutete ich an, daß die Haltung, welche Amerika in einem solchen Falle einnehmen würde, vermutlich nicht ohne Einfluß auf die übrigen sein werde. Er beteuerte, daß Amerika strenge Neutralität bewahren werde und auch an Mediation gar nicht denke, zumal solche augenscheinlich von beiden Seiten nicht gewünscht werde. Auf meine Bemerkung, daß bei dem starken Umschwung, der sich in der öffentlichen Meinung hier und zwar besonders im republikanischen Lager vollzogen habe, eine auch nur scheinbar allzu wohlwollende Haltung Amerikas England gegenüber der Wiederwahl des Präsidenten gefährlich werden könnte, wies er dies weit ab und meinte, Wohlwollen gegen England, besonders wenn dessen Lage sich noch verschlimmern sollte, werde schließlich jeder vernünftige Mensch verstehen, weil ein Ruin Englands ein Weltunglück bedeuten werde.

Staatssekretär meinte übrigens, daß die von Petersburg verbreitete Nachricht, als habe England in Lissabon bereits mit einer Besetzung der Delagoabai gedroht, nicht zutreffe.

Holleben

Nr. 4467

Der Geschäftsträger in London Freiherr von Eckardstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für den Herrn Staatssekretär London, den 6. Februar 1900

Die in der heutigen Tagespresse wiedergegebenen, angeblich von Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg einem Vertreter des „Eclair" gegenüber gemachten antienglischen Äußerungen* haben den günstigen Eindruck, welchen die letzten englandfreundlichen Artikel der „Post", des „Kleinen Journals" und der „Berliner Neuesten Nachrichten" usw. sowohl in hiesigen maßgebenden Kreisen als in der öffentlichen Meinung gemacht hatten, stark beeinträchtigt.

Die vermeintlichen Äußerungen des Herzogs werden von derjenigen Partei, welche eine Annäherung sowie friedliche Lösung sämtlicher Differenzen zwischen England und dem Zweibund vertritt, dazu benutzt, Propaganda gegen Deutschland zu machen.

Die mir zugängliche Presse hat sich bis jetzt auf meine Veranlassung hin eines Kommentars über die bewußten Äußerungen enthalten, obgleich man in diesen Kreisen dieselben für authentisch hält. Man glaubt, daß diese Aussprüche des Regenten, in welchen eine deutsch-französische Koalition gegen England befürwortet wird, den wahren Gefühlen der öffentlichen Meinung Deutschlands entsprechen, und ist geneigt, eine Frontveränderung zugunsten des Zweibundes gegen Deutschland vorzunehmen. Man will jedoch noch abwarten, bis die Authentizität dieser Äußerungen erwiesen ist.

Ich fürchte, daß verschiedene mir in Aussicht gestellte deutschfreundliche Artikel, welche in der „Daily Mail", dem „Daily Telegraph", der „Morning Post" und einer Anzahl Abendblätter in Beant-

---

* Der Herzog-Regent sollte u. a. gesagt haben, daß Deutschland mit Frankreich und Rußland zusammen gemeinsam in Ägypten vorgehen solle, und daß Rußlands Vorgehen gegen Indien den ersten Schritt eines kontinentalen Abkommens bilden würde. Nach dem offiziellen Dementi der „Mecklenburgischen Zeitung" wäre es vielmehr der Vertreter des „Eclair" Melvil gewesen, der in dem Gespräch mit dem Herzoge solche Ansichten zum Besten gegeben hätte, während dessen Äußerungen nur auf den Wunsch und die Hoffnung hinausgegangen wären, daß in kolonialer Beziehung Deutschland und Frankreich einander nähertreten möchten.

wortung der letzten englandfreundlichen Äußerungen eines Teiles der deutschen Presse in den nächsten Tagen erscheinen sollten, wegen der Bedeutung, welche man den angeblichen Äußerungen eines deutschen Fürsten beilegt, bis auf weiteres unterbleiben werden, falls kein Dementi erfolgt. pp.

Eckardstein

Nr. 4468

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Geschäftsträger in London Freiherrn von Eckardstein

Telegramm. Konzept

Nr. 75 Berlin, den 7. Februar 1900

Die dem Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg von dem Pariser Blatte „Eclair" in den Mund gelegten Äußerungen sind von Schwerin aus bereits amtlich und unzweideutig dementiert worden*. Selbst wenn diese Äußerungen authentisch wären, was zweifellos nicht der Fall ist, würden sie gar keine Bedeutung für den Gang der deutschen auswärtigen Politik haben, der allein von Seiner Majestät dem Kaiser bestimmt wird. In Deutschland sind deshalb auch die Auslassungen des Regenten von Schwerin so gut wie unbeachtet geblieben. Die Tatsache, daß der Regent, indem er einen ausländischen Journalisten empfing, im Auslande zu Mißverständnissen Anlaß bot, hat nichtsdestoweniger, wie ich ganz vertraulich hinzufüge, Seine Majestät den Kaiser veranlaßt, an den Herzog-Regenten das nachstehende Telegramm zu richten: „Mit Befremden habe ich den Artikel eines ausgesprochen antideutschen Pariser Blattes gelesen, nach welchem Euere Hoheit sich über die internationalen Beziehungen der Mächte und unsere auswärtige Politik gegenüber einem fremden Journalisten in einer Weise ausgelassen haben sollen, welche im Inland und Ausland zu unerwünschtem Aufsehen und weitgehenden Mißverständnissen Anlaß geben mußte. Ich kann nur meinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck geben, daß meine in ernster Zeit auf die Erhaltung der Sicherheit, des Friedens und der Würde des Reichs gerichteten Bestrebungen durch derartige Vorkommnisse durchkreuzt und gehemmt werden. (gez.) Wilhelm I. R."

Euer pp. ersuche ich, wo Ihnen dies nötig oder nützlich erscheint, nach Maßgabe des Vorstehenden den Sachverhalt aufklären und richtigstellen zu wollen. Die deutsche Politik gegenüber England ist eine so loyale, daß nur weitgehendste Voreingenommenheit und Un-

---

* Vgl. Nr. 4467, Fußnote.

gerechtigkeit dieselbe verkennen könnten. Auch die deutsche öffentliche Meinung und die deutsche Presse sind lange nicht so antienglisch, als dies in England auf Grund der tendenziösen Berichte des hiesigen „Times"-Korrespondenten* und der exzentrischen Sprache einiger deutscher Sensationsblätter angenommen zu werden scheint.

Ich möchte endlich noch bemerken, daß eine ernstliche Annäherung zwischen England und dem Zweibunde nur möglich wäre, wenn England einerseits Persien und insbesondere den Persischen Golf, andererseits Ägypten aufgäbe. Nachdem sich die militärische Schwäche der Engländer in Afrika in so hohem Grade gezeigt hat, werden Rußland und Frankreich mit England immer nur in der Hoffnung zusammengehen, dieses allmählich aus Asien wie aus den Mittelmeerländern zu verdrängen.

Bülow

Nr. 4469

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen von Bülow

Eigenhändiger Privatbrief

St. Petersburg, den 5. Februar 1900

Streng vertraulich möchte ich nicht unterlassen, Euer Exzellenz eine Mitteilung zu machen, die mir der englische Botschafter** kürzlich sub sigillo gemacht hat. — In einem sehr freundschaftlichen Ton deutete er mir an, daß die hier herrschende antienglische Stimmung zum großen Teil auf Einflüsterungen von Deutschland her zurückzuführen sei, die darauf ausgehen, Unfrieden zwischen Rußland und England hervorzurufen. Er begegne, meinte er, mitunter der direkten Behauptung, daß Deutschland oder wenigstens die deutsche Presse sehr dazu beitrage, die Beziehungen zwischen Rußland und England zu verschärfen. Dann fuhr Sir Ch. Scott fort, indem er mir sein Bedauern darüber aussprach: „Was soll ich dazu sagen, wenn ich höre, daß Seine Majestät der Kaiser kürzlich in Gegenwart eines fremden Diplomaten sich dahin geäußert hat: ‚Jetzt wäre der Moment gekommen für die Mächte, über England herzufallen, es wundere ihn nur, daß dies nicht geschähe***.' Ich kann nicht glauben, daß der Kaiser sich wirklich so ausgesprochen hat," meinte der Botschafter weiter,

---

* Mr. Saunders.

** Sir Charles Scott.

*** Man hat es hier offenbar mit einem Niederschlag der Äußerungen Kaiser Wilhelms II. zu dem Marquis de Noailles vom 28. Oktober 1899 zu tun. Vgl. Kap. CI, Nr. 4394 nebst Fußnote **.

„die Worte des Kaisers sind sicherlich verdreht worden, um böses Blut zu machen. Tatsache ist aber, daß solche Äußerungen geglaubt werden, und daß folgerechtlich angenommen werden muß, daß Deutschland hetzt.“ —

Ich habe natürlich dem Botschafter meine Entrüstung über solche Verleumdung gegen Deutschland deutlich zum Ausdruck gebracht. — Aber bei all dem Gerede bleibt doch beim Engländer etwas Verdacht übrig. —

Ich habe dies nicht zum Gegenstand eines Berichtes machen wollen, glaubte aber Ihnen persönlich diese Mitteilung nicht vorenthalten zu dürfen. Aus den Äußerungen von Scott entnehme ich, daß der „fremde Diplomat“ diese Worte, welche angeblich Seine Majestät gebraucht haben soll, an Unberufene kolportiert hat. — Da mir aber mein englischer Kollege diese Mitteilung unter dem Versprechen, es nicht zu berichten, gemacht hat, bitte ich Sie inständig, dieselbe sekret zu behandeln und wenigstens niemand zu nennen.

Radolin

Nr. 4470

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Privatbrief

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Prinzen von Lichnowsky

Berlin, den 9. Februar 1900
[abgegangen am 12. Februar]

Ihren Brief vom 5.* habe ich erhalten und werde Ihrem Wunsche entsprechend den mir hochinteressanten Inhalt desselben streng vertraulich behandeln. Vor allem bitte ich, Sir Charles Scott bei nächstem Anlaß zu wiederholen, daß es sich bei der ihm zugetragenen Äußerung Seiner Majestät natürlich nur um eine elende Verleumdung und um eine perfide Intrige handelt, die nur von einer Seite ausgehen kann, die ein Interesse daran hat, uns mit England zu verhetzen. Nie hat unser allergnädigster Herr etwas derartiges oder ähnliches gesagt. Erst kürzlich hat Seine Majestät dem österreichisch-ungarischen Botschafter gegenüber** erklärt, der deutschen Politik läge es ebenso fern, England wie

---

* Siehe Nr. 4469.

** In der Unterredung zwischen dem Kaiser und dem Botschafter von Szögyény, die am 30. Januar stattfand, hatte ersterer u. a. sein Befremden darüber zur Sprache gebracht, daß von österreich-ungarischer Seite versucht worden sei, in Rußland dem Gedanken Eingang zu verschaffen, daß es nicht im russischen Interesse liegen könne, England zu schwächen, da eine solche Schwächung nur Deutschland zugute kommen müsse. Im Zusammenhang

Rußland schwächen zu wollen. Nie und zu keiner Zeit habe die deutsche Politik zwischen diesen beiden Mächten Zwietracht zu säen versucht, denn nicht ein Weltkrieg, sondern die Aufrechterhaltung des Weltfriedens entspräche dem Interesse des Deutschen Reichs und den Wünschen des Deutschen Kaisers.

Bülow

Nr. 4471

Der Stellvertretende Botschafter in London Gesandter Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 119 London, den 28. Februar 1900

Ich nahm heute Gelegenheit, bei Lord Salisbury die Unterredung zu verwerten, welche Seine Majestät der Kaiser mit Herrn von Szögyény kürzlich gehabt hat, und worin allerhöchstderselbe sich dahin aussprach, daß die deutsche Politik weder England noch Rußland geschwächt zu sehen noch zwischen beiden Mächten Zwietracht zu säen wünsche, und daß nicht ein Weltkrieg, sondern der Weltfriede Zweck seiner Politik wäre*.

Lord Salisbury knüpfte hieran die Bemerkung, daß es auch im Interesse Rußlands liege, diese weise Auffassung Seiner Majestät des Kaisers zur Richtschnur zu nehmen; denn wenn es auch imstande wäre, mit Hülfe einer andern Macht Verwickelungen herbeizuführen und das Gleichgewicht Europas zu stören, so wisse es doch nicht, was es anstelle des Niedergerissenen wieder aufbauen könne. Auch für Rußland sei der vorhandene Zustand des Gleichgewichts in Europa am vorteilhaftesten.

In derselben Lage befände sich England. Er sei zwar überzeugt, daß ein starkes, mächtiges Deutschland eine Notwendigkeit für Europa und auch für England bilde, er halte es aber für verfehlt und bedauerlich, wenn Redner öffentlich von Allianzen sprächen. Die alte englische Politik, sich nicht in die kleinen Händel des Festlandes zu mischen, be-

---

damit erfolgten die Bemerkungen des Kaisers, die in dem Briefe Bülows an Radolin wiedergegeben sind. Erlaß an den Botschafter in Wien Fürsten zu Eulenburg Nr. 67 vom 31. Januar 1900. Aus einer Aufzeichnung des Vortragenden Rats Prinzen von Lichnowsky vom gleichen Tage über eine Unterredung mit Szögyényi erhellt, daß tatsächlich der österreich-ungarische Botschafter in Petersburg Freiherr Lexa von Aehrental verfängliche Äußerungen darüber getan hatte, daß beim Zusammenbruch der englischen Herrschaft Deutschland in erster Linie der Erbe der britischen Kolonien sein werde und nicht Rußland, was diesem nicht erwünscht sein könne.

* Graf Metternich war durch Erlaß Nr. 181 vom 9. Februar über den Inhalt dieser Unterredung (vgl. Nr. 4470, Fußnote **) unterrichtet worden.

stehe noch fort. Diese Haltung sei ganz gut damit zu vereinbaren, daß England sich im Notfalle auf die Seite derjenigen Macht stelle, deren Interessen mit den englischen übereinstimmten.

P. Metternich

Nr. 4472

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Reinkonzept nach einem eigenhändigen Entwurf des Grafen von Bülow

Nr. 41 Berlin, den 3. März 1900

Graf Murawiew hat hier im Auftrage Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus durch Graf Osten-Sacken den Gedanken anregen lassen, ob es nicht möglich sein würde, dem südafrikanischen Kriege durch eine gemeinsame Vermittelung von Rußland, Frankreich und Deutschland ein Ende zu machen. Die hier von Graf Osten-Sacken übergebene Eröffnung lautet folgendermaßen:

„Le Cabinet Impérial est d'avis qu'en vue des évènements du jour et du succès récent des armes Anglaises, le moment serait venu pour les Puissances Continentales plus particulièrement intéressées aux affaires d'Afrique, de chercher à conjurer les graves conséquences que pourrait avoir pour résultat l'écrasement complet des républiques sud-africaines. Une pression amicale des Gouvernements européens ayant pour but de mettre fin à la lutte sanglante en Afrique se présenterait d'autant plus désirable, que l'opinion publique dans tous les pays sympathisant unanimement à la défense héroïque du valeureux peuple des Boers pour la conservation de leur indépendance se sent revoltée de l'indifférence des Gouvernements, devant leur lutte inégale contre la puissance de la Grande-Bretagne. Le moment se présente sous des couleurs d'autant plus favorables que le théâtre des hostilités ayant été transporté des possessions anglaises africaines dans l'Etat Libre de l'Orange, où les armées anglaises viennent de remporter une victoire de nature à satisfaire l'amour propre national. Pour le cas où les Gouvernements d'Allemagne et de France sympathiseraient à l'idée d'une pression amicale à exercer sur l'Angleterre, le Cabinet Impérial, en coopérant à l'entente entre l'Allemagne et la France pour atteindre le but indiqué, ne se refuserait pas, de son côté, à exercer son appui moral à une œuvre répondant aux principes humanitaires, professés par les Puissances à la Conférence Internationale de La Haye."

Diese Anregung, welche der Ausdruck der edlen und menschenfreundlichen Gesinnungen Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus ist, kann uns um so weniger überraschen, da sie naturgemäß aus der Stellung folgt, welche den Zaren veranlaßte, die Friedenskonferenz im Haag zusammenzuberufen. Diese leitende Stellung bringt es auch mit

sich, daß Seine Majestät der Kaiser Nikolaus zunächst von sich aus ermittelt, welche Aufnahme der Friedensgedanke bei der Regierung Ihrer Majestät der Königin Viktoria findet.

Was Deutschland betrifft, so möchte ich schon heute ohne Bezugnahme auf die vorliegende Frage ganz allgemein und prinzipiell bemerken, daß die deutsche Politik die Möglichkeit von Verwicklungen mit anderen Großmächten und namentlich mit anderen Seemächten besonders sorgfältig vermeiden muß, solange wir nicht der Haltung unseres Nachbarn Frankreich sicher sind. Diese Sicherheit würde nur durch eine Abmachung geboten werden, durch welche die vertragsschließenden Mächte sich für eine längere Reihe von Jahren ihren europäischen Besitzstand gegenseitig garantieren. Eine solche Abmachung ist daher für uns die notwendige Vorbedingung, um zu erwägen, ob wir uns in neue und weit aussehende Kombinationen einlassen können.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Majestät des Kaisers ersuche ich Ew. pp. sich in diesem Sinne gegenüber dem russischen Minister des Äußern auszusprechen.

Bülow

Nr. 4473

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 42 Berlin, den 3. März 1900

Ganz vertraulich

In Ergänzung von Telegramm Nr. 41 von heute *.

Ich halte für unbedenklich, daß Ew. in Ihrer Unterhaltung mit Graf Murawiew auch den Gedanken einfließen lassen, wie viel gesicherter und unverwundbarer als andere Mächte Rußland gegenüber England dasteht.

Bülow

Nr. 4474

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 44 Berlin, den 3. März 1900

Der russische Botschafter, welchem ich heute den durch mein Telegramm Nr. 41 ** Ew. gegebenen allerhöchsten Auftrag mitteilte,

* Siehe Nr. 4472.
** Siehe Nr. 4472.

erzählte mir, daß Herr Delcassé die russische Interventionsanregung durch den Vorschlag ergänzt habe, auch das Kabinett von Washington hineinzuziehen, weil dadurch die Aussicht auf eine englische Ablehnung vermindert werden würde*.

Diesseits ist über den Standpunkt, welchen die amerikanische Regierung in der südafrikanischen bzw. der Vermittlungsfrage einnimmt, nichts bekannt.

Bülow

Nr. 4475

Der Stellvertretende Botschafter in London Gesandter Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 127

London, den . . . März 1900
[eingegangen am 5. März]

Wie ich erfahre, hat Seine Königliche Hoheit der Prinz von Wales sich vor einigen Tagen verschiedenen Parlamentsmitgliedern gegenüber in folgendem Sinne über deutsch-englische Beziehungen geäußert.

Seine Majestät der Kaiser sowie die deutsche Regierung hätten England während des südafrikanischen Krieges das größte Entgegenkommen gezeigt und wiederholt Beweise von ihrer Sympathie für England geliefert. Seine Majestät der Kaiser verstehe die südafrikanische Frage von Grund aus und wisse genau, daß es sich dabei nicht um die Goldminen Transvaals handele, wie die öffentliche Meinung des Kontinents zu glauben schiene, sondern um die Frage, ob England weiter die prädominierende Macht in Südafrika bleibt

* Nach einer Depesche Delcassés an den französischen Botschafter in Berlin Marquis de Noailles vom 4. März 1900, welche von Georges Pagès im Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la Guerre, Vol I, p. 299 inhaltlich wiedergegeben wird, hätte Delcassé an der russischen Interventionsanregung sich lediglich beteiligt, um sich nicht von der russischen Regierung zu trennen, und außerdem nur unter der doppelten Voraussetzung, daß der russische Botschafter in Berlin „parlerait au nom de la Russie et de la France", und daß bei den eventuellen gemeinsamen Vorstellungen in London Deutschland die Initiative ergriffe. Tatsächlich ist in der russischen Eröffnung (siehe Nr. 4472) weder von der einen noch von der anderen französischen Voraussetzung die Rede gewesen. Richtig ist, was Georges Pagès aus einer weiteren Depesche Delcassés an den Marquis de Noailles vom 26. März schließt, daß die deutsche Regierung ein Eingehen auf die franko-russische Anregung von der Garantierung des derzeitigen europäischen Besitzstandes abhängig gemacht hat. Vgl. über die Frage der Initiative bei dem Einmischungsvorschlag auch Kap. CI, Nr. 4394 nebst Fußnote **, sowie Nr. 4496, 4497.

oder von einer Afrikanderrepublik ganz und gar verdrängt werden solle. England dürfe nicht vergessen, daß es sowohl dem kürzlichen Besuch Seiner Majestät des Kaisers in England als auch der Haltung der deutschen Regierung im allgemeinen zu verdanken sei, wenn keine Intervention seitens der Feinde Englands stattgefunden habe[1]. An die deutsche Presse solle man sich hier möglichst wenig kehren, die Hauptsache bleibe, daß die deutsche Regierung England freundlich gesinnt sei. Niemand könne leugnen, daß dieselbe sich in den traurigen Tagen, welche England durchzumachen gehabt habe, als treuer und zuverlässiger Freund erwiesen hätte.

Metternich

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Bravo! sehr gut und ganz richtig.
Schlußbemerkung des Kaisers:
Donnerwetter! Das ist doch außerordentlich viel für den Prinzen v[on] W[ales], soweit hat er sich noch nie für uns engagirt! Ich bin ihm zu hohem Danke verpflichtet. Die Correspondenz * dürfte doch wohl etwas zu seiner Ansicht beigetragen haben.

Nr. 4476

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 52 St. Petersburg, den 5. März 1900

Graf Murawiew war gestern nicht zu sprechen. Ich habe daher heute erst den Auftrag nach Telegramm Nr. 41, 42, 44 ** ausführen können.

Der Minister, der inzwischen eine entsprechende Mitteilung von Graf Osten-Sacken erhalten und dieselbe dem Kaiser unterbreitet hatte, sprach mir zunächst den kaiserlichen Dank aus für die freundliche Aufnahme, die der russische Vorschlag beim Berliner Kabinett gefunden.

Der Minister bemerkte dabei, er hätte auf Grund von früheren Meldungen, die ihm aus Berlin[1] und Paris zugegangen, geglaubt, daß er durch seinen Vorschlag der auf Erhaltung des Weltfriedens gerichteten Politik unseres allergnädigsten Herrn und den Intentionen der kaiserlichen Regierung entgegengekommen sei[2]. Auf meine Bemerkung, daß die leitende Stellung, welche Kaiser Nikolaus durch Zusammenberufung der Haager Friedenskonferenz eingenommen, es mit sich bringen dürfte, von hier aus die Aufnahme einer etwaigen Anregung seitens Ihrer Majestät der Königin Viktoria zu ermitteln, entgegnete

* Vgl. Kap. CI, Nr. 4401, S. 423, Fußnote *.
** Siehe Nr. 4472—4474.

Graf Murawiew, Rußland sei lediglich von humanitären Gesichtspunkten geleitet und zu wenig materiell in Afrika interressiert, um auch nur ein Sondieren in London allein vorzunehmen[3]. —

Auch ein solcher Schritt würde besser von den drei großen Kontinentalmächten gemeinsam unternommen werden[4] und könne eine Verstimmung in England nicht erwecken, da es sich ausschließlich um einen humanitären Zweck handle[5].

Was die Garantiefrage des europäischen Besitzstandes der Mächte anlangt, äußerte Graf Murawiew sich dahin, die damit verbundenen unvermeidlichen langwierigen Verhandlungen[6] würden den eigentlichen Zweck des Vorschlags selbst (schleunige Beendigung des Kriegs) illusorisch machen.

Betreffend den Delcasséschen Vorschlag, Amerika hineinzuziehen, meinte Graf Murawiew, der Wunsch des französischen Ministers wäre ihm bekannt, über die Stellungnahme der amerikanischen Regierung in dieser Frage habe er keine Nachricht.

Der Minister sagte mir am Schluß der Unterhaltung, er würde den Grafen Osten-Sacken in gleichem Sinne eingehend instruieren und die an mich gemachte Mitteilung nach Paris gelangen lassen.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] ?

[2] Faule Fische, ich habe nie was ähnliches verlautbaren lassen

[3] aha! sehr richtig
für Paris

[4] natürlich sollen wir dabei hineinfallen

[5] um so leichter muß es ja gerade Rußland allein werden! Da wir ja materielle Intressen in Afrika haben, daher also ungeeignet sind

[6] Unsinn! Ein Telegramm Delcasse's an Noailles genügt: „Le Gouvernement reconnait sans arrière pensée les frontieres de l'Allemagne, comme elles sont délimitées par le traité de Francfort".

Schlußbemerkung des Kaisers:

Ut aliquid fieri videtur! d. h. Sand in die Augen von Tschinownicks und Mouschicks.

Nr. 4477

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 46 Berlin, den 7. März 1900

Zu Ew. Telegramm Nr. 52* hat Seine Majestät der Kaiser folgende Bemerkungen gemacht:

---

* Siehe Nr. 4476.

Es sei unrichtig, daß ein Garantieabkommen langwierige Verhandlungen erfordert haben würde. Es würden vielmehr einfache telegraphische Erklärungen der betreffenden Regierungen an ihre respektiven Botschafter genügt haben, um die erforderliche Grundlage zu schaffen, falls der Wille dazu wirklich auf allen Seiten vorhanden gewesen wäre.

Was die Sondierung in London anlangt, so würde Deutschland, welches anerkanntermaßen erhebliche materielle Interessen in Südafrika hat, durch seine Mitwirkung bei der Sondierung möglicherweise Anlaß zu einer falschen Auslegung der Beweggründe gegeben haben. Solche Mißdeutung sei aber ausgeschlossen bei Rußland, welches nur humanitäre Zwecke verfolge.

Diese von unserem allergnädigsten Herrn aufgestellten Gesichtspunkte wollen Ew. bei Ihrer nächsten Unterredung mit Graf Murawiew verwerten.

Bülow

Nr. 4478

Der Stellvertretende Botschafter in London Gesandter Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 153 — London, den 7. März 1900
Geheim

Lord Salisbury erwähnte heute gleich im Anfang unserer Besprechungen und aus eigener Initiative die jüngste Unterredung Seiner Majestät des Kaisers mit Sir Frank Lascelles und ersuchte mich, seinen Dank für die so gnädige Gesinnung Seiner Majestät für England zu übermitteln.

Anknüpfend hieran bemerkte der Minister, es sei gestern ein Telegramm der beiden Burenrepubliken hier eingelaufen, worin dieselben den Frieden vorschlügen, jedoch unter Wahrung der Unabhängigkeit der beiden Republiken.

Obschon er es nicht bestimmt aussprach, so ging doch aus seinen Äußerungen hervor, daß diese Bedingung selbstverständlich hier indiskutabel ist.

Metternich

Randbemerkung von Holsteins:
Auf die Dauer wird es die Stellung von Lascelles bei Seiner Majestät schädigen müssen, wenn der Kaiser sieht, in welchem Tone die von Lascelles' Freund Chirol geleitete „Times" und ihr von Lascelles fast täglich empfangener hiesiger Korrespondent Saunders weiter schreiben.
Ich kann, da ich Lascelles nicht kenne, nicht beurteilen, ob eine Warnung nützlich wirken würde. H.
Randbemerkung des Grafen von Bülow:
Ganz einverstanden!
Repr. vor meiner nächsten Besprechung mit Lascelles. B.

Nr. 4479

Der Gesandte im Haag Graf von Pourtalès an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

A 23 Haag, den 6. März 1900
Ganz vertraulich

Nach einer ganz vertraulichen Mitteilung des Generalsekretärs im hiesigen Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten Herrn Ruyssenaers hat die hiesige Regierung einen Brief ihres Gesandten in St. Petersburg von Staal über eine Unterhaltung empfangen, mit der Seine Majestät der Kaiser von Rußland den Gesandten beehrt hat. Der Kaiser hat mit Anerkennung von der Tapferkeit der Boers gesprochen und an den niederländischen Gesandten die Frage gerichtet, welche Ansicht derselbe bzw. die niederländische Regierung von der zukünftigen Entwickelung des Kriegs habe. Auf die Antwort des Gesandten, daß nach seiner Meinung der Untergang der Boers unabwendbar sei, falls nicht eine Großmacht zu ihren Gunsten interveniere, hat der Kaiser erwidert, er teile diese Ansicht; leider scheine im Augenblick wenig Aussicht für eine solche Intervention zu bestehen, er halte in erster Linie[1] Seine Majestät unsern allergnädigsten Herrn dazu für berufen[2].

Weiter berichtet Herr von Staal, der englische Botschafter habe sich kürzlich zum Grafen Murawiew begeben und in längerer Unterredung die politische Lage mit ihm besprochen. Sir Charles Scott habe dabei hervorgehoben, daß seine Regierung nach den großen Opfern, welche die englische Nation bisher gebracht habe, voraussichtlich gegenwärtig nicht in der Lage sein würde, auf irgendwelche Friedensverhandlungen oder Vermittelungsvorschläge einzugehen[3]. Vielmehr sei man in London entschlossen, den Krieg nun mit der völligen Unterwerfung der Boerenrepubliken und mit ihrer Einverleibung in das Britische Reich zu beendigen.

Herr Ruyssenaers hat die dringende Bitte ausgesprochen, diese Mitteilungen nicht in St. Petersburg zu verwerten.

Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Ich danke ergebenst, das geht mich gar nichts an! Er soll doch anfangen

[2] Warum? Warum nicht er??

[3] Das weiß der Minister des Aeußeren, und da wagt Mouraview mir Vorschläge zu einer Vermittelungsaktion zu machen!!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Hieraus geht wieder hervor wie falsch, verlogen und illoyal der Hallunke Mouraview verfährt, und wie Recht ich hatte ihn sofort ablaufen zu lassen! Wenn es den Russen nach Intervention juckt, so mache er sie doch für sich allein! Oder mit Frankreich!

Nr. 4480

Prinz Eduard von Wales an Kaiser Wilhelm II.

Abschrift

Marlborough House, March 7th 1900

My dear William,

It is most kind of you to have written to me so soon again and I am most grateful for your letter of 3d*. Your enlogy on Sir G. White** will be greatly appreciated by him and indeed it is I think well meritted — as it cannot have been an easy task to have hold out during these long and weary months! What you tell me about Mouraview's conduct does not surprise me as I believe there is nothing he would not do in conjunction with France to annoy us in every possible way.

The Peace Conference at the Hague is always a very useful peg to hang any political hat on! What your answer was I had little doubt of — you have no idea, my dear William, how all of us in England appreciate the loyal friendship which you manifest towards us on every

* Nicht bei den Akten. Aus der Antwort des englischen Thronfolgers geht hervor, daß Kaiser Wilhelm dem Prinzen von Wales sofort Mitteilung von der Demarche Graf Murawiews (vgl. Nr. 4472) gemacht hatte. Vgl. auch die Äußerungen des Prinzen von Wales zu dem Freiherrn von Eckardstein bei Eckardstein a. a. O. II, 169 und ebenso die späteren Äußerungen Kaiser Wilhelms im „Daily Telegraph-Interview" vom 28. Oktober 1908: „Again, when the struggle was at its height, the German Government was invited by the Governments of France and Russia to join with them in calling upon England to put an end to the war. The moment had come, they said, not only to save the Boer Republics, but also to humiliate England to the dust. What was my reply? I said that so far from Germany joining in any concerted European action to put pressure upon England and bring about her downfall, Germany would always keep aloof from politics that could bring her into complications with a Sea Power like England. Posterity will one day read the exact terms of the telegram — now in the archives of Windsor Castle — in which I informed the Sovereign of England of the answer I had returned to the Powers which then sought to compass her fall". Hiernach hätte der Kaiser, was volle Wahrscheinlichkeit für sich hat, neben dem Prinzen von Wales auch die Königin von England am 3. März von dem russisch-französischen Vorgehen in Kenntnis gesetzt. Im Kern stimmt die kaiserliche Erzählung, abgesehen von dem starken Farbenauftrag, mit dem Befund der deutschen Akten überein. Dafür, daß der Kaiser den Zaren zu dem russisch-französischen Einmischungsversuch angestiftet habe, wie E. I. Dillon in dem Buche: The Eclipse of Russia, p. 318 f. behauptet, kann nach den deutschen Akten schlechterdings keine Rede sein. Vgl. den aus genauer Kenntnis der Akten heraus geschriebenen Aufsatz eines Wissenden (Fritz Heilbron), Deutsche Intriguen gegen England während des Burenkriegs (Deutsche Revue, Septemberheft 1908, S. 266); ferner O. Hammann, Zur Vorgeschichte des Weltkriegs, S. 89 ff.; Um den Kaiser, S. 103 ff.

** Englischer General, der ruhmvoll Ladysmith gehalten hatte, bis dessen Belagerung am 21. Februar aufgehoben wurde.

possible occasion. We hope always to look upon Germany as our best friend as long as you are at the helm. It is of course deeply to be regretted that the feeling throughout Germany is not alas! very friendly towards us. One can only hope that it may improve in time, and when both countries become thoroughly satisfied, that to go hand in hand together in friendly rivalry is the mutual benefit of us both! Though I regret that Grandmama is deprived from basking in the sunshine of an Italian sky this spring, I feel certain, that she has come to a wise decision in not going abroad, when her presence at home is so much needed, and keep in touch with her ministers. It will I fear be a disappointment to your dear mama not to see her but I know she holds the same views as I do and trust it may be possible for her to come once to England during the course of the year. I am very proud to have been „Co Sponsor“ with you to the little Pless baby*! Hoping that Dona** and the children are well and with aunt and cousins best love I am

your very affectionate uncle

(signed) Albert Edward

Nr. 4481

Der Konsul in Pretoria Biermann an das Auswärtige Amt

Telegramm en clair. Abschrift

Nr. 10 Pretoria, den 10. März 1900

Auf Ersuchen der hiesigen Regierung melde ich, daß die Regierungen der Republiken um die freundschaftliche Vermittlung der Kaiserlichen Regierung zur Herstellung des Friedens bitten. Gleiches Ersuchen ist den Vertretern anderer Mächte zugegangen. Regierung bittet ferner, der österreichischen und schweizer Regierung die gleiche Bitte zu übermitteln. Empfangsbestätigung.

(gez.) German Consul Pretoria

Randverfügungen des Grafen von Bülow:
1) Die Antwort muß seinerzeit offen gehen, also für eventuelles Bekanntwerden eingerichtet sein.
2) Die Antwort ist vor der Absendung Seiner Majestät zu unterbreiten.
3) Die Bitte nach Wien und Bern das Ersuchen zu übermitteln, ist meines Erachtens ohne Bedenken.
4) Es möchte sich empfehlen festzustellen, welche Mächte noch um Vermittelung angegangen wurden. (Washington?) B.

---

* Hans Heinrich XVII., geboren 2. Februar 1900, Sohn des Prinzen Hans Heinrich XV. von Pless und der Prinzessin Mary geborenen Gräfin Delawarr, bei dessen Taufe der Kaiser und der Prinz von Wales Pate standen.
** D. h. die Kaiserin Auguste Viktoria.

Nr. 4482

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Konsul in Pretoria Biermann**

Telegramm en clair. Konzept

Nr. 11 Berlin, den 10. März 1900
[abgegangen am 11. März]

Die Regierung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers wird gern bereit sein, bei freundschaftlicher Vermittelung mitzuwirken, sobald die Grundbedingungen einer solchen vorhanden sind, d. h. sobald festgestellt ist, daß beide Gegner dieselbe wünschen. Darüber, ob auf englischer Seite dieser Wunsch gegenwärtig vorhanden ist, werden die beiden südafrikanischen Regierungen sich entweder direkt in London oder durch die guten Dienste einer dritten Regierung Auskunft verschaffen können, welche keine eigenen wichtigen Interessen in Südafrika wahrzunehmen hat. Letztere Voraussetzung trifft bei einer Anzahl von Staaten in Europa und außerhalb Europas zu, jedoch nicht bei Deutschland. Jeder derartige Schritt der deutschen Regierung würde daher den Verdacht erwecken, daß wir andere als humanitäre Zwecke verfolgen, und das dadurch vermehrte Mißtrauen würde der Sache des Friedens nicht förderlich sein.

Dem Wunsche der südafrikanischen Regierungen, ihre Bitte um Vermittelung auch an die österreichisch-ungarische und die schweizerische Regierung, deren Interessen durch das deutsche Konsulat in Pretoria wahrgenommen werden, gelangen zu lassen, ist selbstredend sofort entsprochen worden.

B ü l o w

Nr. 4483

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wilhelmshaven, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen von Bülow

Telegramm en clair. Abschrift

Wilhelmshaven, den 10. März 1900

Mit Antwort einverstanden. Dieselbe ist umgehend mit der Aufforderung aus Pretoria zusammen an Lascelles mitzuteilen und unserer Botschaft in London für His Royal Highness, denn da Telegramme o f f e n über d i e e n g l i s c h e n K a b e l g i n g e n , weiß London darum und muß sogleich unsere Antwort erfahren, sonst Mißtrauen zu groß.

---

* Gleichzeitig amtlich bekannt gegeben, abgedruckt u. a. in Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1900, S. 56 f.

Nur absolute, vollste Offenheit schützt hier vor falscher Beurteilung. Werde selbst Faktum und Antwort an Her Majesty mitteilen *.

(gez.) Wilhelm I. R.

Randverfügungen des Grafen von Bülow:
1) Das Telegramm aus Pretoria sowie die Antwort auf dasselbe ist zur Mitteilung an Prinz von Wales und Lord Salisbury dem kaiserlichen Geschäftsträger in London zu übermitteln
2) Ebenso heute früh an Lascelles. B. 11/III.

Nr. 4484

*Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wilhelmshaven**, an Königin Viktoria von England, z. Z. in Windsor*

Telegramm. Eigenhändiges Konzept. Undatiert

Trough the medium of my Consulate at Pretoria the Transvaal Government has telegraphed en clair to the Foreign Office in Berlin asking my Government for a „friendly mediation" on behalf of the South African Republics and for the restoratian of Peace. This request has also been addressed to other Governments among them to Austria and Switzerland. I have ordered the Foreign Office to answer as follows: The first and paramount question to be settled before steps for friendly mediation could be taken was, whether both antagonists were ready to accept it, i [d] e [st] whether England was also ready to do so. This question first having been answered in the affirmative, my Government would be happy to lend a hand to bring about a Peaceful issue. My Government further suggests, that the Republics would do well, in order to find out whether Her Majesty's Government just now was in a mood to accept mediation at all, to enquire in London directly or if this did not suit them, to refer to any 3^d^ power not vitally and directly interested in South Africa. Germany beeing materially interested, it was the duty of my Government to refrain from taking any step in this matter which would be liable to be misunderstood in England, and which could give rise to the suspicion that it was prompted by other than purely humanitarian motives. This would only jeopardize the cause of Peace instead of serving it ***.

William I. R.

* Siehe das folgende Schriftstück.

** Ob der Kaiser das Telegramm noch am Abend des 10. oder am Morgen des 11. März in Wilhelmshaven abgesandt hat, von wo er um 9 Uhr nach Helgoland in See stach, oder erst von Helgoland aus, ist aus den Akten nicht ersichtlich.

*** Ein inhaltlich gleichlautendes Telegramm des Kaisers ging an den Prinzen von Wales. Auf die beiden kaiserlichen Telegramme erfolgten am 11. März herzliche Danktelegramme der englischen Königin und des Thronfolgers nach Helgoland.

Nr. 4485

Der Stellvertretende Botschafter in London Gesandter Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 161 London, den 11. März 1900

Antwort auf Telegramm Nr. 110*.

Ich habe die vertrauliche Mitteilung dem Prinzen von Wales und Lord Salisbury gemacht. Beide waren sehr erfreut, und Lord Salisbury sprach seinen warmen Dank für die gnädige Gesinnung Seiner Majestät des Kaisers und die wohlwollende Haltung der Kaiserlichen Regierung aus.

Lord Salisbury bemerkte, der „Standard" sei zu der gestrigen Erklärung, daß die englische Regierung demnächst einen Beschluß über die in Südafrika zu befolgende Politik kundgeben würde, nicht autorisiert gewesen. Inhaltlich sei die „Standard"-Mitteilung aber richtig gewesen.

Der Prinz von Wales sagte mir, daß Lord Salisbury den beiden Republiken auf deren Friedensvorschläge unter Wahrung der Unabhängigkeit eine sehr gute, natürlich ablehnende Antwort erteilt habe. Der Prinz von Wales meinte, England könnte sich nicht der Wiederholung eines Krieges wie des gegenwärtigen aussetzen und dürfe und werde daher den Republiken ihre Unabhängigkeit nicht belassen.

Metternich

Nr. 4486

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 144 St. Petersburg, den 11. März 1900

Vertraulich

Während des riegreichen Widerstandes der Buren gegen die Engländer zeigte sich in der öffentlichen Meinung hier eine große Erregung über die Untätigkeit der Regierung; man machte ihr zum Vorwurf, den günstigen Moment gegen England nicht ausgenützt zu haben.

Die Heftigkeit der Angriffe gegen die leitenden Minister nahm zu [1], als das Kriegsglück sich England zuwandte.

---

* Durch Telegramm Nr. 110 vom 11. März war Graf Metternich im Sinne des kaiserlichen Telegramms vom 10. März (siehe Nr. 4483) verständigt worden.

Graf Murawiew, der immer behauptete, es gäbe in Rußland keine öffentliche Meinung, und die Presse habe weder Einfluß noch Bedeutung, schien diesmal doch beunruhigt, und die ihn treffenden Vorwürfe seitens vieler einflußreicher Personen machten auf den Minister unzweifelhaft Eindruck.

Dieser Umstand wird nicht unwesentlich dazu beigetragen haben, den Grafen zu veranlassen, den Vorschlag zu gemeinschaftlicher Intervention gegen Fortführung des Krieges zu lancieren.

Der Minister gibt dies natürlich nicht zu und äußerte sich einem meiner Kollegen gegenüber dahin, er sei nicht „un chambellan de l'opinion publique".

Aus Andeutungen meiner Kollegen habe ich den bestimmten Eindruck, daß Graf Murawiew mit ihnen — außer dem französischen Botschafter natürlich — die Frage der Intervention überhaupt nicht besprochen hat. Mir gegenüber ist er bestrebt (und dies habe ich Gelegenheit gehabt, noch in meiner letzten vorgestrigen Unterhaltung zu konstatieren), den Eindruck hervorzurufen, als sei der an Graf Osten-Sacken erteilte Auftrag, den Gedanken einer Vermittelung zur Herbeiführung des Friedens anzuregen, lediglich die Folge von Äußerungen Seiner Majestät des Kaisers und Königs [2] an den russischen Botschafter in Berlin gewesen, die auf den Wunsch einer Intervention behufs Beilegung des Krieges hinzielten [3]. Um dem zu entsprechen — meinte Graf Murawiew — sei es notwendig gewesen, vor allem Frankreich zu sondieren.

Nachdem der Minister sich dessen Bereitwilligkeit vergewissert hätte, habe er mit Bestimmtheit geglaubt, im Sinne der Kaiserlich Deutschen Regierung zu handeln, als er den bewußten Schritt durch Graf Osten-Sacken unternahm. In der ihm, dem Minister, von mir auftragsgemäß gemachten Eröffnung habe er zu seinem Bedauern eine zwar nicht direkte, aber unzweideutige Ablehnung unsererseits erkennen müssen.

Eine Garantie wie die gewünschte von den einzelnen Mächten zu erlangen, sei seiner Ansicht nach eine Unmöglichkeit. Nicht 24 Stunden, meinte Graf Murawiew v e r t r a u l i c h, würde sich — wie einmal die Verhältnisse lägen — in Frankreich ein Ministerium halten können, das sich dazu verstände, auf eine solche Verpflichtung Deutschland gegenüber einzugehen. Im besten Falle könnten heikle, nicht zu vermeidende Grenzfragen nur durch langwierige Verhandlungen, an denen sich alle Mächte, gleichsam wie in einem Kongresse, beteiligen müßten, gelöst werden, und dazu gehöre ein guter Wille, der nicht von allen Seiten vorauszusetzen sei. Aber auch abgesehen von letzterem Punkte würden, wie ich bereits nach meiner ersten Unterredung mit Graf Murawiew zu melden die Ehre hatte, die endlosen Verhandlungen zwischen den Mächten den eigentlichen Zweck des Vorschlages — die schleunige Beendigung des Krieges — illusorisch machen.

Die Idee, zunächst von hier aus allein durch Kaiser Nikolaus ein Sondieren der Regierung Ihrer Majestät der Königin Viktoria zu unternehmen, wies der Minister mit der Motivierung ab, daß dazu wohl vor allem diejenigen Mächte [4] berufen wären, welche materielle Interessen in Südafrika hätten, daß Rußland aber [5], welches rein vom humanitären Standpunkte geleitet sei, sich gern an einem gemeinschaftlichen Schritte beteiligen würde.

Übrigens ist Graf Murawiew der Meinung, daß ein solches vertrauliches und freundschaftliches Sondieren durch die drei großen Kontinentalmächte „qui n'engage à rien", keineswegs angetan sei, die Empfindlichkeit Englands zu berühren und eine Verstimmung hervorzurufen.

Es ist klar, daß in Rußland, welches sich nicht allein engagieren will, nunmehr das Odium der nicht zustande kommenden Intervention auf Deutschland fallen wird, und kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß man hier sich die Gelegenheit nicht wird entgehen lassen, uns vor der Welt als diejenigen hinzustellen, an denen das Versöhnungswerk gescheitert ist.

Sogar die deutsche Zeitung „Herold", die sich seit längerer Zeit deutschfreundlich gezeigt hat, bemerkt bei Besprechung hiesiger Preßauslassungen wörtlich: „Durch derartige Ausführungen klingt das Heraufziehen einer leisen Verstimmung zwischen St. Petersburg und Berlin deutlich hindurch."

Man will vor allem Deutschland engagieren und sich selbst den Rücken decken. Die Befürchtung vor einer dauernden Verständigung zwischen Deutschland und England, die hier perhorresziert wird, trägt nicht zum mindesten zu dem Bestreben bei, uns in das Vordertreffen bei der fraglichen Sondierung des englischen Kabinetts zu treiben.

Ein in der „St. Petersburger Zeitung" vom 10. März/26. Februar d. Js. wiedergegebener Artikel aus der „Patrie", welchen ich beifüge *, gibt genau die Stimmung wieder, welche hier in allen politischen Kreisen herrscht.

Die Erregung gegen England ist a l l g e m e i n und trotz der persönlichen, herzlichen Beziehungen, die zwischen den Majestäten und der Königin Viktoria bestehen, wird bei Hof und in den Kreisen desselben gegen England eifrig geschürt.

Ich will nicht behaupten, daß diese Stimmung und die analog zutage tretende öffentliche Meinung auf die Entschließungen des Kaisers eine zwingende Kraft auszuüben imstande wäre, da Seine Majestät unbedingt den Frieden ernstlich will und jede Verstimmung im Auslande, also auch in England, vermieden sehen möchte. Aber die herrschende Gereiztheit in den maßgebenden Kreisen gegen das jetzt wieder siegreiche Großbritannien schafft schließlich die Atmosphäre,

---

* Hier nicht abgedruckt.

in der der Kaiser lebt, und aus der er seine Eindrücke empfängt. Und so scheint es mir nicht ausgeschlossen, daß der Zar schließlich bei seiner etwas weichen Charakterveranlagung, von der Strömung fortgerissen, sich dazu drängen lassen könnte, die Initiative zur Friedensvermittelung allein[6], natürlich mit Frankreich, zu ergreifen.

Wie weit Graf Murawiew eventuell imstande sein würde, diesen Einflüssen und dem Drängen zu widerstehen, bleibt abzuwarten. Seine Aufgabe ist eine schwierige, und begegnet seine Politik der Vorsicht dem Vorwurfe, daß er die Interessen des Reichs nicht genügend wahre. Äußerungen, daß, „wenn statt seiner und der schlappen gegenwärtigen Regierung Fürst Lobanow noch am Ruder wäre, Rußland ohne weiteres — ob mit oder ohne Deutschland — den Engländern die Zähne zeigen würde", werden in hohen offiziellen Kreisen nicht vereinzelt getan.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Daher Mouravieffs Thätigkeit bei uns!
[2] ein kaltschnäuziger Lügnerischer Hallunke ohne Gleichen!
[3] So eine unverschämte Lüge!
Osten Sacken muß seinen eignen Minister rektifiziren
[4] im Gegentheil umgekehrt
[5] erst recht!
[6] er wird sich hüten!

Nr. 4487

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt von Holstein

Privatbrief. Unsignierter Auszug in Abschrift

[St. Petersburg, den 11. März 1900]

In meinem heutigen Bericht* über die Intervention habe ich bei der Garantiefrage vermieden zu sagen, daß, als Graf Murawiew mir sagte: „Kein Ministerium in Frankreich würde vierundzwanzig Stunden am Ruder bleiben können, wenn es den deutschen Wünschen bezüglich der Garantie entgegenkommen wollte" — er hinzufügte: „Die elsaß-lothringischen Ansprüche lassen die Franzosen um keinen Preis fallen." — Ich wollte dieses heikle Thema in meinem Bericht nicht erwähnen und habe es daher umschrieben, namentlich nachdem man mir seinerzeit von Berlin aus geschrieben hatte, wir erkennen keine elsaß-lothringische **Frage** an. Er, der Minister, hat auch nicht von einer elsaß-lothringischen Frage gesprochen, sondern nur von den Ansprüchen der Franzosen auf diese Länder. — Er meinte ferner, daß

---

* Siehe Nr. 4486.

neben jener Angelegenheit auch die bosnische und schleswigsche Frage aufgerollt würde, und daß aus solchen Verhandlungen nahezu ein Kongreß sich entwickeln müßte. — Das alles habe ich in meinem Bericht etwas modifiziert, um keine unnützen Gegenbemerkungen zu provozieren. —

Nr. 4488

Der Stellvertretende Botschafter in London Gesandter Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 163 — London, den 13. März 1900
Geheim

Die von den Boeren an die Mächte gerichtete Bitte um Friedensvermittelung ist von den letzteren bisher hier nicht verwertet worden. Dagegen wird der amerikanische Geschäftsträger* heute abend Lord Salisbury in milder und freundschaftlicher Form die Hoffnung der amerikanischen Regierung auf Frieden aussprechen. Staatssekretär Hay soll sich nur ungern und aus inneren Parteirücksichten zu diesem Schritte entschlossen haben.

Lord Salisbury teilt mir vertraulich mit dem Anheimstellen der Übermittelung an Seine Majestät mit, daß er heute nachmittag im Parlament das Telegramm der Präsidenten der Boerenrepubliken, datiert aus Bloemfontein vom 5. d. Mts., und sein Antworttelegramm vom 11. d. Mts. bekanntgeben wird.

Die Präsidenten wünschen Frieden auf Grundlage der unbestrittenen Unabhängigkeit der beiden Republiken als souveräner, internationaler Staaten.

Lord Salisbury antwortet, daß die Republiken plötzlich den Krieg erklärt und ein beleidigendes Ultimatum gesandt hätten. Britisches Territorium wäre überfallen und England in einen blutigen Krieg verwickelt worden, der Tausende von Menschenleben koste. Dieses große Unglück sei die Strafe dafür, daß Großbritannien geduldet habe, seit den letzten Jahren in die Existenz der beiden Republiken einzuwilligen. Ihrer Majestät Regierung könne den Präsidenten nur die eine Antwort erteilen, daß sie nicht in der Lage sei, der Unabhängigkeit der Südafrikanischen Republik oder des Oranjefreistaats zuzustimmen.

Metternich

---

* H. White.

Nr. 4489

Der Stellvertretende Botschafter in London Gesandter Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 166 London, den 13. März 1900

Im Anschluß an Telegramm Nr. 163*.

Der amerikanische Geschäftsträger hat soeben Lord Salisbury die guten Dienste der Vereinigten Staaten zur Friedensvermittelung angeboten.

Metternich

Nr. 4490

Der Stellvertretende Botschafter in London Gesandter Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 169 London, den 14. März 1900

Im Anschluß an Telegramm Nr. 166**.

Lord Salisbury hat, wie er mir sagt, das freundschaftliche Vermittelungsangebot der Vereinigten Staaten von Amerika mit Dank und dem Bemerken abgelehnt, die englische Regierung beabsichtige nicht, sich der Vermittelung einer dritten Macht zu bedienen. Er bezeichnete mir gegenüber das amerikanische Vorgehen als Wahlmanöver.

Eine andere Macht habe auf den Appell des Boerenpräsidenten hier bisher nicht reagiert. Er glaube auch nicht, daß dies noch geschehen werde. Meiner Bemerkung, daß die Haltung Deutschlands eine Interventionskoalition wohl verhindere, stimmte er mit Wärme bei.

Metternich

Nr. 4491

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 63 St. Petersburg, den 14. März 1900

Graf Murawiew teilt mir mit, er beabsichtige ein Zirkular an diejenigen Mächte zu senden, an deren Vertreter Präsident Krüger sich in Pretoria mit Vermittelungswünschen gewandt hatte, um den einzelnen Kabinetten zu erklären, daß Rußland bereit wäre, sich an jeder gleich-

* Siehe Nr. 4488.
** Siehe Nr. 4489.

lautenden (simultanée) Kollektivdemarche der von den Buren angerufenen Mächte zu beteiligen, die darauf gerichtet sein würde, ihre bons offices (nicht Mediation) in freundschaftlicher Weise dem Londoner Kabinett anzubieten.

Der Minister bemerkte hierbei vertraulich, daß ein solches von allen Mächten unternommenes freundschaftliches Sondieren der Intentionen Englands letzteres in keiner Weise verstimmen könne. Wenn England nicht gewillt sei, die bons offices anzunehmen, könne es ohne weiteres und ohne irgend jemand zu verletzen, dieselben ablehnen.

Eine Demarche wie die von Graf Murawiew vorgeschlagene sei, wie der Minister hinzufügte, um so leichter und um so unverfänglicher, als Präsident Krüger den Konsuln gegenüber nur von „für die Buren annehmbaren Bedingungen" gesprochen, nicht aber ihre „Unabhängigkeitsforderung" erwähnt haben soll.

Graf von Montebello teilt natürlich die Ansicht des Grafen Murawiew über die Ausführbarkeit und Zweckmäßigkeit eines solchen Vorschlags.

Mir und den meisten meiner Kollegen scheint, wie ich es dem Minister auch als meine persönliche Ansicht bemerkte, bei der entschiedenen Absicht Englands, seine unter vielen Opfern errungenen Vorteile auszunutzen und sich auf nichts einzulassen, ganz zwecklos, einen Versuch zu machen, der nur die englische öffentliche Meinung reizen und doch zu nichts führen würde.

Einer meiner Kollegen, der den Grafen Murawiew genau kennt und keineswegs ein Gegner von ihm ist, meint, es schiene ihm fast, als ob der Minister in seiner bedauerlichen blinden Animosität gegen England diesen Schritt täte, um es zu reizen.

Radolin

Nr. 4492

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen von Bülow

Eigenhändig

Berlin, den 20. März 1900

pp. Osten-Sacken sagte mir, er habe ein Telegramm von Murawiew, daß dieser seine Mediationsvorschläge zurückziehe, nachdem die beiden Südafrikanischen Republiken ihrerseits um Frieden gebeten und England in seiner Antwort jeden Interventionsversuch so kategorisch abgelehnt habe. Vertraulich fügte Osten-Sacken hinzu, daß Murawiew seine verschiedenen Vermittlungsvorschläge lediglich aus Rücksicht auf die Stimmung in Rußland gemacht habe. Osten-Sacken erklärte wieder, man sei in St. Petersburg „très préoccupé" von unserem Vorgehen in der Türkei. Rußland wolle den Status quo in Kon-

stantinopel, während wir die Türkei kräftigten, mehr und mehr deutsche Offiziere dorthin schickten, die Dardanellen befestigten usw. „Ça devient très sérieux.“

Bülow

Nr. 4493

Der Stellvertretende Botschafter in London Gesandter Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 185 London, den 20. März 1900

Wie ich erfahre, haben die hiesigen Rothschilds gestern ein Telegramm von ihren Vettern in Paris erhalten, demzufolge kürzlich deutscherseits der Versuch gemacht sein solle[1], die französische Regierung zur Intervention im südafrikanischen Kriege zu bewegen. Deutschland habe jedoch seine Mitwirkung nur unter ganz exorbitanten Forderungen in Aussicht gestellt. Die französische Regierung habe selbstverständlich das Ansinnen Deutschlands glatt abgelehnt.

Die hiesigen Rothschilds, welche von der Loyalität der deutschen Regierung England gegenüber überzeugt sind, glauben nicht an diese Nachricht und sehen darin nur einen indirekt von der französischen Regierung kommenden Versuch, England und Deutschland zu verhetzen[2]*.

Wenn ich diesen Vorfall mit dem Umstand in Verbindung bringe, daß hier bereits seit einiger Zeit von verschiedenen Seiten das Gerücht verbreitet wird, Fürst Münster versäume keine Gelegenheit, um Frankreich zu einem Vorgehen gegen England zu ermutigen, so kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß sowohl französischer- als russischerseits erneut und systematisch daran gearbeitet wird, Zwietracht zwischen England und Deutschland zu säen. Leider läßt es sich nicht verhehlen, daß diese Intrigen in der hiesigen Gesellschaft sowie in der öffentlichen Meinung bereits bis zu einem gewissen Grade erfolgreich gewesen sind und an Boden gewinnen**.

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] So eine freche Lüge!

[2] ja

---

* Über die mannigfachen, sowohl von russischer wie von französischer Seite ausgehenden Versuche, nach dem Scheitern des russisch-französischen Interventionsvorschlages in Berlin Deutschland bei England als den eigentlichen Urheber dieser Bestrebungen zu verdächtigen, vgl. Kap. CI, Nr. 4394, Fußnote ** und die eingehenden Mitteilungen bei Freiherrn von Eckardstein, a. a. O. II, 167 ff.

** Vgl. auch Nr. 4495 ff.

Nr. 4494

*Kaiser Wilhelm II. an Königin Wilhelmina von Holland**

Reinkonzept

Berlin, den 27. März 1900

Euer Majestät!
Verehrte und sehr liebe Cousine!

Herzlich danke ich Dir, daß Du in einer für Dich ernsten Stunde dessen eingedenk warst, wie manches Mal im Laufe der Jahrhunderte Oranier und Hohenzollern einander geholfen und beraten haben. Laß uns also die Frage beleuchten, welche Dich beschäftigt. Ich werde Dir mit rückhaltloser Offenheit Einblick in den wirklichen Sachverhalt geben.

Am 3. Januar 1896 sandte ich, wie Du weißt, dem Präsidenten Krüger meinen Glückwunsch, nachdem die Buren die Expedition von Jameson zurückgeschlagen hatten. Obwohl zwischen jenem Flibustiereinfall und der Regierung meiner Großmutter kein ersichtlicher Zusammenhang bestand, gelang es doch dem englischen Anhange von Jameson, mein Telegramm als eine feindselige Demonstration gegen England zu deuten. Es trat daher eine Spannung ein und, obwohl der Verkehr zwischen meiner und der englischen Regierung sich fortgesetzt in den ruhigsten Formen bewegte, mußte ich doch angesichts der im englischen Volk bemerkbaren Erregung die Möglichkeit, daß die Südafrikafrage der Ausgangspunkt eines großen Konflikts werden könnte, diplomatisch erwägen. Zwar hielt ich in keinem Augenblick die Eventualität eines Konflikts mit England für so nahe, um mich schon nach Verbündeten umzusehen, aber es lag in den gegebenen Umständen, daß ich mich bemühte, durch meine diplomatischen Vertreter zu ermitteln, welcher Grad von Interesse seitens anderer Kabinette den Dingen Südafrikas zugewandt werde.

Bezüglich Rußlands und Frankreichs erlangte ich die gewünschte Klarheit bald. Am 8. Januar äußerte sich der damalige russische Minister des Äußern Fürst Lobanow dem Gerenten meiner Botschaft bei gelegentlicher Besprechung der Angelegenheiten Südafrikas, sie seien ihm absolut gleichgültig, und betonte noch ausdrücklich, daß das Protektorat Englands über Transvaal vertragsmäßig zu Recht bestehe. Etwa um dieselbe Zeit sagte Baron Courcel, französischer Botschafter in London, früher in Berlin, an Lord Salisbury bei Besprechung derselben Frage: „Frankreich hat nur einen Feind auf der Welt und das

---

* Am 23. März 1900 hatte Königin Wilhelmina bei Kaiser Wilhelm II. einen Kollektivschritt der Mächte bei England zugunsten der Buren angeregt und dabei erklärt, die Gewißheit zu haben, daß Rußland und Frankreich mitgehen würden. Die Antwort des Kaisers beruht auf einem auf Veranlassung Graf Bülows von Holstein aufgesetzten Entwurf.

ist Deutschland. Danach kann England seine Politik einrichten.“ Im Einklang mit dieser schwerwiegenden Äußerung Courcels trug auch die französische Regierung zu jener Zeit eine demonstrative Gleichgültigkeit für Südafrika zur Schau, ganz im Einverständnis seiner Amie et alliée in St. Petersburg*.

Daß die Gleichgültigkeit des Fürsten Lobanow nicht geheuchelt war, sondern im Einklang mit der damaligen Weltanschauung der russischen Diplomatie stand, ergibt sich daraus, daß mehr als zwei Jahre später, am 23. Juni 1898, also zu einer Zeit, wo an einen deutsch-englischen Zusammenstoß nicht zu denken war, Lobanows Nachfolger Graf Murawiew seine Ansicht über Südafrika meinem Vertreter gegenüber in die Worte zusammenfaßte: „Südafrika läßt uns gänzlich kalt**.“ Also Rußland ist kalt und auf Frankreich nicht zu rechnen!

Ich will nun von meinem Reich und mir ein Wörtlein reden. Als Regierender habe ich mich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß es Grundsätze und Interessen gibt, für welche contre tout venant einzutreten Pflicht ist, wo es nicht heißt, gegen wen, sondern für was man kämpft. Allein die Bedeutung der Südafrikanischen Republiken ist für mein Reich nicht eine solche, daß ich, selbst wenn ich über die Flotte verfügte, die ich mir erst schaffen muß, es verantworten könnte, Deutschland deswegen dem Elend und den Wechselfällen eines großen Weltkrieges auszusetzen.

Meinen Verbündeten in Wien und vor allem in Rom würde der Gedanke eines Krieges gegen England gänzlich unannehmbar sein. — Diesen Krieg würde ich also ohne sie zu führen haben. Du meinst, daß Rußland und Frankreich mitgehen werden. Nach oben Gesagtem vielleicht mitreden, mitgehen nein. Aus Rücksichten der Diskretion und des Zartgefühls habe ich es unterlassen nachzuforschen, ob es richtig ist, daß mein Freund, der Kaiser aller Reußen, Ihrer Majestät der Königin von England bei Ausbruch des Krieges die Zusicherung gemacht hat, „nichts gegen England während des Krieges zu unternehmen.“ In Petersburg glaubt man ganz allgemein an ein solches Versprechen, ebenso wie es mir von englischer Seite als vorhanden bestätigt wurde, und auch ich nehme der Sicherheit halber an, daß wir damit als mit einer Tatsache zu rechnen haben. Denn einerseits kommt darin zum Ausdrucke die beim Zaren vorhandene Freundschaft für die ehrwürdige Großmutter seiner Gemahlin. Andererseits ist eine solche Zusicherung nur die logische Folge der Grundsätze, welche seine Minister Lobanow und Murawiew über Rußlands Interesselosigkeit in Südafrika aufgestellt haben. Aber dessenungeachtet ist der Wille des Zaren entscheidend für die Richtung der russischen Politik, wenn auch die St. Petersburger und vor allem die Armeekreise allmählich in Auf-

---

* Vgl. dazu Bd. XI, Kap. LXIV.
** Vgl. Bd. XIV, Kap. XCII, Nr. 3820.

regung geraten über das, was sie die englische Gesinnung des Zaren nennen. Man kann auch nicht behaupten, daß er aus Sympathie für die Königin von England die Interessen Rußlands außer acht läßt. Denn während oder infolge des südafrikanischen Krieges ist der russische Einfluß in Persien befestigt, und ebenso auf den Grenzen Indiens breiten sich die Einflußzonen aus. Der soeben bekannt gewordene Vertrag mit Bulgarien * zeigt ein folgerichtiges und logisches Durchführen der Balkanpolitik, deren Ziel, die Dardanellen, in immer greifbarere Nähe rückt.

Nachdem diese ungeheuren Vorteile ohne Krieg erreicht wurden, denkt Rußland, d. h. das politisch maßgebende Rußland, für jetzt, glaube ich, an keinen Krieg mit England. Daß Frankreich ebensowenig daran denkt, ersiehst Du aus dem, was Dir in neuester Zeit über die Reden leitender Politiker, wie Delcassé und Deschanel **, berichtet sein wird.

Beide, Rußland wie Frankreich, beschränken ihre Absichten und Wünsche auf „freundschaftliche Vermittelung", welche der Natur der Sache nach die Einwilligung b e i d e r Streitenden voraussetzt, ohne bei einer Ablehnung dieser Parteien die Konsequenz des bewaffneten Erzwingens der Ruhe zu ziehen. Sich bei dieser rein äußerlichen, platonischen, freundschaftlichen Tätigkeit jetzt zu beteiligen, hat gar keinen Zweck, seitdem dieselbe ihre praktische Bedeutung verloren hat, nachdem die englische Regierung im Parlamente feierlich erklärt hat, keine Vermittelung, von wem es auch sei, annehmen zu wollen.

Du hast die Gnade zu fragen, ob ich Rat weiß. Ich wage daran zu erinnern, daß wir beide bereits einmal Rat erteilt haben, der aber nicht befolgt worden ist. Vor Ausbruch des Krieges regte mein Vertreter im Haag bei Deinem Auswärtigen Minister den Gedanken an, daß es nützlich sein möchte, wenn Präsident Krüger die Vermittelung des Kabinetts

---

* Es schwebten damals Gerüchte über russisch-bulgarische Abmachungen, teils militärischer, teils finanzieller Natur. Über einen wirklichen Abschluß ist aus den Akten nichts zu entnehmen.

** Am 15. März hatte Delcassé im französischen Senat eine Rede gehalten, in der er auf der einen Seite betonte, daß Frankreich sich keinen Augenblick geweigert habe „de s'associer à une démarche qui sans violer la neutralité, aurait constitué un effort amical et désintéressé vers la cessation des hostilités", in der er aber auf der anderen Seite es weit von sich wies, daß Frankreich „après tant de dures expériences et de si profondes modifications dans l'équilibre des forces européennes" über seinen Pflichten gegen die Welt die Pflichten gegen sich selbst vergessen dürfe. Deutlicher noch hatte sich der französische Kammerpräsident Deschanel bei seiner Antrittsrede in der französischen Akademie vom 1. Februar geäußert, indem er sich die Worte Edouard Hervés, seines Vorgängers in der Akademie, aneignete: „Il n'y a que l'Allemagne qui ait intérêt à ce que la France et l'Angleterre se querellent . . . Faire campagne contre la politique anglaise c'est faire campagne pour la politique allemande . . . Si nous prenions parti pour Berlin contre Londres, ce serait une grande folie, d'autant plus que nous pourrions donner à Londres la tentation de s'entendre à nos dépens avec Berlin".

von Washington anrufen wollte*. Deine Regierung schloß sich sofort an und hat nach Pretoria telegraphiert. Präsident Krüger jedoch wies aus Gründen, die sich meiner Kenntnis und Beurteilung entziehen, den niederländischen Vorschlag zurück. Er erklärte, die Zeit für die amerikanische Vermittelung sei noch nicht gekommen. Als er später die Vermittelung Mac Kinleys anrief, war anscheinend die Zeit schon vorüber. Durch den ersten Kanonenschuß war die Lage sofort verändert. Englands Prestige stand auf dem Spiel, und die mit großer Vorsicht und Milde angebotenen guten Dienste Washingtons wurden in London glatt abgelehnt**.

Gleichwohl glaube ich immer noch, daß eine friedliche Einwirkung, wenn überhaupt, nur von Washington denkbar ist. Das England von heute, erfüllt von Mißtrauen und allerlei sonstigen unfreundlichen Empfindungen gegen alle Völker des Kontinents, um die es sich früher im allgemeinen wenig zu kümmern pflegte, betrachtet jedoch die Vereinigten Staaten mit liebevollen Blicken als den Verbündeten der Zukunft. Mich dünkt, daß man dabei sich mit der Stichhaltigkeit dieser Ansicht und ihrer mutmaßlichen Dauer nicht zu beschäftigen braucht. Heute besteht sie jedenfalls noch und sichert amerikanischen Ratschlägen, vorausgesetzt, daß sie ehrlich gemeint sind, den entsprechenden Einfluß und das nötige Gewicht in London. Ihrer bisherigen festen Gewohnheit entsprechend würde die amerikanische Regierung einen solchen Schritt keinenfalls gemeinsam mit anderen Mächten oder infolge diplomatischer Einwirkung tun. In Washington sind nur amerikanische Einflüsse wirksam, d. h. solche von amerikanischen Politikern aller Art, von denen viele rege Beziehungen zu London pflegen. Aus der Presse ersehe ich, daß seit kurzem auch das burenfreundliche Element anfängt, sich in Amerika zu regen. Wenn auf indirektem Wege, von den Niederlanden aus, etwa durch materielle Förderung dieser Bewegung, auf die amerikanischen Blutsverwandten eingewirkt würde, könnte das von Nutzen sein. Aber durch direkte Schritte Deines Gesandten oder Einwirkung anderer Diplomaten Washingtons dürfte auch nichts zu erreichen sein, da der Amerikaner alles aus sich heraus und frei und unbeeinflußt machen will, er also nur mißtrauisch oder eifersüchtig gemacht würde.

Mit tiefem Bedauern erfüllt mich das Bewußtsein, daß ich Dir wahrheitsgemäß ein freundlicheres Bild der Lage nicht entwerfen konnte. Aber wenn auch manches darin sein mag, was Dir Kummer verursachen muß, so kannst Du Dir doch mit gutem Gewissen sagen, daß Deine Regierung rechtzeitig das ihrige getan hat, um das jetzige Unglück von dem Burenvolke abzuwenden. Damals als die Niederlande dem Präsidenten Krüger rieten, Amerika anzugehen, hätte das Anerbieten guter Dienste aus Washington in England eine ganz andere Aufnahme gefunden,

* Vgl. Kap. CI, Nr. 4357, 4362, 4364, 4365, 4366.

** Vgl. Nr. 4490.

namentlich bei der parlamentarischen Opposition, als später, nachdem durch eine Reihe von militärischen Mißerfolgen das Ansehen Englands gefährdet worden war. Die Weltkarte ist im Begriffe, große Umgestaltungen zu erfahren. Dementsprechend ändern sich die Ziele und die Bahnen der althergebrachten Diplomatie. Die Interessen der Völker werden maßgebend für ihr Verhalten zueinander und für die Entschlüsse ihrer Staatsmänner. Diese müssen um so vorsichtiger erwogen werden, als sich bei der Leidenschaftlichkeit der Presse unversehens leicht die Ehre oder Sicherheit des Staates mit in Einklang befindet, der nur durch den Appell an die Waffen gelöst werden kann. Das darf nur geschehen, wenn der Einsatz des Elends und Bluts, was ein Volk daran wendet, wert ist. Gewiß wird oft bei solcher „Realpolitik" die christliche Moral arg geschädigt, und Taten geschehen, die mancher nicht von diesem Standpunkt aus billigen kann. Allein wer an Gott den Herrn als Oberrichter der Weltordnung glaubt, der weiß auch, daß ihm nichts im Leben der Völker entgeht, und daß er Unrecht straft mit unerbittlicher Strenge, wann? und wie? Das steht bei ihm! Man muß dann schweigend, wenn auch tieftraurig, den Dingen ihren Lauf lassen und sich erinnern, daß Er sagt: „Die Rache ist mein, ich will vergelten, spricht der Herr!" — Doch man muß in die Zukunft blicken und danach trachten, sein Land kräftig und wehrhaft zu machen, um auf alle Fälle gerüstet zu sein, falls man selbst dereinst vom Herrn zum Rüstzeug ausgewählt werden könnte!? Darum ist es im Interesse des Weltfriedens sowohl als auch der niederländisch-friesischen Rasse auf dem Kontinent, daß eine mächtige Flotte auf dem Meere sei! Schwimmt sie erst, dann wird, wie in alter Zeit, Oraniens und Brandenburgs Banner auf allen Wassern nebeneinander wehen, sodaß es auch dann noch heißen kann: „En toch Oranje bove!"

Bis dahin Schweigen und Arbeiten.

Nun lebe wohl, verehrte und liebe Cousine, verzeihe mir diesen langen Roman, aber ich wollte Dir doch keine banalen Redensarten schreiben, die Du auch hoffentlich nicht erwartest von Deinem Dir treu ergebenen Diener und Vetter

Wilhelm

Nr. 4495

Der Stellvertretende Botschafter in London Gesandter Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 215 London, den 28. März 1900

Wie ich erfahre, hat Lord Rothschild infolge der ihm zugegangenen Mitteilung aus Paris, Deutschland versuche Frankreich und Rußland

zur Intervention im südafrikanischen Kriege zu bewegen, stelle aber dabei ganz exorbitante Forderungen für sich selbst*, sich erkundigt, worin diese Forderungen wohl beständen, worauf ihm aus Paris die Antwort zugegangen ist, daß Deutschland von der französischen und russischen Regierung die Garantierung des permanenten Besitzes von Elsaß-Lothringen verlangt habe.

Lord Rothschild hält diese Nachrichten für russisch-französische Intrigen, um zwischen Deutschland und England Mißtrauen zu erwecken.

P. Metternich

Nr. 4496

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Stellvertretenden Botschafter in London Gesandten Grafen von Metternich

Nicht abgegangener Erlaß. Konzept**

Berlin, den 31. März 1900

Es war mir von besonderem Interesse, durch Ew. Bericht Nr. 215 vom 28. d. Mts.*** zu erfahren, daß von Paris aus die Mitteilung nach London gelangt ist, Deutschland versuche Frankreich und Rußland zur Intervention im südafrikanischen Kriege zu bewegen. Diese Mitteilung ist eine Lüge, das Gegenteil davon ist wahr. Die Kaiserliche Regierung hat weder Rußland noch Frankreich, sei es amtlich, sei es durch offiziöse Mittelspersonen, sei es zur Intervention, sei es zur freundschaftlichen Vermittelung, aufgefordert.

Dagegen sind an uns seit Jahr und Tag sowohl vor wie nach Ausbruch des Transvaalkrieges mehr als einmal Anregungen herangetreten, welche bezweckten, die Mitwirkung Deutschlands für die Bildung einer antienglischen Kontinentalgruppe zu gewinnen. Eine Regierung, welche in meinem Telegramm Nr. 276 vom 21. Oktober† erwähnt ist — und die ich deshalb nicht wieder zu nennen brauche — hat zweimal im Laufe des Jahres 1899 diesen Gedanken an uns herangebracht, das eine Mal jedenfalls auf russische Anregung. Der formelle russische Antrag auf freundschaftliche Vermittelung ist Ew. pp. bekannt. Außerdem möchte ich noch erwähnen, daß ein bekannter deutscher Publizist mir am 13. Februar d. Js.†† mitteilte, er wisse durch seine

---

* Vgl. Nr. 4493.

** Obwohl der Erlaß nach einer Randbemerkung Holsteins nicht abgegangen ist, sondern durch Telegramm Nr. 131 (siehe das folgende Schriftstück) ersetzt wurde, mag er wegen seines sachlichen Gehalts abgedruckt werden.

*** Siehe Nr. 4495.

† Vgl. Kap. IC, gemeint ist Spanien.

†† Die Angabe ist insofern nicht ganz korrekt, als am 13. Februar der genannte Publizist — es war der Berliner Korrespondent der „Kölnischen Zeitung" Arthur

Pariser Beziehungen, daß die jetzige französische Regierung für ihre auswärtige Politik den leitenden Grundsatz habe, daß über viele, ja über die meisten außereuropäischen Fragen eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland zu beiderseitigem Vorteile möglich sei. Die französische Regierung wisse jedoch nicht, wie die betreffenden Verhandlungen einzuleiten sein würden, da man in Berlin zu einer Initiative nicht geneigt scheine. Deshalb sei der seit vielen Jahren als dänisch-französischer Agent bekannte Herr Hansen bereit, auf den ersten Wink nach Berlin zu kommen und sich mir zur Verfügung zu stellen. Gewinne alsdann aus meinen Besprechungen mit Herrn Hansen die französische Regierung den Eindruck, daß wirklich ein Boden zum Zusammengehen vorhanden sei, so werde der französische Botschafter in Berlin alsbald die entsprechenden Instruktionen erhalten.

Ich habe die Unterredung mit Herrn Hansen abgelehnt, weil sich von derselben keine die deutsche Politik interessierende Ergebnisse, aber desto mehr Mißverständnisse, unabsichtliche oder absichtliche, erwarten ließen. Indessen hat die Tatsache, daß zwischen Berlin und Paris, amtlich oder außeramtlich, kein einziger auf Südafrika oder England bezüglicher Gedanke erörtert wurde, die französische Presse nicht verhindert, mit verdeckten oder auch mit offenen Worten, z. B. im „Gaulois" vom 16. März, die Behauptung aufzustellen, daß Deutschland wegen Bildung einer antienglischen Gruppe sondiert habe.

Im Gegenteil sind wir es, die wiederholt deswegen sondiert wurden, und ich möchte keineswegs behaupten, daß der neuliche formelle und schriftliche russische Antrag wegen „freundschaftlicher Vermittelung" die einzige auf England bezügliche Anregung oder Sondierung ist, welche binnen Jahresfrist von russischer Seite an uns gelangte. Daß andererseits das Petersburger Kabinett nicht das einzige ist, welches in neuester Zeit die Frage einer Stellungnahme des Kontinents gegen England hier angeregt und erörtert hat, bemerkte ich bereits. Bei diesen Erörterungen spielt naturgemäß auch die „volle Aussöhnung" Frankreichs mit Deutschland eine Rolle. Gerade diese Erörterungen vermeiden wir aber, weil dabei für den andern Teil die Versuchung naheliegt, den Frankfurter Frieden zum Gegenstande der Diskussion zu machen. Der Frankfurter Friede ist aber für Deutschland nicht diskutierbar. Um die Diskussion abzuschneiden, haben wir die Formel gefunden: Für Deutschland, welches wesentlich defensive Zwecke verfolge, könne ganz

von Huhn — lediglich unter Bezugnahme auf ein von Jules Hansen aus Paris erhaltenes Schreiben den Staatssekretär um eine Unterredung bat, die aber infolge einer Erkrankung Bülows zunächst nicht stattfinden konnte. Erst am 28. Februar — demselben Tage, wo Graf Osten-Sacken im Auftrage Graf Murawiews den schriftlichen Antrag auf Intervention übergab — hatte Huhn eine Aussprache mit Holstein, über deren Verlauf eine Aufzeichnung nicht vorliegt. Über einen früheren vergeblichen Versuch Hansens aus dem Oktober, bei Staatssekretär Graf Bülow vorgelassen zu werden, vgl. Kap. CI, Nr. 4394, Fußnote **.

allgemein und prinzipiell eine Gruppierung mit anderen Staaten nur dann in Frage kommen, wenn dieselbe, wie der Dreibund, auf der Grundlage der gegenseitigen Gewährleistung des Besitzstandes aufgebaut sei. Diese Formel hat bei der in Frankreich gegenwärtig und noch für absehbare Zeit herrschenden Gesinnung den Vorteil, daß sie jeder weiteren Erörterung, welche den Frankfurter Frieden vielleicht berühren könnte, vorbeugt und die Diskussion augenblicklich zum Abschluß bringt. Diese Wirkung haben wir bereits mehrfach erprobt, und wir wenden deshalb die Formel auch nur an, wenn wir einen Vorschlag, bei dem wir Frankreich mitbeteiligt wissen, a limine abweisen wollen. Wir haben von der Formel keinen Gebrauch gemacht, als wir im Jahre 1895 ein Zusammengehen mit Rußland und Frankreich in Ostasien für politisch nützlich hielten.

Ich resümiere kurz.

1. Wir haben bis heute niemandem zu keiner Zeit und in keiner Form Anträge oder Sondierungen gemacht im Sinne einer antienglischen Aktion.

2. Wir haben unsere Ablehnung des neulichen formellen russischen Antrages auf freundschaftliche Vermittelung damit motiviert, daß wir nicht wüßten, ob der eine kriegführende Teil, nämlich England, die Vermittelung wünsche, und daß nach diesseitiger Ansicht es die Aufgabe des Zaren als des Einberufers der Haager Friedenskonferenz sein würde, deswegen in London zu sondieren.

3. Ganz unabhängig von dieser schwebenden Frage, ganz allgemein und prinzipiell haben wir bei mehreren Anlässen, wo unsere Mitwirkung für Ziele der französischen Politik in Anspruch genommen wurde, unsere Ablehnung in die Form gekleidet, daß ein Zusammengehen in wichtigen Fragen nur denkbar sei, wenn die Verbündeten sich ihren Besitzstand gegenseitig formell garantierten.

Ew. pp. stelle ich anheim, das vorstehende Material da zu verwenden, wo es von Nutzen sein kann, d. h. wo Sie keiner festen vorgefaßten Meinung begegnen.

Nr. 4497

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Stellvertretenden Botschafter in London Gesandten Grafen von Metternich

Telegramm. Konzept

Nr. 131 Berlin, den 1. April 1900

Antwort auf Bericht Nr. 215 vom 28. v. Mts.*

Die französische Mitteilung ist eine Lüge. Die deutsche Regierung

---

* Siehe Nr. 4495.

hat weder offiziell noch offiziös, etwa durch Mittelspersonen, versucht, Frankreich und Rußland zur Intervention im südafrikanischen Kriege zu bewegen.

Dagegen sind an uns seit Jahr und Tag sowohl vor wie nach Ausbruch des Transvaalkrieges mehr als einmal Anregungen von verschiedenen Seiten herangetreten, welche bezweckten, die Mitwirkung Deutschlands für die Bildung einer antienglischen Kontinentalgruppe zu gewinnen. Auf die übrigen Anregungen dieser Art will ich hier jetzt nicht eingehen, sondern nur erwähnen, daß am 13. Februar d. Js. ein bekannter deutscher Publizist, welcher Beziehungen in Paris hat*, mir mitteilte, die französische Regierung habe, wie er höre, für ihre auswärtige Politik den leitenden Grundsatz, daß über die meisten außereuropäischen Fragen eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich möglich sei. Die französische Regierung wisse jedoch nicht, wie die betreffenden Verhandlungen einzuleiten sein würden, da man in Berlin nicht geneigt scheine, deswegen die Initiative zu nehmen. Aus diesem Grunde stehe der seit vielen Jahren als dänisch-französischer Agent bekannte Herr Hansen bereit, auf den ersten Wink nach Berlin zu kommen und sich mir zur Verfügung zu stellen. Gewinne alsdann aus meinen Besprechungen mit Herrn Hansen die französische Regierung den Eindruck, daß wirklich ein Boden zum Zusammengehen vorhanden sei, so werde der französische Botschafter in Berlin alsbald die entsprechenden Instruktionen erhalten.

Ich habe die Unterredung mit Herrn Hansen abgelehnt, dies hat jedoch die französische Presse nicht verhindert, mit verdeckten oder auch mit offenen Worten, z. B. im „Gaulois“ vom 16. März, die Behauptung aufzustellen, Deutschland habe wegen Bildung einer antienglischen Gruppe sondiert.

Bülow

Nr. 4498

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Gesandten im Haag Grafen von Pourtalès

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Lindenau

Nr. 88 Berlin, den 28. April 1900

Seine Majestät der Kaiser hat im Bericht 45** den Passus, wonach Herr von Beaufort gesprächsweise einen Besuch der Burendeputation

* Vgl. das vorige Schriftstück.
** In Bericht Nr. 45 vom 20. April hatte Graf Pourtalès über die am 15. erfolgte Ankunft einer außerordentlichen Burengesandtschaft unter Führung des Staatsrats Fischer berichtet, die die Stimmung der europäischen Kabinette in der Richtung einer Intervention zugunsten der Burenrepubliken erforschen

in Amerika für nützlich erklärte, mit dem Marginale „ja" versehen und an den Kopf des Berichtes geschrieben: „In Berlin wünsche ich die Herren jetzt nicht zu haben."

Bülow

Nr. 4499

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Gesandten im Haag Grafen von Pourtalès

Konzept

Nr. 115 Berlin, den 28. Mai 1900

Herr von Holleben telegraphiert unter dem 26. d. Mts., daß die Burenabgesandten ihm die Absicht ausgesprochen haben, gleich nach ihrer Rückkehr aus Amerika sich nach Berlin zu begeben, um ihre Sache womöglich Seiner Majestät dem Kaiser vorzutragen.

Der ungünstige Verlauf, den die Tätigkeit der südafrikanischen Mission in Amerika gehabt hat, die ablehnende Haltung der amerikanischen Regierung und die bisherige Unfruchtbarkeit der burenfreundlichen Bewegung in den Vereinigten Staaten läßt den Versuch, in Europa eine Aktion zugunsten der Buren ins Leben zu rufen, noch aussichtsloser erscheinen als bisher. Die Wahrnehmung, daß die Vereinigten Staaten, unbekümmert um die kleinen Schwesterrepubliken in Südafrika, mit einem gewissen Empressement die durch die südafrikanische Krisis gebotene Gelegenheit benutzt haben, um von neuem ihre Interessensolidarität mit England fühlbar zu machen, wird voraussichtlich bei den durch mancherlei Sonderinteressen getrennten europäischen Mächten wie eine Mahnung zu besonderer Vorsicht und Zurückhaltung wirken.

Am freisten unter den europäischen Mächten steht noch Rußland. Seine Grenzverhältnisse sind insofern die günstigsten, als es nirgends mit der Möglichkeit zu rechnen braucht, plötzlich wider sein Wissen und Erwarten in einen Krieg verwickelt zu werden. Überdies würde niemand Grund zu berechtigter Empfindlichkeit haben, wenn der Zar Schritte täte, um den Friedensvermittelungsgedanken der von ihm ins Leben gerufenen Haager Konferenz auf dessen praktische Wirksamkeit

---

sollte. Wie der holländische Minister de Beaufort dem Grafen Pourtalès erzählte, hätte der Gesandte Leyds die Burendeputation bewegen wollen, zunächst nach Berlin zu gehen, während Beaufort vor allem zu einem Besuch in Amerika riet. Tatsächlich ging die Deputation von Holland nach Amerika, wo sie am 16. Mai in Washington eintraf, aber trotz begeisterter Aufnahme durch das Publikum ein Vorgehen der Regierung nicht zu erreichen vermochte.

hin zu prüfen. Die deutsche Regierung, welche bei jener Konferenz keine leitende Rolle einnahm, wird ohne Säumen die Konferenzbeschlüsse ratifizieren und wird damit das ihrige getan haben, um die Friedensvermittelung, wenigstens theoretisch und formal, zu organisieren. Die Aufgabe jedoch, zunächst in London zu sondieren, ob ein freundliches Anerbieten guter Dienste ohne Anwendung von Gewaltmitteln Aussicht auf Annahme haben würde, liegt, wie gesagt, naturgemäß dem Zaren ob. Deshalb möchte den südafrikanischen Abgesandten die Erwägung anheimzugeben sein, ob sie mit dem Kabinett von Petersburg Fühlung suchen möchten.

Ew. wollen sich in diesem Sinne dem Minister de Beaufort gegenüber vertraulich aussprechen, der wohl Mittel und Wege haben wird, um die Burenabgesandten unter der Hand zu verständigen. Bei dem niederländischen Minister werden Ew. ein klares Verständnis für die Gesamtlage finden. Er wird wissen, daß das deutsche Volk ebensowenig wie die Regierung Seiner Majestät des Kaisers es wegen Südafrika auf einen Krieg ankommen lassen kann; daß ferner, wenn wir es darauf ankommen lassen wollten, wir nach allem, was über die Stimmung andrer Mächte bisher bekannt geworden ist, das Wagnis würden ganz allein unternehmen müssen. Deshalb hat es keinen Zweck für uns, die Buren mit unerfüllbaren Hoffnungen hinzuhalten.

Bülow

Nr. 4500

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 2. Juni 1900

Euere Kaiserliche und Königliche Majestät hatten huldvollst geruht, die Meldung Euerer Majestät Botschafters in Washington, daß die Abgesandten der Buren nach ihrer Rückkehr aus Amerika einen erneuten Versuch machen wollten, hier Gehör zu finden und womöglich von Euerer Majestät empfangen zu werden, mit der Allerhöchsten Randbemerkung zu versehen:

„Nein! Ihr einziges Ziel muß Petersburg sein! Die Haager Friedenskonferenz kann ja in ihrem Instigator angreifen und mobil gemacht werden.“ *

In ehrfurchtsvollster Befolgung der damit gegebenen allergnädigsten Direktive habe ich an Euerer Majestät Gesandten im Haag den

* Die schwerleserliche Randbemerkung des Kaisers ist nicht ganz richtig wiedergegeben; sie lautete: „Die Haager Friedenskonferenz kann ja in ihrem Instigator angerufen und mobil gemacht werden.“

abschriftlich beifolgenden Erlaß vom 28. v. Mts.* gerichtet, dem ich auch Abschrift eines von Euerer Majestät Gesandten in Brüssel soeben hier eingetroffenen Berichtes** alleruntertänigst anzuschließen nicht versäume. Graf Alvensleben meldet in diesem Berichte, daß auch Dr. Leyds an der Hoffnung einer Intervention Rußlands und Frankreichs noch festhalte, falls die Regierungen dieser beiden Staaten die Gewißheit hätten, daß Euerer Majestät Regierung sich ihnen anschließen [1] oder die Aktion wenigstens ruhig geschehen lassen wollte [2]. Euerer Majestät Gesandter hat demgegenüber seine berechtigten Zweifel geäußert, daß von den genannten beiden Mächten zurzeit ein derartiges Eingreifen zu gewärtigen sein möchte [3].

Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Nein!
[2] ja
[3] die werden sich schwer hüten

Nr. 4501

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Brunsbüttel

Telegramm. Entzifferung

Nr. 74 — Berlin, den 20. Juni 1900

Der Gesandte Leyds fragt mittelst Schreibens aus Brüssel bei mir an, ob Euere Majestät geneigt sein würden, die augenblicklich noch in den Vereinigten Staaten von Amerika weilende Deputation der Südafrikanischen Republik bei deren Rückkehr aus Amerika zu empfangen [1]. Im Fall Euerer Majestät allergnädigsten Einverständnisses würde ich den Gesandten Grafen von Alvensleben anweisen, dem Dr. Leyds mündlich zu erwidern: daß Euere Majestät anfangs Juli die übliche mehrwöchentliche Nordlandreise anzutreten beabsichtigten, und daß aus diesem Grunde, und soweit zurzeit zu übersehen sei, ein Empfang der Deputation durch Euere Majestät sich schwerlich werde ermöglichen lassen [2]!

Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Nein!
[2] Einverstanden

---

* Siehe Nr. 4499.
** Hier nicht abgedruckt, weil inhaltlich genügend charakterisiert.

Nr. 4502

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandter von Derenthall an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Grafen von Metternich, z. Z. in Wilhelmshöhe

Telegramm. Entzifferung

Nr. 67 Berlin, den 7. August 1900

Graf von Alvensleben telegraphiert aus Brüssel:

„Ich erfahre diskret, daß die Boerenmission, die sich hier in strenger Zurückgezogenheit seit einigen Tagen aufgehalten hat, morgen mit Herrn Leyds in Berlin eintreffen wird, um zu versuchen, eine Audienz bei Seiner Majestät dem Kaiser zu erlangen.“ Falls diese Nachricht sich bestätigt und Dr. Leyds sich an mich wenden sollte, würde ich ihm, wenn ich keinen Gegenbefehl erhalte, gemäß der früheren von unserem allergnädigsten Herrn erteilten Direktive in freundlicher Weise erwidern, daß eine Audienzerwirkung wegen Abwesenheit Seiner Majestät nicht möglich sei.

Derenthall

Nr. 4503

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Graf von Metternich, z. Z. in Wilhelmshöhe, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 110 Wilhelmshöhe, den 8. August 1900

Antwort auf Telegramm Nr. 67*.

Seine Majestät wünschen, daß dem Herrn Leyds auf dessen eventuelles Ansuchen um Audienz für die Burenmission geantwortet werde, Seine Majestät seien schon deshalb nicht in der Lage, die Mission zu empfangen, weil er derselben keinerlei Mitteilungen zu machen habe.

Metternich

Randbemerkung von Derenthalls:
Dr. Leyds war bereits einige Stunden vor Eingang des nebenstehenden Telegramms bei mir gewesen und hatte, nachdem ich seine Bitte um Erwirkung einer Audienz für die Burenmission bei Seiner Majestät dem Kaiser und König in der in meinem Telegramm an Graf Metternich vom 7. d. Mts. dargelegten Weise abgelehnt hatte, die weitere Bitte ausgesprochen, das Audienzgesuch als non avenu zu betrachten. Die wortgetreue Ausführung des mir in Telegramm Nr. 110 von Graf Metternich übermittelten Befehls hat sich hiernach als unmöglich erwiesen.
Die spätere Bitte des Dr. Leyds, die Burenmission meinerseits zu empfangen, habe ich ebenfalls in freundlicher Weise ablehnend beantwortet.

v. D. 9./10.

---

* Siehe Nr. 4502.

Nr. 4504

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 29. August 1900

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät beehre ich mich alleruntertänigst zu melden, daß Dr. Leyds, der sich zurzeit mit der Boerendeputation in St. Petersburg aufhält, wo ihm auch die Ehre eines Empfanges bei Seiner Majestät dem Zaren zuteil geworden ist, nachstehendes Telegramm an mich gerichtet hat:

„Die Deputation der Südafrikanischen Republiken, Euerer Exzellenz Abwesenheit von Berlin im Augenblick ihrer Durchreise lebhaft bedauernd, ersucht mich, das beifolgende Telegramm durch Euerer Exzellenz gütige Vermittelung an Seine Majestät den Kaiser weiterbefördern zu wollen.

Die ehrfurchtsvoll unterzeichneten Abgesandten der Südafrikanischen Republiken, in besonderem Auftrage ihrer Regierungen, bei den verschiedenen Mächten den Gedanken einer Friedensvermittelung anzuregen und, wenn möglich, eine solche zu erwirken, nähern sich Euerer Majestät mit der alleruntertänigsten Bitte, sie der Gnade eines Empfangs teilhaftig werden zu lassen. Selbst wenn auch unter den obwaltenden Umständen Euere Majestät Allerhöchstderen Einfluß in gedachtem Sinne geltend zu machen nicht für wünschenswert erachten, hoffen doch die Abgesandten im Hinblick auf die wiederholten freundschaftlichen Beziehungen Euerer Majestät zu den Republiken und in der festen Überzeugung, daß Euere Majestät gern helfen würden, den Frieden in Südafrika wiederherzustellen, daß Allerhöchstdieselben verstatten, vor ihrer Rückkehr nach Südafrika Euerer Majestät alleruntertänigst huldigen zu dürfen.

A. Fischer, Abgesandter der Südafrikanischen Republik und des Oranje-Freistaats

C. H. Wessels, Abgesandter des Oranje-Freistaats

A. D. Wolmarans, Abgesandter der Südafrikanischen Republik.

Euerer Exzellenz gehorsamster

Leyds"

Mit Rücksicht auf die von Euerer Majestät bereits mehrfach geäußerte Willensmeinung gestatte ich mir, Allerhöchstdenselben den ehrfurchtsvollen Vorschlag zu unterbreiten, mich ermächtigen zu wollen, den Gesandten Transvaals in freundlicher Weise dahin zu bescheiden, daß Euere Majestät durch die bereits getroffenen Manöverdispositionen verhindert seien, die Burendeputation zu empfangen.

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden 30/VIII 1900 W.

Nr. 4505

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Lindenau

Reinschrift

Berlin, den 5. November 1900

Es dürfte sich empfehlen, dem niederländischen Gesandten mündlich und vertraulich zu sagen, daß auf die auch hier eingegangene Vorstellung der Transvaaldelegierten * eine Antwort nicht beabsichtigt werde. Vielleicht würde es von guter Wirkung sein, dem Gesandten das Marginal Seiner Majestät des Kaisers ganz vertraulich zu zeigen.

Da auf Seiten der Buren immer noch die Hoffnung zu bestehen scheint, eine Anlehnung bei Deutschland zu finden, so möchte es sich empfehlen, die Gelegenheit zu benutzen, um dem niederländischen Gesandten in eindringlicher Weise zu sagen, wir hätten nicht unterlassen, den Buren guten Rat zu erteilen, solange es noch Zeit gewesen sei. Von einer Agitationsreise des Präsidenten Krüger durch Deutschland aber könnten wir uns nicht den mindesten Vorteil für dessen Sache versprechen, und wir würden es deshalb nur im Interesse sowohl Krügers als auch der niederländischen wie der deutschen Regierung gelegen finden, wenn die niederländische Regierung seinerzeit den ihr doch unzweifelhaft zustehenden Einfluß auf den Präsidenten Krüger dahin geltend machen würde, denselben von aussichtslosen Versuchen abzuhalten, im jetzigen Stadium der Frage den deutschen Einfluß zu seinen Gunsten und gegen England mobil machen zu wollen.

Lindenau

Nr. 4506

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Gesandten in Luxemburg von Tschirschky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Lindenau

Nr. 51 Berlin, den 1. Dezember 1900

Ew. wollen sich sofort unauffällig nach Köln begeben und dort tunlichst unauffällig sogleich den Gesandten Leyds aufsuchen, welcher mit Präsident Krüger ** heute abend in Köln eintrifft. Ew. wollen Herrn Leyds und, falls Ihnen dies zweckdienlich erscheint, auch dem

* Die Transvaaldelegierten hatten am 15. Oktober aus dem Haag an Kaiser Wilhelm II. wie an andere europäische Staatsoberhäupter die Bitte gerichtet, der grausamen Art der englischen Kriegführung ein Ziel zu setzen oder „wenigstens gegen Englands mehr und mehr verrohende und unmenschliche Art von Kriegführung“ zu protestieren. Kaiser Wilhelm II. hatte dazu vermerkt: „Non possum! W. 18/X 1900“.

** Am 22. November war Präsident Krüger in Marseille gelandet; vom 24.—30. November weilte er in Paris, hier von der Bevölkerung außerordentlich ge-

Präsidenten Krüger mitteilen, daß Seine Majestät der Kaiser zu seinem Bedauern nach seinen bereits getroffenen Dispositionen jetzt nicht in der Lage sei, Herrn Krüger zu empfangen, und deshalb durch Ew. dem Präsidenten den Wunsch aussprechen lasse, von der beabsichtigten Reise nach Berlin Abstand nehmen zu wollen. Sollte Herr Leyds oder der Präsident insistieren, so wollen Ew. sich dahin aussprechen, daß es den Gepflogenheiten nicht entspräche, wenn ein Staatsoberhaupt ohne vorherige Verständigung eine fremde Hauptstadt aufsuche, und daß Seine Majestät bestimmt erwarte, daß Herr Krüger sich jetzt nicht hierher begeben werde.

Ew. wollen den Empfang dieses Telegramms sofort „dringend" bestätigen, Ihren Chiffre nach Köln mitnehmen und von dort das Ergebnis Ihres Schritts so schnell als möglich, gleichfalls „dringend", hierher telegraphieren *.

Ew. werden vielleicht am schnellsten via Namur nach Köln gelangen.

Bülow

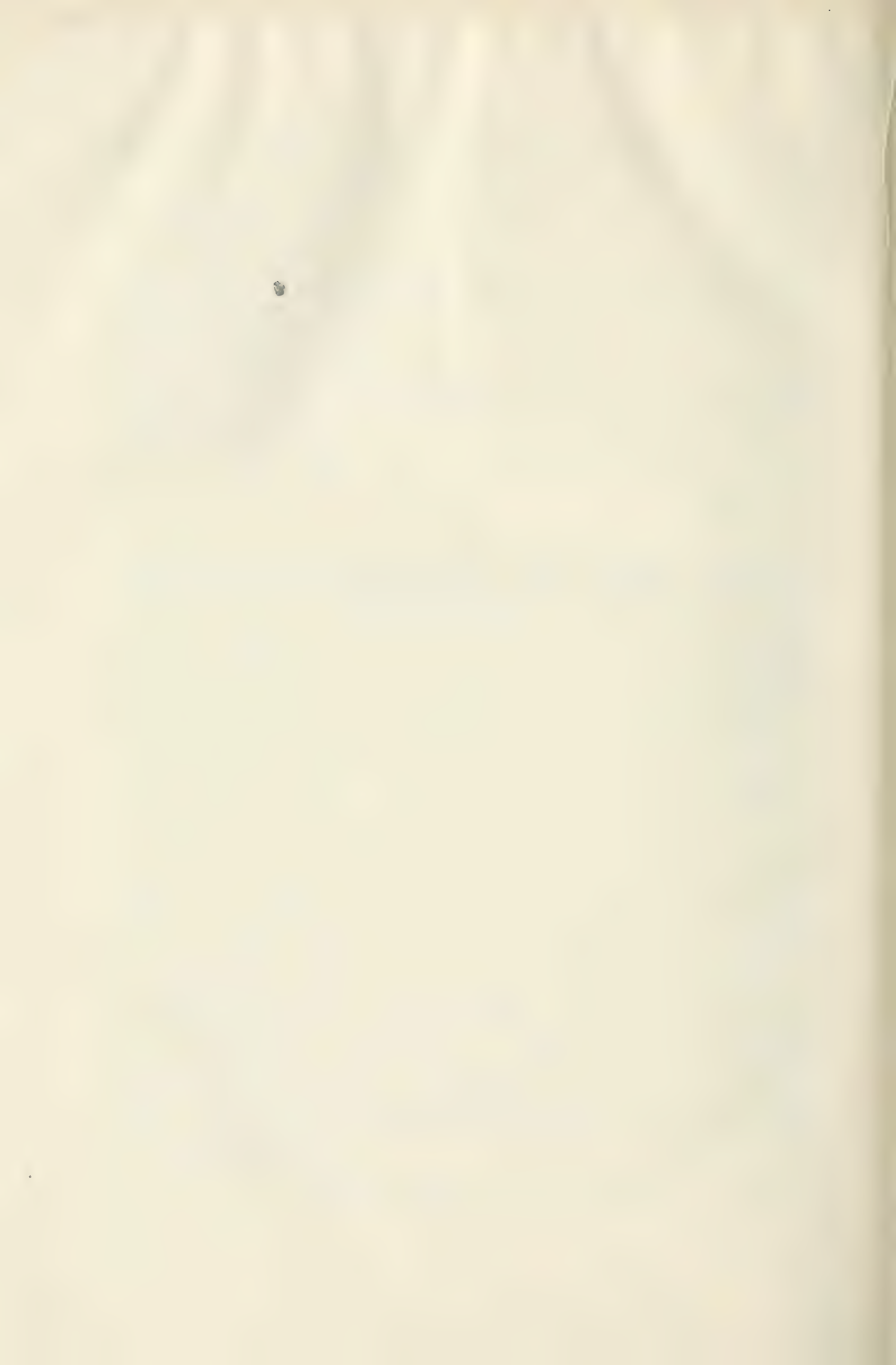
---

feiert und auch vom Präsidenten Loubet zweimal empfangen. Von Paris gedachte Präsident Krüger in Etappen nach Berlin zu fahren; auch Vorstellungen des Fürsten Münster bei Leyds brachten ihn nicht davon ab, sodaß Graf Bülow auf einen direkten Befehl des Kaisers sich veranlaßt sah, dem Präsidenten Krüger den kaiserlichen Wunsch, daß Krüger nicht nach Berlin komme, durch eine Spezialmission des Gesandten in Luxemburg von Tschirschky in gemessener Form zur Kenntnis zu bringen. Zu einem Telegramm Bülows vom 1. Dezember, das die durch Krügers Absicht, an der Reise nach Berlin festzuhalten, geschaffene Situation darlegte, bemerkte Wilhelm II. am Rande: „Ich befehle, daß ihm umgehend offiziell eröffnet werde, ich ließe ihn ersuchen, jetzt Berlin nicht zu berühren! — Es wäre gleichbedeutend mit Krieg gegen England. Daß die Pariser Demonstrationen in London nicht imponiren, glaube ich gern, und kommt von der grenzenlosen Verachtung der Briten für die Gallier. Uns fürchten sie; demonstrirt bei uns der Berliner, so nimmt das der Brite übel, und das darf jetzt nicht sein!"

* Am 2. Dezember meldete Tschirschky telegraphisch aus Köln: „Präsident Krüger hat mir soeben durch Leyds sagen lassen, ich solle Eurer Exzellenz melden, daß er infolge des ihm durch mich übermittelten Wunsches Seiner Majestät des Kaisers und Königs beschlossen habe, die Reise nach Berlin jetzt aufzugeben und sich von hier nach Holland zu begeben. Er bedauere die Umstände, die seinen Empfang durch Seine Majestät den Kaiser verhinderten."
Der Nichtempfang Krügers durch den Deutschen Kaiser löste in einem Teile der deutschen Presse scharfe Angriffe gegen die deutsche Außenpolitik aus. Auch im Reichstage bedauerte Graf Limburg-Stirum den Nichtempfang Krügers, worauf Graf Bülow zur Rechtfertigung der deutschen Politik im Burenkriege und des Nichtempfangs Krügers eine längere Rede hielt, die in die Worte ausklang: „Bei allem Respekt vor der deutschen Volksseele und deren Empfinden dürfen wir uns nicht von den Stimmungen deutscher Volkskreise leiten lassen, sondern einzig und allein von den Interessen der Nation. Und diese gebieten eine selbständige, ruhige, unabhängige, neutrale Haltung gegenüber den südafrikanischen Dingen."

Anhang

Kaiser Wilhelms II. Aphorismen über den Krieg in Transvaal



Nr. 4507

Kaiser Wilhelm II. an den Prinzen Eduard von Wales

'Abschrift

Berlin, February 4 1900

Dearest Uncle,

The kind way in which you were so good as to accept my aphorisms on The War in December* encourages me to venture to submit a new series of them for your kind perusal**. They may perhaps be interesting to you, or possibly of some use even if you think so. They are to show you how interestedly and closely I try to study and follow the operations of the army through all their different phases. At the same time they are written down by one who has seen active military life since 23 years and who commands and directs the training of the German Army since 88 i[d] e[st] 12 years.

I hope and trust that the Royals have come out all right from the last fights and that we may have no deaths to deplore. The losses of the Lancastrian Brigade are indeed tremendous and show how valiantly they fought.

I so hope that dear Grandmama may not be too agitated or emotioned by the news. For the rest patience, and a lot of it will be required, if no end can be made beforehand. Though the Prayer for Victory in the Service of St. Pauls has not been fulfilled, provided Providence is willing to grant this wish.

We are expecting Henry soon home and Mama will be the first to welcome him! Happily she writes in better spirits and has gone on board the Yacht again for trips and sketching purposes.

Pray make any use you like of my memorandum according to your please, perhaps it would interest Grandmama.

With best love to Aunty and cousins

I remain

Ever your most devoted nephew

(signed) Willy

---

* Vgl. Kap. CI, Nr. 4401, S. 423, Fußnote *.

** Siehe Anlage.

Anlage

Aphorismen über den Krieg in Transvaal

Abschrift *

1. Nach dem Gefecht bei Colenso ** trat ein gewisser Stillstand in den Operationen in Natal ein. Derselbe wurde benutzt zur Ordnung der Verbände, zum Abtransport der Verwundeten etc.

2. Allmählich traf die V. Infanteriedivision General Sir Ch. Warren ein. (Sechs Bataillone.)

3. Anfang Januar wurden die Vorbereitungen zu erneuter Offensive getroffen. Dieselbe richtete sich, da die feindliche Stellung bei Colenso sich als zu stark erwies, auf eine Umgehung des rechten feindlichen Flügels.

4. Zu diesem Zweck sollte der Tugela in seinem oberen Laufe überschritten werden, und ging die Kavalleriebrigade Dundonald etwa am 10. Januar in der Richtung auf Springfield ab. Das Gros folgte unter dem Oberbefehl Sir Redvers Bullers am 11. Januar.

5. Die Operation war als Überraschung geplant. Diese wurde jedoch durch die starke Hitze, die mangelhafte Beschaffenheit der Wege und die Größe des Trosses, welche den Marsch bedeutend hemmten, vereitelt. Eine Kolonne von 5000 Fahrzeugen aller Art, welche sich auf mehrere englische Meilen Länge verteilte, limitierte das Marschtempo nach Angabe Sir Redvers Bullers auf fünf englische

---

* Nach einem Schreiben des Flügeladjutanten vom Dienst von Boehn an den Grafen von Bülow vom 5. Februar 1900 ist die vorliegende Abschrift „genau korrigiert nach demjenigen Exemplar, welches Seine Majestät der Kaiser und König am gestrigen Tage an den Prinzen von Wales Königliche Hoheit geschickt haben". Zu vergleichen ist, was Kaiser Wilhelm nachmals über seine Aphorismen in dem „Daily Telegraph-Interview" vom 28. Oktober 1908 angegeben hat: „I bade one of my officers procure for me as exact an account as he could obtain of the number of combatants in South Africa on both sides, and of the actual position of the opposing forces. With the figures before me, I worked out what I considered to be the best plan of campaign under the circumstances, and submitted it to my General Staff for their criticism. Then I despatched it to England, and that document, likewise, is among the State papers at Windsor Castle, awaiting the serenely impartial verdict of history. And, as a matter of curious coincidence, let me add that the plan which I formulated ran very much on the same lines as that which was actually adopted by Lord Roberts and carried by him into successful operation". In seiner Reichstagsrede vom 10. November 1908 hat Reichskanzler Fürst Bülow festgestellt, daß der Generalstab niemals einen Feldzugsplan oder eine ähnliche auf den Burenkrieg bezügliche Arbeit des Kaisers geprüft oder nach England weitergegeben habe. Auch die Akten weisen keinerlei Anhaltspunkt dafür auf, daß der Generalstab mit der Sache befaßt gewesen sei. Der Kaiser dürfte danach die Aphorismen lediglich einem seiner diensttuenden Flügeladjutanten, der dem Generalstab angehörte, vorgelegt haben.

** 15. Dezember 1899.

Meilen pro Tag. Der „dash for Ladysmith“ brauchte allein fünf Tage zur Erreichung des Tugela.

6. Am 15. Januar erreichte General Sir Redvers Buller mit den Têten der Division Clery Potgietersdrift, der Division Warren und Brigade Dundonald Trichardsdrift, er selbst Spearmans Camp.

7. Die Kavalleriebrigade Dundonald überschritt den Tugela ungestört und klärte bis über Acton Homes und Umgebung auf unter leichten Gefechten.

8. Die Stellung des Feindes Potgietersdrift gegenüber wurde bald als so stark konstatiert, daß ein Debouchieren unter dem Feuer derselben sich als untunlich erwies. Es wurde zur Niederkämpfung des Feindes schwere Artillerie auf Swartskop und Mont Alice in Stellung gebracht und diese Position sowie Spearmans Camp stark befestigt.

9. Es wird nunmehr beschlossen, die am Spionkop anscheinend befindliche rechte Flanke des Feindes zu umgehen und womöglich von Nordwest zu umfassen. Es folgten zu dem Zweck der Brigade Dundonald in der Direktion auf Acton Homes des Venterspruittal hinauf die Division Warren und von der Division Clery die Brigaden Hildyard und Hart. Die Brigade Lyttelton hielt das Terrain nördlich vor der Potgietersdrift, während die Brigade Barton Colenso gegenüber demonstrierte.

10. Während des Umgehungsmarsches durch das Venterspruittal zeigte es sich jedoch, daß eine zweite Stellung vom Feinde mit Anlehnung an den Spionkop in nordwestlicher Richtung auf dem Tabamyama und bis ins Tal hinunter besetzt war. Der rechte Flügel derselben wurde von Warren am 20. Januar unter Einsetzung auch beider Brigaden der Division Clery erfolgreich angegriffen und der Gegner in dreitägigen Gefechten langsam bergan zurückgedrängt.

11. In der Nacht zum 24. besetzten Truppen der Division Warren den Spionkop, woselbst sie verstärkt wurden und den 24. hindurch unter schweren Verlusten mutvoll ausharren. In der Nacht zum 25. jedoch geht ihnen der Spionkop wieder verloren trotz heldenmütiger tapferster Gegenwehr und schweren Verlusten. Mit dem Verlust des Spionkop ist die Umgehungsbewegung hinfällig geworden, und werden die Truppen am 27. wieder südlich vom Tugela konzentriert.

12. Die sehr lückenhaften Meldungen lassen es dem fernerstehenden Beobachter vorderhand noch nicht zu, die Stärke der Truppen zu bemessen, welche zum Sturm und zur Verteidigung des Spionkops eingesetzt worden sind. Soweit aus den sehr unvollkommenen Verlustlisten geschlossen werden darf, ist hauptsächlich die Division Warren und von ihr wiederum die Brigade Woodgate dabei beteiligt gewesen. Wieviel von den Brigaden Hart und Hildyard eingesetzt

wurde, oder ob dieselben nur in Reserve gestanden haben, ist von hier aus noch nicht zu übersehen. Genannt werden sie in den Meldungen über Spionkop nirgends. Warren hat mit ungefähr 17 000 Mann den Tugela überschritten, um sein Marsch- und Angriffsziel, den Spionkop, schließlich mit anscheinend nur 5000 bis höchstens 7000 Mann zu erreichen und zu halten. Von Potgietersdrift aus haben noch ungefähr 2000 Mann von Lyttelton, wenn auch indirekt, am Kampfe teilgenommen.

13. Die Frontausdehnung aller Truppen unter dem Kommando des General Buller jenseits des Tugela betrug in den Gefechtstagen 10 englische Meilen und darüber, ein Umstand, der bei einem offensiven Gegner für den General hätte verhängnisvoll werden und einen Rückzug über den Tugela eventuell unmöglich machen können.

14. Ehe nicht sehr bedeutende Verstärkungen bei der Natalarmee eintreffen, dürfte dieselbe wohl kaum in der Lage sein, die Stellung des Feindes zu forcieren.

15. Auf den übrigen Operationsgebieten haben seit Mitte Dezember keine sehr wesentlichen Veränderungen stattgefunden. General French hat sich im allgemeinen mehr nach Norden zu um Colesberg konzentriert, woselbst Teile der neu eingetroffnen VI. Infanteriedivision (Brigade Clements) anscheinend in ein ungünstiges Gefecht verwickelt gewesen sind, während andere Teile dieser Division zu General Gatacre gestoßen sind.

16. Die VII. Infanteriedivision ist mit fünf Bataillonen am Cap eingetroffen. Nach Ankunft ihrer noch fehlenden Bataillone ist der Nachschub regulärer aktiver Truppen im allgemeinen fürs erste beendet, da die VIII. Division, in der Mobilmachung begriffen, laut Beschluß des Ministeriums fürs erste England noch nicht verlassen soll.

17. Es sind unterwegs bezw. im Eintreffen begriffen Freiwilligen- und Landsturmformationen (Yeomanry, meist als berittene Infanterie gedacht). Ihr Hauptvorzug, gutes Schießen und hervorragendes Reiten, wird wesentlich abhängen von dem Material an Karabinern und Pferden, welches denselben zur Verfügung gestellt werden kann. Ihre geringe Vorbildung im Feld- und Aufklärungsdienst, im Fechten in größeren taktischen Verbänden wird ihren taktischen Wert erst auf dem Schlachtfelde einschätzen lassen, auf welchem auch insbesondere die Frage der Disziplin bei sich hinziehender Länge des Krieges eine gewisse Rolle spielen wird.

18. Alles in allem inklusive der bereits eintreffenden Truppenteile nach Abzug der Toten, Verwundeten, Vermißten und Kranken, dürften dem Oberkommandierenden Generalfeldmarschall Lord Roberts 86 000 Kombattanten zur Verfügung stehen. Die Angabe des Kriegsministers im Parlament, daß 180 000 Mann in Südafrika vereinigt seien, beruht voraussichtlich auf Mitzählen der Ingenieure so-

wie des Personals des Sanitätsdienstes, der Trains und Kolonnen. Sollte die Meldung auf Wahrheit beruhen, daß Lord Roberts um Nachschub von noch 90 000 Kombattanten gebeten habe, so würde dieses für die von mir oben angegebene Ziffer sprechen und einschließlich derselben die Armee auf 176 000 Mann bringen. Eine Zahl, die von hier aus schon bald nach Anfang des Feldzuges (Oktober) als für dessen gesicherte, siegreiche Durchführung von vornherein als notwendig stets ins Auge gefaßt worden, im Februar 1900 aber (nach Verlust von etwa 13 000 Mann und Offizieren) noch nicht erreicht gewesen ist.

19. Angenommen nun, daß mit umfangreicheren weitergehenden Operationen gewartet würde bis zum Eintreffen dieser Verstärkungen und damit Erreichung dieser gewünschten Ziffer (und das wäre in jeder Hinsicht außerordentlich ratsam), und daß dabei die Wartezeit gründlich ausgenutzt würde durch Ausruhen, Wiederherstellen und Neuformieren von Verbänden bei den aktiven Truppen 1. Linie und Ausbildung der Volonteers und Yeomanry im Terrain und Gewöhnung von Mann und Pferd an das Klima, dann würde danach das britische Heer auf einem beliebigen Punkt des Kriegstheaters zusammengezogen werden und unter einheitlicher Führung wohl imstande sein, an die Lösung seiner Aufgabe mit Erfolg heranzutreten.

20. Einheitlichkeit in der Führung sowohl wie im Auftreten der Verbände auf einem bestimmten Punkte des weit ausgedehnten Operationsgebiets sind jedoch Vorbedingungen des unbedingten Gelingens. Das Hauptziel muß unter Drangabe wenn auch noch so wichtig erscheinender Nebenaufgaben vom Oberkommandierenden fest im Auge behalten werden. Einsprüche oder gar Befehle um ihre Landesteile und Provinzen besorgter Zivilgouverneure müssen dabei selbstverständlich unberücksichtigt bleiben.

21. Der sub 19 skizzierte Verlauf bedingt viel Zeit (vielleicht bis zum Herbst). Das dürfte aber der Armee zugute kommen und sie aus der jetzigen ungünstigen Situation herauslösen. Es ist natürlich die Sache weiser Politik dem Auslande gegenüber, diese Frist dem Heere unbedingt sicherzustellen, was bei der augenblicklichen Weltlage immerhin etwas zweifelhaft erscheinen kann. Aus der momentanen Kriegslage ist etwas militärisch Durchgreifendes nicht recht zu machen. Kann daher die Politik die oben verlangte Frist nicht absolut sicher garantieren, dann ist es jedenfalls besser, die Verhältnisse zum Abschluß zu bringen.

22. Auch der tüchtigste Fußballklub, wenn er trotz tapferster Gegenwehr geschlagen wird, nimmt schließlich seine Niederlage mit Gleichmut hin. Im vorigen Jahre bei einem großen Cricket Match All England gegen Australia hat ersteres den Sieg des letzteren in ritterlicher Anerkennung seines Gegners ruhig hingenommen.

Nr. 4508

Prinz Eduard von Wales an Kaiser Wilhelm II.

Abschrift

Marlborough House, February 8th 1900

My dear William,

Your letter of 4th instant has been duly deliverend to me by Hofrat Mahnkopf and I beg you to accept my warmest thanks for it. I have read with the greatest possible interest your Memorandum and according to your suggestion will send it on to Grandmama with an English translation. She is naturally very anxious about every movement of our troops but bears up as our whole nation does at the different reverses our arms have sustained. We however feel confident that in the end the result will be successful though that opinion is not shared on the Continent or by Dr. Leyds who, I perceive, has been received with open arms by all classes of Society in Berlin*! By your memorandum I see how closely you follow the movements of our troops and their vicissitudes. —

You ask me if I have heard anything of the „Royals“ — no I have not, but feel sure you take a deep interest in their welfare. I am afraid that I am unable to share your opinion expressed in the last paragraph of your memorandum in which you like our conflict with the Boers to our cricket matchs with the Australians in which the latter were victorious and we accepted our defeat. The British Empire is now fighting for its very existence as you know full well and for our superiority in South Africa. We must therefore use every effort in our power to prove victorious in the end!

I trust that Dona** is well and I wrote a few lines to offer my deepest sympathy on the occasion of her mother's death***.

Believe me
Your affectionate Uncle
(signed) Albert Edward

---

* Er war Ende Januar 1900 zur Feier des kaiserlichen Geburtstags nach Berlin gekommen und am 27. Januar auch vom Staatssekretär Grafen Bülow empfangen worden.

** Kaiserin Augusta Victoria.

*** Herzogin Adelheid zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg † 25. Januar 1900.

Nr. 4509

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Hubertusstock, an den Prinzen Eduard von Wales

Eigenhändige unsignierte Abschrift

Jagdschloß Hubertusstock, 23. Februar 1900

Dearest Uncle

By a most interesting despatch of Count Metternich which I lately received, I was able to judge of his reception in London * and especially and before all by you. I therefore hasten to thank you most heartily for the cordiality and open frankness with which you so kindly received him. He is deeply grateful to you for thus showing him your confidence and has scarecely words to express his feelings. You have placed your confidence in no ordinary a man. He is by conviction a staunch friend of England and was chosen by me as my représentant in that account. But he is at the same time a trusted and true friend to me enjoying my fullest confidence, and will surely allways faithfully record all you say to him for me, as he will in what I want to let you know. He will do all in his power to lighten the relations between our two countries and to smoothen over and alleviate frictions and roughness that will turn up, as much as he can; and in this work he I am sure will find his best and strongest support in you. —

Lord Roberts has in a masterful way at last c o n c e n t r a t e d the troops he could lay hands on and has by a well designed scheme outflanked the Enemy, made him fall back and freed Kimberly. This shows clearly the correctness of my calculations in the last numbers of my „Gedankensplitter" **, that concentration on one part of the field of operations for a certain blow is the beginn of sure success. The valiant old soldier will I am sure be effectively helped by the troops who are admirable in the way they manage to march and suffer fatigues and privations confident of their leader and the ultimate success of the cause they are suffering and bleeding for. Also a word of praise ought to be said for the most effective manner in which the Army Transport and Commissariat Dep [artement] have worked, coping with almost insurmountable difficulties.

It is to be fervently hoped that the situation will soon be cleared and the decisive blow delivered, so that Britain may soon make an end to this war, have leisure to look about to what is happening around her. For I am afraid that sundry people are preparing to

---

* Graf Metternich weilte seit Anfang Februar 1900 als Stellvertretender Botschafter in London. Vgl. Kap. CII, Nr. 4456, Fußnote *.

** Siehe Nr. 4507, Anlage.

take liberties and foster intrigues and surprises in some parts of the world; which is beginning to be felt in Europe and is consequently causing much uneasiness in the political world! I want a strong unhampered England, it is necessary for the Peace of Europe! Be on the look out! It is most wise to have concentrated the Reserve Squadron at Portland and will create a quieting impression in „certain quarters"! To my conviction this ought allways to be done as soon as the Channel fleet goes on its ordinary trip to Gib[raltar] etc. This name is by the way also most inappropriate to that squadron as the Channel is the place it is most seldomely met with!

My last paragraph seems to have given you some umbrage! But I think I can easily dispel your doubts about it. The allusion to the Football was ment to show that I do not belong to those who when the British Army suffers reverses, or is unable in a given time to master the enemy, cry out that British Prestige is in danger or lost! Great Britain has bravely fought for and lost the whole of North America, against France and America, and yet has become the most powerful country, because her fleet remained unimpaired! As long as your fleet is the first and is looked upon and feared as invincible, I do not care a fiddlestick for a few lost fights in Africa! But your fleet must be up to date and on the „qui vive" and should it ever be necessary to fall back upon it, may a second Trafalger be awarded to it. I shall be the first to wish it. Go[o]d speed! With s[u]perhuman efforts Bülow and I have slowly got the better of our Press, swamped as it was with articles, roubles and Francs from both sides, to create anti British feelings which our neighbours harbour most themselves!

Nr. 4510

Prinz Eduard von Wales an Kaiser Wilhelm II.

Abschrift

Marlborough House,
February 28 1900

My dear William,

Accept my best thanks for your kind letter of 23th. I am glad to hear that Count Metternich has given you an account of the interview I had with him a short time since knowing that he possessed your entire confidence and friendship, I spoke to him most unreservedly and expressed a hope that his presence in charge of the German Embassy would prove conducive to the good relations between our two Countries. Being a perfect upright and straight forward man and being fond of England which he knows so well, I have but little doubt that his position will not only be an excellent one, but one pleasing to himself. I must

heartily say that at any time he wishes to see me, I shall be only too happy to receive him and talk over any matter which is always more difficult to express or discuss by letter! I am glad that you give our gallant friend Lord Roberts such praise in the way he retained Kimberley and has since „hummed in“ the redoutable Cronje — which forced the latter to surrender with his army. Every military man will, I think, admit that not only is the Fieldmarshall a brave soldier, but has also shown considerable strategical qualities — in which he has found Lord Kitchener an able coadjutor. I am most grateful and deeply appreciated your kind telegram of yesterday, which was a day of rejoicing throughout the Country. — From Sir R. Buller's telegrams the difficulties he encounters in reaching Ladysmith are very great, but in today's telegram he has had entire success and does not think that he can now be prevented from retaining the town. All you say concerning our continental friends (?) I entire agree with and we must indeed „Keep one's another eye open“! We are however obliged to believe officially assurances given by certain countries of friendship towards us concerning all the same proposals for any eventualities which may occur. Our Fleet is ready to be mobilized at e v e r y moment.

I am glad that I misunderstand your adhesion to the cricket matches as I was under the impression that you thought to make peace with the Bours, in spite of our successes. That would have been a simple impossibility and the Government that proposed it would not have remained in office for 24 hours!

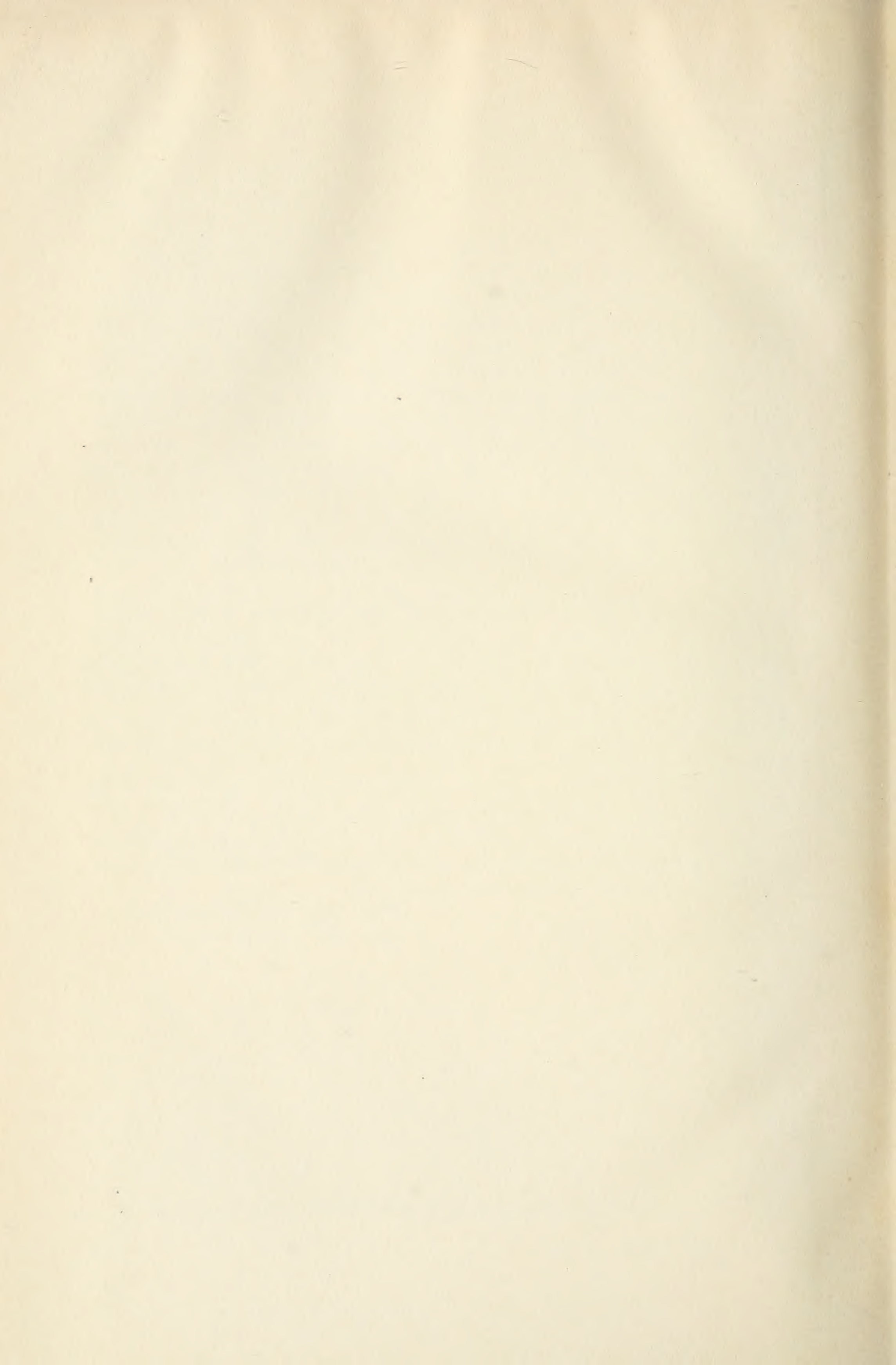
We were at Windsor on Sunday last and found Grandmama (unberufen) looking very well. —

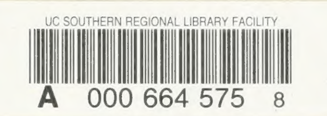
Her going abroad is not yet definitely decided, but if she does it is for the sake of her health and in order to see your dear mama who I fear continuous very suffering. We rejoice that you are able to cope with the German Press and I trust succeed in changing its tone.

Whit Aunt and Cousins best love from

Your very affectionate Uncle
(signed) A l b e r t E d w a r d






UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY
A 000 664 575 8

